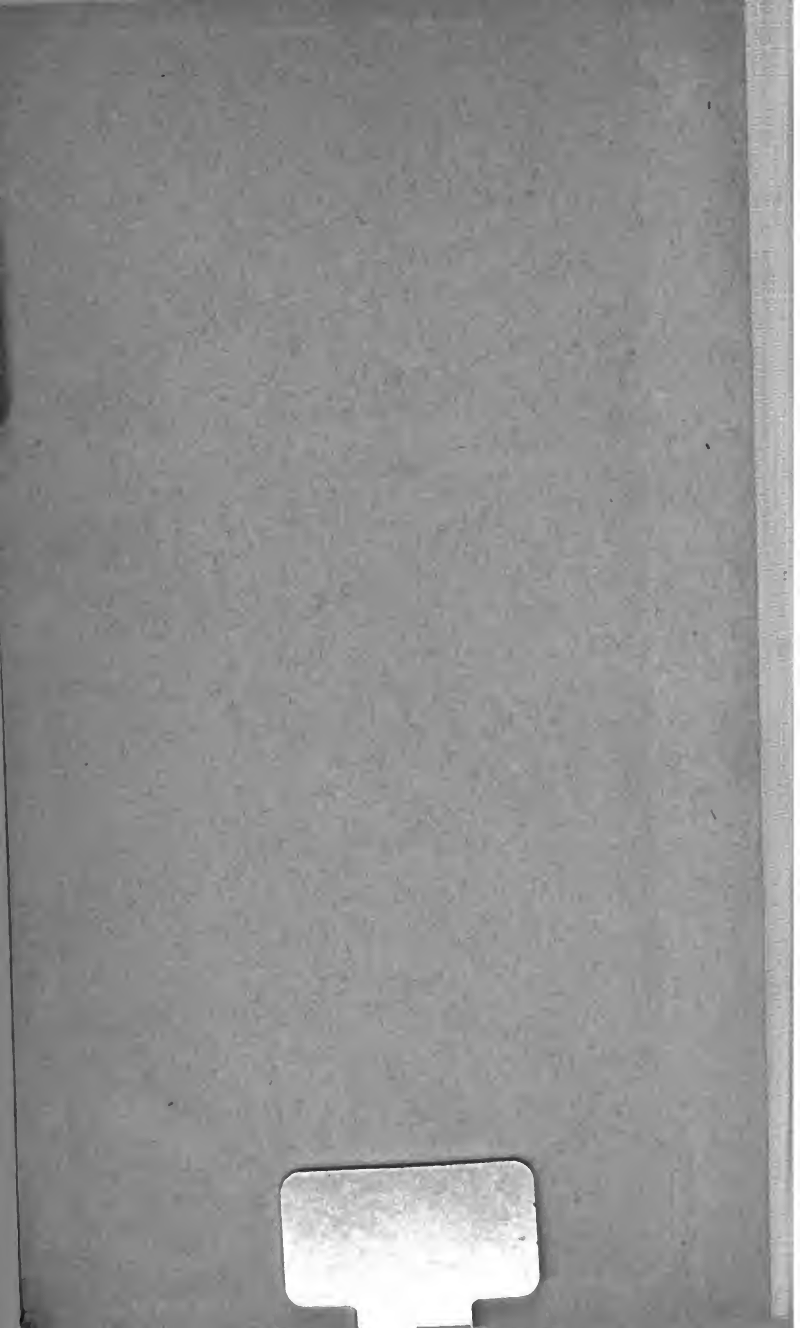
Schulthess' Europäischer Geschichtsk...

Heinrich Schulthess





Schulthess'

Europäischer Geschichtskalender.

Neue Folge.

Elfter Jahrgang 1895.

(Der ganzen Reihe XXXVI. Band.)

Herausgegeben

von

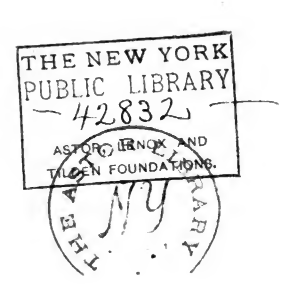
Gustav Roloff.



München 1896

C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung

Oskar Beck.





C. H. Beck'sche Buchdruckerei in Nördlingen.

Inhalts-Verzeichnis.

Chronik
der wichtigsten Ereignisse des Jahres 1895.

Januar.

Anfang. Afrika. Kämpfe zwischen den Italienern und Ras Mangascha.
11. Belgien und der Kongostaat. König Leopold tritt den Kongostaat an Belgien ab.
12. Deutsches Reich. Schluß der ersten Beratung der Umsturzvorlage.
14. Deutsches Reich. Erklärung Marschalls über den Schutz der Deutschen im Auslande.
14. Oesterreich-Ungarn. Neubildung des ungarischen Ministeriums durch Banffy.
14. Frankreich. Demission des Kabinetts Dupuy.
15. Frankreich. Demission Casimir Périers.
17. Frankreich. Wahl Faures zum Präsidenten.
22. Serbien tritt den Beschlüssen der Dresdener Sanitätskommission bei.
22. Afrika. Vertrag über S. Leone.
26./29. Vereinigte Staaten. Beratung über den Zuckerzoll.
26. Rußland. Minister des Auswärtigen Giers †.
27. Frankreich. Bildung des Kabinetts Ribot.
29. Rußland. Autokratische Erklärung des Zaren.
30. Deutsches Reich. Untergang des Lloyddampfers „Elbe".
31. Kurie. Der Papst gründet eine griechisch-katholische Studienanstalt in Konstantinopel.
31. Norwegen. Das Ministerium Stang reicht seine Entlassung ein.

Februar.

2. Deutsches Reich. Landtagswahlen in Württemberg.
2. Frankreich. Währungsdebatte in der Kammer.
3. Schweiz. Eine Volksabstimmung verwirft das Gesandtschaftsgesetz.
5. Großbritannien. Die Thronrede über die armenische Frage.
5. Frankreich und Belgien. Frankreich wahrt sich das Vorkaufsrecht am Kongostaate.
7. Großbritannien. Die Regierung erklärt sich im madagassischen Kriege neutral.
9. Deutsches Reich. Beratung im Reichstag über die Sicherung der Seeschiffahrt.
12. Norwegen. Briefwechsel zwischen dem König und der Opposition.
15.—16. Deuşches Reich Währungsdebatte im Reichstag.
18. Oesterreich-Ungarn. Erzherzog Albrecht †.

Mitte. Aufstand in Cuba.
24. Spanien und Marokko. Milderung des Vertrages von Marrakesch.
26. Großbritannien. Währungsdebatte im Unterhause.
Ende. Oesterreich-Ungarn. Die Bischöfe erbitten den Beistand der Kurie gegen die Christlich-Sozialen.

März.

2. Deutsches Reich. Verstärkung der Marine im Reichstag.
4. Frankreich nimmt die Einladung zur Einweihungsfeier des Nordostseekanals an.
4.—7. Frankreich. Beratung über das Militärbudget.
11. Rußland. Fürst Lobanow wird Minister des Auswärtigen.
12. Frankreich. Beratung über die Vergrößerung der Flotte.
13. Deutsches Reich. Debatte im Reichstag über den Handelsvertrag mit Argentinien.
14. Italien und die Vereinigten Staaten. Die Union verspricht Entschädigung mißhandelter Italiener.
15. Bulgarien und Rumänien. Abschluß eines Zollvertrages.
16. Deutsches Reich. Reichstagsdebatte über die griechischen Wertpapiere.
17. Spanien. Rücktritt Sagastas.
18. Kurie. Der Papst erklärt sich gegen die ungarische Kirchenpolitik.
23. Deutsches Reich. Der Reichstag lehnt eine Beglückwünschung Bismarcks ab.
26. Deutsches Reich. Der Kaiser beglückwünscht den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh.
28. Großbritannien. Erklärung im Unterhause über das Verhältnis zu Frankreich und dem Kongostaate.
30. Oesterreich-Ungarn. Interpellation im österreichischen Abgeordnetenhause über die Bismarckfeier.

April.

Mittelamerika. Allianzverhandlungen zwischen den mittelamerikanischen Staaten.
5. Frankreich. Hanotaux über England und Frankreich in Afrika.
5. Belgien. Annahme des Gemeindewahlgesetzes.
17. Asien. Frieden zwischen Japan und China.
20. Kurie. Encyklika an die Engländer.
21. Italien. Agitation zur Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen mit Frankreich.
23. Asien. Intervention von Deutschland, Rußland und Frankreich.
25. Deutsches Reich. Der Reichstag beschließt Kampfzölle gegen Spanien.
25. Oesterreich-Ungarn. Graf Kalnoky über die Stellung des päpstlichen Nuntius.
April. Mai. Vereinigte Staaten. Angriffe auf Cleveland wegen seiner auswärtigen Politik.

Mai.

7. Deutsches Reich. Generaloberst von Pape †.
8. Nicaragua fügt sich den englischen Forderungen.
9. Oesterreich-Ungarn und Bulgarien. Abschluß eines Zollabkommens.
11. Deutsches Reich. Ablehnung der Umsturzvorlage.
11. Türkei. England, Rußland und Frankreich legen ein Reformprojekt für Armenien vor.

13. Deutsches Reich. Genehmigung eines Zollkartells mit Oesterreich-Ungarn.
15. Kurie. Der Papst verbietet den Katholiken die Teilnahme an den italienischen Wahlen.
15. Oesterreich-Ungarn. Rücktritt Kalnokys.
17. Kanada und Neufundland. Vergebliche Verhandlung über eine Verbindung.
23. Italien. Große Wahlrede Crispis.
24. Deutsches Reich. Schluß des Reichstags.
31. Frankreich. Hanotaux über das Verhältnis zu Deutschland, die ostasiatische und armenische Frage.

Juni.

Anfang. Großbritannien. Ein Geschwader nach Beirut.
7. Norwegen. Das Storthing fordert Verhandlungen mit Schweden über Diplomatie und Konsulatswesen.
9. Kurie und Rußland. Errichtung einer ständigen russischen Vertretung am Vatikan.
10. Frankreich. Hanotaux und Ribot über die Allianz mit Rußland.
11. Oesterreich-Ungarn. Graf Goluchowski über die auswärtige Lage.
13. Vereinigte Staaten. Cleveland verbietet die Unterstützung der Cubaner.
14. Türkei. Die Pforte verspricht Reformen.
18. Belgien und Dänemark. Abschluß eines Handelsvertrages.
18. Oesterreich-Ungarn. Rücktritt der österreichischen Koalitionsregierung.
19./21. Deutsches Reich. Einweihung des Nordostseekanals.
23. Großbritannien. Rücktritt des liberalen Kabinetts.
26. Großbritannien. Salisbury bildet ein Kabinett.
27./28. Belgien gewährt dem Kongostaate eine neue Anleihe.
Juni. Juli. Türkei und Bulgarien. Aufstand in Macedonien. Notenwechsel zwischen Pforte und Bulgarien.

Juli.

1. Oesterreich-Ungarn. Schluß der Beratungen über die Aufhebung der internationalen Zuckerprämien.
Anfang. Deutsches Reich und Marokko. Der Fes wird zur Entschädigungszahlung gezwungen.
5. Norwegen. Das Storthing bewilligt die Ausgaben für Diplomatie und Konsulatswesen.
6. Rußland und China. Abschluß eines Anleihevertrags.
8. Frankreich und Schweiz. Genehmigung eines Zollabkommens.
9. Rußland und Portugal. Abschluß eines Handelsvertrags.
10. Deutsches Reich. Veröffentlichung des sozialistischen Agrarprogramms.
12. Rußland und Abessinien. Empfang einer abessinischen Abordnung in Petersburg.
13. Italien. Erklärung Blancs über Abessinien.
15./17. Rußland und Bulgarien. Empfang einer bulgarischen Abordnung in Petersburg.
18. Bulgarien. Stambulow †.
19. Serbien. Finanzarrangement genehmigt.
22. Deutsches Reich. Rudolf v. Gneist †.
Juli. August. Deutsches Reich und Frankreich. Preßerörterungen über die Siegesfeiern in Deutschland.

August.

1. Deutsches Reich. Heinrich v. Sybel †.
Anfang. Deutsches Reich und Großbritannien. Preßfehde anläßlich der Reise des Kaisers nach England.
4. Türkei. Ausführliche Antwort der Pforte auf die Reformvorschläge.
9. Asien. Grenzregulierung zwischen Japan und Spanien.
15. Großbritannien. Lord Salisbury über die armenische Frage.
16. Belgien. Annahme des Schulgesetzes.
18. Deutsches Reich. Grundsteinlegung zum Nationaldenkmal Kaiser Wilhelms I.
26. Großbritannien. Pläne einer Neuordnung des Kriegsministeriums.
26. Brasilien. Ende des Bürgerkrieges.

September.

10. Kurie. Encyklika an die belgischen Bischöfe.
11. Deutsches Reich und Oesterreich-Ungarn. Der Deutsche Kaiser wird zum österreichischen General der Kavallerie ernannt.
Mitte. Chile nimmt eine Anzahl deutscher Offiziere in Dienst.
20. Italien. Feier des Nationalfestes.
29. Asien. Englisches Ultimatum an China.
30. Türkei. Armenierputsch in Konstantinopel.

Oktober.

1. Afrika. Frankreich übernimmt die Schutzherrschaft über Madagaskar.
2 Oesterreich-Ungarn. Bildung des Ministeriums Badeni.
Anfang. Portugal. Reise des Königs ins Ausland.
3. Rußland und Rumänien. Vertrag über die Pruthschiffahrt.
Anfang. Deutsches Reich und Rußland. Geschenk des Kaisers an den Zaren.
4. Asien. Chinesische Kronkonzession an Deutschland.
6./12. Deutsches Reich. Sozialistischer Parteitag.
14. Norwegen. Neubildung des Ministeriums.
17. Türkei. Verständigung über ein Reformprojekt.
19. Großbritannien. Ultimatum an Venezuela.
19. Asien. Schluß der Beratungen über die Räumung Liautungs.
21. Oesterreich-Ungarn. Abschluß der kirchenpolitischen Gesetzgebung in Ungarn.
24. Deutsches Reich. Trennung der Konservativen von den jüngeren Christlich-Sozialen.
28. Frankreich. Sturz des Kabinetts Ribot.
Ende Oktober. November. Großbritannien und Rußland. Preßfehde über Ostasien und Armenien.

November.

1. Afrika. Großbritannien beschließt die Eroberung Aschantis.
1. Frankreich. Bildung des Kabinetts Bourgeois.
3. Schweiz. Eine Volksabstimmung verwirft das Militärgesetz.
6. Großbritannien. Chamberlain über den Zusammenschluß der Kolonien.
9. Großbritannien. Lord Salisbury bespricht die Möglichkeit einer Vernichtung der Türkei.
9. Türkei. Der mitteleuropäische Dreibund schließt sich dem Vorgehen der übrigen Mächte gegen die Pforte an.

11. Bulgarien. Der Fürst verspricht den Thronfolger zur orthodoxen Religion übertreten zu lassen.
11. Egypten. Ministerwechsel. Mustafa Fehmi Pascha wird Premierminister.
19. Großbritannien. Salisbury verliest ein Schreiben des Sultans mit Reformversprechungen.
20. Großbritannien und Egypten. Vertrag zur Verhütung des Sklavenhandels.
25. Italien erklärt sich zu einer Beisteuer für die Simplonbahn bereit.
26. Türkei. Einführung von Reformen.
28. Italien. Crispi über die äußere und innere Politik.

Dezember.

3. Deutsches Reich. Eröffnung des Reichstags.
3. Vereinigte Staaten. Botschaft Clevelands über die Finanzlage und die Handelsbeziehungen zu Deutschland.
9. Deutsches Reich. Rede Marschalls über das Verhältnis zu Nordamerika.
10. Frankreich. Internationaler bimetallistischer Kongreß zu Paris.
10. Türkei. Die Pforte stimmt der Vermehrung der Stationsschiffe zu.
14. Deutsches Reich. Publikation des Notenwechsels mit dem Kongostaate über die Ermordung Stokes.
17. Vereinigte Staaten. Botschaft Clevelands über den Streit zwischen England und Venezuela und die Monroedoktrin.
18./21. Vereinigte Staaten. Einsetzung der Venezuelakommission.
30. Kurie. Die Kardinalkommission für die orientalische Kirche erhält ständig autonomen Charakter.
30. Afrika. Einbruch bewaffneter Banden im Dienste englischer Gesellschaften in Transvaal.
Ende. Deutsches Reich und Großbritannien. Preßfehde über den Friedensbruch in Transvaal.

I.

Das Deutsche Reich und seine einzelnen Glieder.

1. Januar. Der Kaiser verleiht dem Grafen Waldersee, kommand. General des 9. Armeekorps, den Schwarzen Adlerorden.

Anf. Januar. Der Kaiser und der König von Württemberg.

In mehreren Blättern wird behauptet, es herrsche eine Verstimmung zwischen dem Kaiser und dem König von Württemberg; so habe der König im September vorigen Jahres in Ostpreußen (vgl. Jahrgang 1894 S. 139) an den letzten Manövertagen nicht mehr teilgenommen und Königsberg ohne Abschied vom Kaiserpaare verlassen. Der „St.-Anz. für Württemberg" konstatiert dem gegenüber (7. Januar), daß der König am letzten Tage den Manövern beigewohnt und sich angesichts des ganzen Stabes vom Kaiserpaare verabschiedet hat. Ferner publiziert der „St.-Anz. für Württemberg" einen herzlichen Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und dem König von Württemberg anläßlich des Jahreswechsels.

8. Januar. (Reichstag.) Erste Beratung der Umsturzvorlage (vgl. Jahrg. 1894 S. 183, 198). Rede Auers.

Abg. Auer (Soz.): Die Vorlage solle die bürgerliche Freiheit beschränken. „Es wird uns schwer werden, die Vorlage ganz leidenschaftslos zu behandeln; denn wenn wir auch nicht gerade gerädert oder geköpft werden sollen, falls sie angenommen wird — etwas passiert uns, was uns nicht angenehm sein kann. Denn daß die Vorlage sich nicht gegen die Sozialdemokraten allein richtet, das glauben wir nicht." Auch das Sozialistengesetz hätte nach Bennigsens Ausführungen im Jahre 1878 sich nicht gegen bestimmte Parteien richten sollen. Das vom Staatssekretär Nieberding vorgelegte Begründungsmaterial aus den sozialistischen Schriften sei nicht beweiskräftig; es seien früher von Nichtsozialdemokraten viel schlimmere Dinge geschrieben worden, so vom Minister Miquel und Ludwig Bamberger. Die anarchistischen Zitate berührten die Sozialdemokratie nicht. Umsturzbestrebungen gäbe es auch außerhalb der Arbeiterpartei, das beweise die Broschüre von Konstantin Rößler (vgl. Jahrgang 1894 S. 163), der Vorschlag Stöckers in der „Kr. Ztg." die Reichsverfassung durch einen Staatsstreich zu ändern. In Bezug auf den § 130 sagt der Redner: Gegenüber der Behauptung, daß ohne Monarchie keine gedeihliche Entwickelung möglich sei, ist festzustellen, daß wir in Deutschland Republiken haben, in denen es ohne Monarchie geht. Ferner gibt es doch auch Monarchen, die auf Thronen sitzen

oder gesessen haben, die ganz interessante Erscheinungen waren. Hat sich eine besondere Bewegung gegen die Monarchie geltend gemacht? Hält man eine Umschau über die gekrönten Häupter von Europa, dann treten allerdings Erscheinungen zu Tage, welche es notwendig erscheinen lassen, die Monarchen vor jeder Kritik zu schützen. Es gibt auf den Thronen Erscheinungen, daß bloß die Namensnennung die Erinnerung an liederliche Subjekte erweckt. Gibt es nicht Angehörige von herrschenden Familien, die in allen Spiel- und Lasterhöhlen zu finden waren? Die Ehe, die man schützen wolle, würde durch die Fabrikarbeit der Frauen und durch die von den oberen Kreisen begünstigte Prostitution herabgewürdigt, ebenso durch die Erschwerung der Heiraten der Postbeamten und Offiziere. Er schließt: Die Erweiterung der kautschukartigen Gesetzesbestimmungen wird nur dazu führen, die Opposition vogelfrei zu machen. Wir fürchten dieses Gesetz ebenso wenig wie das Sozialistengesetz. Wir halten es für unverbesserlich. Wir werden es daher auch nicht in eine Kommission schicken. Der frühere Reichskanzler sprach von dem Mute der Kaltblütigkeit. Die Kaltblütigkeit ist zum Teufel gegangen und Sie marschieren unter dem Hasenpanier.

8. Januar. Der Kaiser setzt auf einem auf dem Schloß zu Potsdam gegebenen Herrenabend in längerem Vortrage einer Anzahl Abgeordneten die Notwendigkeit auseinander, die Marine zu verstärken (vgl. 8. Februar).

9. Januar. (Reichstag.) Umsturzvorlage. Stumm gegen die Kathedersozialisten. Gröber gegen die ungläubigen Professoren.

Abg. v. Stumm (R.P.): Ein prinzipieller Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten existiert nicht. Den Sozialdemokraten gegenüber kann man mit geistigen Waffen nicht auskommen, man muß den eisernen Besen anwenden, und zwar richtet man mit geistigen Waffen deswegen nichts aus, weil sie jedesmal, wenn sie widerlegt sind, sich sofort mausern und von neuem widerlegt nochmals sich mausern und so natürlich nicht zu fassen sind. Wir brauchen deshalb ein schärferes Gesetz, und hätte ich das Gesetz zu machen, so würde ich vorschlagen „§ 1: Jedem Sozialisten wird das aktive und passive Wahlrecht entzogen. Die Agitatoren werden ausgewiesen oder interniert." Die Sozialdemokratie kann heute bereits in ihrer Organisation als ein Staat im Staate gedacht werden. Sie hat ein wohlgeordnetes Beamtenheer, sie treibt ihre Steuern mit größerer Pünktlichkeit ein, als irgend ein Finanzminister der Einzelstaaten es sich nur wünschen kann; sie unterdrückt mit allen Mitteln, was sich ihr widersetzt. Ich halte es für die Pflicht der Selbsterhaltung, für eine Pflicht gegen die Monarchie und die Gesellschaft, die Arbeiter von dem roten Banne der Sozialdemokraten und der ungesetzlichen Tyrannei zu befreien, die ihnen von den sozialdemokratischen Agitatoren auferlegt wird. Ich nehme es den sozialdemokratischen Führern nicht einmal so sehr übel, daß sie so handeln. Eine gewisse Entschuldigung dafür sehe ich in dem Kokettieren gewisser gelehrter Kreise mit der Sozialdemokratie, mit der Revolution. Diese Herren herrschen von ihrem Katheder ebenso unumschränkt wie die Führer der Sozialdemokratie. Jeder Dozent der Nationalökonomie, der sich ihrer Richtung nicht anschließt, wird als unwissenschaftlich verschrieen, wird boykottiert und kommt in keine gute Professur hinein. Von diesen Herren stammt auch die Phrase von dem berechtigten Kern der Sozialdemokratie; denn was berechtigt daran ist, ist gar nicht spezifisch sozialdemokratisch, im Gegenteil, alles, was die andern Parteien zum Wohle und zum Schutze

der arbeitenden Klasse anstrebten, scheiterte teilweise an dem Widerspruche der Sozialdemokraten oder kam gegen deren Willen zu stande. Ich erinnere nur an das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz, die Unfallversicherung, das Gesetz über die Sonntagsruhe u. a. Die besten Löhne, die vorzüglichsten Wohlfahrtseinrichtungen bestehen dort, wo die Arbeiter scharfe Gegner der Sozialdemokratie sind. Sehen Sie sich nur einmal die Fabrik des Herrn Krupp und anderer Kollegen auf unserer Seite an und vergleichen Sie damit die Einrichtungen bei der sozialdemokratischen Genossenschaftsbäckerei. Die Arbeiter streikten bekanntlich dort wegen zu niedriger Löhne. Dabei gingen die Leiter solcher Arbeiter-Erwerbsgenossenschaften noch häufig mit den Geldern durch. Man sagt, wir machten mit den reichen Juden Geschäfte und schimpften auf die kleinen. Merkwürdig ist doch aber, daß meines Wissens bei keiner Fraktion außer der sozialdemokratischen Juden Mitglieder sind. Man wirft uns vor, wir hätten uns auch über die Agitation der christlich-sozialen Arbeitervereinigungen beschwert. Nun, das Organ dieser Bewegung im Rheinland ist „Die Hilfe“ des Pfarrers Naumann und diese geht ganz offen mit den Sozialdemokraten zusammen. Einer ihrer Hintermänner ist der bekannte Karl Weber. Systematisch schürt die „Hilfe“ die Unzufriedenheit der Landarbeiter und verleidet ihnen sogar das Weihnachtsfest und die Weihnachtsbescherungen, die die Wohlthätigkeitsvereine den Kindern der ärmeren Leute veranstalten. Zum Glück wird ja diese Neigung von der sonstigen evangelischen Kirche nicht geteilt. Dieses Liebäugeln mit der Sozialdemokratie geht durch eine ganze Reihe von Blättern. Ich erinnere nur weiter an „den neuen Kurs“, der ja bis in hohe Kreise hinauf Beschirmer haben soll. Unverständlich ist mir ferner gewesen, wie ein solches aufreizendes Stück wie „Die Weber“ vom Oberverwaltungsgericht freigegeben werden konnte. Wenn man dagegen bedenkt, wie auch hier im Hause die Herren Sozialdemokraten stets mit Glaceehandschuhen angefaßt werden, obwohl sie doch durch ihre Majestätsbeleidigungen uns geradezu verhöhnen, wie Herr Bebel es wagen kann, der ganzen Nation Bedientensinn beizulegen und unser glorreiches Deutsches Reich mit dem römischen Reiche unter Tiberius in Parallele zu stellen, dann meine ich, ist es die höchste Zeit ihm zuzurufen: quousque tandem Catilina! Ich begrüße diese Vorlage als ersten Schritt zur Gesundung, weil sie den Schein zerstört, als ob die Regierung mit der Sozialdemokratie paktiert, und weil sie ferner eine Handhabe bietet, nicht bloß den Verbrecher, den Verführten zu treffen, sondern auch den Verführer. Ich halte denjenigen für ebenso schuldig, der das Dolchzücken verherrlicht und dazu auffordert, als denjenigen, der den Dolch selbst in die Brust eines Gegners gesenkt hat. Man hat sich gegen die Vorlage ausgesprochen, weil sie ein Ausnahmegesetz sei. Warum soll denn ein Ausnahmegesetz nicht auch heilsam sein? Die Gewerbe-Ordnung ist auch ein Ausnahmegesetz, nämlich gegen die Arbeitgeber, sie soll den Arbeiter gegen die Ausbeutung schützen. Ebenso gut und noch viel mehr muß der Arbeiter gegen die sozialdemokratische Ausbeutung geschützt werden.

Abg. Gröber (Z.) beantragt die Vorlage zur ernsten Prüfung an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen. So lange Ausnahmegesetze u. a. gegen die Jesuiten beständen, würde das Zentrum dem Bundesrat keine scharfen Waffen gewähren, die gegen alle Parteien gerichtet werden könnten. Die Vorlage stellte den für die Rechtspflege ganz neuen Begriff der Anpreisung von Verbrechen auf. Nun gibt es heute eine wissenschaftliche Richtung, welche die innere Willensfreiheit des Menschen leugnet und den Schuldbegriff völlig streichen will. Ja, es gibt Professoren, die das Recht auf Revolution predigen. Müßten solche Lehren nicht auch unter

dieses Gesetz fallen! Nun weiß ich wohl, was mir der Staatssekretär des Reichsjustizamts darauf erwidern wird. Er wird sagen: es müsse auch die rechtswidrige Absicht festgestellt sein. Allein damit wird der Willkür doch ein zu weiter Spielraum gelassen. Das Anpreisen aller Verbrechen soll strafbar sein, die überhaupt jemals in der Welt begangen worden sind, im In- und Auslande, vor und nach der Sündflut. Uns könnte das ja in mancher Beziehung recht sein. Den Katholiken würde es dann erspart bleiben, sich dagegen zu wehren, daß ein Mordbrenner, ein schwedischer Franktireur hier in Deutschland verherrlicht wird (Lebhafte Zustimmung im Zentrum, große Unruhe rechts und links), wie wir im letzten Monat haben erleben müssen. (Fortdauernde Unruhe). Das würde unter den Begriff der Anpreisung des Hochverrats fallen. Aber ebenso hätte dies Gesetz Anwendung finden müssen, wenn zu den Zeiten, wo gegen katholische Priester und auch Bischöfe im Wege des Zwanges eingeschritten wurde, die Gemeinde ihrem Pfarrer, ihrem Bischof beigestanden hätte und wenn eine Zeitung dies gerühmt hätte. Die ganze Fassung des § 111a läßt erkennen, daß man nur das, was die kleinen Leute sagen, treffen will. Die Redner in den kleinen Volksversammlungen sind nicht zum hundertsten Teil so gefährlich und so schuldig wie die Redner auf dem Katheder. Das Beispiel von oben ist viel verführerischer. Was ein Professor mit einem ganzen Wust von Zitaten, einem Heuwagen voll Belegen vorbringt, das imponiert dem Deutschen viel mehr, als was ein einfacher Mann mit bloßer Volksschulbildung spricht. Redner führt als Beispiele für die Gefährlichkeit der Professoren ein Gutachten des Jenenser Professor Ernst Häckel an, worin die unbeschränkte akademische Freiheit „ohne Rücksicht auf religiöse Vorurteile" gefordert wird, ferner Zitate aus Schriften von den Berliner Professoren Döring und Förster. Ersterer hat die Lehre von der Dreieinigkeit als nicht weit vom Polytheismus entfernt bezeichnet. Die Ansichten über die Entstehung der Ehe, die die Schriften der Darwinianer mit den affenähnlichen Vorfahren durchziehen, weichen von den unserigen wesentlich ab. (Heiterkeit.) Die gelehrten Werke bilden das Arsenal für die Herren Sozialdemokraten. (Aha! links. Beifall.) Würde die Vorlage Gesetz, so müßte sie zunächst auf die vom Staate bezahlten Professoren angewandt werden. Die Rettung liegt darin, daß die Religion dem Volke erhalten bleibt. Wir treten auch gern mit in die Schranken für Religion, Sitte und Ordnung gegen den Umsturz. Zuvor verlangen wir aber, daß für diesen Kampf unsere gebundenen Hände freigemacht werden. Unsere Pfarrer kämpfen für Erhaltung der Religion. Wie sollen sie es aber in den polnischen Landesteilen mit Erfolg thun, wenn sie nicht in der Muttersprache zu den Leuten reden dürfen? (Beifall im Zentrum.) Die Sitte wollte man wiederholt stärker schützen; man machte Vorlagen, ließ sie aber fallen. Dafür brauchte man alljährlich neue Militärvorlagen, diese sollen die Sittlichkeit schützen! (Beifall und Heiterkeit.) Sorgen Sie für die Religion! Wenn die Leute nicht mehr an die Unsterblichkeit, an Gott glauben, wie wollen Sie sie veranlassen, opferwillig und gehorsam zu sein? (Beifall.) Die Kirche allein kann Rettung bringen, sie allein kann die höhern Stände veranlassen, den untern Ständen mit gutem Beispiel voranzugehen. Was für den einzelnen Menschen gilt, das gilt auch für ganze Völker: Es giebt kein Heil außer in Jesus Christus.

Staatssekr. Nieberding wendet sich gegen den Abg. Gröber, hofft aber mit ihm in der Kommission zur Verständigung zu gelangen. Die Regierung wolle durch die Vorlage nicht zu Strafen Anlaß geben, die dem Rechtsbewußtsein widersprechen, sondern nur den Staat schützen. Ein Eingriff in die Unterrichtsfreiheit könne nicht stattfinden.

10. Januar. (Reichstag.) Umsturzvorlage. Rede des Kriegsministers und Bennigsens.

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) für die Vorlage. Auf einige Bemerkungen des Abg. Munckel (fr. Vp.), daß der § 112, der die Verleitung von Soldaten zur Indisziplin bestrafen will, überflüssig sei, erwidert der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf: Bei den zunehmenden Versuchen, die sozialistische Agitation in die Kaserne zu tragen, seien schärfere Strafbestimmungen unentbehrlich. Die Führer der sozialdemokratischen Partei gäben ihren Genossen zwar öffentlich den Rat, sich im Dienste nichts zu schulden kommen zu lassen, aber die aufreizenden sozialdemokratischen Lehren seien nicht ohne Wirkung geblieben. Jetzt würden häufiger als früher Posten angegriffen und merkwürdigerweise Posten an entlegenen Stellen, an einem Pulvermagazin, vor einem Waffenmagazin oder einem Munitionslager. Die Mehrzahl der Rekruten, die zur Truppe einrückt, kommt unverdorben, gottesfürchtig und königstreu zur Fahne, die Leute sind gegen Ansteckungsstoffe jeder Art immun und bleiben es auch. Wir haben aber auch mit Rekruten zu rechnen, die von Jugend auf verwahrlost sind, die in Werkstätten, in Fabriken und auf Arbeitsplätzen eine Masse verworrenes Zeug gehört und in sich aufgenommen haben. Die wollen wir zu guten Soldaten machen, und das gelingt uns auch zum Teil. Wenn sich aber permanent von außen ein Gegengewicht gegen die erziehliche Einwirkung des militärischen Dienstes geltend macht, was soll denn werden aus den Leuten! Es handelt sich nicht bloß darum, die Disziplin aufrecht zu erhalten; es handelt sich bei uns auch darum, daß wir sorgen für das Wohl und Wehe der uns anvertrauten Mannschaft — und nun frage ich Sie, was ist denn das Schicksal eines bethörten eidbrüchigen Soldaten? Im Frieden erleidet er schwere Strafe und die Anstifter gehen fast immer straflos aus, denen wird kein Haar gekrümmt. Im Kriege oder im Kriegszustande, und den können wir auf verschiedene Arten haben, stellen wir ihn auf den Sandhaufen und lassen ihn schimpflich enden durch das Blei seiner Kameraden, so erfordert es Recht und Gesetz. — Recht und Gesetz fordern das, und mit den Herren Anstiftern machen wir dann allerdings auch wenig Federlesens. Deshalb erbitten wir von Ihnen, meine Herren, die Mittel, die es uns möglich machen, daß wir darauf verzichten können, derartige Exempel statuieren zu müssen.

Abg. v. Bennigsen (nl.) für die Vorlage, wenn er auch die weitgehenden Ansichten des Abg. v. Stumm nicht teilt; er will das allgemeine Wahlrecht erhalten und betont gegen den Abg. Gröber den Satz der preuß. Verfassung: „Die Wissenschaft und ihre Lehren sind frei“.

10. Januar. (Berlin.) An Stelle des Generaloberst v. Pape, der in den Ruhestand tritt, ernennt der Kaiser den Generaloberst v. Loë (vgl. Jahrg. 1893 S. 201) zum Oberbefehlshaber in den Marken und Gouverneur von Berlin.

11. Januar. (Reichstag.) Umsturzvorlage. Reden Wolszlegiers und Köllers.

Abg. v. Wolszlegier (Pole): Das Gesetz sei in der vorliegenden Fassung unannehmbar. In den polnischen Provinzen existierten auch Anfänge der Sozialdemokratie, diese Verirrungen hätten aber ihren Mittelpunkt in der deutschen Arbeiterbevölkerung. Die sozialdemokratischen Ideen wurzelten in der Unzufriedenheit, darum müsse der Staat in den

polnischen Provinzen alles beseitigen, was Unzufriedenheit schafft. Pr. Min. des Innern v. Köller: Die Vorlage sei kein Ausnahmegesetz, sondern bekämpfe die Sozialdemokraten auf dem Boden des gemeinen Rechtes. Die Sozialdemokratie reize grundsätzlich zu Verbrechen gegen das Eigentum und die staatliche Ordnung und zur Beschimpfung der Religion an.

12. Januar. (Reichstag.) Umsturzvorlage. Rede Hohenlohes. Frohme gegen Stumm.

Nachdem Abg. Spahn (Z.) wohlwollende Prüfung der Vorlage in der Kommission zugesichert hat, ergreift das Wort Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Meine Herren, der bisherige Gang der Verhandlungen über den vorliegenden Gesetzentwurf läßt mich hoffen, daß die Bedeutung des Gesetzentwurfs vom Reichstag gewürdigt wird, und daß Sie denselben einer Kommission zur näheren Prüfung überweisen werden. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß Sie die Gefahren, von welchen die Staatsordnung und die bürgerliche Gesellschaft bedroht sind, erkennen und Abhilfe schaffen wollen. Die verbündeten Regierungen sind der Ansicht, daß es notwendig sei, den Besorgnissen weiter Kreise der Bevölkerung, welche sich in ihren heiligsten Gefühlen verletzt und in ihrem Besitz bedroht sehen, Rechnung getragen werden muß. Zwei Wege boten sich dazu: der Weg des Ausnahmegesetzes und der Weg der Verschärfung einzelner Bestimmungen des Strafgesetzbuches. Es schien nicht ratsam, den Weg des Ausnahmegesetzes zu betreten. Ob die günstigen Erwartungen, die man seinerzeit an das Gesetz von 1878 geknüpft hat, wirklich eingetreten sind oder nicht, das ist eine sehr bestrittene Frage, darauf gehe ich nicht weiter ein. Sachliche Erwägungen haben zu dem Entschluß geführt, die Reform auf dem Boden des gemeinen Rechts auszuführen. Infolge dessen mußte eine gewisse mittlere Diagonale innegehalten und Vorschriften erlassen werden, die einen Schutzwall für die höchsten Güter des Lebens gegen alle Angriffe zu bilden haben, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Auf dieser maßvollen Grundlage bewegt sich der Gesetzentwurf und stellt, indem er sich nicht gegen eine bestimmte Partei, sondern gegen die gewaltthätigen Friedensstörungen in jeder Form richtet, das Mindestmaß dar, welches nach Ansicht der verbündeten Regierungen zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit im Reiche notwendig ist. Ich möchte noch zwei Punkte hervorheben. Es wäre vollkommen irrig, wenn man in der Vorlage eine Schmälerung des Rechtes der freien Meinungsäußerung sehen wollte. Eine derartige Absicht und eine solche Wirkung liegt dem Gesetz vollständig fern. Nicht irgend eine Meinung oder deren Aeußerung wird von dem Entwurf unter Strafe gestellt; sie wird strafbar nur durch die Form, in welcher sie sich geltend macht, indem diese in einer Aufforderung zu einer strafbaren Handlung besteht, eine öffentliche Friedensstörung oder einen öffentlichen Angriff enthält. Die Vorlage trifft nicht den Kampf der Meinungen, sondern sie trifft nur die Methode des Kampfes. Es ist ein völkerrechtliches Gesetz, daß im Kampfe der Völker unter einander keine vergifteten Waffen und keine explosiven Geschosse bei Handfeuerwaffen gebraucht werden dürfen. Denselben Grundsatz überträgt die Vorlage auf den Streit der Meinungen innerhalb der Volksgenossen. Im freien Austausch der Gedanken mag der Widerstreit der Ansichten ausgefochten werden; der Gegner soll überzeugt und überwunden, aber nicht verstümmelt oder vernichtet werden. Die giftigen Waffen des Hasses, der Verleumdung und der Gewalt sollen keine Anwendung finden unter den Angehörigen desselben Volkes. Der Glaube, der allen heilig ist, die grundlegenden Einrichtungen des Vaterlandes und der Familie, die allen gemein sind, sie müssen gegen öffentliche, den Frieden

gefährdende Angriffe sicher gestellt werden. Man hat behauptet, daß der Ursprung des Uebels in gewissen sozialen Uebelständen beruhe, und daß man diese wohl durch wirtschaftliche Reformen, aber nicht durch Strafgesetze und polzeiliche Maßregeln beseitigen könne. Meine Herren, demgegenüber kann nicht mit Nachdruck genug hervorgehoben werden, daß die Fürsorge des Reichs für die unteren Bevölkerungsklassen und die Bekämpfung der Umsturzbestrebungen, insbesondere der Sozialdemokratie, gar keine Berührung mit einander haben. Seit Beginn des Deutschen Reichs und namentlich seit der unvergeßlichen Botschaft des ersten Deutschen Kaisers vom 17. November 1881 ist keine Session vorübergegangen, ohne daß die verbündeten Regierungen gemeinsam mit dem Reichstage nach den verschiedensten Richtungen hin das Wohl der arbeitenden Klassen zu fördern unternommen haben. Kaiser Wilhelm II. hat seine Regierung durch eine Förderung des Arbeiterschutzes auf internationalem Wege eingeleitet, und seither sind die verbündeten Regierungen unablässig bemüht gewesen, auf den Fundamenten des christlichen Volkslebens den niederen und weniger bemittelten Volksklassen ein gewisses Maß von Wohlbefinden zu sichern, sie insbesondere gegen Krankheit, Unfall und Invalidität zu schützen. Darin ist Deutschland von keinem anderen Lande der Welt übertroffen worden. Dieser Weg wird nicht verlassen werden, und die verbündeten Regierungen sind überzeugt, daß sie auf thatkräftige Unterstützung des Reichstages werden rechnen können. Anders aber ist es mit dem Kampf gegen die Bestrebungen des gewaltsamen Umsturzes der bestehenden Staatsordnung. Dieser Kampf richtet sich nicht gegen bestimmte Volksklassen oder gewisse Schichten der Bevölkerung; es ist ein Kampf gegen das internationale und gegen das soziale Verbrechertum, und in diesem Kampf — das ist meine feste Ueberzeugung — werden die verbündeten Regierungen die Zustimmung der Nation und die thatkräftige Mitwirkung der überwiegenden Mehrheit dieses Hauses finden.

Abg. Frohme (Soz.) wendet sich gegen Herrn v. Stumm, dem er für seine Offenheit dankt. Er sei ein Tyrann gegen seine Arbeiter und habe kein Verständnis für Sozialpolitik, wie auch sein Verhalten gegen Pfarrer Naumann beweise, eine der wenigen bürgerlichen Persönlichkeiten, die noch ein Herz für den Arbeiter hätten. Die Nationalliberalen die jetzt so eifrig die Sozialdemokratie bekämpften, erinnert er daran, daß ihr ehemaliger Führer Miquel im Jahre 1864 dem Redakteur der Rheinischen Zeitung zurief: „Sie sprechen so erregt; das ist dann am Platze, wenn wir auf den Straßen die Massen aufrufen, um den Junkern die Köpfe einzuschlagen". Der Redner wendet sich hierauf gegen den pr. Minister des Innern, dem er vorwirft, daß das Lockspitzeltum in Deutschland weit verbreitet sei. Minister v. Köller weist diese Angriffe scharf zurück.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

13. Januar. (Friedrichsruh.) Besuch des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe bei Fürst Bismarck.

13. Januar. Gerüchte über die Entlassung Caprivis.

Die „Münch. Neuest. Nachr." behaupten, der Kaiser habe vor der Entlassung Caprivis eine zweistündige Unterredung mit dem bayrischen Gesandten Grafen Lerchenfeld gehabt, also sei die Entlassung nicht ohne vorherige Verständigung mit den Bundesstaaten erfolgt. Die „Köln. Ztg." erklärt das für falsch; erst nach der Entlassung habe der Kaiser die Vertreter der größeren Bundesstaaten zur Audienz berufen und ihnen in längerem Vortrage den Rücktritt des Reichskanzlers mitgeteilt.



14./15. Januar. (Reichstag.) Interpellation über den mangelnden Schutz der Deutschen im Auslande. Interpellation über Handwerkerkammern.

Abg. Hasse (nl) bringt folgende Interpellation ein: „Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu thun angesichts der vielfachen Klagen über den mangelnden Schutz der Deutschen im Auslande, insbesondere in Central-Amerika?" Der Interpellant führt aus, daß seit 1890 das Ansehen der Deutschen im Auslande gesunken sei, da Graf Caprivi es an einer kräftigen Vertretung der Deutschen habe fehlen lassen.

Staatssekr. Frhr. Marschall v. Biberstein: Meine Herren! Dem Herrn Vorredner bin ich dankbar dafür, daß er meinem Wunsche, die Frage des Schutzes der Deutschen im Auslande möglichst bald hier im Reichstage zur Sprache zu bringen, in so bereitwilliger Weise gefolgt ist und mir durch die eben begründete Interpellation Gelegenheit gegeben hat, eine Reihe von Vorgängen zu beleuchten, die seit längerer Zeit zur öffentlichen Diskussion stehen und auch nach meiner Wahrnehmung in weiten Kreisen Bewegung und Erregung verursacht haben. Wenn der Herr Vorredner dabei auf eine Kritik der auswärtigen Politik der letzten fünf Jahre eingegangen ist, so will ich ihm im Einzelnen nicht folgen; wenn er aber dem Herrn Grafen v. Caprivi hier vor versammeltem Reichstage den Vorwurf gemacht hat, seine auswärtige Politik sei nichts gewesen, als „ein fortwährendes Verneigen vor dem Auslande" (Hört! hört!), so hat er dafür keinen Beweis erbracht, und ich muß diesen Vorwurf mit Entschiedenheit zurückweisen. (Sehr richtig! Bravo!) Niemand kann mehr als ich die unsterblichen Verdienste des Fürsten v. Bismarck anerkennen (Bravo rechts); niemand kann mehr als ich anerkennen, welche Bedeutung seine Persönlichkeit hatte im Auslande und im Inlande, aber ich meine, man kann das anerkennen, ohne darum ungerecht zu werden gegen seinen Nachfolger (Sehr richtig! Bravo!), der in schwerer Zeit die Geschäfte des Reiches übernommen und — das müssen alle Gegner desselben anerkennen — sich seiner Aufgabe während mehr als vier Jahre mit voller Hingebung, mit voller Aufopferung gewidmet hat. (Bravo!) Die Kunde aus fernen Landen, daß dort Deutsche mißhandelt, getötet, ihres Eigentums, ihrer Freiheit beraubt worden seien, ohne daß der deutsche Vertreter einen Finger für dieselben gerührt, ja, daß er auf dringenden Hilferuf diese Hilfe verweigert habe mit nichtigen Vorwänden, ist in der That geeignet, unser Nationalgefühl zu verletzen, und darin hat der Herr Vorredner recht: es ist mehr als je Zeit, daß wir dahin streben, unser Nationalgefühl zu stärken (Bravo! rechts), und es kann kein Vorwurf für die auswärtige Politik empfindlicher sein, als der, daß sie sich in Widerspruch gesetzt habe mit dem nationalen Empfinden. Nun hat der Herr Vorredner eine ganze Reihe von Fällen dargelegt, aus denen nach seiner Ansicht die Schutzlosigkeit der Deutschen hervorgehen soll. Seine Vermutung, daß in den letzten fünf Jahren neue Instruktionen an unsere Vertreter im Auslande nicht ergangen seien, trifft vollkommen zu. Es ist nichts modifiziert worden an den generellen und speziellen Instruktionen, die in den 70er und 80er Jahren an die Vertreter in Mittel- und Südamerika erlassen sind. Ich will diese Instruktionen nicht verlesen. Ich kann es nicht für nützlich finden, daß wir uns im Einzelnen dem Auslande gegenüber hier festlegen; nur das kann ich sagen: von dem Gedanken, der vielfach in der Polemik außerhalb des Hauses und auch in der Rede des Herrn Vorredners zu finden war, daß wir jene mittel- und südamerikanische Staaten von oben herunter betrachten sollen, als nicht ebenbürtige Staaten, daß wir ihnen schroff gegenübertreten sollen, von diesem Geist findet sich

in jenen Instruktionen keine Spur, wohl aber ist es den Vertretern gerade in jenen Ländern zur Pflicht gemacht, daß sie auch da, wo festes Auftreten notwendig ist, stets danach trachten, das empfindliche Nationalgefühl jener Völker nicht zu verletzen — und, meine Herren, wenn ich die heutige politische Konstellation in der neuen Welt ins Auge fasse, wenn ich sehe, welche Strömungen dort sich zur Geltung bringen, dann muß ich sagen, man könnte keinen unglücklicheren Moment wählen, in dieser Beziehung einen Systemwechsel eintreten zu lassen und jetzt diese Länder nach dem Grundsatz: „ich bin groß und du bist klein" zu behandeln, was auch zur Zeit des Fürsten Bismarck niemals geschehen ist. Mit dem Herrn Vorredner erkläre ich es für eine der wichtigsten Pflichten unserer Vertretung im Auslande, stets bedacht zu sein auf einen wirksamen Schutz der Deutschen, ihres Eigentums, ihrer Person und ihrer Interessen, und ich bin der Ansicht, daß inmitten der streitenden Privatansprüche er stets im Auge behalten muß, daß auch diese seine Thätigkeit in dem Endziele dem allgemeinen Wohle, dem allgemeinen Interesse dient. Der oberste Grundsatz muß doch immer der sein, daß der Deutsche im Auslande, wo er auch den Fuß hinsetze, Anspruch hat, behandelt zu werden nach Maßgabe vertragsmäßiger Abmachungen, und, wo die nicht bestehen, nach Maßgabe der Sitten und Normen des Völkerrechtes und daß er unter keinen Umständen anders behandelt werden darf, als irgend der Einheimische oder ein Angehöriger einer anderen Nation. Aber, meine Herren, die Worte „Schutz des Deutschen im Auslande" bilden doch keine Formel, die man einfach auf alle Verhältnisse anwenden kann. Man muß doch im einzelnen Falle prüfen, was ist das für ein Mann, der Schutz sucht; was war seine Thätigkeit? Was hat seine Schutzbedürftigkeit veranlaßt? Denn nicht jedes Interesse, was ein Deutscher im Auslande sich schafft, ist darum ein deutsches Interesse (Sehr richtig!), und es ist merkwürdig, in welcher Weise dies in der öffentlichen Polemik übersehen wird. Ja, es gibt auch Interessen, die die Deutschen sich im Auslande schaffen, die mit unseren nicht identisch, die geradezu den unseren feindlich sind. Sollen wir Die auch schützen? (Sehr richtig! links.) Und kann es unsere Absicht sein, daß wir dem Deutschen im Auslande Das gewähren, was wir ihm im Inlande versagen, nämlich daß er die Verantwortlichkeit für seine eigenen Handlungen, wenn Folgen eintreten, die ihm nicht gefallen, von sich ablehnt und auf die Gesamtheit überbürdet? (Sehr richtig! links.) Ich bin an sich kein Gegner der Auswanderung, aber in der Weise sollten wir doch die Auswanderung nicht befördern, daß wir den Begriff „Schutz der Deutschen im Auslande", dahin interpretieren: ihr Deutschen, die ihr hinausgeht, ihr könnt treiben und lassen, was ihr wollt; was daraus auch geschieht, für euch tritt das Deutsche Reich, der deutsche Vertreter, eventuell das deutsche Kriegsschiff ein. Nein, meine Herren, es ist notwendig, gegenüber Uebertreibungen, die heute sich vielfach breit machen, auf diese allgemeinen Grundsätze wieder zurückzukommen; denn, meine Herren, es sind doch gar verschiedenartige Elemente, die von Deutschland aus hinübergehen über das Weltmeer (Sehr richtig!), um sich eine neue Heimat zu gründen. Es sind gute, friedliche Leute darunter, aber auch unruhige Köpfe und auch die Spezialität fehlt nicht von Leuten, die sich dort sehr rasch amalgamieren — assimilieren, deren Ideenkreis sehr bald beherrscht wird von den dortigen Verhältnissen, deren Nationalgefühl sich abstreift, die in sich den Beruf des Weltverbesserers fühlen, sich in allerlei Dinge mischen, die uns gar nichts angehen, und die dann, nachdem sie längst alle Fühlung mit dem Heimatsstaat verloren haben, sobald die Sache schief geht, sich an das „civis Romanus" erinnern und darüber klagen, daß noch nicht einmal ein deutsches Kriegsschiff da sei, um sie herauszuhauen. (Sehr gut!) Die

Erfahrung lehrt, daß, während gerade diese Elemente am meisten geeignet sind, Ansprüche an die Vertretung zu stellen, zu reklamieren und zu raisonnieren, umgekehrt die Elemente am bescheidensten sind, die in erster Reihe Anspruch auf wirksamen Schutz haben. Das sind die wirklichen Pioniere deutschen Erwerbsfleißes, deutschen Handels und deutscher Wissenschaft, die hinausgehen, um dort in ernster Arbeit, in friedlichem Dasein in steter Fühlung mit der Heimat zu arbeiten, indem sie in ihren Interessen zugleich den heimatlichen Interessen dienstbar sind, und diese Elemente, meine Herren, haben gar keine Freude daran, wenn der deutsche Vertreter bei der dortigen Regierung fortwährend queruliert und reklamiert. Im Gegenteil, sie betrachten es nicht als eine Förderung, sondern als eine Schädigung ihrer Interessen, wenn unbedeutende Vorgänge, Vorgänge, die mit deutschen Interessen gar nichts zu thun haben, zu internationalen Fragen aufgebauscht werden, und sie dann an ihrem eigenen Leibe die Folgen davon zu spüren haben. Diese Auffassung wird vielfach geteilt von denjenigen Leuten im Inlande, die dort Interessen haben, und ich meine, wir dürfen doch über dem Schutz der Deutschen im Auslande die Interessen der Deutschen im Inlande auch nicht vergessen. (Sehr wahr!) Die Mannigfaltigkeit der Fragen, die Möglichkeit der Kollision von Interessen — ich meine, das alles enthält doch eine recht ernste Mahnung, die Klagen, die aus dem Auslande zu uns herüberschallen über den angeblich mangelnden Schutz, mit einiger Zurückhaltung zu beobachten, zunächst der „audiatur et altera pars“ Raum zu geben und sich zu erinnern, daß, wie im Inlande derjenige, der einen Prozeß verloren hat, geneigt ist, zu klagen, daß überhaupt kein Recht im Lande mehr sei, auch derjenige, der mit seiner Reklamation abgewiesen ist, geneigt ist, einen Artikel darüber zu schreiben, daß die Deutschen im Auslande vollständig schutzlos seien (sehr wahr!), und, wenn der Herr Vorredner auf die vielen Klagen hinweist, die jetzt vom Ausland zu uns herüberkommen und daraus argumentiert, daß es früher dort anders gewesen sei, so vergißt er anzuführen, daß in neuester Zeit im Inlande sich gewisse Sammelstellen etabliert haben, in denen alle derartigen Klagen ohne irgend welchen Widerwillen angenommen werden. (Heiterkeit.) Der Herr Vorredner wird es mir nicht übel nehmen, wenn ich ihm anheimstelle, die einzelnen Klagen doch sorgfältig zu prüfen; denn jeder Vertreter, der einmal im Auslande war, bestätigt, daß an die Vertreter mitunter die allerunglaublichsten Ansprüche gestellt werden. Also Unzufriedene in der Beziehung hat es von jeher gegeben, und nachdem wir außer stande sind, im Inlande allgemeine Zufriedenheit zu schaffen, so glaube ich, können wir nicht dem Ideal nachstreben, alle Deutschen, die im Auslande sich aufhalten, zufrieden zu machen. Der Herr Vorredner hat einen Teil der in seinen Augen ungünstigen Verhältnisse im Auslande auf die Worte zurückgeführt, die ich gelegentlich des Columbischen Handelsvertrages hier gesprochen habe. Da habe ich gesagt: wer in das Ausland geht, muß die Institutionen in dem Lande, wo er sich niederläßt, nehmen, wie sie sind, und er muß das Risiko tragen, das sich aus diesen Institutionen ergibt. Das soll nun wie ein Lauffeuer durch ganz Zentral- und Südamerika gegangen sein und den dortigen Deutschen Schaden gebracht haben. Ich erwidere dem Herrn Vorredner: der Satz ist schon seit 20, 30 Jahren juris publici: kein Geringerer als der Fürst Bismarck hat sich in ganz ähnlicher Weise im Jahre 1871 ausgesprochen, und ich halte es geradezu für eine Pflicht, gegenüber den übertriebenen Ansprüchen, die jetzt gestellt werden, das nochmals ganz genau festzustellen. Ich will es negativ fassen: es ist ein Irrtum, zu glauben, daß der Deutsche, der sich in das Ausland begiebt, dort jede beliebige Thätigkeit unter dem vollen Schutz der heimischen Institutionen und Macht-

mittel entfalten könne; es ist ein Irrtum, zu glauben, daß der Deutsche, der in ein Land geht, wo eine schlechte Verwaltung und eine schlechte Justiz ist, von dem Deutschen Reich und seinen Vertretern verlangen könnte, daß man ihm dort für eine gute Verwaltung und für eine unparteiische und unbestechliche Justiz sorgt. Das sind unmögliche Dinge. Hier kann der Vertreter helfen, er kann raten, kann in aller möglicher Weise dahin wirken, daß dem betreffenden Deutschen sein Recht wird. Er muß reklamieren, sobald Justizverweigerung, Justizverzögerung, irgend ein rechtswidriger Eingriff, irgend ein Gewaltakt vorliegt. Es ist von jeher traditionelle deutsche Politik gewesen, sich in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten nicht zu mischen, und im Gegensatz zu dem Herrn Vorredner sage ich, wir wollen keinen politischen Einfluß in jenen Ländern gewinnen, wir wollen uns von den Parteikämpfen frei halten, wir wollen, wenn dort die leider Gottes häufigen Bürgerkriege ausbrechen, volle Neutralität bewahren. Aber ich meine, wir können von den Deutschen in jenen Ländern auch verlangen, daß dieser unser Wille von ihnen respektiert wird, und wir können auch nicht indirekt unsere Neutralität dadurch antasten, daß wir die schützende Hand über diejenigen halten, die sich in die inneren Parteikämpfe mischen, die Gesetze verletzen oder sich gar aktiv an Bürgerkriegen beteiligen, und ich erkläre hier ausdrücklich, daß der Deutsche, der das thut, einen rechtlichen Anspruch auf Schutz und Hilfe seitens der deutschen Vertretung für die Folgen seiner ungesetzlichen Handlungen nicht hat, wobei es dem Ermessen des Vertreters anheimgegeben ist, ob er aus Menschlichkeit etwas für den betreffenden Deutschen thun will. Meine Herren, wir haben es ferner stets für unsere Pflicht gehalten, amtliche Reklamationen nur dann anzustellen, wenn wir den festen Boden des Völkerrechts oder des Vertragsrechts unter uns hatten, dann aber auch mit dem Nachdruck und der Entschiedenheit vorzugehen, welche dem Ansehen und der Würde des Deutschen Reiches entspricht. Denn Reklamationen anzustellen und sich dann von den fremden Regierungen nachweisen zu lassen, daß die Reklamation thatsächlich unbegründet ist, scharf auftreten, mit dem Säbel klirren und schließlich kurz treten, das ist niemals deutsche Art gewesen und soll es auch in Zukunft nicht sein. (Bravo!) Aber freilich — und hier glaube ich, komme ich den Anschauungen des Herrn Vorredners näher — zwischen der amtlichen Reklamation bei der dortigen Regierung, die immer eine ernste Sache ist, uud zwischen dem absoluten Nichtsthun ist eine breite Mittelstraße, auf der der Vertreter eine sehr fruchtbare und ersprießliche Thätigkeit zu Gunsten der Deutschen entwickeln kann. Ja, man kann so weit gehen zu sagen, der Vertreter verdient das höchste Lob, der die größte Wirkung zu Gunsten der deutschen Interessen erzielt und dabei am wenigsten reklamiert. Diese Thätigkeit hängt wesentlich von der Persönlichkeit des Vertreters ab, von der Stellung, die er sich in der Kolonie gemacht hat, von dem Vertrauen, das er bei der Kolonie und bei der Regierung erworben und davon, in welchem Maße er es verstanden hat, bei der fremden Regierung die Ueberzeugung zu begründen, daß hinter ihm und seiner Thätigkeit die Macht und der Wille des Deutschen Reiches steht. Diese Thätigkeit läßt sich allerdings von hier nicht reglementieren, und auch im einzelnen nicht kontrollieren. Ich sage das nicht, um von hier aus die Verantwortlichkeit auf den Beamten abzuschütteln; im Gegenteil, es kann einer ein guter und tüchtiger Beamter sein und doch nicht fähig für die Thätigkeit, die ich eben beschrieben habe, und eben darum ist die Verantwortlichkeit der Zentralstelle um so größer bei der Auswahl der Personen, und wenn in dieser Beziehung ein Mißgriff geschehen ist, so trifft die Verantwortlichkeit ausschließlich die Zentralstelle; wenn also bezüglich des Herrn Peyer das geschehen ist, so

nehme ich dafür die Verantwortung auf mich. Ich komme nun, nachdem ich hier in allgemeinen Zügen die Grundsätze dargelegt habe, welche bezüglich des Schutzes der Deutschen im Auslande gelten, auf einige der Spezialfälle, die von dem Herrn Vorredner erwähnt wurden. Es ist mir vollkommen unmöglich, auf alle die einzelnen Punkte einzugehen; es sind da verschiedene Dinge berührt worden aus Zeitungen, von denen ich keine Kenntnis habe. Ich meine, das größte Interesse besteht wohl hier im Hause an den Vorgängen in Salvador. Die kleine Republik Salvador an der Westküste von Amerika ist von jeher der Schauplatz von heftigen Parteikämpfen und wiederholten Bürgerkriegen gewesen. Wenn ich bei meinen Ausführungen gegen Deutsche im Auslande hier polemisieren muß, so schicke ich voraus, daß ich in keiner Weise die patriotische Gesinnung und Ehrenhaftigkeit oder die Wahrheitsliebe dieser Männer in Zweifel ziehe, am allerwenigsten bei Herrn Dr. Prowe, der mir von allen Seiten als ein durchaus ehrenwerter und wahrheitsliebender Mann geschildert wird. Ich hätte nur lebhaft gewünscht, daß er seinem Drange, die Welt zu verbessern, etwas größere Zügel angelegt und sich insbesondere jener Superlative der Verachtung enthalten hätte, mit denen er die Institution, die Machthaber und die Bevölkerung des Landes bezeichnet, wo er seine neue Heimat sich begründet hat. All den Berichten, die uns über die Vorgänge aus Salvador zugekommen sind, ist eines charakteristisch, das ist, daß die Herren mit außerordentlicher Behaglichkeit das schildern, was Herr Peyer nicht gethan hat, dagegen mit einer gewissen Oberflächlichkeit darüber hinweggehen, wenn es sich darum handelt, darzulegen, was die Deutschen daselbst gethan haben. Da ist zunächst der Fall Mathies. Ich schicke voraus, daß das allerwenigste Material von Herrn Peyer herrührt, sondern von anderen, aber durchaus zuverlässigen Informationsquellen. Es war im Sommer 1890. Ezeta war zum Präsidenten von Salvador gewählt worden, aber von Guatemala nicht anerkannt, und nun standen die beiden Heere kriegsbereit gegenüber. In diesem Augenblick ging der deutsche Staatsbürger Mathies von Guatemala durch die Vorposten freipassierend herüber nach Salvador und wurde nun, wie uns der Herr Vorredner ganz richtig mitgeteilt, in Salvador gefangen, mißhandelt. Der deutsche Konsul Augsburg rettete ihn vor dem Tode; er wurde dann ausgewiesen und kam nach Guatemala zurück. Und was war der Grund dieses Vorgehens seitens der salvadoranischen Regierung? Der Herr Vorredner hat seine Lektüre aus der Prowe'schen Broschüre in dem Augenblick eingestellt, wo Herr Prowe allerdings sehr obenhin den Grund der Verhaftung des Herrn Mathies darlegt. Herr Prowe sagt, man habe damals ein Wesen daraus gemacht, daß Herr Mathies in seiner Tasche unter alten Zeitungspapieren auch einige Proklamationen der Feinde Ezetas vergessen hatte. (Heiterkeit.) Auf Deutsch gesagt, der deutsche Mathies hatte in seiner Tasche Proklamationen gegen den Präsidenten Ezeta und Briefe kompromittierenden Inhalts an politische Persönlichkeiten in Salvador. Ich bin weit entfernt, hier den Staatsanwalt spielen zu wollen und für die Schuld des Herrn Mathies zu plaidieren. Aber das muß ich doch sagen: wenn ein deutscher Staatsangehöriger in dem Augenblick, wo ein Krieg zwischen den beiden Ländern auszubrechen droht, wo die Truppen sich feindlich gegenüberstehen, von einem Lande ins andere geht und dabei Anspruch auf den deutschen Schutz macht, so ist es doch seine Pflicht, vorher seine Taschen nachzusehen, ob in diesen Taschen keine feindseligen Proklamationen und keine kompromittierenden Papiere sind. Thut er das nicht und wird dann abgefaßt, so kann, eventuell muß der Konsul auch für ihn eintreten, wenn er mißhandelt und ungerecht behandelt wird; aber, meine Herren, eine amtliche Reklamation auf Entschädigung ist einfach unmöglich, und

wenn Peyer diese abgewiesen hat, so hat er meinem Dafürhalten nach nichts Unrechtes gethan. Nun, meine Herren, kommt der Fall Prowe; der ist auch typisch für die Art und Weise, wie an sich richtige Thatsachen allmählich in eine Legende verwandelt werden. Der Herr Vorredner hat uns eben, gewiß optima fide, mitgeteilt, es ergebe sich aus den Schriften des Herrn Prowe, daß er ohne jeden Grund „mißhandelt, ins Gefängnis geworfen und dann ausgewiesen sei". Und nun, meine Herren, die Thatsachen, wie sie wirklich liegen! Ich habe hier das Orginal des Briefes des Herrn Prowe vor mir, woraus sich ergibt, daß, als im Jahre 1890 der unglückliche Ruhnke nach Salvador kam und dort in die Dienste des Präsidenten Ezeta eintreten wollte, Prowe ihn dazu bestimmte, er solle die Bedingung machen, daß die spanischen Instrukteure in der salvadorischen Armee entlassen, beziehungsweise nicht mehr angestellt würden, und ebenso ergibt sich aus diesem Briefe, daß ein Jahr später, am 15. November 1891, der Prowe dem Ruhnke sein Entlassungsgesuch schrieb mit der Begründung, daß dieses Versprechen bezüglich der spanischen Instrukteure nicht gehalten worden sei. Herr Prowe teilt uns nun mit, daß dieses Entlassungsgesuch bei dem Präsidenten Ezeta die höchste Wut erregt habe und zwar gegen ihn, Prowe. Der Präsident wußte also, woher der Pfeil kam. Nun frage ich: was geht es denn eigentlich den Herrn Dr. med. Prowe aus Danzig die Frage an, ob die salvadorische Armee von spanischen Instrukteuren instruiert wird oder von anderen? Eigentlich geht ihn das gar nichts an. Aber die Folgen blieben nicht aus; er ist abends im Wirtshaus, da kamen zwei Offiziere spanischer Herkunft, einer davon ist General — Prowe behauptet, er sei früher Bedienter oder Stiefelwichser gewesen; geht mich nichts an — und ruft Prove heraus. Und nun gibt der General Pastor dem Prowe einen Schlag ins Gesicht, sagt, ich fordere Sie. Prowe nimmt die Forderung an und die Offiziere, die begleitet sind von Polizisten und einer großen Menschenmenge, gehen weiter, nachdem sie vorher Drohungen ausgestoßen hatten, diese aber nicht ausgeführt hatten. Andern Morgens schickt Prowe dem General Pastor seine Zeugen und verlangt sein Ehrenwort, daß er sich unter allen Umständen mit ihm schlage, eventuell seine Entlassung nehme. Inzwischen hat der Präsident von der Sache gehört und schickt nun Polizisten, um Prowe in seiner Wohnung zu bewachen. Darauf nun aber hat General Pastor wieder sein Ehrenwort gebrochen und dem Präsidenten Ezeta sein Wort gegeben, er würde sich nicht schlagen. (Heiterkeit.) Nach 1½ Stunden wird Prowe, der übrigens niemals ins Gefängnis geworfen war, sondern in seiner eigenen Wohnung von Polizisten bewacht wurde, freigelassen und begab sich nun, wie er selbst zugibt, weil er die Rache des Präsidenten Ezeta fürchtete, zunächst nach einem benachbarten Orte und nach wenigen Tagen freiwillig nach Guatemala. Und nun, meine Herren, soll das Reich in der Sache helfen. Herr v. Bergen schreibt einen Brief an den Minister des Aeußern, stellt die Sache dar, verlangt Aufklärung, und der erwidert darauf: die Verhaftung war ganz berechtigt, denn in Salvador kann nach dortigen Gesetzen jede Behörde, wenn sie Grund hat zur Annahme, daß ein Vergehen begangen sein soll dies thun. Und was die Mißhandlung durch General Pastor betrifft, so erklärt der Minister, eine gerichtliche Untersuchung würde stattgefunden haben, wenn Prowe nicht Stadt und Land verlassen hätte. Darauf hat Herr Peyer, der die Geschäfte übernommen hatte, die Beschwerde des Prowe zurückgewiesen. Prowe hat sich an den Herrn Reichskanzler gewandt und diese Beschwerde wurde gleichfalls als unbegründet zurückgewiesen. Es war inzwischen das Novum eingetreten, daß General Pastor gestorben war, also ein gerichtliches Verfahren nicht mehr eintreten konnte, und was die Verhaftung

betraf, so war man hier der Ansicht, daß, wer in einem fremden Lande durch Annahme einer Duellforderung gegen die Gesetze des Landes verstoße, daß er sich darüber nicht beklagen kann, wenn er dann eine und eine halbe Stunde in seinem Hause bewacht wird. (Heiterkeit.) Das, meine Herren, ist nun der Fall, der seit Monaten in der öffentlichen Presse besprochen wird und mit ungünstigen Kommentaren gegenüber dem Auswärtigen Amt. Man sagt: wenn das einem Engländer passiert wäre, was hätte die englische Regierung gethan? Darauf erwidere ich: erstens einmal hätte ein Engländer sich um die Frage der spanischen Instrukteure gar nicht gekümmert (sehr richtig!); zweitens aber, wenn die Sache so verlaufen wäre, so hätte die englische Regierung nach dem Grundsatze, wie ich sie kenne, in der ganzen Sache keinen Finger gerührt und hätte einfach gesagt: ein Vorgang, für den jemand sich private Genugthuung im Wege des Duells sucht, kann nicht zugleich auch Gegenstand einer internationalen Frage sein. (Sehr richtig!) Das, meine Herren, ist der Fall Prowe. Ich komme nun zu den Vorgängen in San Salvador vom vorigen Jahre. Will man diese Vorgänge im vorigen Jahre unbefangen beurteilen und zu einem unparteiischen Urteile gelangen, so muß man, glaube ich, die Thatsache in den Vordergrund stellen, die auch gar nicht bestritten wird, daß bei der Revolution damals in ganz hervorragender Weise deutsche Staatsbürger sich beteiligt haben, daß auf der anderen Seiten in den Heeren des Präsidenten Ezeta, des anerkannten Präsidenten, eine Reihe von Deutschen Kriegsdienste genommen haben, also Deutsche Deutschen gegenüber standen. Man wird mir zugeben, daß, da die Aufgabe eines Vertreters, der gleichzeitig die Instruktion, er solle die Deutschen schützen, er solle sich aber nicht in die inneren Angelegenheiten des fremden Staates mischen, die Situation wahrhaftig keine leichte war. (Sehr richtig!) Ueber den Beginn der Revolution erzählt uns nun Herr Prowe in dem ihm eigenen blühenden Stil, daß in der Nacht vom 28. zum 29. April vorigen Jahres der Matthies — das ist derselbe, von dem wir vorhin gesprochen haben — in dem ein „zweiter Michel Kohlhaas stecke, seinem Junker v. Tronka auf das Dach gestiegen sei und mit 43 verwegenen Genossen Santa Anna die dortige Artilleriekaserne erstürmt und dadurch das Signal zum Aufstand gegeben habe". Ja, meine Herren, die Deutschen dort, die jetzt so lebhaft klagen darüber, daß sie nicht genügend geschützt würden, hätten doch vorher bedenken sollen, daß durch diese Handlungsweise die Deutschen, die sich auf Seiten der Regierungsgewalt befanden, in die allerübelste Lage und allergrößte Gefahr kamen. (Sehr richtig.) Es fand nun die Schlacht statt, bei der die Affaire mit dem unglücklichen Ruhnke statt hatte. Ezeta wurde geschlagen, und nun kommt der Fall Juhl. Das Haus von Juhl wurde zerstört und das Haus eines gewissen Müller. An dem Hause wurde die deutsche Fahne heruntergerissen und in ganz infamer Weise beschimpft. Herr Juhl hat darüber einen ganz interessanten Brief an deutsche Blätter gerichtet, worin er diese ganzen Vorgänge sehr drastisch beschreibt, und da ist auch in Klammer bemerkt: Mein Kompagnon war abwesend. Ja, er war allerdings abwesend. Es war der Herr Müller; er war General der Revolutionsarmee und nach meiner Information war das Haus, auf dem die deutsche Fahne wehte, das Haus des Herrn Müller. Ja, meine Herren, das heißt doch ganz einfach: mit der deutschen Fahne Mißbrauch treiben (sehr richtig!) und, nachdem man an der Revolutionsbewegung teilgenommen, nun die deutsche Fahne aufpflanzen, um sein Eigentum zu schützen. Nun, meine Herren, habe ich einer ganzen Reihe von Kritiken gelesen: wie tief eigentlich das Dentsche Reich gesunken sei, ergebe sich daraus, daß bei der Revolution in Salvador nur deutsches Eigentum zerstört worden sei und keines von anderen

Ausländern. Vollkommen richtig; aber auch hier fehlt wieder die Thatsache, daß nur die Deutschen an der Revolution teilgenommen haben (Hört, hört!); die anderen dagegen, die Franzosen, die Nordamerikaner, sich vollkommen still verhalten haben. Es ist mir vor Kurzem von ganz glaubwürdiger Seite versichert worden, daß die Haltung der Deutschen bei den übrigen fremden Kolonisten in gar keiner Weise Freude erregt hat, weil sie sagen: wenn wieder ein Umsturz kommt, so werden natürlicherweise wir anderen Kolonisten, obgleich wir uns ruhig verhalten haben, darunter auch leiden. Meine Herren, nun kommt dies Telegramm an Herrn Peyer, dieser Hilferuf, der aus San Salvador gerichtet worden ist, wo sich die Deutschen in der größten Gefahr befanden, im letzten Moment des ganzen Feldzuges. Herr Peyer hat darauf geantwortet, er könne selbst nicht kommen, und er halte es auch für überflüssig, daß er einen Vertreter schicke. Ich nehme keinen Anstand, zu erklären, daß ich dies Verhalten des Herrn Gesandten Peyer bedauere und mißbillige. Wenn in dieser Weise der Hilferuf von bedrängten Deutschen zu ihm gelangt, so hat er Folge zu leisten und sich nicht damit zu entschuldigen, daß er voraussichtlich keinen Erfolg haben werde. Er hätte es versuchen sollen; mißlang der Versuch, so hätte er jedenfalls seine Pflicht gethan. Und hier, meine Herren, komme ich auf einen Punkt, der gerade in dem Verhalten des Herrn Peyer mir von ausschlaggebender Bedeutung erscheint. Ich habe aus all' den mir gewordenen Mitteilungen zu meinem Bedauern die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß Herr Peyer in der Führung seiner Geschäfte eine gewisse Passivität an den Tag legt, die mit seiner Stellung nicht verträglich ist. Ich glaube vor allem, daß es seine Pflicht gewesen wäre, bei den Deutschen in Salvador seinen Einfluß geltend zu machen in der Richtung, daß sie sich nicht an den inneren Parteikämpfen beteiligen (Sehr richtig!), und gerade dies Verhalten der Deutschen gegenüber der damals geltenden Regierung, ihre aktive Beteiligung am Bürgerkriege ist für mich eine fast noch schwerere Belastung gewesen des Herrn Peyer als seine Nichtthätigkeit im Verlauf des Feldzuges; denn hier muß ich anerkennen, daß die Verhältnisse für ihn außerordentlich schwierig lagen. Ich habe außerdem den Eindruck gewonnen, daß Herr Peyer sich in der Kolonie dort nicht diejenige Stellung, nicht das Ansehen erworben hat, deren er zu einer Fortsetzung seiner Thätigkeit bedarf. Es ist bezeichnend, daß, obgleich dieser Kampf gegen Herrn Peyer seit Monaten dauert, bis jetzt noch niemand aus der Kolonie für ihn aufgetreten ist. Es wird die Konsequenz aus diesen Dingen gezogen, Herr Peyer von Guatemala abberufen und durch einen anderen Diplomaten ersetzt werden. (Bravo!) Der letztere wird die Instruktion erhalten, daß er entsprechend den gegebenen allgemeinen Weisungen nachdrücklich und wirksam zum Schutze der Deutschen eintrete, zugleich aber auch die Weisung, daß er mit aller Entschiedenheit die Deutschen in Salvador dazu ermahne, Ruhe und Frieden zu halten und sich nicht in die Parteikämpfe zu mischen, weil, wenn sie dadurch in Gefahr kommen, sie einen amtlichen Anspruch auf Hilfe des Deutschen Reiches nicht haben. (Sehr gut! und Bravo!) Ich habe vor wenigen Tagen einen Brief bekommen von einem sehr angesehenen Mann in Costa Rica, der früher dort deutscher Konsul war; er übt in diesem Schreiben eine Kritik an den Zuständen in Salvador und dem Verhalten der Deutschen dort. Er sagt am Schlusse: In unserem Freistaate Costa Rica kann ich zu meiner Genugthuung feststellen, sind die Deutschen gerade darum sehr geachtet, weil sie sich nie in die Politik des Landes mischen, und sehr beliebt, weil sie fleißig arbeiten, stets mit allen Parten im Lande auf freundschaftlichem Fuße stehen; es kommen hier auch außerordentlich selten Ansprüche auf Schutz seitens der deutschen Vertretung vor,

Ich hoffe, daß die Deutschen in Salvador sich an ihren Landsleuten in Costa Rica für die Zukunft ein Beispiel nehmen. (Sehr gnt!) Und nun der Fall Ruhnke. Ich hätte dringend gewünscht, daß es vermieden worden wäre, diese unglückliche Angelegenheit in die Oeffentlichkeit zu ziehen. Ich meine, man konnte den Kampf gegen den Gesandten Peyer führen, ohne daß man den Verwandten dieses Herrn den Schmerz anthat, die Handlungen dieses Mannes, der im Beginn einer Geistesstörung Dinge gethan hat, die er sicherlich bei gesundem Verstande nicht gethan haben würde, vor das Licht der Oeffentlichkeit zu ziehen. Der Herr Vorredner hat die Rechtsfrage behandelt, ob Ruhnke noch deutscher Staatsangehöriger gewesen sei. Die Frage ist ganz zweifellos zu bejahen. Aber es ist doch klar, daß, wenn Jemand in fremde Kriegsdienste tritt und damit die fremde Staatsangehörigkeit erwirbt, er in dem Maße, wie er dadurch freiwillig dem anderen Staate Rechte über seine Person einräumt, das Recht Deutschlands und seiner Vertreter sich beschränkt. Wenn dann hier verlangt wird, daß Herr Peyer gegen die Gefangennahme und Bestrafung des Ruhnke amtlich eintrete, ja, wohin sollte denn das führen, wenn wir anfangen, die zahllosen Deutschen, die in allen möglichen Ländern der Welt Kriegsdienste genommen haben, gegen die Sävitien ihrer militärischen Vorgesetzten zu schützen? Das ist vollkommen unmöglich. Was geschehen konnte, ist für den unglücklichen Ruhnke geschehen; die deutsche Kolonie, an der Spitze der Konsul Augspurg, hat sich beim Präsidenten für ihn verwendet, er wurde auf diese Verwendung hin begnadigt, ich glaube, aus dem Bericht des Konsuls Augspurg, den ich veröffentlicht habe, ergiebt sich, daß in der That von deutscher Seite alles Das geschehen ist, was überhaupt geschehen konnte. Nur noch zwei Worte über Brasilien. Der Herr Vorredner hat richtig dargelegt, daß im Süden von Brasilien mehr als 200 000 deutschredende Kolonisten sich befinden. Das ist zuzugeben; aber eine verschwindend kleine Anzahl dieser Kolonisten hat heute noch die deutsche Staatsangehörigkeit; man kann darüber streiten, ob es Hunderte oder Tausende sind. Dazu kommt, daß ein großer Teil dieser Kolonisten in ruhigen Zeiten es versäumte, sich in die Matrikel des Konsulats einschreiben zu lassen, nnd dann, wenn der Moment kommt, wo sie des Schutzes des Deutschen Reiches zu bedürfen glauben, sie außer stande sind, ihre deutsche Staatsangehörigkeit nachzuweisen. Wir haben über diese Verhältnisse in Brasilien wiederholt die eingehendsten Berichte erholt und die dortigen Konsuln sagen übereinstimmend, daß, soweit es irgend möglich sei, alles geschehe, daß aber in vielen Fällen ein Einschreiten aus dem Grunde ausgeschlossen sei, weil sie der brasilianischen Regierung gegenüber den Beweis nicht liefern können, daß die Leute die deutsche Staatsangehörigkeit nicht verloren haben, somit die Voraussetzung eines Einspruchs fehlt. Denn sowie die deutsche Staatsangehörigkeit verloren ist, sind die Leute lediglich brasilianische Staatsangehörige. Nun noch zwei Wörter über die Angelegenheit des Handelsvertrages mit Guatemala. Es ist richtig, daß 1892 kraft der Mac Kinleybill ein Reziprozitätsvertrag geschlossen wurde zwischen den Vereinigten Staaten und Guatemala und andern Staaten, in denen die letzteren gegen freie Einfuhr von Zucker 2c. die Konzession machten, daß gewisse amerikanische Produkte zu einem niedrigeren Zoll bei ihnen eingeführt werden dürften, als diejenigen europäischer Staaten. Guatemala hat, nachdem dieser Vertrag ins Leben getreten war, uns und allen europäischen Staaten gegenüber, mit denen es auf dem vertragsmäßigen Fuße der Meistbegünstigung stand, nunmehr die bekannte amerikanische Auffassung der Meistbegünstigung geltend gemacht. Wir haben sofort nachdrücklich protestiert, das Gleiche haben andere gethan, und inzwischen ist die ganze Sache dadurch erledigt, daß, nachdem Präsident Cleveland ans Ruder kam, die

Aufhebung der Mac Kinley-Bill, und mit dem Fall der Mac Kinley-Bill die Kündigung des Vertrages mit Guatemala eintrat. Meine Herren, ich glaube, Sie heute nicht weiter mit Einzelheiten ermüden zu sollen. Ich kann die Anfrage des Herrn Interpellanten nur dahin beantworten, daß, entsprechend den allgemeinen Instruktionen, welche unsere Vertreter im Auslande haben, wir darauf achten werden, daß dieselben allezeit den Deutschen, ihrer Person und ihrem Eigentum den Schutz und alle die Hilfe gewähren, die vertragsrechtlich und völkerrechtlich begründet ist, daß die Vertreter im Auslande die Weisung haben, alles zu thun, wodurch sie die Stellung der Deutschen im Auslande fördern können, daß, wenn berechtigte Klagen an uns gelangen, sofort Abhilfe eintreten wird, unberechtigte Klagen allerdings eine Berücksichtigung nicht finden können. Nun zum Schluß, meine Herren, noch eine kurze Bemerkung, die ich Ihnen dringend ans Herz lege. Unsere Vertreter in überseeischen Plätzen können die ihnen zugewiesene Aufgabe allein nicht vollführen. So wichtig die Personenfrage ist, die Persönlichkeit allein thut es nicht und die Instruktion von hier aus, sie mag noch so schön gedrechselt sein, auch nicht. Soll der Vertreter die friedliche und fruchtbare Mission, die ihm im Interesse des deutschen Vaterlandes obliegt, ansführen, so müssen wir ihm, dem Lande, wo er ist, der Bevölkerung und den Machthabern desselben von Zeit zu Zeit durch ein sichtbares Zeichen bekunden, daß hinter seiner Thätigkeit die Teilnahme des deutschen Volkes und der Wille und die Macht des Deutschen Reiches steht (sehr richtig!), und dieses Zeichen, meine Herren, ist die deutsche Flagge auf dem deutschen Kreuzer. Unsere Handelsinteressen an den überseeischen Plätzen nehmen jährlich zu, und wir freuen uns der Zahlen, die das beweisen. Wir streben dahin, Kapitalien unseren Kolonien zufließen zu lassen, um sie zu befruchten und zu entwickeln; wir sehen fromme Männer hinübergehen übers Meer, um in aufopfernder Thätigkeit zu wirken für das Christentum und die Kultur. So erweitert sich jährlich und täglich der Kreis unserer überseeischen Pflichten und der Kreis unserer Verantwortung; aber unsere Kreuzerflotte folgt dieser Bewegung nicht, die einzige Waffe, die wir dort haben, droht stumpf zu werden und zu rosten. Wenn auf irgend einem Gebiet, so gilt hier der Satz, daß Stillstand Rückschritt ist. Ich kann nach pflichtmäßiger Ueberzeugung nicht anders als offen aussprechen: der auswärtige Dienst kann seine Verpflichtungen in ausreichendem Maße nicht mehr erfüllen und die Verantwortlichkeiten, die ihm obliegen, nicht mehr übernehmen, wenn nicht in dieser Beziehung Abhilfe eintritt. Die Marinebehörden thun alles, was in ihren Kräften steht, um den berechtigten Wünschen des Auswärtigen Amtes entgegenzukommen; aber wiederholt ist uns die ultima ratio entgegengetreten: es ist kein Schiff da! Ich erinnere Sie daran, meine Herren, daß, als jüngst in der Delagoa-Bai unsere Interessen schwer gefährdet waren — und wir haben dort wichtige Interessen, die wir schützen wollen und schützen müssen — wir gezwungen waren, das einzige Kriegsschiff der ostafrikanischen Station, den „Seeadler", nach der Delagoa-Bai zu entsenden, obgleich gerade in dem Augenblick Kilwa von den Insurgenten bedroht war. Ich weise darauf hin, daß heute an der westamerikanischen Küste nicht ein einziges deutsches Kriegsschiff ist, obgleich in Peru noch heute der Aufstand wütet, wo wichtige deutsche Interessen zu wahren sind. Dasselbe ist der Fall an der ostamerikanischen Küste, und in dem Lande San Salvador, von dem wir vorhin gesprochen haben, ist seit mehr als zehn Jahren, seit dem August 1884, die deutsche Flagge nicht mehr gesehen worden. (Hört, hört! rechts.) Meine Herren, die Nachteile und Gefahren, die aus einer Fortdauer dieses Zustandes entstehen, nicht nur für unsere materiellen, sondern auch für

unsere ideellen Interessen, können durch alle diplomatische Geschicklichkeit unserer Vertreter nicht paralysiert werden! Auf der anderen Seite darf ich hinweisen auf die großen Vorteile, welche das Eintreten unserer Kreuzerflotte bei den jüngsten Bürgerkriegen in Chile und Brasilien für uns gehabt hat. Wir haben es ausschließlich unserer Flotte zu verdanken, der hingebenden und aufopfernden Thätigkeit derselben während jener Aufstände, daß wir einerseits unsere Neutralität wahren, aber trotzdem jedem Eingriff in deutsche Rechte entschiedenen Widerstand entgegensetzen konnten, daß es uns möglich war, die feste und maßvolle Politik während jener Bürgerkriege durchzuführen, die uns das Vertrauen jener Länder erworben hat, ein Vertrauen, das nach dem Urteil aller Sachkenner nach aller Voraussicht, uns reichen Segen bringen wird. Wir bedürfen einer Vermehrung unserer Kreuzer, nicht aus chauvinistischen Gründen, nicht weil wir uns in die inneren Angelegenheiten ferner Länder mischen wollen, nicht einer abenteuernden Politik zu Liebe; wir bedürfen Vermehrung, weil es unsere Pflicht ist, überall da, wo in fernen Ländern die deutsche Arbeit sich niederläßt, von Zeit zu Zeit die deutsche Flagge zu zeigen, als eine Warnung für die Fremden, für die Unsrigen als ein Schutz und zugleich für alle dort lebenden Deutschen als ein Symbol, das sie ermahnt zur Einheit und zum treuen Festhalten an ihrer alten Heimat. (Lebhaftes Bravo!)

Es folgt die Interpellation der Abgg. Frhrn. v. Heyl zu Herrnsheim (nl.) u. Gen.: „Die Unterzeichneten richten an die verbündeten Regierungen die Frage, welche Maßnahmen auf Grund der am 24. November 1891 von dem Staatssekretär Dr. v. Bötticher abgegebenen Erklärung über die reichsgesetzliche Einrichtung von Handwerker- oder Gewerbekammern in Aussicht genommen sind." Minister v. Bötticher erkennt die Bedeutung einer Organisation des Handwerks durchaus an, kann aber dem Reichstage noch keinen Gesetzentwurf vorlegen. Er weist darauf hin, daß nur der zehnte Teil der Handwerker den korporierten Innungen angehöre, daher könne man auf den Wunsch, Einführung obligatorischer Innungen und des Befähigungsnachweises nicht ohne weiteres eingehen. Am folgenden Tage spricht sich Abg. Richter (frs. Vp.) gegen die Handwerkerkammern und alle staatliche Organisation des Handwerks aus; man müsse ihm überlassen, sich selbständig zu vereinigen. Preuß. Handelsminister v. Berlepsch erklärt dem gegenüber eine Gesundung der Verhältnisse ohne eine alle Handwerke umfassende Organisation für unmöglich. Abg. Bock (Soz.) hat nichts gegen die Handwerkerkammern, fordert aber auch die Einrichtung von Arbeiterkammern, was Minister v. Bötticher ablehnt. (15. Jan.).

15. Januar. Verurteilung der unbotmäßigen Oberfeuerwerkerschüler (vgl. Jahrg. 1894 S. 161).

Der „Reichs-Anz." schreibt: Das kriegsgerichtliche Urteil über die in Untersuchungshaft genommenen preußischen Ober-Feuerwerkerschüler ist gesprochen und seitens des zuständigen Gerichtsherrn bestätigt. Sämtliche Inhaftierte sind bestraft worden. Die große Mehrzahl — 131 — erhielt wegen Ungehorsams je sechs Wochen und einen Tag Gefängnis, welche Strafe durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurde. 31 andere wurden wegen Ungehorsams, Achtungsverletzung, gemeinsamer Achtungsverletzung und Drohung, je nach der Schwere der den einzelnen zur Last fallenden Vergehen, mit Gefängnis von sechs Wochen und zwei Tagen bis zu neun Monaten unter entsprechender Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft bestraft. Gleichzeitig wurden von dieser Kategorie 10 degradiert. Endlich ist ein Unteroffizier wegen Aufwiegelung und gemeinsamer Achtungsverletzung mit fünf Jahren und einem Tag Gefängnis (wo-

von durch die erlittene Untersuchungshaft 75 Tage als verbüßt zu erachten) und Degradation, und ein anderer Unteroffizier wegen Ungehorsams, Achtungsverletzung, gemeinsamer Achtungsverletzung und Aufwiegelung mit fünf Jahren und fünf Monaten Gefängnis und Degradation bestraft worden.

Mitte Januar. Preßstimmen über die erste Lesung der Umsturzvorlage.

Die mittelparteiliche Presse ist im allgemeinen wenig befriedigt von dem Verlaufe der Reichstagsverhandlungen.

„Berl. Neueste Nachr.": Die fünftägige Debatte hat, so wortreich sie auch verlief, nur in einzelnen Phasen die Höhe erklommen, welche die für die Wahrung der Staatsautorität so bedeutsame Frage füglich in Anspruch nehmen darf. Zu diesen Höhepunkten gehört die große Rede des Sozialdemokraten Auer, sodann die bestimmte und konsequente Absage an die sozialrevolutionäre Lehre, die Frhr. v. Stumm vortrug, die soldatisch tapfere und von allem Deuteln und Kompromittieren bewußt sich entfernende Erklärung des preußischen Kriegsministers und die in großen Zügen weit ausgreifende und von dem nationalen Pathos, das diesem Redner eigen ist, belebte Betrachtung des Herrn von Bennigsen, die freilich mancherlei Einwände gegen sich wachruft. Was zwischen diesen Spitzen liegt, ist mehr erläuterndes Beiwerk und zum Teil die Wiederholung tausendfach gehörter Gemeinplätze gewesen.

„Hamb. Nachr.": Ein Ausnahmegesetz hätte eingebracht werden müssen. „Wir bleiben dabei, daß die Vorlage für den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu wenig, für das gemeine Recht der Gesamtheit der Staatsbürger gegenüber aber zu viel fordert und in letzter Beziehung Gefahren erzeugt, deren Würdigung ein ablehnendes Votum auch bei solchen Abgeordneten und Parteien bewirken könnte, die wahrscheinlich einem weit energischeren Vorgehen zugestimmt hätten, wenn es speziell und ausgesprochenermaßen gegen die Sozialdemokratie gerichtet gewesen wäre, ohne die Freiheit der übrigen, staatserhaltenden Parteien zu gefährden.

Die „Schles. Ztg." ist unzufrieden mit der Verteidigung der Vorlage durch die Regierung und schreibt dann: „Die Umsturzvorlage mag angenommen werden oder nicht — ihr wird kurz oder lang eine andere folgen müssen, wenn nicht alles der Zerstörung anheimfallen soll, was eine mehr als tausendjährige Kultur geschaffen hat, und wenn nicht vernichtet werden soll, was in der großen Zeit der geistigen Wiedergeburt unseres Volkes gewonnen worden ist. Gebe Gott, daß die herrschenden Gewalten im Vaterlande sich zum Erlasse eines neuen und wirksameren Gesetzes gegen den Umsturz entschließen, ehe die giftige Saat vaterlandsloser Agitatoren zu blutiger Frucht gereift ist."

„Hannov. Courier": „Das deutsche Volk sieht den Entscheidungen der nächsten Wochen mit sorgenvoller Spannung entgegen, denn das Bewußtsein beherrscht alle Kreise, daß es sich um mehr handelt, als um die Ablehnung oder Annahme eines Gesetzentwurfs."

15. Januar. (Berlin.) Eröffnung des Landtags mit folgender Thronrede:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags! In gewohnter Weise habe Ich Sie zur verfassungsmäßigen Mitarbeit berufen und entbiete Ihnen bei Wiederaufnahme Ihrer Thätigkeit Meinen königlichen Gruß. Der Haushaltsplan für das Jahr 1895/96, welcher infolge des Abschlusses der Steuerreform und der Neuordnung der Eisenbahnverwaltung wie des Kassenwesens im Bereiche der Verwaltung der direkten

Steuern wesentliche Umgestaltungen erfahren hat, wird Ihnen unverweilt zugehen. Zu Meinem Bedauern schließt er wiederum mit einem erheblichen Fehlbetrage ab. Trotz der fortdauernden vorsichtigen und sparsamen Bemessung der Ausgaben und der günstigern Entwicklung der eigenen Einnahmen Preußens ist es, wesentlich wegen der zu ungunsten der Einzelstaaten gänzlich veränderten Finanzlage des Reichs, noch nicht gelungen, das Gleichgewicht des preußischen Staatshaushaltes wieder herzustellen. Diesen seit mehreren Jahren bestehenden beklagenswerten Zustand endlich zu beseitigen, muß unser ernstes Bestreben sein. Die verbündeten Regierungen haben in der Erwartung, dadurch zu einem besser geregelten finanziellen Zustande zu gelangen, auf die bisherigen Mehrüberweisungen seitens des Reichs an die Einzelstaaten verzichtet. Sie werden ihre Vorlagen an den Reichstag auf eine mäßige Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs und die Herstellung gesetzlicher Bürgschaften für die finanzielle Selbstständigkeit des Reichs und seiner Glieder beschränken. Wenn es gelingt, auf dieser Grundlage eine Einigung herbeizuführen, so ist zu hoffen, daß die dringlichste Forderung, die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Landes erfüllt werden wird. Das letzte Rechnungsjahr hat einen Fehlbetrag von mehr als 31 000 000 ℳ. Für das laufende Etatsjahr wird der Fehlbetrag jedoch zum Teil infolge vorübergehender Verhältnisse wahrscheinlich nicht unerheblich hinter dem Anschlage und demjenigen des Vorjahres zurückbleiben. Der zu Ihrer Beschlußfassung gelangende Gesetzentwurf betreffend die Stempelsteuern soll die auf dem Gebiete der direkten Steuern nunmehr abgeschlossene grundlegende Reform auf die indirekten Landessteuern ausdehnen und auch bei den letztern die Verteilung der Staatslasten nach der Leistungsfähigkeit in höherm Grade als bisher durchführen. Ein nach gleichen Grundsätzen ausgearbeiteter Gesetzentwurf bezweckt eine Neuordnung des gerichtlichen Kostenwesens unter dem Gesichtspunkte einer einheitlichen Gestaltung für alle Landesteile und der Ermäßigung der Kosten für Gegenstände geringern Wertes, namentlich in Grundbuch- und Vormundschaftssachen. Gleichzeitig wird Ihnen der Entwurf einer Gebührenordnung für Notare zugehen, in welchem auch die Notariatsgebühren für die ganze Monarchie gleichmäßig geregelt sind. Ihrer Beschlußfassung werden ferner mehrere Gesetzentwürfe unterbreitet werden, welche die Durchführung der im abgelaufenen Jahre von den Synoden der evangelischen Kirchengemeinschaften beschlossenen Kirchengesetze zum Gegenstande haben. Dabei wird es sich besonders auch um die Sorge für die Hinterbliebenen der evangelischen Geistlichen der neuen Provinzen handeln. Wegen Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes durch Herstellung neuer Eisenbahnlinien wird Ihnen auch in diesem Jahr ein Gesetzentwurf zugehen, in welchem zugleich Mittel zur Beteiligung des Staates an Kleinbahn-Unternehmungen vorgesehen werden sollen. Mit der Neuordnung der Behörden der staatlichen Eisenbahnverwaltung werden vom Beginn des nächsten Etatsjahres ab umfangreiche Reformen des Kassen- und Rechnungswesens in Kraft treten, welche dazu beitragen werden, die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung zu erhöhen. Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Verpfändung der Privat-Eisenbahnen und der Kleinbahnen wird wiederholt den Gegenstand Ihrer Beratung bilden. Die schweren Sturmfluten der letzten Wochen haben auch an den preußischen Inseln und Küsten der Nordsee bedauerliche Verheerungen angerichtet. Wegen Feststellung des Umfangs dieser Schäden und Einleitung der zu ihrer Beseitigung geeigneten Maßnahmen ist das Erforderliche veranlaßt. Zur weitern Förderung des gewerblichen Fortbildungs- und Fachschulwesens ist eine Verstärkung der etatsmäßigen Mittel vorgesehen. Zu Meinem lebhaften Be-

dauern ist die Lage der Landwirtschaft fortdauernd ungünstig. Den hieraus erwachsenen schweren Uebelständen nach Möglichkeit zu begegnen, ist Meine unablässige landesväterliche Sorge und die dringendste Aufgabe Meiner Regierung. Zum Zweck der Erhaltung der neu geschaffenen Renten- und Ansiedlungsgüter wird Ihnen voraussichtlich noch in dieser Tagung der Entwurf eines Gesetzes betreffend das Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedlungsgütern zugehen. Geehrte Herren! Es gilt heute mehr als je, in einträchtiger Arbeit die Wohlfahrt des Ganzen zu fördern, und es ist die ernste Pflicht aller Wohlgesinnten, gegenüber den wachsenden Angriffen auf die Staatsordnung sich einmütig zur Abwehr zusammenzuschließen. Ich vertraue auf die bereitwillige Unterstützung und die patriotische Hingebung der preußischen Landesvertretung und bitte Gott, daß er die bevorstehende Tagung dem Lande zu reichem Segen gedeihen lasse.

Die Thronrede findet in der Presse geteilte Aufnahme; die „Kreuz-Ztg." und „Deutsche Tageszeitung" begrüßen die angekündigten Maßregeln zu gunsten der Landwirtschaft mit Genugthuung, die „Nat.-Ztg." sieht ihnen skeptischer entgegen; das „Berl. Tagebl." vermißt eine Erklärung über die Ministerwechsel und der „Vorwärts" glaubt, daß sich hinter der Mahnung zum festen Zusammenschluße aller Wohlgesinnten sich „das spezifisch-preußische Umsturzgesetz verbirgt und die Russifizierung des borussischen Vereins- und Versammlungsgesetzes!"

16. Januar. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Präsidentenwahl, Etat. Rede Hohenlohes.

Nachdem das frühere Präsidium (v. Köller DK., v. Heeremann Z., Dr. Graf nl.) wiedergewählt ist, ergreift das Wort Ministerpräsident Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe: Meine Herren, seit der letzten Vereinigung in diesen Räumen sind wesentliche Veränderungen in der Zusammensetzung des Staatsministeriums erfolgt. Es ist das Ministerium des Innern, das Ministerium der Justiz, das Ministerium für Landwirtschaft neu besetzt worden, und Se. Majestät haben geruht, mir das Präsidium des Staatsministeriums zu übertragen. Ich komme deshalb heute, um mich Ihnen vorzustellen und die Beziehungen anzuknüpfen, die uns von nun an verbinden werden. Ich rechne auf Ihr freundliches Entgegenkommen, und ich habe um so mehr Grund, darauf zu rechnen und darum zu bitten, als ich seit einer langen Reihe von Jahren aus dienstlichen Gründen aus der preußischen Heimat abwesend war und also zwar nicht den materiellen Verhältnissen fremd geworden bin, — denn ich bin preußischer Grundbesitzer — aber doch den Verhältnissen der Verwaltung und der Gesetzgebung. Wenn ich trotzdem das Amt, das mir Se. Majestät übertragen hat, angenommen habe, so leitete mich dabei der Gedanke, daß es Ehrenpflicht sei, dem Rufe Sr. Majestät Folge zu leisten. Außerdem aber schöpfe ich Mut aus dem Bewußtsein, daß ich mich eins fühle mit Ihnen in der Treue zum Könige und in der Liebe zum Vaterlande! (Lebhaftes Bravo.)

Hierauf legt Finanzminister Miquel den Etat vor. Für das Jahr vom 1. April 1895/96 sind die ordentlichen Einnahmen des Staates auf 1 865 173 497 *M.*, die Ausgaben im Ordinarium auf 1 837 214 103 *M.*, im Extraordinarium auf 62 259 394 *M.*, zusammen auf 1 899 473 497 *M.*, mithin die Ausgaben um 34 300 000 *M.* höher als die ordentlichen Einnahmen veranschlagt. Der Fehlbetrag muß durch Aufnahme einer Anleihe gedeckt werden, deren Betrag behufs Balanzierung des Staatshaushalts-Etats in den Etat der allgemeinen Finanzverwaltung als außerordentliche Einnahme eingestellt ist.

Gegenüber den Veranschlagungen für das laufende Jahr vermindern

sich für 1895/96 die ordentlichen Einnahmen um 14 274 916 M., die Ausgaben im Ordinarium um 40 887 329 M., dagegen erhöhten sich diejenigen im Extraordinarium um 4 402 413 M. Der Fehlbetrag für 1895/96 ist um 22 210 000 M. geringer als derjenige des laufenden Etats.

Bei den staatlichen Betriebsverwaltungen ist im Ordinarium ein Mehrüberschuß von 905 926 M. veranschlagt, indem Mehrüberschüssen von 41 049 329 M. Minderüberschüsse von 40 143 403 M. gegenüberstehen.

Die Mehrüberschüsse entfallen fast ausschließlich, nämlich in Höhe von 40 939 859 M., auf die Eisenbahnverwaltung. Die Ersparnis, welche an Ausgaben für Personal ꝛc. durch die Umgestaltung der Eisenbahnbehörden und die Vereinfachung des Bureau-, Kassen- und Rechnungswesens erzielt werden wird, ist auf etwa 6¼ Millionen Mark zu veranschlagen, wird indessen erst allmählich ihrem ganzen Umfange nach erreicht werden, da ihr bis auf weiteres noch die Ausgaben an Dispositionsgehältern u. s. w. für die nicht weiter zur Verwendung gelangenden Beamten ꝛc. gegenüberstehen; diese Ausgaben sind im vorliegenden Etat mit 3 722 000 M. vorgesehen. Bei den Gehältern sind für die Beamten aller Klassen, abgesehen von den durch Personalvermehrung entstehenden Ausgaben, im vorliegenden Etat, und zwar zum weit überwiegenden Teile infolge der Wirkungen des Gehälterregelung nach Dienstaltersstufen, 3 902 000 M. mehr in Ansatz gebracht.

Von den Minderüberschüssen entfallen zunächst auf die Verwaltung der direkten Steuern 29 313 600 M.

I. An Einnahmen fallen im vorliegenden Etat aus: 1) Die Erträge der durch das Gesetz vom 14. Juli 1893 wegen Aufhebung direkter Staatssteuern gegenüber der Staatskasse außer Hebung gesetzten Grundsteuer, Gebäudesteuer und Gewerbesteuer vom stehenden Gewerbebetriebe, welche im laufenden Etat veranschlagt waren, die Grundsteuer zu 39 844 800 M., die Gebäudesteuer zu 40 044 300 M., die Gewerbesteuer zu 22 344 700 M. 2) der Ertrag der nach demselben Gesetze als Staatssteuer in Fortfall kommenden Bergwerkssteuer, welche in dem laufenden Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung zu rund 6 393 000 M. veranschlagt war. 3) Infolge des Uebergangs der Einzelerhebung der direkten Staatssteuern auf die Gemeinden ꝛc. ist in dem vorliegenden Etat der Verwaltung der direkten Steuern eine Mindereinnahme an Gebühren und an sonstigen Einnahmen veranschlagt in Höhe von 328 390 M. Es ergibt sich mithin insgesamt ein Einnahmeausfall von 108 955 190 M.

II. Zur Deckung desselben weist der vorliegende Etat folgende Mehreinnahmen bezw. Minderausgaben nach: 1) Die Einkommensteuer ist mit ihrem vollem veranschlagten Betrag von 121 400 000 M. in Ansatz gebracht, was gegenüber dem gemäß § 49 Abs. 1 des Ergänzungssteuergesetzes vom 14. Juli 1893 erfolgten Ansatze im laufenden Etat eine Mehreinnahme von 34 872 000 M. ergibt. 2) Die Ergänzungssteuer ist neu eingestellt mit einem veranschlagten Ertrag von 35 000 000 M. 3) Gemäß § 28 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern tritt das Gesetz vom 14. Mai 1885, betreffend die Ueberweisung der Erträge aus landwirtschaftlichen Zöllen an die Kommunalverbände mit dem 1. April 1895 außer Kraft und kommt daher die im laufenden Etat bei der allgemeinen Finanzverwaltung vorgesehene bezügliche Ausgabeposition von 34 000 000 M. in Fortfall. 4) Durch die Uebertragung der Einzelerhebung der direkten Staatssteuern und Renten auf die Gemeinden ꝛc. ergeben sich bei der Verwaltung der direkten Steuern, bei der Domänen-Verwaltung und bei den Rentenbanken Ersparnisse an Veranlagungs- und Erhebungskosten im Betrage von 3 928 850 M., während den aus der anderweiten Organisation der Kassen bei der Verwaltung der

direkten Steuern sich ergebenden Ersparnissen an den Ausgaben für Beamte von rund 1 191 000 ℳ aus derselben Veranlassung bezw. sonst infolge der Steuerreform Mehrausgaben von etwa gleichem Betrage gegenüberstehen. Die sich hiernach für den vorliegenden Etat ergebende Deckung im Gesamtbetrage von 107 800 850 ℳ bleibt somit hinter dem oben berechneten Einnahmeausfall von 108 955 190 ℳ um 1 154 340 ℳ zurück.

Bei der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung ergibt sich ein Minderüberschuß von 5 360 563 ℳ

Bei der Verwaltung der indirekten Steuern ist ein Minderüberschuß von 2 903 550 ℳ veranschlagt.

Die Forstverwaltung ergibt einen Minderüberschuß von 2 394 000 ℳ, indem namentlich die Einnahme für Holz um 2 000 000 ℳ niedriger, dagegen diejenige für Nebennutzungen um 103 000 ℳ höher veranschlagt ist.

Bei der Domänenverwaltung ergibt sich ein Minderüberschuß von von 71 690 ℳ, indem insbesondere die Einnahme an Domänen-Amortisationsrenten um 130 000 ℳ, die Einnahme an grundherrlichen Hebungen um 45 000 ℳ und der Ertrag von Domänen-Vorwerken um 84 107 ℳ geringer, dagegen der Ertrag von anderen Domänengrundstücken rc. um 90 000 ℳ höher veranschlagt ist.

Die Dotationen und die allgemeine Finanzverwaltung ergeben einen Minderbedarf von 30 191 792 ℳ Bei der Verwaltung der öffentlichen Schuld ermäßigt sich der Bedarf um 2 481 340 ℳ; zur Verzinsung der Staatsschulden sind 645 288 ℳ und zur planmäßigen Tilgung 2 685 377 ℳ weniger, dagegen zur außerordentlichen Tilgung 975 124 ℳ mehr veranschlagt. Bei der allgemeinen Finanzverwaltung ergibt sich ein Minderbedarf von 27 711 142 ℳ.

Bei den dauernden Ausgaben der eigentlichen Staatsverwaltungen ist eine Erhöhung um insgesamt 10 302 215 ℳ veranschlagt. Der Etat des Finanzministeriums zeigt eine Erhöhung der Ausgabe um 2 097 675 ℳ, darunter insbesondere Mehrausgaben von 1 300 000 ℳ bezw. 1 000 000 ℳ zur weiteren Verstärkung des Zivil-Pensionsfonds und des Fonds zu gesetzlichen Witwen- and Waisengeldern, von 905 900 ℳ zur Verstärkung des Fonds zu Diäten, Fuhr- und Versetzungskosten bei den Regierungen rc. von 100 000 ℳ zur Erhöhung der Mittel zur Remunerierung der außeretatsmäßigen Mitglieder der Regierungen rc. und von 190 678 ℳ zur Vermehrung des Bureau- und UnterbeamtenPersonals bei denselben Behörden.

Bei der allgemeinen Bauverwaltung erhöht sich die dauernde Ausgabe um 1 528 108 ℳ Neben der Mehrausgabe von 125 240 ℳ an Kosten der Erhebung der Verkehrsabgaben sind insbesondere Mehrausgaben vorgesehen von 185 800 ℳ bei dem Fonds für Arbeitshilfen und Vorarbeiten für größere Bauausführungen, von 600 000 ℳ zur Verstärkung des Fonds zur Unterhaltung der Binnenhäfen rc. und von 75 000 ℳ an Kosten der gesetzlichen Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung rc.

Bei der Verwaltung für Handel und Gewerbe ergibt sich eine Mehrausgabe von 300 314 ℳ Zur Vermehrung des Personals der Gewerbe-Inspektion sind 41 700 ℳ vorgesehen; die Ausgaben für sechs zu verstaatlichende gewerbliche Fachschulen belaufen sich auf 466 494 ℳ, von welchen indessen 277 569 ℳ den betreffenden Anstalten schon bisher als Staatszuschüsse gezahlt wurden; der verbleibenden Mehrausgabe steht eine Schulgeldeinnahme von 190 900 ℳ gegenüber.

Bei der Justizverwaltung erhöht sich der Ausgabebedarf um 2 157 800 ℳ Von den Mehrausgaben entfallen insgesamt 158 140 ℳ auf die Ober-Landesgerichte, 1 275 502 ℳ auf die Land- und Amtsgerichte, 124 640 ℳ auf die besonderen Gefängnisse und 533 000 ℳ auf den Fonds zu baren

Auslagen in Zivil- und Strafsachen. Zur Schaffung neuer Richterstellen bei den Ober-Landesgerichten und den Land- und Amtsgerichten sind 262 140 *M.* vorgesehen.

Die Verwaltung des Innern erfordert eine Mehrausgabe von 825 051 *M.*; insbesondere sind mehr angesetzt für die Polizeiverwaltung in Berlin und in den Provinzen 84 569 *M.* bezw. 229 508 *M.*, für die Landgendarmerie 72 661 *M.*, zu allgemeinen Ausgaben im Interesse der Polizei 103 569 *M.*, darunter zur Verstärkung des Fonds zu geheimen Ausgaben im Interesse der Polizei 80 000 *M.*, sowie für die Strafanstalten 288575 *M.*

Bei der landwirtschaftlichen Verwaltung ist eine Mehrausgabe von 331 581 *M.* vorgesehen. Davon entfallen insbesondere auf die General-Kommissionen 143 890 *M.*, darunter 90 000 *M.* mehr zu Beihilfen zu Folge-Einrichtungskosten bei Rentengutsbildungen, ferner auf die landwirtschaftlichen Lehranstalten 47 479 *M.*, auf die Tierärztlichen Hochschulen und das Veterinärwesen 45 870 *M.*, auf die Ausgaben zu Landesmeliorationen ꝛc. 41 800 *M.* Außerdem sind an einmaligen Zuschüssen zu verschiedenen Dispositionsfonds der landwirtschaftlichen Verwaltung 350 000 *M.* im Extraordinarium des Etats ausgebracht.

Bei der Verwaltung der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten erhöht sich die dauernde Ausgabe um 1 857 344 *M.* Insbesondere sind mehr vorgesehen für die Universitäten 82 304 *M.*, für das Elementarunterrichtswesen 1 330 488 *M.*, darunter bei dem Fonds zur allgemeinen Erleichterung der Volksschullasten 500 000 *M.*, zu Dienstalterszulagen für Volksschullehrer und -Lehrerinnen 380 000 *M.*, zu Pensionen für Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen 200 000 *M.* Die Ausgaben für Kultus und Unterricht gemeinsam sind um 273 047 *M.* erhöht.

17. Januar. (Reichstag.) Jesuitengesetz. Gesetzentwurf, betr. Änderung und Ergänzung der Gerichtsverfassung.

Der vom Abg. Graf Hompesch (Z.) gestellte Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes wird angenommen durch die Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Polen, der freisinnigen Volkspartei und eines Teiles der süddeutschen Volkspartei. (Vgl. dazu: Graf Hoensbroech, der Jesuitenantrag des Zentrums, Berlin, Walther.)

Zu der Justizvorlage ergreift das Wort Staatssekretär Nieberding: Die Mängel des Strafgesetzbuches und der Strafprozeßordnung sollten abgestellt werden. Für die Wiedereinführung der Berufung habe sich die öffentliche Meinung erklärt. An die Entschädigung unschuldig Verurteilter sei die Regierung schwer herangegangen; auch bisher sei schon von den einzelnen Regierungen in Fällen wirklich unschuldig Verurteilter Entschädigung geleistet worden, allein die Gründe für die bisher ablehnende Haltung des Bundesrats beruhten darauf, daß es bei der gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung auch Schuldigen gelingen kann, durch Benutzung veränderter Umstände ihre Freisprechung im Wiederaufnahmeverfahren zu erreichen und sich so einen Anspruch auf Entschädigung zu verschaffen. Doch habe der Bundesrat den wiederholten Anträgen des Reichstages Folge geleistet. Abg. Dr. Enneccerus (nl.) ist für die Wiedereinführung der Berufung. Der vorliegende Plan zur Entschädigung unschuldig Verurteilter genüge ihm nicht; die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft müsse anerkannt werden.

17. Januar. (Berlin.) Staatsschuldenverwaltung.

Die Verwaltungsbehörde der preußischen Staatsschulden feiert ihr 75jähriges Jubiläum. (Vgl. v. Hoffmann die preuß. Hauptverwaltung der Staatsschulden von 1820—95. Berlin, 1895.)

18./19. Januar. (Reichstag.) Justizvorlage.

Abg. Lenzmann (freis. Vp.) erklärt, das Vertrauen in die Strafrechtspflege sei erschüttert, weil von der Strafkammer oft mit großer Herzlosigkeit gegen den Angeklagten verfahren werde. Ebenso sei die Stellung des Verteidigers unwürdig. Der Redner kritisiert viele Einzelheiten der Vorlage; er fordert u. a. ebenfalls eine Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft und protestiert, daß den Schwurgerichten bedeutende Delikte, wie Unzucht, Konkurs, Meineid entzogen werden sollen. Am folgenden Tage wird die Vorlage nach einigen kritischen Bemerkungen der Abgg. Grillenberger (Soz.) und Marquardsen (nl.) an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. (Vgl. Schiffer, Die Verfassung der Kollegialgerichte, „Preuß. Jahrb." Bd. 78 und Aulus Agerius, Der Einfluß der Staatsanwaltschaft in der preußischen Justiz. Daselbst Bd. 81. v. Bar „Nation" 1895, 17.)

20./21. Januar. (Duisburg.) Parteitag der rheinischen Sozialdemokratie.

In den Verhandlungen, in denen vorwiegend Dr. Lütgenau, die Reichstagsabgg. Meist und Schumacher das Wort führen, ist hauptsächlich von der Agitation auf dem Lande die Rede. Eine Resolution erklärt es als unzulässig, „dem ländlichen Kleinbesitz Hoffnung auf seine Erhaltung zu machen" und fordert unbedingt „Vergesellschaftlichung des Grundes und Bodens". (Vgl. den sozialist. Parteitag. Okt.)

21. Januar. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Etat. Richter über Ministerwechsel.

Minister der öffentlichen Arbeiten Thielen bitttet um schnelle Erledigung des Eisenbahnetats im Interesse der Vorbereitungen für die Ausführung der am 1. April in Kraft tretenden neuen Organisation der Eisenbahnbehörden (vgl. Jahrg. 1894 S. 101). Abg. Richter (frs. Vp.) greift die finanziellen Auseinandersetzungen des Finanzministers, namentlich seine Schätzung des Defizits, die viel zu hoch sei, scharf an; er tadelt das Kommunalabgabengesetz und das Tarifsystem der Eisenbahnen. Ferner rügt er die Art der Ministerernennung; da das Kollegium der Minister nie gefragt werde, wenn ein neuer ernannt werde, so könne das Staatsministerium keinen einheitlichen Charakter haben, daher herrsche auch augenblicklich ein Zickzackkurs. Finanzminister Dr. Miquel: Bei einer Schuldenlast von 6 Milliarden und noch nicht ½% Amortisierung könne er die Finanzlage nicht für so günstig wie Abg. Richter ansehen. Es müsse vor allem eine Balancierung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs hergestellt werden, aber in den letzten Jahren habe sich das Verhältnis der Einzelstaaten zum Reiche um 100 Millionen verschlechtert. Eine Tarifreform im Sinne Richters werde die Einnahmen vermindern aber nicht erhöhen. Vizepräsident des Staatsministeriums v. Bötticher weist den Vorwurf, daß das Ministerium keine einheitliche Politik treibe, zurück.

22. Januar. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Etat. Fürst Hohenlohe über die Ministerwechsel. Konversionsfrage.

Abg. Bachem (Z.) bespricht die Veränderungen im Ministerium. Er erklärt sich sodann gegen die Besteuerung der Einkommen unter 900 ℳ und empfiehlt dafür stärkere Heranziehung der Einkommen über 10000 ℳ; die Konversion der 4prozentigen Rente müsse als letzte Reserve betrachtet werden. Weiter tadelt er, daß für evangelische Zwecke im Etat mehr als

für katholische ausgeworfen sei und fordert die Wiederherstellung der katholischen Abteilung im Kultusministerium.

Ministerpräsident Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe: Der Herr Vorredner hat im Eingang seiner Rede über die Gerüchte gesprochen, welche über Ministerveränderungen kursieren, und hat sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß diesen Gerüchten nicht entschiedener entgegengetreten werde. Es ist, meine Herren, sehr schwer, den zahlreich auftretenden Gerüchten immer entgegenzutreten; um aber dem Wunsche des Herrn Vorredners in einiger Beziehung zu entsprechen, will ich das Wort ergreifen, um Ihnen meine Ansicht über die bestehenden und kursierenden Gerüchte auszusprechen. Ehe ich das aber thue, muß ich mich zunächst wenden gegen einige Aeußerungen des Abg. Richter in der gestrigen Sitzung, der ich beizuwohnen zu meinem Bedauern verhindert war. Der Herr Vizepräsident des Staatsministeriums hat bereits gestern darauf geantwortet; indessen glaube ich aber doch verpflichtet zu sein, einige Worte beizufügen, um so mehr als der geehrte Herr Abgeordnete mir eine mehr ornamentale Stellung angewiesen hat mit der gewohnten Kourtoisie, die ihm eigen ist. (Heiterkeit.) Herr Abgeordneter Richter hat sich beschwert über den Mangel an Solidarität im Staatsministerium. Der Herr Vizepräsident des Staatsministeriums hat schon gestern dargethan, wie unbegründet dieser Vorwurf ist. Ich habe dazu nur zu bemerken, daß allerdings bei der Uebernahme meines Amtes und bei der Bildung des Ministeriums nicht nach der in parlamentarisch-konstitutionellen Staaten üblichen Schablone verfahren worden ist. Indessen haben bei meinem Eintritt Besprechungen zwischen mir und den Ministern stattgefunden, die zu demselben Ziele führten und die bewiesen, daß wir in prinzipiellen Fragen in unseren Anschauungen übereinstimmten. Seitdem glaube ich nicht, daß die Regierung Anlaß zu der Annahme gegeben hat, sie sei nicht einig und es beständen in ihrem Schooße Meinungsverschiedenheiten. Allerdings können ja in einem Kollegium nicht alle Mitglieder derselben Ansicht sein; aber wir bemühen uns, in den Beratungen des Staatsministeriums unsere Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, und wenn wir dann mit Beschlüssen an die Oeffentlichkeit treten, so sind wir einig geworden. Der Herr Abgeordnete Richter hat auch von Gerüchten über mögliche Ministerwechsel und ähnliches und über die Unsicherheit unserer Zustände gesprochen. Ich muß die Schuld an diesen Gerüchten von mir ablehnen. In der That kursieren Gerüchte von Ministerveränderungen zahlreich, sie treten jeden Tag auf. Wie entstehen nun diese Gerüchte? Ich will Ihnen sagen, wie ich die Sache ansehe. Es gibt in Preußen viele Staatsmänner oder solche, die sich dafür halten. (Heiterkeit.) Diese Staatsmänner, die unbeschäftigten zumal, haben gute Freunde, die nicht begreifen können, daß der ihnen befreundete Staatsmann noch nicht die Stelle einnimmt, für die sie ihn geeignet halten; wie die Engländer sagen, daß the right man noch nicht on the right place sitze. Das kränkt sie, und was thun sie nun, diese Freunde? Sie gehen zu einem befreundeten Journalisten und wer ist in unserer Zeit nicht mit einem Journalisten befreundet? (Heiterkeit.) Sie sagen ihm dann nicht etwa: Ich wünschte, daß mein Freund X Minister oder Botschafter würde, sondern sie sagen: Mein Freund X w i r d demnächst Minister oder Botschafter. Diese Nachricht — so meinen sie — könnte doch einmal an maßgebender Stelle gelesen werden und eine gewisse Wirkung ausüben. Der befreundete Journalist, dem diese Nachricht gebracht worden ist und dessen Geschäft es mit sich bringt, sensationelle Nachrichten zu veröffentlichen, eilt dann nach Hause und läßt die Nachricht schleunigst drucken; denn etwas Sensationelleres als die Abschlachtung eines Ministers oder etwa eines Botschafters gibt es nicht. (Heiterkeit.) Und so

entstehen die Gerüchte von Ministerwechseln. Nun glauben Sie nicht, meine Herren, daß ich von Vermutungen spreche; mir stehen auf diesem Gebiete reiche eigene Erfahrungen zu Gebote. Ich spreche nicht von meiner Thätigkeit als bayerischer Minister. Damals waren die Zeiten zu ernst für Intriguen, und ich bin durch ein mich ehrendes glänzendes Mißtrauensvotum beider Kammern beseitigt worden. (Heiterkeit.) Anders war es schon in Paris. Der Pariser Botschafterposten ist ein sehr gesuchter; ich wurde viel beneidet und hatte zahlreiche Konkurrenten. Diese hatten nun wieder Freunde, und diese Freunde verbreiteten dann in der Presse, in deutschen und französischen Blättern, daß der Fürst Hohenlohe alt und müde sei und demnächst seine Entlassung geben werde. Ich muß bemerken, daß das vor 20 Jahren war. (Heiterkeit.) Aehnlich ist es in Straßburg gewesen; in den neun Jahren, die ich in Straßburg thätig war, sind keine sechs Monate vergangen, ohne daß in irgend einem Blatte — meistens in Berliner Zeitungen — die Nachricht auftauchte: der Statthalter sei alt und müde und würde durch den General X oder den Oberpräsidenten Y ersetzt werden. (Heiterkeit.) Diese Erfahrungen haben zur Folge, daß mich alle Krisengerüchte sehr kühl lassen, und ich möchte Ihnen und Allen nur wünschen, daß Sie meinem Beispiele folgten und die Sensationsnachrichten von Krisen an sich ablaufen ließen, wie Regentropfen am Regenmantel. (Heiterkeit.) Nun hat diese Sache aber auch eine ernste Seite, und zwar eine bedauerliche Seite. Der gewöhnliche Zeitungsleser besitzt nicht den Gleichmut und die Gemütsruhe, die mir eigen sind in der Beurteilung solcher Krisengerüchte, sondern er glaubt sie, nimmt solche Nachrichten als ernst und folgert daraus Unsicherheit unserer Zustände, und so entsteht Unzufriedenheit, Unruhe und Pessimismus. Lassen Sie mich schließen mit dem Wunsche, daß diese Gerüchte endlich ihr Ende finden und verstummen möchten und daß es uns vergönnt sei, mit Ruhe unserer Arbeit ohne Störung ungestört nachgehen zu können zum Wohle des Vaterlandes! (Lebhafter Beifall.)

Abg. Rickert (freis. Vg.) fordert Konvertierung der 4prozentigen Konsols und tadelt die agrarischen Tendenzen der Rechten, die von der Regierung nicht scharf genug zurückgewiesen würden. Finanzminister Miquel: Zu der Frage der Konversion habe die Regieruung noch keine Stellung genommen.

22. Januar. (Reichstag.) Gesetzentwurf zur Abänderung des Zolltarifes.

Es sollen erhöht werden die Zölle für Aether, ätherische Oele, Firnisse, Bernsteinwaren, Schmuckwaren, Honig, Kakaobutter, Speiseöle. Abg. v. Stumm (D. RP.) plädiert für eine Beratung der Vorlage in einer Kommission und fordert eine Erhöhung des Zolles auf Quebrachoholz und ausländische Gerbstoffe. Abg. Buddeberg (freis. Vg.) polemisiert gegen die Höhe der Zollsätze und gegen den Zoll auf die Gerbstoffe, der die Lederindustrie schädige. Für diesen Zoll treten noch ein die Abgg. Gr. Kanitz (kons.), Brökmann (Z.) und Möller (nl.), Harm (Soz.) und Kröber (südd. Vp.) sprechen dagegen. Am 24. Januar wird der Gesetzentwurf an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

23. Januar. (Reichstag.) Sozialpolitische Anträge.

Der Antrag Kropatschek (kons.) auf Einführung des Befähigungsnachweises wird durch die Stimmen der Konservativen, des Zentrums, der Minderheit der Reichspartei und Nationalliberalen angenommen, ebenso der Antrag Gamp (RP.) auf Organisation des Handwerks in Handwerkerkammern und Beschränkung der Gefängnisarbeit.

23. Januar. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Etat. Polnische und katholische Beschwerden, Erörterung über Steuern und Eisenbahnbau.

Abg. Motty (Pole) trägt polnische Beschwerden vor, fordert völlige Gleichstellung der polnischen und deutschen Nationalität und greift den Verein zur Förderung des Deutschtums im Osten heftig an. Abg. v. Eynern (nl.): der Eisenbahnbau müsse kräftiger betrieben werden. Den Kommunen müßten neue Steuerquellen erschlossen werden, um sie vor dem Ruin zu schützen. Die polnischen und katholischen Klagen seien ungerechtfertigt. In scharfer Weise warnt er die konservative Partei vor extremen agrarischen Forderungen wie dem Antrag Kanitz und verweist auf die Wohlthaten, die die Landwirtschaft den Nationalliberalen zu danken habe: die Aufhebung der Grundsteuer, Einrichtung von Rentengütern. Wenn der Reichstag die Bedürfnisse der Einzelstaaten dauernd nicht befriedige, müsse man die Bildung einer preußischen Partei in Aussicht nehmen. Finanzminister Miquel warnt vor der Ausführung des letzten Vorschlags und wendet sich gegen die Forderung neuer Kommunalsteuern; in keinem Lande sei für die Kommunen so viel gethan wie in Preußen. Auch der Eisenbahnbau sei nicht eingeschränkt worden. Kultusminister Dr. Bosse verspricht demnächst ein Lehrerbesoldungsgesetz vorzulegen. Die Wiederherstellung der katholischen Abteilung im Kultusministerium würde den konfessionellen Frieden stören (vgl. 1894 S. 92, 110). Nachdem sich noch die Abgg. Bachem (Z.) und Friedberg (nl.) an der Debatte beteiligt und namentlich konfessionelle Streitigkeiten u. a. die vom Reichstagsabgeordneten Gröber so heftig verurteilte Gustav-Adolf-Feier (vgl. S. 4 und 1894 S. 186) berührt haben, wird der Etat an die Budgetkommission verwiesen.

24. Januar. (Hessen-Darmstadt.) Einkommensteuergesetz. Die zweite Kammer genehmigt das neue Einkommensteuergesetz, durch welches die Deklarationspflicht eingeführt wird.

25. Januar. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Justizvorlagen.

Die Gesetzentwürfe über ein preuß. Gerichtskostengesetz und eine Gebührenordnung für Notare werden an die Justizkommission verwiesen.

25./26. Januar. (Reichstag.) Gesetzentwürfe über die Binnenschiffahrt, Flößerei und Berufszählung.

Staatssekretär Nieberding erklärt, der Gesetzentwurf über die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt bilde einen Teil der für die nächsten Jahre in Aussicht genommenen Regelung des bürgerlichen Rechts und sei wegen seiner Wichtigkeit vorweg genommen. Der Entwurf wird an eine Kommission verwiesen, ebenso der Gesetzentwurf, betr. die privatrechtlichen Verhältnisse der Flößerei und der Gesetzentwurf, betr. Vornahme einer Berufs- und Gewerbezählung im Jahre 1895 (26. Januar).

25. Januar. (Schleswig-Holstein.) Landwirtschaftskammern. Der Provinziallandtag spricht sich für Errichtung einer Landwirtschaftskammer mit dem Sitz in Kiel und 80 Mitglieder umfassend aus.

27. Januar. (Kaiserliche Stiftungen.) Anläßlich seines Geburtstages erläßt der Kaiser folgende Kabinetsordres:

An Mein Heer!

Zum fünfundzwanzigsten Male kehren die Gedenktage des großen Krieges wieder, der, dem Vaterlande aufgedrungen und nach einem Siegeszuge ohne Gleichen zum ruhmreichen Ende geführt, Deutschlands Sehnen erfüllt und — als herrlichsten Lohn für seine Hingabe — in dem Bunde seiner Fürsten und Stämme die unerschütterliche Grundlage für seine Größe und Wohlfahrt geschaffen hat. Mit bewegtem Herzen preise Ich die Gnade des Allmächtigen, daß er unsere Waffen in solchem Maße gesegnet hat. Teilnahmsvoll gedenke Ich Derer, welche in dem opferreichen Streite für Deutschlands Ehre und Selbständigkeit freudig ihr Leben dahingegeben haben, und sage erneut allen Denen Dank, welche zur Erreichung dieses Zieles mitgewirkt haben. Besonders richtet sich aber Mein Dank an Mein Heer, welches mit den Truppen Meiner erhabenen Bundesgenossen in heldenmütiger Tapferkeit gewetteifert hat: unauslöschlich glänzen seine Thaten in den Büchern der Geschichte, unverwelklich ist der Ruhmeskranz, den es um seine Fahnen gewunden hat. Ihm gebührt darum vor Allen die Pflicht, das Gedächtnis auch in den Geschlechtern heilig zu halten, welche die Früchte seiner Siege genießen. Ich bestimme deshalb, um zugleich den Truppen ein wahrnehmbares Zeichen ihrer stolzen Erinnerungen zu gewähren, daß, so oft in der Zeit vom 15. Juli dieses Jahres bis zum 10. Mai des kommenden Jahres die Fahnen entfaltet werden, sämtliche Fahnen und Standarten, denen Mein Herr Großvater, des großen Kaisers und Königs Wilhelm I. Majestät, für die Teilnahme an diesem Kriege eine Auszeichnung verliehen hat, mit Eichenlaub geschmückt werden und die ersten Geschütze derjenigen Batterien, welche in ihm gefochten haben, Eichenkränze tragen. Möge Mein Heer stets eingedenk bleiben, daß nur Gottesfurcht, Treue und Gehorsam zu Thaten befähigen, wie die waren, welche seine und des Vaterlands Größe schufen!

Berlin, den 27. Januar 1895.

Wilhelm.

Ein Vierteljahrhundert ist nahezu verflossen, seidem das deutsche Volk, dem Ruf seiner Fürsten folgend, sich in Einmütigkeit erhob, um fremden Angriff abzuwehren, und in glorreichen, wenn auch mit schweren Opfern erkämpften Siegen die Einheit des Vaterlandes und die Wiederbegründung des Reiches errang. Meine Haupt- und Residenzstadt Berlin hat an der Entwickelung, welche dem deutschen Städtewesen dadurch beschieden ward, reichen Anteil genommen, und sind die städtischen Behörden mit Hingebung und Erfolg bemüht gewesen, die kommunalen Einrichtungen der Stadt ihrer Stellung im Reich entsprechend würdig auszugestalten. Als Zeichen Meiner Anerkennung für die Stadt und zur Erinnerung an die ruhmreiche Vergangenheit unseres Vaterlandes will Ich daher einen bleibenden Ehrenschmuck für Meine Haupt- und Residenzstadt Berlin stiften, welcher die Entwickelung der vaterländischen Geschichte von der Begründung der Mark Brandenburg bis zur Wiederaufrichtung des Reichs darstellen soll. Mein Plan geht dahin, in der Siegesallee die Marmor-Standbilder der Fürsten Brandenburgs und Preußens, beginnend mit dem Markgrafen Albrecht dem Bären und schließend mit dem Kaiser und König Wilhelm I., und neben ihnen die Bildwerke je eines, für seine Zeit besonders charakteristischen Mannes, sei er Soldat, Staatsmann oder Bürger, in fortlaufender Reihe errichten zu lassen. Die Kosten der Gesamtausführung will Ich auf Meine Schatulle übernehmen. Indem Ich Mir die weiteren Bestim-

mungen vorbehalte, freue Ich Mich, dem Magistrat und den Stadtverordneten hiervon an Meinem heutigen Geburtstag Kenntnis zu geben.

Berlin, den 27. Januar 1895.

Wilhelm R.

An den Magistrat und die Stadtverordneten zu Berlin.

Zu Meiner Freude habe Ich in letzter Zeit mehrfach Gelegenheit gehabt, wahrzunehmen, wie die Deutschen Männergesangvereine bestrebt sind, den vaterländischen Gesang zu pflegen und zu fördern. Eingedenk dessen, daß Deutsches Lied und Deutscher Sang alle Zeit auf die Veredelung der Volksseele einen segensreichen Einfluß geübt nud die Nation in der Treue gegen Gott, Thron, Vaterland und Familie gestärkt haben, wünsche Ich am heutigen Tage Meiner warmen Teilnahme an diesen Bestrebungen besonderen Ausdruck zu geben. Zu dem Ende will Ich hierdurch einen Wanderpreis stiften, welcher bei einem etwa jährlich zu veranstaltenden Wettstreite Deutscher Männergesangvereine dem jedesmaligen Sieger für die beste Leistung auf diesem Gebiete zuerkannt werden soll. Der Preis soll in Form eines Kleinodes aus edlem Metall hergestellt und bei feierlichen Gelegenheiten um den Hals getragen werden. Wegen der näheren Bestimmungen über die Veranstaltung des Wettbewerbes und die Verleihung des Ehrenpreises sehe Ich Ihren Vorschlägen alsbald entgegen.

Berlin, den 27. Januar 1895.

Wilhelm R.

An den Minister der geistlichen rc. Angelegenheiten.

Nachdem der von Mir zur Hebung des Rudersports an den höheren Lehranstalten Berlins gestiftete Wanderpreis, bestehend in einer silbernen altgotischen Kanne, nunmehr fertiggestellt worden ist, lasse Ich Ihnen denselben hierneben zugehen. Um den bei den Schülerregatten interessierten Kreisen Gelegenheit zur Besichtigung des Preises zu geben, wünsche Ich, daß derselbe einige Zeit im Kunstgewerbe-Museum ausgestellt werde. Zugleich veranlasse Ich Sie, Mir wegen der näheren Bestimmungen für das diesjährige Wettrudern demnächst Vorschläge zu machen.

Berlin, den 27. Januar 1895.

Wilhelm R.

An den Minister der geistlichen rc. Angelegenheiten.

27. Januar. Dienstpflicht der Volksschullehrer.

Der Kaiser erklärt in einem Erlasse an den Kriegsminister, daß die militärische Ausbildung der Volksschullehrer durchaus ungenügend sei und bestimmt, „daß die Einübung mit den Waffen auf einen vollen Jahreskursus ausgedehnt und so gestaltet werde, daß die Heranbildung der Volksschullehrer und Kandidaten des Volksschulamtes soweit als thunlich zu brauchbaren Unteroffizieren erfolgt.“

Ende Januar. Konflikt Stumm-Wagner anläßlich der Umsturzvorlage.

Die Angriffe Stumms auf die Berliner Professoren der Nationalökonomie im Reichstage (S. 2) hatte Prof. Wagner in einer Berliner Volksversammlubg als leichtfertige Verleumdung bezeichnet. Von Abg. Stumm zur Zurücknahme dieser Bezeichnung oder zum Zweikampfe aufgefordert, verlangte Prof. Wagner ohne das Duell unbedingt abzulehnen, Untersuchung des Streitfalles durch ein Ehrengericht, was Abg. v. Stumm zurückwies. (Vgl. Wagner, Mein Konflikt mit dem Frhrn. v. Stumm in der Wochenschrift „Zukunft“ 1895 Febr. März. Ferner „Preuß. Jahrb.“ Bd. 80 S. 167).

Der Streit wird in der Presse und in politischen Versammlungen lebhaft diskutiert; industrielle Kreise und mittelparteiliche Blätter nehmen für Stumm Partei; die akademischen Kreise erklären sich zum größten Teil für Wagner.

29. Januar. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Landwirtschaftlicher Etat. Hammerstein über die Notlage der Landwirte.

Minister v. Hammerstein-Loxten: Er sei ein Gegner des österreichischen Handelsvertrages gewesen, erkenne aber die übrigen als logische Folge des österreichischen an, insbesondere sei der russische notwendig gewesen, da ein längerer Zollkrieg den Osten schwer geschädigt haben würde. Die preußische und die Reichsregierung seien über die Ziele der Wirtschaftspolitik einig. An der kritischen Lage der Landwirtschaft seien nicht Personen, sondern internationale Ursachen schuld, so namentlich die neu auftauchenden Produktionsländer wie Indien und Argentinien. Der Staat werde möglichst helfend eingreifen, aber dazu gehöre Vertrauen zur Regierung. Für die Verbesserung der landwirtschaftlichen Lage seien zwei Gesichtspunkte maßgebend: Erstens: Welche Maßnahmen sind möglich und zu ergreifen, um die Produktionskosten herunter zu drücken, und zweitens: Welche Mittel sind möglich und zu ergreifen, um die Preise der landwirtschaftlichen Produkte zu steigern? Bei der Grund- und Gewerbesteuer seien nur landwirtschaftlichen Kreisen Erleichterungen bewilligt worden; ferner werde eine Verbesserung der Verkehrsmittel, namentlich der Wasserstraßen, und der Ausbau der Kleinbahnen von Nutzen sein. Im Osten müsse die Viehzucht Fortschritte machen. Im Interesse der Landesverteidigung müsse Deutschland seinen Bedarf an Getreide und Fleisch selbst decken können, daher müsse der Getreidebau wieder lohnend werden. Empfehlenswert seien Produktions- und Absatzgenossenschaften. Auch der Zuckerproduktion müsse durch Ausfuhrprämien geholfen werden. Ueber den Antrag Kanitz äußert sich der Minister noch nicht definitiv, der Staatsrat werde sich damit beschäftigen. Eine Regelung der Währung liege auch im Interesse der Landwirtschaft, aber Deutschland könne nicht allein vorgehen. Zum Schluß empfiehlt der Minister noch einmal Vertrauen zur Regierung zu haben und die „kleinen Mittel" nicht zu verachten, mittelst deren der westfälische Bauernverein unter Leitung des Herrn v. Schorlemer-Alst große Erfolge erzielt habe. Im folgenden sprechen die Abgg. Gampp (frk.) und von Puttkamer-Plauth (kons.) dem Minister trotz mancher Meinungsverschiedenheiten ihr Vertrauen aus.

29. Januar. (Reichstag.) Zollzuschläge auf spanische Waren.

Die Allerhöchste Verordnung, Zollzuschläge auf spanische Importen bis zu 50 % zu erheben, wird genehmigt. Zwei Anträge v. Salisch und Dr. Hammacher auch zollfreie Waren mit Zöllen zu belegen resp. den Zoll auf 100 % zu erhöhen werden an die Zolltarifkommission verwiesen.

30. Januar. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Landwirtschaftlicher Etat. Zuckerprämien.

Abg. Richter (frs. Vp.) sieht die Ursache der landwirtschaftlichen Krisis in der Ueberproduktion an Getreide und Zucker, man müsse sie daher einschränken. Von den vorgeschlagenen Mitteln zur Besserung sei der Antrag Kanitz mit den Handelsverträgen unvereinbar, von den bevorstehenden Beratungen des Staatsrats sei nichts zu erwarten. Finanzminister Miquel weist die Angriffe auf den Staatsrat, dessen Tagesordnung noch

unbekannt sei, zurück und spricht sich für die Notwendigkeit der Ausfuhrprämien für Zucker aus. Er bezeichnet die Landwirtschaft als den gefährdetsten aller Erwerbszweige, warnt aber die Agrarier die Gegensätze zu verschärfen. Von den folgenden Rednern fordert Abg. v. Tiedemann (fk.) eine Reform der Arbeiterversicherung im Interesse der Landwirtschaft und Abg. Herold spricht dem Landwirtschaftsminister das volle Vertrauen des Zentrums aus.

30./31. Januar. (Reichstag.) Erste Beratung des Antrags Auer (Soz.) auf Aufhebung der dem Statthalter von Elsaß-Lothringen übertragenen außerordentlichen Gewalten (Diktaturparagraph).

Der Reichskanzler erklärt, der Diktaturparagraph habe heute nur theoretische Bedeutung; gegen die Bevölkerung sei er nicht notwendig, wohl aber gegen auswärtige Agitatoren. Abg. Preiß (Elf.): Die Begründung der Aufrechterhaltung dieses Ausnahmegesetzes sei eine ungenügende. Das Charakteristische desselben sei der Geist der Gewalt, welcher die ganze elsaßlothringische Verwaltung von oben bis unten durchdringe. Das Motiv, aus welchem der Diktaturparagraph hervorgegangen sei, sei nicht mehr vorhanden, es sei keine aufrührerische Bewegung vorgekommen, die Bevölkerung sei völlig ruhig. Das Argument, der Paragraph sei notwendig, um die auswärtige Agitation vom Reichslande fern zu halten, sei nicht stichhaltig, die Elsaß-Lothringer dürften nicht dafür büßen, daß Ausländer jenseits der Grenze Agitation planen; hiefür reichten die gewöhnlichen Machtmittel des Staates und der Polizei vollkommen aus. Die Germanisierung des Landes habe keine Erfolge erzielt, ein innerer Anschluß habe nicht stattgefunden, nur eine Kirchhofsruhe habe man hergestellt.

Für den Antrag sprechen u. a. mehrere Sozialdemokraten, dagegen Minister v. Köller und Abg. v. Kardorff (RP.).

30. Januar. (Schiffsunglück.) Untergang des Norddeutschen Lloyddampfers „Elbe“ bei Lowestoft infolge eines Zusammenstoßes mit dem englischen Kohlendampfer „Crathie“. 333 Personen ertrinken.

31. Januar. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Landwirtschaftlicher Etat. Hammerstein über Bimetallismus und Getreidemonopol.

Abg. Arendt (fk.): Die Ursache der landwirtschaftlichen Krisis sei die Währung. Wo Goldwährung herrsche, sei die Lage der Landwirtschaft kritisch, in den Ländern der Silberwährung nicht. Deutschland müsse die Initiative zur Aenderung der Währung ergreifen, auch England werde sich einer allgemeinen bimetallistischen Bewegung nicht entziehen können. Abg. v. Heydebrand und der Lasa (dkonf.) bezweifelt, daß die vom Minister v. Hammerstein empfohlenen „kleinen Mittel“ ausreichen würden. Minister v. Hammerstein sagt über den Antrag Kanitz und die Währungsfrage: „Ich habe namens der Regierung betont, daß es sich um die Fragen handelte, inwieweit der Antrag Kanitz erstens mit den Handelsverträgen sich vereinbaren läßt und ob zweitens die Erörterung darüber in das Haus hineingehört. Einmal berührte die Frage den preußischen Staat, und zum andern erschien es für die preußische Regierung wichtig, die Meinung dieses Hauses zu kennen. Ich habe also erklärt, daß wir uns materiell nicht äußern, aber in die Prüfung über die Ausführbarkeit des Antrags einzu-

treten geneigt sind. Diese Stellungnahme der Staatsregierung ergibt sich schon aus dem Umstand, daß, wenn die Sache überhaupt ausgeführt wird, sie eine viel größere Verantwortung trägt als das Parlament. Die rechte Seite dagegen hat bestimmt erklärt, daß sie für den Antrag Kanitz sei, und darin liegt der Unterschied jener Stellungnahme und meiner Aeußerung. Wenn der Abg. v. Puttkamer meine Stellungnahme als ein Begräbnis 1. Klasse bezeichnet, das ich dem Antrage bereitet hätte, so ist diese Erklärung unzutreffend. Ich habe die Sache lediglich dilatorisch behandelt. Sollte ein Begräbnis aus der Prüfung der Staatsregierung hervorgehen, vielleicht nach Anhörung des Staatsrats, wenn die Sache überhaupt dahin gebracht wird, dann wird die Regierung nicht verfehlen, auch die Gründe in die weitesten Kreise hineinzutragen, wie sie zu der entscheidenden Meinung gekommen, daß der Antrag nicht durchführbar ist. Herr v. Puttkamer hat bedauert, daß ich meinen Einfluß nicht geltend gemacht habe, die Frage der Zuckersteuernovelle im jetzigen Reichstage durchzusetzen. Ich kann nur erklären, daß ich dies thatsächlich gethan habe, daß aber selbstverständlich andere Faktoren hier noch mitsprechen. Der Frage des Abgeordneten gegenüber, warum die Regierung in der Silberfrage nicht die Initiative ergreift, beschränke ich mich, auf die sachlichen Schwierigkeiten zu verweisen. Vorbereitungen, die Angelegenheit aufzuklären, sind in vollem Gange. Es ist ja möglich, daß die Vorbedingungen zu der Stellungnahme gegeben sind, aber dabei ist etwas Sicheres nicht zu sagen, und ich muß überhaupt erklären, daß diese Aeußerung eine persönliche ist und daß ich nicht in der Lage bin, darüber namens der Staatsregierung eine Erklärung abzugeben." Der Minister wendet sich hierauf gegen den Abg. Richter, dem er vorwirft, daß er die deutsche Wirtschaftspolitik in theoretische Fesseln schlagen wolle.

Ende Januar. Anfang Februar. Preßstimmen über die Äußerungen des Ministers v. Hammerstein.

Die „Kreuz-Ztg." findet manche Irrtümer in den Reden des Ministers, aber „er hat doch Ansichten ausgesprochen, denen man allen Beifall zollen kann und in deren Konsequenz die Erfüllung mancher Wünsche liegt, die zwar von den Konservativen schon oft und nachdrücklich ausgesprochen, von der Regierung bisher aber immer als unerfüllbar bei Seite geschoben sind". Seine Aeußerung über den Antrag Kanitz sei befriedigend. Ebenso urteilt die „Deutsche Tageszeitung".

Das „Volk" ist weniger zufrieden: „Als die Münzfrage mit einigen kühlen Worten, die für die Anhänger der Doppelwährung nicht gerade freundlich klangen, abgethan wurde, da schwoll den Gold anbetenden Freihändlern das Herz. Und als der Landwirtschaftsminister mit der Aufforderung schloß, „alle sollten auf dem Wege der Selbsthilfe mit der Anwendung kleiner Mittel gemeinsam mit der Regierung emsig vorgehen", da erhob sich begreiflicherweise „lebhafter Beifall links". Der deutsche Bauer aber denkt: „Es war wieder einmal nichts". Wenn ein Landwirtschaftsminister „lebhaften Beifall links" erntet, dann erntet die deutsche Landwirtschaft sicher nichts".

Die liberalen und mittelparteilichen Blätter sehen im allgemeinen in den Worten des Ministers eine Abweisung der extremen agrarischen Forderungen.

31. Januar. Spaltung der Antisemitenpartei.

Die antisemitische Reichstagsfraktion schließt den Abg. Ahlwardt

aus, da ein Zusammenarbeiten mit ihm nicht möglich sei. Abg. Böckel, der den Beschluß mißbilligt, tritt ebenfalls aus.

31. Januar. (Berlin.) Parteitag der Berliner konservativen Partei.

Landtagsabg. Hofprediger a. D. Stöcker spricht gegen die Einschränkung der konservativen Sozialpolitik. Die Reichstagsabgg. v. Manteuffel und v. Hammerstein proklamieren den Kampf gegen den Liberalismus, der die manchesterliche Gesetzgebung der 70er Jahre geschaffen habe, Landtagsabg. Dr. Klasing fordert Aufhebung der Judenemanzipation.

1. Februar. (Reichstag.) Erste Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung in Verbindung mit dem Antrage Gröber auf Einschränkung des Hausierhandels.

Abg. v. Strombeck (Z.) für die Regierungsvorlage und gegen den Antrag Gröber, der zu schroff gegen den Hausierhandel vorgehe. Abg. Hitze (Z.): Der Hausierhandel sei ein anormaler Zustand und müsse beseitigt werden. Preuß. Handelsminister v. Berlepsch: Die Feststellung des etwaigen Bedürfnisses nach Hausierhandel und die Ausschließung bestimmter Waren, wie der Antrag wolle, sei unmöglich; der Hausierhandel sei ebenso berechtigt, wie der seßhafte Kaufmannsstand und trage an den wirtschaftlichen Gegensätzen nicht mehr Schuld als dieser. Abg. Meyer-Halle (frs. Vg.) und Schmidt (Soz.) gegen den Antrag und die Vorlage, die beide an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen werden.

2. Februar. (Württemberg.) Landtagswahlen.

Bei den Hauptwahlen werden gewählt: Deutsche Partei 7, Volkspartei 17, Zentrum 16, Landespartei (der Deutschen nahestehend) 1, 3 parteilos. 26 Stichwahlen müssen stattfinden. Bei rund 400 000 Wahlberechtigten haben 295 000 abgestimmt. Davon fielen auf die Volkspartei 92 000, das Zentrum 69 000, die Deutsche Partei 55 000, die Sozialdemokraten 32 000, die ministerielle Landespartei 10 000, die Konservativen 5000, die Linke 3800 Stimmen. Bei den Stichwahlen (14. und 15. Febr.) werden gewählt 14 Abgeordnete der Volkspartei, 3 der deutschen Partei, 3 der Landespartei (worunter Minister v. Mittnacht und der frühere Kammerpräsident Hohl), 2 Konservative, 2 vom Zentrum und 2 Sozialisten.

4./5. Februar. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Gesetzentwurf, betr. Errichtung einer neuen Generalkommission für Ostpreußen in Königsberg. Polenfrage.

Die Abgg. Paasche (nl.) und v. Zedlitz (fk.) fordern, daß die Kommissionen mit der Ansiedlungskommission Hand in Hand gehen. Die Polen v. Carlinski und Motty beschweren sich über die Unterdrückung ihrer Landsleute, worauf Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) erwidert. Am folgenden Tage erklärt Abg. Motty: Man schafft mit Vorschlägen, wie wir sie gestern hören mußten, nur unnötig böses Blut. Wenn zwei Nationen neben einander leben und um das Uebergewicht ihrer Bevölkerung ringen, so regen sie sich doch darüber nicht auf, sondern überlassen den Ausgang der Geschichte und der Vorsehung. Ueber unsere Stellung zur Gegenwart lassen unsere Erklärungen keinen Zweifel, stellen wir doch die Zukunft Gott anheim! Wir gehören zum preußischen Staatswesen und sprechen heute von diesem Standpunkt aus. Es herrscht vielfach in Deutschland die Gepflogenheit, über andere Nationalitäten kurzer Hand abzuurteilen:

der Franzose ist ein Windbeutel, der Engländer ein Krämer, der Pole wahrscheinlich ein Lügner. Nun, wir urteilen nicht so vorschnell über andere Nationen. Aber hier muß ich doch aus einem Buche ein Urteil des Papstes Gregor VII. über die Deutschen anführen, wo es heißt, der Deutsche zeichne sich aus durch hervorragende Eigenschaften, aber wo er herrsche und auftrete, zeichne er sich durch eine Härte des Herzens aus. Das Gesetz, das Sie planen, widerspricht jedem Rechtsbewußtsein; denn Sie wollen ein Gesetz, das als Ausnahmegesetz gegen uns preußische Unterthanen wirkt. Damit fördern Sie nur die Interessen der Sozialdemokratie. Die Lösung der Polenfrage, wenn ich mich einmal dieses Ausdrucks bedienen darf, liegt für uns nur in dem Frieden und der Versöhnung der nationalen Gegensätze.

Der Entwurf wird an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen. (5. Febr.)

5. Februar. (Reichstag.) Antrag auf Errichtung einer Volksvertretung in Mecklenburg.

Abg. Pachnicke (frs. Vg.) bringt folgenden Antrag ein: In jedem Bundesstaat muß eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgegangene Vertretung bestehen, deren Zustimmung zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts erforderlich ist. Mecklenburgischer Bundesratsbevollmächtigter v. Oertzen: Die mecklenburgische Regierung lehnt jede Einmischung des Reichs in die Verfassungsangelegenheiten der Bundesstaaten auf das Entschiedenste ab. Mecklenburg ist seinerzeit eingetreten mit seiner Verfassung, wie sie jetzt besteht, in den Norddeutschen Bund und in das Deutsche Reich. Beidemale haben Verhandlungen darüber stattgefunden, ob die mecklenburgische Verfassung mit der Reichs- resp. Bundesverfassung in Widerspruch stehe. Diese Frage ist verneint, die mecklenburgische Verfassung ist als giltiges Verfassungsrecht im Sinne der Reichsverfassung anerkannt worden. Der mecklenburgische Abg. v. Buchka (kons.) erklärt eine parlamentarische Verfassung als ungeeignet für Mecklenburg.

5. Februar. (Straßburg.) Deutsch-nationale Kundgebung im Landesausschuß.

Im Landesausschuß protestieren die Abgg. Dr. Petri und Spieß gegen die Ausführungen des Abg. Preiß im Reichstage. (Vgl. S. 32.) Das jüngere Geschlecht stehe auf deutscher Seite. Deshalb sei auch der Diktaturparagraph überflüssig und müsse mit der ganzen politischen Ausnahmestellung der Reichslande beseitigt werden.

6. Februar. (Reichstag.) Interpellation über die Arbeitervertretungen.

Die Abgg. Hitze (Z.) und Lieber (Z.) bringen folgende Interpellation ein: welche gesetzliche Bestimmungen sind — in Ausführung der Kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 — „über die Formen" in Aussicht genommen, „in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden"? Darf insbesondere die Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und die Errichtung einer geordneten Vertretung der Arbeiter (Arbeiter-Kammern) „zum freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden" auch gegenüber den Staatsbehörden baldigst erwartet werden?



In der Begründung erklärt Abg. Hitze, den Arbeitern müsse die Möglichkeit einer Organisation gegeben werden, nur so könne man die christlichen Arbeiter gegen den Terrorismus der Sozialdemokraten schützen. Ebenso notwendig sei die Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit und die Errichtung eines Arbeitsnachweises durch die Arbeiter selbst.

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe=Schillingsfürst: Meine Herren, die verbündeten Regierungen haben sich mit der Frage der Herstellung einer Vertretung der Arbeiter behufs Wahrnehmung ihrer Interessen bisher schon bei Gelegenheit der Beratung einzelner Gesetzentwürfe, wie derjenigen, welche sich auf die Einrichtung von Gewerbegerichten, auf die Abänderung der Gewerbeordnung und auf die Versicherungsgesetzgebung beziehen, zu beschäftigen Anlaß gehabt. Die dabei von ihnen eingenommene Stellung ist aus den dem Reichstage zugegangenen Entwürfen ersichtlich. Generell ist die Frage bisher im Bundesrate nicht behandelt. Es besteht indessen bei der königlich preußischen Regierung, über deren Auffassung allein zur Zeit Auskunft gegeben werden kann, kein Zweifel, daß es ihre Aufgabe ist, das Programm, welches der Erlaß Sr. Majestät des Königs von Preußen vom 4. Februar 1890 aufstellt, zur Durchführung zu bringen. Eine Beantwortung der Frage, ob baldigst die Vorlage eines Gesetzentwurfes im Sinne des zweiten Teiles der Interpellation erwartet werden darf, ist zur Zeit nicht möglich, weil die in dieser Beziehung unternommenen Vorarbeiten zu einer Beschlußfassung des königlichen Staatsministeriums noch nicht geführt haben.

Abg. Möller (nl.) hält eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit für unausführbar. Die weite Ausdehnung der Arbeiterorganisation nach Hitzes Vorschlage würde zu einer Vergewaltigung der Arbeitgeber, die gesonderte Arbeitervertretung insbesondere zum politischen Terrorismus führen, wie die trades-unions in England zeigten. Man dürfe der Industrie nicht zu viel auferlegen, denn je mehr sie zu tragen habe, um so weniger könne sie für die Arbeiter thun. Die Erfahrung lehre, daß eine blühende Industrie überall die Lebenshaltung der Arbeiter verbessert habe. Abg. Fischer (Soz.): Die Arbeiterschutzgesetzgebung bleibe hinter den bescheidensten Anforderungen zurück; durchweg seien die Unternehmerinteressen maßgebend; das bewiesen u. a. Entlassungen von Arbeitern im Saarer Bergrevier und in der Eisenbahnverwaltung, die meist Leute über 50 Jahre betroffen hätten. Die kaiserlichen Erlasse seien, wie Fürst Bismarck richtig gesagt habe, nichts als Wahlmanöver gewesen. Preuß. Handelsminister v. Berlepsch bezeichnet die Angaben über die Arbeiterentlassungen als entstellt und fährt fort: „Augenblicklich ist gegenüber den kaiserlichen Erlassen von 1890 allerdings eine Verzögerung eingetreten. Diese ist aber nicht darauf zurückzuführen, daß, wie der Vorredner sagt, das soziale Königtum vor dem Interesse der Arbeitgeber kapituliert hat, daß die Regierung, wie er in geschmackvoller Weise hinzufügte, Commis des Unternehmertums wird, sondern darauf, daß jede Maßregel, welche die Regierung trifft, so nützlich und wohlmeinend sie auch sein mag, von der sozialdemokratischen Agitation bis in den letzten Grund vergiftet wird. Daß die Regierung dieser Vergiftung nicht Vorschub leisten kann, ist ein begreiflicher Standpunkt". Allein die Vorsicht, nicht durch sozialpolitische Gesetze die Agitation der Sozialisten zu verstärken, habe die Regierung vor schnellerem Vorgehen abgehalten, nicht die Rücksicht auf die Unternehmer.

7./8. Februar. (Reichstag.) Interpellation Hitze=Lieber. Die Reden von Rösicke und Stumm.

Abg. Rösicke (wild liberal): Man müsse außer dem, was Hitze

fordere, für die Fachbildung der Arbeiter sorgen. Das Koalitionsrecht dürfe in keiner Weise geschmälert werden; um es auszuüben, müsse man der gesetzlichen Organisation zustimmen. Die Sozialdemokratie bedürfe einer solchen zu ihrer Organisation nicht, sie sei bereits organisiert, besser als jede andere Partei. Die Berufsvereine würden, wenn gesetzlich organisiert, sich ihrer Verantwortung bewußt sein und nicht in das reinsozialdemokratische Fahrwasser hineintreiben. Die Mitglieder der Gewerkschaften seien durchaus nicht alle Sozialdemokraten, sondern wollten nur die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter auch in dem jetzigen Staat herbeiführen. Natürlich sei die politische Partei unter Bebel hiermit nicht einverstanden. Der Redner wendet sich gegen Herrn v. Stumm; dessen Verfahren, Sozialdemokraten von seinen Werken auszuschließen, seinen Leuten das Lesen bestimmter Zeitungen zu verbieten, ihnen das Heiraten zu untersagen, sei ganz unvereinbar mit den Aeußerungen des Kaisers. Abg. v. Stumm (D. R.P.): Der kaiserliche Erlaß sei in der Hauptsache erfüllt. Er bezweifle nicht, daß die Interpellanten Staat und Gesellschaft schützen wollten, ihr Weg sei aber falsch; ein Sozialistengesetz werde besser wirken. Ueber seine persönliche Stellung sagt der Redner: „Man wirft mir Despotimus vor. Ich verweise nur darauf, daß ich schon 1869, als man hier Sozialdemokraten noch gar nicht hatte, Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen anregte, wie Krankenkassen u. s. w. Jetzt haben wir Krankenkassen und Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetze. Ich bin auch nicht gegen eine Organisation der Arbeiter in Berufsvereinen, sondern wünsche sie sogar. Die Mehrzahl der industriellen Arbeitgeber sucht ein gutes Verhältnis mit den Arbeitern herbeizuführen. Man will diese Bestrebungen stören, indem man sie als patriarchalisch verächtlich machen will. Das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hat noch selten schlechte Erfolge gezeitigt. Von Arbeitgebern, die wie Herr Rösicke ihre Standespflicht verletzen, rede ich überhaupt nicht. (Große Heiterkeit.) Unsere Gegner lassen sich unterscheiden in die Kathedersozialisten, in die Anarchisten, die ihre Ziele mit Schrecken, und die Sozialdemokraten, die sie mit Gewalt erreichen möchten. Wenn ich auf die Strömungen acht gebe, erfülle ich nur meine Pflicht als Volksvertreter, und ich habe mich deshalb auch über die Kathedersozialisten beschweren zu müssen geglaubt. Ich glaube, ich habe das noch viel zu zaghaft gethan. (Heiterkeit.) Herr Naumann erklärt, er sei ein Bruder der Sozialdemokratie. Nun, diese ist ein Bruder der Anarchie. Wenn zwei Größen aber einer dritten gleich sind, sind sie untereinander gleich. (Große Heiterkeit.) Wenn sie gestatten, daß Gegenüberstellungen der Vorteile von Republik und Monarchie unter die Arbeiter getragen werden, so hört jeder Begriff von Königstreue auf. (Heiterkeit.) Die Schriften der Herren Naumann und Genossen zeigen deutlich, wohin ihre Bestrebungen steuern, und das ist nicht die Stärkung von Staat und Gesellschaft." („Köln. Ztg.")

Am folgenden Tage verteidigt Abg. Hüpeden (kons.) die christlichen Arbeitervereine, insbesondere den Pfarrer Naumann gegen die Angriffe Stumms, Abg. Legien (Soz.) erklärt die Koalitonsfreiheit der Arbeiter für wichtiger als die ganze übrige sozialpolitische Gesetzgebung.

7.—8. Februar. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Eisenbahnetat. Tarifdebatte. (Vgl. 1894 S. 102.)

Eisenbahnminister Thielen bezeichnet die finanzielle Lage der Eisenbahnverwaltung als durchaus gesund. Die Betriebseinnahme ist veranschlagt auf 944 600 000 ℳ, gegen den Etat von 1894/95 mehr 32 Millionen, gegen die Wirklichkeit von 1893/94 mehr 33 Millionen. Als Gesamtbetriebsaus-



gaben sind angenommen: 580 Millionen, gegen 1894/95 mehr 10 700 000 M., gegen die Wirklichkeit von 1893/94 mehr 10 850 000 M. Als Betriebsüberschuß wird angenommen 44 Millionen. Der Betriebscoefficient für 1895/96 berechnet sich nach dem alten Etatsschema auf 58 Prozent, nach dem neuen Etatsschema auf 57,8 Prozent. Abg. Gothein (frs. Vg.) fordert eine Ermäßigung der Tarife; englische Kohlen könnten z. B. billiger nach Stettin geschafft werden als schlesische. Abg. Schmieding (nl.) schließt sich dieser Forderung an und fordert stärkere Ausdehnung der Sekundärbahnen. Im Eisenbahnressort herrsche zu viel falsche Sparsamkeit. Abg. Brömel (fr. Vg.) wünscht Ermäßigung des Personentarifs und Abschaffung der vierten Klasse. Minister Thielen: So lange keine Aussicht vorhanden sei, daß der Fehlbetrag im preußischen Etat endgültig verschwände, dürfe man nicht an eine großartige Reform des Güter- und Personentarifs denken. Der Vorschlag, die vierte Klasse abzuschaffen, sei den Bezirkseisenbahnräten vorgelegt, aber nicht durchgedrungen. Abg. Irmer (Dkons.) hält die Herabsetzung der Tarife für eine große soziale und politische Gefahr, worauf Abg. v. Eynern (nl.) erwidert, daß die Rechte trotzdem eine Tarifreform zu gunsten der Landwirtschaft erstrebe. Am folgenden Tage erklärt Finanzminister Miquel, die üble Finanzlage gestatte eine Tarifreform, die 15 Millionen kosten werde, nicht. (Vgl. Hammacher, Die Verwendung der preußischen Eisenbahnüberschüsse. Preuß. Jahrbb. Bd. 79. Micke, Die Neuordnung der preuß. Staatseisenbahnverwaltung. Archiv f. Eisenbahnwesen. 1895, 2.)

8. Februar. Der Kaiser hält in der Berliner militärischen Gesellschaft einen Vortrag über das Zusammenwirken von Heer und Flotte mit Berücksichtigung des chinesisch-japanischen Krieges und legt die Notwendigkeit der Verstärkung der Marine dar (vgl. S. 2).

9. Februar. (Reichstag.) Interpellation über die Sicherung der Seeschiffahrt.

Die Abgg. v. Stumm (R.P.) und v. Manteuffel (kons.) bringen folgende Interpellation ein: „Beabsichtigen die verbündeten Regierungen Maßregeln zu ergreifen, um den durch den Untergang von Seeschiffen verursachten Verlust von Menschenleben mehr, als dies bisher gelungen ist, zu verhüten?“ Abg. v. Stumm führt in der Begründung an den Untergang der „Elbe“ anknüpfend aus, es fehle bei der Konstruktion von Schiffen an der behördlichen Kontrolle, die in jeder anderen Industrie eingeführt sei. Ferner würde das Wegerecht zur See nicht genügend beachtet, vor allem von den Engländern.

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Auf die Anfrage der Herren Interpellanten habe ich Folgendes zu erwidern. Der Bundesrat wendet sein Interesse fortgesetzt den Maßregeln zu, welche einen vermehrten Schutz des Menschenlebens gegenüber den Gefahren des Seeverkehrs in Aussicht nehmen. Auch ist die Reichsverwaltung auf diesem Gebiete nicht unthätig. Ihre Bemühungen sind vorzugsweise nach drei Richtungen eingetreten, und zwar bezüglich einer Sicherstellung der Seetüchtigkeit der Schiffe, einer Regelung des internationalen Seestraßenrechts und einer verbesserten Ausrüstung der Seeschiffe mit Rettungsgeräten. Was die Sicherstellung der Seetüchtigkeit der Seeschiffe anbelangt, so hat bereits unsere Unfallversicherungs-Gesetzgebung zu einer verstärkten Gewähr gegen Unfälle geführt. Die Unfallverhütungsvorschriften der See-Berufsgenossen-

schaft enthalten in dieser Beziehung Weisungen, deren Beachtung im eigenen Interesse der Rheder liegt, weil von der größeren oder geringeren Seetüchtigkeit die Höhe der von den Rhedern zu zahlenden Versicherungsprämien abhängt. Es ist zu einer weiteren Ausbildung dieser Vorschriften von Seiten der Reichsverwaltung die Anregung gegeben und eine Kontrolle über die Beobachtung derselben dadurch hergestellt, daß zufolge eines Abkommens zwischen der Seeberufsgenossenschaft und dem Schiffsklassifikationsinstitut „Germanischer Lloyd" der letztere sich verpflichtet hat, durch seine Organe den Schiffsbau zu übernehmen. Auf diesem Wege wird sich die Einführung einer Reichskontrolle über den Schiffsbau, gegen welche sich die Regierungen der Bundesstaaten in Uebereinstimmung mit den Interessentenkreisen ausgesprochen haben, und welche eine recht kostspielige Organisation erforderlich machen würde, voraussichtlich als unnötig erweisen. Sollten dabei sich gleichwohl Mängel ergeben, so werden sich die Regierungen der Einführung einer staatlichen Ueberwachung des Schiffsbaues nicht entziehen können. Was die Verbesserung des Seestraßenverkehrs anbelangt, so ist das Reich auf der im Jahre 1889 in Washington abgehaltenen Konferenz bemüht gewesen, eine zweckmäßigere Gestaltung der Vorschriften zur Verhütung des Zusammenstoßes von Schiffen auf See herbeizuführen. Die Ergebnisse dieser Konferenz sind solche gewesen, daß, wenn die Annahme der dort getroffenen Vereinbarungen von Seiten der Seestaaten erfolgt, eine verstärkte Gewähr gegen Schiffsunfälle gegeben ist. Leider hat der für die allgemeine Einführung der vereinbarten Vorschriften in Aussicht genommene Termin nicht eingehalten werden können, weil die englische Regierung wegen der bei Einzelheiten hervorgetretenen Schwierigkeiten eine Hinausschiebung des Termins bis zum Herbst dieses Jahres wünscht. Es besteht indessen die Hoffnung, daß die Schwierigkeiten werden überwunden werden und daß mit dem nächsten Winter allen schifffahrttreibenden Nationen gemeinsame wirksamere Vorschriften über das Seestraßenrecht in Kraft treten, welche dann eine größere Sicherheit gegen Schiffsunfälle gewähren, als dies bisher der Fall war. Was endlich die Ausrüstung der Schiffe mit Rettungsgeräten und Booten anbelangt, so hat die Seeberufsgenossenschaft völlig ausreichende und zweckentsprechende Vorschriften entlassen. Die Anfrage der Herren Interpellanten steht im Zusammenhange mit dem beklagenswerten Unfall, welcher das Schiff des Norddeutschen Lloyd die „Elbe", jüngst betroffen hat. Es ist mir Bedürfnis, auch von dieser Stelle der aufrichtigen Teilnahme Ausdruck zu geben, welche die verbündeten Regierungen mit der ganzen Nation angesichts des erschütternden Ereignisses empfinden (Bravo!), zugleich aber Zeugnis dafür abzulegen, daß Offiziere und Mannschaften des verunglückten Schiffes unter der Leitung eines braven, bis zum Tode treuen und pflichtbewußten Kapitäns (Bravo!) ihre Schuldigkeit bis zum letzten Augenblick gethan haben. (Bravo!) Die Vorwürfe, welche diesen braven Seeleuten in auswärtigen Blättern gemacht sind, entbehren nach den angestellten Ermittelungen jedes Schattens von Begründung (Bravo!) und das Vaterland darf stolz sein darauf, daß die Bemannung der „Elbe" furchtlos und treu in den Tod gegangen ist. (Bravo!)

In der Besprechung stimmen die meisten Redner dem Reichskanzler zu; Abg. Singer (Soz.) besorgt, daß der Seeverkehr aus finanziellen Interessen nicht genügend gesichert werde, was Staatssekretär v. Bötticher als grundlos bezeichnet.

11. Februar. (Reichstag.) Etatsberatung. Debatte über den Schutz der Deutschen im Auslande (Syrien und Palästina.

Vgl. S. 8) und über die Entstehung der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890.

Abg. Siegle (nl.) fragt, was von Reichswegen auf die Beschwerden der deutschen Ansiedler in Syrien und Palästina bisher geschehen sei. Seit 1868 seien solche Kolonisten dort vorhanden, die Reichsregierung habe ihnen später das freie Niederlassungsrecht von der Türkei erwirkt; die Grundlage dieser Ansiedlung sei ihr Besitzrecht an dem erworbenen Grund und Boden. Dieses hätten die türkischen Unterbehörden neuerdings zu ignorieren angefangen, sie wollte die „Vakufs", Freibriefe für die Ländereien noch nicht anerkennen und es hätten bereits gewaltsame Vertreibungen stattgefunden. Seit einer Reihe von Jahren werde einfach das Land als Regierungsland requiriert. Redner zitiert den ausführlichen Bericht eines Reisenden über diese Verhältnisse und das Eingreifen der syrischen Behörden. Der türkische Ministerrat habe zwar sich mit der Sache schon beschäftigt und auch eine Kommission zur Prüfung der Besitztitel eingesetzt. Die Kolonisten wünschen aber dringend, daß von Seiten der deutschen Reichsregierung den Arbeiten dieser Kommission die größte Aufmerksamkeit gewidmet werde.

Staatssekretär Frhr. v. Marschall: Meine Herren, der Herr Vorredner hat mit vollem Rechte darauf hingewiesen, daß die Lage der deutschen Kolonisten in Palästina in der letzten Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit in Deutschland auf sich gezogen hat, und ich kann nur bestätigen, daß es auch mir erwünscht ist, daß diese Frage hier im Reichstage zur Sprache komme. In der That verdienen unsere Kolonisten in Jaffa nicht nur die Fürsorge der Regierung, sondern auch das Interesse des Reichstages. Es sind brave, arbeitsame, christliche Männer, welche ihre deutsche Nationalität bewahrt haben, welche ihre Wehrpflicht erfüllen, zu welchem Zwecke alljährlich ein deutsches Kriegsschiff die syrische Küste anläuft, um dort die notwendigen Untersuchungen vorzunehmen. Ich erkenne auch an, daß die Lage der deutschen Kolonisten in mancher Beziehung eine schwierige ist; nur muß ich von meiner Seite darauf aufmerksam machen, daß uns eben eine Grenze für unsere Einwirkung gezogen ist durch die internationalen Verträge, die wir mit der Türkei abgeschlossen haben, und die bezüglich der Streitigkeiten um Grundeigentum an sich eine diplomatische Verwendung ausschließen. Die Angelegenheit, die der Herr Vorredner berührt, führt uns in eine sehr schwierige und verwickelte Materie, nämlich in das türkische Grundeigentumsrecht, welches sich zusammensetzt aus einer Vermengung von Satzungen religiöser Art, außerdem aus Gewohnheitsrecht und großherrlichen Erlassen. Hier kommt es wesentlich auf den einen Punkt an, den der Herr Vorredner auch berührt hat, daß das türckische Recht, abgesehen von dem Maschaeigentum, dem Lakuff, zwei Arten von Ländereien anerkennt, nämlich das Staatsland Mirie und das reine Privatland Mülk und es ist eine Eigentümlichkeit des türkischen Rechts, daß auch das Staatsland in der Form des Privatlandes besessen, vererbt und andern übertragen werden kann. Der wesentliche Unterschied zwischen beiden Arten des Besitzes besteht darin, daß der Besitzer von Staatsland den Zehnten bezahlen muß und gewissen Dispositionsbeschränkungen unterworfen ist, während der Besitzer von einem Privatland lediglich die Grundsteuer zu bezahlen hat. Wenn also von einer Verwandelung von Privatland in Staatsland gesprochen ist, so hat man darin nicht eine Expropriation in unserem Sinne zu verstehen, sondern eine höhere Belastung des Grundbesitzes, die natürlich auf den Kaufwert Einfluß hat. Nun ist in der Türkei eine reale Scheidung zwischen dem, was Privatland und Staats-

land, nie vorgenommen worden. Es ist für Palästina ein Versuch gemacht worden, im Jahre 1861, indem da ein großherrlicher Erlaß bestimmte, daß alle Ländereien als Staatsland angesehen werden sollen, die zur Zeit der Eroberung Palästinas sich in den Händen von Nichtmuhamedanern befanden. Da die Eroberung Palästinas meines Wissens im Jahre 1517 stattgefunden hat, war dieser großherrliche Erlaß allerdings einigermaßen schwierig durchzuführen. Er ist auch damals nicht durchgeführt worden; es hat niemals eine reale Teilung des Grundbesitzes stattgefunden. Aber es blieb dieser großherrliche Erlaß über den ganzen Grundbesitz von Palästina gleichsam wie ein Schwert des Damokles schweben. Gerade diese Unsicherheit der Verhältnisse hat schon das Auswärtige Amt des Norddeutschen Bundes im Jahre 1869 veranlaßt, an die Konsuln in Palästina eine gedruckte Bekanntmachung zur Verteilung an alle Deutschen zu 'geben, in der dieses Verhältnis auseinandergesetzt und die dringende Mahnung ausgesprochen wird, daß die Deutschen bei Anschaffung von Grundeigentum sich der äußersten Vorsicht befleißigen möchten. Diese Unsicherheit in den Grundeigentumsverhältnissen war noch dadurch erhöht, daß bis zum Jahre 1874 die türkische Grundbuchsordnung überhaupt nur für das Staatsland galt. Nur für dieses wurden Besitztitel von staatlichen Grundbuchsbeamten erteilt, während die Titel des Privatlandes von dem geistlichen Gericht des Kadi erteilt wurden. Das wurde 1874 durch ein Gesetz geändert. Es sollten nun für die Ländereien beider Arten staatliche Titel gewährt werden. Die erste Beschwerde der deutschen Kolonisten in Jaffa finden wir bereits im Jahre 1875. Damals schon hatten die Kolonisten die Besorgnis, es möge hinter diesem Gesetz die Absicht der türkischen Regierung stehen, Privatland in Staatsland zu verwandeln. Damals gab aber die türkische Regierung beruhigende Versicherungen, und die deutsche Botschaft in Konstantinopel forderte die Kolonisten auf, sie möchten sich diesem Gesetz unterwerfen und die Einwilligung geben, daß die Titel umgetauscht würden. So lag die Sache bis zum Jahre 1891. Aus Anlaß eines Spezialfalles, wo die Obergrundbuchdirektion fand, daß Privatland fälschlich als Staatsland behandelt wurde, kam die türkische Regierung auf den alten Erlaß von 1861 zurück und verfügte, daß bei jedem Uebergang von Privatland in andere Hände nunmehr der Erlaß anzuwenden und dieses Privatland nach Maßgabe desselben in Staatsland umzuwandeln sei. Das war eine ganz allgemeine Verfügung, die nicht nur die deutschen Kolonisten betraf, sondern die Türken ebenso wie die Oesterreicher, die Franzosen, die Italiener, die dort Grundeigentum besaßen. Es wandten sich nun alle Kolonisten, die einheimischen und fremden, die ersteren an die türkische Regierung, die letzteren an ihre Vertretungen in Konstantinopel. Die übrigen Vertretungen haben jede Intervention abgelehnt, weil sie mit Rücksicht auf die internationalen Vereinbarungen eine Intervention für nicht zulässig hielten: die deutsche Botschaft allein hat die Sache in die Hand genommen, hat das Interesse der deutschen Kolonisten und damit zugleich das Interesse aller Grundeigentümer in Syrien verfolgt, und es ist ein eigentümliches Schicksal, daß dann auch die deutsche Botschaft allein der Zielpunkt von Klagen und heftigen Angriffen geworden ist, als ob sie überhaupt nichts gethan habe. Und doch war die Sache rechtlich ziemlich zweifelhaft, und in der ganzen Polemik in der Presse ist der eine Punkt gar nicht gewürdigt worden, daß in den internationalen Verabredungen, welche die Mächte mit der Türkei abgeschlossen haben, nachdem das türkische Gesetz den Ausländern das Erwerben von Grundeigentum gestatteten, die Mächte ausdrücklich auf Privilegien für ihre Angehörigen verzichten und erklären, daß jetzt weiter nichts verlangt werde, als Gleichstellung mit den Eingeborenen,

daß die fremden Kolonisten sich bezüglich des Grundeigentums der türkischen Verwaltung und Justiz unterwerfen sollten und auf jede diplomatische oder konsularische Intervention verzichtet werde. Die deutsche Botschaft in Konstantinopel hat trotz der Schwierigkeiten, die sich aus diesen internationalen Verabredungen ergaben, mit allem Nachdruck die Sache verfolgt und bei der türkischen Regierung geltend gemacht, daß es wider alles Recht und Billigkeit verstoße, wenn die Rechtsgiltigkeit einmal gegebener staatlicher Titel nachträglich in Frage gestellt werde. Es gelang auch den Bemühungen der deutschen Botschaft, die türkische Regierung, obgleich der Staatsrat und die gesetzlichen Berater der Pforte anderer Ansicht waren, dazu zu bewegen, dem Begehren der deutschen Botschaft stattzugeben und im Jahre 1893 den Beschluß zu erlassen, dahin gehend, daß als Privatland das Land anerkannt werde, wenn die Umschreibung auf Grund eines im guten Glauben erworbenen Privattitels, eines Mülktitels, erfolgt sei. Dieser Beschluß der Pforte ist irgendwo bei den Provinzialbehörden in Syrien hängen geblieben, es hat sich eine ziemlich weitläufige Korrespondenz zwischen Konstantinopel und Jerusalem daraus entwickelt. Wegen Nichtausführung dieses Beschlusses kamen im Sommer vorigen Jahres Beschwerden deutscher Kolonisten an die deutsche Botschaft. Wieder hatte der deutsche Botschafter die Sache nachdrücklich bei der Pforte verfolgt und endlich am Ende vorigen Jahres die Verfügung erlangt, deren wesentlichen Inhalt der Herr Vorredner angegeben hat. Es sollen danach alle die Privatlandtitel, die vor der Einführung des Grundbuchgesetzes von 1874 erteilt worden sind, ohne weiteres als Privatlandtitel gelten, und es solle für diejenigen Titel, die später für Mülkland gegeben seien, während eigentlich das Land Miri war, ein Verzeichnis aufgenommen werden, und auf Grund dieses Zeugnisses sollten dann in Konstantinopel gesetzmäßige Privattitel dafür erteilt werden. Diese Verordnung entspricht im wesentlichen den Beschwerden der deutschen Kolonisten, und wenn der Herr Vorredner den Wunsch ausgesprochen hat, es möge zu Arbeiten der Kommission, die seit einigen Tagen in Jaffa tagt, auch ein deutscher Vertreter entsendet werden, so habe ich diesem Wunsch bereits stattgegeben. Es ist der zweite Dragoman der Botschaft nach Jaffa entsendet, allerdings nicht, um die Arbeiten der Kommission zu überwachen — dazu haben wir kein Recht — wohl aber dazu, um das vermittelnde Organ zwischen den deutschen Kolonisten und der Komission zu bilden, etwaige Beschwerden der Kolonisten zu erledigen, etwaige Einwände der Kommission zu beseitigen und Alles das zu thun, was er zur Erledigung der berechtigten Beschwerden der Kolonisten thun kann. So, meine Herren, wird wohl der Herr Vorredner in seinem mir bekannten Gerechtigkeitssinn zugeben, daß Alles zu gunsten der deutschen Kolonisten geschehen ist, was überhaupt geschehen konnte. Es ist wirklich ein eigentümliches Ding, daß in der Presse die schärfsten Angriffe gegen das Auswärtige Amt und gegen die deutsche Botschaft in Konstantinopel laut wurden, während es lediglich der deutschen Botschaft zu verdanken ist, daß ein Resultat erreicht wurde, welches nicht nur den Wünschen der deutschen Kolonisten gerecht wurde, sondern auch denen der französischen, englischen, österreichischen und zugleich der einheimischen Titelbesitzer. Nun, meine Herren, hat der Herr Vorredner eine ziemlich scharfe Kritik an der türkischen Verwaltung und an der türkischen Justiz geübt. Ich bin nicht in der Lage, hier die türkischen Behörden zu verteidigen oder zu kritisieren. Das ist meine Aufgabe nicht. Ich komme nur auf den Satz zurück, den ich neulich hier einmal ausgesprochen habe, nämlich darauf, daß, wer sich im Auslande ansiedelt, eben in der Hauptsache die Institutionen nehmen muß, die er dort vorfindet. (Zustimmung.) Und wer sich in der Türkei ansiedelt, wird gewiß alle

Hilfe für seine Beschwerden innerhalb der Grenze der Möglichkeit von seiten der deutschen Vertreter finden; aber ihm dort eine Verwaltung und eine Justiz zu garantieren, die unseren Anforderungen entspricht, das ist durchaus unmöglich. (Zustimmung. —) Nachdem der Herr Vorredner nun die Schattenseiten hervorgehoben, möchte ich auf der anderen Seite anerkennen, daß die Regierung Sr. Majestät des Sultans, obgleich die Rechtsfrage bezüglich der Zulässigkeit der diplomatischen Intervention einigermaßen zweifelhaft war, trotzdem von Anfang an die Frage in dem Geiste des billigen Entgegenkommens gegen die deutschen Wünsche und im Geiste der freundschaftlichen Beziehungen behandelt hat, die zwischen der Türkei und Deutschland bestehen; und wenn Schwierigkeiten und Verzögerungen eingetreten sind, das eben in Umständen liegt, die eben außerhalb des Willens der türkischen Regierung liegen. Die Kommission ist im Gange; ein deutscher Vertreter ist entsendet, und ich kann hier die Versicherung abgeben, daß nach wie vor das Auswärtige Amt und die ihm untergebenen Beamten den Kolonisten in Jaffa und Palästina mit Rat und That und auf das kräftigste zur Seite stehen werden. (Beifall.)

Abg. Richter (frs. Vp.) fragt an, wer die Verantwortung für die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 trage, da sie nicht gegengezeichnet seien. Der Reichskanzler entgegnet, der damalige Reichskanzler Fürst Bismarck sei dafür verantwortlich. Minister v. Bötticher: Fürst Bismarck habe keineswegs, wie Richter behauptet, die Gegenzeichnung der Erlasse abgelehnt, sie vielmehr selbst entworfen. Die Erlasse enthielten nur Wünsche des Kaisers, aber kein unbedingtes, die Regierung bindendes, politisches Programm, deshalb seien sie nicht gegengezeichnet.

12. Februar. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Eisenbahnetat. Verwendung des aus den Überschüssen der Einkommensteuer angesammelten Fonds.

Die Budgetkommission beantragt: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: sich mit der Absicht der königlichen Staatsregierung, den gemäß § 49 Abs. 1 des Ergänzungssteuergesetzes vom 14. Juli 1893 aus Ueberschüssen der Einkommensteuer angesammelten Fonds zu einem noch festzustellenden, nicht über 100 Millionen Mark hinausgehenden Betrage mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Staatseisenbahnverwaltung zur Verstärkung des Betriebsfonds der Generalstaatskasse, im Uebrigen zur außerordentlichen Tilgung von Staatsschulden bezw. zur Verrechnung auf bewilligte Anleihen zu verwenden, einverstanden zu erklären."

Referent der Budgetkommission Dr. Sattler erstattet Bericht über die Verwendung des aus den Ueberschüssen der Einkommensteuer angesammelten Fonds. Derselbe beträgt über 100 Millionen Mark und soll bis zu dieser Höhe zur Verstärkung des Betriebsfonds der General-Staatskasse, insbesondere des Betriebsfonds der Eisenbahnverwaltung verwendet werden. Der über 100 Millionen hinausgehende Betrag soll zur außerordentlichen Schuldentilgung resp. zur Verrechnung auf bereits bewilligte Anleihen dienen. Die Abgg. Bachem (Z.) und Dr. v. Eynern (nl.) gegen den Antrag, weil damit dem Finanzminister ein Dispositionsfonds von 100 Millionen gegeben werde, über den das Haus keine Kontrolle behielte. Nach einer Begründung des Antrags durch die Minister Thielen und Miquel wird er gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Mehrheit des Zentrums und einiger Nationalliberalen angenommen.

13. Februar. (Reichstag.) Anträge auf Änderung des Reichstagswahlrechts.

Abg. Ancker (frs. Vp.) beantragt Zahlung von Diäten an die Reichstagsmitglieder, Abg. Auer (Soz.) Einführung des Frauenstimmrechts. Außerdem steht der Antrag Pachnicke (S. 35) zur Beratung.

Abg. Richter (frs. Vp.) fordert die Beseitigung der mecklenburgischen Verfassung, die eine einseitige Klassenvertretung sei und stets nur durch Hilfe von außen hätte gehalten werden können. Abg. Bebel (Soz.) plädiert für das Stimmrecht der Frauen und führt aus, daß die Reichsverfassung einer Erweiterung des Wahlrechts nicht entgegenstände. Abg. Dr. Lieber (Z.) bekämpft alle Anträge; man müsse mit solchen Eingriffen in die Angelegenheiten der Bundesstaaten sehr vorsichtig sein, um nicht fortwährend solche Anträge zu provozieren. Abg. Dr. v. Marquardsen (nl.) erklärt sich für den Antrag Pachnicke aber gegen die übrigen. Der Antrag Ancker wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt, über die übrigen wird später abgestimmt. (Siehe 20. Februar.)

13. Februar. (Hannover.) Der Provinziallandtag lehnt mit großer Majorität die Einführung von Landwirtschaftskammern in Hannover ab.

15.—16. Februar. (Abgeordnetenhaus.) Etat des Ministeriums des Innern. Polenfrage.

Abg. v. Jazdzewski (Pole) beschwert sich, daß Fürst Bismarck den polnischen Adel als Umsturzpartei bezeichnet habe und wendet sich gegen den Verein zur Förderung des Deutschtums, der den Frieden im Osten störe. Minister v. Köller erklärt die Angriffe auf diesen Verein für Uebertreibungen. Die polnische Vereinsthätigkeit im Osten sei ausgebreiteter als die deutsche. „Vor Kurzem aber sind die Polen etwas weiter gegangen in ihren Gründungen von Vereinen. Sie haben den „Verband aller Polen Deutschlands“ auch nach Westfalen hineingelegt, während der Verein zur Förderung des Deutschtums nur in den Ostmarken wirkt. Herren aus Posen sind dahin gereist, um dem Verein zum Leben und weiteren Gedeihen zu verhelfen und diesen Versuchen ist seitens der Staatsregierung nicht entgegengetreten. Sie können also auch nicht verlangen, daß der Verein zur Förderung des Deutschtums mit anderem Maße gemessen werde als Sie, nämlich nach dem Maße, daß vor dem Gesetze alle Preußen gleich sind. Die Auffassung der Gründer des Vereins, daß es sich auf ihrer Seite mehr um die Abwehr der Polen handelt, scheint mir doch wohl eher begründet zu sein, als die des Abg. Motty, daß der Verein die Vernichtung der Polen auf seine Fahne geschrieben habe.“

Es folgt eine heftige Debatte an der u. a. die Abgg. v. Tiedemann (frkons.), Sattler (nl.) und Abg. Motty (Pole) teilnehmen. Am folgenden Tage erklärt Abg. Mizerski (Pole): Man wirft uns vor, wir wollten ein Großpolen. Nun, wenn wirklich unsere Großväter das angestrebt haben, ist es ihnen gewiß zu verzeihen. Aber von uns, die wir Deutschland im Jahr 1870 in seiner Stärke gesehen haben, kann man doch nicht annehmen, daß wir wahnsinnig genug seien, zu glauben, von diesem starken Reich könne eine Provinz losgerissen werden. Das ist menschenunmöglich. Wir legen unsere Zukunft in Gottes Hand; der Menschenhand ist es nicht möglich, den Staatenverband jetzt zu lösen.

15./16. Februar. (Reichstag.) Währungsdebatte. Erklärung Hohenlohes.

Abg. Graf Mirbach und Genossen beantragen, „an die verbündeten Regierungen das Ersuchen zu richten, dieselben wollen baldthunlichst Einladungen zu einer Münzkonferenz ergehen lassen behufs internationaler Regelung der Währungsfrage“. Zur Begründung nimmt das Wort Abg. Graf Mirbach: Dem Antrage lägen wirtschaftliche und soziale Gedanken zu Grunde. Die Währungsfrage sei von höchster Bedeutung für alle Kreise; für die Landwirtschaft, für den Handel, für das Handwerk, für die Beamten bestehe dieselbe Bedeutung der Erhöhung der Kaufkraft des Geldes, nur ein kleiner, aber sehr potenter Kreis habe an dem gegenwärtigen Zustand ein Interesse. Von dem Augenblick an, wo Deutschland zur Goldwährung überging, hätte eine Periode sinkender Preise und der Entwertung des Geldes begonnen, wie u. a. auch der bedeutendste Vertheidiger der Goldwährung, Dr. Bamberger, anerkannt habe. Die Folgen der Goldwährung zeigten sich auch in England in der Notlage der Landwirtschaft. Die Herstellung einer angemessenen Relation zwischen Gold und Silber sei durchführbar. Abg. Dr. Barth (frf. Vg.): Sämtliche Münzkonferenzen hätten mit einem Mißerfolg geendet. Die Einführung der Doppelwährung würde namentlich für die Arbeiter ein großes Unglück sein, durch eine Entwertung des Goldes um 25 Prozent würde den Arbeitern ebenso viel an ihrem Lohne entzogen. Vorteil würden nur diejenigen haben, die heute Schulden hätten, namentlich die Grundbesitzer. Dieselben Anschauungen vertritt Abg. Dr. Schönlank (Soz.), während Graf Bismarck (b. k. Fr.) den Antrag unterstützt, namentlich mit dem Hinweise auf die Zunahme der bimetallistischen Strömung in England. Abg. Dr. Lieber (Z.): Die Währungsfrage sei eins der schwierigsten Probleme, es müsse aber ein ehrlicher Versuch zur internationalen Lösung unternommen werden. Daher stimme das Zentrum für den Antrag.

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Die von dem Herrn Abg. Dr. Lieber ausgesprochene Befürchtung, daß die Erklärung des Reichskanzlers auf den vorliegenden Antrag in seiner Mappe verschlossen bleiben werde in Folge der Rede des Herrn Abg. Dr. Schönlank, ist nicht begründet. Ich werde Ihnen meine Erklärung nicht vorenthalten; sie ist sorgfältig ausgearbeitet, und ich hoffe, daß Sie sie als eine wohlwollende anerkennen werden. Es kann ja nicht meine Absicht sein, auf die Einzelheiten einer währungspolitischen Debatte einzugehen, da hierdurch weder die abweichenden Anschauungen, welche auf diesem Gebiete hervorgetreten sind, beglichen, noch wesentlich neue Momente zur Beurteilung des Sachverhältnisses beigebracht werden können. Indessen glaube ich Ihnen doch folgende Erklärung abgeben zu sollen. Ohne unserer Reichswährung zu präjudizieren, muß man zugestehen, daß der zunehmende Wertunterschied zwischen den beiden Münzmetallen auch auf unser Erwerbsleben eine nachteilige Rückwirkung ausübt. (Hört, hört! rechts.) Im weiteren Verfolg der Bestrebungen, welche zur Einberufung der Silberenquetekommission geführt haben, bin ich deshalb geneigt, mit den verbündeten Regierungen in Erwägung zu ziehen, ob nicht mit anderen, an der Bewertung des Silbers wesentlich beteiligten Staaten in einen freundschaftlichen Meinungsaustausch über gemeinschaftliche Maßregeln zur Abhilfe einzutreten sein möchte. (Bravo! rechts und in der Mitte.)

Am 16. Februar spricht Abg. Siegle (nl.) gegen den Antrag. Durch Festsetzung einer anderen Relation werde man den Geldmarkt nicht verbessern. Der Bimetallismus werde keine dauernde Steigerung der landwirtschaftlichen Produkte zur Folge haben. Abg. Richter (frf. Vp.): Die Ueberproduktion sei die Ursache der schlechten Preise; eine feste Relation zwischen Gold und Silber könne man nicht schaffen, sie hänge von Angebot

und Nachfrage ab. Die Doppelwährung werde die Gläubiger benachteiligen. Abg. Friedberg (nl.): Wenn man sage, die Einführung der Doppelwährung würde die Gläubiger gegenüber den Schuldnern benachteiligen, so müßte die logische Folgerung sein, daß die Einführung der Goldwährung den Darleihern große Vorteile gebracht habe. Es sei zweifellos, daß die Währungsfrage einen starken Einfluß auf das wirtschaftliche Leben ausübe. Man würde den Ländern mit Papierwährung den Uebergang zur Metallwährung erleichtern, wenn man nicht die Goldwährung, sondern die Doppel- oder Silberwährung zu Grunde legte. Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Die Behauptung, der sinkende Wert des Silbers habe für unser wirtschaftliches Leben schwere Gefahren, sei nicht unberechtigt, sowohl was die Fabrikation als was den Export anbetreffe. Ferner sei es unzweifelhaft, daß unser einheimischer Bergbau außerordentlich unter dem geringen Wert des Silbers leide. Eine Gefahr sei auch, daß unsere Silbermünzen nominell einen weit höheren Wert haben, als ihnen beiwohnt. Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Dafür sind die sämtlichen Parteien der Rechten, Zentrum, Polen, Welfen, Elsässer; dagegen die entschiedene Linke, die Freisinnige Vereinigung und etwa acht Nationalliberale. (Vgl. Lexis und Scharling, Die Deutsche Silberkommission, Preuß. Jahrbb. Bd. 79. Quartus, ebenda Bd. 80. Pierson, Goldmangel, Ztschr. f. Volkswirtschaft, Sozpol. u. Verw. 4. Bd. Vgl. Frankreich.)

15. Februar. (Berlin.) Die Brauereien der größten Städte Norddeutschlands begründen einen Zentralverband gegen Verrufserklärungen.

16. Februar. (Münster.) Der Provinziallandtag lehnt die Einrichtung der Landwirtschaftskammern in Westfalen mit großer Mehrheit ab.

16. Februar. (Reichstag.) Verstärkung der Disziplinargewalt des Präsidenten.

Abg. Traeger berichtet über die Verhandlungen der Geschäftsordnungskommission wegen Verstärkung der Disziplinargewalt des Präsidenten. Ein Beschluß ist nicht zu stande gekommen, da sämtliche Anträge des Präsidenten v. Levetzow bezüglich des Ausschlusses von Mitgliedern, bezüglich der Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer und bezüglich der öffentlichen Bekanntmachung der unentschuldigt Fehlenden mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnt worden sind. Es liegt vor ein Antrag Roeren-Graf Holstein-Gamp-Pieschel, welcher die Ausschließung von der Sitzung im Falle gröblicher Verletzung der Ordnung unter der Voraussetzung zulassen will, daß eine materielle Abstimmung, bei welcher der Ausgeschlossene Ausschlag gebend sein könnte, in der nächsten Sitzung wiederholt werden muß. Das ausgeschlossene Mitglied soll berechtigt sein, spätestens am folgenden Tage Einspruch zu erheben, worauf der Reichstag nicht vor dem darauf folgenden Tage ohne Diskussion über die Berechtigung der Ausweisung entscheidet. Abg. Singer (Soz.): Der Antrag sei aus dem Strafantrage gegen Liebknecht hervorgegangen (vgl. 1894 S. 186) und auf die Knebelung der Sozialdemokraten berechnet. Wenn man die Geschäftsordnung ändern wolle, müsse man die Abgeordneten vor allem gegen Beleidigungen durch Bundesratsmitglieder schützen. Abg. v. Levetzow (kons.) weist Singers Behauptung über die Genesis des Antrages zurück und bittet um Annahme des Antrages; ohne diese Verstärkung seiner Gewalt werde

er das Präsidium nicht weiter führen. Der Antrag Roeren gelangt mit großer Mehrheit zur Annahme. Dagegen stimmen die Polen, ein kleiner Teil des Zentrums, die beiden Volksparteien und die Sozialdemokraten.

18. Februar. Der Kaiser widmet dem Erzherzog Albrecht (siehe Österreich) einen ehrenvollen Nachruf und bestimmt, daß die Offiziere des Grenadierregiments Nr. 3 acht Tage, die übrigen drei Tage Trauer anlegen sollen.

18. Februar. (Bund der Landwirte.) Audienz des Vorstandes beim Kaiser.

Der Vorsitzende, Abg. v. Plötz, verließ eine Adresse, worin der Bund als Vertreter von 200 000 deutschen Landwirten die Hilfe des Kaisers für die zunehmende Notlage der deutschen Landwirtschaft erbittet. Der deutsche Bauernstand ringe um seine Existenz, mit ihm stehe und falle die Zukunft des deutschen Vaterlandes. Deshalb erbitte der Bund für die deutsche Landwirtschaft die allerhöchste mächtige Hilfe.

Der Kaiser erwidert: „Dem Beispiel der ostpreußischen Landwirte, welche im Oktober v. J. zu Mir kamen, folgend, sind auch Sie nun erschienen, um Mir Ihre Wünsche vorzutragen. Ihr Empfang ist Ihnen Beweis, wie ernst es Mir um das Wohl und Wehe Meiner Bauern zu thun, und daß Mein Wort, daß Meine Thür jedem Unterthanen offen stehe, keine leere Formel ist. In dem Eifer, sich selbst zu helfen und den auf der Landwirtschaft lastenden Druck allen Kreisen des Volkes klar zu machen, haben sich Mitglieder Ihres Bundes in dem verflossenen Jahre zu einer Agitation in Wort und Schrift verführen lassen, die, über den Rahmen des Zulässigen hinausgehend, Mein landesväterliches Herz tief kränken mußte. An dem heutigen Tage jedoch haben Sie gleichwie Meine Ostpreußen dieses Vorgehen wieder gut gemacht. Aus der bevorstehenden Berufung des Staatsrats, dem alle einschlagenden Fragen zur Beratung werden vorgelegt werden, mögen Sie ersehen, wie Ich hoffe, unter Mitwirkung von Landwirten aller Stände Ersprießliches für die Hebung der Landwirtschaft zu erwirken. Mein landesväterlicher Rat geht deshalb dahin, daß die Herren jeder sensationellen Agitation sich enthalten und mit Vertrauen der Arbeit des Staatsrats folgen mögen. Wir wollen Gott bitten, daß diese Bemühungen zum Heil der Landwirtschaft ausschlagen und daß Ihnen ein gutes Jahr bescheert sein möge."

18. Februar. Generalversammlung des Bundes der Landwirte in Berlin (vgl. 1894 S. 63).

Abg. v. Plötz greift die Regierung des Grafen Caprivi aufs heftigste an. Der Bund der Landwirte sei stets loyal gewesen, sei aber dennoch von der Regierung verfolgt worden. Jetzt seien die Regierungsvertreter andere geworden und der Bund nicht mehr verfehmt; er sei aber der alte geblieben und halte alle seine Forderungen aufrecht. Die Handelsverträge hätten für die Industrie keinen Vorteil gebracht und seien für die Landwirtschaft zum Kirchhof geworden. Er fordert die Herabsetzung des Zinsfußes auf 3 Prozent, dann würden auch die Hypothekenzinsen fallen. Abg. Graf Mirbach: Die Landwirte hätten volles Vertrauen zum Reichskanzler und Landwirtschaftsminister, aber dessen Mahnung, in der Währungsfrage nicht zu agitieren, könnten sie nicht befolgen. Nach einem Berichte der Abgg. Graf Kanitz, v. Wangenheim und Gutsbesitzer Bock über den

Antrag Kanitz wird folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Generalversammlung des Bundes der Landwirte erklärt die gesetzliche Verwirklichung des Antrages Kanitz als das wirksamste Mittel, um die für die deutsche Landwirtschaft geradezu vernichtende Wirkung der jetzigen Getreidepreise, welche nicht entfernt die Produktionskosten decken, schnell und erfolgreich zu bekämpfen. Gleichzeitig erblickt die Versammlung eine unabweisbare Forderung für die Gesundung unseres gesamten Erwerbslebens in der internationalen Regelung der Währungsverhältnisse und des Börsenwesens auf der Basis des effektiven Geschäfts mit wirklicher Ware."

Eine Resolution Ackermann, die nur solche Gesetze zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Notlage verlangt, die mit den Handelsverträgen vereinbar sind, kommt nicht zur Abstimmung, da sich die Versammlung von vornherein dagegen erklärt.

18./19. Februar. (Reichstag.) Etat. Anträge auf Abänderung des Versicherungswesens.

Abg. Hitze (Z.) beantragt, die Mittel der Versicherungsanstalten in weiterem Umfange als bisher für das landwirtschaftliche Kreditbedürfnis und für die Erbauung von Arbeiterwohnungen zugänglich zu machen. Ferner beantragt er, die Regierungen zu ersuchen, schleunigst eine Novelle zur Alters- und Invaliditätsversicherung vorzulegen. Abg. Auer (Soz.) und Genossen beantragen, um die Vorlegung eines Gesetzentwurfes zu ersuchen, wodurch jeder Versicherte mit Vollendung des 70. Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf Altersrente erhält.

Abg. Kruse (nl.) beantragt, die in der Seefischerei beschäftigten Leute in die Unfallversicherung aufzunehmen und die klimatischen Krankheiten der Seeleute den Betriebsunfällen im Sinne der Betriebsunfallversicherung gleichzuachten.

Nach langer Debatte wird der erste Antrag Hitze und der Antrag Auer abgelehnt, der Antrag Kruse und der zweite Antrag Hitze angenommen (19. Febr.).

19./20. Februar. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Erste Beratung des Entwurfs eines Stempelsteuergesetzes.

Der Gesetzentwurf will ein einheitliches Stempelrecht für Preußen schaffen. Er erhöht u. a. den Stempel auf Abtretung von Rechten, Adoptionen, Eheverträge, Erbrezesse, Konzessionen, Gesellschaftsverträge, Standeserhöhungen und Gnadenerweise.

Abg. Richter (frs. Vp.) sieht in einigen Punkten der Vorlage, so namentlich in der Besteuerung der Standeserhöhungen, die ihm aber nicht weit genug gehen, eine Verbesserung, in den anderen aber eine Verschlechterung und will sie deshalb nicht annehmen.

Am zweiten Beratungstage wendet sich Abg. Mies (Z.) gegen den geplanten Mietstempel, der vorwiegend den kleinen seßhaften Mittelstand treffe, ebenso der Versicherungs-Kauf-Vertrags- und Lieferungsstempel. Abg. Gamp (fk.) betont gegen den Abg. Richter, daß Standeserhöhungen und Ordensauszeichnungen als Allerhöchste Gnadenbeweise frei bleiben müßten. Auf verschiedene Vorwürfe, das Gesetz mit großer Heimlichkeit vorbereitet zu haben, entgegnet Finanzminister Miquel: Man habe die Handelskammern nicht befragt, um nicht eine laute Agitation wie bei der Bier- und Tabaksteuer hervorzurufen, Sachverständige seien aber befragt worden. Wenn die Steuer auf Titel u. s. w. zu hart erscheine, so könne die Krone den Stempel erlassen. Die Mietsteuer sei unerheblich, da sie kaum 1 Mill.

bringen werde, während die Berliner 14 Mill. betrug. Abg. v. Eynern (nl.) hält die Vorlage für eine schwere Schädigung des Geschäftslebens).

Der Gesetzentwurf geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

20. Februar. (Reichstag.) Jesuitengesetz. Verfassungsrechtliche Anträge. Lage der weiblichen Fabrikarbeiter.

Der Antrag Hompesch (Z.) auf Beseitigung des Jesuitengesetzes wird ohne Debate mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Antrages Pachnicke, Ancker und Auer (vergl. 35, 43). Abg. Richter (frs. Vp.) greift die mecklenburgische Verfassung heftig an, insbesondere die strelitzische, deren Finanzverwaltung äußerst verbesserungsbedürftig sei. Abg. v. Buchka (kons.) und der mecklenburgische Bevollmächtigte v. Oertzen verteidigen den Rest des patriarchalischen Regiments in Mecklenburg, während Abg. Pachnicke auf die allgemeine Unzufriedenheit in Mecklenburg mit den bestehenden Verhältnissen hinweist.

Der Antrag Auer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, der Antrag Ancker gegen die der Sozialdemokraten und Freisinnigen, der Antrag Pachnicke gegen die genannten und einen Teil der Nationalliberalen und Antisemiten.

Es folgt die erste Beratung des Antrags Hitze (Z.), Erhebungen anzustellen über die Wirkungen der Fabrikarbeit auf die Arbeiterinnen und ihre Familien, und möglichste Beschränkung der Arbeitszeit für weibliche Arbeiter anzustreben. Staatssekretär v. Bötticher: der Antragsteller verfolge dieselben Ziele wie die Regierungen. Sie hätten bereits die Gewerbeaufsichtsbeamten aufgefordert, nach einem bestimmten Schema sich über die Lage der Arbeiter genau zu orientieren und der Reichsregierung Mitteilung zu machen. Zunächst sollten die einzelnen Gewerbe, in denen die grellsten Mißstände hervorgetreten seien, untersucht werden, da eine allgemeine Enquete zu weitläufig sein würde. Abg. Schall (kons.) äußert seine Sympathie zu dem Antrage und betont, daß die Frau vor allem ins Haus gehöre, nicht in die Fabrik. Nach der Erklärung des Ministers sei aber der Antrag nicht zeitgemäß, und die Konservativen lehnten ihn deshalb ab.

20. Februar. (Berlin.) Der brandenburgische Provinziallandtag beschließt die Einrichtung einer Landwirtschaftskammer.

20. Februar. (Württemberg.) Der König eröffnet in Stuttgart den Landtag. Thronrede. Etat.

In der Thronrede heißt es nach der „Köln. Ztg.“: Unter den Vorlagen tritt die Feststellung des Staatshaushalts für die beiden nächsten Jahre in den Vordergrund. Trotz der Einhaltung der umsichtigen Sparsamkeit zeigt der Abschluß der Voranschläge für die neu zu beginnende Finanzperiode vorläufig einen größeren Fehlbetrag, der hauptsächlich veranlaßt ist durch die steigenden Ausgaben für die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld und für die erhöhten Leistungen für das Reich. Die Vorschläge wegen Ausgleichung des Fehlbetrages bleiben vorbehalten. Zunächst ist der Erfolg der fortgesetzten Bemühungen der verbündeten Regierungen abzuwarten für eine mäßige Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches die Zustimmung des Reichstages zu erlangen. Angekündigt werden: Eingreifende Reformarbeiten auf dem Gebiete des Finanzwesens, insbesondere ein Gesetzentwurf, betreffend die Einführung einer allgemeinen progressiven Einkommensteuer mit Freilassung der kleinern Einkommen und Erlaubnis

des Abzuges der Schuldzinsen, ferner weitere Entwürfe betreffend die Umgestaltung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern, sowie der Kapitalsteuer, sodaß diese Steuern fortan ausschließlich fundierte Einkommen treffen. Der 1894 unternommene Versuch einer Abänderung der Verfassung ist erfolglos geblieben, ein weiteres Vorgehen der Regierung ist bedingt durch die Abänderung der Anschauungen darüber, was als erreichbares Ziel ins Auge gefaßt werden kann. Ein Gesetzentwurf wegen Wiedereinführung des Wahlkouverts bei den Landtagswahlen ist vorbereitet. Auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung ist eine Vorlage beabsichtigt, durch welche für die größeren Städte eine periodische Wahl der Ortsvorsteher unter Uebertragung des Wahlrechts auf bürgerliche Kollegien eingeführt werden soll. In kleineren Gemeinden erscheint die Aufhebung der Lebenslänglichkeit des Ortsvorsteheramts erst möglich, wenn anläßlich der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Entlastung der Ortsvorsteher von den bisherigen Geschäften bewirkt wird. Durch die ins Budget eingestellte Summe zur Förderung der Hagelversicherung soll den Landwirten Erleichterung bei Versicherung ihrer Feldfrüchte verschafft und auf die Verallgemeinerung der Hagelversicherung hingewirkt werden. Weitere Forderungen sind auf die Weiterentwicklung des Feldbereinigungswesens und die Hebung der Viehzucht, insbesondere der Pferdezucht gerichtet. Durch die ferner vorgesehene Gewährung erheblicher staatlicher Zuschüsse zu den Kosten der militärischen Einquartierungen wird der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung eine fühlbare Erleichterung erwachsen. Der Entwurf eines Gesetzes über die Benutzung der öffentlichen Gewässer wird unterbreitet werden. Alle Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung versprechen nachhaltigen Erfolg nur, wenn sie unterstützt werden von der eigenen Arbeit und dem ernsten Fleiße der beteiligten Kreise.

Nach dem vom „Staats-Anz." publizierten Etat beträgt der Ausgabenvoranschlag pro 1895/96 72 857 385 ℳ, pro 1896/97 73 577 201 ℳ. Die Einnahmen sind veranschlagt pro 1895/96 auf 70 057 385 ℳ, pro 1896/97 70 554 450 ℳ, so daß sich ein Fehlbetrag pro 1895/96 von 2 800 000 und pro 1896/97 von 3 023 751 ℳ ergibt, welcher unter dem ausdrücklichen Vorbehalt einer späteren Deckung aus Steuermitteln vorläufig durch Anleihe gedeckt werden soll.

21. Februar. (Reichstag.) Erste Beratung der Tabaksteuervorlage (vgl. 1894 S. 4).

Staatssekretär des Reichsschatzamtes Graf Posadowsky: Von der letzten Vorlage unterscheide sich die jetzige in mehrfacher Beziehung. So dadurch, daß die Steuer diesmal nicht auf Zigarrenimporte ausgedehnt ist, letztere vielmehr einem höheren Zolle unterworfen werden. Vor allem aber dadurch, daß diesmal ein um 13 Millionen Mark niedrigerer Betrag in Rechnung gestellt wird. Ein Bedürfnis für Erhöhung der Reichseinnahmen bestehe jedenfalls, so in Höhe von 20 Millionen allein schon wegen der Mindereinstellungen von Ueberschüssen aus früheren Jahren und wegen voraussichtlicher Wiedersteigerung der Getreidepreise und demgemäß der Naturalienkosten. Auch blieben von der letzten Militärvorlage noch 8½ Millionen zu decken und außerdem wüchsen ja die Reichsausgaben jährlich um 4 Prozent. Für 1896/97 sei sonach der Mehrbedarf auf etwa 32 Millionen zu schätzen. Ein künstliches Defizit, wie man es behauptet habe, sei nicht geschaffen worden, umsoweniger, als wegen Verlassens des alten Veranschlagungsverfahrens bei den Einnahmen künftig auf Ueberschüsse nicht mehr in dem Maße wie früher zu rechnen ist. Für den Reichstag liegt jedenfalls die moralische Verpflichtung vor, für die Deckung zu sorgen, nach-

dem er die Militärvorlage genehmigt und auch dem durch die Handelsverträge bedingten Ausfall an Einnahmen zugestimmt hat. Redner bekämpft sodann die anderweit vorgeschlagenen Reichs-Erbschaft und Reichs-Einkommensteuer, ebenso wie auch die Luxussteuern. Nach alledem müsse man immer wieder auf die beiden Steuerobjekte zurückkommen: Tabak und Bier. Den Genuß von Tabak könne man sich versagen, sogar zum Vorteil der Gesundheit. Und auch Bier sei ein Luxusartikel, wenigstens soweit der Genuß über den verständigen Durst hinausgeht. Beim Bier kämen aber staatsrechtliche Bedenken in Betracht, denn erhöhe man in Norddeutschland die Biersteuer, so würde Süddeutschland erhöhte Aequivalente dafür zahlen müssen, und das hätte dieselbe Wirkung, als wenn Süddeutschland erhöhte Matrikularbeiträge zahlen muß. So bleibe also nur der Tabak. Wenn man von den intransigenten Gegnern der Tabaksteuer absehe, so gebe es doch auch gutwillige. Diese zögen Zollerhöhungen auf Tabak vor, parallel mit einer geringeren Steuererhöhung. Der Gedanke sei schön, aber nicht durchführbar, denn er würde den Tabaksbau zum Erliegen bringen. Man könne den Tabakszoll nicht nach dem Werte bemessen. Redner bezeichnet ferner als undurchführbar, gleichwie in England den heimischen Tabaksbau einfach zu verbieten und hohe Tabakszölle einzuführen. Daher gebe es also nur: entweder Monopol oder Fabrikatsteuer. Will man das Monopol nicht, dann bliebe, um höhere Erträge aus dem Tabak zu erzielen, nur die Fabrikatsteuer. Es führe kein anderer Weg nach Küßnacht. Was den Konsum anlange, so scheine festzustehen, daß die Zollerhöhung von 1879 auf denselben nicht eingewirkt habe. Ganz haltlos sei daher die Versicherung des Fabrikantenvereins, daß der Deutsche nicht mehr pro Kopf für seinen Tabakgenuß auszugeben vermöge, als bisher. Man erinnere sich da an das Bier. Da sei doch der Verbrauch pro Kopf seit 1879/80 um 7½ ℳ pro Jahr gestiegen. Das Gerede von voraussichtlichen Arbeiterentlassungen sei also nichts als die unverantwortlichste, frivolste Hetze gegen die Vorlage der verbündeten Regierungen. Wolle man keine Fabrikatsteuer, so bleibe nur das Monopol übrig, und hierfür sei im Reichstag keine Mehrheit zu finden. Man müsse also notgedrungen mit der Tabaksfabrikatsteuer rechnen. Es handle sich bei letzterer darum, ob man eine Einheitssteuer oder eine prozentuale Wertsteuer einführen wolle. Die Einheitssteuer habe dieselben Fehler, wie die jetzige Gewichtssteuer; die Wertsteuer sei die naturgemäße, namentlich für die billige Zigarre, die ja 8/9 des Konsums ausmache. Man sage, der Tabak könne keine Steuererhöhungen vertragen, es fehle aber an jeder Berechnung darüber, wie viel das deutsche Volk für seinen Tabak ausgeben könne. Der ganze Kampf gegen die Vorlage sei nur der Kampf der Fünfpfennig-Zigarre gegen die verbündeten Regierungen. Der Weg, der hier betreten werden solle, sei ein sehr einfacher und leicht gangbarer. Wer auf dem Standpunkt stehe, daß das Deutsche Reich überhaupt keiner neuen Einnahme mehr bedürfe, für den sei auch diese Frage erledigt; wer aber dafür halte, daß für bewilligte Ausgaben die Einnahmen bewilligt werden müssen, müsse diese Vorlage prüfen. Durch Verweigerung aller Mittel werde dem Vaterlande der größte Schaden zugefügt.

Abg. Müller-Fulda (Z.): Das Zentrum billige die Erhöhung des Zolles, aber anfechtbar sei die Art der Besteuerung und ferner sei zu besorgen, daß viele Tabak- und Zigarrenarbeiter brotlos werden würden. Abg. Clemm (nl.): die Agitation der Fabrikanten gegen das Gesetz sei unberechtigt, insbesondere die Behauptung, daß zahlreiche Arbeiter entlassen werden müßten, denn die Industrie solle die 34 Millionen, welche der Gesetzentwurf fordert, nicht ersparen, sondern der Konsument solle sie bezahlen. Abg. Frese (frs. Vg.): Die Folge erhöhten Zolles werde eine Ueberpro-

duktion sein und die Lage der Tabaksbauer werde verschlechtert werden. Die Frage der Arbeiterentlassung habe der Vorredner zu leicht behandelt. Abg. Förster-Reuß (Soz.): Die Steuer wolle die Fünfpfennig-Zigarre treffen, den Hauptverbrauchsartikel des Volks. Die Konsumtion werde sich bei wachsender Steuer verringern und die Abnahme der Fabrikanten schließlich zum Monopol führen. Abg. Zimmermann (Antis.) ist gegen den Gesetzentwurf, weil er wie alle indirekten Steuern die schwächeren Schultern treffen werde. Größere Einnahmen würde die Regierung vom Antrag Kanitz und einer Reichseinkommensteuer haben.

21. Februar. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Etat. Köller über Theater, Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts und die offiziöse Presse.

Auf eine Bemerkung des Abg. v. Heeremann (Z.) über unsittliche Bühnenstücke erklärt Minister des Innern v. Köller: Die Theater seien in den letzten Jahren aus Bildungsstätten zu Erwerbsquellen geworden und fügten der öffentlichen Moral großen Schaden zu. Unsittliche Aufführungen zu verhindern sei der Polizei aber nicht immer möglich, da das Oberverwaltungsgericht ihre Entscheidungen gelegentlich wieder aufhöbe. „So haben die Polizeibehörden in richtiger Erkenntnis, daß das Stück „Die Weber“ nicht auf die Bühne gehört, dasselbe verboten. Dann wurde Beschwerde gegen das Verbot erhoben, die Sache ist an das Oberverwaltungsgericht gegangen und dasselbe hat in zwei Fällen die polizeiliche Verfügung aufgehoben. Das Oberverwaltungsgericht kann ja niemals generell entscheiden, sondern die Entscheidung betrifft immer nur einen einzelnen Fall. Ich hoffe, daß die Polizeibehörden im Lande immer wieder von neuem mit diesem Verbote kommen, und es wird dann nicht ausbleiben, daß auch das Oberverwaltungsgericht seinerseits anders urteilt. Hier möchte ich aber öffentlich derjenigen Polizeibehörde im Lande, die vor zehn Tagen „die Weber“ von neuem untersagt hat, meinen Dank aussprechen“.

Abg. Rickert (frs. Vg.) greift den Minister scharf an, weil er mit diesem Vorgehen das Ansehen der Gerichte untergrabe. Dem Minister stimmen zu die Abgg. Graf Limburg (kons.) und v. Heeremann (Z.), während Abg. Hobrecht (nl.) Bedenken gegen die Kritik des Ministers an den gerichtlichen Beschlüssen erhebt. Minister v. Köller entgegnet, er habe keine Kritik üben, sondern seinen Polizeibehörden nur eine Direktive geben wollen.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Arendt (fk.), ob die Regierung allein die „Berliner Korrespondenz“ als offiziöses Organ benütze oder auch mit der „Nordd. Allg. Ztg.“ und den „Berl. Polit. Nachr.“ Beziehungen unterhalte, antwortet Minister v. Köller, durch die „Berl. Korresp.“ wolle die Regierung der Presse sichere Nachrichten zugehen lassen, aber das schließe nicht aus, daß sie gelegentlich einmal auch einem anderen Blatte Nachrichten zugehen lasse.

22. Februar. (Reichstag.) Tabaksteuer.

Abg. Bassermann (nl.): Die Vorlage werde die leistungsunfähigsten Klassen treffen und durch Verteuerung des Fabrikats einen Verbrauchsrückgang hervorbringen. Eine Mehreinnahme aus dem Tabak könne nur durch Erhöhung des Zolles auf ausländischen Tabak erzielt werden. Staatsminister von Sachsen-Meiningen v. Heim plaidiert für die Vorlage im Interesse der Kleinstaaten, damit diese von der Erhöhung der Matrikularbeiträge befreit würden; eine Erhöhung der Einkommensteuer sei ihnen unmöglich. Abg. Pöhlmann (Hosp. der Kons.) spricht für die Vorlage, wenn er

auch Bedenken gegen die Kontrollmaßregeln hat und ein Rückgehen des Konsums und damit eine Schädigung der kleinen Fabrikanten befürchtet. Auch Fabrikanten hätten geäußert, daß der Tabak die 30 Millionen tragen könne. Abg. v. Hammerstein (Dkons.) will anstatt der Tabaksteuer lieber eine Biersteuer einführen. Abg. v. Elm (Soz.): Die Vorlage strebe zum Monopol und schädige die ohnehin gedrückte Lage der Tabakarbeiter noch mehr, von denen mindestens 35000 entlassen werden müßten.

Der Gesetzentwurf wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, freisinnigen Volkspartei und Antisemiten an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Statistisches über Tabaksbau und Tabakshandel.

Während der zehn Jahre 1884 bis 1893 sind durchschnittlich jedes Jahr 18593 Hektar in Deutschland mit Tabak bebaut worden, und von diesem Durchschnitt kommen 34 Prozent auf die Pfalz, 22 Prozent auf das badische Oberland, 16 Prozent auf die Uckermark und Obermündung, 10 Prozent auf Elsaß-Lothringen und 3 Prozent auf die Gegend von Fürth und Nürnberg. Geerntet wurden im Jahre 1893 32082 To. (zu 1000 Kilogr.) oder 2,11 To. auf 1 Hektar gegen 1,99 To. im Durchschnitt der Jahre 1884/95; trotz der großen Trockenheit während des Frühjahrs und der ersten Sommerhälfte hat sich der Menge nach 1893 im Allgemeinen eine gute Mittelernte ergeben, während die Beschaffenheit des geernteten Tabaks fast überall vollständig befriedigte. Dieser ist daher bei reger Nachfrage von den Pflanzern in der Regel leicht und zu annehmbaren Preisen abgesetzt worden. Der mittlere Preis für 100 Kilogr. der 1893 geernteten trockenen Tabaksblätter ist einschließlich der Steuer zu 82,3 ℳ festgestellt gegen 77 ℳ für den 10jährigen Durchschnitt. Nach Abzug der Steuer ergibt sich danach für die Tabaksernte des Jahres 1893 ein Geldertrag von nahezu 15 Millionen oder von 985 ℳ auf 1 Hektar der mit Tabak bepflanzten Fläche gegen 823 ℳ im 10jährigen Durchschnitt. Die Einfuhr von unbearbeiteten Tabaksblättern ist in den letzten 10 Jahren fast ununterbrochen gestiegen und betrug 1893/94 47688 Tonnen. An Zigarren und Zigaretten sind in diesem Jahre aus dem Auslande eingeführt worden 482 To., dagegen nach dem Auslande ausgeführt 362 To. Für die Gesamteinfuhr von Tabak und Tabaksfabrikaten im Jahre 1893/94 ist ein Wert von 89,8 Mill. Mark, für die Ausfuhr von 4,3 Mill. Mark berechnet worden; von den neun Vorjahren weist keines einen so niedrigen Wert der Ausfuhr, und nur eines (1890/91) einen höheren Wert der Einfuhr auf. Als Ertrag der Abgaben von Tabak ergeben sich für das deutsche Zollgebiet im ganzen 56 Mill. Mark oder 1,09 ℳ auf den Kopf der Bevölkerung.

22. Februar. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Kultusetat. Paritätsdebatte (vgl. 28, 55 u. 1894). Statistik über den Besuch der höheren Schulen.

Abg. Dauzenberg (Z.) klagt über mangelhafte Parität. In überwiegend katholischen Gegenden müßten überwiegend katholische Beamte angestellt werden. Der Friede zwischen den Konfessionen sei noch nicht erreicht; was die Katholiken erlangt hätten, sei nach den Worten des Papstes nur ein aditus ad pacem, nicht der Friede selbst. Kultusminister Dr. Bosse: Der konfessionelle Friede werde durch Anführung so vieler kleiner Beschwerden nicht gefördert. Die Zahl der katholischen Räte zu vermehren sei kein Anlaß; in den höchsten Beamtenstellen säßen seit dem letzten Jahre mehrere Katholiken und auch in den Provinzialbehörden werde das Ver-

hältnis der Konfessionen berücksichtigt. „Wir haben aber nicht immer die nötigen Männer katholischen Glaubens. Ich habe hier vor mir eine Statistik, von der ich eigentlich glaubte, daß ich sie erst bei den höheren Schulen zur Sprache bringen wollte, aber sie paßt auch jetzt ganz gut hierhin. Sie beweist, daß die deutschen höheren Lehranstalten vom katholischen Teil der Bevölkerung relativ weniger besucht werden als vom evangelischen, und diese Erfahrung zeigt sich nicht nur in dem überwiegend protestantischen Preußen, sondern auch in dem überwiegend katholischen Bayern und Elsaß-Lothringen. In Preußen kam im Jahre 1890 ein evangelischer Schüler auf 198 evangelische Einwohner, ein katholischer Schüler auf 366 katholische Einwohner. In Bayern sind die betreffenden Zahlen 150 und 236, in Elsaß-Lothringen 103 und 355. Die Ursachen sind ebenso schwer zu ergründen als kompliziert. Die Statistik für die Juden stellt sich dagegen für Preußen 1 : 30, für Bayern 1 : 27, für Elsaß-Lothringen 1 : 49. Dasselbe ergibt sich aus den Universitätsstatistiken, und alle diese Differenzen zeigten den Rückstand der katholischen Konfession bis zum Universitätsstudium hinauf; sie zeigen, daß das Streben nach wissenschaftlicher Ausbildung aus irgend welchen Gründen bei den Katholiken weniger entwickelt ist als bei den Protestanten. Auf dem Kölner Katholikentag haben auch in der That zwei Redner eine Mahnung in diesem Sinne ergehen lassen." (Vgl. Jhrg. 1894 S. 137.)

22. Februar. **Urteile des Deutschen Handelstages über Reichstagsbeschlüsse.**

Der Deutsche Handelstag spricht sich im Hinblick auf den Antrag Mirbach (vgl. S. 44) gegen jede Aenderung in der Währung aus; den Gesetzentwurf zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes erklärt er für eine brauchbare Grundlage, hält aber eine eingehende Ueberarbeitung für notwendig. Ferner verwirft er die Kündigung des Handelsvertrages mit Argentinien und die Erhöhung des Zolles auf Quebrachoholz und andere überseeische Gerbstoffe (vgl. S. 27).

22. Februar. (Württemberg.) **Der Landtag wählt Payer (Volksp.) zum Präsidenten, Dr. Kinne (Z.) zum Vizepräsidenten.**

23. Februar. (Berlin.) **Auf einem Diner des Brandenburgischen Provinziallandtags erwidert der Kaiser auf eine Ansprache des Oberpräsidenten Dr. v. Achenbach:**

„Die eben vernommenen Worte Ihres verehrten Herrn Ober-Präsidenten haben aufs neue die Gesinnungen der Treue und Anhänglichkeit Meiner Märker zum Ausdruck gebracht. Von ganzem Herzen danke Ich Ihnen dafür. Solche Gesinnungen sind in so schweren Zeiten doppelt wert und sind für Mich in Meinem dornenvollen Amt eine Erquickung und Unterstützung. Denn sie bedeuten das Vertrauen, welches Sie in Ihren Markgrafen setzen, und das Vertrauen bedeutet hinwiederum die Lust zur Mitarbeit und zur Unterstützung; und das ist es, was Mir Meine Aufgabe am meisten zu erleichtern im stande ist, wenn Mein ganzes Volk sich entschließt, auch mit der That seinem Landesvater fördernd zur Seite zu stehen. Die Fragen, welche im Augenblick die Gemüter bewegen, betreffen vorwiegend den Bauernstand. Wie dieselben angefaßt werden sollen, ist Ihnen zur Genüge aus Meinen letzten Auslassungen bekannt. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß es Mir gelingen wird, dauernd Nützliches für Sie zu schaffen, und mit ganzer Kraft will Ich dafür eintreten. Ich möchte aber

dringend davor warnen, überspannte Hoffnungen zu hegen oder gar die Verwirklichung von Utopien zu verlangen. Kein Stand kann beanspruchen, auf Kosten der anderen besonders bevorzugt zu werden; des Landesherrn Aufgabe ist es, die Interessen aller Stände gegen einander abzuwägen und mit einander zu vermitteln, damit das allgemeine Interesse des großen Vaterlandes dabei gewahrt bleibe. Auf dem heutigen Tage ruht noch ein Schimmer des Tages von Friesack. Möge uns der Blick auf jenen ernsten, schlichten, erzgerüsteten Mann daran erinnern, daß nur im Zusammenwirken von Fürst und Volk der Erfolg verbürgt ist. Im Begriff, in die Feier der 25jährigen Wiederkehr der Neuerrichtung des geeinten Vaterlandes einzutreten, mögen wir dessen eingedenk sein, wie nur die gemeinsame Arbeit aller deutschen Stämme und ihrer Fürsten das Reich gebaut. Unvergänglich ist dabei der Ruhm der Brandenburger, vor allem an jenem glorreichen 16. August. In Erinnerung hieran und mit dem alten Rufe, mit dem die reisigen Scharen Berlins einst den Hohenzollern zu manchem Strauß gefolgt sind:

„Berlin alleweil vorne voran"

erhebe ich mein Glas und leere es auf das Wohl der Mark und Meiner Brandenburger".

23. Februar. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) **Kultusetat. Paritätsdebatte. Ordensniederlassungen.**

Abg. Dasbach (Z.) verlangt größeres Entgegenkommen gegen die katholischen Ordensschwestern und Berücksichtigung der polnischen Sprache im Religionsunterricht. Abg. Schröder (Pole): Nicht der Kreisschulinspektor, sondern die Familie müsse entscheiden, welche Kinder am polnischen Unterricht teilnehmen sollten. In den westpreußischen Schulen herrsche Imparität. Kultusminister Dr. Bosse: Die Klagen über Imparität in Westpreußen seien unbegründet, 1892—95 seien dort mit Staatshilfe 48 evangelische und 54 katholische Schulen gegründet. Den Ordensniederlassungen komme die Regierung entgegen, so waren 1882 in Preußen 890 Ordensniederlassungen mit 7248 Mitgliedern vorhanden, Ende 1893 dagegen 1215 Niederlassungen mit 14 044 Mitgliedern. Abg. Hauptmann (Z.) erklärt die geringe Anzahl von Katholiken in den oberen Stellen daraus, daß alle maßgebenden Stellen mit Mitgliedern der geheimen nationalen und internationalen Gesellschaften besetzt seien, die ihren Einfluß mißbrauchten.

23. Februar. (Ostpreußen.) **Reichstagsersatzwahl.**

Im Wahlkreise Lyck-Johannisburg-Oletzko werden abgegeben 17 695 Stimmen. Hiervon erhält Oberpräsident Graf von Stolberg in Königsberg (kons.) 12 259 Stimmen, Bauernhofbesitzer Dau in Hohenstein (freis.) 3889, Gutsbesitzer Ebhard in Kommorowen (Soz.) 1436, Gutsbesitzer von Borcke in Tolsdorf (Bund der Landwirte) 107, zersplittert 4 Stimmen.

Graf v. Stolberg hatte sich vor der Wahl für den Antrag Kanitz erklärt.

25./26. Februar. (Reichstag.) **Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. anderweite Ordnung des Finanzwesens.**

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Grund, warum dieser Gesetzentwurf zum zweiten Mal vorgelegt werde, liege in den großen Schwankungen zwischen den Ueberweisungen und den Matrikularbeiträgen der Einzelstaaten. Die Vorlage mache noch geringere finanzielle Ansprüche als die vorige, man habe sie deshalb in der Presse die kleine Finanzreform

genannt. Die kleineren Staaten fühlten die Schwankungen zwischen Ueberweisungen und Matrikularumlagen noch schwerer als Preußen; sie müßten oft alle Kulturaufgaben zurückstellen, um dem Reich zu genügen. Die Ueberweisungen seien früher ganz stattlich gewesen, mit der Zeit sei man aber zu Zuzahlungen gekommen. Der Gesetzentwurf wolle die Einzelstaaten davor sichern, daß sie mehr Matrikularumlagen zahlten, als sie an Ueberweisungen erhielten. Man hätte die Vorlage einen Automaten genannt; der automatische Weg sei aber der einzige, um das gesteckte Ziel sicher zu erreichen. Die Franckensteinische Klausel müsse aufrecht erhalten bleiben. Ihr Zweck sei, die Bundesstaaten für die ihnen entgangenen indirekten Steuern schadlos zu halten. Bei dem jetzigen Gesetze würde man auch dasselbe erreichen, wie durch Aufhebung der clausula Franckenstein. Man frage nun vielfach: „Würde es nicht völlig genügen, die wirtschaftlichen Ueberschüsse des Reiches in den Ausgleichungsfonds zu legen?“ Das müsse er aber verneinen. Die Ueberschüsse seien doch außerordentlich unsicher, da sie zum größten Teil aus den Getreidezöllen kämen, und diese sehr schwankend. Der Staatssekretär schildert die Schwierigkeiten der Reichs-Finanzverwaltung, namentlich bei der Aufstellung des Etats. Vor allem sei es Aufgabe des Schatzsekretärs, das Reich vor weitergehender Verschuldung zu schützen; der Reichstag habe das Bestreben, neue Steuern zu vermeiden und lieber das Extraordinarium zu belasten. Wolle man die Reichs-Finanzverwaltung stärken, so könne man es nur auf organisatorischem Wege, und das werde durch die Vorlage erreicht. Die Deckung solle auch durch die Erträgnisse der Tabaksteuer erfolgen. Daß die Einnahmen des Reichs erhöht werden müssen, sehe man allgemein ein, obwohl einige Parteien sagten, sie hätten nicht für die Militärvorlage gestimmt und brauchten daher auch nicht für neue Mittel zu sorgen. Die große Vermehrung der Schuldenlast sei nur die Folge einer nicht genügenden Anspannung der Steuerkraft. Die Börsensteuer habe man ja, aber weiter nichts. Die Erhöhung des Postzeitungstarifs, die Wehrsteuer, seien nicht acceptabel, es bliebe nur die Tabaksfabrikatsteuer. Gegen das Monopol verwahre er sich entschieden. Ohne neue Einnahme könne der Reichsetat schon jetzt nicht balanciert werden.

Abg. Richter (frs. Vp.) ist gegen das Gesetz, das am besten gar nicht weiter beraten werde; eventuell solle es der Tabaksteuerkommission zugewiesen werden. Für die Vorlage treten ein der bayer. Bundesratsbevollmächtigte v. Stengel, der meiningsche v. Heim und der weimarische Heerwart, die in Anbetracht der übeln Finanzlage der Einzelstaaten dringend die Annahme empfehlen. Abg. Dr. Lieber (Z.): die jetzige Vorlage kehre wieder ohne die Dotation von 40 Mill. Mark und verlange nur, daß die Matrikularbeiträge niemals höher werden als die Ueberweisungen, dadurch werde sie annehmbar. Aber nur auf 5 Jahr diesen Modus einzuführen, könne das Zentrum nicht billigen. Die geschichtliche Erinnerung an die wertvolle Franckensteinsche Klausel dürfe nicht verblassen. Am folgenden Tage wird die Vorlage, nachdem sich noch Abg Enneccerus (nl.) dafür ausgesprochen hat, an die Tabaksteuerkommission verwiesen. (Vgl. v. Mayr, Die Reichsfinanzreform. Vierteljahrsschr. f. Staats- u. Volkswirtsch. Bd. 4.)

25. Februar. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Kultusetat. Stellung der Hülfslehrer.

Abg. Seyffardt (nl.): im vorigen Jahre habe ein Kommissar des Finanzministers behauptet, daß an den höheren Schulen der Norm nach höchstens zwei Hilfslehrer beschäftigt seien. Dem sei aber nicht so; es gebe augenblicklich 47 höhere Schulen, davon sechs königliche, an denen diese

Norm überschritten sei. Geh. Finanzrat Germar bestreitet, daß die Norm von zwei Hilfslehrern an den höheren Schulen überschritten worden sei, wenn auch an einzelnen Schulen mehr Hilfskräfte vorhanden sein mögen. Im Großen und Ganzen könne man sagen, daß die Verhältnisse gegen früher sich erheblich gebessert haben, denn es gebe nur wenige Hilfslehrer, welche keine Remuneration erhalten. Die Staatsregierung sei durchaus in Uebereinstimmung mit den Wünschen des Hauses in dieser Sache verfahren. Geh. Rat Wehrenpfennig führt statistisches Material über die Lage der Lehrer an: Es sind augenblicklich 1565 Hilfslehrer im ganzen vorhanden; 277 an staatlichen und 428 an nichtstaatlichen Lehranstalten sind mit einer Remuneriation von 15—1800 M. beschäftigt, 205 mit weniger; 193 sind gegen Remuneration an Mittelschulen und ähnlichen nichtöffentlichen Schulen beschäftigt; 147 sind nicht beschäftigt, weil sie ihren Wohnort nicht verlassen wollten und in der finanziellen Lage waren, noch warten zu können. Es bleiben nur 4 –500 Hilfslehrer übrig, welche anderweitig untergebracht sind, zum Teil als Hauslehrer im Auslande u. s. w. 50—60 sind in den einzelnen Provinzen ohne Beschäftigung. Die große Mehrzahl der Hilfslehrer ist also untergebracht und in 4 Jahren ungefähr wird von einem Notstande nicht mehr die Rede sein, von der Rheinprovinz z. B. kann man das jetzt schon sagen.

In der weiteren Debatte verlangen die Abgg. Wetekamp (frs. Vg.) und Dittrich (Z.) Gleichstellung der Lehrer mit den Richtern, Abg. Gr. Moltke (fr.kons.) wünscht eine schnellere Anstellung, Abg. Sattler (nl.) möchte die Hilfslehrer am liebsten beseitigen, was Geh. Rat Germar für unmöglich erklärt.

(Vgl. zu dieser Frage „Preuß. Jahrbücher“ Bd. 80. S. 168, 378, 553).

25. Februar. (Königsberg.) Der ostpreußische Provinziallandtag beschließt mit 44 gegen 23 Stimmen die Errichtung einer Landwirtschaftskammer.

26.—27. Februar. Der Kaiser reist nach Wien zum Begräbnis des Erzherzogs Albrecht.

27. Februar. (Reichstag.) Anträge Auer, Colbus, Hitze. Judenfrage.

Die Anträge Auer, Colbus und Genossen über die Aufhebung des Diktaturparagraphen (vgl. S. 32) werden bei außerordentlich schwach besetztem Hause angenommen. Hierauf wird der Antrag Hitze (vgl. S. 48) nach einigen Bemerkungen der Abgg. Molkenbuhr (Soz.) und Schall (kons.) angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages der Abgg. v. Hammerstein und v. Manteuffel auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, nach welchem Israeliten, die nicht Reichsangehörige sind, die Einwanderung über die Grenzen des Reiches untersagt wird, in Verbindung mit der ersten Beratung des von den Abgg. Liebermann von Sonnenberg, Zimmermann und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs, der außerdem der Regierung die Befugnis erteilt, ausländische Juden, die nicht ein selbständiges Gewerbe betreiben, auszuweisen. Abg. Jacobskötter (kons.): Deutschland bedürfe keiner Einwanderung. Wir wollen die Einwanderung fremder Juden hindern, weil wir mit den im Lande bereits befindlichen die Erfahrung gemacht haben, daß sie auf das gesamte öffentliche Leben nicht günstig eingewirkt,

besonders das Erwerbsleben auf das allerungünstigste beeinflußt haben. Abg. Bindewald (Antis.): Die Juden beuteten begünstigt durch das römische Recht die Bauern überall aus. Abg. Vogtherr (Soz.): Man dürfe nicht alle Juden wegen Vergehen Einzelner verurteilen. Es handle sich hier nicht um Rassefragen, sondern um Wirtschaftsprobleme, jüdisches und christliches Großkapital seien identisch und verwerflich. Abg. Paasche (nl.) ist gegen jedes Ausnahmegesetz, also auch gegen diese Anträge.

27. Februar. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Interpellation über die Beschaffung künstlichen Düngers.

Abg. Paasche (nl.), v. Huene (Z.) und Genossen bringen folgende Interpellation ein: „Gedenkt die Staatsregierung baldigst Schritte zu thun, um bei der jetzigen Notlage der Landwirtschaft die Verwendung künstlicher Düngemittel zu erleichtern a) durch weitere Ermäßigung der Eisenbahnfrachtsätze für alle Arten künstlicher Dünger auch für kürzere Entfernungen, b) durch möglichste Herabsetzung der Grundpreise für die von den fiskalischen Werken gelieferten Kali-Rohsalze?“ Minister der öffentlichen Arbeiten Thielen: Bezüglich der Ermäßigung der Frachten für die Düngemittel kann ich erklären, daß die Staatsregierung in Rücksicht auf die zur Zeit bedrängte Lage der Landwirtschaft bereit ist, eine von ihr vor der Einbringung der Interpellation erwogene Maßregel sofort zur Ausführung zu bringen (Beifall rechts), und vom 1. März d. J. bis zum 1. Mai 1897 die Fracht für sämtliche in den Staatsbahntarifen enthaltene Düngemittel auf alle Entfernungen um 20 Prozent zu ermäßigen (Lebhafter Beifall rechts); wobei sie sich vorbehalten muß, bezüglich derjenigen Dungstoffe, welche auch zu anderen Zwecken verwendet werden, den Nachweis der Verwendung für Landwirtschaftszwecke zu verlangen. Handelsminister v. Berlepsch: Die Vorlage über die Erwerbung aller Kalibergwerke und alleinige Erbohrung des Kalisalzes durch den Staat (Jahrg. 1894 S. 110, 327) sei wesentlich aus dem Grunde eingebracht worden, um der Landwirtschaft ausreichende Kalimengen zu sichern. Ob der Kalipreis ermäßigt werden könne, hänge von dem Selbstkostenpreis ab. Wenn die Staatsregierung allein in der Lage wäre, die Preise herabzusetzen, würde sie es gerne thun, allein die Preise hingen von den Beschlüssen des Kali-Syndikats ab, dessen Vertrag erst im Jahre 1898 ablaufe. Er würde illoyal handeln, wenn er die Privatwerke zu einer Herabsetzung zwingen wollte. Es bleibe noch die Auflösung des Vertrages möglich, die aber aus praktischen Gründen unthunlich sei. An gutem Willen fehle es der Regierung nicht, und sie wolle auch den Versuch machen, in irgend einer Weise den Wünschen der Landwirtschaft entgegenzukommen. Eine Besprechung finde nicht statt.

Februar. Enthüllungen über Bismarcks politische Stellung vor 1862.

In einem ungefähr 1861 geschriebenen Schriftstück des vorigen Königs von Belgien, das in dem 4. Bande der Denkwürdigkeiten Th. von Bernhardis (Berlin, Herz) abgedruckt ist, wird behauptet, daß Herr von Bismarck seiner Zeit vorgeschlagen hätte, durch Abtretung deutschen Landes an Frankreich eine Vergrößerung Preußens in Deutschland herbeizuführen. Die „Hamb. Nachr.“ dementieren diese Behauptung und weisen darauf hin, daß der König v. Belgien, der in einem preußisch-österreichischen Bündnisse seine beste Stütze gegen Frankreich sah, Bismarcks Opposition gegen Oesterreich während seiner Frankfurter Zeit mit Unruhe sah und Friedrich Wilhelm IV. zur Desavouierung der Bismarckischen Politik zu bewegen

suchte. Aus dieser politischen Differenz erkläre sich der unbegründete Argwohn des belgischen Königs gegen Bismarck.

Ende Februar. (Reichstag.) Kommission für die Umsturzvorlage. Anträge auf Schutz der Religion, der Ehe, des Eides.

Abg. Rintelen (Z.) beantragt: „Mit Geldstrafe bis zu 600 ℳ oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren wird bestraft, wer öffentlich oder vor Mehreren, oder durch Druck, Schrift oder Bild das Dasein Gottes oder die Unsterblichkeit der menschlichen Seele oder den religiösen und sittlichen Charakter der Ehe oder der Familie angreift oder leugnet." Der Antrag wird jedoch vor der Debatte durch den folgenden ersetzt: „Mit Geldstrafe bis zu 600 ℳ oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren wird bestraft, wer öffentlich oder vor Mehreren, oder durch Druck, Schrift oder Bild den Glauben an Gott oder an die Unsterblichkeit der menschlichen Seele oder den religiösen und sittlichen Charakter der Ehe oder der Familie angreift." Der Antragsteller führt zur Begründung aus, die Grundlage unseres gesamten Kulturlebens sei der Glaube an Gott und an die Unsterblichkeit der Seele, in diesen Punkten bestehe keine Verschiedenheit unter den einzelnen Religionen. Ferner sei der Gedanke der Vorlage, daß die Angriffe auf Religion, Monarchie, Ehe und Familie nur dann strafbar sein sollten, wenn sie in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise und durch beschimpfende Aeußerungen erfolgten, nicht für richtig zu halten, man müsse, wenn man das religiöse Bewußtsein überhaupt durch Strafgesetze schützen wolle, auch diejenigen Geistesprodukte treffen, welche in Gestalt von Gedichten, Romanen, Novellen, philosophischen Reden, Universitätsvorträgen u. s. w. in feiner, dezenter Form unsere Volksseele vergiften, in den Herzen der Jugend Zweifel und Unglauben erwecken und dadurch die Grundlagen unseres ganzen Kulturlebens untergraben. Wenn man das Uebel nicht an der Wurzel anfassen und nicht auch die in ihren Konsequenzen besonders gefährlichen Excesse einer gewissen wissenschaftlichen Richtung treffen wolle, so würde das ganze Gesetz wenig Wert haben.

Abg. Graf Roon (DK.) beantragt: „Wer öffentlich in beschimpfenden Aeußerungen den Glauben an Gott oder das Christentum angreift oder Gott lästert, oder wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andere mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebiets bestehende Religionsgesellschaft oder ihre Einrichtungen oder Gebräuche oder die Heiligkeit des Eides beschimpft, ingleichen wer in einer Kirche oder in einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte beschimpfenden Unfug verübt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft." Staatssekretär Nieberding lehnt beide Anträge ab, da sie die Verständigung zu erschweren geeignet seien. Der Antrag Rintelen insbesondere sei wegen seiner Beschränkung der freien Kritik unannehmbar. Die Vertreter der Nationalliberalen, Antisemiten, Freisinnigen und Sozialdemokraten erklären sich ebenfalls gegen die Anträge, die wie mehrere andere Abänderungsanträge in der ersten Lesung abgelehnt werden. (Beschluß der zweiten Lesung siehe 25. April.)

1. März. (Landwirtschaftliches.) Die preußischen Eisenbahnen führen einen Notstandstarif für künstlichen Dünger ein (vgl. S. 58).

1./2. März. (Reichstag.) Marineetat. Verstärkung der Flotte (vgl. S. 2, 38). Verhältnis der Kriegs- und Handelsflotte.

Es werden gefordert: zum Bau des Panzerschiffes T, 4. Rate,

1 470 000 *M*; zum Bau des Panzerschiffes „Odin" (V), 4. Rate, 1 470 000 *M*; zum Bau des Panzerschiffes „Ersatz Preußen", 2. Rate, 2 500 000 *M* und zur Herstellung von Torpedobooten, 2. Rate, 1 776 000 *M*; ferner werden verlangt folgende erste Raten: Zum Bau von 4 Kreuzern: „Ersatz Leipzig" 1 000 000 *M*, für K, L und „Ersatz Freya" 2 000 000 *M*. Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Meine Herren, die Beratungen Ihrer Kommission und der Gang der gestrigen Verhandlungen geben mir die Hoffnung, daß die Beratungen auch im Plenum zu einem befriedigenden Ergebnis gelangen werden. In der That wird es allgemein anerkannt, daß die Ausdehnung unseres überseeischen Handels eines verstärkten Schutzes bedarf. Bei diesem Handel sind auch die Nebengewerbe der Landwirtschaft in erheblichem Maße beteiligt. Dieser Schutz kann nur durch eine Kriegsflotte geleistet werden. Dazu gehört allerdings, daß das deutsche Volk bereit ist, die nötigen Opfer zu bringen. Ich kann mir nicht denken, daß das Interesse für die Flotte vollständig verschwunden sein sollte. War doch schon im Jahre 1848 der Ruf nach einer deutschen Flotte das Losungswort der Patrioten. Damals sammelten wir mit Begeisterung für die deutsche Flotte, und wenn es auch gewissermaßen ein kindliches Beginnen war, so zeugte es doch von dem Verständnis des deutschen Volkes für die nationalen Aufgaben. Auch war der Schmerz und die Beschämung groß, als dann die deutsche Flotte verkauft wurde. Wenn ich diese fernliegenden Erinnerungen jetzt wachrufe, so darf ich annehmen, daß auch jetzt das Interesse für eine deutsche Flotte nicht ganz verschwunden sein wird. Wollen wir aber eine Flotte, so muß dieselbe so beschaffen sein, daß sie ihrer Aufgabe entsprechen kann. Bei den rapiden Fortschritten, welche die nautische Technik genommen hat, sind wir der steten Gefahr ausgesetzt, mit den übrigen Seemächten nicht gleichen Schritt halten zu können; ich meine das nicht in Bezug auf die Zahl der Schiffe, sondern in Bezug auf den Bau und die Ausrüstung derselben. Wir müssen Schiffe haben, die Respekt — nicht, die Mitleid einflößen. Manches Schiff war noch vor wenig Jahren eine imponierende Erscheinung, während dasselbe jetzt auch auf den Laien den Eindruck hervorbringt, daß der erste scharfe Kanonenschuß es kampfunfähig machen werde. Was vor wenigen Jahren brauchbar war, ist jetzt veraltet und untauglich. Es handelt sich ja nicht um die Schaffung einer großen Flotte, sondern es handelt sich um die Erhaltung dessen, was wir haben, und um den Ersatz des Unentbehrlichen. Die Besorgnisse, die hier und da ausgesprochen werden vor weiteren künftigen maßlosen Anforderungen, sind nicht begründet. Alles, was das Meer und die Schiffe anbetrifft, regt ja das Gemüt des Deutschen lebhaft an. Das mag wohl der Anlaß zu den etwas übertriebenen Gerüchten gewesen sein. Was mich betrifft, so gestehe ich, daß, wenn ich mich ins Studium der Marineangelegenheiten vertiefe, dann leicht Träume vor mir vorüberziehen von großen Flotten, die unter deutscher Flagge den Ozean durchschneiden. Diese Träume zerfließen aber sofort, sobald ich mich des Reichstags und der Steuerzahler erinnere. (Große Heiterkeit.) Dann türmen sich Unmöglichkeiten auf, vor denen mancher lieb gewordene Wunsch zurücktreten muß. Meine Herren, lassen Sie sich also nicht durch die Besorgnisse, die ich eben erwähnt habe, in der ruhigen Erwägung dessen, was nötig ist, beirren. Ich empfehle die außerordentlichen Ausgaben des Etats der Marineverwaltung Ihrer wohlwollenden Beurteilung und hoffe mit Zuversicht, daß Sie denselben Ihre Zustimmung geben werden. (Bravo!) — Es erfolgt die Bewilligung der ferneren Raten für die Panzerfahrzeuge T, V, „Ersatz Preußen" und für die Herstellung von Torpedobooten.

Staatssekretär des Reichs-Marineamts Hollmann hält die For-

derungen sachlich für unerläßlich: „Im Jahre 1875 standen auf Stapel, abgesehen von 6 Panzerschiffen und Fahrzeugen, 6 Kreuzerfregatten, obgleich die Marine damals schon 5 Kreuzerfregatten und 7 Kreuzerkorvetten hatte, welche ohne Ausnahme den damaligen Anforderungen entsprachen. Im Laufe des Jahrzehnts, von 1875—1885, wurden noch einmal im Jahre 1879 4 Kreuzerkorvetten der „Carola"-Klasse auf Stapel gesetzt; und wir erreichten mit Beginn des zweiten Dezenniums, von dem ich hier spreche, im Jahre 1885 den höchsten Stand unserer Kreuzerflotte mit folgenden Schiffen: 21 Kreuzerfregatten und -Korvetten — ich sehe immer ab von den Kreuzern 4. Klasse und den Kanonenböten — mit einem Tonnengehalt von 58500, mit 271 Geschützen und mit einer Bemannung von 6900 Mann. (Hört! hört!) Damit freilich hatte die deutsche Flotte ihren Aufstieg beendet; es es kam jetzt zum Niedergang. In den nächsten Jahren von 1885—1895 haben wir noch vier Kreuzer auf Stapel gehabt. Inzwischen waren aber von diesen Schiffen teils, weil sie obsolet wurden, teils weil sie zu anderen Zwecken verwendet werden mußten, an Zahl 15, und ein Schiff durch Verlust in Abgang gekommen. Also zusammen 16 Schiffe sind in dieser Zeit abgegangen und nur vier dazu gekommen. Es stellt sich nunmehr folgendermaßen das Rechenexempel: wir haben jetzt neun Schiffe mit 33200 Tonnen, 140 Geschützen und 3000 Mann Besatzung. Das bedeutet einen Rückschritt von rund 18000 Tonnen, 130 Geschützen und 3900 Mann Besatzung. Um diese Zahlen ist heute unsere Kreuzerflotte schwächer, wie sie vor zehn Jahren war. Wenn aber damit die Entwertung unserer Kreuzerflotte schon beendet wäre, so könnte man immer noch sagen: wir wollen uns noch einmal so durchhelfen. Das ist aber durchaus nicht der Fall; in demselben Maße wie die Zahl, ist auch die Qualität der Schiffe zurückgegangen. Was damals noch vollwertig war, ist heute obsolet und für unsere Kriegszwecke unbrauchbar geworden. Ich kann Sie versichern, daß wir — ich sage das ohne Uebertreibung — im Jahre 1885 hinsichtlich der Ausstattung mit Kreuzerschiffen allen außereuropäischen Mächten über waren, selbst die Vereinigten Staaten von Nordamerika eingeschlossen. Und wie sieht es heute aus? Heute freuen wir uns, wenn wir an der Seite von Argentinien marschieren können; das ist aber auch der letzte von allen außereuropäischen Staaten; die sämtlichen übrigen sind uns über den Kopf gewachsen." Im Gegensatze zur Kriegsmarine sei die Handelsflotte bedeutend gestiegen: „Es sind gebaut worden in Deutschland 81 Handelsschiffe mit 125892 Tonnen. Dazu kommen noch 41713 Tonnen in England für deutsche Rechnung gebaute Schiffe, macht im ganzen rund 167000 Tonnen, welche im Jahre 1894 für die deutsche Handelsflottte gebaut worden. Nun wollen wir einmal sehen, was für die Marine in der Zeit gebaut worden ist. Da müssen wir uns bescheiden mit 2 Schiffen und 5135 Tonnen, also stehen 5000 gegen 167000 Tonnen. Lassen Sie uns einmal sehen, wie andere Nationen das treiben. Ich will also einmal den östlichen Nachbar, Rußland, nehmen. In Rußland sind gebaut für die Handelsmarine 12 Schiffe mit 137000 Tonnen und für die Kriegsmarine 4 Schiffe mit 34000 Tonnen, und in Frankreich sind gebaut 34 Schiffe mit 48000 Tonnen für die Handelsmarine und 6 Schiffe mit 28690 Tonnen für die Kriegsmarine. Hier scheint mir ein ungefähr richtiges Verhältnis vorzuliegen zwischen Handels- und Kriegsmarine. In Deutschland scheint mir das durchaus nicht der Fall zu sein".

Staatssekretär v. Marschall: Wenn wir den Prozeß der Verschlechterung unseres Flottenmaterials nicht aufhielten, würde Deutschland bald wirtschaftlich und politisch Schaden leiden, namentlich werde der überseeische Handel nicht mehr ausreichend geschützt werden können. Die deutsche

Flagge müsse von Zeit zu Zeit in fremden Ländern gezeigt werden, teils mit Rücksicht auf den Handel, teils auf den Schutz der Deutschen im Auslande. Wenn im Auslande ein Krieg, eine Revolution ausbrächen, genügten aber ungeschützte Kreuzer nicht, da seien die gepanzerten Kreuzer berufen, die deutschen Interessen wirksam zu schützen. Was insbesondere den japanisch-chinesischen Krieg betreffe, so habe Deutschland hier volle Neutralität beobachtet, besitze dort aber so wertvolle Interessen, auch hinsichtlich der katholischen Missionen, daß es alle Vorgänge dort genau beobachten müsse. Deshalb habe man ein Geschwader in den dortigen Meeren vereinigt. Abg. Graf Mirbach (kons.) ist für die Vorlage, erklärt aber, ein kleiner Teil der Konservativen werde aus wirtschaftlichen Bedenken gegen die Forderung stimmen. Abg. Richter (frs. Vp.) gegen die Vorlage. In namentlicher Abstimmung wird darauf die Forderung für „Ersatz Leipzig" mit 145 gegen 77 Stimmen angenommen. Mit Nein stimmen geschlossen die Sozialdemokraten, die freisinnige und die süddeutsche Volkspartei, die Polen, die Antisemiten und die freisinnige Vereinigung mit Ausnahme der Abgg. Rickert und Schröder; das Zentrum, so weit es anwesend ist, die Reichspartei, die Nationalliberalen und die Welfen stimmen mit Ja, von den Konservativen enthalten sich die Abgg. v. Dallwitz, v. Herder, Himberg, v. Langen, v. Maltzan-Moltzow, Mentz, v. Plötz, Sachse und v. Werdeck für diese Lesung der Abstimmung. Die übrigen Titel werden mit großer Mehrheit angenommen. Am folgenden Tage werden ungefähr 3½ Millionen Mark für Torpedoboote, Kohlenlager und Trockendocks abgelehnt.

2./4. März. (Reichstag.) Militäretat. Sozialistischer Antrag.

Die sozialdemokratische Partei beantragt, auf die Umwandlung der jetzigen Heeresorganisation in ein Milizsystem hinzuwirken. Der Antrag, den die Abgg. Bebel und Liebknecht mit Berufung auf das Schweizer Heer begründen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt. (Vgl. Vions, Etwas vom Musterheer der Sozialdemokraten. Preuß. Jahrb. Bd. 73.)

2. März. (Abgeordnetenhaus.) Kultusetat. Kathedersozialisten und Sozialdemokratie (vgl. S. 2).

Abg. v. Eynern (nl.): An allen technischen Hochschulen müßten nationalökonomische Professuren bestehen. Er polemisiert scharf gegen die Kathedersozialisten, die mit der Sozialdemokratie kokettierten und den Studenten sozialistische Gesinnungen einflößten. Es seien in letzter Zeit zu viel junge Kathedersozialisten von rein theoretischer Bildung ohne praktische Erfahrung angestellt worden. Kultusminister Dr. Bosse: Die Regierung begünstige keine einseitige Richtung in der nationalökonomischen Wissenschaft, die Vorwürfe Eynerns seien ungerechtfertigt. Abg. Stöcker (kons.) protestiert gegen die Beschränkung der freien nationalökonomischen Forschung, die Herr v. Eynern beabsichtige, und weist alle Angriffe, insbesondere die des Herrn v. Stumm, auf die Berliner Professoren zurück. Die Wissenschaft müsse die berechtigten Bestrebungen der Sozialdemokraten untersuchen und dürfe nicht vor den Interessen des Geldschranks Halt machen. Abg. v. Kardorff (frkons.) wendet sich gegen Abg. Stöcker und bedauert, daß nicht nur die Professoren, sondern auch die Regierung mit der Sozialdemokratie kokettiere, wie die Einführung der Arbeiterausschüsse, ihre Haltung gegen die Gewerkvereine u. s. w. beweise. Abg. Buck (nl.) verwahrt den Abg. v. Eynern gegen den Vorwurf, die freie Wissenschaft

beschränken zu wollen, die Sozialpolitik vieler Geistlicher sei recht bedenklich. Abg. v. Eynern erklärt, er vertrete nicht den Geldsack, sondern die Interessen des arbeitenden Volkes, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

2. März. (Posen.) Der Provinziallandtag spricht sich mit großer Majorität für Errichtung einer Landwirtschaftskammer aus.

4./8. März. (Berlin.) Tagung des deutschen Landwirtschaftsrates.

Die Versammlung beschäftigt sich vorwiegend mit der Hebung der Getreide- und Zuckerpreise und spricht sich u. a. aus für eine auf den Grundlagen des Antrages Kanitz beruhende und mit den Handelsverträgen zu vereinbarende Maßnahme zur direkten Hebung der Getreidepreise und für die Doppelwährung durch Annahme eines Antrages, der die Reichsregierung auffordert, ihren Einfluß für die Doppelwährung bei der bevorstehenden internationalen Währungskonferenz geltend zu machen.

4./5. März. (Reichstag.) Militäretat. Begnadigungsrecht.

Abg. Bebel (Soz.) bringt mehre Einzelfälle von Soldatenmißhandlungen, Ausschreitungen von Offizieren gegen Zivilisten und Duelle zur Sprache und bemängelt, daß die gerichtliche Strafe für Offiziere häufig im Gnadenwege erlassen oder vermindert würden. Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff geht auf die Einzelfälle ein, bezeichnet die Schilderung Bebels als vielfach tendenziös entstellt und sagt über das Begnadigungsrecht: Ich habe schon im vorigen Jahre darauf hingewiesen, daß Sie gar nicht wissen können, ob Sie es nicht noch einmal dankbar erkennen werden, daß das Recht der Krone, Gnade zu üben, dann noch besteht. Sie haben mir darauf gesagt: wir wollen keine Gnade, wir wollen Recht. Meine Herren, das ist sehr leicht gesagt, wenn man in salvo sitzt. Wer aber standrechtlich zum Tode verurteilt ist und das sagt, mit dem läßt sich reden. So macht es keinen Eindruck.

5. März. (Wilhelmshaven.) Der Kaiser vereidigt die Marinerekruten und hält dabei folgende Rede:

„Ihr seid hierher gekommen, um den Eid der Treue zu leisten. Es war eine alte Sitte unserer Vorfahren und galt als heilige Pflicht, den Eid treu zu erfüllen. So wie Ich als Kaiser und Herrscher Mein ganzes Thun und Trachten für das Vaterland hingebe, so habt Ihr die Verpflichtung, Euer ganzes Leben für Mich hinzugeben; denn Ihr habt den Schwur als Christen geleistet und christlich ist zu Euch durch die beiden Diener Gottes gesprochen worden. Ihr erblickt in der Kriegsflagge den Adler, das vornehmste Thier der Welt. Mutig und verjüngt erhebt er sich hoch in die Luft bis unter die Strahlen der Gottessonne, kennt keine Furcht und Gefahr. So muß auch Euch Euer Sinnen und Trachten sein. Ihr kommt jetzt in eine Zeit, wo im Ernst des Dienstes die Anforderungen, welche an Euch gestellt werden, Euch schwer fallen, wo manche Stunde kommen wird, in der Ihr den Aufgaben nicht gewachsen zu sein glaubt. Dann denkt wieder daran, daß Ihr Christen seid. Denkt an Eure Eltern, als die Mutter Euch das Vaterunser gelehrt hat. Im Auslande seid Ihr berufen, das Vaterland zu vertreten durch Würdigkeit und gutes Betragen. Unsere Marine ist äußerlich zwar klein, aber was uns stärker macht wie andere Marinen, das ist die Disziplin, der unbedingte Gehorsam gegen die Vorgesetzten. So wird unsere Marine gedeihen und groß werden in der Friedensarbeit zum Nutzen und Wohle des Vaterlandes und im Kriege, so

wir zu Gott hoffen wollen, um den Feind zu vernichten. Seid wie die alten Brandenburger!"

5. März. (Stettin.) Der Provinziallandtag spricht sich für die Errichtung einer Landwirtschaftskammer in Pommern aus.

6. März. (Reichstag.) Judenfrage. Vgl. S. 57.

Fortsetzung der Debatte über die Anträge v. Hammerstein und v. Liebermann in Verbindung mit dem Antrag Hasse (nl.) durch ein Gesetz den Verlust der deutschen Reichsangehörigkeit durch Aufenthalt im Auslande, sowie die Naturalisierung Fremder zu erschweren. Es folgt eine lange, zum Teil stürmische Debatte, an der sich namentlich die Abgeordneten Rickert (frs. Vg.), Hermes (frs. Vp.), v. Langen (dk.) und Ahlwardt (Antis.) beteiligen. Staatssekr. v. Bötticher bespricht die Frage, ob die Anträge mit den internationalen Verträgen vereinbart seien und erklärt: Geht also die Absicht der Antragsteller dahin, daß sie über den Erwerb der Reichs- und Staatsangehörigkeit hinaus dem Ausländer von vornherein jeden Gewerbebetrieb untersagen wollen, so würden die abgeschlossenen Verträge dem entgegenstehen; geht die Absicht aber dahin, wie ich es aus der Fassung der Anträge entnommen habe, die ausländischen Juden von dem Erwerb der deutschen Bundes- und Staatsangehörigkeit auszuschließen zu wollen, so würden meiner Meinung nach die abgeschlossenen Verträge dem nicht entgegenstehen. Die Anträge werden mit 167 gegen 51 Stimmen abgelehnt.

7. März. (Ostpreußen.) Wechsel im Oberpräsidium.

Der Oberpräsident Graf zu Stolberg-Wernigerode wird in den Ruhestand versetzt und sein Nachfolger wird Graf Wilhelm Bismarck, bisher Regierungspräsident in Hannover. Die plötzliche Entlassung Stolbergs wird auf sein Eintreten für den Antrag Kanitz zurückgeführt. (Vgl. S. 55.)

8. März. (Westpreußen.) Der Provinziallandtag beschließt die Errichtung einer Landwirtschaftskammer.

9. März. (Württemberg.) Adreßentwurf der Kammer an den König.

Die Kammer nimmt mit 60 gegen 13 Stimmen unter Zustimmung der Regierung einen Adreßentwurf an, der die Revision der Verfassung für nötig erklärt und folgende Wünsche enthält: Ausschluß der Privilegierten aus der zweiten Kammer, ergänzende Listenwahl, bessere Vertretung der größten Städte im Landtage, Wahlkouverts, unbeschränkte Legitimationsprüfung, unbeschränktes Initiativrecht, freie Festsetzung der Geschäftsordnung, Regelung der Rechnungskontrole, Aufhebung der lebenslänglichen Berufung der Ortsvorsteher, Erhaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Volksschulgesetz, Steuerreformen in Staat und Gemeinde, Sparsamkeit, einheitliche Gesetzesbestimmung über die Beiträge des Staates für Schulen und Vizinalstraßen, kommunale Wandergewerbesteuern, Uebersicht bezüglich des Eisenbahnbaues, billigere Personen- und Gütertarife, billigere Posttarife im Bezirksverkehr, Revision der Bauordnung und der Feuerlöschordnung, nachdrückliche Abhilfe gegen die landwirtschaftliche Notlage, direkter Bezug der Proviantämter bei den einheimischen Landwirten, Regelung des Wildschadens, Bestellung von landwirtschaftlichen Sachverständigen, Förderung von Kreditinstituten mit unkündbaren Annuitäten, Förderung der Genossenschaften durch Kapitalien, Altersversicherung, Organisation des Klein-

gewerbes, Einschränkung der Konkurrenz der Gefängnisarbeit, Muster der Arbeiterfürsorge in Staatsbetrieben, Umgestaltung der Gewerbeinspektion, neue Gesindeordnung. (Ueberreichung der Adresse am 11. März.)

11. März. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Der Gesetzentwurf über die Steuerbeamten (Rentmeistergesetz) wird angenommen (Genehmigung im Herrenhause 16. März).

11./12. März. (Reichstag.) Militäretat. Postetat. Debatte über Sonntagsruhe und Besoldungswesen.

Das Haus genehmigt die Resolution Schädler (Z.), den Soldaten warme Abendkost zu liefern, so weit die Finanzlage es gestattet. In der Beratung des Postetats beantragt die Budgetkommission: Den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß zur Förderung der Sonn- und Feiertagsruhe im Deutschen Reich gleichzeitig mit der Abschaffung der Güterzüge auf den Eisenbahnen auch die vom Reichstage beschlossene Beschränkung des Packetbetriebs beim Reichspostamt zur Ausführung gelangt. Staatssekretär v. Stephan legt die Schwierigkeiten, dar, die der Einschränkung des Packetverkehrs an Sonntagen entgegenstehen, namentlich hinsichtlich der dem Verderben ausgesetzten Lebensmittel. Wo es mit den Bedürfnissen des Verkehrs irgend vereinbar sei, thue die Postverwaltung schon selbst alles Mögliche, um den Sonntagsdienst einzuschränken; er hoffe, daß man in jedem Jahr einen Schritt weiter kommen werde. Abg. Schönlank (Soz.): Das System, auf Kosten der Beamten Ersparnisse zu erzielen, bestehe noch; die Zahl der etatsmäßigen Stellen sei nicht entsprechend vermehrt worden, die Unterbeamten bezögen zu geringen Wohnungsgeldzuschuß, die Arbeitszeit sei übermäßig groß. Direktor Fischer: Die Postbeamten würden durchaus gerecht behandelt. Die Zahl der etatsmäßigen Stellen seien bereits um 15 000 vermehrt worden. Als noch kein Unterbeamter Pensionsberechtigung hatte, habe die Post durch Lebensversicherungen für ihre Beamten gesorgt. Die Post-Spar- und Vorschußvereine verfügten bereits über ein Kapital von 27 Millionen Mark.

Am 12. März kommt Abg. Bebel (Soz.) nochmals auf die Frage des Packetverkehrs am Sonntag zurück. Der Herr Staatssekretär habe auf die Bedürfnisse des Verkehrs hingewiesen, auf die leichte Verderblichkeit vieler Waren, aber es sei auch nicht verlangt worden, den Verkehr mit Packeten an Sonntagen ganz aufzuheben, sondern nur einzuschränken. Jetzt gebe man in den Geschäften gerade am Sonnabend viele Packete auf, weil man wisse, daß sie am Sonntag befördert würden. England und Amerika hätten gar keinen Sonntagspostverkehr. Renner tadelt dann, daß die Verwaltung den Postbeamten das Heiraten erschwere. Zum Schlusse wünscht er eine Herabsetzung des Briefportos. Staatssekretär Dr. v. Stephan: Die Beschränkung des Packetverkehrs sei bereits genau erörtert worden. Wer am Sonnabend ein Packet abschicke und darauf rechne, daß es am Sonntag bestellt werde, könnte sich doch sehr irren, denn es finde an Sonntagen doch nur eine teilweise Bestellung statt. Die Erschwerung der Eheschließung solle nur verhindern, daß junge noch unangestellte Beamte sich verheirateten, weil diese dann leicht in Not gerieten und Postgelder anzugreifen versucht würden. Eine Herabsetzung des Portos würde einen großen Ausfall zur Folge haben. Die Privatposten könnten billiger bestellen als die Reichspost, weil ihre Leistungen viel geringer seien.

12. März. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Ansiedlungsfrage (vgl. 1894 S. 333).

Beim Etat der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen beantragen Motty (Pole) und Genossen: „Die Staatsregierung zu ersuchen, die baldthunliche Aufhebung des Gesetzes vom 26. April 1886 betr. die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen durch eine entsprechende Vorlage in die Wege zu leiten.“ In der Debatte wünscht Abg. v. Tiedemann-Bomst (frkons.), daß nicht nur polnische Rittergüter, sondern auch Bauerngüter angekauft und in Domänen verwandelt würden. Abg. Rickert (frs. Vg.) würde das Gesetz am liebsten seines politischen Charakters entkleiden und auf den ganzen Staat ausdehnen, was Geh. Rat v. Rheinbaben für unthunlich erklärt. Der Antrag wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und Freisinnigen abgelehnt.

Statistisches über die Thätigkeit der Ansiedlungskommission und die Fideikommisse.

Der Gesamterwerb der Ansiedlungskommission umfaßt bisher: an Gutsareal: 80286 Hektar, zu einem Kaufpreise von 48645936 ℳ, an bäuerlichem Areal 1351 Hektar, zum Preise von 910510 ℳ. Der durchschnittliche Erwerbspreis pro 1894 stellt sich auf rund 573 ℳ für 1 Hektar, gegen 626 ℳ im Jahre 1893. Einschließlich des einzigen noch verpachteten Gutes Deutschwalde befanden sich während des Wirtschaftsjahres 1. Juli 1893/94 in zwischenzeitlicher Verwaltung 91 Gutsverwaltungen mit einem Areal von 71739 Hektar gegen 85 Verwaltungen des Vorjahres mit 65000 Hektar. Mitenthalten sind in diesen Flächen viele Ländereien, die bereits von Ansiedlern genutzt werden. Der Umsatz, den die fiskalische Verwaltung in den hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Produkten im Berichtsjahr erzielt hat, ist von dem des Vorjahres nicht erheblich abgewichen. Es wurden verkauft im Jahre 1892/93 104000 Zentner Getreide, 16000 Zentner Kartoffeln, und wurden hiefür 702000 ℳ vereinnahmt. Für Vieh betrug der Gesamterlös 513000 ℳ. Der Verkauf der Spiritusproduktion ergab 443000 ℳ. Im Jahre 1893/94 wurden verkauft 101000 Zentner Getreide und 36000 Zentner Kartoffeln für 643000 ℳ. Die Bareinnahme aus dem Viehverkauf betrug 581700 ℳ. Aus dem Verkauf der Spiritusproduktion wurden eingenommen 466800 ℳ. — Der planmäßigen Aufteilung wurden bisher unterworfen: im Jahre 1886/87 6252 Hektar, 1888 5162 Hektar, 1889 7017 Hektar, 1890 2369 Hektar, 1891 8527 Hektar, 1892 11257 Hektar, 1893 9898 Hektar, 1894 2551 Hektar, zusammen 53033 Hektar. Rechnet man die Grundstücke hinzu, die ohne besonderen Besiedelungsplan, wie die erworbenen Bauerngüter, an Ansiedler begeben sind, nämlich 1045 Hektar, ferner 5 neue Besiedelungspläne, die sich zur Zeit in der Bearbeitung befinden und im Frühjahr 1895 zur Auslegung kommen, mit 4359 Hektar, so wird das zur Parzellierung ausgelegte Areal am 1. April 1895 umfassen 58437 Hektar, was 71,6 Prozent der Gesamterwerbungen der Ansiedlungskommission ausmacht. Demnach verbleiben in der Vorbereitungsperiode 28,4 Prozent des Grunderwerbs der Ansiedelungskommission mit 23200 Hektar. — Aus dem Bericht ist ferner zu erwähnen, daß das Kapitalvermögen, welches die Ansiedler angeben, von Jahr zu Jahr steigt. Bis 1893 betrug das durchschnittliche Ansiedlervermögen 5000 ℳ; 1894 stieg es auf 6800 ℳ. Nach Erfüllung der Bedingungen haben den Zuschlag erhalten 222 Ansiedler gegen 241 im Vorjahre. Die geringere Frequenz erklärt sich aus der ungünstigen Lage der Landwirtschaft. Begeben sind a) zu Rente: bis zum Schlusse 1893 20987,9369 Hektar zum Wert von 13271126,42 ℳ, im Jahre 1894: 3793,5717 Hektar zum Wert von 2555315,23 ℳ, zusammen 24781,5086 Hektar zum Wert von 15827441,65 ℳ. b) zu Pacht bis Ende 1893:

3 056,2511 Hektar zum Wert von 1 698 928,16 ℳ, im Jahre 1894 330,6572 im Wert von 212 107 ℳ, zusammen 3 386,9083 Hektar zum Wert von 1 911 035,16 ℳ. Im Ganzen also 28 168,4169 Hektar zum Wert von 17 738 476,81 an 1606 Ansiedler. Darnach braucht der Ansiedler durchschnittlich 17,54 Hektar Land zu 11 045 ℳ Wert. Erwägt man, daß die Dotationen für öffentliche Zwecke mindestens 5 Prozent des Ansiedlerstellenareals ausmachen, so ist das vergebene Areal zur Zeit zu schätzen auf rund 29,577 Hektar, was 36,2 Prozent des derzeitigen Grundbesitzes der Ansiedlungskommission ausmacht. Nach Abstammung und Konfession waren: aus den Ansiedelungsprovinzen 601 Ansiedler (= 37,42 Prozent), aus dem übrigen Deutschland 949 (= 59,10 Prozent), von außerhalb Deutschland 56 (= 3,48 Prozent) und 1467 Evangelische gegenüber 139 Katholiken. Bevorzugt werden seitens der Ansiedler große Ansiedelungen mit zahlreichen Stellen und mit Kirchen und Schulen am Orte, oder wenigstens in gut erreichbarer Nähe und mit guter Verkehrslage. (Aus der dem Landtage vorgelegten Denkschrift.)

Ueber die Ausdehnung der Fideikommisse teilt die „Berliner Korr." folgendes mit: Den gesamten nutzbaren Liegenschaften Preußens von 33 153 361 Hektar mit 445 193 973 ℳ Grundsteuer-Reinertrag stehen Familienfideikommisse in einer Gesamtgröße von 1 835 621 Hektar mit 22 661 965 Mark Grundsteuer-Reinertrag gegenüber, die nach Flächeninhalt 5,54 Prozent, nach Grundsteuer-Reinertrag 5,09 Prozent der gesamten nutzbaren Liegenschaften ausmachen. Bei den einzelnen Provinzen schwankt das Verhältnis der Fideikommisse zu den nutzbaren Liegenschaften insgesamt zwischen 2,08 bis 11,99 Prozent des Flächeninhaltes und 1,52 bis 9,62 Prozent des Grundsteuer-Reinertrages. Hiernach dürfte im Allgemeinen die bisherige Ausdehnung des fideikommissarischen Grundbesitzes um so weniger Anlaß zu Bedenken geben, als in der angeführten Gesamtfläche sehr bedeutende Waldflächen enthalten sind und die fideikommissarische Festlegung des Waldes gewiß am allerwenigsten zu beanstanden ist.

12. März. Der **Kaiser** eröffnet die Sitzungen des **Staatsrats** mit folgender Ansprache:

„Meine Herren! Die andauernde ungünstige Lage der Landwirtschaft macht es, wie Ich dies wiederholt ausgesprochen habe, Meiner Regierung zur unabweisbaren Pflicht, Mittel und Wege zu suchen, welche den Ertrag der Bodenbewirtschaftung zu heben und damit die Gefahren abzuwenden geeignet sind, denen die Landbau treibende Bevölkerung zur Zeit ausgesetzt ist. Je lebhafter die Frage der Abwehr des Notstands in immer weiteren Kreisen erörtert wird, je zahlreicher und einschneidender die Vorschläge sind, welche dieser Abwehr dienen sollen, um so gründlicher und sorgfältiger wird ihre Prüfung vorgenommen werden müssen. In dieser Erwägung habe Ich beschlossen, die gutachtliche Aeußerung des Staatsrats zu erfordern, dessen Engere Versammlung durch eine Anzahl von Männern verstärkt worden ist, von deren praktischer oder wissenschaftlicher Thätigkeit ein sachgemäßes Urteil über die zur Erörterung stehenden Fragen erwartet werden darf. Ich drücke Ihnen Meinen Dank für die Bereitwilligkeit aus, mit welcher Sie Meiner Berufung gefolgt sind. Von den Beratungen dieser Versammlung verspreche Ich Mir den Erfolg, daß die weit auseinandergehenden Auffassungen über das auf dem vorliegenden Gebiete Mögliche und Erreichbare berichtigt und der Verständigung näher geführt, und daß daneben für Meine und Meiner Regierung Entschließungen wertvolle Grundlagen gewonnen werden. Es wird Mir zur Genugthuung gereichen, wenn die aus Ihrer Mitte hervorgehenden Vorschläge eine Gestalt an-

nehmen, welche ihre Durchführbarkeit erkennen läßt, und wenn Ihre Beratungen sich auf Ziele richten, welche ohne Verletzung anderer berechtigter Interessen und unter Achtung bestehender Vertragsverhältnisse den auf der Landwirtschaft lastenden Druck thunlichst zu beseitigen geeignet sind."

Der Staatsrat soll folgende Fragen behandeln: 1. Maßnahmen zur Hebung der Preise landwirtschaftlicher Produkte (darunter der Antrag Kanitz). 2. Maßnahmen auf dem Gebiete der Währungspolitik. 3. Maßnahmen zur Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Erleichterung des Absatzes. 4. Maßnahmen zur Seßhaftmachung der ländlichen Arbeiterbevölkerung, insbesondere im Osten. 5. Maßnahmen auf dem Gebiete der Kreditorganisation.

13. März. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Beschluß über die Beseitigung der Doppelbesteuerung.

Folgender Antrag der Abgg. Böttinger (nl.) und Vopelius (nl.) wird mit großer Majorität angenommen: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, in Ergänzung des Kommunalsteuergesetzes vom 14. Juli 1893 noch vor dem 1. April d. J. gesetzliche Vorschriften herbeizuführen, wonach bei der Heranziehung der Steuerpflichtigen zur Kommunalsteuer in ihren Wohnsitzgemeinden dasjenige Einkommen, das den Steuerpflichtigen aus Grundvermögen, Handels- oder gewerblichen Anlagen und Handels- oder Gewerbebetrieb sowie aus der Beteiligung an dem Unternehmen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung in außerpreußischen deutschen Staaten liegenden Gemeinden zufließt, von der Besteuerung freizulassen ist."

13./14. März. (Reichstag.) Handelsvertrag mit Argentinien.

Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim (nl.) beantragt: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, den Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag mit der Argentinischen Republik vom 19. September 1857 auf Grund des Artikels 14 dieses Vertrages zu kündigen." Er führt aus, seit dem Abschlusse dieses Vertrages wären von uns in Europa Handelsverträge abgeschlossen worden; wir hätten die Getreidezölle erheblich ermäßigt, ohne von dem meist begünstigten Argentinien eine Gegenleistung zu beanspruchen. Gerade von diesem Lande würden wir aber mit Getreide, vor allem mit Weizen überschwemmt, und außerdem habe es die meisten seiner Zölle außerordentlich erhöht. Bei seiner minderwertigen Valuta könne Argentinien stets den Weltmarktpreis unterbieten; wie die Getreidepreise drücke es auch schon die Fleischpreise herab. Endlich schädige es die deutsche Industrie durch seine Zollerhöhungen. Abg. Frese (frs. Vg.): Die deutsche Industrie werde in Argentinien wie alle anderen behandelt. Ein Wollzoll gegen Argentinien würde unsere Textilindustrie schädigen. Wir exportieren nach Argentinien für 80 Millionen Mark, abgesehen von solchen deutschen Waren, die indirekt dorthin gehen. Argentinien würde sicher sofort, wenn diesem Antrage Folge gegeben werden sollte, Ursprungszeugnisse verlangen. Unser Export nach Argentinien sei von 1885—1893 um 24 Prozent gestiegen, der englische nur um 6 Prozent. Unser Handel und Rhederei würden den größten Schaden von diesem Antrage haben. Am folgenden Tage erklärt Staatssekretär v. Marschall: Der Bundesrat habe zu dem Antrage noch keine Stellung genommen. Der Vertrag mit Argentinien sei seinerzeit nicht, wie behauptet worden sei, mit Preußen, sondern mit dem Norddeutschen Bunde abgeschlossen worden; das Deutsche Reich sei dessen Rechtsnachfolger und also an den Vertrag gebunden. Daß die Kün-

digung des Vertrags eine Hebung der Getreidepreise zur Folge haben würden, hätten die Antragsteller nicht bewiesen. Der Antrag wird mit 146 gegen 78 Stimmen an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

13. März. (Schlesien.) Der Provinziallandtag genehmigt die Errichtung einer Landwirtschaftskammer.

13. März. (Reichslande.) Der Landesausschuß genehmigt den Etatsentwurf, der mit rund 55100000 ℳ balanciert.

14. März. Die Berliner Stadtverordneten und Bismarck.

Die Stadtverordneten-Versammlung lehnt mit 56 Stimmen gegen 34 den Antrag des Magistrats, mit ihm in gemischter Deputation über eine Glückwunschadresse an den Fürsten Bismarck in Beratung zu treten, in geheimer Sitzung ab.

16. März. (Reichstag.) Etat des auswärtigen Amts. Erklärung Marschalls über die griechischen Wertpapiere.

Abg. Schmidt-Marburg (Z.) fragt, ob die Regierung Schritte thun wolle, um den Inhabern griechischer Papiere zu ihrem Rechte zu verhelfen. Staatssekretär v. Marschall: Im Dezember 1893 habe die griechische Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach die auswärtigen Gläubiger nur noch 30 Prozent der ihnen geschuldeten Zinsquoten erhalten und die bei Emission der Darlehen verpfändeten Einkünfte in die Staatskasse fließen sollten. Deutschland und Frankreich hätten gegen diesen Rechtsbruch protestiert. Bisher sei eine Verständigung gescheitert, obgleich die auswärtigen Gläubiger bis an die Grenze der Möglichkeit den Wünschen der griechischen Regierung entgegenkamen, sie waren bereit, sich einen sehr erheblichen Abzug an den Zinsen gefallen zu lassen; sie bestanden nur darauf, daß der Ueberschuß der verpfändeten Anlehen proportional so verteilt werde, daß die Hälfte davon in die griechische Staatskasse fließe, die andere Hälfte dagegen zur allmählichen Aufbesserung ihres Zinsgenusses und zur Amortisation verwendet werde. Nach längeren Verhandlungen sei im Dezember vorigen Jahres von seiten des englischen, des französischen und des deutschen Vertreters in Athen eine identische Note an das griechische Ministerium mit dem Verlangen gerichtet worden, es möge die griechische Regierung sofort die Verhandlungen mit den auswärtigen Gläubigern auf Grund der letzten, von den Gläubigern gemachten Vorschläge wieder aufnehmen. Diese Note hat das damalige griechische Ministerium ohne stichhaltige Gründe abgelehnt, das neue habe noch keine definitive Erklärung abgegeben. Deutschland werde die gerechten Ansprüche der Gläubiger auch gegen die neue griechische Regierung vertreten und namentlich die Forderung, es solle ein Teil der verpfändeten Ueberschüsse zu Gunsten der Aufbesserung des Zinsgenusses und der Amortisation entsendet werden, mit Energie unterstützen.

17. März. (Münster i. W.) Frhr. v. Schorlemer-Alst †. Beileidstelegramm des Kaisers.

Geboren am 20. Oktober 1825 gehörte er von 1845—1852 dem Heere an, widmete sich dann der Landwirtschaft und begründete den Westfälischen Bauernverein. 1870 in das Abgeordnetenhaus und den Reichstag

gewählt, gehörte er zu den hervorragendsten Führern der Zentrumspartei, in der er das konservative Element vertrat.

Der Kaiser sendet folgendes Telegramm an die Familie des Verstorbenen: Mit tiefem Schmerze hat mich die Nachricht von dem Dahinscheiden Ihres Herrn Vaters erfüllt, eines Mannes, der ebenso durch Hingabe an sein Vaterland, wie an seine Kirche sich auszeichnete, und der mir oft ein Freund und Berater gewesen ist. Die Trauer, welche an dem Heimgang des Verewigten nicht nur seine Heimatprovinz, sondern die weitesten Kreise des Vaterlandes empfinden werden, möge dazu beitragen, Ihren Schmerz zu lindern. Von mir aber bitte ich Sie und die Ihrigen, den Ausdruck meines innigen Beileids entgegennehmen zu wollen.

gez. Wilhelm I. R

18.—20. März. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Gesetzentwurf, betr. die Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes.

Nach dem Entwurfe sollen 45263000 ℳ zum Bau von Eisenbahnen und zur Beschaffung von Betriebsmitteln, 1170000 ℳ zur Deckung von Mehrkosten für den Bau einer Eisenbahn von Triptis nach Blankenstein und für die Anlage von Straßen u. s. w. bei den Bahnhofsanlagen in Düsseldorf und 5000000 ℳ zur Förderung des Baues von Kleinbahnen, zusammen also 51433000 ℳ, verwandt werden. Die Hauptsumme, nämlich 36713000 ℳ, ist für den Neubau von Eisenbahnen ausgeworfen. Minister Thielen erklärt, diese hohe Summe sei trotz der ungünstigen Finanzlage mit Rücksicht auf die schlechten Verhältnisse der Industrie und Landwirtschaft eingestellt. Nachdem zahlreiche Abgeordnete Vorschläge über den Bau neuer Kleinbahnen gebracht haben, wird die Vorlage an die Budgetkommission verwiesen. (20. März.)

Statistisches über den Bau von Kleinbahnen.

Nach einer dem Abgeordnetenhause zugegangenen Zusammenstellung sind vom 1. Oktober 1892 bis 30. September 1894 von den Regierungspräsidenten und den nach § 3 des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen sonst zuständigen Behörden 49 Kleinbahnen genehmigt worden. Hiervon entfallen auf die Regierungsbezirke: Königsberg 1, Potsdam 5, Stettin 11, Köslin 1, Stralsund 2, Bromberg 9, Breslau 1, Liegnitz 1, Oppeln 1, Magdeburg 1, Merseburg 1, Schleswig 2, Hannover 1, Lüneburg 1, Minden 1, Arensberg 2, Koblenz 1, Düsseldorf 1, Köln 5. Noch anhängig waren 106 Genehmigungsanträge. Hiervon entfallen auf die Regierungsbezirke: Königsberg 1, Danzig 1, Marienwerder 3, Potsdam 7, Berlin 1, Frankfurt a. O. 4, Stettin 7, Köslin 3, Stralsund 1, Posen 6, Bromberg 3, Breslau 4, Liegnitz 2, Oppeln 4, Magdeburg 6, Merseburg 5, Schleswig 6, Hannover 3, Hildesheim 2, Stade 1, Münster 1, Minden 2, Arnsberg 9, Kassel 3, Wiesbaden 3, Koblenz 1, Düsseldorf 5, Köln 7, Trier 1.

18./20. März. (Reichstag.) Kolonialetat. Handel Ostafrikas, Finanzwirtschaft Wißmanns (vgl. 1894 S. 56). Englische Konkurrenz.

Abg. Richter (frs. Vp.): Die Kolonialpolitik werde immer unerfreulicher und kostspieliger, woran der militärische Geist in den Kolonien die Schuld trage. Die vielen militärischen Expeditionen wirkten wirtschaftlich schädlich. Der Hauptexport der Kolonien gehe nicht nach Deutschland, sondern nach Indien. Direktor der Kolonialabteilung Dr. Kayser: Der Handel Ostafrikas habe in den 10 Jahren der deutschen Verwaltung einen

großen Aufschwung genommen, der Warenverkehr der Kolonien beliefe sich auf 15 Millionen Mark. Neugebildete Gesellschaften für Plantagenbau, Kaffeepflanzungen hätten sich gebildet. Ohne die Schutztruppe seien geordnete Zustände unmöglich, und die Schutztruppe bedürfe der Disziplin und der straffen Organisation. Daher seien Richters Vorwürfe ungerechtfertigt, dem Forschungseifer der Offiziere und Beamten danke die Kolonialpolitik und die Wissenschaft außerordentlich viel. Abg. v. Vollmar (Soz.): Es sei Verschwendung, Geld für Kolonien auszugeben. Die Verwaltung müsse regelmäßiger sein, insbesondere dürfe der Gouverneur nicht zu oft wechseln. Redner bringt mehrere Fälle von Mißhandlung Eingeborener durch Offiziere und Beamte zur Sprache, ebenso am folgenden Tage Abg. Bebel (Soz.), die Direktor Kayser als zum Teil auf Uebertreibung beruhend zurückweist. Jede Ausschreitung, die zur Kenntnis komme, würde bestraft. Auf eine Bemerkung des Abg. Hasse (nl.) über die Finanzwirtschaft in Ostafrika erwidert Dr. Kayser: Ueber die Wißmann'sche Finanzwirtschaft ist eine Legende gebildet, an der auch das Kolonialamt gewissermaßen Schuld ist. Als der Buschiriaufstand niedergeschlagen werden sollte, wurde Wißmann ersucht, einen Anschlag zu machen. Er hat dies nach bestem Wissen und nach seiner Erfahrung gethan, es hat sich aber in kurzer Zeit herausgestellt, daß dieser Anschlag in keiner Weise ausreichte. Es wurden zwei Nachtragsetats vorgelegt und es sind zwei Etatsüberschreitungen vorgekommen. Das war für das Auswärtige Amt etwas ungewöhnliches, und man konnte in allen Stuben und Gängen hören, daß das doch eine ganz unerhörte Wirtschaft sei, erst einen Etatsanschlag von 2 Millionen zu machen und dann schließlich 4 bis 5 Millionen auszugeben. So hat auch der frühere Reichskanzler die Wißmannsche Finanzoperation aufgefaßt und unter diesem Eindruck hat er im vorigen Jahre die Bemerkung gemacht, die der Abg. Hasse angeführt hat. Ich bin überzeugt, wenn der frühere Reichskanzler die späteren Erfahrungen und Feststellungen vor sich gehabt hätte, hätte er seine Aeußerungen zurückgenommen. Wenn ein Expeditionsführer seine Expedition beginnt, so kennt er die Zwischenfälle nicht, die ihm zustoßen können; namentlich entstehen fast immer große Kosten für die Träger von Lebensmitteln u. s. w. Dadurch entstanden die Ueberschreitungen des Etats. Die Rechnungslegung hat die vollständige Rechtfertigung Wißmanns ergeben. Für eine Summe, die 9½ Millionen überschreitet, sind alle Beläge beigebracht worden und etwa 10 000 ℳ lassen sich durch die großen Kursschwankungen in dieser Zeit erklären. Das kann nicht bestritten werden, daß Major Wißmann in dieser Zeit eine so sorgfältige Kassenverwaltung mit unzureichenden Kräften führte, es ist das etwas Erstaunenswertes. Ich muß das den Aeußerungen des früheren Herrn Reichskanzlers gegenüber hervorheben. (Zustimmung rechts.)

Am 20. wendet sich Abg. Graf Arnim (R.P.) gegen die Fortschritte der englischen Gesellschaften in Südwestafrika, die englische Ansiedler dorthin locken und den unserigen starke Konkurrenz machen. Außerdem vermehrten sich hierdurch leider die Zollschmuggeleien. Auf diese ausländischen Gesellschaften möge die Regierung ein wachsames Auge haben und verhindern, daß durch sie eine Disparität zwischen Engländern und Deutschen entstehe. Direktor Dr. Kayser gibt eine Schilderung der Anfänge der südwestafrikanischen Kolonie, bei der von Anfang an großer Kapitalmangel herrschte. Unter diesen Umständen habe man die Beteiligung der South Africa-Company an der Erschließung und wirtschaftlichen Ausnutzung des Landes mit Freuden begrüßen müssen. Bisher habe sich die Gesellschaft durchaus loyal benommen und keine wichtigeren Schritte gethun, ohne die deutsche Reichsregierung um ihre Zustimmung zu bitten.

Eine andere Gesellschaft, die Khavaskoma-Gesellschaft, habe sich im Osten der Kolonie ausgebreitet und sei der deutschen Verwaltung seither recht nützlich gewesen.

20. März. Der Reichstag genehmigt den Gesetzentwurf, betr. die Vornahme einer Berufs- und Gewerbezählung am 14. Juni 1895.

20. März. (Reichstag.) Rentenkonversion (vgl. S. 27).

Der Reichsschatzsekretär Graf Posadowsky lehnt in der Budgetkommission des Reichstags die verlangte Umwandlung der 4prozentigen Papiere in 3prozentige für die nächste Zeit ab. (Vgl. K. Thieß, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Bd. 8.)

20. März. Woldemar, Fürst v. Lippe-Detmold, †. Successionsfrage.

Der Fürst stirbt kinderlos; an Stelle seines regierungsunfähigen Bruders ernennt ein vom 20. Oktober 1890 datierter Erlaß den Prinzen Adolf v. Lippe-Schaumburg zum Regenten. Anspruch auf die Nachfolge und Regentschaft erhebt ferner der Graf zur Lippe-Biesterfeldt (12. April). Der Landtag beschließt mit Zustimmung des Regenten, die testamentarische Bestimmung vorläufig anzuerkennen und dem Bundesrate die Regelung der Nachfolge zu überlassen (24. April).

20. März. Der Botschafter in Petersburg, General v. Werder, tritt zurück und wird durch den Botschafter in Konstantinopel, Fürst Radolin, ersetzt.

20. März. Der Kaiser schließt die Sitzungen des Staatsrats mit folgender Ansprache:

Meine Herren! Nach achttägiger angestrengter Beratung sind Sie nunmehr an den Schluß Ihrer Verhandlungen gelangt. Wenn auch das Ergebnis derselben hochgespannte Erwartungen vielleicht nicht überall befriedigen mag, so ist es doch für die Aufgabe Meiner Regierung, alle wirksamen Mittel anzuwenden, um der Notlage der Landwirtschaft Hilfe zu bringen, von hoher Bedeutung, daß auf diesem Gebiete durch Ihre Verhandlungen die Grenzen des Erreichbaren klarer erkennbar geworden sind. Die erschöpfende Erörterung der allseitig anerkannten Notlage der Landwirtschaft, ihrer Ursachen, ihres Umfangs und ihrer Folgen, sowie die sorgfältige Prüfung aller Mittel, welche bisher in der Oeffentlichkeit oder im Laufe Ihrer Beratungen für die Abhilfe in Frage gekommen sind, bilden eine wertvolle Unterlage für die weiteren Entschließungen Meiner Regierung. Die Sachkunde und die praktischen Erfahrungen, welche in Ihrer Mitte vertreten und bei Ihren Beratungen zum Ausdruck gekommen sind, geben Mir die besondere Gewähr, daß die Vorschläge, welche das Ergebnis Ihrer Verhandlungen sind, sich auch bei den weitern Erwägungen seitens Meiner Regierung zweckentsprechend und durchführbar erweisen werden. Solche Mittel aber, deren Erwägung auch von Ihnen als ungeeignet für die Erreichung des Zweckes, als praktisch nicht ausführbar oder als gefährlich für die Erhaltung der staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung erkannt und widerraten sind, wird Meine Regierung um so unbedenklicher aus dem Kreise ihrer Erwägungen ausscheiden können. Es ist Meine Absicht, die weiteren Entschließungen unverweilt herbeizuführen. Zum Schluß ersuche

Ich Sie, meine Herren, an Ihrem Teile dafür zu sorgen und in den Ihnen zugänglichen Kreisen des Landes die Auffassung zu verbreiten, daß, wenn künftig ähnliche Fragen, wie gegenwärtig die Notlage der Landwirtschaft und die Mittel zu ihrer Abhilfe, auch auf andern Gebieten die Gemüter erregen, zunächst Meine Regierung angegangen werde, um das zur schleunigen Abhilfe geeignete zu veranlassen. Es ist Meine Absicht, in solchen Fällen unverzüglich selbst in die Erwägung der erforderlichen Maßnahmen einzutreten und nötigenfalls den Staatsrat zur Beratung derselben zu berufen. Ich schließe nunmehr die Verhandlungen und sage Ihnen allen Meinen königlichen Dank.

März. Staatsrat und Antrag Kanitz.

Es wird bekannt, daß der Staatsrat den Antrag Kanitz mit großer Mehrheit abgelehnt hat. Die „Kreuz-Ztg." schreibt dazu: Die konservative Fraktion des Reichstages hat nunmehr die Pflicht, um so entschiedener auf die Verhandlung des „Antrags Kanitz" im Plenum zu dringen, damit die in dem Berichte über die letzte Staatsratssitzung summarisch angegebenen, so oft in der Presse schon widerlegten Gründe gegen den Antrag vor dem Lande auf ihren wahren Wert zurückgeführt werden.

Die „Deutsche Tageszeitung" (Bund der Landwirte): „Also hat der Staatsrat den Antrag Kanitz verworfen und die kleinen Mittel zur Hebung der Landwirtschaft vorgeschlagen! Der Eindruck, den dieser Beschluß im Lande machen wird, muß der Größe der landwirtschaftlichen Notlage entsprechen, und wir würden es verstehen, wenn jetzt wirklich dumpfe Verzweiflung sich unsrer Bauern bemächtigte, die ihre letzte Hoffnung auf die Hebung der Getreidepreise gesetzt haben. Nicht allein die Landwirtschaft, auch das Handwerk, ja der ganze Mittelstand hat auf die günstigen Wirkungen der Hebung der Getreidepreise für die gesamte Volkswirtschaft gewartet und ist nun schwer enttäuscht.

22. März. (Postverwaltung.) Der Reichstag fordert in einer Resolution den Reichskanzler auf, den durch Einführung des Dienstaltersystems geschädigten Postbeamten eine Entschädigung zu gewähren.

22. März. Der „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht folgenden kaiserlichen Erlaß über die Versorgung der Kriegsteilnehmer von 1870/71.

Binnen kurzem wird ein Vierteljahrhundert vollendet sein seit den weltgeschichtlichen Ereignissen, welche unter der ruhmreichen Regierung Meines in Gott ruhenden Herrn Großvaters Dank dem einmütigen Zusammenwirken der deutschen Fürsten und Völker zur Wiederaufrichtung des Reiches führten. In der Erinnerung an jene große Zeit empfinde Ich am heutigen, dem Gedächtnis des Kaisers Wilhelm I. geweihten Tage besonders lebhaft das Bedürfnis, in Seinem Sinne fürsorgend für die Männer einzutreten, welche, dem Rufe ihrer Kriegsherren folgend, opferfreudig Leben und Gesundheit für das Vaterland eingesetzt haben. Ich würde es daher mit hoher Genugthuung begrüßen, wenn denjenigen Offizieren, Militärärzten, Beamten und Mannschaften des deutschen Heeres und Meiner Marine, welche infolge einer im Kriege von 1870/71 erlittenen Verwundung oder sonstigen Dienstbeschädigung verhindert waren, an den weiteren Unternehmungen des Feldzuges teilzunehmen und dadurch der Anrechnung eines zweiten Kriegsjahres bei der Pensionierung verlustig gehen oder gegangen sind, auf Ansuchen

der betreffende Pensionsausfall fortan erstattet werden könnte. Ebenso würde es Meinen Absichten entsprechen, wenn die Bereitstellung von Mitteln erfolgte, um solchen Personen des Unteroffizier- und Mannschaftsstandes des Heeres und der Marine, die am Feldzuge von 1870/71 oder an den von deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen ehrenvollen Anteil genommen haben, würdig und infolge von Erwerbsunfähigkeit bedürftig sind und weder eine Invalidenpension noch eine laufende Unterstützung an Stelle der letzterer beziehen, in Zukunft Beihilfen gewähren zu können. Ich verkenne nicht, daß die Umstände nur die Berücksichtigung einer kleinen Anzahl dieser Kriegsteilnehmer gestatten. Es ist aber Mein lebhafter Wunsch, daß wenigstens denjenigen Männern der Dank des Vaterlandes bethätigt werde, die als vorzugsweise bedürftig anzusehen sind. Ich beauftrage Sie, Mir nähere Vorschläge darüber zu machen, in welcher Weise diese Meine Absichten unter verfassungsmäßiger Mitwirkung des Bundesrats und des Reichstags zu Ausführung zu bringen sein werden.

Berlin, den 22. März 1895.

Wilhelm I. R.

An den Reichskanzler. Fürst zu Hohenlohe.

23. März. (Reichstag.) Ablehnung des Antrags den Fürsten Bismarck zu beglückwünschen.

Präsident v. Levetzow: Am bevorstehenden 1. April vollendet der frühere Reichskanzler Fürst Bismarck sein achtzigstes Lebensjahr. Es erscheint mir geboten, daß der Reichstag Ausdruck gibt seiner Teilnahme an diesem Tage, der den letzten unter den hervorragenden Begründern des deutschen Reiches ein wenigen Sterblichen beschiedenes Alter erreichen läßt. Deshalb erbitte ich die Ermächtigung, dem Fürsten Bismarck die Geburtstagsglückwünsche des Reichstages ausdrücken zu dürfen. (Lebhafter Beifall).

Abg. Graf Hompesch (Z.): Meine Herren! In der Voraussicht, daß der Herr Präsident den eben gehörten Vorschlag dem Reichstage unterbreiten würde, habe ich im Namen meiner politischen Freunde folgende Erklärung abzugeben: Die beantragte Beglückwünschung des Fürsten Bismarck seitens des Reichstages gilt der politischen Persönlichkeit, ist ein politischer Akt, um so mehr, als schon seit Wochen einem desfallsigen Schritt des Reichstages die Eigenschaft ganz besonderer Ehrung des Staatsmannes als solchen beigemessen wird. Das Zentrum kann sich an einer unterschiedslosen Billigung der Grundsätze, nach denen Fürst Bismarck die deutsche und preußische Politik geleitet hat und heute noch zu beeinflussen bestrebt scheint, und an einer unterschiedslosen Billigung zahlreicher der wichtigen Angelegenheiten und Handlungen, in denen diese Grundsätze Ausdruck fanden, nicht beteiligen. Das Zentrum könnte ebensowenig dem Verdacht einer solchen Billigung entgehen, wenn es den Vorschlag eines Reichstagsglückwunsches ohne allen Widerspruch ließe: denn Fürst Bismarck ist ein untrennbares Ganzes. (Gelächter rechts; Rufe rechts: Sehr richtig! Beifall rechts; stürmisches Gelächter.) Die Rücksichten und Möglichkeiten, welche vor zehn Jahren walteten, fallen augenblicklich, da Fürst Bismarck nicht mehr im Amte ist, gänzlich fort. (Abg. Werner: So! Lachen rechts.) Ebensowenig können Ehrenbezeugungen, welche aktiven Reichstagsmitgliedern erwiesen wurden, hier in Betracht kommen. (Sehr war im Zentrum.) So sind wir zu unserem Bedauern außer Stande, einem Glückwunsch von seiten des Reichstages zuzustimmen; wir verzichten jedoch auf die Anführung derjenigen Gründe, die es uns im Einzelnen unmöglich machen, in die vielseitigen Kundgebungen einzustimmen, um nicht durch Streiten über Persönlichkeiten

die große Schwierigkeit der allgemeinen Lage zu erhöhen. Dies ist unsere Erklärung; ich habe nichts weiter hinzuzufügen. (Lebhafter Beifall im Zentrum und links.)

Abg. v. Bennigsen (nl.) und v. Manteuffel (kons.) sprechen für den Antrag des Präsidenten; der Reichstag verdanke Bismarck sein Dasein, daher würde die Verweigerung der Gratulation unverständlich sein.

Abg. Richter: Namens der Freisinnigen Volkspartei und zugleich der Deutschen Volkspartei habe ich folgendes zu erklären: Die angeregte Beglückwünschung als einfache Bekundung menschlicher Teilnahme für den hochbetagten Staatsmann aufzufassen, verhindert uns schon die Art, wie eine Anzahl der Anhänger des Fürsten Bismarck beflissen sind, die Geburtstagsfeier zu einem politischen Huldigungsakt für denselben auszugestalten (Zustimmung links) und zu einem politischen Zweck für sich selbst auszunutzen. (Lebhafter Widerspruch rechts und bei den Nationalliberalen.) Auch wir verkennen nicht die großen Verdienste des Fürsten Bismarck (Lachen) um das deutsche Einigungswerk (Lachen und Unterbrechungen) — Ihre Unterbrechungen bekunden ja diese politische Ausbeutung — und um die auswärtige Politik unseres Vaterlandes. Aber die Persönlichkeit des Fürsten Bismarck kann und muß beanspruchen, als ein Ganzes und Ungeteiltes beurteilt zu werden. (Fortgesetzte Unruhe.) Fürst Bismarck ist zugleich der Träger eines Systems der inneren Politik, das wir als dem System des Liberalismus und des parlamentarischen Wesens entgegengesetzt ansehen müssen, und deshalb im Interesse von Volk und Vaterland zu bekämpfen stets für unsere patriotische Pflicht erachtet haben. (Gelächter rechts und bei den Nationalliberalen.) Insbesondere hat der Fürst Bismarck in dem letzten Abschnitt seiner amtlichen Wirksamkeit jene die Volkseinheit zersetzenden Interessenkämpfe geschützt und geschürt, welche auf weite Volkskreise politisch demoralisierend einwirkten (lebhafter Wiederspruch), welche die Gegenwart schwer belasten und die Zukunft für unsere nationale Entwicklung mit Besorgnis erfüllen. (Erneuter lebhafter Widerspruch.) Auch nachdem der amtlichen Thätigkeit des Fürsten Bismarck ein Ziel gesetzt worden ist, sucht derselbe mit der ganzen Autorität seiner Person auf die öffentliche Meinung einzuwirken in einer Richtung, welche die Einlenkung der inneren Politik in gesundere Bahnen verhindert oder erschwert. Wir bedauern daher, dem Ersuchen des Herrn Präsidenten keine Folge geben zu können. (Lebhafter Beifall links; Widerspruch rechts; Rufe Pfui!)

Abg. Singer: (Soz.) [Ah! bei den Konservativen und Nationalliberalen]: Im Auftrage meiner Freunde habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir dem Vorschlage des Präsidenten nicht zustimmen. Wir haben keine Veranlassung, uns an einer Kundgebung zu beteiligen. Die durch den Fürsten Bismarck zum ausschließlichen Vorteil der besitzenden Klasse verfolgte Zoll- und Steuerpolitik hat schwere Schädigungen über das deutsche Volk gebracht und in ihren unheilvollen Wirkungen der Arbeiterklasse die notwendigsten Lebensmittel verteuert. (Zustimmung links.) Fürst Bismarck hat stets nur die Politik der Sonderinteressen und der nationalen und internationalen Gegensätzlichkeit betrieben; er hat seine Gegner, insbesondere die sozialdemokratische Partei, bis zur Aechtung mit Ausnahmegesetzen verfolgt und vergewaltigt. (Große Unruhe rechts.) Er besitzt daher keinen Anspruch auf den Dank und die Anerkennung (Unterbrechungen rechts) des gerade von ihm so oft mit Hohn behandelten Reichstages. (Unruhe rechts.) Als Vertreter der stärksten politischen Partei Deutschlands (Lachen rechts) lehnen wir den Vorschlag des Herrn Präsidenten ab. Ich habe die Bitte an den Präsidenten hinzuzufügen, über seinen Vorschlag den Beschluß des Hauses herbeizuführen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rickert (frs. Vg.) erklärt, daß seine Partei für den Antrag des Präsidenten stimmen werde.

Abg. Fürst Radziwill (Pole): Ich habe im Namen meiner Fraktion folgende Erklärung abzugeben: Der gestellte Antrag ist eine hochpolitische Kundgebung, bestimmt, der Begeisterung für das politische Wirken des Fürsten v. Bismarck im Staate und im Reiche einen prägnanten Ausdruck zu geben. An einer derartigen Kundgebung teilzunehmen, verbietet uns, als einer politischen Partei, die Rücksicht darauf, daß sich sowohl das amtliche als das außeramtliche Wirken des ersten Reichskanzlers zu den Rechten, welche wir auf nationalem und kirchlichem Gebiete zu wahren haben, in schroffen Gegensatz gestellt und diese natürlichen und verbrieften Rechte verletzt hat. Wir sind daher nicht in der Lage, uns den Herren Antragstellern anzuschließen und werden gegen den gestellten Antrag stimmen. (Beifall links und im Zentrum.)

Abg. v. Kardorff (RP.): Wenn dieses Votum von der Majorität des deutschen Reichstags so abgegeben wird, wie es die Herren Abgg. Singer, Richter und Graf Hompesch hier beantragt haben, so sage ich mir, daß gegenüber unserem gesamten deutschen Vaterlande, und nicht bloß gegenüber unserem gesamten deutschen Vaterlande, sondern gegenüber ganz Europa (Sehr wahr! rechts.) und nicht bloß gegenüber Europa, sondern gegenüber der ganzen Welt (Sehr richtig! rechts; ach! links), und nicht bloß gegenüber der ganzen Welt der Gegenwart, sondern für alle Jahrhunderte der Zukunft (Lebhafte Zustimmung rechts; Unruhe links.) der Reichstag sich unsterblich lächerlich macht. (Stürmisches Bravo rechts. Große Unruhe links. Andauernde Bewegung. Glocke des Präsidenten.)

Abg. v. Hodenberg (Welfe): Im Auftrage meiner politischen Freunde aus Hannover bitte ich den Herrn Präsidenten, bei der Beglückwünschung des Fürsten Bismarck uns ausdrücklich von den Gratulanten auszunehmen. Es würde einem Hannoveraner schlecht anstehen, an der Ehrung eines Mannes teilzunehmen, welcher unter Mißachtung und schwerer Verletzung des Rechtes deutscher Fürsten und Volksstämme Hannover zu einer preußischen Provinz machte. (Unruhe und Lachen. Rufe rechts: Gott sei Dank, daß er es gethan hat!)

Abg. Graf zu Inn- und Knyhausen (k.) protestiert als Hannoveraner gegen die Worte des Vorredners.

Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 163 gegen 146 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmen geschlossen die Deutschkonservativen, die Reichspartei, die Nationalliberalen, die deutsche Reformpartei und die freisinnige Vereinigung mit Ausnahme von Barth, ferner der bayerische Bauern-Vereinler Hilpert; gegen den Antrag stimmen die Sozialdemokraten, die süddeutsche und die freisinnige Volkspartei, das Zentrum, die Polen, die Welfen und die Elsässer. Präsident v. Levetzow legt infolge dieser Abstimmung das Präsidium nieder. (Stürmischer, lange andauernder Beifall und Händeklatschen rechts, bei den Nationalliberalen und auf sämtlichen Zuschauertribünen; Lärm auf der Linken, Zwischenrufe u. a.: Ruhe in der Minderheit!)

23. März. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Beschluß, den Fürsten Bismarck zu beglückwünschen.

Antrag Achenbach und Genossen: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Der Herr Präsident wird beauftragt, dem Fürsten v. Bismarck anläßlich seines bevorstehenden Geburtsfestes die Glückwünsche des Hauses der Abgeordneten darzubringen.

Abg. v. Heeremann (Z.): Meine Herren. Im Namen meiner

politischen Freunde gebe ich folgende Erklärung ab: An der politischen Kundgebung zur allgemeinen Ehrung und Anerkennung des früheren Ministerpräsidenten und Reichskanzlers zum Geburtstage teilzunehmen, sind wir zu unserm Bedauern außer stande. Derselbe ist bei der mit den Rechten aller Staatsbürger vielfach nicht zu vereinbarenden, in die kirchlichen Verhältnisse störend eingreifenden Richtung seiner Thätigkeit insbesondere der katholischen Kirche Preußens und Deutschlands in so schroffer Weise und mit einer so schädlichen Wirkung entgegengetreten, daß die dadurch herbeigeführten großen Nachteile sich noch neuerdings in hohem Maße fühlbar machen und die auch durch die anerkennenswerte Einleitung friedlicherer Verhältnisse nicht beseitigt worden sind. Da wir eine nähere Erörterung über diese Frage zur Zeit nicht für wünschenswert erachten, werden wir uns an der weiteren Besprechung, falls sie beliebt werden sollte, nicht beteiligen. (Vereinzelter Beifall im Zentrum und links.)

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) tritt in längerer Rede für den Antrag ein.

Abg. Virchow (frs. Vp.): Die Mitglieder der freisinnigen Volkspartei haben geglaubt, daß bei dieser Gelegenheit zu einer Diskussion eigentlich kein Platz sei. (Rufe: Lauter!) Wir haben geglaubt, daß Sie bei dieser Gelegenheit eine Diskussion über den Fürsten Bismarck nicht hervorrufen werden. (Zwischenrufe rechts.) Ja, ich bin daher nicht beauftragt, in diese Diskussion einzutreten, habe auch persönlich keine besondere Veranlassung dazu. Ich bin der Meinung, es ist viel einfacher und natürlicher, daß wir bei anderer Gelegenheit diese allgemeinen Fragen austragen, da das eine praktische Bedeutung heute nicht hat. Daher beschränke ich mich darauf, die Erklärung zu verlesen, welche die Mitglieder der freisinnigen Volkspartei vor Ihnen und vor dem Lande abgeben: „Es bedarf keiner Erinnerung daran, daß die Abgeordneten der freisinnigen Volkspartei wie früher die der deutschen Fortschrittspartei die großen Verdienste des Fürsten Bismarck um die Aufrichtung des Deutschen Reiches offen anerkannt haben. Die Verhandlungen dieses Hauses geben Zeugnis davon. Wir wiederholen für uns dieses Anerkenntnis. (Gelächter rechts.) Wenn wir trotzdem (Gelächter rechts) an der Feier, welche man jetzt plant, nicht teilnehmen können, so darf niemand erstaunt sein (Höhnisches Lachen rechts; Rufe: Nein, nein!), niemand erstaunt sein (Wiederholte Rufe: Nein, nein!), daß eine Partei, welche Jahrzehnte hindurch im prinzipiellen Gegensatz zu der inneren Politik des Fürsten Bismarck gestanden hat, diesen Gegensatz nicht in einem Augenblick verschleiern darf, wo die Verwirrung des öffentlichen Geistes (Höhnisches Gelächter rechts) durch diese Politik hervorgerufen und allgemein geworden ist. Die Enthebung des Fürsten Bismarck von den höchsten Reichs- und Staatsämtern war die Vorbedingung für die Genesung des Volksgeistes. (Gelächter rechts.) Wenn die Freisinnige Volkspartei sich an dieser Demonstration beteiligen würde, würde nur von neuem Verwirrung eintreten. Die Mitglieder der freisinnigen Volkspartei werden daher gegen den Antrag Achenbach stimmen. (Höhnisches Gelächter rechts.)

Abg. Rickert (frs. Vg.): Ich beschränke mich auf die Erklärung, daß meine näheren Freunde und ich für den Antrag Achenbach stimmen werden (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Motty (Pole): Ich habe im Namen meiner Landsleute folgende Erklärung abzugeben: Der gestellte Antrag ist eine hochpolitische Kundgebung, bestimmt, der Begeisterung für das politische Wirken des Fürsten v. Bismarck im Staate und im Reiche einen prägnanten Ausdruck zu geben. An einer derartigen Kundgebung teilzunehmen, verbietet uns, als einer politischen Partei, die Rücksicht darauf, daß sich sowohl das amtliche als

das außeramtliche Wirken des ersten Reichskanzlers zu den Rechten, welche wir auf nationalem und kirchlichem Gebiete zu wahren haben, in schroffen Gegensatz gestellt und diese natürlichen und verbrieften Rechte verletzt hat. Wir sind daher nicht in der Lage, uns den Herren Antragstellern anzuschließen und werden gegen den gestellten Antrag stimmen. (Zuruf rechts: habeant sibi!)

Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

23. März. Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und Bismarck über den Reichstagsbeschluß.

„An den Fürsten v. Bismarck, Herzog von Lauenburg, Friedrichsruh.

Euer Durchlaucht spreche Ich den Ausdruck tiefster Entrüstung über den eben gefaßten Beschluß des Reichstags aus. Derselbe steht im vollsten Gegensatz zu den Gefühlen aller deutschen Fürsten und ihrer Völker.

Wilhelm I. R."

Ab Friedrichsruh 23./3. 95. 7 Uhr 15 Min. Nachm.

Seiner Majestät dem Kaiser und Könige, Berlin.

„Eure Majestät bitte ich, den ehrfurchtsvollen Ausdruck meiner Dankbarkeit für die Allerhöchste Kundgebung entgegenzunehmen, durch welche Eure Majestät jede mir noch unbekannte Unerfreulichkeit meiner alten politischen Gegner zum Anlaß einer erfreulichen Genugthuung für mich umwandeln. v. Bismarck."

März. Preßstimmen über den Reichstagsbeschluß vom 23.

Die konservativen und mittelparteilichen Blätter tadeln durchweg den Beschluß aufs schärfste und erklären ihn aus politischer Verbohrtheit oder aus Mangel an nationalem Empfinden; einige fordern die Auflösung des Reichstages, so die „Berl. Neuest. Nachr.", „Schwäb. Merkur", „Deutsche Tageszeitung", andere wie die „Nat. Ztg." und der „Hannov. Courier" lehnen diesen Vorschlag ab, weil die Minderheitsparteien keine gemeinsame politische Wahlparole besäßen.

Die freisinnige und ultramontane Presse vertheidigt den Beschluß mit der Behauptung, daß die Minderheit eine politische Demonstration habe herbeiführen wollen.

So schreibt die klerikale „Köln. Volksztg.": „Tausendfacher Dank gebührt unserem Zentrum, daß es ohne Scheu und Menschenfurcht die Beteiligung an der Aprilfeier abgewiesen hat; tausendfacher Dank auch den katholischen Preßorganen, daß sie mit bewundernswerter Einhelligkeit den Standpunkt vertreten haben, welchen Selbstachtung und Konsequenz zur Pflicht machen; tausendfacher Dank endlich dem katholischen Volke, weil es sein Knie vor dem Tagesgötzen nicht beugen will . . ."

„Bocholter Volksblatt" (klerikal): „Die schönste und zutreffendste Ehrung hat dem Fürsten Bismarck zu seinem 80. Geburtstage die Berliner Schlächter-Innung erwiesen, indem sie ihn zu ihrem Ehrenmitgliede ernannte. Auf eine vorher an ihn gerichtete Anfrage erklärte er sich damit einverstanden, zweifellos in dem richtigen Gefühle, daß er dort an seinem Platze sei. In der That: zu den Schlächtern gehört der Mann, dessen Blut- und Eisenpolitik so viele Tausende — nicht Thiere, sondern Menschen — in zwei Kriegen auf die Schlachtbank geliefert hat!"

Die „Freis. Ztg." sieht in den Entrüstungskundgebungen gegen den Reichstagsbeschluß Beleidigungen des Reichstags und macht darauf aufmerksam, daß solche Beleidigungen nach dem Strafgesetzbuch mit Geldbuße bis zu 600 M. bezw. 1500 M. oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bezw. zwei Jahren bestraft werden.

„Vorwärts“: Ein Akt der Justiz hat sich erfüllt. Die Nemesis hatte ihres Amtes gewaltet. Das deutsche Volk hatte durch den Mund seiner Vertreter den Mann gerichtet, der mehr Unrecht gethan und mehr Elend über die Welt gebracht hat, als irgend ein anderer seit dem Tode des ersten Napoleon, und der nicht wie dieser seinem belasteten Schuldkonto große Kulturthaten gegenüber zu stellen hat. Der deutsche Reichstag hat heute zum erstenmal Rückgrat gezeigt, hat den mächtigen Einflüssen der vereinigten reaktionären Parteien erfolgreich getrotzt, und, indem er dem Urheber der Blut- und Eisenpolitik das Urteil sprach, die Ehre des deutschen Volkes gewahrt, und sich selbst für dieses eine Mal des Namens einer Volksvertretung würdig bewiesen.

Nicht alle freisinnigen und klerikalen Blätter billigen den Reichstagsbeschluß. Die „Voss. Ztg.“ schreibt: „Wir wollen wegen der Abstimmung vom 23. März gegen niemanden Vorwurf erheben, aber die freisinnige Partei wird wenig Veranlassung haben, sich dieses Tages zu freuen.“

„Saale-Ztg.“ (gem. frs.): „Daß die Freisinnige Volkspartei es jetzt nicht über sich vermochte, sich von den Bitternissen der früheren politischen Kämpfe loszureißen und sich über dieselben zu erheben, das wird schließlich der bereits so schwer darniederliegende Liberalismus zu büßen haben.“ Aehnlich die demokratische „Frankf. Ztg.“

Von katholischen Stimmen tadelt der „Westfale“ die Abstimmung des Zentrums und fährt fort: „Wir für unsern Teil halten es mit der Ansicht eines preußischen Bischofs, der noch zur Zeit seine Diözese mit Kraft und Weisheit regiert. Der Hochwürdigste Herr erzählte dem Schreiber dieser Zeilen bei einer Audienz, daß er eine Unterhaltung mit dem eisernen Kanzler in den 80er Jahren zu den interessantesten Stunden seines ereignisreichen Lebens zähle und knüpfte daran die Bitte, man möge die Person des alten Herrn, an welchen doch niemand heranreiche, in der Presse nach Möglichkeit schonen.“ „Schonen Sie mir den alten Bismarck“, so lautete sein Abschiedswort. Aehnlich hat sich bekanntlich Papst Leo ausgesprochen, indem er nach Bismarcks Rücktritt gelegentlich sagte: „Mi manca Bismarck“.

Ferner erlassen Leipziger Katholiken einen Aufruf an ihre deutschen Glaubensgenossen, öffentlich gegen den Reichstagsbeschluß zu protestieren, da der „Glaube mit der Politik und der Verehrung deutscher Helden nichts zu thun“ habe. Proteste von Katholiken werden dann u. a. in den „Berl. N. Nachr.“ und im „Schwäb. Merkur“ veröffentlicht.

25. März. (Friedrichsruh.) 424 Mitglieder des Reichstags und preußischen Landtags überbringen dem Fürsten Bismarck ihre Glückwünsche.

Nach Begrüßungen durch die Präsidenten beider Häuser des Landtags hält Abg. v. Levetzow eine Ansprache, in der er bedauert, ohne offiziellen Auftrag des Reichstags sprechen zu müssen.

Fürst Bismarck antwortet: Erlauben die Herren, daß ich in einigen Worten meinen Dank für die mir erwiesene Ehre ausspreche. Es ist für mich eine hohe Auszeichnung, weit über meine persönlichen Leistungen und Verdienste, daß ich eine so vornehme Gesellschaft, wie sie der Sachsenwald noch nicht beisammen gesehen, hier zu meiner Begrüßung vereinigt finde. Ich würde einigermaßen beschämt sein durch das Uebermaß der Anerkennung, wenn ich mir nicht sagte, daß diese Anerkennung nicht meiner Person gilt (ja!), sondern der Sache, der Arbeit, an der ich mitgeholfen, den politischen Ergebnissen, die wir infolge dieser Arbeit erreicht und gewonnen haben. Es ist ein Zeugnis, was Sie ablegen, für die Zufriedenheit unserer großen



parlamentarischen Körperschaften mit dem, was in den schweren Kämpfen der letzten Jahrzehnte erreicht und gewonnen worden ist; unvollkommen immerhin, aber noch das Beste, was wir haben konnten. (Beifall.) Ich teile und das tröstet mich über das Gewicht der Anerkennung, die mir zu teil wird — ich teile sie mit meinen verstorbenen Mitarbeitern und auch noch mit vielen andern — ich komme gleich darauf. Vor allen Dingen mit meinem Hochseligen Herrn (lange Pause; der Fürst kämpft mit innerer Rührung), mit meinem alten Herrn, dem Kaiser Wilhelm. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Was hätte ich ohne ihn, ohne sein Kriegsheer leisten können? Ich wäre in demselben Sumpfe stecken geblieben wie alle früheren nationalen Bestrebungen, die an dem Mißgriff litten, daß sie die starke reale Potenz, die das deutsche Fürstentum, die deutschen Dynastien, an ihrer Spitze die preußische, boten, ignorierten und glaubten, sie könnten über sie zur Tagesordnung übergehen, in der besten Absicht, in den Jahren nach 1848. Das war ein Irrtum. Unsere Dynastien sind Gott sei Dank noch stark in ihren Wurzeln. Jede in ihrem Lande (Beifall) und vor allen Dingen die große Militärmacht, über die der König von Preußen unbedingt verfügt, in den Dienst des nationalen Gedankens zu stellen, das war mein Bestreben, sobald ich als Gesandter in Frankfurt erkannt hatte, wie die politische Situation bei uns in Deutschland war. Wir danken dem alten Kaiser und seinen Bundesgenossen doch mehr als irgend ein Minister und Kanzler je hätte leisten können. Wenn deren Unterschrift unter den Bundesverträgen nicht vorhanden wäre, so existierten sie nicht. Wenn des Königs Mobilmachungsbefehl im Jahre 1866 und im Jahre 1870 nicht erfolgt wäre, was wäre dann geworden? Und Dynastien sind ja von uns im Laufe der Geschichte ohne Absicht in vorübergehenden Phasen sehr viel schwerer verletzt worden, als irgend eine parlamentarische Fraktion es hätte werden können in unsern friedlichen Zeiten. (Heiterkeit und Beifall.) Wir haben mit Bayern und Sachsen schwer gefochten und sobald die gemeinschaftliche Not für das Reich und das Volk kam, haben wir ihren Beistand mit größter Energie gehabt. Fraktionsstreitigkeiten dagegen gehen tiefer. Da sagt jemand: „Der deutsche Kanzler erklärte vor 30 Jahren, ich imponierte ihm nicht“. (Heiterkeit.) Nun, und das genügt ihm, um vom Reiche abzufallen; „er hat vor 20 Jahren erklärt, wir wären Reichsfeinde . . .“, also Verbalinjurien. (Heiterkeit.) Wir haben mit unseren Bundesgenossen die schwersten „Realinjurien“, nämlich mit . . . Kanonenschüssen gewechselt (sehr wahr), nichts destoweniger haben sie, sobald der nationale Gedanke in den Vordergrund trat, uns die Bruderhand gereicht und sind mit uns gegangen (lebhafter anhaltender Beifall), deshalb kann ich sagen, daß die Bundesgenossen und ihre Regierungen und Dynastien doch bessere Leute sind als die Fraktionen. (Heiterkeit.) Bei den Fraktionen steht jede politische Verstimmung, jede Rivalität, jeder lautere oder unlautere Wettbewerb (Heiterkeit) mit anderen Fraktionen über dem nationalen Interesse; bei unseren Fürstengeschlechtern steht das nationale Interesse im Vordergrunde. (Beifall.) Man hat sich geschlagen, daß die Hunde das Blut leckten, und man reicht sich die Hand und geht zusammen gegen den Landesfeind. Das ist die Haltung unserer Dynastien im Vergleich mit unseren Fraktionen. Möchten sie davon lernen! Aber so lange wir auf die nationale Gesinnung unserer urdeutschen Fürstengeschlechter rechnen können, ist mir nicht bange, daß wir Herr jeder Verwirrung werden, die durch den Fraktionskampf in unserem Innern angerichtet werden könnte. Ich möchte, daß der nationale Gedanke, ebenso wie er in den Dynastien fest begründet ist, auch in den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten stärker als bisher zum Ausdruck käme. (Beifall.) Wir können in Deutschland in der That nicht wie zwei geschiedene Reiche

existieren, wie Schweden und Norwegen, die unter einer Dynastie zusammen-leben. Wir Preußen, Bayern, Sachsen, wir sind Deutschland, wir bilden es und müssen uns in unseren Landtagen dafür interessieren, welche Politik in unserem Gesamtreich getrieben wird. (Beifall.) Wir dürfen das nicht ignorieren, wir müssen unseren auswärtigen Minister kontrollieren über die Haltung, die er im Bundesrat beobachtet (Beifall), über die Reichspolitik, die er treibt; und der nationale Gedanke wird sich ganz anders beleben, wenn es gelingt, den Lokalpatriotismus für eine Beteiligung an der nationalen Entwickelung so zu interessieren, daß wir auch im preußischen Landtag über die deutsche Politik debattieren, über die Frage debattieren, „wie soll der auswärtige Minister im Bundesrat instruiert werden?“ Das alles schiebt sich bei der Budgetfrage und den Gehaltsdiskussionen leicht darunter. (Heiterkeit.) Ich freue mich, wenn die Reichspolitik in den Landtagen — und das sage ich nicht bloß für Preußen, ich sage dasselbe auch für Sachsen und Bayern — kritisiert wird. Das ist ein Beweis dafür, daß man sich für sie interessiert, mit ihr lebt, von ihr etwas erwartet oder befürchtet, daß man bereit steht, mit ihr zu gehen. Dieses Interesse ist bisher nicht in solchem Maße erlebt worden, wie ich es gewünscht hätte unter dem Drucke einer eigentümlichen Fiktion von zwei verschiedenen Regierungen, die neben einander herlaufen: Die deutsche und die preußische, die deutsche und die bayrische, die deutsche und die sächsische. Sie sind gar nicht von einander zu trennen und getrennt zu betrachten. Der sächsische Vertreter muß doch immer unter dem Gesichtspunkt der sächsischen Interessen dem Reichstag und dem Bundesrat gegenüber instruiert sein, und so geht es mit dem preußischen, dem bayerischen und umgekehrt. Kein sächsischer oder bayerischer oder preußischer Minister kann sich seinem Landtag gegenüber lossagen von seiner Beziehung zum Deutschen Reiche. Das Einheitliche, was im ursprünglichen Verfassungsentwurf beabsichtigt war, ist ganz geschwunden durch die theoretisch bureaukratische Fiktion, als ob zwei Regierungen neben einander liefen. Eine Reichsregierung ohne Stütze und ohne Beziehung zu den Partikular-Regierungen steht vollständig in der Luft, hat gar keine Möglichkeit sich zu wehren, wenigstens verfassungsmäßig nicht. Faktisch kann es ja eine Zeit lang geschehen, aber in der Verfassung existiert ein Grund und Boden dafür nicht und deshalb, meine Herren — (eine längere Pause) ich hätte Ihnen viel zu sagen, noch sehr viel (Heiterkeit), wenn ich gesund genug wäre. Ich bin ein matter alter Mann (lebhafter Widerspruch) und bin Ihnen dankbar, wenn Sie mir so lange Aufmerksamkeit geschenkt haben und noch dankbarer für die hohe Ehre, die Sie mir hier erzeigen. Ich bedaure, daß ich nicht im Stande bin, mit Ihnen in parlamentarischer Beziehung zu arbeiten. (Zuruf: Wir noch mehr!) Aber ich bin dazu nicht gesund genug, um die Anfechtungen einer Berliner Existenz (lebhafte Heiterkeit) dauernd ertragen zu können (Heiterkeit) nach vielen Seiten hin. Ich bin alt und bequem geworden und wünsche mein Leben in den Räumen zu beschließen, die ich jetzt bewohne. Aber meine Gedanken sind mit Ihnen, noch lebhafter vielleicht, als für einen Mann in meinem Alter schicklich ist. (Lebhafter Widerspruch.) Aber ich kann auf altgewohnte Gedanken eben nicht plötzlich verzichten, weil ich alt geworden und krank bin. Sie verlassen mich nicht und ich kann den Empfindungen, die mich beseelen, nicht besser Ausdruck geben, als indem ich Sie bitte, am Reichsgedanken festzuhalten auch im preußischen Landtage und dort nicht zu vergessen, daß Sie Reichsbürger sind, daß Ihr König auch Kaiser ist und Ehrenpflichten den Bundesgenossen gegenüber hat und daß Sie ihm helfen, nicht bloß kurbrandenburgische oder auch selbst Königlich preußische Politik, sondern Kaiserlich deutsche Politik zu betreiben (lebhafter Beifall), und in dem

Sinne bitte ich Sie, mit mir ein Hoch auf Seine Majestät den Kaiser auszubringen. Seine Majestät der Kaiser und König lebe hoch, hoch und abermals hoch! (Stürmische Zustimmung.)

26. März. Gratulationsfahrt des Kaisers und des Kronprinzen nach Friedrichsruh. Reden des Kaisers und Bismarcks.

Der Kaiser traf um 12 Uhr mittags am Eisenbahn-Uebergange bei der Aumühle, westlich Friedrichsruh, ein, stieg daselbst zu Pferde und begab sich nach dem ungefähr 500 Meter südlich Friedrichsruh gelegenen Kreuzungspunkt der Chaussee Aumühle-Schwarzenbeck und Friedrichsruh-Forsthaus Perleberg, woselbst unter dem Befehl des Kommandeurs des Kürassier-Regiments v. Seydlitz (Magdeburg.) Nr. 7, eine Schwadron dieses Regiments, dessen Chef Fürst Bismarck ist, mit dem Trompeterkorps und der Standarte, eine Kompagnie des 2. Hanseatischen Infanterie-Regiments Nr. 76 mit der Regimentsmusik, den Spielleuten und der Fahne des betreffenden Bataillons, eine Eskadron des Hannoverschen Husaren-Regiments Nr. 15 mit dem Trompeterkorps und der Standarte und eine Batterie zu 6 Geschützen des Holsteinischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 24 in etatsmäßiger Friedensstärke bereit standen. Der Kaiser führte die Truppen nach einem, ungefähr 200 Meter vom Schlosse entfernten, an den Park anstoßenden freien Platz und befahl daselbst die Parade-Aufstellung in einem nach Norden hin geöffneten Viereck, dessen östliche Seite durch die Kürassiere, die südliche durch die Infanterie, die westliche durch die Husaren und Artillerie gebildet wurde. Nach Einnahme derselben traf der Fürst, welcher mittlerweile durch einen Flügeladjutanten benachrichtigt worden war, in der Uniform seines Kürassier-Regiments im offenen Wagen auf dem Paradeplatze ein, von den Truppen unter präsentiertem Gewehr und mit klingendem Spiel empfangen.

Hierauf hält der Kaiser folgende Ansprache: „Euer Durchlaucht! Unser ganzes Vaterland rüstet sich zu der Feier Ihres Geburtstages. Der heutige Tag gehört der Armee. Dieselbe ist zuerst berufen, ihren Kameraden, den alten Offizier zu feiern, dessen Wirksamkeit es vorbehalten war, ihr die Möglichkeit zu gewähren, die gewaltigen Thaten auszuführen, die in der Krönung des wiedererstandenen Vaterlandes ihren Lohn fanden. Die Kriegerschar, die hier versammelt steht, ist ein Symbol des ganzen Heeres, vor allem jenes Regiments, welches die Ehre hat, Euer Durchlaucht als seinen Chef zu nennen, jenes Feldzeichen ein Denkmal des brandenburgischen, des preußischen Ruhmes, aus der Zeit des Großen Kurfürsten herüberstammend, geweiht durch das Blut von Mars-la-Tour. Euer Durchlaucht wollen im Geiste hinter dieser Schar den gesamten kampfgerüsteten Heerbann aller germanischen Stämme sehen, die den heutigen Tag mitfeiern. Im Anblick dieser Schar komme Ich nun, Meine Gabe Euer Durchlaucht zu überreichen. Ich konnte kein besseres Geschenk finden, als ein Schwert, diese vornehmste Waffe des Germanen, ein Symbol jenes Instruments, welches Euer Durchlaucht mit meinem hochseligen Herrn Großvater haben schmieden, schärfen und auch führen helfen, das Symbol jener großer gewaltigen Bauzeit, deren Kitt Blut und Eisen war, dasjenige Mittel, welches nie versagt und in der Hand von Königen und Fürsten, wenn es notthut, auch nach innen dem Vaterland den Zusammenhalt bewahren wird, der es einst nach außen hin zur Einigkeit geführt hat. Wollen Euer Durchlaucht in dem hier eingravierten Zeichen des Wappens von Elsaß-Lothringen und des eigenen erkennen und fühlen die ganze Geschichte, die vor 25 Jahren ihren Abschluß fand. Wir aber, Kameraden, rufen:

„Seine Durchlaucht der Fürst v. Bismarck, Herzog von Lauenburg, hurra! hurra! hurra!

Fürst Bismarck antwortet: „Eure Majestät wollen gestatten, Ihnen meinen unterthänigsten Dank zu Füßen zu legen. Meine militärische Stellung Eurer Majestät gegenüber gestattet es mir nicht, Eurer Majestät meine Gefühle weiter auszusprechen. Ich danke Eurer Majestät."

Bei der Tafel hält der Kaiser folgende Ansprache an den Fürsten Bismarck:

„Der achtzigste Geburtstag Euer Durchlaucht fällt in das 25. Jahr des Bestehens unseres Reiches. Die Glückwünsche Meines Heeres, geweiht durch die Erinnerung an die gewaltigen Kämpfe, konnte Ich Ihnen soeben im Angesicht der Truppen aussprechen. Nicht an den großen Staatsmann, sondern an den Offizier richten sich heute Meine heißen Wünsche. Und da sind es drei Sprüche, die für den heutigen Tag von besonderer Bedeutung Mir erscheinen. Zum Ersten Euer Durchlaucht Konfirmationsspruch: „Was Ihr thut, thut Ihr dem Herrn und nicht den Menschen" weist hin auf das unerschütterliche Gottvertrauen, mit dem Euer Durchlaucht Ihre gewaltige Arbeit ausgeführt, und welches auch unser Heer niemals verleugnet hat. Der zweite Spruch: „Dennoch" war der Ausspruch jenes tapferen Grafen Mansfeld, als er sich kühn, das Schwert in stahlbewehrter Faust, dem übermächtigen Feind gegenüberstellte. Euer Durchlaucht haben denselben des Oefteren wahr gemacht, zumal in jener Zeit schwerwiegender Entschlüsse für Meinen Hochseligen Herrn Großvater, als Sie ihn mit stolzem Hinweis auf Sein Offizierkorps an Sein Portepée erinnerten. Den dritten Spruch „Spectemur agendo" schrieb Mein englisches Dragoner-Regiment in stolzem Selbstbewußtsein auf seine Standarte, nachdem es, des Feindes Viereck niederreitend, seine Feldzeichen erobert hatte. Dieses kann als Antwort gelten auf alles, was Euer Durchlaucht Feinde und Neider sagen oder thun können. Wir aber die wir mit Freuden Euer Durchlaucht als Kameraden und Standesgenossen bewundernd feiern, in bewegtem Danke gegen Gott, der Sie unter unserem glorreichen alten Kaiser so Herrliches vollbringen ließ, stimmen ein in den Ruf, den alle Deutschen von der schneebedeckten Alpe bis zu den Schären des Belt, wo die Brandung donnernd tost, aus glühendem Herzen ausrufen: „Seine Durchlaucht der Fürst von Bismarck, Herzog von Lauenburg, lebe hoch! Hurra, Hurra, Hurra!"

Der Fürst erwidert: „Erlauben Euer Majestät, daß ich meinen Dank in wenigen Worten zu Füßen lege. Euer Majestät haben appelliert an die Eigenschaft des preußischen Offiziers, und ich kann in Anknüpfung daran nur bestätigen, was ich schon vor zehn Jahren bei der Begrüßung der Generale in Berlin aussprach; das beste in mir und in meiner Lebensbethätigung ist immer der preußische Offizier gewesen. Wäre ich der nicht gewesen, ich weiß nicht, ob ich ganz in dieselben richtigen Bahnen verfallen wäre. Aber der Landwehroffizier des 9. Regiments ist für mich der Wegweiser gewesen, der mich anno 48 von Hause aus in die richten Bahnen geworfen hat d. h. in die Bahnen der Anhänglichkeit an unser regierendes Haus, im Hinblick auf andere Länder, die diesen Vorteil eines regierenden Hauses überhaupt nicht besaßen; kurz und gut, ich bin über 48 hinweggekommen mit einer intensiveren Anhänglichkeit an das Königliche Haus, als ich vielleicht in meiner agrarischen Unwissenheit vor 48 auch nur gedacht hätte: begeistert und hingebend. Ich bin in der Richtung geblieben, so lange meine Thätigkeit beansprucht wurde, und darin wurde ich überzeugt, daß außerhalb der dynastischen Anhänglichkeit in Deutschland über-

haupt kein Heil ist. Wir brauchen bloß auf Frankreich zu sehen; seitdem die Dynastie weg ist, wo soll der Sammelpunkt herkommen, für den zum Ralliement geblasen wird? Das ist immer streitig. Halten wir fest, was wir haben. Wir haben in Deutschland nicht ein einheitliches Kaisertum, aber unsere Fürsten und regierende Herren, die uns angestammt sind und an denen schon die römischen Schriftsteller die Anhänglichkeit der Germanen in einer Weise gerühmt haben, die wir heute kaum mehr verstehen. Ich brauche darauf für die belesenen Herren nicht näher einzugehen; aber in diesem Sinne darf ich Sie bitten, im Sinne der germanischen Anhänglichkeit an den Stammesfürsten mit mir auf das Wohl unseres gnädigen Herrn anzustoßen. Seine Majestät der Kaiser und König lebe hoch!

27. März. (Friedrichsruh.) Der Großherzog von Baden und Prinz Heinrich beglückwünschen den Fürsten Bismarck.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe überbringt folgenden Glückwunsch des Bundesrats und des preußischen Staatsministeriums:

Eurer Durchlaucht Eintritt in das neunte Jahrzehnt eines mit unvergleichlicher Hingebung dem Dienste des Vaterlandes gewidmeten Lebens gibt dem Bundesrat einen willkommenen Anlaß zum erneuten Ausdruck seiner aufrichtigen Verehrung und seiner warm empfundenen Wünsche. Nicht vergessen hat es der Bundesrat, daß er während zweier Dezennien unter dem Vorsitz Eurer Durchlaucht an dem Ausbau des neu erstandenen Reiches hat mitwirken können, nicht vergessen, daß die von ihm im Auftrage seiner hohen Machtgeber verfolgte Politik durch Eurer Durchlaucht weise Leitung Ziel und Richtung empfangen hat. Und wenn Dank dieser Politik der Bund der Fürsten und Freien Städte des Reiches gefestigt dasteht gegenüber den zersetzenden Elementen, welche nicht müde werden in dem Versuche, die schöpferische That einer großen Zeit zu zerstören, so weiß sich der Bundesrat eins mit allen vaterländisch gesinnten Gliedern der Nation in der Ueberzeugung, daß Eurer Durchlaucht weitschauender Blick es gewesen ist, der den sicheren Grund zu solchem Erfolge gelegt hat. Auf dem von Eurer Durchlaucht vorgezeichneten Wege wird der Bundesrat fortfahren, des Reiches Ausbau zu fördern, und damit einen Teil des Dankes abzutragen, welcher der wahrhaft staatsmännischen Arbeit des Ersten Kanzlers gebührt. Möge der Segen, welcher sichtlich auf dieser Arbeit ruht, zum Heile des Vaterlandes fortwirken, möge Gottes Gnade geben, daß Eure Durchlaucht noch lange Jahre dem Kaiser und dem Reiche erhalten bleiben, und möge es Ihnen beschieden sein, neben der Befriedigung über Ihre Schöpfung reiche Freude an deren Entwickelung zu erleben!

Berlin, den 1. April 1895.

Der Bundesrat.

(Unterschriften.)

Seiner Durchlaucht dem Fürsten v. Bismarck, Herzog von Lauenburg.

Das Glückwunschschreiben des Staats-Ministeriums lautet: Euerer Durchlaucht ist es durch Gottes Gnade beschieden, am 1. April d. J. das achtzigste Lebensjahr zu vollenden. Mit den Ihrigen wird das Vaterland diesen seltenen Festtag in dankbarer Gesinnung begehen, eingedenk der unvergänglichen Verdienste, welche Euere Durchlaucht in langjähriger unermüdlicher und reich gesegneter Thätigkeit um Preußens und des Deutschen Reiches Ruhm und Größe sich erworben haben. Mit den Segenswünschen,

welche Euerer Durchlaucht zu diesem festlichen Tage von Seiner Majestät dem Kaiser und Könige, unserem erhabenen Herrn, zugehen, verbindet auch das Staats-Ministerium die seinigen im dankbaren Rückblick auf die langen Jahre, während deren Euere Durchlaucht seine Beratungen zum Heile des Vaterlandes mit Weisheit und Festigkeit geleitet haben. Möge der Allmächtige Euere Durchlaucht noch lange Jahre in voller Kraft des Körpers und Frische des Geistes dem Vaterlande erhalten und Ihnen einen ungetrübten Lebensabend, verschönt durch die Liebe und Verehrung Ihrer Mitbürger, bereiten!

Berlin, den 1. April 1895.

Das Staats-Ministerium.
(Unterschriften.)

An Seine Durchlaucht den Fürsten von Bismarck,
Herzog von Lauenburg.

Fürst Bismarck antwortet dem Bundesrate:

Friedrichsruh, 29. März 1895.

Unter allen Begrüßungen und Auszeichnungen, die mir zu meinem bevorstehenden Geburtstage zu teil geworden sind, lege ich hervorragenden Wert auf die Kundgebung der Herren Vertreter der durchlauchtigsten Reichsgenossen im Bundesrat. In dankbarem Rückblick auf die Zeit gemeinsamer Arbeit mit den meisten Herren Unterzeichnern der Urkunde bitte ich den hohen Bundesrat, meinen gehorsamsten Dank für die mir erwiesene Ehre entgegenzunehmen, und zweifle nicht, daß das deutsche Volk in diesem höchsten Senat des Reichs stets wie bisher den für alle Deutschen maßgebenden Ausdruck der nationalen Zusammengehörigkeit und Vaterlandsliebe finden wird.

von Bismarck.

Dem Präsidenten des Staatsministeriums Fürst Hohenlohe erwidert Fürst Bismarck:

Friedrichsruh, 29. März 1895.

Eurer Durchlaucht habe ich bereits, als ich den Vorzug hatte, Sie hier zu sehen, meinen verbindlichsten Dank für den Glückwunsch des Staats-Ministeriums ausgesprochen, den Hochdieselben mir die Ehre erzeigten, persönlich zu überbringen. Ich freue mich, in Eurer Durchlaucht einen mir von Alters her durch nationale Mitarbeit befreundeten Staatsmann an der Spitze der preußischen Regierung zu sehen, und verbinde mit meinem Danke die aufrichtigsten Wünsche für das Gelingen der Aufgaben, die die Zeit für unsere Regierung bringt. Die Aufgaben sind schwierig, aber das sind alle gewesen, die der preußischen Regierung seit einem halben Jahrhundert obgelegen haben, und doch sind sie mit Gottes Hilfe unter der Leitung unserer Könige in einer Weise gelöst worden, daß sie heute dem Rückblick geringer erscheinen, als zu der Zeit, wo sie bevorstanden.

Fürst von Bismarck.

27. März. (Reichstag.) Präsidentenwahl.

An Stelle des zurückgetretenen Abg. v. Levetzow wird mit 183 von 291 abgegebenen Wahlzetteln der bisherige 1. Vizepräsident Abg. v. Buol (Z.) zum Präsidenten gewählt; zum 1. Vizepräsidenten wird mit 181 von 286 Stimmen gewählt Abg. Schmidt-Bingen (frs. Vp.); 2. Vizepräsident an Stelle des Abg. Bürklin (nl.), der ebenfalls zurückgetreten ist, wird Abg. Spahn (Z.) mit 176 von 281 Stimmen.

27. März. Das Preuß. Abgeordnetenhaus genehmigt in dritter Beratung die Sekundärbahnvorlage (vgl. S. 70).

28. März. Der Reichstag genehmigt folgenden Gesetzentwurf, betr. die einheitliche Zeitbestimmung:

Das Gesetz betreffend die Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung vom 12. März 1893 erhält folgenden Zusatz: Wenn der Unterschied zwischen der gesetzlichen Zeit und der Ortszeit mehr als eine Viertelstunde beträgt, kann die höhere Verwaltungsbehörde bezüglich der Zeitbestimmungen im Titel 7 der Gewerbeordnung und der hierauf beruhenden Ausführungs- und Ausnahmebestimmungen für einzelne Betriebe oder Betriebsteile Abweichungen von der Vorschrift im Absatz 1 zulassen. Die Abweichungen dürfen nicht mehr als eine halbe Stunde betragen. Die gesetzlichen Bestimmungen über die zulässige Dauer der Beschäftigung von Arbeitern bleiben unberührt.

28. März. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Kirchenverfassung. Erörterung über künstliche Düngemittel und Getreidepreise.

Der Gesetzentwurf betreffend die Verwaltung der Pfarr-Witwen- und Waisenfonds und die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein, der evangelischen Kirchengemeinschaften der Konsistorialbezirke Kassel und Wiesbaden und der evangelisch-reformierten Kirche der Provinz Hannover wird in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die Anfrage der Abgg. v. Plötz und v. Mendel-Steinfels (dk.): „Beabsichtigt die preußische Staatsregierung noch in dieser Session gesetzliche Maßregeln zu ergreifen, um die Verfälschung der Futter- und Düngemittel zu verhindern?“ Abg. v. Mendel-Steinfels: Der deutsche Landwirtschaftsrat habe 1895 einstimmig den Beschluß gefaßt, die Regierung um gesetzliches Vorgehen gegen die Verfälschung der Futter- und Düngemittel zu ersuchen. Es gäbe kein Futter- und Düngemittel, welches nicht verfälscht würde. Unter dem Namen „Thomasschlacke“ würden Fabrikate in den Handel gebracht, in denen nicht ein Atom von Thomasschlacke enthalten wäre, Kalisalz werde als Chilisalpeter verkauft ꝛc. Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammerstein: Die Beschwerden des Vorredners wären an sich begründet. Wegen der Abhilfe schwebten Erwägungen; jedenfalls werde die Regierung sich bemühen, diese Sache in einer den Interessen der Landwirtschaft entsprechenden Weise zu erledigen. Auf eine Bemerkung des Abg. v. Heydebrand (dk.), die Regierung müsse ihr Augenmerk auf die Hebung der Getreidepreise richten, entgegnet der Minister: Ich nehme keinen Anstand, hier mitzuteilen, daß das Staatsministerium auf Grund der Beschlüsse und Beratungen des Staatsrates zu der Ansicht gelangt ist, daß die sämtlichen Wünsche auf Monopolisierung des Getreidehandels, die hier im Hause zur Sprache gekommen sind, nun in bestimmter konkreter Form vorliegen und wahrscheinlich schon morgen den Reichstag beschäftigen werden, für die Staatsregierung unannehmbar sind (hört, hört! und Beifall links; große Unruhe rechts), und zwar weil die Regierung sich überzeugt hat, daß der Antrag Kanitz mit den Handelsverträgen nicht vereinbar ist. (Sehr richtig! links.) Die Regierung ist gewillt, die Handelsverträge, die mit Zustimmung der Reichsregierung beschlossen sind, pure aufrecht zu erhalten. (Beifall links.) Sie erachtet das als ihre Pflicht. Ferner ist sie der Ansicht auf Grund sehr eingehender sorgfältiger Prüfung, daß einerseits der Antrag nicht ausführbar ist und daß anderseits das Ziel, das der Antrag Kanitz verfolgt, durch ihn nicht erreicht wird. (Hört, hört! links.) Die Regierung könne unmöglich die Getreidepreise bestimmen, die

sich auf dem Weltmarkte bildeten. Abg. v. Kröcher (dk.): Die Auffassung des Ministers von den Pflichten der Regierung und seinen eigenen als Landwirtschaftsminister ist eine durchaus verkehrte. (Sehr richtig! rechts.) Er sagt, es wird zu viel von mir verlangt, das weise ich zurück. (Zuruf rechts: Mit Entrüstung!) Daß der Notstand thatsächlich so schlimm ist, wie wir ihn darstellen, haben wir hier ausgiebig belegt und bewiesen. Wenn aber die Regierung zu dieser Erkenntnis kommen muß, daß der Bauernstand bankerott wird, verschwindet, dann muß sie gleichfalls einsehen, daß ohne die Landwirtschaft weder der preußische Staat noch das deutsche Reich weiter bestehen können. (Beifall rechts.) Daraus ergibt sich aber unmittelbar die Verpflichtung des Staatsministeriums, auf Abhife zu trachten. (Beifall rechts.) Das Mittel aber ist die Erhöhung der Getreidepreise. Den Antrag Kanitz darf die Regierung erst dann außer Erwägung lassen, wenn sie etwas besseres an seine Stelle setzen kann. Abg. Gerlich (fk.) tadelt die Angriffe der Konservativen auf den Minister, ebenso die Abgg. Dr. Sattler (nl.) und v. Huene (Z.).

28. März. (Friedrichsruh.) Fürst Bismarck erwidert auf ein Telegramm der Hamburger Bürgerschaft:

„Dem Präsidenten der Bürgerschaft, Hamburg. Durch die freundnachbarliche Gesinnung der Bürgerschaft fühle ich mich hochgeehrt und bitte meine Herren Mitbürger meinen wärmsten Dank entgegenzunehmen. v. Bismarck.

Ende März. Kritik des kaiserlichen Telegramms an Bismarck vom 23. Absicht der Sozialdemokraten, die Depesche im Reichstag zu diskutieren.

In den politischen Kreisen, die der Minorität vom 23. März angehören findet das Telegramm lebhafte Zustimmung, sowohl in der Presse wie in Versammlungen; klerikale und freisinnige Blätter erklären es für eine private Aeußerung des Monarchen, die den Reichstag nicht beeinflussen dürfe.

Die sozialdemokratische Fraktion beabsichtigte, im Reichstag eine Besprechung des Telegramms herbeizuführen, worüber der „Vorwärts“ berichtet: „Die sozialdemokratische Fraktion hatte die Absicht, in Bezug auf das Entrüstungstelegramm des Kaisers an den Fürsten Bismarck, einen Antrag einzubringen, welcher den Reichstag veranlassen sollte, in Wahrung seiner Unabhängigkeit Stellung zu jener Kundgebung zu nehmen. Der Antrag stieß jedoch im Bureau des Reichstages auf konstitutionelle Bedenken, und die Drucklegung und Verhandlung des Antrages wurde durch den Präsidenten verhindert. Wir lassen den Antrag mit Fortlassung des eine Kritik jener Kundgebung enthaltenden Satzes nachstehend folgen, und fügen den Bescheid des Präsidenten hinzu.

Antrag.

Der Reichstag wolle beschließen:

Mit Bezug auf das Telegramm des Kaisers an den Fürsten Bismarck vom 23. d. M., in welchem über einen Beschluß des Reichstages die „tiefste Entrüstung“ ausgesprochen und behauptet wird, daß der Reichstag „in vollstem Gegensatz zu den Gefühlen aller deutschen Fürsten und ihrer Völker steht“,

zu erklären:

Die angeführte Meinungsäußerung des Kaisers ist nach den begleitenden Umständen ein politischer Akt. Eine öffentliche Zensur legaler Beschlüsse des Reichstages — — — — — — — — — — — — — — — —

Die verfassungsmäßige Unverantwortlichkeit des Reichsoberhauptes,

sowie die seitherige Gepflogenheit des Reichstages, die Person des Kaisers nicht der Kritik zu unterziehen, haben zur Voraussetzung, daß das Reichsoberhaupt seinen Einfluß auf die Reichsangelegenheiten ausschließlich durch den verantwortlichen Reichskanzler ausübt. Die Vertretung der Gefühle und Bestrebungen des deutschen Volkes ist Aufgabe des Reichstages, der niemandem verantwortlich ist als dem Volke.

Hierauf ist folgende Präsidialverfügung ergangen:

„Der angeschlossene Antrag steht in keiner Beziehung zu irgend einem Titel der Ausgabe und Einnahme des Reichstages auf das Etatsjahr 1895/96 und müßte schon aus diesem Grunde zurückgewiesen werden. Die in demselben angezogene telegraphische Mitteilung Sr. Majestät des deutschen Kaisers an den Fürsten von Bismarck ist von dem Herrn Reichskanzler nicht kontrasigniert und unterliegt deshalb als eine in die Außenwelt getretene Kundgebung Sr. Majestät des Kaisers keineswegs der Beschlußfassung des Reichstages. Es wird deshalb abgelehnt, den Antrag dem Reichstage zu unterbreiten.

Der Präsident des Reichstages. gez. R. Frhr. v. Buol."

29. März. (Reichstag.) Etat.

Der Reichshaushaltsetat wird in dritter Beratung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Der Etat balanciert mit 1233547979 *M.* Im einzelnen: Zölle und Verbrauchssteuern 627003420, Reichsstempelabgaben 5462900, Post- und Telegraphenverwaltung 29778903, Reichsdruckerei 1474155, Eisenbahnverwaltung 23173000, Bankwesen 7182100, verschiedene Verwaltungseinnahmen 10247147, aus dem Reichs-Invalidenfonds 26393714, Zinsen aus belegten Reichsgeldern 10000, aus der Veräußerung von ehemaligen Festungsterrains 800039, Ueberschüsse aus früheren Jahren 14476980, Matrikularbeiträge 392000955 *M.* Durch eine Anleihe sind aufzubringen 42519392 *M.*

30. März. (Preußen.) Etat für 1895/96.

Der Staatshaushaltsetat wird festgesetzt in Einnahme und Ausgabe auf 1899473497 *M.*; davon entfallen 1837214103 *M.* auf die dauernden und 62259394 auf die einmaligen Ausgaben. 34300000 *M.* sind durch eine Anleihe zu decken.

29./30. März. (Reichstag.) Antrag Kanitz auf Monopolisierung der Getreideeinfuhr und Festsetzung von Minimalpreisen.

Abg. Graf Kanitz (dk.) und Genossen beantragen: Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach: 1. der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides, mit Einschluß der Mühlenfabrikate, ausschließlich für Rechnung des Reichs erfolgt, 2. die Verkaufspreise des Getreides nach den inländischen Durchschnittspreisen der Periode 1850 bis 1890, die Verkaufspreise der Mühlenfabrikate nach dem wirklichen Ausbeuteverhältnis, den Getreidepreisen entsprechend bemessen werden, solange hierdurch die Einkaufspreise gedeckt sind, während bei höheren Einkaufspreisen auch die Verkaufspreise entsprechend zu erhöhen sind, 3. über die Verwendung der aus dem Verkauf des Getreides und der Mühlenfabrikate zu erzielenden Ueberschüsse derart Bestimmung getroffen wird, daß: a) alljährlich eine den jetzigen Getreidezoll-Einnahmen mindestens gleichkommende Summe an die Reichskasse abgeführt wird, b) zur Ansammlung von Vorräten für außerordentliche Bedürfnisse (Kriegsfälle rc.) die nötigen Mittel bereitgestellt werden, c) ein Reservefonds gebildet wird,

um in Zeiten hoher In- und Auslandspreise die Zahlung der an die Reichskasse jährlich abzuführenden Summe (a) sicher zu stellen.

Abg. Graf Kanitz (k.): Die Ursache des Notstandes sei der außerordentlich niedrige Preisstand der landwirtschaftlichen Produkte, hervorgerufen durch den Massenimport ausländischer Erzeugnisse. Wenn in diese Preisbildung nicht eingegriffen werde, gehe die Landwirtschaft zu Grunde; leider seien die Getreidezölle für eine Reihe von Jahren festgelegt. Eine solche Festlegung sei nur bei Industrieerzeugnissen möglich, nicht aber bei landwirtschaftlichen Produkten, deren Gedeihen von allen möglichen Einflüssen abhänge. Es sei auch unmöglich, daß der Staat immer den Getreidezoll steigen und fallen lasse je nach dem Weltmarktspreise. Aus der Erkenntnis, daß die Getreidezölle ihren wirtschaftlichen Zweck nicht erfüllen, sei der vorliegende Antrag hervorgegangen, der allerdings etwas neues bringe, aber, nachdem die leidenschaftliche Diskussion vorüber, jetzt in Ruhe und Sachlichkeit verhandelt werden könne. Die Getreidepreise ständen heute unter den Produktionskosten, und diese müßten dem Landwirte ersetzt werden. Der Antrag solle dem Landwirt die Produktionskosten sichern und deshalb habe er den Vorzug vor allen anderen Mitteln. Die Verteuerung durch diesen Antrag sei lange nicht so schlimm, wie durch die Zölle, wenn einmal eine Mißernte einträte. Man dürfe auch nicht die Verbilligung vergessen, die für die Zeit einer Teuerung in Aussicht genommen werden müsse. Wir sollten nicht so sehr auf den Getreideimport rechnen, der uns im Kriegsfall abgeschnitten werden könnte. Die Brotverteuerung und ihr Einfluß auf die Arbeiterlöhne werde übertrieben. Jetzt sei das Brot so billig, wie noch nie, und doch klagten Industrie und Arbeiter. Die handelspolitischen Bedenken werden nicht unüberwindlich sein. Er habe s. Z. gegen die Handelsverträge gestimmt, aber er sei durchaus kein Feind handelspolitischer Annäherung. Aber die damalige Art und Weise hätte er bekämpfen müssen, namentlich, daß die Vorteile der Industrie auf Kosten der Landwirtschaft erlangt werden sollten. Auch in Rußland und Oesterreich sei man keineswegs erbaut von den Handelsverträgen und wahrscheinlich zu einer Revision geneigt. Der schwerste Vorwurf sei aber die angebliche sozialistische Tendenz des Antrages. Die Festsetzung bestimmter Preise sei durchaus kein sozialistisches Prinzip. Auch die Monopolisierung des ausländischen Getreides habe kein sozialistisches Gepräge; es handle sich nicht um auf deutschem Grund und Boden gewachsenes Getreide, sondern um den Import. Andere Staaten hätten Monopole in größerem Umfange, in Preußen habe man das Eisenbahnmonopol, auch gewaltigen Besitz an Domänen und Forsten, alles Dinge, die die Sozialdemokratie bekämpfe. Die Antragsteller wollten den deutschen Mittelstand schützen und stärken. Tausende von Landwirten sähen mit Bangen der nächsten Zeit entgegen; es sei eine Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung eingetreten, die der Sozialdemokratie zu Gute kommen müßten. Der Antrag habe geradezu eine antisozialistische Tendenz. Es werde sich auch die Erkenntnis Bahn brechen, daß der Antrag kein agrarischer sei, sondern weittragende wirtschaftliche Bedeutung besitze. Er hoffe, daß man die entgegenstehenden Schwierigkeiten, die er vorausgesehen, überwinden werde.

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Die Bedeutung des Antrags, den Sie heute beraten, liegt darin, daß er von gewissenhaften patriotischen Männern eingebracht ist, die von dessen günstigen Wirkungen für die Landwirtschaft überzeugt sind, und dann, daß er in weiten Kreisen den Gegenstand der Besprechung gebildet und große Hoffnungen erregt hat. Deshalb ist denn auch der Vorwurf, der mir gemacht worden ist, nicht früher Stellung zu dem Antrag Kanitz genommen zu

haben, nicht begründet. Ein solcher Antrag kann nicht mit einer einfachen Abweisung erledigt werden. Die Regierung mußte ihn gründlich prüfen, und es mußte der öffentlichen Meinung Zeit gelassen werden, im Meinungsaustausche der Presse die Vorteile und Nachteile des Antrags abzuwägen. Dies hat nun stattgefunden. Die Gründe für und wider sind eingehend besprochen worden, und es ist nun an der Zeit, daß auch von Seiten der Regierung die Gründe dargelegt werden, die ihr dessen Annahme unmöglich erscheinen lassen. Der Antrag sagt: Der Ein- und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides und der Mühlenfabrikate erfolgt ausschließlich für Rechnung des Reichs. Da hiernach nur der Teil des ausländischen Getreides angekauft werden soll, der für den Verbrauch im Zollgebiet nötig ist, so wird dadurch das, was nicht für den inländischen Gebrauch bestimmt wäre, ausgeschlossen, und es wird damit ein Einfuhrverbot für alles nicht zu diesem Zweck bestimmte Getreide ausgesprochen. Daß dies mit den Handelsverträgen nicht vereinbar sei, wird von den Antragstellern anerkannt, jedoch geltend gemacht, daß man durch Verhandlungen mit den vertragschließenden Staaten die Zustimmung zu dieser Einschränkung erlangen könne. Ob solche Verhandlungen zum Ziele führen würden, erscheint zweifelhaft. Jedenfalls ist es nicht ratsam und kaum der Würde des Reiches entsprechend, jetzt, nachdem eben die Verträge abgeschlossen sind, bei den Vertragsmächten um eine Modifikation derselben zu bitten. Die bloße Befürchtung, daß Modfikationen eintreten könnten, würde unser Erwerbsleben eines der wichtigsten Vorteile der Handelsverträge berauben, nämlich der Stetigkeit. Ich glaube aber, diese Frage nicht weiter erörtern zu sollen, weil sie bedeutungslos ist, wenn der Antrag des Grafen Kanitz sich als unausführbar erweist. Und das ist meines Erachtens der Fall. Wenn der Getreitehandel mit dem Auslande in die Hände des Reiches übergeht, so hört damit dieser Teil des Getreidehandels als Privatgeschäft auf. Ich berufe mich dabei auf das Urteil kaufmännischer Kreise. Sie sagen: Wenn jetzt ein Kaufmann Getreide im Ausland nach Deutschland verkauft, das nach Deutschland eingeführt werden soll, so steht ihm der ganze deutsche Markt für den Verkauf frei zur Verfügung und gegen Erlegung des Zolles kann er sich unter allen Käufern in Deutschland denjenigen aussuchen, der ihm den besten Preis bietet. Er sichert sich den Preis, kann also sogleich berechnen, ob er einen angemessenen Nutzen erlangt. Wenn aber der Antrag Kanitz angenommen würde, dann gestaltet sich die Sache so, daß der Händler im Auslande kauft, ohne zu wissen, welchen Preis er wieder erlangen wird, wenn er mit seinem Getreide an der Grenze des Reiches erscheint. Denn der Preis, welchen das Reich zahlt, soll ja nach den Absichten der Antragsteller täglich festgestellt werden; und da zwischen dem Einkauf im Auslande und der Ankunft der Ladung in Deutschland Wochen und Monate vergehen können, so schwebt der Kaufmann ganz im Unklaren, was man ihm zahlen wird. Er kann sich auch nicht durch einen Terminverkauf sichern, denn von einem Termingeschäft kann unter diesen Umständen überhaupt nicht die Rede sein. Auch weiß er nicht, ob ihm das Getreide, das er an die Grenze bringt, überhaupt abgenommen wird, denn das Reich ist natürlich nicht verpflichtet, ihm das Getreide, das er bringt, abzukaufen. Wird dem Kaufmann also das Getreide nicht abgekauft, so muß er mit seiner Ladung wieder abziehen. Auf diese Bedingungen kann sich aber kein Kaufmann einlassen und der ausländische Getreidehandel — das ist die Ansicht der Kaufleute — hört mit dem Inslebentreten des Antrages Kanitz auf. Wie gestaltet sich aber nun die Sache? Jedenfalls wird das Reich die Verpflichtung auf sich nehmen, für die bisher dem Handel obliegende Versorgung des Landes, zu welcher

die inländische Produktion nicht ausreicht, durch seine eigenen Kräfte zu sorgen. Es muß ein Reichsdienst geschaffen werden, dem diese Aufgabe übertragen wird, vielleicht ein Reichs-Getreideversorgungs-Amt mit vielen Unterbeamten, und mit der Verpflichtung, alle die Beobachtungen anzustellen, die bisher Sache von Tausenden von Händlern und deren Agenten waren, und sich von eigenen Agenten im In- und Ausland über den Stand der Ernte und des Handels berichten zu lassen. Kommt es dann zum Einkauf des Getreides, so handelt es sich um die Qualität desselben, um den Geschmack der Konsumenten, um die Bedürfnisse der Industrie und anderes. Alles Dinge, die sich jedes Jahr ändern, die eine große Sachkenntnis und Erfahrung im Handel mit Getreide erfordern, Eigenschaften, die dem vom Staate bestellten Beamten fehlen. Der Handel, insbesondere der Getreidehandel, ist ein organisches Ganze. Er kann verglichen werden mit dem Organismus des menschlichen Körpers. Wie das Blut, das vom Herzen ausströmt, bis in die äußersten Teile des Körpers Lebenskraft trägt, so ist es mit dem Getreidehandel, der bis in die entferntesten menschlichen Wohnungen Nahrung bringt. Wie es nun höchst gefährlich ist, die Blutzirkulation durch willkürliche Eingriffe zu stören, so ist es auch sehr bedenklich, durch unvorsichtiges Eingreifen den Handel in seiner fruchtbringenden Thätigkeit zu hemmen. Womit ich nicht sagen will, daß Uebergriffe des Handels nicht durch den Staat beseitigt werden sollten. Bedenken wir nun, in welche Lage das Reich käme, wenn die Zufuhr von den Ländern, mit welchen wir Verbindungen angeknüpft haben, und von wo wir unsere Getreidesendungen erhalten, abgeschnitten wäre, so z. B. bei einem Kriege oder bei Mißernten in jenen Ländern, aus denen wir unsere Zufuhren erhalten, so würden daraus Gefahren entstehen, die nicht zu berechnen sind. Eine solche Verantwortung kann das Reich nicht übernehmen. Der Antrag hat aber noch eine andere gefährliche Seite: Wenn einmal der Weg des Monopols als das wünschenswerte Ziel ins Auge gefaßt wird, so wird man nicht beim Monopol des ausländischen Getreidehandels stehen bleiben, sondern auch zur Verstaatlichung des in- und ausländischen Getreidehandels, die ja mit den Handelsverträgen vereinbar ist, übergehen wollen. Ihr wird der Ruf nach Verstaatlichung des Grundeigentums auf dem Fuße folgen. Ob das gerade den Absichten und Wünschen der Antragsteller entspricht, möchte ich bezweifeln Zum Schluß möchte ich noch darauf hinweisen, daß die Vorteile, die man sich von den Folgen des Antrages verspricht, wenn sie wirklich einträten, doch nur einem Teil der Landwirte zu Gute kommen würden. Denn man darf nicht vergessen, daß die Mehrheit der landwirtschaftlichen Betriebe nicht ohne Ankauf von Getreide auskommen kann. Alle diese Landwirte haben keinen Vorteil von der Erhöhung der Getreidepreise. Nach der Berufsstatistik von 1882, die im Großen und Ganzen auch heute noch maßgebend sein mag, existieren in Deutschland 5 276 344 landwirtschaftliche Betriebe. Sie sind eingeteilt in 14 Gruppen. Die erste Gruppe umfaßt die kleinsten Betriebe bis zu zwei Ar, die letzte Gruppe die Betriebe von 1000 Hektar und darüber. Wenn man diese Betriebe darauf ansieht, ob sie in der Lage sind, Getreide zu verkaufen, so wird man zugeben müssen, daß die sechs Gruppen

1. 0 bis 2 Ar,
2. 2 bis 5 Ar,
3. 5 bis 20 Ar,
4. 20 Ar bis 1 Hektar,
5. 1 bis 2 Hektar,
6. 2 bis 5 Hektar,

kein Getreide zu verkaufen haben, sondern Getreide kaufen müssen. Besten-

falls werden die landwirtschaftlichen Betriebe von 5 Hektar bei gutem Boden den Bedarf ihres Besitzers und seiner Familie an Getreide zu decken im stande sein. Nun umfassen die ersten 4 Betriebsgruppen 2323316 Betriebe, die 5. und 6. Gruppe 1719922 Betriebe oder 76 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe. Rechnet man auf den Betrieb 3²/₃ Personen, so handelt es sich hier um eine Bevölkerung von ca. 15 Millionen, die von der Erhöhung der Getreidepreise kaum Vorteil, ja mit relativ wenigen Ausnahmen, einen direkten Nachteil durch die Verteuerung ihrer Lebenshaltung haben werden. Rechnet man die 5200000 Betriebe zu 3²/₃ Personen, so ergibt das eine landwirtschaftliche Bevölkerung von ca 19 Millionen. Von diesen haben nur etwa 4 Millionen von der Erhöhung der Getreidepreise Vorteil. Nun ist diese Zahl groß genug, um dem Staat die Pflicht aufzuerlegen, auch für sie Maßregeln zu ergreifen, durch die ihre Notlage gehoben werde. Ich wollte mit meiner Ausführung nur sagen, daß man nicht von der Not der ganzen Landwirtschaft sprechen darf. Im Uebrigen legt gerade die Abweisung des Antrages Kanitz, der so viele Hoffnungen erregt, der Regierung die Pflicht auf, alle die im Bereiche ihrer Befugnisse und in der Möglichkeit liegenden Maßregeln zu ergreifen, um die Not der Landwirte zu mildern. 1. Zu diesen Maßregeln rechne ich die Börsenreform. Durch Einschränkung des Börsenspiels beim Getreidehandel würden ungesunde Auswüchse, die auf die Preisbildung des Getreides Einfluß haben, beseitigt werden. Das Gesetz wird in diesen Tagen dem Bundesrat vorgelegt werden. 2. Die Branntweinsteuer liegt bereits dem Reichstage vor. 3. Es sind Schritte eingeleitet, um festzustellen, inwieweit die Transitläger, welche nicht zum Transithandel, sondern zum Handel im Inland benutzt werden, beschränkt oder beseitigt werden müssen. 4. In Bezug auf die Währungsfrage beziehe ich mich lediglich auf meine frühere Erklärung. 5. Die Regierung ist ernstlich beschäftigt mit einer Reform der Zuckerbesteuerung zu dem Zweck, um diesem wichtigen Zweig der Landwirtschaft eine lohnende Existenz zu sichern. Durch die preußische Landesverwaltung wird ernstlich in Erwägung gezogen, inwieweit die Tarife auf den Eisenbahnen und Wasserstraßen herabgesetzt oder modifiziert werden können. Eine Herabsetzung des Tarifs um 20 Prozent für den Transport künstlicher Düngungsmittel ist bereits ins Leben getreten. Endlich wird darauf Bedacht genommen werden, eine finanzielle Unterstützung der Rentengüter und Ausdehnung des Gesetzes auf die Arbeiterstellen herbeizuführen. Es ist zu erwarten, daß die verbündeten Regierungen auch ihrerseits alles thun werden, um in gleicher Weise die Lage der Landwirtschaft zu verbessern.

Am 30. führt Abg. Barth (frs. Vg.) aus: Der Antrag Kanitz laufe auf eine Kopfsteuer hinaus, die je nach dem höhern oder niedrigern Getreidepreise wächst oder fällt und deren Ertrag gleichsam als Liebesgabe auf die landwirtschaftlichen Betriebe je nach ihrem Umfange verteilt wird. Wie die Landwirtschaft würden auch die andern Stände die Fixierung von Mindestpreisen fordern. Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.): Ohne den Antrag Kanitz seien die deutschen Landwirte rettungslos verloren, deshalb seien auch die meisten für ihn eingetreten. Die Einführung des Importmonopols sei ebensowenig sozialistischer Natur, wie die Erhebung von Getreidezöllen. Der Antrag sei nicht unvereinbar mit den Handelsverträgen, wie eine Verhandlung mit den Vertragsmächten erweisen werde. Staatssekretär v. Marschall: Eine Unterhandlung mit den Vertragsmächten über die Revision der Handelsverträge müsse das Zutrauen in die deutsche Politik erschüttern. Die Regierung könne die Verantwortlichkeit für die Versorgung des Reiches mit Getreide nicht übernehmen. Herr Abg. Graf

Kanitz stellt es als unanfechtbares Axiom dar, daß, wenn er auf ausländisches Getreide Zuschläge erhebt nach Maßgabe des Weltmarktpreises und seiner Normalsätze, dann ohne Weiteres das inländische Getreide auf die Höhe der letzteren hinaufsteige. Das ist mir außerordentlich zweifelhaft! Der geringste Irrtum des Reichsgetreideamts, die Einführung von 500, von 5000 Tonnen zuviel wird sofort einen Teil des inländischen Getreides vollkommen unverkäuflich machen. Und wie sollen nun die Beamten des Reichsgetreideamts alle die Funktionen ausüben, die jetzt Tausende, man kann sagen, Hunderttausende von verschiedenen Personen machen? Ich halte das für vollkommen unmöglich. Ebensowenig könne das Reich garantieren, daß das vorhandene Getreide auch verkauft werde, und wenn die Käufer fehlten, nützten auch die Mindestpreise nichts. Abg. v. Vollmar (Soz.): Die Bauern würden den größten Schaden vom Antrage Kanitz haben, weil er den großkapitalistischen landwirtschaftlichen Betrieb stärken würde. Abg. v. Kardorff (RP.): Wenn nicht die Währungsfrage international geregelt würde, sei der Antrag Kanitz das einzige Rettungsmittel der Landwirtschaft. Eine praktische Ausführung des Antrages Kanitz würde wohl möglich sein auf dem Wege der Ausgabe von Einfuhrzertifikaten. Getreide würde nur dann vom Auslande zu kaufen sein, wenn ein Bedürfnis vorhanden ist. Handel und Mühlengewerbe blieben von dem Antrage ganz unberührt. Die Verweisung des Antrags Kanitz an eine Kommission von 28 Mitgliedern wird mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der freisinnigen Parteien, der Sozialdemokraten und eines kleinen Teils der Nationalliberalen angenommen. (Stürmischer Beifall rechts. Gelächter links.) (Vgl. zu dem Antrage Conrad, Jahrb. für Nationalökonomie und Statistik Bd. 9 und Schmoller, Jahrb. für Gesetzgebung und Volkswirtschaft Bd. 19.)

1. April. Glückwunschtelegramme an den Fürsten Bismarck. Das Kaiserpaar, Kaiser von Österreich, Großherzog von Baden.

Der Kaiser telegraphiert: Euer Durchlaucht möchte Ich, wie am 26. an der Spitze der Vertretung Meiner Armee, heute nochmals tief bewegt den Dank Meines Hauses sowie den Dank der deutschen Nation für Alles das aussprechen, was Sie in segensvoller Arbeit für das Vaterland gethan haben. Gott segne und beglücke den Lebensabend des Mannes, welcher immer der Stolz des deutschen Volkes bleiben wird.

Ihr dankbarer Wilhelm I. R.

Fürst Bismarck antwortet:

Seiner Majestät dem Kaiser und König, Berlin.

Eurer Majestät lege ich meinen alleruntertänigsten Dank für Allerhöchstdero huldvolle Glückwünsche zu meinem Geburtstage in tiefster Ehrfurcht zu Füßen. Bismarck.

Das Glückwunschtelegramm der Kaiserin lautet: Spreche Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche zum heutigen Tage aus.

Auguste Viktoria, Kaiserin und Königin.

Kaiser Franz Josef telegraphiert: „Mit herzlichster Teilnahme beglückwünsche ich Eure Durchlaucht zu Ihrem 80. Geburtstage und zu der hohen Genugthuung, zu welcher Ihnen dessen ehrenreiche Feier gereichen muß. Möge die Erfüllung meiner heutigen Wünsche für Ihr ungetrübtes Wohl sich auf Jahre hinaus übertragen.

Franz Josef.

Antwort des Fürsten:

„An Se. K. u. K. Apostolische Majestät.

Eure Majestät bitte ich für Höchstdero gnädige Glückwünsche zu meinem Geburtstage meinen unterthänigsten Dank entgegennehmen zu wollen.

Bismarck."

Der Großherzog von Baden: „Die Großherzogin und Ich bringen Ihnen treue Segenswünsche beim Eintritt in ein neues Lebensjahr, einem wichtigen Lebensabschnitt, von dem wir hoffen, daß noch lange Jahre in Gesundheit und Kraft nachfolgen mögen. Nochmals rufe ich Ihnen zu — so Gott will — auf Wiedersehn.

Friedrich, Großherzog von Baden."

Außerdem senden Glückwünsche u. a. König Oskar von Schweden, der König von Sachsen, der Prinzregent von Bayern, der König von Italien, der Sultan von Sansibar, die inaktiven Generale der deutschen Armee.

Im Ganzen laufen vom 31. März bis 2. April 8390 Telegramme ein, deren Wortzahl sich auf 277 697 beläuft. Die Zahl der Briefe wird auf 50 000, diejenige der Postkarten auf 110 000 bis 120 000 geschätzt.

1. April. (Berlin.) **Feier von Bismarcks Geburtstag am Hofe.**

An der kaiserlichen Festtafel zur Feier des Geburtstages Bismarcks, wobei der Kaiser ein Hoch auf den Fürsten ausbringt, nehmen auch der Präsident des Reichstags v. Buol und der zweite Vizepräsident Spahn teil, die gegen eine Beglückwünschung des Fürsten durch den Reichstag gestimmt hatten. Der erste Vizepräsident Schmidt-Bingen hatte die Einladung abgelehnt. Zur Tafel waren geladen: Die Höchsten Herrschaften aus Berlin und Potsdam, der ganze Königliche Hof, der Reichskanzler, die Ritter des Schwarzen Adlerordens, die aktiven und inaktiven Staatsminister, die Generale der Infanterie und der Kavallerie, die stimmführenden Mitglieder des Bundesrates, die Präsidenten des Reichstages und der beiden Häuser des Landtags.

1. April. (Friedrichsruh.) **Fürst Bismarck empfängt eine Deputation des Kürassier-Regiments v. Seydlitz, die der deutschen Universitätsprofessoren, die der Studenten, und eine Abordnung der Hamburger Rheder. Abends findet ein großer Fackelzug, veranstaltet vom Hamburger Reichswahlverein statt.**

Auf eine Ansprache des Rektors der Berliner Universität Professor Pfleiderer entgegnet Fürst Bismarck:

„Ich bin tief bewegt von der hohen Ehre, die Sie mir erzeigen, daß die Spitzen der deutschen Wissenschaft in Gestalt der Leiter der Universitäten mich in corpore mit ihrem Besuche beehren, um mich zu begrüßen an dem Tage, den die Natur zur Abrechnung über meine Vergangenheit mir geschenkt hat. Ich fühle, daß ich dabei der Empfänger einer Anerkennung bin, die natürlich nicht meiner Person gelten kann, sondern dem Werke, an dem ich gearbeitet habe, und das ich zu schaffen versucht habe mit allen meinen Mitarbeitern, und dem glücklich gewordenen Resultat. Es ist ja für mich erhebend und zugleich beschämend bis zu einem gewissen Grade, daß diese starke Bewegung, die ganz Deutschland in der heutigen Zeit ergreift, sich an meinen Namen knüpft, aber ich betrachte dabei meinen Namen nicht als die Hauptsache, sondern als ein Feldgeschrei, unter dem die national-

gesinnten Reichsfreunde sich geeinigt haben, um sich zu sammeln, und die Verdienste, die ich für unsere nationalen Bestrebungen habe, teile ich mit vielen, vor allen Dingen, wie ich dies vor wenigen Tagen schon gesagt habe, mit den deutschen Fürsten, mit ihren Regierungen, mit der ganzen Volkskraft so, wie sie die drei Kriege durchgefochten hat, die zur Herstellung unserer Einheit, wie ich glaube, nicht zu vermeiden waren. Der dänische Krieg wurde uns gebracht als Einleitung, der österreichische war nötig zu einer Scheidung, zur Herbeiführung eines Gottesurteils über einen tausendjährigen Streit zwischen den verschiedenen unter einander kämpfenden Deutschen, und der französische war vorauszusehen, sobald wir den österreichischen geführt hatten ohne Einmischung Frankreichs. Ich habe nie daran gezweifelt von Nikolsburg ab. Die meisten Leute waren damals — 1871 — der Meinung, daß keine fünf Jahre bis zur Erneuerung des Krieges verrinnen, es ist — wenn ich auf irgend etwas stolz bin, so ist es dies — gelungen, den Frieden seit den 25 Jahren zu erhalten und es ist keine Aussicht, daß er in kurzer Zeit gestört werden werde, während man es 10 Jahre lang teils gefürchtet, teils gehofft hat. Es rührt namentlich auch daher, daß mir, ich kann sagen der ungeteilte, oder noch nie ein so hohes Maß von Beifall meiner Landsleute zu teil geworden, daß weder mein alter Herr, noch seine Ratgeber sich haben verführen lassen durch die Erfolge, die Gott uns verliehen hat. Man ist natürlich dankbar für den Frieden; aber einen Krieg zu führen — allezeit sind wir Deutsche ad utrumque paratus: den Frieden zu erhalten, wenn es sein kann, zu fechten, wenn es sein muß. Aber ein Glück ist für jeden Fall die Zustimmung, deren ich mich sicher glaube bei der Majorität der selbständigen Deutschen — ich unterscheide genau zwischen Selbständigen und Unselbständigen — erfreue. Es ist ja keine Einstimmigkeit, aber feste und klare Aussprache für die nationalgesinnten bewirkt noch eine Scheidung. Denn es ist an und für sich immer nützlich, daß man seine Freunde und Feinde erkennt und daß wie auf dem Maskenballe die Demaskierung eintritt. Ich würde keine Freunde haben, wenn ich nicht auch Feinde hätte; man kann nicht beides zugleich, kalt und warm sein, und aus Kampf besteht das Leben in der ganzen Natur. In der Schöpfung, bei den Pflanzen — als Forstmann erlebe ich das in meinen Kulturen — bei den Insekten, an den Vögeln, von den Raubvögeln bis zu den Menschen aufwärts. Kampf ist überall, ohne Kampf kein Leben, und wollen wir weiterleben, so müssen wir auch auf weitere Kämpfe gefaßt sein. Daß unsere Gegner, auch ich möchte sagen die Gegner des Reiches — die Herren sind ja sehr gereizt gewesen, wenn ich sie Reichsfeinde genannt habe — sie sind ja theoretisch nicht Reichsfeinde, jeder von ihnen kann sich irgend ein Reich denken, mit dem er sich befreunden würde und in dem er gern leben und gern herrschen würde, vor allen Dingen aber gerade das Reich wie es existiert, wollen sie nicht und sie müssen doch selbst sagen, daß man einstweilen noch kein zweites Exemplar auftreiben kann. Ich halte also den Protest gegen den Namen Reichsfeinde für nicht berechtigt, das kann ich sagen, nachdem ich 25 Jahre gegen diese Fraktionen im Reichsinteresse habe fechten müssen. Aber ich gebe gern zu, daß es nicht theoretisch, sondern nur in Anwendung ad hoc zu nehmen ist; sie lieben dieses Reich nicht; die katholische Kirche kennt ein Reich, in dem sie eine hervorragende Stellung einnehmen würde, was sie wohl acceptieren würde. Ich habe mit dem Bischof Ketteler 1870 in dem Sinne zu verhandeln gehabt. Die Sozialdemokratie würde einem Reiche nicht abgeneigt sein, in dem die geschicktesten Redner und Agitatoren eine herrschende Stellung nicht bloß im Staate, sondern auch in der Familie und im Hause einnähmen; die Polen würden sich mit einem Reiche be-

freunden können, das auf das Weichselgebiet verzichtet und Posen und Danzig herausgibt; also Reichsfeinde theoretisch und absolut sind die Herren nicht, aber dies Reich, wie wir es haben, paßt ihnen nicht. Ich befinde mich nun am Abschlusse und schon nach dem Abschlusse des langen Kampfes mit ihnen und da ist mir bei dem Abschluß, den mir das Wohlwollen meiner Freunde verschönert, der Gedanke tröstlich, daß die Gegner offenbar kein Siegesgefühl haben, sonst würden sie nicht mit dieser giftigen verleumderischen Verbissenheit heute noch gegen mich kämpfen, wenn sie mich für einen Besiegten hielten in unserem früheren dreißigjährigen Kampfe, dann würden sie nachsichtiger sein. So ungroßmütig ist niemand, daß er einen geschlagenen Feind noch in dem Maße verfolgt und verleumdet, wie es mir heutzutage in sozialdemokratischen und Zentrumsblättern toto die geschieht. Dieser fortdauernde Zorn ist mir also eine befriedigende Quittung, daß die Herren Siegesbewußtsein nicht haben, und ich glaube auch nicht an ihren Sieg. Ich bedauere, daß der Reichstag darauf verzichtet hat, einen zweiten Präsidenten aus den Sozialdemokraten zu nehmen. Er würde dadurch die Herren der Notwendigkeit näher gerückt haben, sich zu demaskieren und über das Ziel, dem sie zustreben, gelegentlich etwas mehr Auskunft zu geben und in dem Sinne zu handeln. Daß die Sozialdemokraten keine Neigung haben, auf dergleichen einzugehen, das zeigt doch, daß sie selbst an die Möglichkeit ihres definitiven Erfolges noch nicht glauben, sonst würden sie bereitwillig dieses Hilfsmittel übernehmen. Aber sie fürchten, daß ein Moment kommt, wo sie sagen müssen: weh mir, ich bin erkannt! Und wer sie erkannt hat, der hat keine Möglichkeit mehr, mit ihnen zu gehen. Ich möchte nur empfehlen, diesen ganzen Kampf nicht zu tragisch zu nehmen. Es geht auf und ab damit, es wird auch unter Umständen mit schwerem Blutvergießen gefochten. Wir haben viel schwerere Kämpfe mit unseren heutigen Bundesgenossen gehabt, als wir im Inlande je gehabt haben, im Inlande beschränkt es sich doch auf ein homerisches gegenseitiges Schimpfen und gegenseitiges Insultieren. Es wird nicht einmal der Versuch gemacht, den Gegner zu gewinnen, sondern man sucht nur, ihn zu kränken. Das ist doch der Hauptinhalt unseres parlamentarischen und publizistischen Streites, heutzutage sagen zu können: „dem habe ich es gut gesagt, — was für eine Wirkung es macht, ist gleichgiltig“. Ich nehme deshalb diese Sache nicht so ernsthaft. Wir haben ja hier in Deutschland doch seit der Reformation und auch schon ein paar hundert Jahre vorher die Kämpfe gehabt, deren Wiederhall sich in den Stimmungen zeigt, die uns heute bewegen. Wir haben in der Reformation konfessionelle Kämpfe gehabt, den 30jährigen Krieg, nachher den 7jährigen Krieg als Analogon, was doch auch beinahe ein konfessioneller Kampf war, und wir haben uns doch wieder zusammengefunden und wir werden uns auch in Zukunft wieder zusammenfinden. Gott wird uns auch in Zukunft wieder zusammenführen. Ich möchte nur nicht, daß jemand, der kriegerischen Kampfzorn in sich fühlt auf unserer Seite, sich durch ein falsches Friedensbedürfnis und die Sorge, er könnte Schaden anrichten, wenn er den Degen zieht, abhalten läßt, ihn zu ziehen und zu fechten. Wir haben einander immer bekämpft und geschlagen in Deutschland, sei es rhetorisch, sei es kriegerisch, und es würde gewissermaßermaßen ein toter Punkt eintreten, wenn wir plötzlich Alle einig würden, wenn wir keine Fraktion hätten, wenn wir alles, wie der Kantor es vorsingt, nachsängen und das würde uns Deutschen sehr schwer ankommen. Unser Herrgott ist doch ein einsichtigerer Regent wie irdische Führer sein können, und es gibt unter uns viele Leute, die mit dem Regiment der Vorsehung innerlich, wenn sie frei reden, auch nicht vollständig zufrieden sind. Ich bemühe mich, es zu sein und das Gebet im Vater Unser: „Dein Wille

geschehe" ist mir immer maßgebend, aber verstehen thue ich diesen Willen auch nicht immer. Wir wollen den Willen der Regierung auch immer verstehen, aber wenn die Regierung selbst keinen hat suchen wir einen oder schieben einen unter. Die Männer sind auch in der Regel nicht so weise, wie die Leute meinen. — Und so möchte ich meinen Dank für Ihre Begrüßung wiederholen und Sie bitten, mit mir der weiteren Entwickelung mit voller Gemütsruhe entgegenzusehen. Man wird mit 80 Jahren kühler, wie man mit 40 Jahren gewesen ist, aber im Ganzen bleibe ich doch in der Ueberzeugung, unser Gott läßt keinen Deutschen zu Grunde gehen, am allerwenigsten Deutschland, und in dieser Beziehung danke ich Ihnen. Ich hoffe, die Herren unter Ihnen, die der Gottesgelahrtheit angehören, werden mit dafür sorgen, daß der Himmel uns günstig bleiben möge."

Auf die Begrüßung der Studentenschaft antwortet der Fürst:

Meine Herren! Ich habe soeben aus dem Munde Ihrer Lehrer, der Dirigenten unserer Hochschulen, eine Anerkennung über meine Vergangenheit erhalten, die für mich von höchstem Wert ist. Aus Ihrer Begrüßung entnehme ich die Zusage für die Zukunft, die für jemand in meinem Alter einen vielleicht noch höhern Wert hat, wie das Bedürfnis der Anerkennung. Sie werden die Gesinnungen, die sie heute durch Ihre Anwesenheit hier an den Tag legen, viele von Ihnen bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts zu bethätigen in der Lage sein, während ich seit lange zur Unthätigkeit verurteilt bin, der Vorzeit angehöre, und das ist mir ein Trost, denn der Deutsche ist nicht so organisiert, daß er das, wofür er sich in der Jugend begeistert hatte, in späteren Jahren vollständig fallen läßt. Sie werden in 40 und 60 Jahren vielleicht nicht ganz die Ansichten haben, die Sie heute haben, aber das Samenkorn, das die Regierungszeit des Kaisers Wilhelm I. in Ihre jungen Herzen gelegt hat, wird doch immer auch dann seine Früchte tragen und Ihre Auffassungsweise, wie sich je auch unsere staatlichen Einrichtungen gestalten mögen, wird immer eine deutschnationale bleiben, auch wenn Sie alt werden, weil sie es heute ist. Man löscht die Pflege des Nationalgefühls im eigenen Innern nicht mutwillig aus, man verliert sie auch nicht, auch wenn man auswandert. Ich habe ja die Beispiele, daß Hunderttausende von Deutschen heute aus Amerika, aus dem Kaplande, aus Australien mit derselben Begeisterung an dem alten Vaterland hängen, die sie zum größten Teil in den Kampf dafür geführt hat. Wir haben unsere nationale Unabhängigkeit schwer erkämpfen müssen. Die Vorbereitung, der Prolog dazu war der holsteinische Krieg. Wir mußten den Krieg mit Oesterreich führen, um uns auseinanderzusetzen. Kein Gericht konnte uns das Separationserkenntnis geben; wir mußten fechten. Nachdem wir bei Sadowa gefochten hatten, stand uns der französische Krieg bevor. Es konnte ja für niemand zweifelhaft sein, der mit der Lage Europas vertraut war. Es empfahl sich nur, ihn nicht zu früh zu führen, bevor wir die Früchte unserer norddeutschen Einigung einigermaßen unter Dach gebracht hatten. Nachdem wir ihn geführt hatten, war bei uns überall das Gerede, in 5 Jahren werden wir den nächsten Krieg zu führen haben. Es war das ja zu befürchten; aber ich habe seitdem es als meine Aufgabe betrachtet, ihn zu verhindern. Wir Deutsche hatten keinen Grund mehr, Krieg zu führen: was wir brauchten, hatten wir, darüber hinaus zu fechten aus Eroberungsbedürfnis für Annexion von Ländern, deren wir zu unserer Genugthuung nicht bedurften, ist mir als eine Ruchlosigkeit erschienen, ich möchte sagen als eine bonapartistische Ruchlosigkeit, als eine ausländische, die nicht in unserem germanischen Gerechtigkeitsgefühl liegt. Ich bin also, nachdem wir in unserm Hause uns so ausgebaut und aus-

gedehnt hatten, wie wir es zu bedürfen glaubten; immer ein Mann des Friedens gewesen und habe selbst kleine Opfer nicht gescheut. Der Mächtige kann unter Umständen nachgiebig sein. Weder die Karolinen noch Samoa waren den Krieg wert, den wir dafür hätten führen müssen. Kriegerischen Ruhm bedurften wir nicht, Ansehen auch nicht, das ist eben der Vorzug des germanischen Charakters unter allen übrigen, daß er seine Befriedigung in der Anerkennung des eigenen Wertes findet und kein Bedürfnis nach Prestige, Herrschaft und Vorrecht hat, daß er sich selbst genug, darauf habe ich gehalten und es ist in der Politik viel leichter sich zu sagen was man vermeiden, als sich zu sagen was man thun muß. Gewisse Grundsätze der Ehrlichkeit und der Tapferkeit untersagen uns dies, wie beim Manöver gewisse Felder zur Betretung verboten sind. Aber etwas ganz anderes ist die Entschließung darüber, was geschehen soll, und darüber kann niemand eine sichere Voraussicht haben, denn die Politik ist eine Aufgabe, mit der eigentlich nur die Schiffahrt in unbekannten Meeren eine Aehnlichkeit hat. Man weiß nicht, wie das Wetter, wie die Strömungen sein werden, welche Stürme man erlebt. In der Politik kommt noch dazu, daß man wesentlich von den Entschließungen anderer mit abhängig ist, auf die man gerechnet hat und die nachher nicht eintreffen, daß man nie vollkommen selbständig handeln kann und wenn die Freunde, auf deren Unterstützung man angewiesen ist, ihre Ansicht ändern, wofür man nicht gut sein kann, so ist der ganze Plan mißlungen. Also Unternehmungen in der Politik sind außerordentlich schwer und wenn sie gelingen, so soll man Gott danken, daß er seinen Segen dazu gegeben hat und nicht herummäkeln an Kleinigkeiten, die diesem und jenem fehlen, sondern die Situation acceptieren, so wie Gott sie macht. Denn der Mensch kann den Strom der Zeit nicht schaffen und nicht lenken, er kann nur darauf hin fahren und steuern, mit mehr oder weniger Erfahrung und Geschick. Er kann Schiffbruch leiden und stranden und auch zu guten Häfen kommen. Wenn wir nun zu guten Häfen gekommen sind, so wollen wir zufrieden sein und pflegen und erhalten, was wir gewonnen haben in Kaiser und Reich, so wie es ist, nicht so, wie es einzelne wünschen könnten, mit etwas mehr Zuthaten von dem, was jedem gerade am nächsten am Herzen liegt, sowohl in konfessioneller wie in sozialer Beziehung, sondern wir wollen sorgfältig festhalten, was wir haben. Deutschland ist ein mächtiges Reich gewesen unter den Karolingern, den Sachsen und Hohenstaufen, und wie es einmal diese Stellung verlor, so sind fünf, sechs Jahrhunderte vergangen, ehe es so zu sagen wieder auf die Beine kam. Die politischen Entwickelungen gehen so langsam wie die geologischen, die Schichten legen sich übereinander und erzeugen neue Bänke und neue Gebirge, aber ich möchte vor allen Dingen die jungen Herren bitten, geben Sie sich dem deutschen Bedürfnis der Kritik nicht all zu sehr hin, acceptieren Sie, was uns Gott gegeben hat und was wir mühsam unter dem bedrohenden — Angriff kann ich nicht sagen — aber Gewehranschlag des übrigen Europas ins Trockene gebracht haben. Es war nicht so sehr leicht. Wären wir vor den europäischen Seniorenkonvent vor Abschluß unserer französischen Angelegenheiten zitiert worden, wir wären lange nicht so gut weggekommen, wie es geschehen ist, und meine Aufgabe ist es gewesen, dies nach Möglichkeit zu verhindern. Daß dabei nicht alles erreicht werden konnte, was jeder wünschte, ist natürlich und ich spreche davon nur, um die Nachsicht derer in Anspruch zu nehmen, die ganz berechtigt sind, mehr zu erwarten, vielleicht auch mehr zu erstreben, aber nur nicht zu früh und nur nicht zu rasch. Halten wir vor allen Dingen zunächst fest, was wir haben; wer die meisten Opfer für die Herstellung des deutschen Reiches gebracht hat, sind offenbar die deutschen Fürsten, der

preußische nicht ausgenommen, und mein alter Herr hat lange gezögert, ehe er seine Unabhängigkeit bereitwillig aufgab an das Reich. Also seien wir Denen dankbar, die für das Reich Opfer gebracht haben, die den Dynastien schwer fallen mußten nach der ganzen deutschen tausendjährigen Geschichte. Seien wir denn auch der Wissenschaft und ihren Pflegern dankbar, daß sie auf ihrem Herd das Feuer der Einheit erhalten haben, bis die Zeit kam, da ihm wieder Brandstoff zugeführt wurde und es höher aufflammte und uns eine befriedigende Leuchte und Wärme gewährte. Also ich möchte vor allen Dingen — Sie werden mir sagen, ich bin ein alter Konservativer — mich dahin zusammenfassen: Halten wir, was wir haben. Vor allen Dingen, ehe wir neues versuchen, fürchten wir uns auch nicht vor denjenigen, die uns das nicht gönnen, was wir haben. Es sind Kämpfe in Deutschland ja immer gewesen und die heutigen Fraktionsspaltungen sind ja doch nur die Nachwehen der alten deutschen Kämpfe in den Städten zwischen den Geschlechtern und Zünften, in den Bauernkriegen zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden, in den Religionskriegen, im dreißigjährigen Kriege. Alle diese tiefgehenden, ich möchte sagen geologischen Spaltungen im deutschen Boden lassen sich nicht mit einem Schlage vertilgen und wir müssen mit unserem Gegner doch auch Nachsicht haben und auch nicht darauf verzichten, unsererseits zu fechten. Das Leben ist Kampf in der ganzen Schöpfung und ohne innere Kämpfe kommen wir zuletzt beim Chinesentum an und versteinern. Ohne Kampf kein Leben, nur muß man in allen Kämpfen, sobald die nationale Frage auftaucht, doch immer einen Sammelpunkt haben, und das ist für uns das Reich. Nicht wie es vielleicht gewünscht werden könnte, sondern wie es besteht, das Reich und sein Kaiser, der sein Vertreter ist, und deshalb bitte ich sie, mit mir einzustimmen in das Wohl auf Kaiser und Reich, und mögen Sie anno 1950, so viel von Ihnen dann noch leben, mit voller Zufriedenheit den Toast dann abermals ausbringen: Kaiser und Reich hoch, hoch, hoch!

Beim Fackelzug sagt der Fürst u. a.:

„Wenn alle Hamburger und Bremer, die in Südamerika leben, heimkehren wollten, so würde ich das für viel verhängnisvoller halten, als wenn alle amtlichen Vertreter des Deutschen Reiches in jenem Weltteil verschwänden. Ich halte den Hamburger Kaufmann für einen ungleich geschickteren Vermittler, ich habe für unsere Kolonialpolitik gehofft, daß sich draußen dort eine kaufmännische Regierung ausbilden würde — nun, ich will nicht auf den Irrweg der Kritik, dessen was geschieht oder geschehen sollte, kommen — aber ich hoffe sicher, daß wir auch in Afrika noch einmal zu dem System kommen werden, das England in Ostindien so groß gemacht hat, daß der Kaufmann dort regiert, der besser weiß, was dazu gehört, als das am Aktenschrank und Aktentisch möglich ist. Und in diesem Sinne und in der Hoffnung, die ich hier ausgesprochen, bitte ich Sie auf Ihre von mir hochgeschätzte und geliebte Vaterstadt ein Hoch auszubringen. Ich habe leider seit Jahr und Tag von Ihnen fernbleiben müssen wegen der körperlichen Hinfälligkeit, die mich in Kissingen befiel als ein schwerer Schlag und dazu kommt die Vereinsamung meines Hauses, die mich fernhielt. Ich bitte Sie also: die freie und Hansestadt Hamburg sie lebe hoch!“

1. April. Preßstimmen zu Bismarcks Geburtstag.

Die konservativen und mittelparteilichen Blätter bringen durchweg Festartikel, in denen sie Bismarck als den größten Staatsmann des Jahrhunderts feiern, die Urteile der freisinnigen und klerikalen Presse lauten verschieden, die der sozialistischen absprechend, manche Zeitungen wie die „Volkszeitung“ nehmen gar keine Notiz von dem Feste.

Der „Reichs-Anzeiger" schreibt im amtlichen Teile: „Fürst Bismarck vollendet heute das achtzigste Lebensjahr. Die zahllosen Beweise aufrichtiger Liebe und Verehrung, welche ihm aus diesem Anlaß von nah und fern, von hoch und niedrig in den letzten Tagen und Wochen zu teil geworden sind, legen Zeugnis davon ab, daß die Dankbarkeit für seine unsterblichen Verdienste um Deutschlands Macht und Größe unauslöschlich in den Herzen des deutschen Volkes eingegraben ist. Möchte den heißen Wünschen für sein ferneres Wohlergehen, die heute überall, wo Deutsche zusammenwohnen, zu Gott emporsteigen, Erfüllung beschieden sein und Deutschlands großer Sohn noch lange Jahre hindurch die Freude haben, das von ihm im Dienste seines glorreichen Heldenkaisers geschaffene Werk der deutschen Einheit immer mehr wachsen und sich befestigen zu sehen!"

Die (klerik.) „Köln. Volksztg." vergleicht die Bismarckfeier mit der sozialdemokratischen Demonstration an den Gräbern der am 18. März 1848 in Berlin Gefallenen: „Wer die Massenbesuche im Friedrichshain (am 18. März) gesehen hat, dürfte ihnen — wenn er überhaupt politisches Verständnis hat — ungleich mehr Bedeutung zuschreiben, als den Bismarckkommersen der Bourgeoisie und ihres Anhangs."

„Westfälischer Merkur (ultramontan): „Dem Mitbegründer und ersten Kanzler des neuen Deutschen Reiches Fürsten Otto von Bismarck, Herzog von Lauenburg, wollen auch wir zur heutigen Vollendung seines 80. Lebensjahres ein ehrlich gemeintes „Ad multos annos!" zurufen. Möge ihm — zu seiner eigenen Freude wie zur Freude der Seinen — in dem stillen Burg- und Waldfrieden von Friedrichsruh, Varzin und Schönhausen zu ungestörter Vorbereitung für die Ewigkeit noch ein langer Lebensabend voll Ruhe, Frieden und Zufriedenheit beschieden sein, ein gerüttelt und geschüttelt volles Maß von otium cum dignitate.

Der „Vorwärts" schreibt über die Feier des 1. April: „Der 1. April 1895 war ein Ehrentag des deutschen Volkes. Alles, was Macht, Reichtum und sonst materiellen Einfluß hat, mühte sich ab, den 80. Geburtstag des schlimmsten Despoten der Neuzeit zu einem Volksfest zu machen. Allein das Volk hat allen Demagogenkünsten — allen Ueberredungen und Verlockungen widerstanden. Es überließ es seinen Feinden, vor ihrem Häuptling auf dem Bauche zu rutschen, und nahm die Schmach nicht auf sich, seine eigene Schande zu feiern. Die uns vorliegenden Nachrichten aus allen Teilen von Deutschland stimmen darin überein, daß das Volk überall, wo es eins gibt, sich dem Rummel ferngehalten hat."

Von den freisinnigen Zeitungen veröffentlichen Huldigungsartikel u. a. die „Voss. Ztg.", „Weser Ztg.", „Saale Ztg.", „Danzg. Ztg.", „Frankf. Ztg.", „Börsen-Courier".

2. April. (Friedrichsruh.) Fürst Bismarck empfängt eine Deputation der Münchener unter Führung des Bürgermeisters, die ihm den Ehrenbürgerbrief überreicht. Auf eine Ansprache erwidert er:

„Meine Herren, ich bin Ihnen vom Herzen dankbar, daß eine so angesehene Stimme wie die der Hauptstadt des mächtigen Bayernlandes sich den Adressen, den Anerkennungen zugesellt, die ich am gestrigen und am heutigen Tage erfahren habe und ich freue mich noch des Empfanges in München vor drei Jahren, der schon ein Vorspiel der heutigen Auszeichnung war. Ich freue mich, mit der Stadt wieder in nähere Berührung zu kommen und auf diese Weise sagen zu können, daß ich wirklich Münchener Bürger bin und als solcher mein Spatenbräu mit mehr bayerischem Bewußtsein

und Genuß trinke." Der Fürst spricht sodann über das Verhältnis der deutschen Stämme zu einander und schließt: „Die Deutschen sind doch wie das Ehepaar in dem Molièreschen Stücke, ich glaube es heißt Le médécin malgré — wir sind immer miteinander im Kampf wie das Ehepaar, die miteinander unverträglich sind, aber sobald sich ein Dritter einmischt, wird die Sache so, daß er froh ist, wenn er mit heiler Haut davon kommt. Und so ist es bei uns Deutschen auch gewesen: die französische Provokation war eine von Gott gesandte Wohlthat, die uns einig machte. Der Sieg, der uns verliehen worden ist und daß er gemeinschaftlich erfochten worden ist und daß Jeder sagen kann, Ich war auch dabei und mit dem Blute meiner Landsleute ist das Reich auch gekittet worden, ist eine Gabe Gottes. Gott erhalte es so!"

3. April. (Kiel.) Der Kaiser wohnt dem Stapellauf eines Panzerschiffes bei, dem er den Namen „Ägir" gibt.

4. April. (Berlin.) Eine außerordentliche Versammlung des Handelstages erklärt sich gegen jede Änderung der Goldwährung und gegen den Antrag Kanitz.

5. April. (Preußen.) Der Justizminister erläßt eine allgemeine Verfügung zur Verminderung des Schreibwerks bei den Justizbehörden.

5. April. Der „Reichs-Anzeiger" bringt folgenden kaiserlichen Dankerlaß anläßlich der Bismarckfeier:

Seiner Majestät dem Kaiser und König sind aus Anlaß der Feier des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck, Herzogs von Lauenburg, zahlreiche Huldigungstelegramme von Festversammlungen und Vereinen, von städtischen Behörden und einzelnen Personen zugegangen. Seine Majestät haben diese Kundgebungen, deren Beantwortung im einzelnen unmöglich ist, mit Genugthuung entgegengenommen und Allerhöchstihre Freude über diesen Ausdruck patriotischer Gesinnung zu erkennen gegeben.

5. April. (Friedrichsruh.) Fürst Bismarck sendet dem Oberbürgermeister Zelle für die Gratulation des Berliner Magistrats folgendes Dankschreiben:

„Friedrichsruh, den 5. April 1895.

Eurer Hochwohlgeboren sage ich für die warme und ehrenvolle Begrüßung, die ich in so glänzender Ausstattung durch Ihre freundliche Vermittelung zu meinem Geburtstage erhalten habe, meinen verbindlichsten Dank, und bitte den Ausdruck desselben den Herren vom Magistrat übermitteln zu wollen. Der Glückwunsch des Magistrats der Residenzstadt hat mich um so wohlthuender berührt, als mich an Berlin und seine Bevölkerung alle Erinnerungen meiner Jugend und meiner amtlichen Thätigkeit knüpfen, und Berlin für mich mehr als meine Geburtsstätte eine Heimat geworden ist, in der ich die meisten und wichtigsten Jahre meines vergangenen Lebens zugebracht habe. Ich freue mich, unter den wohlwollenden Begrüßungen, die mir von allen Wohnplätzen deutscher Landsleute zugehen, insbesondere die unserer Haupt- und Residenzstadt zu erhalten.

v. Bismarck.

6. April. (Leipzig.) Prozeß Leist (vgl. 1894 S. 164).

Das Reichsgericht verurteilt den früheren Kanzler von Kamerun Leist zur Dienstentlassung unter Belassung der halben Pension auf drei Jahre und in die Kosten.

8. April. (Friedrichsruh.) Fürst Bismarck empfängt ungefähr 800 Lehrer höherer Lehranstalten und erwidert auf eine Ansprache:

„Meine Herren! Ich danke Ihnen zunächst herzlich für die Adresse, die ich soeben gehört habe, und wende mich dann an unsere Kommilitonen — aber ich bitte, ich bin selbst alt und kahl genug, um zu wissen, was das heute heißt, im bloßen Kopfe! — Meine Herren, die Ehre, die Sie mir erwiesen, bildet einen Bruchteil der mannigfaltigen Auszeichnungen, die mir heutzutage aus allen deutschen Ländern und darüber hinaus zu Teil werden und zwar mir als dem Erben meiner Mitarbeiter von der Zeit Kaiser Wilhelms I. Ich stehe mit denen gewissermaßen in dem Verhältnis eines Tontine-Vertrages: der Ruhm der Absterbenden erbt auf die Ueberlebenden zusammen (Rufe nein! Eigener Ruhm!) und so fällt auch mir, der ich entweder jünger zur Arbeit gekommen bin oder langlebiger geschaffen bin, ein Anteil an der Gesamtheit des Ruhmes meiner Mitarbeiter mit in das Kredit hinein. Wenn ich das nicht so auslegen könnte, so würde es überwältigend und demütigend auf mich wirken wie eine Ueberschätzung. Ich habe als einzelner meine Schuldigkeit in meinem Dienste gethan als meines Königs Mitarbeiter, und Gottes Segen hat es gedeihen lassen. Aber ich muß auch Ihres Anteils an diesem Segen noch gedenken. Sie sprachen in der eben verlesenen Ansprache von der Dankbarkeit, die der Lehrerstand mir gegenüber empfinde. Meine Herren, das Gefühl ist ein gegenseitiges. Das ist für mich zum Durchbruch gekommen in der Zeit meiner politischen Arbeit. Hätte ich nicht die Vorarbeit des höheren Lehrerstandes in unserer Nation vorgefunden, so glaube ich nicht, daß mein Werk, oder das Werk, an dem ich mitgearbeitet habe, in dem Maße gelungen sein würde. Ihnen hat die Pflege der Imponderabilien obgelegen, ohne deren Vorhandensein in der gebildeten Minorität unseres Volkes die Erfolge, die wir gehabt haben, nicht möglich gewesen sein würden. Die Liebe zum Vaterlande, das Verständnis für politische Situationen, für diese und andere Eigenschaften werden die Keime gelegt in dem Stadium des Menschenlebens, welches Ihrer Pflege vorzugsweise anheimfällt. Unsere Erziehung gehört bis zum 14. Jahre der Volksschule oder bis zum 19. der höheren Schule, nachher der Universität, dem Leben und den Frauen. Das durchschnittliche Alter, bis zu dem die Jugend Ihrer Pflege und Erziehung unterliegt, schließt mit dem 19., 20. Jahre des Abiturienten in der Regel ab, manchmal später, manchmal früher. Aber der Charakter des jungen Mannes legt sich gerade in dieser Zeit fest. Es ist nicht sehr oft der Fall, daß er auf der Universität oder später eine Modifikation erleidet, wenigstens nicht in der Liebe zum Vaterlande, die ihm auf der höheren Schule eingeprägt worden ist. Die Erfolge der nationalen Entwickelung eines jeden Landes beruhen hauptsächlich auf der Minorität der Gebildeten, die das Land enthält. (Bravo!) Ich habe bei irgend einer neulichen Gelegenheit einmal gesagt: Eine Verstimmung der abhängigen Massen kann eine akute Krankheit hervorrufen, für die wir Heilungsmittel haben; eine Verstimmung der gebildeten Minorität ruft eine chronische Krankheit hervor, deren Diagnose schwer ist und deren Heilung langwierig. (Bravo!) Und deshalb lege ich das Hauptgewicht auf die Erziehung und die Gesinnung der gebildeten Klassen in jedem Lande. Wir können bei uns — von den dynastischen

Persönlichkeiten sehe ich ganz ab, aber die Leitung der Geschicke eines Landes ruht überall thatsächlich und unmittelbar in den Händen der gebildeten Klassen — wir können bei uns in Deutschland, zunächst in den regierenden Kreisen, unter den Beamten, keine Leute verwenden, die nicht durch Ihre Hände, möchte ich sagen, gegangen sind, wir können kein Parlament haben, dessen führende Leute nicht der gebildeten Minderheit der Bevölkerung angehören. Dieselben können über die Führung von Massen ohne eigenes Urteil unter Umständen zum Teil bestimmen, aber die Erziehung des Urwählers liegt nicht in ihrer Hand. Auch im Parlamente gehören die Leiter den gebildeten Klassen an; im Heere wäre unser ganzer Offizierstand ohne unsere wissenschaftliche — mir fällt kein besserer Ausdruck augenblicklich ein — ohne unsere Bildung überhaupt gar nicht möglich. Unser Offizierkorps, einschließlich des Unteroffizierkorps, was sich nach ihm bildet, ist eine unnachahmliche Schöpfung für alle übrigen Nationen. Sie machen es uns darin nicht gleich (lebhafter Beifall), und das ist das Produkt unserer gesamten höheren Schulbildung, nicht der Volksschulbildung, sondern der Bildung und Erziehung der höher stehenden Klassen, die sich dort vertreten finden. Auch unsere industriellen Leiter kennen diese Vollkommenheit unserer Industrie, die zuletzt dahin führt, daß es in der ganzen englischen Handelswelt heutzutage als eine Empfehlung gilt, wenn auf einer Ware steht: made in Germany (lebhaftes Bravo!), auch das ist eine Wirkung desjenigen Bildungsstadiums, wie die höheren Schulen es liefern. Unsere Kaufleute über See, die unsere besten Pioniere sind (Bravo!), würden ebenfalls ohne die deutsche Schulbildung das nicht leisten; ich spreche nicht von unseren kolonialen Beziehungen, sondern von den mir als Hamburger Nachbar nächststehenden Beziehungen zu Amerika. Die wirksame Erhaltung der Wechselwirkung zwischen Gesamtamerika, Nord und Süd, und Europa beruht hauptsächlich auf unserem gebildeten Kaufmannsstande, und der würde nicht gebildet sein ohne unsere höheren Schulen. Ich könnte in dieser Darlegung der politischen Wirkung der Imponderabilien, die auf unseren höheren Schulen in das Gemüt des deutschen Jünglings gepflanzt werden, vielleicht noch weiter gehen, aber ich will es lieber an einem Beispiele aus dem Auslande erörtern. Als ich in Versailles in Quartier lag, habe ich gelegentlich die Schulhefte der Söhne meiner Hauswirte durchgesehen (Heiterkeit) und da bin ich ganz erstaunt gewesen über die ungeheuerliche geschichtliche Lüge, die in allen französischen höheren Schulen kultiviert wird, von Ludwig XIV. ab bis auf die heutige Zeit. Was hat das für Folgen? Daß der junge Franzose von Haus aus ein falsches Bild über die Bedeutung seiner eigenen Nation, über deren Berechtigung zur Macht bekommt und daß er mit einem Hochmut in die Welt tritt, von dem das deutsche Sprichwort sagt, daß er vor dem Fall kommt. (Lebhaftes Bravo!) Dem gegenüber befleißigt sich unsere höhere Schulleitung, soviel ich weiß, der Wahrheit und pflegt unter anderen Eigenschaften, mit denen Gott die deutsche Nation ausgestattet hat, auch die der Bescheidenheit (lebhaftes Bravo), was ich für in hohem Maße wichtig und nützlich halte. Die Selbstüberschätzung tötet den Erfolg im Keim (Bravo) und von der halten wir uns fern; die Wahrheit wird bei uns gelehrt, vielleicht unter verschiedener Beleuchtung, aber doch jeder von seinem Standpunkte bestrebt sich, seinen Schülern die Wahrheit beizubringen, und ich habe es auch im politischen Leben stets für nützlich gehalten, wahr zu bleiben (lebhaftes Bravo!), um den Mut zu behalten. Ich habe dadurch manche Feinde erworben und manches Wort gesprochen, was zu den übelwollendsten Deutungen Anlaß geben kann; aber im ganzen: das Gesamtresultat ist für mich doch ein nach menschlicher Unvollkommenheit in hohem Maße befriedigendes.

(Lebhaftes Bravo.) Ich habe ja auch recht viele Gegner, aber das Wohlwollen der Majorität der unabhängigen und gebildeten Leute darf ich, glaube ich, für mich in Anspruch nehmen. (Bravo.) Es wird das vielleicht nicht immer die Majorität der Urwählerziffer decken (Heiterkeit), aber es ist doch für mich das entscheidende Prinzip auf die Dauer und für die Dauer der Einrichtungen, die wir uns gegeben haben. Und deshalb, wenn ich am Ende meiner Laufbahn stehe, so ist es mir ein beruhigendes Gefühl, daß die Sonne, die mir untergeht, mir ein schönes Abendrot zeigt. Als Landwirt bin ich gewohnt, das Abendrot als einen Propheten von gutem Wetter für den morgenden Tag anzusehen, und so wünsche ich Ihnen allen, meine Herren für die Tage, die kommen, gutes Wetter. Sie sind zum großen Teile in Ihrer sozialen und materiellen Stellung mit Recht unzufrieden. (Zustimmung.) Es existiert ein Mißverhältnis zwischen der Bedeutung, die, wie ich vorher zu schildern mir erlaubt habe, der höhere Lehrerstand für unsere nationale Zukunft hat und zwischen deren bisheriger Würdigung. (Sehr richtig.) Die Gewalt, die in dem Einflusse der Schule, der höheren Schule, auf die gebildeten Klassen besteht, die Wichtigkeit der gebildeten Klassen für das Gedeihen einer Nation wird heutzutage erheblich unterschätzt, und ich hoffe, daß darin sich allmählich auch eine Aenderung zum Besseren anbahnen wird. Ich meinerseits halte sie für notwendig, wenn wir die Erfolge, die wir mit Hilfe der Fürsten, der Armee errungen haben, auf die Dauer befestigen und dauerhaft machen wollen. Es ist schon eine erhebliche Wirkung des Einflusses der Gebildeten, daß die Frauen gewonnen worden sind im Großen und Ganzen für unsere nationale Entwickelung. Das war früher nicht. Wenn ich 50 Jahre zurückdenke, da kümmerten sie sich wenig darum (Heiterkeit), aber heutzutage halten sie ihre Kinder an, daß sie vor allen Dingen daran denken, daß sie Deutsche sind. (Lebhaftes Bravo.) Und dieser Same, der in das Gebiet des Ewig-Weiblichen gefallen ist, liegt tiefer und dauert länger als unsere Männerstreitigkeiten, und der wird uns auch einmal herausreißen, wenn es schlimm wird. Meine Herren, im Sinne meiner Betrachtungen, die ich mir erlaubte, Ihnen vorzutragen, bitte ich Sie ohne Rücksicht auf den darin liegenden Egoismus mit mir einzustimmen in ein Hoch auf den deutschen Lehrerstand. Er lebe hoch, hoch und abermals hoch! Ich könnte Ihnen noch viel sagen, aber ich kann so lange nicht stehen. Mein Herz ist noch voll für Sie, aber ich muß mich bescheiden.

9. April. (Friedrichsruh.) Fürst Bismarck empfängt Lehrer und Schüler des Gymnasiums von Jever. Er spricht seine Freude aus, einmal Jeversche Gesichter zu sehen, nachdem er bisher nur auf der Basis des Kiebitzes Beziehungen zu Jever gehabt habe.

10. April. (Friedrichsruh.) Fürst Bismarck empfängt eine Deputation der Deutschen in Odessa.

In seiner Ansprache weist er ihnen die Aufgabe zu, die guten Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland zu kultivieren, „da wir gar keinen Grund haben, mit den Russen zu zanken. Wir wollen nichts von ihnen, wir haben Polen genug und die Russen auch, sie können weder Königsberg noch Posen brauchen; also wir sind in der für Großmächte wünschenswerten Lage, daß wir einander nichts zu beneiden haben, und daß keiner von uns beiden etwas besitzt, was dem Nachbar begehrenswert erscheint, ein seltener Fall in der Politik. Auch außerdem ist kein Grund zur nationalen Antipathie. — — — — — — — — — — — — — — —

Rußland ist jedenfalls ein besserer Nachbar, als mancher anderer; jedenfalls ist mit Rußland als Nachbar leichter zu leben, als es mit Polen sein würde. Deshalb bleiben Sie gut Deutsch, aber schädigen Sie die russische Freundschaft nicht."

10. April. (Friedrichsruh.) Fürst Bismarck empfängt die Direktoren des Norddeutschen Lloyd, die ihm ein Modell des Schnelldampfers Prinz Luitpold überreichen. Auf eine Ansprache antwortet er:

„Schon vor 600 Jahren hat die Bremer Flagge in den Kreuzzügen als eine Hauptstütze des Deutschen Kaisers und des Deutschen Reiches eine Rolle gespielt. Ihnen, die Sie die Geschichte Ihrer Vaterstadt kennen, wird der Name des Bremer Rheders Walbot, der später der Gründer eines rheinischen Grafengeschlechts geworden ist, nicht unbekannt sein. Damals trugen die Bremer Handelsschiffe ihre Flagge in das Mittelmeer und zu der syrischen Küste und waren die eigentlichen Stifter des Deutschen Ordens, der nachher eine große und mächtige Gemeinschaft geworden ist. Dieser nationale Geist in unseren Küstenländern, die Sie „de Waterkant" nennen, ist nachher ungeteilt erhalten geblieben und durch nichts vom gemeinsamen Interesse abgeleitet. Er ist immer ein nationaler geblieben; diese reichsstädtische und republikanische Verfassung hat sich vom Partikularismus freier gehalten, als es im Inlande, von Preußen bis Baden gerechnet, der Fall gewesen ist. Die Uneinigkeit der Deutschen beruht nicht, wie man gewöhnlich meint, auf der Stammesverschiedenheit, man kann nicht sagen, daß die Bayern und Sachsen sich nicht vertragen, wenn sie bei einander sind, sondern es sind die dynastischen Verschiedenheiten, welche Grenzen geschaffen haben, die das Gebiet gleicher Stammesgenossen quer durchschneiden, zwischen den plattdeutschen Altmärkern und den plattdeutschen Lüneburgern, zwischen den Wettiner Landschaften und dem alten Thüringen, wie in den hohenzollernschen Gebieten, und wie dort in Schwaben die Beispiele am schärfsten sind, wie der Schwabe gegen den Schwaben sich abschanzte als Reichsritter in den Reichsdörfern und Reichsstädten, so war es auch in Westfalen. Man muß also nicht die Stammesverschiedenheit anklagen. Es ist die Verschiedenheit der Herrscher gewesen, die Fürsten vertrugen sich nicht unter einander, und so wurden die Unterthanen nach der Farbe der Uniform, die sie trugen, veranlaßt, auf einander zu schießen. Daß dies beseitigt worden ist, danken wir den regierenden Autoritäten, die auf das traurige Privilegium verzichtet haben, ihre deutschen Unterthanen gegen einander fechten zu lassen, und da sind die hanseatischen Regierungen besonders nützlich und wirksam gewesen. Sie haben Sonderinteressen gehabt, aber sie haben schließlich doch das Gefühl, einem großen deutschen Volke anzugehören, behalten, weil sie die deutsche Flagge zur See beinahe allein vertreten haben."

15. April. (Friedrichsruh.) Fürst Bismarck empfängt etwa 70 Herren und Damen aus Steiermarck und eine Abordnung österreichischer Studenten, die ihm unter mehreren Ansprachen einen Pokal mit steirischem Wein überreichen. Er erwidert:

„Meine Herren! Ich danke Ihnen für Ihren Besuch, für Ihr Hierherkommen zu diesem Zweck und in dieser Zeit und sehe in diesem Strauß, gemischt von den Blumen der Ebene, dem Heidekraut und der

Alpen, ein Symbol unserer Zusammengehörigkeit. Man kann wohl sagen, die Farben kleiden sich gegenseitig und sie passen zusammen. (Rufe: Heil!) Unter allen Auszeichnungen, die mir an meinem 80. Wiegenfest erwiesen wurden, schätze ich diese ganz besonders wegen ihrer geschichtlichen Bedeutung; ich schätze sie um so höher, als dieser Besuch sich anschließt an eine huldreiche Begrüßung, mit der Se. Majestät Ihr Landesherr mich beehrt hat. Darin und in Ihrem Besuch vergegenwärtigt sich mir die Erinnerung an die Zeit — ich glaube, es war vor 16 Jahren, als ich von Gastein über Linz nach Wien fuhr, nur durch deutsches Land und deutsche Bevölkerung — als ich in Wien ankam — aber meine Herren wollen Sie nicht aufsetzen, es ist ein rauher Wind hier im Norden — wo ich mit einer Herzlichkeit empfangen wurde, die mich befestigte in dem Gedanken, daß wir irgend einen Ersatz für die alten Beziehungen der Bundesgenossenschaft, die uns verbunden hatte, herstellen mußten trotz aller Hindernisse, die sich dagegen auftürmten. Unsere Zusammengehörigkeit ist ja, wie der erste Herr Redner bemerkte, älter wie ein Jahrtausend und reicht bis in die Sagenzeit zurück, aber auch die weitergehenden Konsequenzen des Bündnisses, das wir vor 16 Jahren in Wien abgeschlossen; der Dreibund reicht in seinen Ursprüngen doch fast auf dieselbe Zeit zurück. Die alte deutsche Kaiserherrschaft des heiligen römischen Reiches erstreckte sich ja von der Nordsee bis nach Apulien und theoretisch gehörte ganz Italien dazu — thatsächlich nicht immer — die Kämpfe in dieser großen Gemeinschaft blieben uns nicht erspart. Es ist eine eigentümliche Fügung des Schicksals und der göttlichen Vorsehung, daß dieses große gewaltige Gebiet von ganz Zentraleuropa, das ich eben bezeichnete, sich, nachdem es durch Schicksalsfügungen und viele Kämpfe getrennt und zerrissen war, doch schließlich heut zu Tage wieder zusammen gefunden hat. Unser Dreibund deckt ungefähr die alte anspruchsvolle Kaiserherrschaft der Nachfolger Karls des Großen nach Aussonderung von Gallien, unserem heutigen Frankreich; daß in dieser Verbindung ein Beweis von imponderabeln Verbänden und Beziehungen dieser ganzen großen Ländermasse gegeben ist, ist meine Ueberzeugung. — Ich muß es den Geschichtslehrern überlassen, sie zu vertreten, wenn sie sie mit mir theilen. Ich glaube wir werden dauernd zusammengehören und zusammenbleiben können mit mehr Dauer, als wir früher in Frieden mit einander gelebt haben. Wenn wir zurückblicken auf die innere Geschichte dieser großen Ländermasse, welche das alte angeblich heilige römische Reich (Heiterkeit) in sich vereinigte, so finden wir doch kein Jahrhundert ohne die schwersten Kämpfe der Reichsangehörigen untereinander. Aber wir müssen uns dadurch nicht entmutigen lassen, denn dieselbe Erscheinung fehlt in keinem der anderen europäischen Länder, auch in denjenigen nicht, die durch eine von Haus aus einheitliche Nationalität auf inneren Frieden viel mehr angewiesen waren wie dieses Mosaik von Zusammensetzung, was das alte deutsche Reich war. — Sehen Sie nach England, wie es im Mittelalter von Bürgerkriegen erfüllt war. Sie haben im vorigen Jahrhundert mit der Schlacht von Culloden ein Ende gefunden und der innere Frieden ist doch im heutigen England auch noch nicht vorhanden. Sehen Sie nach Frankreich — eine scharf und leidenschaftlich entwickelte, einheitliche Nationalität; — wir haben die letzten Bürgerkriege noch selbst vor 25 Jahren vor Paris mit ansehen können; Gott gebe, daß es die letzten seien. Sehen wir nach Spanien — eine stolze einheitliche Nationalität — die innern Kriege hören nicht auf. Italien an sich ist davon nicht frei gewesen. Ich will die Beispiele nicht weiter ausdehnen, ich will nur daraus deduzieren, daß wir Deutsche doch darum nicht an unserer einheitlichen Zukunft verzweifeln müssen, weil wir uns mitunter im Laufe der letzten

Jahrtausende viel mit einander gerauft haben. (Große Heiterkeit.) Ich hoffe, es wird in Zukunft nicht wieder vorkommen. (Rufe: Nein!) Ich hoffe, wir haben eine Form gefunden, in der wir nebeneinander leben können und die in bewußter Weise — wenigstens von den leitenden Prinzipien kann ich das sagen — nicht zerbrochen und nicht beschränkt wird; dazu gehört vor allem also unsere Einigkeit mit dem österreichisch-ungarischen Reich, (Bravo!) auf die wir geschichtlich angewiesen sind seit langen Zeiten. Und wir können in Zorn geraten, vom Leder ziehen, aber wir kommen immer wieder zusammen, weil wir auf einander angewiesen sind und namentlich so, wie das heutige europäische Staatsgebilde ist, können wir gar nicht, ohne einander Treue und Freundschaft zu halten, in eine ruhige Zukunft Europas blicken. Der einzelne Staat in Europa wird immer der Möglichkeit einer Koalition ausgesetzt sein. Ein Bündniß von dem Gewicht, wie es der heutige Dreibund, repräsentirt, kann immer von sich sagen mit dem alten schottischen Spruch: „Nemo mo impune lacessit“ und wird im Stande sein, sich zu wehren. Wenn man also das Bedürfniß hat, um Anlehnung sich umzusehen, so liegt für uns doch die Anlehnung an Oesterreich-Ungarn näher, wie irgend eine andere. Auch auf die an Italien sind wir durch die Geschichte angewiesen. Wir haben in beiden Ländern durch das Ungeschick der gemeinsamen Kaiserlichen Regierung gelitten, indem wir zerfallen sind in nicht existenzfähige Größen untereinander. Wir mußten uns wieder zusammenfinden, wir haben eingesehen, daß das zu unserem Heile notwendig ist. Die Basis dieses Dreibundes, der den Frieden Europas erhält, ist ja unsere Beziehung und unsere Intimität zum österreichisch-ungarischen Kaiserstaat und da habe ich schon früher an unsere Stammesgenossen in Oesterreich das Verlangen gerichtet, diese Einheit, diese Freundschaft zwischen beiden großen Nachbarreichen und beiden historisch mit einander eingelebten Nachbarreichen zu pflegen nach ihren Kräften. Je stärker der Einfluß der Deutschen in Oesterreich sein wird, desto sicherer werden die Beziehungen des Deutschen Reiches zu Oesterreich sein (Rufe: Bravo! Heil!) und deshalb Sie, die Deutschen Oesterreichs, können es nicht über Ihr Gewissen und Ihr Gefühl bringen, zu treiben zum Kampfe gegen das deutsche Westreich und ich hoffe, Sie werden es auch zum Teil über ihr Gefühl bringen, den Frieden zwischen dem alten Ostreich und dem deuschen Westreich dadurch zu pflegen, daß Sie sich in möglichst engen und einflußreichen Beziehungen zu Ihrer ursprünglich deutschen Dynastie halten. Die Dynastie ist schließlich doch für die auswärtigen Beziehungen eines jeden Reiches, so lange sie überhaupt besteht, — und daß sie lange und dauernd besteht, wird Ihrer aller Wunsch sein — aber so lange sie besteht, ist sie doch der einflußreichste Faktor in der Wahl der auswärtigen Beziehungen. Also, meine Herren, Sie können ihr Wohlwollen für ihre Stammesgenossen im Deutschen Westreich nicht wirksamer bethätigen, als indem Sie ihre Beziehungen zur eigenen Dynastie pflegen und mehr von der Seite des Gemüts wie von der des Verstandes und der juristischen Argumente pflegen und beurteilen. Ich habe in Sr. Majestät Ihrem Kaiser, mit dem ich seit 1852 in direkten geschäftlichen Beziehungen gestanden habe, wo ich zuerst preußischer Gesandter in Wien eine Zeitlang war, immer doch ein deutsches Herz und die Spuren der deutschen Abstammung gefunden. Man kann ja in Oesterreich sich nicht einer Nationalität, namentlich wenn man Ungarn mit einrechnet, ausschließlich widmen. Die Vorsehung muß den Kampf der Nationalitäten gewollt haben, sonst wäre es ja für ihre Ureinrichtung leicht gewesen, in der ganzen Welt oder wenigstens in Europa eine einzige Nationalität zu schaffen. Wenn nun deren viele nebeneinander wohnen, einander bekämpfend und widersprechend, einander von Hause aus nicht liebend, wenn erst die Liebe und das Wohl-

wollen, die Duldung will ich lieber sagen, mit der Ueberlegung kommen muß, wenn die Nationalitäten so durcheinader geschoben werden durch den Lauf der Geschichte, wie es in Deutsch-Oesterreich, in Ungarn, bei uns in unseren Ostprovinzen Posen und Westpreußen der Fall, so muß man, wenn man überhaupt über die Intentionen der göttlichen Vorsehung nachdenken will, doch darin dasselbe Prinzip erkennen, was sich in der ganzen Natur bethätigt: Ohne Kampf kein Leben. Man soll mit einander kämpfen, aber wenn man unter demselben Landesherrn lebt, soll man mit Wohlwollen kämpfen und sachlich und nicht den Kampf in Formen führen, die keinen anderen Zweck und keine andere Wirkung haben, als den Gegner zu kränken, zu ärgern, zu reizen. Ihn zu versöhnen wird nicht immer möglich sein, aber ich glaube, wir könnten im Deutschen Reich sowohl wie auch in Oesterreich-Ungarn die Kämpfe mit etwas mehr persönlichem, ich will nur sagen, christlichem Wohlwollen führen. Aber außer dem Christentum existiert doch noch das Band der Angehörigkeit zu demselben Staatsgebilde, was zur Nachsicht in der Beurteilung, auch in der Beurteilung der feindseligen Akte des fremdnationalen Mitbürgers bewegt. Ich will damit — ich weiß nicht, ob mit geschickten Worten oder nicht — für Ihre undeutschen Nachbarn eine gewisse Versöhnlichkeit, eine Nachsicht empfehlen. Ich darf als Deutscher ja nicht behaupten, daß die Nachsicht in dieser Konstellation ein Zeichen der Ueberlegenheit ist, aber ich möchte, Sie hätten das Gefühl, daß sie als die berechtigtere Nationalität doch auch den minder berechtigten Rivalen etwas mehr mit der Nachsicht des höheren Selbstbewußtseins beurteilen. Ich glaube, wir Germanen sind von Gott von Hause aus stärker — ich will sagen männlicher ausgestattet (Heiterkeit) und Gott hat den Dualismus in allen Erscheinungen der Schöpfung zwischen männlich und weiblich dargestellt und so auch in den europäischen Konstellationen. Wenn der Germane allein bleibt, ohne germanische und keltische Beimischung, dann wird er ein Mönchskloster (große Heiterkeit) und sie zanken sich untereinander. Wenn er in die Vermischung kommt, dann wird er schließlich doch, wenn er Geduld und die Ausdauer hat, das leitende Element, wie der Mann in der Ehe sein soll. (Heiterkeit.) Ich will keinen Slaven damit kränken, aber sie haben viele der weiblichen Vorzüge, sie haben die Grazie, die Klugheit, die Schlauheit, die Geschicklichkeit (Zustimmung, Heiterkeit) und die deutschen Glieder erscheinen neben den slavischen oft plump und ungeschickt, aber das schwere Gewicht liegt auf unserer Seite, und deshalb möchte ich Ihnen sagen: verfahren Sie mit Ihren slavischen Rivalen auch im heftigsten Zorn und in der schwierigsten Lage immer mit dem Gefühl, mit dem innerlichen tief innerlichen nicht ausgesprochenen Gefühl, daß Sie doch eigentlich der überlegene sind und auf die Dauer bleiben werden. Es kann nicht anders sein (Zustimmung), namentlich in Oesterreich. Das ganze heutige Oesterreich beruht auf einer deutschen Beamtenschaft, auf einer deutschen Heeresbildung und es wird auch kaum anders sein können — nur möchte ich dringend empfehlen: pflegen Sie Ihre Beziehungen zur Dynastie in höherem Maße, als es mitunter in der Vergangenheit geschehen ist. Ich habe das in unseren reichsdeutschen Verhältnissen kennen gelernt seit 30 Jahren, von welchem gewaltigen Gewicht in der Bestimmung des Landes doch heutzutage die angestammte Dynastie ist und Sie haben eine angestammte Dynastie, die seit — die kürzeste Frist gerechnet — über vier Jahrhunderten über Sie regiert und manchen Kummer und manchen Zwist mit Ihnen gehabt hat — aber man lebt sich doch ein, auch in der Familie, in der micht immer Frieden ist, und in diesem Sinne bitte ich Sie mit mir einzustimmen in ein Hoch auf ihren erhabenen Landesherrn, meinen gnädigen Herrn, den Kaiser Franz Josef.

(Lebhafte Hoch und Heilrufe unterbrachen den Fürsten hier auf längere Zeit, der dann fort fuhr): und auf ihn und auf den deutschen Sinn, der sich in ihrer Begrüßung hier ausspricht, auf die Hoffnung, die ich daran knüpfe, daß das Band, welches zwischen dem deutschen Westreich und dem Oesterreich durch Sie gerade geknüpft wird, ein unzerreißbares sein wird, in diesem Sinne trinke ich auf das Wohl Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich und Königs von Ungarn! (Wiederum brach die Versammlung in jubelnde Hochrufe aus.) Der Fürst ergriff den Pokal mit den Worten: und in steirischem Wein, aber aus kriege ich ihn nicht. Nach einem kräftigen Zuge sagte der Fürst: Es thut mir leid, denn er ist gut. — Nach der Rückkehr des Fürsten von seinem Rundgang auf den Balkon sprach er: Meine Herren, ich trinke Ihnen nochmals zu, vorhin auf Ihren Landesherrn, jetzt auf ihr Land, auf das grüne Steiermark und auf das Oesterreicher-Land überhaupt — beide leben hoch, hoch, hoch!"

17. April. (Friedrichsruh.) **Fürst Bismarck empfängt eine Deputation der deutschen Innungen, der Stadt Darmstadt und der deutschen Künstlerschaft.**

In der Ansprache der Handwerker spricht er über die Zusammengehörigkeit der produktiven Stände, der Landwirtschaft und der Gewerbe, und fährt dann fort:

Ich bin unserer Gewerbsgesetzgebung näher getreten mit Absichten, bei deren Verwirklichung ich ermüdet bin an dem Widerstande des Reichstages. (Sehr richtig!) Es war, was wir da versuchten, stets ein Bild der Echternacher Prozession: zwei Schritte vorwärts, einen Schritt zurück. (Sehr richtig! Bravo!) Ich bin ermüdet in dem parlamentarischen Sande, in den Bestrebungen, die ich hatte, auch selbst in der Richtung der Gesetzgebung, die ich nur mit einem Worte, mit Klebegesetz bezeichnen will. (Heiterkeit.) — Sie wissen alle, welches Gebiet darunter verstanden ist. (Rufe: Ja!) Da sind meine ersten Bestrebungen abgelehnt worden; ich hatte nicht den Gedanken, daß der 17jährige Arbeiter bezahlen sollte, einzahlen sollte für Ergebnisse, die er mit 70 Jahren etwa erwarten konnte. (Bravo, sehr richtig!) Dieser psychologische Irrtum ist mir nicht passiert, sondern ich hatte das Bestreben, daß dem müden Arbeiter etwas Besseres und Sichereres als die Armenpflege, die lokale Armenpflege gewährt werden solle (Lebhaftes Bravo!), daß er wie jeder Soldat auch im Zivilleben seine sichere Staatspension haben sollte (Wiederholtes Bravo!), mäßig gering meinethalben, aber doch so, daß ihn die Schwiegermutter des Sohnes nicht aus dem Hause drängt (Heiterkeit), daß er seinen Zuschuß hat (sehr gut!). Dieses Bestreben wurde mir abgelehnt in der ersten Verhandlung des Reichstages über dieses Versorgungsgesetz, und ich muß sagen, daß ich damit eigentlich die Lust an der Sache verlor und ihr ferner getreten bin, denn ich glaubte nicht an die Möglichkeit, den 18jährigen Arbeiter zu überzeugen, daß er für sein 70. Jahr einzuzahlen nötig hätte, er wußte nicht, ob er so lange lebte und hat auch in seinem jugendlichen Alter eine bessere Verwendung für die Einzahlung. (Große Heiterkeit.) Ich halte es für eine ungeschickte Sache in der Ausführung, für die Ausführung bin ich aber nicht verantwortlich; ich habe die Anregung der Idee übernommen, aber es war für mich unmöglich, das in allen 25 deutschen Staaten in der Ausführung zu überwachen. und da ist es denn schließlich doch den Tendenzen der Reichstagsmajorität anheimgefallen und geschehen, daß die Sache heutzutage nicht so günstig und nützlich wirkt wie der alte Kaiser Wilhelm bei

der ersten Anregung der Sache gehofft hat. Die Gesetzgebung kann ja darin Modifikationen und Erleichterungen schaffen, sie kann namentlich die Kleberei abschaffen, die die unglücklichste Erfindung ist, worauf man je kommen konnte. Wo soll man alle die Klebemarken deponieren (Zustimmung), und wie soll der Arbeiter, der in Sturm und Regen wochenlang unter freiem Himmel liegt, seine Klebemarken aufheben? Das ist ja gar nicht möglich. Das sind eben Einrichtungen, die vom grünen Tische ausgingen, für die ich jede Verantwortlichkeit ablehne. (Bravo!) Eine Besserung darin herbeizuführen, das ist meines Erachtens Aufgabe der Assoziationen, wie ich die Keime davon, glaube ich, mir gegenüber sehe, die sich als Genossenschaften organisieren, die ihrerseits die Gesetzgebung richtig stellen, auf Grund dieser Richtigstellung Forderungen stellen (Bravo!), und auch ihre Abgeordneten in dem Sinne durchbringen. Das Zusammenhalten, die Genossenschaften, die Assoziationen, das ist es, worauf ich in höherem Maße gerechnet habe, die freiwilligen Assoziationen. Wir können Zwangsinnungen heutzutage nicht mehr in die Wirklichkeit bringen, aber die Innungen so auszustatten, daß sie anziehend werden, daß jeder Gewerbsgenosse einsieht: ich stehe mich besser, wenn ich der Innung angehöre, und daß sie eine freiwillige Werbekraft ausüben, das würde ich politisch für außerordentlich nützlich halten.

Den Darmstädtern erwidert er u. a.

„Ich freue mich, daß Sie Ihrerseits ein Anerkenntnis dafür haben, daß durch die großen Ereignisse unter Kaiser Wilhelm I. ein Vorland für Sie gewonnen ist, namentlich für Rheinhessen, daß Sie nicht mehr direkt so exponiert liegen. Das war meiner Ueberzeugung nach das Hauptbedürfnis. Die Elsäßer irren sich immer in der Ansicht, daß wir aus unerwiderter Liebe zu ihnen sie hätten haben wollen. Wir brauchten das Glacis vor uns und die weitere Entfernung der französischen Einbruchsstationen.

Auf die Huldigung der Künstler entgegnet er:

Die Münchener Kunst ist für mich eine wirksame Mitarbeiterin in der deutschen Einigung gewesen. Die Kunst und die Wissenschaft, die Universitäten und die Kunstwerkstätten, die sind immer deutsch geblieben, von Wien bis Amsterdam — ich will Amsterdam nicht nennen, die Holländer könnten es übel nehmen — (Heiterkeit), sagen wir von Wien bis Kleve. Das wird uns auch immer zusammenhalten. Wir können nach unseren Bildungsverhältnissen gar nicht auseinanderfallen; nach unserer ganzen Geschichte, nach unserer Dichtkunst, nach unserer Kunst überhaupt wird sich immer der Deutsche wieder zum Deutschen finden. So wird es — unter einem Herrscher will ich nicht sagen — aber unter einer Regierung bleiben, wird gerade die Kunst und die Wissenschaft auch das Terrain sein, in dem die Wurzeln am festesten schlagen, daß sie nicht wieder losreißen. Deshalb danke ich Ihnen vom politischen Standpunkte aus, daß Sie nicht bloß eine bayerische, sondern eine deutsche Kunst pflegen. Ich habe vorgestern österreichische Vertreter hier gehabt, was bindet uns an die? Es ist Kunst und Wissenschaft. Politisch stehen wir nicht in einer Einheit zusammen, aber es wird doch immer schwer, die österreichischen Leser von Wallenstein beispielsweise zu überzeugen, daß der Dichter dieser rein österreichischen Tragödie nicht ihnen sowohl gehörte wie den Reichsdeutschen. Und so kann ich nur wiederholen: die geistigen Elemente, die halten uns zusammen, auch wenn uns die körperlichen Jahrhunderte hindurch getrennt haben.

19. April. (Friedrichsruh.) Fürst Bismarck empfängt eine Deputation der bürgerlichen Kollegien von Stuttgart und einen Vertreter des sächsischen Gymnasiallehrervereins.

Die Ansprache des Oberbürgermeisters von Stuttgart beantwortet er:

„Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie aus so weiter Ferne hergekommen sind, um mir die Wünsche meiner Mitbürger zu überbringen. Ich habe im Anschluß an die Worte des Herrn Oberbürgermeisters und in Bestätigung derselben zu erwidern, daß ich stets ein Gegner unitarischer Tendenzen gewesen bin, wie sie im Schoße des Reichstages in der Form von Anträgen auf Schaffung von Reichsministerien zu Tage getreten sind, Anträge, durch welche die Institution des Bundesrates einfach negiert worden wäre. Ich habe die berechtigten Eigentümlichkeiten der Stämme des deutschen Vaterlandes stets voll anerkannt und mein Bestreben war darauf gerichtet, die in der Reichsverfassung garantierte bundesstaatliche Entwicklung zu stärken; noch heute bin ich der Ansicht, daß dies notwendig sei, und möchte, daß die Landtage an der Thätigkeit ihrer Bundesrats-Bevollmächtigten Kritik üben und sie für ihre Abstimmung verantwortlich machen, ohne daß damit gesagt werden soll, daß die Landtage befugt wären, in die Reichspolitik beschließend einzugreifen, ebensowenig wie die Städte in die Thätigkeit der Landtage. Im Kriege von 1870/71 war es mir eine besondere Freude, zu sehen, wie die württembergischen Truppen mit kalter Ruhe im Feuer Stand gehalten haben, mit einer Kaltblütigkeit, die man sonst nicht geneigt wäre, zu den charakteristischen Eigenschaften der die Reichssturmfahne tragenden Schwaben zu zählen. Es hat mir besonders wohlgethan, von Ihnen zu hören, daß Seine Majestät König Wilhelm von Württemberg mich durch Seine Teilnahme an Ihrer städtischen Feier geehrt hat, und Ihnen, meine Herren, danke ich für die an mich gerichteten liebenswürdigen Worte."

21. April. (Friedrichsruh.) Fürst Bismarck empfängt eine Deputation alter Burschenschafter und eine Abordnung aus Anhalt.

Den Burschenschaftern hält er folgende Ansprache: „Meine Herren! Ich bin sehr dankbar, daß Sie von Ihren verschiedenen Wohnorten, an die Sie aus der Universität nachher das Leben geführt hat, sich zusammengefunden haben, um mich zu begrüßen und mir damit das Zeugnis auszustellen, daß wir an demselben Ziele gearbeitet haben, Sie dafür verfolgt, ich dafür belohnt. Es liegt der ganze Unterschied nur in den Mitteln, nicht in den Zielen; Republikaner sind die ersten Burschenschafter kaum gewesen, vielleicht Imperialisten, sie waren kaiserlich-national und einzelne Auswüchse hat das ja immer. Die gebildete Bevölkerung Deutschlands bewahrte den burschenschaftlichen Bestrebungen selbst nach der Ermordung von Kotzebue und nach den amtlichen Verfolgungen immer noch ihre Sympathie, nicht so lebhaft, nicht so unabhängig, nicht mit denselben Mitteln wie später und wie heute.

Von den Mitteln, die der Burschenschaft zur Verfügung standen, um ihre Ziele zu verwirklichen, wurde irrtümlich angenommen, die sofortige Inswerksetzung könnte den Klotz, unter dem wir lebten — das Gebirge, will ich lieber sagen, unter dem wir lebten — irgendwie rühren und erschüttern. Das ist im Grunde doch auch 40 Jahre später — soviel war es ja ungefähr, nein, nicht ganz — im Frankfurter Parlament auch wieder zu Tage gekommen. Die Redner von Frankfurt vergriffen sich in den Mitteln, mit denen die Sache gemacht werden konnte, d. h. mit denen das nationale Ziel, welches der Mehrheit der Gebildeten als erreichenswert vorschwebte, wenn nicht sofort, so doch in kurzer Zeit erreicht werden konnte. Sie wandten sich an die Denker; sie glaubten mit Reden und öffentlicher

Meinung ließe sich alles machen und bestätigten das alte Sprichwort: „Leicht bei einander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Dinge!" Was sich hart stieß, war die Militärmacht, die fürstliche Macht.

Ich bin bei der ersten Berührung mit der Burschenschaft, wie ich zur Universität kam, von dem Vorurteil der Korpsburschen im Allgemeinen geleitet gewesen. Außerdem war es Zufall, daß ich gerade mit Burschenschaftern in Berührung kam, die den gesellschaftlichen Schliff nicht hatten, den ich von Berlin her gewohnt war, und daher kam meine Abneigung, obschon ich schon damals national-deutschen Glauben hatte und an deutsche Einheit glaubte, und die Wette einging, daß sie in 20 Jahren geschaffen sein würde — es war Anno 1832 — was nicht ganz zutraf; aber es widerstrebte mir doch das persönliche Material, möchte ich sagen, der damaligen Burschenschaft. Sehr viel trug dabei auch die altertümliche Tradition der Mensur bei, sie schlugen sich damals nicht, die Burschenschafter, jetzt thun sie es. Es ist das auch nicht nötig; ich denke heutzutage ruhiger über diese Dinge, aber die Aeußerlichkeiten sind es, glaube ich, vorzugsweise gewesen, die mich, wie ich mit 17 Jahren nach Göttingen kam, davor behütet haben, mit ihnen in nähere Beziehung zu kommen. Der Eingang zu der politischen Situation oder vielmehr die Führer, die ich dazu finden konnte, mißfielen mir persönlich. Ich war von den Berliner Gymnasien mit nationaler Gesinnung, ja ich muß sogar sagen, mit ziemlich republikanischer abgegangen — Friedrich-Gymnasium und Graues Kloster — ohne daß irgend eine Absichtlichkeit im Unterichtsplan dahin zugespitzt war, aber in uns jungen Leuten wirkte der ganze Strom, den wir aufnahmen, dahin, daß wir für Harmodius und Aristogiton eine gewisse Sympathie übrig behielten und es schwer verständlich fanden, warum so viele Leute einem gehorchten, wenn er ihren Wünschen und ihrer Geschmacksrichtung als Herrscher nicht entsprach.

Ich bin erst als Beamter, als Diplomat zum Nachdenken über die Mittel gekommen, zum Nachdenken wohl früher, aber zum erfolgreichen Nachdenken, womit man dem deutschen Ziele näher treten könnte, und da ist mir in der Frankfurter Zeit einleuchtend gewesen: wenn die preußische Armee nicht für die Sache in Thätigkeit gesetzt werden kann, so schlägt sie nicht durch. Das war das stärkste Element, was wir hatten, und die Armee geht natürlich mit ihrem Könige. Ich mußte also den König von Preußen für die Sache gewinnen, so lange ich den nicht hatte als Mitstreiter, ich will den Standpunkt der Burschenschaft einnehmen, so standen die Mittel nicht im Verhältnis zum Zweck. Das aber ist allmählich und mit Vorsicht gelungen. Ohne den alten Herrn und seine eigentümliche Natur, seine Festigkeit und Zuverlässigkeit, seine Offenheit und Ehrlichkeit hätte Minister sein können, wer wollte, er hätte nie die Ziele erreicht, an denen wir uns heute befinden. Ich will nicht sagen, daß sie ideal sind, aber wir sind doch in den Zustand gekommen, sie unseren Idealen näher zu bringen, ein nationales Leben zu führen, was des Lebens wert ist. Und so weit sind wir doch heutzutage, das zeigt mir an meinem Lebensabend diese weitverbreitete Sympathie, die sich mir zu erkennen gibt und die doch natürlich der Sache gilt, der ich gedient habe und dem alten Kaiser, dem ich gedient habe oder doch dem Ergebnis unserer gemeinschaftlichen Politik und mir macht es eine hohe Freude, die Herren im reiferen Alter hier zu sehen und mit ihnen zurückzublicken auf die Irrwege, die wir, der Einzelne und die Gesamtheit, gegangen sind und auf das Zusammenfinden doch schließlich in einem Wirtshause, wo es einstweilen wohnlich ist. Wir müssen es erhalten und die Wohnlichkeit pflegen."

Den Anhaltern erwidert er u. a.: Wenn es in ganz Deutschland irgend ein Land oder Ländchen gibt, was in sich die Elemente trug, sich in Partikularismus einzuwachsen, einzuleben und einzuspinnen, so war es das Anhalter Land, ein wohlhabendes Land durch und durch, zufrieden mit seinen Verhältnissen und in den Beziehungen zu Preußen, von dem es ringsum eingeschlossen war, seit langer Zeit durch die Zollgrenzen nicht weiter geängstigt, wohlhäbig mit der angestammten uralten Dynastie, mit der Sie im Ganzen doch im guten Einvernehmen waren — kurz für das eigentliche Treibhausbeet des Partikularismus war in Anhalt alles vorhanden. Was haben Sie gewonnen durch Herstellung des Reiches? Eine Gefährdung einer Menge häuslicher Annehmlichkeiten, und doch sind Sie zufrieden; es muß also noch etwas Ideales geben, was über diese Sache hinausgeht, und das ist das deutsch-nationale Gefühl, was auch in dem bestsituierten, wohllebigsten, partikularistischen Staate doch Gott sei Dank stets unter der Asche geglüht hat und, wie der Wind Feuer in den Heerd bläst, aufgeflammt ist. — — — — — — — — Wenn uns manche Gesetze nicht gefallen, müssen wir Hand anlegen, um sie zu verbessern; es schimpfen alle über das Klebegesetz, aber ich sehe keinen Antrag, es zu bessern; ich habe es nicht so gemacht wie es ist, ich habe erstrebt, daß die Arbeiter überhaupt nicht beitragen sollen — die Leute proklamierten, daß ich das Tabaksmonopol als patrimonium pauperis, als Unterlage für die Altersversicherung, benutzen wollte, von Arbeiterbeiträgen war dabei nicht die Rede. Das fand keinen Anklang; nachher wurde die Sache neu eingebracht, sie fiel in die Räder der Geheimratsmaschine und kam anders wieder zum Vorschein und schließlich — ich glaube 7—8 Jahre, nachdem ich die Sache angeregt hatte — kam der parlamentarische und geheimrätliche Wechselbalg wieder aus der Maschine heraus. Da wurde ich gefragt: willst Du das oder willst Du nichts? Und da habe ich gesagt: ich will lieber dieses wie gar nichts, wenn man überhaupt die Sache fallen läßt, dann geht es wie mit dem Sozialistengesetz, wenn man das ablehnt, wie es die konservative Partei gethan hat, weil es nicht vollkommen genug ist, dann hat man gar keins.

22./23. April. (Halle a. S.) Deutscher Handwerkertag.

Die von 620 Delegierten, welche 900 Korporationen vertreten, besuchte Versammlung fordert in mehreren Resolutionen die Einführung von Zwangsinnungen und Befähigungsnachweis, Beschränkung der Militärwerkstätten- und Gefängnisarbeit, die Bekämpfung der Konsum- insbesondere Offizier- und Beamten-Vereine. Die Einführung des Maximalarbeitstages wird abgelehnt, ebenso die vorgeschlagene Bildung einer Mittelstandspartei als politische Vertretung des Handwerks.

23. April. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Gesetzentwurf, betr. die Errichtung einer Generalkommission für Ostpreußen. Thätigkeit der Generalkommissionen.

Im Laufe der Debatte macht Geh. Rat Sachs folgende Mitteilungen über die Thätigkeit der Generalkommissionen: Bisher sind 3593 Rentengüter gebildet, davon sind 1731 über 30 Morgen groß, also 48 Prozent. Von dem Rest müssen zunächst die sogenannten Adjacenten-Güter, die Zukäufe, abgezogen werden. Das sind 726, bleiben somit 1136 Güter, die unter 30 Morgen groß sind. Diese verteilen sich folgendermaßen: unter $2^1/_2$ ha sind 173, von $2^1/_2$ bis 5 ha sind 488 und von 5 bis $7^1/_2$ ha sind 475 Güter. Der Thätigkeit der Generalkommission in Bromberg im besondern sind im ganzen 2548 Rentengüter zu verdanken, 50 Prozent davon

sind über 30 Morgen. Vom Rest gehen wieder 340 Adjacentenkäufe ab. Es bleiben somit 914 Güter unter 30 Morgen, also etwa 35 Prozent. Das Bild der Thätigkeit im Jahre 1894 gegenüber den Vorjahren ist wesentlich anders geworden. Während in den früheren Jahren mit Rücksicht auf die Nachfrage nach kleinen Gütern solche in größerer Zahl gegründet wurden, hat die Generalkommission in den letzten Jahren ein besonderes Gewicht auf die mittlern Bauerngüter von 10 bis 25 ha gelegt. Während die Generalkommission bis Anfang 1894 erst 273 gegründet hatte, hat sie dieselben seitdem um 418 vermehrt, so daß jetzt 691 solcher Güter im Bezirk der Generalkommission Bromberg begründet sind. Daß die Generalkommission eine größere Anzahl kleinerer Güter gegründet hat, erklärt sich dadurch, daß diese Generalkommission in der Nähe großer Industriebezirke, wie Bromberg und Schneidemühl damit begonnen hat, Arbeiterstellen zu gründen, wo die Rentengutsbesitzer dauernd lohnende Beschäftigung finden und nebenbei auch ihr Rentengut bewirtschaften können. Dazu kommt noch eine Anzahl von Handwerkerstellen in den neugebildeten Gemeinden, die ebenfalls unentbehrlich waren. Es ist ferner der Vorwurf erhoben worden, daß die Generalkommission die größern Bauerngüter in kleine Rentengüter zerschlagen habe, namentlich in Hannover. In dieser Provinz sind nach dem Berichte der Generalkommission von Hannover im ganzen sechs Rentengüter errichtet, die sich auf vier Regierungsbezirke verteilen. Der Vorwurf ist also nicht gerechtfertigt. Ein weiterer Angriff ist gegen die zu hohe Taxe erhoben worden. Herr Dr. Paasche führte in der ersten Lesung aus, daß das Hektar in Ostpreußen durchschnittlich auf 805 ℳ, in Westpreußen auf 904, in Posen auf 732 ℳ geschätzt sei. Das ist ein Irrtum. Der Taxpreis betrug im Jahre 1894 für das Hektar im Durchschnitt in Ostpreußen 743 ℳ, in Westpreußen 789, in Posen 705 ℳ, darin steckte aber der Wert aller übernommenen Gebäude und sämtlicher Leistungen des Gutes. Unter Berücksichtigung dieser Faktoren kann man nicht behaupten, daß die Taxen im allgemeinen zu hoch ausgefallen seien, wenn auch in einzelnen Fällen Ueberschätzungen stattgefunden haben mögen.

Der Gesetzentwurf wird einstimmig in 2. Lesung angenommen. (Annahme in 3. Beratung am 26. April.)

23./25. April. (Reichstag.) **Abänderungen des Zolltarifs** (vgl. S. 27, 31). **Kampfzölle gegen Spanien.**

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung des Zolltarifs in Verbindung mit der dritten Beratung der Allerhöchsten Verordnung betreffend die Erhebung eines Zollzuschlags für aus Spanien und den spanischen Kolonien kommende Waren vom 25. Mai 1894 nebst dem Antrage des Freiherrn v. Stumm (Rp.) und des Abg. Möller (nl.) betreffend Erweiterung der Retorsionsvollmachten für den Bundesrat.

Der Antrag Stumm-Möller wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen (23. April). Mit derselben Majorität werden die Abänderungen des Zolltarifs genehmigt (26. April, Genehmigung in 3. Lesung 2. Mai), darunter die Resolution der Kommission zu Gunsten der Einführung eines Zolles auf Quebrachoholz mit den von den Abgg. Dr. Bachem und v. Salisch beantragten Zusätzen, nach welchen die für die chemische Industrie und die Färberei erforderlichen Gerbstoffe zollfrei bleiben sollen, desgleichen in 3. Beratung die Kampfzölle gegen Spanien.

24. April. (Friedrichsruh.) **Fürst Bismarck empfängt**

eine Deputation der Städte Köln, Lauenburg a. d. Elbe und Mölln, sowie eine Abordnung des plattdeutschen Vereins in Braunschweig.

24. April. (Württemberg.) Finanzlage.

Der den württembergischen Ständen am 1. Februar vorgelegte Staatshaushalt 1895/97 schloß mit einem Defizit von 5 822 000 M. Durch die inzwischen beschlossenen Aenderungen im Reichshaushalt werden nun jährlich rund 990 000 M., durch weitere Herabsetzung der Naturalienpreise jährlich 90 000 M., durch höhere Veranschlagung der Gewerbesteuer jährlich 128 700 M. gewonnen, macht zusammen für beide Jahre eine Verbesserung des Etats um rund 2 376 000 M. Durch Verlangsamung in der Tilgung zweier älterer Staatsanlehen, bewirkt durch Heimzahlung dieser und Aufnahme einer neuen Schuld vom gleichen Betrage sollen weitere 1 720 200 M. eingebracht werden. Was den verbleibenden Rest des Defizits, rund 1 670 000 M., anbelangt, so hält der Minister an der Erwartung fest, es werden sich im Laufe der Finanzperiode 1895/97 neue Einnahmequellen für das Reich eröffnen lassen und es werde damit auch Württemberg eine Entlastung zu teil werden.

25. April. (Reichstag.) Die Umsturzvorlage wird von der Kommission in folgender Fassung veröffentlicht:

Artikel I.

In dem Strafgesetzbuch werden die §§ 111, 112, 126, 130, 131, 166, 184 durch nachstehende unter den gleichen Zahlen aufgeführte Bestimmungen ersetzt, die folgenden neuen §§ 49b, 129a, 184a eingestellt und wird der § 130a aufgehoben.

§ 49b (Neu).

Haben Mehrere die Ausführung eines Verbrechens verabredet, ohne daß der verbrecherische Entschluß durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung des Verbrechens enthalten, bethätigt worden ist, so werden sie, wenn das Verbrechen mit dem Tode oder mit lebenslänglicher Zuchthausstrafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, wenn das Verbrechen mit einer geringeren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden. Der Thäter bleibt straflos, wenn er zu einer Zeit, zu welcher seine Teilnahme noch nicht entdeckt war, die Ausführung des Verbrechens verhindert.

§ 111.

Wer auf die im § 110 bezeichnete Weise zur Begehung einer strafbaren Handlung auffordert, ist gleich dem Anstifter zu bestrafen, wenn die Aufforderung die strafbare Handlung oder einen strafbaren Versuch derselben zur Folge gehabt hat. — Ist die Aufforderung ohne Erfolg geblieben, so tritt Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder Gefängnisstrafe bis zu Einem Jahre und, sofern es sich um die Aufforderung zu einem Verbrechen handelt, Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bis zu zweitausend Mark ein. Gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher auf die im § 110 bezeichnete Weise zu einem Verbrechen, zum Ehebruch oder zu einem der in den §§ 115, 124, 125, 166, 167, 240, 242, 305, 317, 321 vorgesehenen Vergehen dadurch anreizt, daß er eine solche Handlung anpreist oder rechtfertigt. Die Strafe darf der Art oder dem Maße nach keine schwerere sein als die auf die Handlung selbst angedrohte.

§ 111 a.

Gestrichen (cfr. § 111 Absatz 2 Satz 2).

§ 112.

Wer einen Angehörigen des deutschen Heeres oder der Kaiserlichen Marine auffordert oder anreizt, dem Befehle des Oberen nicht Gehorsam zu leisten, wer insbesondere eine Person, welche zum Beurlaubtenstande gehört, auffordert oder anreizt, der Einberufung zum Dienste nicht zu folgen, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Diese Strafvorschrift findet auch auf denjenigen Anwendung, der einen Angehörigen des Landsturms auffordert oder anreizt, dem Aufrufe nicht Folge zu leisten. Wer in der Absicht, die militärische Zucht und Ordnung zu untergraben, durch Wort, Schrift, Druck oder Bild gegenüber einem Angehörigen des aktiven Heeres oder der aktiven Marine das Heer oder die Marine oder Einrichtungen derselben verächtlich macht oder zur Verletzung der auf die Verwendung der bewaffneten Macht im Frieden oder Krieg sich beziehenden militärischen Dienstpflichten auffordert oder anreizt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

§ 126.

Wer durch Androhung eines Verbrechens den öffentlichen Frieden stört, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und, wenn die Androhung mit Hochverrat, Mord, Raub, Brandstiftung oder einem der in den §§ 312, 313, 315, 322, 323, 324 des Strafgesetzbuches oder in dem § 5 des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1884 vorgesehenen Verbrechen erfolgt ist, mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft.

§ 129 a.

Haben mehrere sich zur fortgesetzten Begehung mehrerer, wenn auch im Einzelnen noch nicht bestimmter Verbrechen verbunden, so werden sie, auch ohne daß der verbrecherische Entschluß durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung enthalten, bethätigt worden ist, mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

Der Thäter bleibt straflos, wenn er von der Verbindung zu einer Zeit freiwillig zurücktritt, zu welcher seine Teilnahme an derselben noch nicht entdeckt war.

§ 130.

Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkernng zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise Ehe, Familie oder Eigentum als Grundlage der Gesellschaftsordnung durch beschimpfende Aeußerungen öffentlich angreift.

§ 131.

Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Monarchie durch beschimpfende Aeußerungen öffentlich angreift.

§ 166.

Wer öffentlich in beschimpfenden Aeußerungen den Glauben an Gott oder das Christentum angreift oder Gott lästert, oder wer öffentlich eine

der christlichen Kirchen oder eine andere mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehende Religionsgesellschaft, ihre Lehren, Einrichtungen oder Gebräuche beschimpft, ingleichen wer in einer Kirche oder in einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte beschimpfenden Unfug verübt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

§ 184.

Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft: 1. wer unzüchtige Schriften, Abbildungen oder Darstellungen feilhält, verkauft, verteilt, an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausstellt oder anschlägt, oder sonst verbreitet, wer sie zur Verbreitung herstellt oder zum Zweck der Verbreitung vorrätig hält, ankündigt oder anpreist; 2. wer Gegenstände, die zu unzüchtigem Gebrauche bestimmt sind, an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausstellt, oder solche Gegenstände dem Publikum ankündigt oder anpreist; 3. wer durch Ankündigung in Druckschriften unzüchtige Verbindungen einzuleiten sucht. Ist die Handlung gewerbsmäßig begangen, so tritt Gefängnisstraße nicht unter Einem Monat ein, neben welcher auf Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark, auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden kann

§ 184a.

Mit Gefängnis bis zu drei Monaten und mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer an öffentlichen Straßen oder Plätzen Schriften, Abbildungen oder Darstellungen ausstellt, oder anschlägt, welche, auch auch ohne unzüchtig zu sein, durch grobe Unanständigkeit geeignet sind, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl erheblich zu verletzen. Ist die Handlung gewerbsmäßig begangen, so treten die Strafen des § 184 Absatz 2 ein. Den im vorstehenden Absatz 1 bestimmten Strafen unterliegt, wer aus Gerichtsverhandlungen für die gegen Gefährdung der Sittlichkeit die Oeffentlichkeit ausgeschlossen war, oder aus den diesen Verhandlungen zu Grunde liegenden amtlichen Schriftstücken öffentlich Mitteilungen macht, welche geeignet sind, Aergernis zu erregen.

Artikel II.

In dem Militärstrafgesetzbuch erhält der § 42 Absatz 2 folgende Fassung: Wird gegen eine Person des Beurlaubtenstandes während der Beurlaubung wegen einer in dem Strafgesetzbuch für das deutsche Reich Teil II Abschnitt 1 (Hochverrat und Landesverrat), Abschnitt 2 (Beleidigung des Landesherrn), Abschnitt 3 (Beleidigung von Bundfürsten), Abschnit 6 (Widerstand gegen die Staatsgewalt) oder Abschnitt 7 (Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung) vorgesehenen strafbaren Handlung auf Gefängnis von mehr als sechs Wochen erkannt oder erfolgt die Verurteilung einer Person des Beurlaubtenstandes während der Beurlaubung wegen einer strafbaren Handlung der im § 37 Absatz 2 Nr. 2 bezeichneten Art oder auf Grund der Nr. 3, 4, 5, 7 oder 8 des § 361 des Strafgesetzbuchs und ist in letzteren Fällen auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt, oder diese Person in den letzten drei Jahren wegen einer solchen Uebertretung mehrmals rechtskräftig verurteilt worden, so kann ein besonderes Verfahren des Militärgerichts zur Entscheidung darüber angeordnet werden, ob auf Dienstentlassung oder auf Degradation zu erkennen ist.

Artikel III.

In dem Gesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichs-Gesetzbl. S. 65) wird die Nr. 3 des § 23 durch die nachfolgende Bestimmung ersetzt:

§ 23.

3. wenn der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer der in den §§ 85, 95, 111, 112, 130, 131 Absatz 2, 184, oder 184a des deutschen Strafgesetzbuchs mit Strafe bedrohten Handlungen begründet, in den Fällen der §§ 111, 112 und 130 Absatz 1 jedoch nur dann, wenn dringende Gefahr besteht, daß bei Verzögerung der Beschlagnahme die Aufforderung oder Anreizung ein Verbrechen oder Vergehen unmittelbar zur Folge haben werde.

Artikel IV.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

April/Mai. Die Öffentlichkeit über die Umsturzvorlage nach der Kommissionsfassung.

Die der Umsturzvorlage von Anfang an feindliche Presse — die freisinnige, antisemitische, sozialistische und viele Wochen- und Monatsschriften ohne ausgesprochene Parteirichtung wie „Preußische Jahrbücher", „Grenzboten", „Christliche Welt" — lehnen die Vorlage nach wie vor ab, auch unter den mittelparteilichen und konservativen Blättern macht sich eine Opposition gegen mehrere Bestimmungen geltend. Die „Nat. Ztg." tadelt namentlich die Streichung des „Kanzelparagraphen" (130a) durch die konservativ-klerikale Majorität der Kommission und fordert eine präzisere Fassung der §§ 111a und 130,2. Andere Blätter bezeichnen die Vorlage wegen des § 166 für unannehmbar; die „Köln. Ztg." nennt sie ein Ausnahmegesetz gegen die führenden Klassen, das allein dem Zentrum zu statten käme: „Dem Zentrum kam es vor allen Dingen darauf an, die Gelegenheit zu benutzen, um ein Ausnahmegesetz zum Schutz des Ultramontanismus zuwege zu bringen. Seinen Höhepunkt erreichte dieser methodische Wahnsinn in dem Vorschlag, bestimmte philosophische Vorstellungen durch empfindliche Strafandrohungen gegen kritische Besprechung sicher zu stellen."

Das „Lpzg. Tagebl." erklärt, durch die vorliegende Fassung würden alle katholischen Lehren, die den Protestantismus für eine Irrlehre erklärten, unter einen besonderen Schutz gestellt.

Die Stellung der Zentrumspartei charakterisiert dagegen der „Westfäl. Merkur": „Zweifellos ist die Kommissionsfassung nach Form und Inhalt bedeutend besser, als die Regierungsvorlage, und gibt namentlich mehr Sicherheit für die freie Diskussion ehrlicher Forscher; damit wollen wir aber nicht behaupten, daß die Kommissionsfassung vollkommen sei und nicht noch weitere Prüfung und Vervollkommnung gebrauchen könne. Wir werden sehen, was bei der Einzelberatung im Plenum herauskommt, und behalten uns inzwischen freie Hand. Den Mittelparteilern muß es recht klar und eindringlich gemacht werden, daß das Zentrum sich in keiner Weise in der Zwangslage befindet, ein verstümmeltes oder verschlechtertes Gesetz annehmen zu müssen, um überhaupt etwas zu stande zu bringen. Möge man überhaupt den Aberglauben endlich fahren lassen, daß die Kartellpolitiker im stande wären, eine Flöte zu blasen, nach der wir tanzen müßten."

Zahlreiche Petitionen und Aufrufe zur Agitation gegen die Vorlage, insbesondere wegen ihrer ultramontanen Färbung, werden erlassen. So protestieren dagegen der Münchener Schriftsteller- und Journalistenverein, eine Anzahl der bekanntesten Gelehrten und Schriftsteller, viele evangelische Geistliche (im „Volk"), der evangelische Bund und zahlreiche Stadtvertretungen; wie Berlin, Breslau, Königsberg, Stettin u. a., die auf einem Kongreß in Berlin eine gemeinsame Kundgebung erlassen (5. Mai). Mehreren Stadtverwaltungen verbietet die Regierung an den Reichstag zu petitionieren.

Gegen die Vorlage erklärt sich auch der württembergische Landtag. (4. Mai.)

25./27. April. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Dritte Beratung des Gesetzentwurfs eines preußischen Gerichtskostengesetzes in Verbindung mit der Gebührenordnung für Notare.

Abg. Knebel (nl.): Die Vorlage bringe eine erhebliche Erhöhung der Kosten mit sich, insbesondere für mittlere und kleinere Objekte. Justizminister Schönstedt wendet sich gegen die Bedenken des Abg. Knebel und hierauf wird das Gerichtskostengesetz mit großer Mehrheit angenommen, der Gesetzentwurf über die Gebührenordnung einstimmig (27. April, Annahme im Herrenhause 17. Mai).

26./27. April. (Reichstag.) Erste Beratung der Novelle zum Branntweinsteuergesetz von 1887. Statistisches über die landwirtschaftliche Bedeutung der Brennerei.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Die Regierung habe nicht zum Fabrikatsteuersystem übergehen können, weil dann die Branntweinbrennerei einfach aufhören würde, ein landwirtschaftlicher Nebenbetrieb zu sein. Der Zweck der jetzt gemachten Vorschläge sei ein agrarischer, um dem Branntweingewerbe zu Hilfe zu kommen. Die Vorlage enthalte zwei wesentliche steuerfiskalische Bestimmungen, eine Brennsteuer und eine Ausfuhrentschädigung. Ueber die Bedeutung des landwirtschaftlichen Brennereigewerbes für den Kartoffelbau sagt der Redner: Während bei uns der Kartoffelbau relativ zurückgegangen ist, ist er in den Ländern, die dem landwirtschaftlichen Branntweingewerbe eine kräftigere Förderung haben zu Teil werden lassen wie wir in Deutschland, sehr wesentlich gestiegen. Es hat in Frankreich in den Jahren 1881 bis 1893 die mit Kartoffeln bebaute Fläche — also während bei uns eine Abnahme von 4,5 Prozent vorhanden war — um 10,4 Prozent zugenommen, in Oesterreich 1882 bis 1892 um 4,3 Prozent, in Ungarn 1883 bis 1892 um 4,5 Prozent und in Rußland 1880 bis 1893 um mehr als 15 Prozent. In dieser Zunahme der mit Kartoffeln bestellten Fläche kommt aber ganz klar das Maß der Förderung zum Ausdruck, was man dem Branntweingewerbe in den einzelnen Staaten hat zu Teil werden lassen. Ich gestatte mir, hervorzuheben, daß von 1878 bis 1883 bei uns die Zunahme 5,4 Prozent betragen hat. Würde in den 10 Jahren 1883 bis 1893 eine Zunahme in gleicher Progression erfolgt sein, so hätte dieselbe 10,8 Prozent betragen müssen und wir würden im Jahre 1894 184000 Hektar mehr mit Kartoffeln in Deutschland bestellt haben, oder mit anderen Worten: es würden etwa 1½ Millionen Tonnen Kartoffeln mehr in Deutschland geerntet sein. Diesem Zurückbleiben der Kartoffelproduktion steht gegenüber ein Minderverbrauch in den Brennereien, welcher sich beim Vergleich der 5jährigen Periode 1881 bis 86 und der 5jährigen Periode 1887 bis 92 auf rund 956000 Tonnen beläuft. Ich glaube, der Rückschluß ist kein gewagter, daß mit der Beschränkung des Kartoffelverbrauchs in den Brennereien, mit dem Rückgang des in den Brennereien hergestellten Quantums Spiritus, auch ein Rückgang der mit Kartoffeln angebauten Fläche überhaupt Hand in Hand gegangen ist. Ohne Rückgang des Konsums von Kartoffeln in unseren Brennereien würden wir etwa 113000 bis 114000 Hektare mehr für Brennereizwecke mit Kartoffeln bestellt haben. ... Ein mit Kartoffeln angebautes Hektar erfordert nach dieser Quelle etwa 72 Arbeitstage, mit Sommergetreide angebaut etwa 16 Arbeitstage. Es würde deshalb für die Kultur der 113000 Hektar weniger angebauten Kartoffeln

etwa eine Summe von 6300000 Arbeitstagen notwendig sein, oder, mit anderen Worten, das Arbeitsjahr zu 300 Tagen gerechnet, sind in Folge der Beschränkung des Kartoffelbaues durch das Gesetz von 1887 etwa 21000 Arbeitskräfte auf dem Lande verfügbar geworden.

Abg. Spahn (Z.): Das Zentrum stehe der Vorlage mit Wohlwollen gegenüber, werde aber in der Kommission die Bestimmungen über die Kontingentierung und die Brennsteuer näher prüfen.

Abg. Wurm (Soz.) will keine Bevorzugung der landwirtschaftlichen Brennereien und keine Exportprämien; die Mehrbelastung des Branntweins trage das Volk und nicht die Brenner; seine Partei lehne die Vorlage ab. Abg. Gamp (Rp.): Das Branntweinsteuergesetz von 1887 habe einen Konsumrückgang von 27 Prozent herbeigeführt; es sei anzuerkennen, daß man der notleidenden landwirtschaftlichen Brennerei jetzt entgegenkommen wolle, obwohl er gegen die Brennsteuer große Bedenken habe.

Am folgenden Tage spricht Abg. Richter (frs. Vp.) gegen die Vorlage: Der Ertrag der Branntweinsteuer werde durch dieses Gesetz in Frage gestellt; das Reich verzichte auf Einnahmen zu Gunsten der Brenner. Man könne jetzt den Reichsetat ohne neue Steuern balancieren; bei Annahme dieses Gesetzes werde sich dies ändern. Das Gesetz soll eingestandenermaßen die Produktion einschränken, und das widerspreche doch eigentlich den Interessen der Landwirtschaft. Richtiger wäre es, die Nachfrage zu steigern, und das könne durch größere Verwendung des denaturierten Spiritus geschehen. Kein Vertreter des Westens dürfe seine Zustimmung zu einem Gesetz geben, welches nur für die ostelbische Kartoffelbrennerei zugeschnitten sei. Die sogen. Gutsbrennereien lägen nur im Interesse des Großgrundbesitzes. Die Bemerkungen des Herrn Staatssekretärs, daß der Kartoffelbau nur in geringem Maße zugenommen habe, seien für die Branntweinsteuervorlage nicht beweiskräftig. In anderen Staaten, z. B. Rußland, hätte zwar der Kartoffelbau um 50 Prozent zugenommen, man dürfe aber nicht vergessen, daß er dort nicht annähernd solchen Umfang habe wie bei uns. Außerdem konzentriere sich doch nicht die ganze landwirtschaftliche Produktion im Kartoffelbau, sondern eher im Getreidebau. Wenn die Höhe der Exportprämie in das Belieben der Regierung gestellt werde, so heiße das, die Preisbildung von der Regierung abhängig machen, die Regierung an die Spitze der Spekulation stellen. Abg. Paasche (nl.) äußert Bedenken gegen die Behandlung der Melassebrennerei, billigt aber im allgemeinen die Vorlage. Er empfiehlt stärkere Verwendung des denaturierten Spiritus zu technischen Zwecken und Aufhebung des Identitätsnachweises für das von den Preßhefefabriken verwendete Getreide. Der Gesetzentwurf wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

27. April. (Friedrichsruh.) Fürst Bismarck empfängt eine Abordnung Oldenburger und eine Deputation alter Korpsstudenten.

Er erwidert auf die Ansprache der Korpsstudenten: — — — Ich sehe gern rückwärts wo ich glücklich d. h. gesund war, ich meine darunter nicht die Zeit, wo ich eine hohe Stellung im Dienste einnahm, das macht nicht glücklich, im Gegenteil: es ist eine Zeit der Hetze, der Unruhe, der Besorgnis, wie eine Sache ausfallen wird und sie bietet wenig Entschädigung dafür und viel Aerger. Ich bin nie herrschsüchtig gewesen und ehrgeizig, es ist immer Verleumdung gewesen, wenn man dies erzählte, ich war immer nur diensteifrig. Es ist mir immer viel wertvoller gewesen, niemanden zu gehorchen, als anderen zu befehlen, also wenn Sie wollen,

eine republikanische Auffassung. Ich habe aber doch meinem alten Könige mit Liebe gehorcht. — — — — — — — — Ich danke Ihnen, daß Sie mit mir diesen Rückblick in die heitere Zeit der Jugend anstellen und daß Sie mir durch das Denkzeichen, was Sie setzen wollen, einen Ausdruck Ihres Einverständnisses und Wohlwollens gewähren. Sie kommen im Namen der Korps, und wenn ich an mein Korpsverhältnis zurückdenke, so muß ich doch sagen, daß die schwarzen Punkte, die ich beim Zurückblicken in die Jugend finde, in meinem Korpsverhältnis liegen, ich hätte mehr gearbeitet, wenn ich nicht im Korps gewesen wäre und hätte weniger Schulden gemacht. Heutzutage kommt der Korpsstudent mit dem mehrfachen nicht aus, das ist eine betrübte Sache, daß sie zu sehr in Luxus ausarten. Wie ich in Göttingen war, da hatten die Meisten wenig über 300 Thaler Wechsel — 400 war schon über den Mittelstand und 600, 800 war das Allerhöchste, höhere gab es, glaub' ich kaum. Wer dachte zu unserer Zeit an stylvolle Korpshäuser, die man jetzt hat. Mich haben die wenigen Schulden, mit denen ich Göttingen verließ, jahrelang in üble Laune gebracht, und wenn ich mit derselben Vergnügungsfähigkeit heute studierte, so glaube ich, würde ich im Leben nicht los werden, was mich damals drückte.

27. April. (Bayern.) Urteil im Fuchsmühler Prozesse (vgl. 1894 S. 173, 199).

Vom Landgericht Weiden werden 143 Angeklagte wegen Landfriedensbruchs und Forstfrevels, bezw. Anstiftung hiezu zu 14 Tagen bis 4 Monate 15 Tage Gefängnis verurteilt. 3 Personen werden nur wegen Forstfrevels zu je 683 Mark 60 Pfg. verurteilt. 5 Personen, die nur wegen Auflaufs angeklagt waren, werden freigesprochen. Die höchste Strafe erhält der Bürgermeister Josef Stock, zwei andere Rädelsführer je 4 Monate Gefängnis.

27. April. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Ankauf inländischer Erzeugnisse durch Staatsbetriebe.

Abg. Gamp (frk.) und Gen. beantragen: Die Regierung zu ersuchen, Anordnung zu treffen, daß die Staatsbetriebe beim Ankauf insbesondere von land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen die inländischen Erzeugnisse bevorzugen, bezw. soweit es angängig ist, die Lieferung inländischer Erzeugnisse vorschreiben. Der Antrag solle ein Mittel zur Bekämpfung der landwirtschaftlichen Notlage sein; die Staatsbetriebe dürften nicht nur darauf ausgehen, möglichst billig zu kaufen, sondern auch die heimische Produktion zu fördern. Namentlich die Militärverwaltung sollte deutsches Getreide und deutsche Butter kaufen, die Eisenbahnverwaltung nur einheimisches Holz zu den Schwellen verwenden. Minister der öffentlichen Arbeiten Thielen: Der Antrag sei ihm sympathisch, aber die deutsche Forstwirtschaft habe anderwärts höhere Preis erzielen können, so daß sie ihr Holz der Eisenbahnverwaltung noch gar nicht angeboten hätte. Landwirtschaftsminister v. Hammerstein: Der Kriegsminister habe erklärt, daß die Landwirte bei seinen notwendigen Anforderungen oft versagt haben, in Bezug auf die Qualität, z. B. die Trockenheit des Getreides, Beschaffenheit der Konserven 2c. Was der einzelne Landwirt nicht kann, kann aber die Genossenschaft, die Landwirte müssen sich genossenschaftlich organisieren, um qualifizierte Waare liefern zu können. Auch die Landwirtschaftskammern müssen sich mit diesen Fragen beschäftigen. Ferner verspricht der Minister, es sollten Versuche mit großen Kornhäusern gemacht werden, zunächst in Mannheim, Köln, Stettin, vielleicht in Berlin. Hierauf wird der Antrag angenommen.

29. April. Der **Reichstag** genehmigt in zweiter Lesung den Gesetzentwurf über die Regelung der privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt und das Flößereigesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten (Annahme in dritter Lesung 4. Mai).

Ende April. Die Presse über die deutsche Intervention in Ostasien (vgl. Asien).

Die ultramontanen und freisinnigen Blätter greifen die Regierung wegen der Einmischung heftig an. So sagt die „Voss. Ztg.", daß es eine Schaukelpolitik bedeute, wenn das Berliner Kabinet während des Krieges vollkommen neutral geblieben sei, sich allen Sondirungen verschiedener Mächte gegenüber ablehnend verhalten habe und nun trotzdem an einer diplomatischen Aktion gegen Japan teilnehme.

Hierauf erwidert die „Nordd. Allg. Ztg.": „Wenn Deutschland während des Krieges neutral geblieben und den Gedanken einer Intervention als vorzeitig und völlig aussichtslos insolange zurückgewiesen hat, als eine definitive militärische Entscheidung nicht eingetreten war, so folgt doch aus dieser Zurückhaltung keineswegs, daß Deutschland zu irgend einer Zeit gesonnen gewesen wäre, deutsche Interessen der Willkür des Siegers preiszugeben. Vielmehr ist nach unserer Kenntnis deutscherseits schon vor Monaten in Tokio kein Zweifel darüber gelassen worden, daß die Ueberschreitung gewisser Grenzen bei der Festsetzung der Friedensbedingungen Deutschlands Interessen berühren und eine Intervention der Mächte herbeiführen werde. Nachdem diese Grenze nicht eingehalten worden ist, handelt die deutsche Politik lediglich konsequent, wenn sie sich an Schritten beteiligt, welche auf Beseitigung der für europäische Interessen nachteiligen Bestimmungen gerichtet sind."

Die „Köln. Ztg." sagt über die Vorgeschichte der Intervention: „Die deutsche Regierung hat deshalb bereits anfangs März ihren Gesandten in Tokio telegraphisch angewiesen, der japanischen Regierung zur Mäßigung in den Friedensbedingungen zu raten, mit dem Hinzufügen, daß nach deutscher Auffassung die Forderung einer Gebietsabtretung auf dem Festlande besonders geeignet sein würde, eine Einmischung europäischer Mächte hervorzurufen. Als einige Wochen darauf aus den ersten Nachrichten über die Friedensbedingungen hervorzugehen schien, daß die japanische Regierung diesem freundschaftlichen Rate weniger als dem Drängen der dortigen Actionspartei Rechnung getragen hätte, wurden bereits am 23. März die ersten Schritte zu einer Verständigung der europäischen Mächte in dieser Hinsicht eingeleitet. Nachdem zwischen Deutschland und Rußland eine völlige Uebereinstimmung der Anschauungen erzielt war und auch ein Zusammengehen mit Frankreich gesichert ist, wird nunmehr von diesen drei Mächten gemeinsam in Japan ein diplomatischer Schritt zur Wahrung ihrer Interessen in Ostasien unternommen werden. Dabei sind zunächst die Gebietsveränderungen ins Auge gefaßt. Teils sind die wirtschaftlichen Abmachungen noch nicht genügend bekannt; teils glaubt man annehmen zu müssen, daß die Festsetzung Japans in wichtigen Teilen des chinesischen Festlandes, also vor allem die Besitzergreifung eines Teils der Halbinsel Liautung und die Festsetzung auf Wei-Hai-Wei als Bürgschaft für die Kriegskostenzahlung, ein politisches Uebergewicht Japans über China bedeuten und damit auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage Chinas und ihrer Beherrschung durch Japan einen maßgebenden Einfluß ausüben würde. Man zieht hieraus den Schluß, daß Japan sich an allen wichtigen

Orten gewissermaßen als Schildwache vor den Haupteinfuhrstraßen Chinas festzusetzen bestrebt sei und, wie es in Port Arthur und Wei-Hai-Wei den Zugang zum gelben Meer, in den Fischer-Inseln und Formosa die Haupthandelsstraße nach China beherrsche, sich mit einem festen Gürtel um ganz China herumgelegt habe, um es gegebenenfalls ganz von außen, von Europa absperren zu können. Die europäischen Mächte wollen daher zu rechter Zeit eine Schädigung ihrer Interessen abwehren."

April. Mai. Auseinandersetzung zwischen Konservativen und Christlich-Sozialen.

Die „Kreuz-Ztg." polemisiert gegen die christlich-soziale Richtung des Pfarrers Naumann (vergl. S. 3), dessen zur Sozialdemokratie neigender Radikalismus eine Unterstützung durch die konservative Partei unmöglich mache. Naumann antwortet in der „Hilfe", auch im Gegensatz zur konservativen Partei an seinem, den Sozialisten entgegenkommenden Standpunkte festhalten zu wollen. Von der konservativen Partei trenne ihn namentlich sein Eintreten „für freie Arbeiterorganisation, für freies Wort für ein neues Hypothekenrecht und bessere Lage der Landarbeiter, für volle Sonntagsruhe und für kräftige progressive Einkommensteuer", gemeinsam bleibe das christl. Bekenntnis und die Staatstreue. Er rechnet auf die Zustimmung des Hofpredigers a. D. Stöcker. Dieser erklärt im „Volk" auf dem Boden der konservativen Partei zu stehen: „Was Naumann und uns ältere Christlich-Soziale trennt, ist, — wenn ich recht sehe — vor allem das Eine, daß er, wenn auch auf christlicher Grundlage, eine Organisation des Proletariats im Gegensatz zu den besitzenden Klassen anstrebt, während wir die Sammlung der christlich-sozial gesinnten Geister aus allen Kreisen und Klassen bewirken möchten, um durch den Zusammenschluß dieser Elemente die sozialen Schwierigkeiten heben zu helfen."

30. April. (Wiesbaden.) Gustav Freytag † (vgl. Erich Schmidt, Dtsch. Rundschau Jahrg. 1895).

30. April. Der Reichstag genehmigt in zweiter Beratung den Gesetzentwurf, betr. die Aufhebung des Gesetzes über die Ernennung und die Besoldung der Bürgermeister in Elsaß-Lothringen vom 4. Juli 1887 (dritte Beratung am 3. Mai).

1. Mai. (Reichstag.) Antrag Grillenberger auf reichsrechtliche Regelung des Vereins- und Koalitionsrechts.

Abg. Grillenberger (Soz.): Das Vereins- und Koalitionswesen sei in den Einzelstaaten ganz verschieden, am härtesten seien die Bestimmungen in Bayern und Sachsen. Insbesondere müsse den Frauen die Teilnahme an Versammlungen unbedingt gewährt werden. Abg. Bachem (Z.) giebt manche Mißstände zu, findet aber den Antrag zu weit gehend. Gegen den Antrag spricht ferner Dr. v. Marquardsen (nl.), dafür v. Hodenberg (Welfe). Der Antrag wird am 6. Mai mit großer Majorität abgelehnt.

2. Mai. Fürst Bismarcks Dank für die Glückwünsche.

Die „Hamburger Nachrichten" veröffentlichen folgendes Schreiben aus Friedrichsruh: „Aus allen Teilen Deutschlands und von Deutschen und Fremden im Auslande, namentlich von Bürgern der Vereinigten Staaten Amerikas, sind mir zu meinem Geburtstag so viele Glückwünsche zugegangen, daß ich zu meinem lebhaften Bedauern nicht imstande bin,

jedem einzelnen dafür zu danken. Ich bitte deshalb meine Freunde, für ihre wohlwollende Begrüßung und Wünsche meinen herzlichen Dank in dieser Veröffentlichung entgegenzunehmen und verbinde damit den Ausdruck der Hoffnung, daß sie das Ausbleiben einer schriftlichen Antwort entschuldigen werden v. Bismarck."

2. Mai. (Reichstag.) Gesetzentwurf, betr. die Abänderung des Zollvereinigungsvertrages von 1867 über die Weinsteuer.

Den Entwurf, der den Kommunen die Besteuerung des Weines ermöglichen soll, begründet Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Der Wein dürfe jetzt nur in den eigentlichen Weingegenden besteuert werden, seine Besteuerung in anderen Landesteilen sollte aber ermöglicht werden, um den Kommunen in ihren finanziellen Schwierigkeiten Hilfe zu bringen. Die Bedenken, die gegen das Reichs-Weinsteuergesetz geltend gemacht wurden und zur Ablehnung desselben führten, könnten hier nicht geltend gemacht werden. Die Kommunen werden sich sicher in der kommunalen Besteuerung den lokalen Bedürfnissen anpassen; der vorgeschlagene Satz in maximo 10 vom Hundert des Werts oder 5 M. pro Hektoliter sei kein hoher. Es soll den Kommunen nur ein Recht gegeben werden, auf das viele von ihnen Wert legen. Abg. Schädler (Z.) hegt Mißtrauen gegen die gerechte Besteuerung durch die Kommunen. Abg. Schmidt-Bingen (frs. Vp.) fürchtet, daß der Winzer die Steuer werde tragen müssen, ebenso Abg. Bürklin (nl.), Abg. Limburg-Stirum (kons.) für die Vorlage. Sie wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

3. Mai. Der Reichstag bewilligt 1 700 000 M. zur Feier der Einweihung des Nordostsee-Kanals.

4. Mai. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Sozialpolitische Vorlagen über Wohnungen und Verpflegungsstationen.

Der Gesetzentwurf, betr. die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der staatlichen Wohnungen von staatlich beschäftigten Arbeitern und gering besoldeten Staatsbeamten wird an eine Kommission verwiesen, nachdem er im Plenum günstige Aufnahme gefunden hatte. Ebenso wird an eine Kommission verwiesen der Gesetzentwurf über die Verpflegungsstationen, der gefährdete Existenzen vor dem Untergange bewahren und der Vagabondage entgegentreten soll. Die Vorlage wird im Plenum sehr verschieden beurteilt.

7. Mai. (Berlin.) Generaloberst v. Pape, 82 Jahre alt, †. Er befehligte 1870 die erste Garde-Infanterie-Division und zeichnete sich u. a. bei St. Privat aus (vgl. S. 5).

5. Mai. (Friedrichsruh.) Fürst Bismarck empfängt eine Abordnung Ostfriesen und erwidert auf ihre Ansprache folgendes über die Beziehungen zwischen Preußen und Ostfriesland:

Unsere früheren Beziehungen waren ja nur ein Ausdruck der Zusammengehörigkeit, die von Natur zwischen allen Deutschen oder doch mindestens zwischen der niederdeutschen Bevölkerung der Seeküsten, was man hier „de Waterkant" nennt (Bravo!), von der Ems bis zur Weichsel jederzeit bestanden hat. Wir sprechen alle dasselbe Plattdeutsch mit wenig dialektischem Unterschiede in Ostfriesland und Hinterpommern. Wir sind aber lange getrennt gewesen durch politische Grenzen und getrennt durch

die cimbrische Halbinsel, welche die Ostsee von der Nordsee scheidet in unserem Seeverkehr. Es ist erfreulich, die Zeit zu erleben, daß die Verbindung beider Meere hergestellt und die feierliche Eröffnung des Kanals zwischen Nord- und Ostsee in naher Aussicht steht. Es war hierauf, als ich zuerst in die politische Thätigkeit trat, kaum Aussicht, und zu der Zeit, als es sich um das Schicksal von Schleswig-Holstein handelte, in Verhandlungen mit dem damaligen Prätendenten habe ich zuerst die Forderung dieses Kanals als Vorbedingung unserer Zustimmung zur Einsetzung einer besonderen holsteinischen Dynastie aufgestellt. (Bravo.) Es gelang mir nicht, dafür Zustimmung zu finden und hauptsächlich daran scheiterten die damaligen Verhandlungen. Ich bin dem Gedanken von Neuem nahe getreten, sobald wir in Besitz von Holstein kamen; auch dann waren Bedenken militärischer Natur dagegen. Unsere Landesverteidigung in ihrer wissenschaftlichen Spitze hatte die Auffassung, daß wir so starke Armeen, wie zum Schutze dieses Kanals notwendig sein würden, in unseren Landkriegen nicht entbehren könnten. Ich habe dem gegenüber stets vertreten: wenn wir große Landkriege haben, so müssen wir diese Truppenmassen doch entbehren, weil wir Hamburg schützen müssen, Holstein schützen müssen, Kiel schützen müssen; schützen wir diese Lokalitäten, so schützen wir auch den Kanal. Aber es hat mir viel Mühe gekostet, mit meiner Auffassung durchzudringen, auch nachdem der Millionensegen der französischen Kontributionen eingegangen war, um die Sache in Fluß zu bringen.

8. Mai. (Friedrichsruh.) 116 Bürgermeister und Stadtverordnete übergeben dem Fürsten Bismarck den gemeinsamen Ehrenbürgerbrief von 72 Städten des Königreichs Sachsen. Auf eine Ansprache entgegnet der Fürst:

„Meine Herren! Zuerst richte ich die Bitte an Sie, sich zu bedecken, weil ich selbst das Bedürfnis habe und ich doch nicht allein es befriedigen kann. Meine Herren, in der Auszeichnung, wie sie mir heute durch Ihre Vermittelung widerfährt — es ist meines Wissens noch niemals einem deutschen Minister, vielleicht auch keinem ausländischen widerfahren, daß 72 städtische Gemeinden ihn, der nicht mehr im Dienste ist und keinen Einfluß auf die Geschäfte mehr hat, gleichzeitig zu ihrem Mitbürger erwählen und ihm dadurch ihr Wohlwollen und ihr Einverständnis mit seiner früheren Amtsführung zum Ausdruck bringen. Es ist dies für mich um so gewichtiger, als es im ganzen nach unserer deutschen Tradition für einen Minister nicht ganz leicht ist, sich das Wohlwollen seiner Landsleute zu erwerben. Im allgemeinen ist doch ihm gegenüber die Kritik noch wachsamer wie die Liebe und wenn letztere schließlich überwiegt, so muß er gründlich geprüft und gesiebt sein, ehe man ihm, obschon er Minister ist, das Wohlwollen, das man den Mitbürgern im allgemeinen schenkt, wieder zuwendet. Es erfüllt mich mit besonderer Freude, daß ich dies noch erlebe, nachdem ich nicht mehr im Dienst bin, nicht nur wegen der persönlichen Genugthuung, die darin liegt, auch wegen der politischen Aussicht in die Zukunft, wegen der Frage, ob das Saatkorn, das ich auszustreuen berufen gewesen bin, prosperiert, in fruchtbaren Boden gefallen ist und Aussicht auf eine zukünftige dauernde und wiederholte Ernte bietet. Es war außerdem zwischen uns noch eine andere Scheidewand wie die, welche in Deutschland zwischen dem Minister und dem regierten Bürger herkömmlich zu bestehen pflegt, es war die des Partikularismus, wenn ich mich kurz mit einem Fremdworte ausdrücken soll. Wir hatten zwar wohl immer das Gefühl, Deutsche zu sein, aber jeder von uns war es auf seine besondere Weise und ohne Verständnis

für die Art, für die Motive, aus denen der Andere, der Nachbar, der Landsmann deutsch war. Ich darf nur an Zeiten erinnern, die die meisten von Ihnen erlebt haben werden, wo die politische Übereinstimmung zwischen Preußen und Sachsen, die Bereitwilligkeit Sachsens, die Hand zu bieten, zur Bildung des heutigen Deutschen Reiches, minder groß war, als sie heute ist. Wir sind ja bis zum Kriege zwischen Preußen und Sachsen gekommen und die sächsische Truppe von 1866 hat noch heute in der österreichischen Armee das Zeugnis, daß sie das festeste Korps von allen bei Königgrätz geblieben ist -- ein glänzendes Zeugnis für die militärischen Leistungen Sachsens. Außerdem war in Sachsen das Bedürfnis, die nationale Bezeichnung dem Auslande gegenüber zu wechseln, nicht so hervorragend, wie in vielen kleinen Staaten. Was Sachsen war, was es zu bedeuten hat, wenn man sagt: ich bin Sachse — das hatte seinen historischen Hintergrund schon seit Jahrhunderten und es gab eine Zeit, wo Sachsen als solches in seiner Verbindung mit Polen eine große europäische Rolle gespielt. Also die Empfindung eines im Auslande unbekannten deutschen Staatsgebildes, die unter Umständen den Befragten zögern machte zu bekennen, wo er her sei, fand bei den Sachsen nicht statt. Die hatten immer darauf eine befriedigende Antwort, denn was Sachsen war, war in der ganzen Welt bekannt — und deshalb war das Bedürfnis, aus der Kleinstaaterei in einen großen Nationalstaat wieder überzugehen, in einem größeren und längst im Besitze eines europäischen Rufes befindlichen Staate wie Sachsen und Bayern nicht so groß als manchen anderen. Es war im Gegenteil Sachsen zu einer Rivalität mit den anderen vollberechtigt. Seit wir ein Deutsches Reich aufgerichtet haben, sind die Scheidewände, die uns dynastisch und territorial trennen, ich will nicht sagen gefallen, aber sie hindern uns nicht mehr, mehr wie telephonisch mit anderen über die Wände hinaus zu verkehren und uns einig zu fühlen. Das Gefühl, daß wir dem Nichtdeutschen gegenüber demselben Staatsgebilde angehören, ist heutzutage in Sachsen so lebendig wie in Preußen und war es früher nicht. Das ist ein Fortschritt, dessen Bedeutung und dessen erhebende Bedeutung für unsere nationalen Empfindungen wir alle erkennen und das ist das Gefühl, was Sie hierher führt, das Gefühl, uns alle wieder darauf besonnen zu haben, daß wir der großen deutschen Nation, die in Europa zu einer hervorragenden Rolle jederzeit mitberufen gewesen ist — die aus der Rolle gefallen war durch innere Zerrissenheit —, daß wir der ihre Stellung gemeinsam wieder gewonnen haben, indem wir jetzt — ich will nicht ruhmredig sprechen — doch als eine der leitenden Mächte an der Spitze Europas mit stehen (Bravo) als Deutsche und Bürger des Deutschen Reichs. Wir waren das ja immer, aber das alte Deutsche Reich, das man ja schon in der bezeichnenden Form nicht deutsch, sondern heilig und römisch nannte, das hatte ja auch die staatliche Zusammengehörigkeit vor dem juristischen Urteil, aber sie war praktisch nicht vorhanden. Jetzt ist sie durch dynastische Streitigkeiten, durch die Rivalität der Stämme nicht mehr gestört, die Stämme haben überhaupt nicht so mit einander rivalisiert, wie man das im Sprachgebrauch gewöhnlich sagt. Die Stämme der Schwaben und Niedersachsen, der Obersachsen gehören verschiedenen Dynastien an und haben Jahrhunderte lang ohne Rücksicht auf die Stammesgemeinschaft gegen einander gefochten, der Thüringer, der Obersachse gegen seinen Landsmann oben im Gebirge, der Niedersachse an der altmärkischen und hannöverschen Grenze noch bei Langensalza. In den Stämmen liegt es nicht, es lag in den Dynastien und seit die Dynastien einig sind und, wie ich glaube, einig bleiben werden (Bravo), halte ich unsere nationale Einigkeit auch für gesichert. Der angestammte Fürst hat immer auf das Herz seiner Unter-

thanen einen mächtigen Einfluß — und möge ihn behalten —; ist der gewonnen für die nationale Gemeinschaft, so ist diese Gemeinschaft gesichert; ist der mißtrauisch, feindlich oder gekränkt worden, so periklitiert sie. Bisher haben wir überall, in den Dynastien und dem gebildeten Teil der Bevölkerung, den freien Willen, als gesamte deutsche Nation zusammen zu stehen und zusammen zu halten; den muß man auch erhalten und man muß in den Imponderabilien, die den Einzelnen verstimmen können, vorsichtig wirtschaften. Man kann nicht als Gesetzgeber und Regierender mit dem Kopf durch die Wand gehen, man muß erst zufühlen; denn etwas dunkel ist die Zukunft immer und das Tastgefühl ist immer nötig, das Auge trägt nicht weit (Bravo); aber ich hoffe, es wird hier das geschehen, was nötig ist. Was uns heutzutage trennt — das sind nicht Stammesverschiedenheiten, nicht dynastische Verschiedenheiten, es sind nur die politischen Parteien und die sind dazu gar nicht berechtigt. (Sehr richtig.) Jeder Führer in seiner Partei — sie machen mir den Eindruck wie in der ersten christlichen Zeit die Säulenheiligen: jeder stand als Stylit auf seiner Säule und sagte: hier müßt ihr herkommen, ich gehe nicht runter — die Säule wird gebildet aus folgsamen Gesinnungsgenossen, ich möchte sagen hypnotisierten Gesinnungsgenossen des Parteileiters, der sie beherrscht, und aus einem Mörtel von Prinzipien, die in ihrer Allgemeinheit auf das praktische Leben durchaus unanwendbar sind; und diese Art der Einteilung in stylitische Herrschergebiete — ich drücke mich deutlicher aus, wenn ich sage in Herrschergebiete der Parteiführer — dies ist die Gefahr, die uns jetzt bedroht. Jeder will seine Ansicht, vielleicht auch eine solche, die er gar nicht mehr hat, aber die er ursprünglich als Programm in die Welt gesetzt hat, ohne einen Punkt auf dem i aufzugeben, aufrecht erhalten und er kämpft darum mit den anderen, und das sind die Streitigkeiten, die wir leider in unseren parlamentarischen Versammlungen heute in hervorragender Weise erleben. Wie unsere Zukunft praktisch und allerseits befriedigend gestaltet werden soll, allerseits befriedigend, das ist eine Frage, die nicht im Vordergrunde steht, dazu müßte man zuerst die Verständigung zwischen den Parteien, den Fraktionen suchen — gesucht wird sie wohl von einzelnen Fraktionen; jeder sucht sich die eine oder die andere zu annektieren — es gelingt ihr auch, bei den Wahlen namentlich —, aber beherrschend für die Aufgabe, die wir zu lösen berufen sind, ist der Gedanke der Versöhnlichkeit zwischen den Parteien nicht und ich bin stark in Versuchung, mit Ihnen ein Pereat auf die politischen Parteien auszubringen. (Heiterkeit.) Ich unterlasse es aber (Heiterkeit), ich will Sie als Sachsen lieber bitten, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf Ihren Monarchen, der einer der wenigen Ueberlebenden ist von denen, die mit dem Degen in der Faust unsere Einheit haben erkämpfen helfen, und der unter allen Umständen — ein seltenes Muster — das Wohl seiner Unterthanen im Auge behalten hat, aber auch ein reichstreuer, nationalgesinnter Monarch geblieben ist. Se. Majestät König Albert, er lebe hoch, nochmals hoch und wiederum hoch!

Mai. Enthüllung über die Stellung des Herzogs Friedrichs von Augustenburg zur Annexion Schleswig-Holsteins. Brief an König Wilhelm vom 20. Juni 1864.

Infolge der Bemerkungen Fürst Bismarcks in seiner Rede an die Ostfriesen über den Nordostseekanal und die Verbindung Schleswig-Holsteins mit Preußen beschäftigt sich die Presse lebhaft mit der damaligen politischen Stellung des Erbprinzen von Augustenburg. Die „Nordd. Allg. Ztg." publiziert dazu aus dem Archive von Princkenau folgenden Brief des Herzogs an den König Wilhelm:

„Allergnädigster König!

Die gnädige und wohlwollende Weise, in welcher Euer Majestät geruht haben, mich bei meiner letzten Anwesenheit in Berlin zu empfangen, hat mich mit Freude und Dankbarkeit erfüllt. Um so schmerzlicher haben mich die verschiedenen Angriffe berührt, die gleich darauf von einem Teile der Presse gegen mich erfolgt sind, denn ich mußte daraus entnehmen, daß manche anderweitige Aeußerungen von mir mißverstanden worden seien. Es würde mich aber auf das Tiefste schmerzen, wenn infolge eines solchen Mißverständnisses bei Euer Majestät, in welchem ich den mächtigsten Fürsten des nördlichen Europas, wie den Schützer und Hort meiner Familie verehre, auch nur der leiseste Zweifel an meinen Gesinnungen entstanden sein könnte. Unter diesen Umständen fühle ich mich gedrungen, um die Erlaubnis zu bitten, mich ganz offen und rückhaltslos gegen Euer Majestät aussprechen zu dürfen. Bei meiner Anwesenheit in Berlin habe ich mir gestattet, Euer Majestät auszudrücken, daß ich mich durch mein unterm 29. April Allerhöchst Ihnen gegebenes Versprechen unter allen Umständen für gebunden erachte und stets erachten werde, wie sich das von selbst versteht, da ich dasselbe unter keiner Bedingung gestellt habe. Dasselbe habe ich Seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen und Herrn v. Bismarck gegenüber mehrfach hervorgehoben. Ich habe mich demgemäß auch bereit erklärt, eine zweiseitige Aufzeichnung der verschiedenen Punkte in Gemeinschaft mit Seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen zu vollziehen. Ich habe indeß Herrn v. Bismarck auf die großen Gefahren aufmerksam gemacht, welche das Bekanntwerden solcher Unterhandlungen in einem Stadium in sich schließen würde, welches der Rivalität der übrigen Mächte noch so großen Spielraum gewährt. Um nicht die Aufmerksamkeit auf diese Unterhandlungen zu leiten, habe ich namentlich den Wunsch ausgesprochen, meinen Aufenthalt in Berlin möglichst abkürzen zu dürfen. Euer Majestät haben geruht, Allerhöchst sich hiermit im allgemeinen einverstanden zu erklären. Geleitet von der Rücksicht, daß die Eifersucht der übrigen Mächte auf Preußen der Sache der Herzogtümer und dadurch auch Preußens den empfindlichsten Schaden thun kann, wünschte ich möglichst reserviert zu bleiben. Ich glaube es gegen Euer Majestät weder früher noch jetzt gewesen zu sein. Sollte ich es vielleicht zu sehr gegen Herrn v. Bismarck gewesen sein, so ist das durch die Ansicht desselben hervorgerufen worden, daß Geheimhaltung nicht wesentlich notwendig sei. Was ich Euer Maestät am 29. April versprach, verstehe ich im weitesten Sinne, weil jenes Versprechen nicht nur aus einem Gefühle der Dankbarkeit für das, was Preußen gethan hat, hervorging, sondern das der Erkenntnis der Bedürfnisse der Herzogtümer; ich verstehe es in einem weiteren Sinne, als es wohl überall in Berlin geschieht, und meine, daß die Marinekonvention Preußen nicht nur eine Verstärkung an Seemannschaften, sondern auch eine wirkliche Verstärkung seiner ganzen Seewehr geben muß.

Wenn ich Herrn v. Bismarck recht verstanden habe, würden Euer Majestät in Betreff des großen von Eckernförde nach Brunsbüttel bestimmten Kanals 1. ein Aufsichtsrecht und 2. Befestigungen an den Endpunkten wünschen. — Daß, wenn der Kanal auch nur an einem Endpunkte Marinestation sein soll, militärische Rücksichten ein Aufsichtsrecht für Preußen erfordern, betrachte ich als natürlich. Ebenso bin ich mit Gebietsabtretungen zur Befestigung der Endpunkte einverstanden. In dieser Beziehung gestatte ich mir zwei Bemerkungen: 1. Ich möchte glauben, daß es im Interesse Preußens und der Herzogtümer läge, diese Befestigungen mit dem Küstenverteidigungssystem des Bundes in Verbindung zu bringen. Dadurch würde es möglich, eine unberechtigte Rivalität fern zu halten, würde aber keines-

wegs ausgeschlossen sein, daß die Abtretungen, bis das Bundesverteidigungssystem fertig ist, sofort an Preußen übergehen. 2. Fallen diese Abtretungen unter den militärischen Gesichtspunkt, und ich möchte glauben, daß, insofern Städte darunter begriffen sind, es in betreff der zivilen Verhältnisse wie bei den Bundesfestungen gehalten werden könnte. Ich mache hierüber Euer Majestät Allerhöchste Person zum Schiedsrichter und erkläre mich ausdrücklich auch zu jenen Abtretungen bereit, wenn Euer Majestät jenen Ansichten Ihren Beifall nicht schenken sollten. Was die Demarkationslinie betrifft, so kennen Euer Majestät durch Seine Königliche Hoheit den Kronprinzen schon meine Ansicht. In meiner nach allen Seiten hin gefährdeten Stellung habe ich in dieser Hinsicht auf die Stimmung der Bevölkerung sehr Rücksicht zu nehmen. Ich kann mich, so lange alles schwebt, öffentlich nicht für eine bestimmte Linie aussprechen, nur für das Prinzip der Befragung der Bevölkerung. Euer Majestät gegenüber habe ich natürlich auch in dieser Hinsicht kein Bedenken.

Allergnädigster König!

Ich wage zu hoffen, daß Euer Majestät aus Vorstehendem die Ueberzeugung gewonnen haben, daß nicht partikularistische und selbstsüchtige Tendenzen, nicht Sympathien für andere Mächte mich leiten. Meine Versprechungen vom 29. April habe ich Euer Majestät mit freudigem Herzen erteilt, weil ich die volle Ueberzeugung habe, daß jedes Band, welches die Herzogtümer, wie auch die übrigen deutschen Staaten an Preußen knüpft, zum Heile dieser Staaten wie ganz Deutschlands gereichen wird. Die Erweiterung des Einflusses Preußens wird nur dazu beitragen, die Macht Deutschlands zu vermehren und die Einzelstaaten sicher zu stellen. Dieser Ueberzeugung, welche ich von jeher besessen habe, werde ich auch in Zukunft stets treu bleiben. Nur könnte ich Preußen und den Herzogtümern nicht stärker schaden, als wenn ich diese Gesinnung jetzt proklamierte und es verlautete, daß ich mich in Betreff der Machterweiterung Preußens gegenüber gebunden habe. Das ist der Grund, weshalb ich jedem andern als Euer Majestät gegenüber eine gewisse Reserve über diese meine Gesinnung beobachten muß. Zu Euer Majestät aber habe ich das unbegrenzte Vertrauen, daß ich mich Allerhöchstihnen gegenüber ganz offen aussprechen darf, sowie daß Euer Majestät in Allerhöchstihrem gerechten Sinne und Ihrer patriotischen Einsicht nichts von mir fordern werden, welches mir zu leisten unmöglich sein wird. Nur noch einen Punkt darf ich zur Sprache bringen. Es betrifft die Zustimmung der Stände, die zu Gebietsabtretungen und ähnlichem wohl überall in Europa notwendig ist. Ich bin sicher, daß ich die Einwilligung der Stände zu demjenigen, was ich am 29. April versprach — soweit sie überhaupt erforderlich ist — erhalten werde; ich glaube, daß dasselbe in Betreff des in diesem Schreiben Angebotenen der Fall sein wird. Jedenfalls werde ich als ehrlicher Mann hierin handeln, wie ich mein ganzes Leben gehandelt habe. Ich kann Euer Majestät keinen besseren Beweis meines vollen Ernstes geben, als durch die Erklärung, daß, wenn meine Stände mit irgend einem der von mir versprochenen Punkte nicht einverstanden erklären sollten, ich meinerseits die Regierung niederlegen werde. Ich erlaube mir hierbei darauf aufmerksam zu machen, daß ich in meinem Schreiben vom 29. April schon bemerkt habe, daß ich, was den Anschluß an den Zollverein betrifft, in einem Falle die Zustimmung der Stände nicht zu verbürgen vermag und daher diesen Fall ausnehme. Genehmigen Euer Majestät mir nur noch einen Wunsch Allerhöchst Ihnen unterthänigst zu Füßen zu legen. Dem Anscheine nach steht der Wiederausbruch des Krieges in nächster Zeit bevor. Ich, wie alle Schleswig-Holsteiner, empfinden im Selbstbewußtsein dessen was wir früher geleistet

haben, aufs Schmerzlichste, daß wir nicht selbst für unsere Befreiung haben kämpfen dürfen. Ich nahe Euer Majestät nun mit der unterthänigsten Bitte, daß, wenn nicht seitens anderer Mächte unübersteigliche Hindernisse dem entgegentreten, Euer Majestät geruhen wollen, es uns möglich zu machen, uns am Kampfe zu beteiligen, indem zunächst wenigstens für Holstein meine Anerkennung erfolgt. Euer Majestät wollen dann die Gnade haben, wie Allerhöchst Sie mir in Aussicht gestellt haben, Offiziere zur Organisation der Armee kommandieren zu lassen sowie in Betreff des Kriegsmaterials das Erforderliche zu befehlen, und es wird unser eifrigstes Bestreben sein, dem glänzenden Vorbilde, welches Euer Majestät erhabenes Kriegsheer uns gewährt, nach Kräften ähnlich zu werden. Unendlich glücklich wird es mich machen, wenn es mir möglich sein wird, bei Einem zweiten Besuche Euer Majestät in den Herzogtümern nach einem neuen Siege wie dem bei Düppel Euer Majestät ein schleswig-holsteinsches Korps vorzuführen, und dasselbe sich dann des Beifalls Euer Majestät zu erfreuen hat. Möge dieser Tag nahe sein und möge es mir bald vergönnt sein, an der Spitze eines schleswig-holsteinschen Korps Euer Majestät den Dank der Herzogtümer für Allerhöchstihr erhabenes Befreiungswerk darzubringen.

Geruhen Euer Majestät die Versicherung der unbegrenzten Verehrung und Ergebenheit entgegen zu nehmen, womit ich verharre

(gez.) Friedrich.

Kiel, den 20. Juni 1864.
Seiner Majestät dem König von Preußen, Karlsbad.

8. Mai. (Berlin.) **Die landeskirchliche Konferenz fordert, daß der Staat der Kirche Einfluß bei Besetzung der theologischen Professuren gewähre.**

8. Mai. (Reichstag.) **Zweite Beratung der Umsturzvorlage (vgl. S. 1 bis 7). Rede Hohenlohes.**

Zu dem Gesetzentwurf in der Kommissionsfassung (S. 115) liegen folgende Anträge vor: 1. Vom Abg. Barth (Frs. Vg.): Der Reichstag wolle beschließen: im § 111 (der Kommissionsfassung) a) die §§ 201, 205 (welche das Duell betreffen) vor § 240 einzufügen; b) statt der Worte: Gleiche Strafe trifft Denjenigen . . . (bis) angreift oder rechtfertigt, zu setzen: Gleiche Strafe trifft Denjenigen, welcher auf die im § 111 bezeichnete Weise ein Verbrechen oder eines der in den §§ . . . vorgesehenen Vergehen in der Absicht anpreist oder als erlaubt darstellt, dadurch zur Begehung der bezeichneten strafbaren Handlungen anzureizen. 2. Von den Abgg. v. Levetzow (dk.) und Genossen: Den Absatz 2 des § 111 des Strafgesetzbuchs durch nachfolgende Bestimmungen zu ersetzen: Ist die Aufforderung ohne Erfolg geblieben, so tritt Geldstrafe bis sechshundert Mark oder Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr und, sofern es sich um die Aufforderung zu einem Verbrechen handelt, Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bis zu zweitausend Mark ein. Die im vorigen Absatz angedrohten Strafen treffen auch Denjenigen, welcher auf die im § 110 bezeichnete Art ein Verbrechen, den Ehebruch oder eines der in den §§ 113, 114, 115, 124, 125, 240, 242, 305, 317, 321 vorgesehenen Vergehen in einer Weise anpreist oder rechtfertigt, die geeignet ist, Andere zur Begehung solcher strafbaren Handlungen anzureizen. Die auf Grund der beiden vorhergehenden Absätze zu verhängenden Strafen dürfen jedoch der Art oder dem Maße nach keine schwereren sein als für die Handlung selbst angedrohten.

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Meine Herren, gestatten Sie mir, gleich zu Beginn der Diskussion über § 111 einige allgemeine Bemerkungen zu machen. Ich thue dies, um meine Ansicht vom allgemeinen Gesichtspunkt aus gleich zusammenzufassen, um bei den einzelnen Paragraphen Wiederholungen zu vermeiden. Meine Herren, schon bei der ersten Lesung habe ich Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, daß das Gesetz, betreffend die Aenderungen und Zusätze zum Strafgesetzbuch nicht hervorgegangen ist aus allgemeinen theoretischen Erwägungen, sondern veranlaßt wurde durch die mehr und mehr sich geltend machende Ueberzeugung, daß die Grundlagen des religiösen und sittlichen Lebens, daß die Achtung vor den überkommenen Einrichtungen unserer Staatsordnung, daß der Gehorsam gegen das Gesetz und das Ansehen der Obrigkeit erschüttert sind. Eine Umkehr schien nöthig und Maßregeln wurden gefordert und erwartet, die zur Wiederherstellung und Festigung jener Grundlagen führen konnten. Je größer die Besorgnis vor revolutionären und anarchistischen Ausschreitungen war, um so stärker trat an die Regierung die Forderung heran, die bürgerliche Gesellschaft zu schützen. Als nun die verbündeten Regierungen dieser Forderung durch eine Reform des gemeinen Rechts zu entsprechen unternahmen, konnten sie sich der Hoffnung hingeben, daß sie der Zustimmung wenigstens des Theils der Bevölkerung sicher sein würden, der am lautesten nach Schutz und strengeren Strafbestimmungen gerufen hatte. (Sehr gut! Große Heiterkeit.) Und als bei der ersten Beratung angesehene Mitglieder dieses hohen Hauses sich im gleichen Sinne aussprachen, gaben wir uns der Hoffnung hin, daß aus den Beratungen der Kommission ein Gesetz hervorgehen werde, das dem Zweck der Vorlage entspräche. Diese Hoffnung ist nur zum Theil in Erfüllung gegangen. (Hört, hört!) Im Laufe der Kommissionsverhandlungen vermehrten sich zusehends die Feinde der Vorlage. Anträge wurden in der Kommission gestellt, die die Außenstehenden erschreckten. (Sehr richtig!) Und wenn diese Anträge auch nur zum Teil zur Annahme gelangten, so vermehrten sie doch den ungünstigen Eindruck. Von vielen Seiten erhoben sich Warnungsrufe, vielleicht auch von solchen, die das Gesetz gar nicht einmal gelesen hatten, (Sehr richtig!) und es wurde der Reichsregierung und dem Reichstage der Vorwurf gemacht, daß sie die Geistesfreiheit des deutschen Volkes beschränken wollten, während doch nur beschimpfende und den öffentlichen Frieden gefährdende Aeußerungen, keineswegs aber wissenschaftliche Kritik unter Strafe gestellt werden sollen. Ueberhaupt verstehe ich die Herren nicht, die Entrüstungsversammlungen abhalten. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Ich habe eine zu hohe Meinung von dem Volke der Denker, als daß ich es wagen möchte anzunehmen, es könne die Geistesarbeit eines deutschen Philosophen, es könne der große, weltbewegende Kampf der Geister und der Fortschritt der Menschheit gehemmt werden durch gesetzliche Bestimmungen, die öffentliche beschimpfende Aeußerungen unter Strafe stellen. (Bewegung.) Vielleicht hat zu den Besorgnissen und Mißverständnissen auch beigetragen, daß die Kommission Materien in das Gesetz hineingetragen hat, die demselben früher in dem gleichem Maße ferngeblieben waren. Während die Vorlage vor allem die Stärkung der Staatsgewalt und den Schutz der öffentlichen Ordnung im Auge hatte und deshalb vor Allem die Abschnitte VI und VII Teil II des Strafgesetzbuchs in den Kreis ihrer Vorschläge zog, erstrecken sich die Aenderungen der Kommission vorzugsweise auf das Gebiet der strafbaren Handlungen gegen Religion und Sitte (Abschnitt XI und XIII des Strafgesetzbuchs), ja sie wollen dieses Gebiet noch erweitern. Dagegen sind gerade diejenigen Bestimmungen, die auf die Festigung der Staatsordnung, der Staatsgewalt bezug haben, ziemlich stiefmütterlich behan-

delt. So hat die Kommission in § 111 die Verherrlichung des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, die recht eigentlich in den Rahmen dieses Gesetzes gehört, beseitigt dadurch, daß sie die Bezugnahme auf den § 113 des Strafgesetzbuchs gestrichen hat. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der Reichstag diesen Paragraphen wieder einsetzen wird, um so mehr, als es sich ja nicht um passiven Widerstand handelt, sondern nur um den Widerstand mit Gewalt, Bedrohung und thätlichem Angriff. Eine Ausscheidung dieses Paragraphen würde eine Schwächung der Vorlage mit sich bringen, die sehr zu bedauern wäre. Was nun den zweiten Teil des § 111 anbetrifft, so kann ich in dem Vorschlag der Kommission keine Verbesserung erkennen. Die Vorlage will Den treffen, der vor der Oeffentlichkeit Verbrechen und Vergehen anpreist, dieselben als erlaubt darstellt, sofern die hieraus sich ergebende Verwirrung des Rechts- und Sittlichkeitsgefühls die Gefahr in sich trägt, die Neigung zur Begehung ähnlicher strafbarer Handlungen hervorzurufen oder zu steigern. Die Kommission will aber nur dann strafen, wenn der Thäter Andere zur Begehung strafbarer Handlungen angereizt hat. Darin sehe ich eine Abschwächung des Gesetzes, zu der ich kein genügendes Motiv erkennen kann. Ebenso halte ich es juristisch nicht zu rechtfertigen, wenn die Anpreisung von Handlungen mit Strafe bedroht wird, die, wenn auch sittlich zu verurteilen, dennoch nach dem geltenden Recht nicht strafbar sind. Im Uebrigen kann ich mich, was den § 111 betrifft, dem Antrag der Herren Abgeordneten von Levetzow und Genossen anschließen. Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich über eine Form des Gesetzes zu verständigen, die der Regierung die Mittel an die Hand giebt, revolutionären Bestrebungen mehr als bisher mit der nötigen Kraft entgegenzutreten.

Abg. Barth (frs. Vg.) gegen die Vorlage: Der § 111 stelle Alles in das Ermessen des Richters, der keine objektiven, sondern nur subjektive Merkmale habe; wie könne er eine Entscheidung treffen, was eine Glorifikation sei und was nicht? Dazu müsse er erst feststellen, wie sie gewirkt habe, für welches Publikum sie berechnet war u. s. w. Wer die Entwickelung der Sozialdemokratie in Deutschland verfolgt habe, könne nicht übersehen, daß die revolutionären und anarchistischen Agitatoren mehr und mehr von den Führern zurückgedrängt werden. Eine Bekämpfung der Sozialdemokratie sei nur auf dem Wege der freien Kritik und Diskussion möglich, die durch dieses Gesetz so außerordentlich erschwert werde. Die heutige Sozialdemokratie habe kein Interesse daran, sich einer Gewaltpolitik zuzuwenden. Es sei notwendig, daß sich der ruhige Staatsbürger bessere Nerven anschaffe gegenüber gelegentlichen Aeußerungen der sozialdemokratischen Agitation. Abg. v. Manteuffel (kons.) erklärt, daß die konservative Partei bei Ablehnung ihres Antrages gegen das ganze Gesetz stimmen werde. Die Vorlage sei durch die Kommission erheblich verschlechtert, allein das Betonen der christlichen Anschauung sei dankenswert. Abg. Auer (Soz.): Die Vorlage werde von den Kreisen, die am lautesten nach Schutz geschrieen hätten, den Mittelparteien, verleugnet, das Zentrum habe dagegen der ihr ursprünglich unsympathischen Vorlage seinen Stempel aufgedrückt. Die sozialdemokratische Partei sei nicht gewaltthätig, und dieser immer wiederholte Vorwurf mache den Eindruck, daß man insbesondere in militärischen Kreisen die Revolution hervorrufen wolle, um sie mit militärischer Macht niederzuschlagen. Kriegsminister Bronsart von Schellendorff: Die Armee sehe keine Ehre darin, unbotmäßige Pöbelhaufen zu bezwingen. Wir betrachten es als angenehme Pflicht, das der Polizei und Feuerwehr zu überlassen. (Stürmische, lang andauernde Heiterkeit auf allen Seiten des Hauses.)

Abg. v. Kardorff (Rp.): Ich habe namens meiner politischen Partei folgende Erklärung zu verlesen: Die deutsche Reichspartei hat als den eigentlichen Zweck der dem Reichstage zugegangenen Vorlage den Schutz der bürgerlichen Gesellschaft gegen die auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei angesehen. Wir waren von vornherein nicht darüber zweifelhaft, daß die von dem früheren Reichskanzler vorbereitete Vorlage den Anforderungen nicht entsprach, welche wir im allgemeinen öffentlichen Interesse an ein solches Gesetz stellen zu müssen glaubten; namentlich vermißten wir Bestimmungen, durch welche allen dem Umsturz abgeneigten und ein friedliches Zusammenwirken mit ihren Arbeitgebern wünschenden Arbeitern gegen die Willkür und den Despotismus der sozialdemokratischen Führer ein Schutz gewährt und die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegen frivole Ausstände geschützt und Exzesse der sozialdemokratischen und anarchistischen Partei verhindert würden. Die Aenderungen der Kommission hätten den Zweck der Vorlage verdunkelt, daher werde die Reichspartei mit Ausnahme des Militärparagraphen gegen die Vorlage stimmen. Abg. v. Enneccerus (nl.): Die Vorlage sei für seine Partei unannehmbar, ebenso der Antrag Barth; ein Teil seiner Partei werde für den konservativen Antrag stimmen, die Minderheit gegen die ganze Vorlage. Abg. v. Wolszlegier: (Pole) gegen die Vorlage. Die erfolglose Aufforderung zu einem Verbrechen könne bestraft werden, aber nicht die Anpreisung eines Verbrechens. Abg. Reindl (Z.): Neben der staatlichen Ordnung müßte auch Religion und Sitte geschützt werden. Zu § 111 sehen wir weder in dem Antrage Barth, noch in dem Antrage der Konservativen Verbesserungen gegenüber der Regierungsvorlage; wir werden daher in der zweiten Lesung für die Kommissionsbeschlüsse stimmen. Bezüglich der ganzen Vorlage bemerken wir, daß auch uns die Beschlüsse der Kommission nicht überall gefallen und genügen. (Große Heiterkeit.) Meine Freunde werden auf die einzelnen Bestimmungen eingehen, sich aber die Schlußabstimmung ausdrücklich vorbehalten. (Große Heiterkeit.) Abg. Munckel (frs. Vp.): Die freisinnige Volkspartei werde gegen die Vorlage und alle Abänderungsanträge stimmen. Abg. Zimmermann (Reformp.): Die Antisemiten würden gegen die Vorlage stimmen, durch die man der Sozialdemokratie keinen Abbruch thun werde.

9. Mai. (Reichstag.) Fortsetzung der Beratung über die Umsturzvorlage. Reden Schönstedts und Köllers.

Neu eingegangen ist ein Antrag Gröber (Z.): In § 111 hinter den Worten „sofern es sich um die Aufforderung zu einem Verbrechen“ einzuschalten: „zum thätlichen Angriff gegen einen Beamten während der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes.“

Justizminister Schönstedt erklärt, die Regierung lege auf die Aufnahme der §§ 113, 114 in das Gesetz das größte Gewicht, und es werde eventuell das Schicksal der Vorlage hiervon abhängen. Diese Paragraphen repräsentierten am besten die Absicht der verbündeten Regierungen, die Staatsgewalt zu stärken. Er hege die Hoffnung, daß der Antrag v. Levetzow zur Annahme gelange, daß namentlich auch das Zentrum dafür stimmen werde. Minister des Innern v Köller: Wenn der Herr Abg. Lenzmann sagte, die Regierung trüge die Verantwortung für diese Vorlage, und gewissermaßen den Regierungen damit hat einen Vorwurf machen wollen, so will ich ihm darauf erwidern, daß die verbündeten Regierungen jederzeit die Verantwortung für ihre Handlungen tragen werden, und ob Sie die Gründe richtig finden, welche die verbündeten Regierungen leiten, oder nicht, das

wird den verbündeten Regierungen im großen und ganzen ziemlich gleichgiltig sein. (Lebhafter Widerspruch und große Unruhe links.) Wir bedürfen Ihrer nur soweit, als Sie den Gesetzen zuzustimmen haben, die vorgelegt werden, oder die Gelder zu bewilligen haben. Sie mögen Ihre Zustimmung zu Gesetzen verweigern, — dann werden es keine Gesetze; ob die verbündeten Regierungen aber überhaupt Gesetzentwürfe vorlegen oder nicht, haben diese zu ermessen. Die Sozialdemokratie sei keineswegs so harmlos, wie sie die Freisinnigen darstellen. Der Minister führt eine Anzahl Aeußerungen sozialdemokratischer Redner in Volksversammlungen an, die Aufreizungen zur Revolution oder Verherrlichung der Revolutionäre enthalten, z. B. soll eine Majestätsbeleidigung und Diebstahl nicht für eine ehrlose Handlung gelten. Die sozialistische Presse schüre grundsätzlich die Unzufriedenheit, so erkläre der „Vorwärts“ die Zufriedenheit und Bedürfnislosigkeit für das erbärmlichste aller Laster, ähnlich die „Rache“, der „Sozialist. Akademiker“, die „Volkswacht“. Die christlichen Lehren endlich würden durch die sozialdemokratische „Bibel in der Westentasche“ aufs gemeinste parodiert. Solchen Ausschreitungen gegenüber sei die Vorlage notwendig gewesen. Abg. Bebel (Soz.): Solche Gesetzesbestimmungen würden der Sozialdemokratie keinen Eintrag thun. Die Vorlage sei gänzlich unmotiviert, so betrugen die Verurteilungen wegen der hier in Frage stehenden Vergehen jährlich rund 70 von 425 000 Verurteilungen. Die Sozialdemokratie habe nie Bestrebungen zur Revolution bekundet; alle Revolutionen seit der englischen Revolution seien bürgerlichen Ursprungs. Die Zitate Herrn v. Köllers seien teils harmlos, teils seien sie anarchistisch und nicht sozialistisch. Wenn eine Partei sich die Partei der Menschenliebe nennen kann, so ist es die Sozialdemokratie, welche die menschheitlichen Ideale: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die sich mit dem Ideal des Christentums decken, verwirklichen will. Sie (rechts) haben ja längst aufgehört, Ideale zu besitzen; sie haben kein anderes Ideal mehr als den nackten Materialismus, den Geldbeutel zu füllen auf Kosten der Aermsten. Abg. Schall (kons.) wendet sich gegen die Angriffe der Sozialdemokratie auf das Christentum. Er wolle einen Schutz der Religion, aber keine Einengung der freien Forschung. Das Duell sei bedauerlich, aber noch nicht zu beseitigen, es müße aber eingeschränkt werden.

10. Mai. (Reichstag.) Umsturzvorlage. Gröbers Rede. Beginn der Abstimmung.

Abg. Gröber (Z.): Es sei bereits der Verdacht rege geworden, daß die Regierungsvorlage nicht so ernst gemeint sei und nur den Titel abgeben solle für ein kommendes neues Sozialistengesetz. Ein solches sei aber zur Zeit unmöglich, da der Reichstag sich dagegen erkärt und selbst auf den Weg des gemeinen Rechts verwiesen habe. Es werde weiter geargwöhnt, daß eine Ablehnung dieses Gesetzes nicht unwillkommen wäre, um an hoher Stelle zu beweisen, daß der Weg des gemeinen Rechts ungangbar wäre. Diese Behauptung, soweit sie etwa sich auf den Herrn Reichskanzler beziehe, müsse er energisch zurückweisen; dieser werde gewiß keine Scheinmanöver aufführen. Ebenso wenig halte er es für wahrscheinlich, daß ein anderer Staatsmann etwa weitergehende Pläne hege und sich darin mit dem Chef der Reichspolitik in Widerspruch befinde. Die gestrigen Reden der Regierungsvertreter halte er allerdings nicht für geeignet, solche Zweifel zu zerstreuen. Gefährlicher als die anarchistischen Schriftsteller seien die Lehren der liberalen Professoren. Ferner polemisiert der Redner gegen Herrn v. Köller, der aus dem Reichstag einen Gesetzgebungsautomat machen wolle. Justizminister Schönstedt erwidert, der Vorredner habe ange-

deutet, daß eine Kontremine gegen den Herrn Reichskanzler bestehe. Das sei unbegründet, und so lange kein desaveu seitens des Reichskanzlers erfolge, müsse er dem Abg. Gröber die Berechtigung zu solchen Behauptungen bestreiten. Die bisherigen Verhandlungen über das Gesetz hätten den Verlauf genommen, daß der Regierung Waffen in die Hand gedrückt werden sollen, die sie nicht verlangt hat und von denen sie keinen Gebrauch machen könne. Abg. Dr. Sigl (wild) gegen die Vorlage, Abg. Dr. Enneccerus (nl.) ist für die §§ 113 und 114 gegen 166 und 167. Gegen den Antrag Barth (vgl. S. 130) spricht Abg. Spahn (Z.), der das Verbot des Duells lieber in § 210 anstatt 111 einfügen will. Abg. Bebel (Soz.) für den Antrag, da das Duellwesen einen ungeheuern Umfang angenommen habe, besonders in der Armee und unter den Studenten.

In der nun folgenden Abstimmung wird zunächst der Antrag Barth, für die Verhängung der Strafe das Vorhandensein der Absicht vorauszusetzen, gegen die Stimmen der gesamten Linken (Sozialdemokraten, Volkspartei, beide freisinnige Parteien), der Polen, Antisemiten und eines erheblichen Teiles der Nationalliberalen abgelehnt; desgleichen die Fassung des Antrages Levetzow gegen die Stimmen der Konservativen, eines Teils der Freikonservativen und des größern Teils der Nationalliberalen; etwa mit dem gleichen Stimmenverhältnis wird auf die Einfügung der §§ 113 und 114 in den § 111 der Vorlage abgelehnt. Für den Antrag Gröber stimmen nur das Zentrum, die Polen und zwei Konservative. Die Aufnahme des in der Kommissionsvorlage enthaltenen § 166, Beschimpfung religiöser Einrichtungen und Gebräuche, wird gegen die Stimmen des Zentrums und einiger Konservativen abgelehnt, desgleichen die Aufrechterhaltung des § 167 und die Beibehaltung der auf den Ehebruch bezüglichen Stelle. Die Aufnahme des Duells wurde gegen die Stimmen der gesamten Linken, des deutschkonservativen Abg. Hüpeden und des Antisemiten Bindewald abgelehnt. Der so veränderte § 111 der Kommissionsvorlage fällt unter großer Heiterkeit des Hauses, indem sich nur der überwiegende Teil des Zentrums dafür erhebt. Sodann erfolgt die Abstimmung über die Regierungsvorlage, § 111 und § 111a. Für § 111 erheben sich die Konservativen, Freikonservativen und zwei nationalliberale Abgeordnete. Bei der Abstimmung über § 111a stehen unter zunehmender Heiterkeit des Hauses nur noch einige wenige Mitglieder auf. Somit sind sämtliche Vorschläge abgelehnt.

11. Mai. (Reichstag.) Ablehnung der Umsturzvorlage. Debatte über den Militärparagraph.

In der Beratung über § 112 erklärt Abg. Haußmann (südd. Vp.): Gegen den § 112 sei nur deshalb die Agitation keine so starke gewesen, weil die Angehörigen des Heeres infolge seiner Organisation nicht gegen diese Bestimmungen hätten auftreten können. Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Die Armee sei die beste Schutzwehr gegen die Sozialdemokratie, daher auch deren wiederholte aber vergebliche Versuche, dies Hindernis ihrer Pläne zu beseitigen. Er halte den § 112 der Regierungsvorlage für entschieden besser als den der Kommissionsfassung. Abg. Bebel (Soz.): Bestrebungen, die Armee zu revolutionieren, hätte die Sozialdemokratie nie geübt. Er wolle gar nicht bestreiten, daß bei der allgemeinen Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen im Volke auch diese Ideen in die Armee eindringen, sei es durch Angehörige der Reserve oder der Landwehr. Eine Gefahr für den gegenwärtigen Staat bestehe dadurch nicht, da die Sozialdemokratie keinen gewaltsamen Rechtsbruch wolle. Abg. Osann (nl.): Die sozialistischen Führer beherrschten die Masse nicht mehr so unbedingt, um sie vor Gewaltthaten zurückzuhalten. Abgg. v. Kardorff



(R.P.) und v. Levetzow (kons.) erklären, ihre politischen Freunde würden infolge der Erklärung des Kriegsministers für § 112 der Regierungsvorlage und gegen den der Kommissionsfassung stimmen.

Darauf wird § 112 der Kommissionsbeschlüsse gegen die Stimmen des Zentrums und der Polen, und § 112 der Regierungsvorlage gegen die Stimmen der Deutschkonservativen, der Reichspartei und der Nationalliberalen abgelehnt. Auf Antrag Richter (frs. Vp.) wird über die folgenden §§ ohne Diskussion abgestimmt. Infolgedessen wird der Rest der Vorlage in allen seinen einzelnen Teilen, nachdem der Antrag v. Levetzow und die sonstigen Anträge zurückgezogen sind, ohne Debatte in kurz aufeinander folgenden Abstimmungen abgelehnt.

Mai. Die Presse über die Ablehnung der Umsturzvorlage.

Die der Vorlage feindliche Presse ist von dem Ausgang hochbefriedigt, die mittelparteiliche ist zwar erfreut über die Ablehnung der klerikalisierten Vorlage, bedauert aber, daß der Staatsgewalt die geforderte Verstärkung versagt worden sei.

„Nat.-Ztg.“: Die Sozialdemokratie wird selbstverständlich laut über den Ausgang jubeln und — leise ihre „bürgerlichen“ Helfer verlachen, die mitjubeln werden. Wir können in der Genugthuung über die Abweisung des klerikalen Eroberungszuges die Niederlage nicht gering anschlagen, welche die Sache der staatlichen Ordnung erlitten hat. Die Sozialdemokratie wird allerdings dafür sorgen, daß der Anlaß, den Kampf von Neuem aufzunehmen, nicht lange ausbleiben wird. Möge die Staatsgewalt dann besser gerüstet sein, ihn mit Erfolg zu führen.“

Das „Leipz. Tagebl.“ tadelt, „daß die Mittelparteien dem Zentrum die Führung überließen, anstatt dem gesunden Grundgedanken der Vorlage zum Siege zu verhelfen und der Regierung als feste Stütze zu dienen.“

Die „Hamb. Nachr.“ bezeichnen ein Ausnahmegesetz als alleiniges Mittel die Sozialdemokraten zu bekämpfen.

Der „Hannov. Courier“ und die „Leipz. Ztg.“ wünschen eine Korrektur des allgemeinen Wahlrechts.

Münchener „Allg. Ztg.“: Wenn die Beschleunigung einer negativen Entscheidung formell gewissermaßen eine Befreiung bedeutet, so wirft das Mißlingen der gegen die Umsturzpropaganda der Sozialdemokratie gerichteten Aktion doch ein höchst bedenkliches Licht auf unsere parlamentarische Mehrheit und erfüllt mit ernsten Besorgnissen für die Zukunft.

„Nordd. Allg. Ztg.“: Die Regierung habe ihre Schuldigkeit gethan; die Schuld, daß nichts gegen den Umsturz erreicht sei, trage das Zentrum.

Die konservativen Blätter wenden sich gegen die Mittelparteien und empfehlen andere als die von der Regierung verlangten Mittel.

„Kreuz-Ztg.“: „Ein Jeder . . . . kann nur ein Lächeln dafür haben, wenn das amtliche Parteiorgan der Geschlagenen par excellence, die „Nat.-Lib. Korresp.“, ihre erfreuten Betrachtungen über die Tagesfrage mit der Bemerkung schließt, daß das Bedürfnis nach verstärkten Mitteln der Abwehr für die Staatsgewalt gegenüber den Umsturzbestrebungen natürlich erhalten bleibe. Gewiß bleibt es „erhalten“; an die Nationalliberalen aber wird sich die Staatsgewalt in Zukunft wohl nicht wieder wenden, wenn sie Unterstützung nötig hat.“

Ferner: „Nicht gegen die irre geleiteten Massen hätte ein neues Vorgehen auf dem bisher mit so wenig Glück beschrittenen Boden sich zu richten, sondern die in gewissem Sinne geschichtlich bekannten Führer der seit einem

Menschenalter unter uns arbeitenden „Revolution von unten“ müßten für ihre Thaten zu strafrechtlicher Verantwortung gezogen werden, sobald sie sich innerhalb eines näher zu bestimmenden Zeitraums auf der Fortsetzung ihrer grundstürzenden Thätigkeit betreffen ließen.“

„Reichsbote“: „Die Agitation gegen die Vorlage hat aufs Neue gezeigt, daß unsere gebildeten Kreise von einem Geiste erfüllt sind, der, soweit er religiöse, sittliche und geistige Dinge betrifft, nicht wesentlich von dem der Sozialdemokratie verschieden ist, so zwar, daß eigentlich nur noch die Frage des Besitzes einen wirklichen Unterschied macht, der aber durch die Aufsaugung des kleineren Besitzes durch den Kapitalismus immer mehr verschwindet. Ob es noch möglich ist, daß dies ohne das Eingreifen göttlicher Gerichte durch große Katastrophen anders werde, erscheint uns sehr fraglich.

Ueber die Anschauung im Zentrum schreibt die „Köln. Volksztg.“ (kler.): „Das Zentrum hat stets auf dem Standpunkt gestanden, daß es „so ziemlich einerlei“ sei, ob die Würfel so oder so fielen, wenn nur nichts zu stande komme, was es nicht billigen könne, und das hatte es schließlich in der Hand. Es wird trotzdem natürlich Leute geben, die von einer Niederlage des Zentrums reden. Thatsächlich ist es aber die Regierung, die eine Niederlage erleidet, nebst den Nationalliberalen und Freikonservativen, die so laut nach einem Umsturzgesetz gerufen haben. Daß es die alten Kartellparteien im Bunde mit diesem oder jenem Regierungsvertreter darauf abgesehen hatten, dem Zentrum ein Bein zu stellen, soll ja nicht geleugnet werden. Es beruht aber nur auf Selbsttäuschung, wenn sie glauben, dies erreicht zu haben. Nach wie vor ist das Zentrum Herr der Lage, und es sieht noch nicht danach aus, daß dies bald anders werde.“

11. Mai. (Friedrichsruh.) Eine Abordnung Westfalen beglückwünscht den Fürsten Bismarck, der hierauf folgende Ansprache hält:

Meine Herren! Ich bin in dieser Zeit aus, ich kann beinahe sagen allen deutschen Gauen hoch geehrt worden durch Begrüßungen und Anerkennungen, und wenn Sie mir dieselben aus Ihrer engeren Heimat bringen, so können Sie sagen, daß in Westfalen sich gewissermaßen ein Mikrokosmus der deutschen Welt wiederholt, in kleinerem Maßstabe und in zum Teil tieferer Färbung wie in anderen Teilen der deutschen Heimat. Die deutsche Zerrissenheit ist ja gerade in ihrer engeren Heimat in früherer Zeit, schon im Mittelalter, und später zum allerschärfsten Ausdruck gekommen, kaum in Schwaben und Franken noch schärfer. Wenn man eine politische Karte mit dem Ländergebiet vom vorigen Jahrhundert sieht, so reicht die bunte Färbung vom Bodensee bis nach Westfalen hinauf. Aber in Westfalen tritt zu den Scheidelinien der Landkarte auch noch die der Tradition, der Parteien. Alle Parteien, die wir heute in Deutschland haben, sind in Westfalen mit am schärfsten vertreten. Nennen wir die beiden Extreme, die sozialdemokratische und die Zentrumspartei, die haben nirgendwo von beiden Seiten schärfere Vertreter als in Westfalen und das liegt wohl in dem Charakter der Bevölkerung, die in derjenigen überwuchernden Entwickelung der germanischen Männlichkeit, auf der überhaupt unsere Zerrissenheit von früher her beruht, vielleicht von der Schöpfung noch stärker dotiert worden ist wie andere deutsche Stämme. Schon von unserer frühesten Geschichte her spielt das Westfalenland eine hervorragende Rolle. Ich bin überzeugt, daß Hermann der Cherusker in westfälischem Dialekt gesprochen hat. Ich wüßte nicht, woraus man schließen könnte, daß er damals anders

gelautet hätte wie heute in Paderborn und dem Teutoburger Walde. Später haben schwere und blutige Kämpfe zwischen den Sachsen und Franken, von denen die Ersteren doch im heutigen Westfalen ihren Hauptsitz hatten. Weiter finden wir, daß die treibende Kraft des Stammes über die Grenzen hinaus bringt; fast alle unsere germanisierten wendischen Länder, meine Heimat, Brandenburg in erster Linie, Mecklenburg, weiter hinaus Pommern, sind durch westfälische Pioniere germanisiert worden — soweit heute die plattdeutsche Sprache reicht, sie ist von Westfalen ausgegangen und bis nach den baltischen Provinzen nach Rußland hin; in Livland, in Esthland war die herrschende Klasse der Bürger und des Adels doch hauptsächlich westfälischen und plattdeutschen Ursprungs und ich selbst habe in Esthland gefunden, daß der Deutsche dort nicht Deutscher, sondern Sachse, „Sachsenherr" genannt wurde, was also doch in der uralten Beziehung des Sachsentums auf Westfalen hindeutet. Sie haben auch nachher starke Kämpfe und Bewegungen hervorgerufen — gewisse Erscheinungen des Mittelalters, ich will nur die Vehmgerichte nennen, sind doch auf der roten Erde energischer zur Entwickelung gekommen wie irgendwo anders, und nach der Zersplitterung des alten Sachsenlandes, die das Ergebnis der welfischen Kämpfe gegen die ghibellinische Kaiserherrschaft bildete, sind die Streitigkeiten auch dort durch keine einheitliche Gewalt gezügelt worden. Aber eins ist Ihrer Landschaft immer eigentümlich geblieben: wie sie auch in bischöfliche Territorien und kleine Fürstlichkeiten geteilt sein mochte, sie hat sich immer einig gefühlt als Westfalen und selbst bei der konfessionellen Scheidung. Ich habe immer gefunden, daß der Westfale sich immer als solcher bekennt, während ich dasselbe von anderen deutschen Stämmen nicht sagen kann — der Schwabe, er nennt sich Württemberger, Badenser, aber der Westfale, so unangenehm ihm sein nächster Nachbar in Westfalen sein mag, er bleibt immer Westfale (Heiterkeit), er hat den Streit mit dem Nachbar auf die Dauer lieb gewonnen und kann sich nicht von ihm trennen (Heiterkeit) und so wird es ja auch weitergehen. Ich habe in meinem politischen Leben ja mit hervorragenden unter Ihren Landsleuten vielfach Berührung gehabt und habe immer recht streitbare Männer unter ihnen gefunden. Der Erste der Zeit nach, der später mein Freund wurde, war Georg Vincke und der war ein richtiger Sohn der roten Erde, kampfesfreudig aber nicht schaffensfreudig, eine negierende Natur. Der vereinigte Landtag von 1847 hatte als hervorragende Persönlichkeiten zwei Westfalen, Vincke und Bodelschwingh, die beide Verwandte, beide Landsleute und beide Gegner waren, die sich dort bekämpften. Ich bin mit keinem politisch vollständig einverstanden gewesen, aber ich erkenne beide als vollkräftige Männer an und als ehrliche Gegner und Freunde. Ich habe ähnliche Erscheinungen doch noch manche gehabt, ich will in jüngster Zeit nur Herrn von Schorlemer herausgreifen, er hat wenig Wohlwollen für mich gehabt und mich oft hart und bitter angegriffen, aber es war doch ein Mann, ein ganzer Mann in seiner Erscheinung, wenn auch ein Gegner. Ich erinnere mich aus alter Zeit des alten Harkort: ein tapferer Soldat, der sich bei Ligny mit schweren Wunden das eiserne Kreuz verdient hat und der schließlich auf dem Schlachtfelde der Industrie doch auch Soldat gewesen ist, der mehr Geschick und Tapferkeit als Glück gehabt hat: er war eine achtbare Erscheinung im Rückblick auf die Vergangenheit. Ich könnte ja deren von ihrer näheren Landsleute noch manche anführen, Gegner und Freunde. Aber ich habe immer gefunden, daß Westfalen ein Land ist, auf das Anwendung findet, was ich auf einer Reise in Schweden in einem Liede gefunden habe, was die Schweden von ihrem Lande sagen: „Im Lande sitzt Eisen und auf dem Lande wohnen Männer" und das ist für Westfalen zutreffend: ganze Männer.

Man mag mit ihnen Freund oder Feind sein, man freut sich immer, wenn sie mit Einem zusammen in gleicher Front auf dem Schlachtfelde stehen, da haben sie immer die alte Tradition aus der Cherusker-Zeit gerechtfertigt. Die westfälischen Regimenter, ich brauche sie nicht einzeln zu nennen, die 1870 gefochten haben, sind zum Teil — mehr als dezimiert kann man nicht sagen, es waren nur Zehner, die übrig blieben zum Teil am 16. Aber schon in Schleswig-Holstein, bei Düppel, da war es das erstemal, daß wir mit den neuen westfälischen Regimentern zusammengefochten und Blut vergossen haben und da haben sie sich sofort in den alten Ruf der preußischen Armee pari eingekauft; vor Düppel und demnächst in dem 60er und 70er Kriege. Die kriegerische Tüchtigkeit ist ja von den Westfalen immer viel unbezweifelter geblieben, wie die friedliche Liebenswürdigkeit; Krieg muß es sein, wenn ihr Stern strahlen soll. Wie Friedrich der Große in tiefster Not war, da kamen die westfälischen Rekruten zu ihm und stellten sich freiwillig und wie Friedrich Wilhelm III. von seinen Markanern Abschied nehmen mußte, da wehrten sie sich dagegen soweit sie konnten und waren froh, nachher wiederzukommen. Ich aber bin überzeugt, daß, nachdem wir einmal mit den Westfalen in dieselbe staatliche Einrichtung getreten sind, nachdem wir dieselbe Dynastie haben, daß wir mit allen Westfalen, mag es Boerde oder Felsen, mag es Haide oder Weizboden sein, doch immer untrennbar zusammenstehen werden, daß auch diejenigen, die früher nicht zu Preußen gehörten, uns und unseren König und deutschen Kaiser nun nicht mehr im Stich lassen werden, es mag kommen, wie es will (Bravo) und in dem Bekenntnis bitte ich Sie, mit mir ein Hoch auszubringen auf unseren Landesherrn, den König von Preußen. Se. Majestät König Wilhelm von Preußen und von Westfalen er lebe hoch!

11. Mai. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Jagdscheingesetz.

Der Gesetzentwurf über die Preiserhöhung der Jagdscheine erhöht den Preis für die ganze Monarchie auf 20 ℳ. Die Gebühren sollen den Kreis- und Kommunalkassen zufließen; die Ausstellung von Tagesjagdscheinen soll neu eigeführt werden. Die Vorlage wird an eine Kommission verwiesen.

13. Mai. (Friedrichsruh.) Fürst Bismarck empfängt ca. 100 schlesische Frauen und Jungfrauen.

Auf zwei Ansprachen erwidert er, er sei erfreut, gerade aus Schlesien, dem größten deutschen Herzogtum, begrüßt zu werden und fährt dann fort:

Außerdem ist Ihre Begrüßung für mich besonders erfreulich, weil sie vorzugsweise von den Damen getragen ist; wenn man die für sich hat, so ist mir für die Männer schließlich auch nicht bange (Heiterkeit), man wird sie gewinnen und ich bedaure stets, daß unserer besseren Hälfte des menschlichen Geschlechts bei uns nicht mehr Einfluß auf die politischen Verhältnisse gestattet ist, wie das augenblicklich der Fall ist. Ich will den Damen nicht zumuten, daß sie im Parlament Reden halten, aber wenn unsere Wahlen etwas mehr unter weiblichem Einfluß ständen als bisher (Bravo, Heiterkeit), dann glaube ich, würden sie nationaler und besser ausfallen. Wenn wir im Parlamente sehen, bei den Fraktionen und Parteien, die die erste Rolle dort spielen —, ich will drei davon nennen, da spielen bei zweien die Frauen doch eine sehr einflußreiche Rolle; das ist im Zentrum und bei den Polen. Der Einfluß der polnischen Damen auf die polnische Bewegung und Politik wird Ihnen als Nachbaren bekannt sein und mit dem Zentrum sind Sie ja auch hinreichend durchsetzt in Schlesien, um zu wissen, welchen Einfluß darin das weibliche Element ausübt. Die dritte

oppositionelle Partei, die Sozialdemokraten, bei denen haben leider die Frauen viel zu wenig mitzureden; wenn sie das hätten und sich ein Bild davon machten, welche Zukunft ihnen in dem sozialdemokratischen Staat als Gattinnen, als Müttern zugemutet wird, so ist es gar nicht möglich, daß irgend eine ihrem Manne gestatten würde, dieser Fraktion anzugehören (Bravo, Heiterkeit); wenn es dennoch geschieht, so sind das Erscheinungen, die sich dem gemeindeutschen Begriff der Weiblichkeit und dessen, was wir unter Weiblichkeit verehren, schon entfremdet haben. Sie haben irgend einen Verdruß und einen Riß im Leben erlebt, der sie zum Bruch mit den Verhältnissen geführt hat, oder sie sind der Begehrlichkeit verfallen, die hofft, bei der allgemeinen Plünderung einen hinreichenden Beuteanteil zu bekommen, kurz und gut, ehrliche deutsche Frauen und Gattinnen und Mütter sind das nicht, die öffentlich als Sozialdemokraten auftreten, und deshalb glaube ich gerade, daß der Sozialdemokratie gegenüber die weibliche Sympathie für unsere politischen Einrichtungen eine stärkere Schutzwehr ist, als unsere Umsturzvorlage geworden sein würde, wenn sie angenommen worden wäre. (Heiterkeit.) Ich bin nicht unglücklich darüber, daß sie gefallen ist, sie hätte, wenn sie angenommen worden wäre, bei denen, von denen wir Abhilfe der Uebel im Lande erwarten, die Ueberzeugung erweckt, daß sie nun etwas erreicht hätten und auf ihren Lorbeeren ausruhen könnten. Die Ueberzeugung wäre meiner Ansicht nach irrtümlich gewesen, und ich bin deshalb froh, daß dieses Ruhekissen diesen Herren entzogen worden ist, das sie sich zu schaffen gedachten.

13. Mai. (Reichstag.) Österreichisches Zollkartell. Ablehnung der Tabaksteuervorlage.

Der Gesetzentwurf betr. die Ausführung des mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossenen Zollkartells wird genehmigt. — Es folgt die zweite Beratung der Tabaksteuervorlage. Die Kommission beantragt Ablehnung. Abg. Bachem (Z.): Das Zentrum lehne die Vorlage als eine Bedrückung der minder begüterten Klassen ab. Das Budget müsse durch Sparsamkeit ins Gleichgewicht gebracht werden. Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Ablehnung der Vorlage werde hoffentlich nicht bedeuten, daß der Tabak überhaupt nicht höher besteuert werden sollte. Abg. Bassermann (nl.), Richter (frs. Vp.) und Gräfe (Antis.) gegen die Vorlage, Abg. v. Kardorff (RP.) hält eine spätere höhere Tabaksteuer für unvermeidlich. Die Vorlage wird mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt.

14. Mai. (Reichstag.) Abänderung des Reichsinvalidenfonds. Sorge für Hinterbliebene von Unteroffizieren und Mannschaften.

Das Haus genehmigt in zweiter Beratung den Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Gesetzes über den Reichsinvalidenfonds. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß denjenigen Teilnehmern am Kriege von 1870 und 71, welchen ein zweites Kriegsjahr nicht nach den formalen Rechtsbestimmungen in Rechnung gestellt werden konnte, dafür im Gnadenwege eine Ergänzung geboten werden kann. Eine zweite Aufgabe ist die teilweise Uebernahme von jetzt dem kaiserlichen Dispositionsfonds obliegenden Ausgaben auf den Invalidenfonds, endlich sollen Beihilfe von 120 *M.* an solche Personen des Unteroffizier- und Mannschaftsstandes von Heer und Marine gewährt werden, die an dem Feldzuge von 1870—71 oder an den von deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen ehrenvollen Anteil genommen haben und sich wegen dauernder gänzlicher Erwerbsunfähigkeit in unterstützungs-

bedürftiger Lage befinden. Die für diese Zwecke in jedem Jahre benötigten Mittel werden im Etat festgestellt und aus dem Reichsinvalidenfonds entnommen.

Ferner genehmigt das Haus den Gesetzentwurf, betr. die Fürsorge für Witwen und Waisen der Unteroffiziere und Mannschaften, worin Pensionen für die Hinterbliebenen der infolge dienstlicher Beschädigungen Verstorbener ausgesetzt werden. (Genehmigung beider Vorlagen in 3. Beratung am 16. Mai).

14. Mai. (Nürnberg.) Die Wanderversammlung bayerischer Landwirte spricht sich für Förderung landwirtschaftlicher Genossenschaften und Errichtung kleiner Lagerhäuser mit Staatshilfe aus.

16. Mai. (Herrenhaus.) Währungsdebatte (vgl. S. 32, 44, 143).

Graf v. Mirbach beantragt: „Die Regierung aufzufordern, den Reichskanzler zu ersuchen, ungesäumt und nachdrücklich alle diejenigen Schritte zu thun, welche geeignet sind, zu einer internationalen Regelung der Währungsfrage mit dem Endziel eines internationalen Bimetallimus zu führen". Reichsbankpräs. Koch wendet sich gegen den Antrag und spricht den Bimetalismus jede Aussicht ab. Graf Mirbach weist darauf hin, daß die gesamte ländliche Bevölkerung seinem Antrage zustimme und daß allgemein anerkannt sei, daß die Hebung des Silberpreises unserer Industrie von großem Nutzen sein werde. Ministerpräs. Fürst Hohenlohe: Der Antrag gehe über das im Reichstag geforderte hinaus, aber eine andere Erklärung als dort könne er nicht abgeben. Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

17. Mai. (Reichstag.) Zuckersteuer-Notgesetz.

Das Gesetz erhöht die Ausfuhrprämie um 25 ₰ für 100 kg. bis 31. Juli 1897. — Schatzsekr. Graf v. Posadowsky: Eine Herabsetzung der Prämien könne die Zuckerindustrie in diesem Augenblick ohne schwerste Schädigungen nicht ertragen. Rein sachlich betrachtet, seien zwar die Prämien etwas Verkehrtes, denn wir lieferten dem Ausland oft den Zucker billiger als dem Inlande, aber sie wären im internationalen Konkurrenzkampfe nicht zu entbehren, um nicht aus dem Weltmarkt herausgedrückt zu werden. Die Industrie könnte zur Noth die üble Lage des Zuckermarktes überstehen, sie könne sich salviren; der Landwirtschaft, dem Rübenbau, sei es aber unmöglich, zu bestehen. Der größte Teil der Zuckerfabriken zahle in diesem Jahre keine Dividenden. Die Zuckerprämien seien nur durch internationale Vereinbarung abzuschaffen. Abg. Meyer-Halle (frs. Vg.): Die Prämien müßten schleunigst beseitigt werden. Das beste Mittel zur Hebung der Zuckerkrisis sei eine Steigerung der Konsumtion. Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammerstein erklärt, es schwebten Verhandlungen mit Oesterreich und Frankreich auf Ermäßigung der Exportprämien, aber der Reichstag müsse die Position der Reichsregierung hierbei kräftigen und daher dem vorgeschlagenen und notwendigen vorläufigen Schritte zustimmen. Der Zuckerrübenbau stehe dicht vor einer akuten Krisis und deren Gefahren dürfe man nicht unterschätzen. Ein großer Teil des landwirtschaftlichen Kapitals habe sich in dieser Industrie einmal festgelegt und man müsse verhindern, daß dieses Kapital verloren gehe. Wenn der Rübenbau weiter zurückgehe, würden namentlich die preußischen Domainen leiden, die auf ihn angewiesen und schon jetzt in ihren Erträgen erheblich zurückgegangen

sind. Abg. Spahn (Z.) für die Vorlage. Abg. Paasche (nl.): Dieses Notgesetz sei das kleinste von den kleinen Mitteln; sein Hauptwert liege in der Begründung, welche die schwere Notlage der Zuckerindustrie anerkenne. Abg. Schippel (Soz.) gegen die Vorlage. Der Gesetzentwurf wird am 20. Mai mit 191 gegen 45 Stimmen angenommen.

17. Mai. Das Herrenhaus genehmigt einen Antrag v. Bethmann-Hollweg auf Aufhebung der Rückerstattung der Grundsteuerentschädigung (vgl. 28. Juni).

18. Mai. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Antrag v. Heeremann auf Wiederherstellung der Artikel 15, 16, 18 der preußischen Verfassung.

Abg. v. Heeremann (Z.): Durch die 1875 erfolgte Aufhebung dieser Artikel, die die kirchliche Selbständigkeit garantierten, sei die religiöse Freiheit suspendiert worden. Wenn man diese Bestimmungen wieder in Kraft setze, werde das Zentrum auch mehr Vertrauen haben als bisher und in manchen anderen Dingen mehr entgegenkommen. Abg. Hobrecht (nl): Die Wiederherstellung dieser Verfassungsartikel werde nicht dazu dienen, den kirchlichen Frieden zu erhalten. Die Artikel seien aufgehoben, weil man die Ansicht hatte, daß nur durch eingehende Spezialgesetze das Verhältnis zwischen Kirche und Staat geregelt werden könne. Diese Artikel bestanden, als der Kulturkampf begann. Sie hatten die Wirkung, daß zu dem besonderen, damals geführten Kampf immer noch der um die Auslegung von Verfassungsbestimmungen hinzutrat. Dieser Grund bestehe fort und sei für seine Partei genügend, den Antrag abzulehnen. Abg. Graf zu Limburg-Stirum (k.) betont, die konservative Partei stehe nach wie vor auf dem Standpunkt der Selbständigkeit beider christlichen Kirchen; dieser Antrag führe aber nicht zu dem bezeichneten Ziele und würde eine Unsicherheit des Rechts erzeugen. Daher werde seine Partei gegen ihn stimmen. Abg. Dr. Langerhans: Die Freisinnige Volkspartei wolle jeder Bevorzugung von Religionsgesellschaften entgegentreten; auch die in den Artikeln nicht genannten Religionsgesellschaften hätten die gleichen Ansprüche auf Selbständigkeit. Seine Partei werde daher gegen den Antrag stimmen. Der Antrag wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Polen abgelehnt. (Vgl. darüber Norden, Geschichte und Auslegung des Artikels 15 der preußischen Verfassungsurkunde „Preuß. Jahrb.“ Bd. 80).

19. Mai. (Friedrichsruh.) 750 Damen und Heeren aus dem Rheinlande überbringen dem Fürsten Bismarck den Ehrenbürgerbrief von 60 rheinischen Städten.

Der Fürst antwortet u. a. auf ihre Begrüßung: Ich war ursprünglich nach meinen Geburts- und Amtsverhältnissen kaum berufen, mir, grade mir die Liebe des städtischen Bürgerwesens, der Industrie zu erwerben; ich war vielmehr im Verdacht, ein Agrarier, ein Reaktionär zu sein. Nun, wenn ich wirklich unter meinen Landsleuten für einen sogenannten wilden Agrarier gelte, so glaube ich nicht, daß Schlesien, Sachsen, Westfalen, die Rheinlande und namentlich die städtische Bevölkerung mich dafür halten. Es ist ja noch niemals dagewesen, daß einem ehemaligen Minister in Anerkennung dessen, was er im Dienste geleistet hat, Hunderte von deutschen städtischen Bürgerrechten verliehen werden, große und kleine, und das hat für mich etwas Ueberwältigendes, wie eine unverdiente Ehre (Rufe: Nein,

Nein!); ich kann sie mir persönlich nicht zurechnen. (Rufe: Doch!) Das, was ich mit andern zusammen, mit dem alten Kaiser, mit der Armee und mit der deutschen nationalen Gesinnung zusammen erkämpft habe, das wird schließlich in mir, weil ich länger lebe als die meisten meiner Mitarbeiter, anerkannt und geehrt, und ich streiche es, aber in Bescheidenheit, ein und lege es zu den Akten meiner früher ausgeschiedenen Mitarbeiter. Ich habe schon vor 10 Jahren, als ich 70 Jahre alt wurde und mein fünfzigjähriges Dienstjubiläum feierte, Ehrungen erfahren von hoher Stelle und von meinen Mitbürgern in Berlin, für die ich nicht im ganzen Umfange das Gefühl des rechtmäßigen Besitzes hatte, aber das alles ist ja weit überholt, nachdem ich aus dem Dienst ausgeschieden bin. Nachdem ich der für die meisten unserer Landsleute nicht grade gewinnenden Eigenschaft eines preußischen Ministers entkleidet bin (Heiterkeit), da habe ich, möchte ich sagen, noch mehr Glück in der Popularität gehabt. Wenn ein noch regierender Minister wirklich erheblich populär wird, so ist es ja immer sehr zweifelhaft, ob er es nicht auf Kosten seiner amtlichen Pflichten wird. Ich glaube, ich kann mich von diesem Verdacht freisprechen. Ich habe, solange ich im Dienste war, immer den Ernst eines Wachthundes an der Kette gehabt und habe gebissen, was ich beißen mußte. (Heiterkeit und stürmischer Beifall.) Nun, wo ich mich frei bewege, kann ich mich nach meinem rein menschlichen Gefühlen und Empfindungen aussprechen und brauche nicht alles zu billigen, nicht einmal, was ich früher vertreten habe. Denn so ganz frei in seinen Bewegungen ist auch ein sogenannter allmächtiger Minister niemals. Es sind die verschiedenartigsten Einflüsse, ganz abgesehen von den Kollegen, die einen berechtigten Einfluß haben, aber es sind auch andere, beiderlei Geschlechts (Heiterkeit), die ihm sonst die freie Bewegung hindern. So gestehe ich offen, ich habe keine Verpflichtung, mich zu jeder Handlung zu bekennen, die ich vor 20 Jahren und länger als Minister geleistet habe. Ich habe damals immer zwischen verschiedenen Uebeln, die ich wählen mußte, das kleinere gewählt und das Ideale habe ich nie verfolgen können; ich fürchte, ich wäre auf staatsanwaltliche Abwege geraten (Heiterkeit).

20. Mai. Der Reichstag genehmigt den Gesetzentwurf über die Bestrafung der Sklavenräuber und des Sklavenhandels.

20./21. Mai. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Währungsdebatte (vgl. S. 32, 44, 141).

Abg. Arendt (frk.) beantragt dasselbe wie Graf Mirbach im Herrenhause (S. 141). Rintelen (Z.) beantragt, die Worte: „mit dem Endziel eines internationalen Bimetallismus“ zu streichen. Abg. Arendt: Ohne das Endziel des internationalen Bimetallismus sei die Ausführung seines Antrages gar nicht denkbar. Die Streichung dieses Passus scheine ihm eines der bekannten heimlichen Mittel der Goldwährungspartei zu sein, die zu ohnmächtig geworden sei, um offen zu kämpfen. Eine bloße Hebung des Silberpreises könne nichts nützen, er verlange die Festlegung des Silberpreises, um den beständigen Schwankungen ein Ende zu machen, denen der internationale Verkehr nach den Ländern mit Silberwährung unterworfen sei. Doppelwährung und Antrag Kanitz seien die einzigen Maßregeln zur Rettung der Landwirtschaft. Abg. v. Eynern (nl.): Die Freigebung der Silberprägung würde unser Geldsystem unheilbar verwirren. Abg. v. Zedlitz (frk.) ist für eine allgemeine internationale münzpolitische Einigung und erwartet von der Hebung des Silberpreises eine allgemeine Preissteigerung. Am folgenden Tage erklärt Finanzminister Dr. Miquel, der Standpunkt der Regierung sei durch den Reichskanzler mehrfach dargelegt. Es sei

zweifelhaft, ob der Bimetallismus das einzige Mittel zur Hebung des Silberpreises sei. Der Antrag Rintelen wird hierauf abgelehnt, und der Antrag Arendt mit einem Amendement v. Zedlitz, das die Verständigung mit England fordert, gegen die Freisinnigen und einen Teil der Nationalliberalen angenommen.

22. Mai. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Wohnungsverbesserung; Kommunalabgabengesetz.

Das Haus genehmigt in 2. Beratung den Gesetzentwurf über Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind und von gering besoldeten Staatsbeamten (Annahme im Herrenhause 8. Juli), sowie den Gesetzentwurf über die Abänderung des Kommunalabgabengesetzes (Beseitigung der Doppelbesteuerung).

23. Mai. (Friedrichsruh.) Fürst Bismarck empfängt 1500 Herren und Damen aus Leipzig und erwidert auf eine Ansprache des Hofrats Wislicenus:

Meine Herren und Damen! Ich habe in den jüngsten Tagen aus dem Königreich Sachsen, von ich glaube mehr als 70 sächsischen Städten, eine Begrüßung empfangen in demselben Sinne, in dem Sie aus der großen und berühmten Stadt desselben Landes heute die Gefühle des sächsischen Stammes mir gegenüber bethätigen. Diese Vervollständigung ist mir besonders erfreulich, weil ich mich zur Stadt Leipzig aus mehreren Gründen persönlich und politisch in besonderer Verbindung fühle. Die Vorfahren meines mütterlichen Großvaters sind drei oder vier Generationen hindurch in hervorragender wissenschaftlicher, juristischer Stellung in Leipzig gestanden und es leben in Ihrer Stadt noch Manche, die von demselben Blut der uralten Väter, deren Bilder ich hier im Haus noch hängen habe, mit mir abstammen. Nun diese Blutsverwandtschaft läßt mir Leipzig besonders nahe stehen, außerdem aber bin ich ihm persönlich noch gewogen durch die liebenswürdige Aufnahme, die ich jedesmal in Ihrer Heimat erfahren habe, wenn ich bei meinen früheren regelmäßigen Reisen nach Kissingen dort durchgekommen bin, auf zwei verschiedenen Bahnhöfen und auf jedem mit derselben Lebhaftigkeit. Ich habe in Leipzig schon früh politische Sympathien gehabt und dieselben sind dadurch nicht abgeschwächt worden, daß ich Staatsminister war; sie sind aber mit erhöhter Lebhaftigkeit zum Ausbruch gekommen, nachdem ich diese im allgemeinen nicht populäre Eigenschaft abgelegt habe (Heiterkeit) und das natürliche Gefühl von Mensch zu Mensch kommt demnächst zur Hebung, wenn die ministerielle Eigenschaft in Wegfall gerät. Außerdem aber ist Leipzig für mich stets eine Stadt von besonderem Interesse gewesen. Es muß in dem Grund und Boden etwas Anziehendes und eine Triebkraft liegen, die nicht überall im deutschen Lande vorhanden ist. (Bravo.) Wie kommt es, daß Leipzig eine Stadt von dieser Bedeutung geworden ist, ohne daß es an einem schiffbaren Flusse liegt, ohne daß es die Residenz eines großen Fürstenhauses und unter dessen Segnungen aufgeblüht ist, rein aus sich selbst heraus, aus der Ebene, neben Flüssen, die wie ich glaube, nicht schiffbar sind, ohne Residenz zu sein und nach den schweren Schicksalen, die es fast in jedem Jahrhundert erlebt hat? Leipzig ist im 30jährigen Kriege von Schweden und Kaiserlichen, im siebenjährigen Kriege von Preußen und Oesterreichern, im Freiheitskriege von Franzosen und Verbündeten außerordentlich schwer heimgesucht worden, notwendig also in seinem Erwerbsleben gedrückt worden. Wie kommt es,

daß diese Stadt, zu dieser Dresden, die Residenz und die Stadt an der schiffbaren Elbe fast überholenden Blüte wieder so rasch aufgewachsen ist? Das ist eine Frage, die mich immer interessiert hat. Wir haben ähnliche, aber doch lange nicht daran reichende Beispiele. Ich erinnere an Braunschweig. Braunschweig aber war eine Residenz, es liegt auch mitten im Lande. München hat kein schiffbares Wasser, aber es war die Residenz eines großen Fürstenhauses, von dem es wesentlich gepflegt ist. Leipzig hat die Pflege, die es haben konnte, an Dresden abgegeben und hat sich rein aus eigener Kraft aus dem Boden der Pleiße und Elster stets wieder aufgebaut; es hat allerdings außer für Handel und Gewerbe auch für kriegerische Ereignisse eine anziehende Eigenschaft gehabt, es haben große und schwere Schlachten dort stattgefunden für Sachsen und für unser deutsches Vaterland, politisch entscheidende Schlachten, im dreißigjährigen Kriege und weiterhin. Dann knüpft sich an Leipzigs Namen die welthistorische Erscheinung der Völkerschlacht von 1813 und an die sollten wir, glaube ich, aus mehr wie einem Grunde häufiger zurückdenken, als heutzutage geschieht. Wenn man vor der Schlacht von Leipzig die politische Karte von Europa übersieht, so findet man, daß die französische Säbelherrschaft in ihrer tyrannischen Gewaltthätigkeit bis an die Elbe reichte — Magdeburg war ein französisches Vasallenland, hier wo wir stehen, das Lauenburger Land, gehörte zum empire français und gehörte zum Departement der Unterelbe, mitsamt der guten Stadt Hamburg, la bonne ville d'Hambourg. So fest war die französische Herrschaft in Mitteleuropa verklammert, die Elbe machte Grenze. Die französischen Heere hatten schwere Verluste im russischen Feldzuge erlitten, aber die Stellung Frankreichs war doch immer noch so, daß der Kaiser Napoleon den Ausgangspunkt seiner Verteidigung an der Elbe nehmen konnte, alles Land bis dahin gehörte ihm noch. Wenn man sich dieses Kartenbild vergegenwärtigt, so wird man sich erst über die gewaltige Tragweite der Schlacht von Leipzig in ihren Folgen klar, daß dieses Reich, das von Spanien bis nach Dänemark reichte, von Paris aus regiert wurde und die Elbe zur Grenze hatte, — nicht einmal überall, Lübeck bis an die Ostsee gehört ja auch hinein — daß das zertrümmert wurde. Man vergißt das heute, wie überhaupt die Landsleute unter uns, welche die Geschichte mit rückwärtigem Blick prüfen und daraus ihre Schlüsse für die Gegenwart ziehen, doch noch trotz unserer vorgeschrittenen Bildung nicht zur Majorität gehören. (Heiterkeit.) Man kam aus der Schlacht von Leipzig und ihren schwankenden Erfolgen — es war bei den tapferen Leuten, die sich schlugen, der Sieg nicht so unbedingt sicher, aber er wurde erkämpft dadurch, daß, soviel ich mich augenblicklich erinnere, zum erstenmale die deutschen Landsleute aus Preußen und aus Oesterreich zusammen Schulter an Schulter standen und gemeinschaftlich gegen denselben Feind fochten. Ich hoffe, daß wir überhaupt in meinen Lebzeiten nicht mehr zu fechten brauchen, aber wenn es dennoch der Fall sein sollte, daß es doch wieder Schulter an Schulter mit Oesterreich sein möchte. (Bravo.) Ich gehe noch weiter: Auf dem Drei-Monarchen-Hügel bei Leipzig bildete sich oder befestigte sich und besiegelte sich die Freundschaft der drei verbündeten Herrscher, welche nachher die heilige Alliance schlossen, ich will es mit dem Namen nennen, obschon sich eine Menge unerfreulicher Erinnerungen damit verbinden, aber in dem sich doch das Zusammenhalten der unabhängigen und rechtliebenden Politik gegenüber einer gewaltigen Eroberungspolitik dokumentierte, wie sie Frankreich seit Ludwig XIV., ja seit Heinrich IV., mit dem größten Erfolg und der größten Ausdehnung in der Gestalt Napoleons uns gegenüber getrieben hat. Dem gegenüber sind alle minder ehrgeizigen, alle minder herrschsüchtigen Nationen doch einigermaßen darauf

angewiesen, zusammenzuhalten, wenn die Verhältnisse sich so bilden, wie sie am Tage vor der Schlacht von Leipzig bestanden, daß eine übermächtige Säbelherrschaft, von Paris aus geleitet, vom Ebro bis zum Sund reichend, dem übrigen Europa mit herrschsüchtiger Gewaltthätigkeit gegenüberstand. Wer alt genug ist, um von seinen Vätern noch die Erlebnisse der französischen Herrschaft im Lande gehört zu haben, der wird mit mir die Größe der Wohlthat empfinden, die uns damals die Schlacht bei Leipzig erwiesen hat und wird den Wunsch empfinden, daß das Zusammenhalten von rechtlicher und ehrlicher Nationalpolitik, die nichts weiter verlangt, als ein unabhängiges Leben der eigenen Nation, auch für die Zukunft gesichert bleibt gegenüber allen Angriffen, wie wir sie 300 Jahre lang vom Westen her erfahren haben. (Bravo.) Daß, um dieses Ziel mit Sicherheit zu erreichen, auch unsere guten Beziehungen zu unserem östlichen Nachbar in Rußland wünschenswert sind; ich will nicht sagen, in dem Maße, wie sie bei Leipzig, — ich hoffe, das wird nicht wieder notwendig werden — sich auf dem Schlachtfelde bei Leipzig verwirklichten oder wie sie sich später unter Friedrich Wilhelm III. bethätigt haben, aber die Pflege der guten Beziehungen zu unserem östlichen Nachbar, mit dem wir, wenn wir Oesterreich mit einrechnen, eine mehrere hundert Meilen lange Grenze haben und mit dem wir eigentlich gar keine zwingenden Interessen zu teilen haben — ich wüßte nicht, um was wir die Russen beneiden sollten oder sie uns. (Bravo.) Wir können ihnen im fernen Asien gönnen, was sie begehren, und erfreut sein, wenn sie ihre Befriedigung daran finden. Aber wir haben ihnen nichts zu beneiden, und ich glaube, sie haben auch nichts auf unsere Kosten zu begehren. Und deshalb knüpfe ich an Ihren heutigen Besuch und an die Erinnerung an die Leipziger Schlacht auch die Erneuerung des Andenkens an die guten Beziehungen, in denen wir früher mit Rußland gelebt haben, und wünsche, daß unbeschadet der Beziehungen, in denen wir zu Oesterreich stehen, und mit Oesterreich in Stammesverwandtschaft verwachsen sind, daß wir unabhängig davon doch auch beiderseits den Frieden nach Osten und den Frieden der monarchischen Staaten unter sich wahren. Sie haben ja alle, soviel ihrer da sind an Monarchen, durch Kämpfe unter einander vielmehr zu verlieren und der Revolution gegenüber vielmehr einzubüßen, als sie je durch Kämpfe einer von dem andern, gewinnen könnten. Alles, was einer dem andern, ein großer Staat dem andern abnehmen kann, ist nicht der Rede wert im Vergleich mit dem Bedürfnis der Ruhe im Lande, des Friedens und der gesetzlichen Herrschaft, nicht bloß im Deutschen Reiche, sondern auch in den befreundeten und mit ihm dieselbe Politik verfolgenden Ländern unseres jetzt bestehenden Dreibundes. Ich habe der Versuchung nicht widerstehen können, als alter Politiker meinem langjährigen Wunsche, auch mit dem Osten in guter Fühlung zu bleiben, bei dieser Gelegenheit Ausdruck zu geben, weil die Leipziger Schlacht mich an den drei Monarchen-Hügel gerade erinnert, und, meine Herren, einer der geschicktesten Pfleger dieser ruhigen erhaltenden Politik, nicht bloß konservativ erhaltenden, sondern den Frieden erhaltenden Politik ist Ihr König Albert (Bravo!) und ich kann den Leipzigern gegenüber meinen Dank für ihre Begrüßung nicht anders bethätigen, als indem ich mit Ihnen zusammen ein Hoch auf Ihren hohen Herrn ausbringe: Mein gnädiger Gönner, König Albert, er lebe hoch!

24. Mai. (Reichstag.) **Dritte Beratung und Annahme der Branntweinsteuernovelle. Gesetzentwurf über die Schutztruppe. Schluß des Reichstags.**

Abg. Graf Kanitz: Die Wirkung des Branntwein- und des Zucker-

steuergesetzes würde für die Landwirtschaft keine so außerordentliche sein, wie von vielen Seiten behauptet wäre, es würde nur eine minimale Erhöhung der Preise für Spiritus und Zucker eintreten. Der Nutzen der Gesetze werde sein, daß erstens kein weiterer Preisrückgang und keine Verminderung der Exportprämie eintrete. Beide Gesetze, gegen deren Einzelheiten er vielfache Bedenken hege, seien geeignet, unseren Nationalwohlstand zu heben, und ein weiterer Schritt, um den Ruin der Landwirtschaft aufzuhalten. Er hätte gehofft, daß die Hilfe der Regierung sich nicht nur auf Zucker und Branntwein, sondern auch auf Hebung der Getreidepreise erstrecken würde. Diese Hoffnung sei leider unerfüllt geblieben, man habe seinen Antrag abgelehnt, ohne etwas Besseres an seine Stelle zu setzen. Er fürchte, daß die Verstimmung, die im Lande herrsche, durch die abwartende Haltung der Regierung wesentlich verstärkt werden möchte. Warum habe man kein Börsengesetz, kein Margarinegesetz vorgelegt? (Ruf: Zur Sache!) Der Reichstag gehe nach Hause, ohne in der Reform der Börse auch nur einen Schritt gethan zu haben. Hätte Herr v. Bötticher nur ein leeres Blatt Papier vorgelegt mit der Aufschrift „Börsengesetz", den Text hätten wir schon selbst gemacht. (Heiterkeit.) Er hoffe, daß die Regierung die Erhöhung der Getreidepreise sich werde angelegen sein lassen und entweder selbst bis zum Herbst einen Entwurf einbringe oder seinen Antrag annehme. Die Regierung solle in der Verschleppungspolitik nicht länger verharren. Abg. Meyer-Halle (frs. Vg.) und Abg. Paasche (nl.) werfen dem Grafen Kanitz vor, agitatorisch gesprochen zu haben; die Konservativen hätten durch ihr häufiges Fehlen im Reichstag eine intensivere Arbeit verhindert. Abg. Paasche tadelt heftig die Angriffe auf die Regierung. Abg. Richter (frs. Vp.): Diese Diskussion am Schlusse der Session beweise wieder, wie unersättlich die Agrarier wären; der Appetit wachse ihnen mit dem Essen. Den Antrag Kanitz hätte man rundweg ablehnen sollen, anstatt ihn in der Kommission hinzuziehen. Die Regierung hätte auch nicht dilatorisch handeln dürfen, sondern dem Antrag Kanitz wie dem Währungsantrage ein einfaches „Nein" entgegensetzen müssen. Niemals sei eine Regierung von beiden Seiten des Hauses so verlassen gewesen, wie die gegenwärtige; die Rechte greife ja die jetzige Regierung ebenso an, wie diejenige des Grafen Caprivi. Staatssekretär v. Bötticher: Das Börsengesetz werde voraussichtlich in nächster Session vorgelegt werden. Die Regierung habe keine Neigung, eine Session, die an chronischer Beschlußunfähigkeit leide, zu verlängern.

Hierauf wird das Gesetz in namentlicher Abstimmung mit 165 gegen 85 Stimmen angenommen. Dafür stimmen die Rechte, die Nationalliberalen mit wenigen Ausnahmen, die Polen, einige Antisemiten und das Zentrum bis auf ungefähr 15 Mitglieder.

In dritter Beratung wird sodann angenommen das Zuckersteuergesetz, und der Gesetzentwurf über die kaiserliche Schutztruppe in Südwestafrika und Kamerun.

Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe verliest eine kaiserliche Botschaft, die den Reichstag schließt. Präsident v. Buol hebt die Sitzung mit einem Hoch auf den Kaiser auf.

Übersicht über die Thätigkeit des Reichstags.

Nach der vom Präsidenten am Schlusse der Sitzung gegebenen Geschäftsübersicht war der Reichstag vom 5. Dezember 1894 bis 24. Mai 1895 171 Tage versammelt. Es haben während dieser Zeit: 99 Plenarsitzungen, 424 Sitzungen der Abteilungen, 277 Sitzungen der verschiedenen Kommissionen stattgefunden. Seitens der verbündeten Regierungen wurden folgende Vorlagen dem Reichstag unterbreitet: 27 Gesetzentwürfe, einschließ-

lich des Reichshaushaltsetats für das Etatsjahr 1895/96, zweier Nachträge dazu, sowie des Haushaltsetats für die Schutzgebiete auf das Etatsjahr 1895/96 und eines Nachtrags dazu, 1 kaiserliche Verordnung, 8 allgemeine Rechnungen über den Reichshaushalt für die Etatsjahre 1884/85 bis 1891/92, 2 Uebersichten der Reichsausgaben und Einnahmen für die Etatsjahre 1992/93 und 1893/94, 2 Uebersichten der Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete von Kamerun und Togo, sowie des südwestafrikanischen Schutzgebietes für die Etatsjahre 1892/93 und 1893/94. Die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für die Etatsjahre 1891/92 und 1892/93 2 Berichte der Reichsschuldenkommission, 15 Denkschriften, Berichte und Uebersichten zc., welche durch Kenntnisnahme erledigt sind. Es haben die verfassungsmäßige Zustimmung seitens des Reichstags erhalten: 21 Gesetzentwürfe, einschließlich des Reichshaushaltsetats, des Haushaltsetats für die Schutzgebiete und der Nachtragsetats, 1 kaiserliche Verordnung. Abgelehnt sind 2 Gesetzentwürfe. Die Rechnungen der Kasse der Ober-Rechnungskammer und ein Bericht der Reichsschuldenkommission sind durch Erteilung der Decharge erledigt worden. Die Uebersichten der Reichsausgaben und Einnahmen für die Etatsjahre 1892/93 und 1893/94 sind durch vorläufige Genehmigung der nachgewiesenen Etatsüberschreitungen erledigt. Die Uebersichten der Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete sind unerledigt geblieben. Unerledigt blieben ferner: 4 Gesetzentwürfe, 8 allgemeine Rechnungen und 1 Bericht der Reichs-Schuldenkommission. Ein Antrag auf Erteilung der Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung gegen ein Reichstagsmitglied während der Dauer der Session wurde abgelehnt. Von den Mitgliedern des Reichstags wurden eingebracht: 30 Gesetzentwürfe, 35 Anträge, 7 Interpellationen. Von den vorgeschlagenen Initiativgesetzentwürfen haben 4 die Genehmigung des Reichstags erhalten, 1 Antrag ist zurückgezogen, 3 Anträge sind abgelehnt, über einen Antrag ist Uebergang zur Tagesordnung beschlossen, 21 Anträge bleiben unerledigt. Von den Anträgen, welche Gesetzentwürfe nicht enthalten, sind: 13 erledigt, 3 abgelehnt, 19 bleiben unerledigt. Von den eingebrachten Interpellationen sind 5 beantwortet und im Plenum zur Verhandlung gekommen, 1 ist zurückgezogen und bei 1 ist die Beantwortung abgelehnt. Die Kommissionen haben 109 schriftliche und 34 mündliche Berichte erstattet. Petitionen sind 59 894 eingegangen, darunter, 26 060 betreffend die Abänderung des Strafgesetzbuches, des Militärstrafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse; 10 509 betreffend die Abänderung des Militärpensionsgesetzes, Ehrensold zc.; 6057 betreffend das Impfgesetz; 3886 betreffend die Tabaksteuer; 5988 betreffend den Verkehr zc. mit Magarine; 859 betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung (Hausierhandel zc.); 760 betreffend die Genossenschaften, Konsumvereine zc.; 613 betreffend kommunale Besteuerung des Weins; 406 betreffend den Zoll auf Quebrachoholz zc.; 340 betreffend die Zuckersteuer; 305 betreffend den Ein- und Verkauf ausländischen Getreides durch das Reich; 68 betreffend den Handelsvertrag mit Argentinien; 92 betreffend die Binnenschiffahrt und Flößerei; 319 betreffend die Währung; 316 betreffend die Branntweinsteuer. Die Petitionen haben folgende geschäftliche Behandlung erfahren: 10 598 Petitionen sind dem Herrn Reichskanzler überwiesen; 32 Petitionen sind durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt; 30 527 Petitionen sind durch Beschlüsse des Reichstags für erledigt erklärt; 1242 Petitionen sind zur Erörterung im Plenum für nicht geeignet erachtet; 1283 Petitionen, über welche Kommissionsberichte vorliegen, sind nicht mehr zur Verhandlung im Plenum gelangt; 3 Petitionen wurden zurückgezogen; 16 209 Petitionen sind auch in der Kommission nicht mehr zur Beratung noch Beschlußfassung gelangt, darunter 6057 Petitionen, betreffend das Impfgesetz, 5988 Peti-

tionen, betreffend Margarine, 613 Petitionen, betreffend kommunale Besteuerung des Weins; 760 Petitionen betreffend Genossenschaften, Konsumvereine ꝛc.

26. Mai. (Friedrichsruh.) Fürst Bismarck empfängt an 3000 Schleswig-Holsteiner und erwidert auf ihre Ansprachen:

Meine Herren und meine Damen! Sie wissen, daß mir in den letzten Wochen seit ich 80 Jahre geworden bin, zahlreiche Begrüßungen aus allen deutschen Gauen zu teil geworden sind, von Ostfriesland bis in die deutschen Alpen hinein, und auch von den verschiedenartigsten Richtungen unserer inneren Politik. Ich bin weit entfernt, die Ehren, die damit verbunden sind, für meine Person in Anspruch zu nehmen (doch! doch!), sie gelten den Mitkämpfern, die ich ein Menschenalter hindurch gehabt habe, sie gelten auch mir und ich bin dankbar dafür, wenn sie ausgesprochen werden. Aber ich würde doch in meinem Alter und bei meiner Körperschwäche mich der Aufgabe entziehen, gewissermaßen die Empfangsstelle für die Bekenntnisse nationaler Gesinnung zu sein, wenn ich nicht der Ueberzeugung wäre, daß durch die Bethätigung der nationalen Gesinnung vermöge praktischer Handlungen und äußerlich wahrnehmbarer Erscheinungen sie in sich gestärkt wird (Zustimmung!) und daß man in der Erinnerung an irgend eine Bestätigung dieser Gesinnung sein Gedächtnis auffrischt und und daß es zur Belebung und Kräftigung des nationalen Gefühls beiträgt, wenn der zu Grunde liegende Gedanke öffentlich und in freiem Wort Ausdruck findet — mag ich nun der Adressat davon sein — oder die Gesamtheit meiner früheren Mitarbeiter. Infolge dessen halte ich mich nicht berechtigt, in einer falschen Bescheidenheit die Huldigungen, die mir widerfahren, dadurch abzuwehren, daß ich sie als persönliche auffasse. Ich betrachte sie als Bekenntnisse der nationalen Gesinnung (Zustimmung) und deshalb freue ich mich, wenn sie durch äußerliche Bekundungen bekräftigt werden. Unter diesen ist nun für mich vor allem die Ihrige von hohem Wert. Ich bin ja nicht in diesen Herzogtümern geboren und erzogen; ich bin von Haus aus Altpreuße, aber ich bin durch Einwanderung Schleswig-Holsteiner geworden auf diesem Boden, der zur Provinz gehört (Bravo!) und aus Ihrer Begrüßung entnehme ich das Zeugnis, daß Sie mich adoptiert haben. (Lebhafter Beifall!) Ich gehöre eben zur Provinz und bin stolz darauf, denn Ihr Land ist doch nach meinen politischen Erinnerungen der Ausgangspunkt unserer deutschen Entwickelung überhaupt gewesen. (Bravo!) Wenn ich zurückdenke an die Zeit, wo ich zuerst mit der großen Politik in Berührung kam, so waren es zwei Fragen, die das deutsche Gemüt bewegten: Schleswig-Holstein und die deutsche Flotte. Beide stehen ja notwendig in einem engen Zusammenhang, auf den ich mir erlauben werde, zurückzukommen. Aber ich erinnere nur daran, daß, weil nicht alle noch die Zeiten von 48 vor- und nachher selbst mit erlebt haben, ich erinnere nur daran, daß, wie das Militär nach der Berliner Revolution unbeliebt war, man den ersten Versuch der Versöhnung dadurch machte, daß man die Truppen nach Schleswig-Holstein schickte, also sie in den Dienst der Frage stellte, die alle Gemüter schon damals beschäftigte. Ich erinnere daran, daß, wer irgend etwas wollte von der öffentlichen Meinung, in der Wahl oder sonstwie, der zog die Flagge der deutschen Flotte auf. Es waren das die beiden Fragen, die in den Jahren vor und nach 1848 unsere öffentliche Meinung absolut beherrschten, Fragen, auf welche sich das deutsche nationale Gefühl, das ja in schwachen Keimen damals war, nach meiner Auffassung zuspitzte, sobald es sich äußern sollte. Beide Fragen waren in ihrer praktischen Lösung außerordentlich schwierig. Vor Schleswig-Holstein lag nicht nur das Schloß des dänischen Besitzes und der gewöhnlichen

Tradition, sondern auch noch die Wachsamkeit der gesamten europäischen Großmächte, von denen keine dem deutschen Volke und in specie damals dem preußischen Staate die Entwickelung gönnte, die man voraussah, wenn der deutsche nationale und maritime Ehrgeiz durch den Erwerb von Schleswig-Holstein ermutigt wurde, will ich mal sagen. Wir waren damals, Preußen, nicht so starck, wie jetzt das Deutsche Reich ist. Es war die schwächste der Großmächte, es war in seiner Armee-Organisation nicht fertig, es befand sich in inneren Kämpfen von größter Schwierigkeit, die so leidenschaftlich geführt würden, daß auch die äußere Geltung dabei nicht respektiert wurde. Wir konnten deshalb mit gewaltthätiger Entschlossenheit so sehr viel damals nicht durchsetzen in Bezug auf Schleswig-Holstein und die Frage der deutschen Marine, die damit untrennbar verkuppelt ist, die konnte nicht gelöst werden, so lange sieben, oder ich glaube acht souveräne Staaten sich in die deutsche Seehoheit und maritime Kriegsberechtigung teilten: es waren das Hannover, Oldenburg, drei Hansestädte, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Preußen in der Ostsee. Zwischen denen eine Einigung derartig zu stande zu bringen, wie sie notwendig ist, um eine nationale Flotte weit über das Weltmeer in einen einheitlichen Zusammenhang zu führen, das war eine Aufgabe, die zu überwinden ich mir, waghalsig wie ich damals war, getraute. (Heiterkeit.) Wir haben in der andern Frage, da uns die Großmächte Schleswig-Holstein nicht gönnten, teils aus Abneigung gegen die nationale deutsche Entwickelung, die sich auf diesen Punkt festgebissen hatte, teils auch aus Sorge über den mächtigen Zuwachs — über die haben wir uns mit Mühe hinweghelfen müssen. Es war ja von preußischer Seite der Londoner Vertrag abgeschlossen. Wenn der in Geltung blieb und der blieb wahrscheinlich in Geltung, wenn die Dänen nicht so aggressiv verfuhren, wie es schon mit der Kasinopolitik im ersten Anfange — die älteren Herren werden sich erinnern, was ich damit sagen will — und wie es später mit der Inkorporation der Herzogtümer an irgend einem 30. März, ich glaube 1862, geschah, wenn diese dänischen Herausforderungen nicht stattfanden, wenn die Verbitterung und die schlechte Behandlung der Deutschen unter dänischer Herrschaft nicht stattfanden, so ist gar kein zwingender Grund anzunehmen, daß nicht auch in den Herzogtümern die Erinnerung an die Jahrhunderte langen wichtigen Beziehungen zum dänischen Königshause die Oberhand gewonnen hätte, und daß wir schließlich vielleicht mit einer Personal-Union abgeschlossen hätten, deren Leitung aber immer in Kopenhagen geblieben wäre. Es war für meine damalige politische Auffassung ja doch die Frage: welche von den verschiedenen Abstufungen schleswig-holsteinischer Unabhängigkeit sind erreichbar und welche nicht, und begehe ich nicht einen Fehler, wenn ich das Erreichbare, wie die Personal-Union, a limine abweise und dafür, unter dem Zwange der Großmächte und ohne Unterstützung, durch die geringe Macht Preußens, auf die ja Schleswig-Holstein zu meinem Bedauern sich zweimal ohne Erfolg verlassen hat, mehr anstrebe? — Ich war zweifelhaft, aber ich möchte nun dahin konkludieren, daß Sie den Dänen wegen ihrer anspruchsvollen Herrschsucht Dank schuldig seien (Heiterkeit!). Die Dänen haben das deutsche Widerstandsgefühl in die Höhe gezwungen durch ihre Hartnäckigkeit und durch die Kraft ihrer Bureaukratie, da, wo sie wieder Herrscher geworden waren; nicht bloß in den Herzogtümern selbst, sondern auch in dem übrigen Deutschland. Die Dänen waren es, die uns die Möglichkeit gegeben haben, schließlich in der schleswig-holsteinischen Frage noch einen Zipfel zu finden, an dem es möglich wurde, die deutsche Frage zu lösen. (Bravo! Heiterkeit.) Ich habe im ersten Augenblick kein festes Vertrauen auf die Möglichkeit einer deutschen Flotte unter den sieben Ufer-Souveränen gehabt und ich bin mit

thätig gewesen bei Verkauf der angeblichen deutschen Flotte (Heiterkeit). — Ich brauche bloß den Preis zu nennen, der mir ungefähr in der Erinnerung ist, es wurden sechs schwere Fahrzeuge für 230 000 Thaler verkauft (Heiterkeit!), es war der Rest der deutschen Flotte, Fischer war der Auktionator, das ist mir noch in der Erinnerung. Es gelang mir, als Bundesmitglied, für Preußen zwei von den Schiffen, die ich nicht ausgewählt hatte, sondern Sachkundige, für uns in Sicherheit zu bringen. Das war aber das einzige noch einigermaßen preiswürdig Verwendbare. Aber ich sagte mir, ohne Schleswig-Holstein keine deutsche Flotte, und in der deutschen Nation war das Gefühl lebendig: wir wollen doch nicht in der Lage bleiben, daß uns ein Staat wie Dänemark die See verbieten kann, und daß wir unter der dänischen Blockade ersticken müssen in der Ausfuhrlosigkeit, einem Staate von zwei Millionen Einwohnern gegenüber. Auch außerdem war es eine Frage der nationalen Würde, daß eine Nation wie Deutschland nicht in Zeiten der Krisis einer Flotte zweiter Klasse zur See gewachsen sein sollte, mit Ausnahme von England und Frankreich, mit denen zu rivalisieren würde ich für eine Uebertreibung halten. Aber wir müssen zur See so stark sein, daß wir uns die See nicht von Mächten zweiter Klasse, namentlich solchen, die wir zu Lande nicht langen können (Heiterkeit), verbieten lassen können, und das sind wir, defensiv, wenn wir eine Anzahl von Schlachtschiffen haben, und namentlich müssen wir doch unsere Kauffahrer in fernen Seen schützen können. Dazu gehören Kreuzer und mehr, als wir gegenwärtig besitzen. In meinen inneren Sympathien habe ich mehr Neigung für Kreuzer als für Parade- und Panzerschiffe, aber ich bin nicht berufen mitzureden in diesen Dingen, ich warte in Ruhe ab, was befohlen wird. Ich habe mir aber von Haus aus gesagt: ohne die Herzogtümer wird die Reichsregierung nie eine deutsche Reichsflotte haben können. Wenn die Herzogtümer in einer militärisch unabhängigen Situation blieben, wie damals von vielen Seiten erstrebt wurde, so in der Zeit namentlich, wo auch in Hannover noch die Unabhängigkeitsbestrebungen in Bezug auf die Flotte herrschten — Hannover erstrebte eine deutsche Admiralsstellung — das wäre Teilwerk geworden. Da habe ich mir gesagt: wenn wir die Herzogtümer nicht besitzen und erwerben, dauernd, so werden wir nie eine große Seemacht werden können. Die Herzogtümer und die Flotte sind unzertrennbar von einander, sie gehören zusammen, auch in der geographischen Lage mit der der Bevölkerung sympathischen plattdeutschen Sprache niedersächsischen Ursprungs, die gehören zu uns. (Bravo!) Ich habe von der ersten Eröffnung der Frage durch den Tod des Königs von Dänemark im November 1863 gleich die Ueberzeugung gehabt und vertreten, amtlich vertreten: dat möt wi hebben. (Bravo!) Zu Anfang habe ich wenig Liebe gefunden, weder bei meinen heutigen engeren Landsleuten, noch bei meinen Mitarbeitern, noch auch höheren Orts; aber in mir saß die Ueberzeugung so fest und meine Liebe zu diesem Lande und mein Glaube an die Kräftigung, die Preußen dadurch erfahren würde, war so groß, daß ich sagte: und wenn wir die drei schlesischen Kriege mitsamt einem siebenjährigen darum führen sollen, so führen wir sie, aber haben müssen wir Sie. (Bravo!) Meine Herren! ich habe ja damals nicht geurteilt wie ein geborener Schleswig-Holsteiner, ich habe geurteilt wie ein geborener Preuße mit einer stark deutschen Empfindung und habe mir gesagt: Soll Deutschland überhaupt sich konsolidieren und zur See mächtig werden, so ist die Vermehrung der Mittelstaaten im Bunde nicht der Weg, auf dem wir dazu gelangen. Da habe ich schwere Kämpfe damals gehabt, und was mir zu Hilfe gekommen ist, das ist der deutsche Sinn der Bevölkerung dieser Lande an sich; die sind doch allmählich zur Besinnung ihrer Situation und der Situation des deut-

schen Volkes gekommen. Das Bedürfnis, der großen Gemeinschaft enger anzugehören, hat sich mehr und mehr befestigt, schon vor dem Kriege von 1870, wo wir sechs Jahre nach der Annexion mit den schleswig-holsteinischen Truppen im Kriege schwere Gefahren bestanden haben, von denen kein einziger Soldat weder an seiner deutschen Gesinnung und seiner Fahnentreue schwach geworden ist, noch auch an seiner Körperkraft, daß sie versagt hat unter sehr schwierigen Verhältnissen. Ihre Regimenter haben ja damals an den schwierigsten Teilen der Winterfeldzüge von 1870/71 mit teilgenommen und haben sich geschlagen wie die Helden, wie man von dem nordalbingischen Blut nicht anders erwarten konnte. (Bravo!) Infolge dieser Rückerinnerung nehme ich an, daß, wenn man über das, was vor 30 oder 40 Jahren hätte geschehen sollen, damals zweifelhaft war, doch heute über alle Zweifel der Art Absolution erteilt worden ist (Zustimmung) bei Ihnen, in Ihrer Heimat, und daß allen, die damals Gegner waren, eine Indemnität in den Herzen bewilligt worden ist (Zustimmung) und wenn unsere schleswig-holsteinische Bevölkerung einmal ihre Wahl mit Sachkunde getroffen hat, dann hält sie auch fest und deshalb ist es mir nicht zweifelhaft, daß das „up ewig ungedeelt" sich nicht bloß auf Schleswig-Holstein, sondern auch in Zukunft auf Schleswig-Holstein und das gesamte Deutschland immer mit Erfolg in Anwendung bringen läßt (Bravo!), und wer es auseinanderbringen will, der muß ganz andere siegreiche Kriege führen, als wir gethan haben, um es zusammenzubringen. (Bravo!) Nun, meine Herren! Die Versöhnung zwischen den früheren widersprechenden Meinungen hat ja einen äußerlichen Ausdruck gefunden in der Thatsache, daß wir eine Landsmännin von Ihnen, eine schleswig-holsteinische Prinzessin, zur Kaiserin haben und ich glaube Ihnen deshalb einen landsmannschaftlichen Gruß zu bringen, wenn ich Sie bitte, mit mir ein Hoch auf die Kaiserin, die Prinzessin von Schleswig-Holstein auszubringen. Sie lebe hoch! hoch! hoch!

30. Mai bis 8. Juni. (Aachen.) Prozeß Mellage.

Ein schottischer Kaplan Namens Forbes hatte das Alexianerkloster Mariaberg in Aachen, dessen Brüder die Krankenpflege betreiben, als freiwilliger Pensionär zur Wiederherstellung seiner Gesundheit aufgesucht, war aber von den Brüdern, ohne daß eine ärztliche Unterlage dafür vorhanden war, als Irrsinniger behandelt und gewaltsam im Kloster zurückgehalten worden. Es gelang Mellage, mit Hilfe der Polizei und auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses Forbes aus dem Kloster zu bringen. Die Staatsanwaltschaft leitete nun gegen die Vorsteher des Klosters ein Strafverfahren wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung ein. Allein nach einiger Zeit wurde dies Verfahren wieder eingestellt. Inzwischen erschienen, zum Teil aus der Feder Mellages, heftige Angriffe auf die Brüder des Alexianerklosters und weiter im September 1894 eine Broschüre Mellages unter dem Titel: „39 Monate bei gesundem Geiste als irrsinnig eingekerkert! Erlebnisse des katholischen Geistlichen Mr. Forbes aus Schottland im Alexianerkloster Mariaberg in Aachen während der Zeit vom 18. Februar 1891 bis 30. Mai 1894. In dieser Schrift wurde u. a. behauptet, daß das Kloster ein Kerker für renitente Geistliche sei, daß Forbes im Kloster wegen Renitenz geprügelt und sonst mißhandelt worden sei, weiter, daß in der Anstalt die Kranken bei der geringsten Renitenz mit einem Schlüsselbund geschlagen, über den Fußboden geschleift, gestoßen, mit den Füssen getreten, am Halse gewürgt, in die sogenannte „schmutzige Station" oder auch in einen Douche-Raum geführt wurden, wo sie kopfüber in das Wasser gesteckt wurden, so daß die Gefahr des Ertrinkens nahe lag u. s. w. Aus Anlaß dieser Broschüre stellte die Staatsanwaltschaft über die in derselben enthaltenen Behauptungen Ermittelungen an, die jedoch keine Unterlage zu einem Straf-

verfahren ergaben; sie stellte darum Mellage und Genossen unter Anklage. Nach dem erdrückenden Entlastungsmaterial, durch welches die Angaben der Broschüre über die Behandlung des Forbes und der übrigen Kranken im wesentlichen bestätigt wurden, erkannte der Gerichtshof auf Freisprechung aller Angeklagten.

Der Prozeß erregt das größte Aufsehen, die Presse aller Parteien verlangt strengste Untersuchung der Vorgänge in Mariaberg. Die antiklerikale Presse greift dabei die Orden heftig an, während die Zentrumsblätter diese verteidigen und in der mangelhaften staatlichen Aufsicht die Hauptursache der Mißstände sehen. Die Anstalt Mariaberg wird auf Anordnung der Minister des Innern und des Kultus geschlossen (12. Juni).

31. Mai. (Lübeck.) Feierliche Grundsteinlegung des Elb-Travekanals (vgl. 1894 S. 45).

2. Juni. (Berlin.) Dr. v. Friedberg, 1879—89 Preußischer Justizminister, †.

4. Juni. (Pasewalk.) Das Kaiserpaar enthüllt ein Kaiser-Friedrich-Denkmal.

5./6. Juni. (Württemberg.) Infolge eines Wolkenbruchs werden im Oberamt Balingen mehrere Ortschaften überschwemmt und an 50 Menschen getötet. Die Kammer bewilligt 400 000 ℳ Unterstützungsgelder (2. Juli).

4. bis 6. Juni. (Erfurt.) Tagung des evangelisch-sozialen Kongresses.

Zum erstenmale erstattet eine Frau, Frau Dr. Gnauck ein Referat: über die soziale Lage der Frauen. Sie hebt vor allem die Ueberfülle der Arbeit bei einem Teile der Frauen in den unteren Ständen hervor und den Mangel an Beschäftigung bei den unverheirateten in den oberen Ständen. Auf dem Kongreß macht sich immer mehr eine Differenz zwischen den „älteren" Christlich-Sozialen unter Führung von Stöcker und Professor A. Wagner und den „Jüngeren" unter Führung von Naumann, Professor Weber u. a. geltend. Diese ist mehr Arbeiterpartei, jene mehr Kleinbürger- und Mittelstandspartei. (Vgl. „Preuß. Jahrb." Bd. 81 S. 189 und 82. S. 376. Deutsch. Wochenbl." Nr. 25.)

9. Juni. (Friedrichsruh.) Fürst Bismarck empfängt den Zentralausschuß des Bundes der Landwirte, etwa 120 Herren und Damen. Auf die Ansprache des Vorsitzenden Reichstagsabg. v. Plötz, der dem Fürsten 10 000 ℳ mit der Bitte, sie einem nationalen Zwecke zu überweisen, überreicht, entgegnet der Fürst:

Meine Herren und Damen! Sie bringen mir in Ihrer Adresse und in dem schön gearbeiteten begleitenden Schilde einen Beweis der Anerkennung der Vergangenheit, in der es mir vergönnt war, an den Geschicken unseres Vaterlandes thätig mitzuwirken, und als solcher, als ein Anerkenntnis für die Vergangenheit, ist es ja für einen alten Politiker, der am Abend seines Lebens steht, doch höchst wertvoll, dieses Zeugnis seinen Kindern zu hinterlassen. Ich würde gern mit Ihnen auch weiter gemein-

sam arbeiten, um die Zukunft den Wünschen und Bedürfnissen unseres Volkes entsprechend zu gestalten, aber dazu versagen mir die Kräfte, und selbst den geringen Einfluß, den ich auf Grund meiner politischen und wirtschaftlichen Erfahrungen auf die Gestaltung unserer Zukunft noch üben könnte, bitte ich außer Rechnung zu lassen Ich kenne die Absichten unserer Gesetzgeber nicht und habe keinen Einfluß auf dieselben. — Es ist ja auch schwer, einen Einfluß auf die Zukunft wieder zu gewinnen, nachdem vor einigen Jahren darauf für längere Zeit verzichtet worden ist. Wir sind festgelegt durch die Handelsverträge, an denen können wir ehrlicher Weise nichts ändern, solange sie gelten, und wir müssen, um doch nicht müßig zu bleiben, ins Auge fassen, was wir ohne deren Aenderung für die Landwirtschaft thun können. Da sind ja noch manche sogenannte kleine Hilfen, die in der Hand der Regierung und Gesetzgebung stehen, aber bei denen auch die Landwirte selbst durch ihre Abgeordneten zur Gesetzgebung mitwirken können und mitzuwirken haben. Das ist in den letzten 5 Jahren meiner Ueberzeugung nach doch nicht mit dem Nachdruck geschehen, mit dem es hätte geschehen können. (Sehr richtig.) Als ich ausschied aus dem Dienst, da kam ja doch ein — ich möchte sagen nach neuerem parlamentarischen Ausdruck — ein unlauterer Wettbewerb der Fraktionen zum Vorschein (Heiterkeit), wer die Erbschaft antreten könnte, wer sich hinreichend lieb Kind machen könnte, um das Heft in die Hand zu bekommen, der herrschenden Fraktionen um den Ministerposten, den der eine oder andere begehren mochte! Solange ich im Dienste war, hatte sich der Ehrgeiz in der Richtung schweigend und zurückhaltend verhalten. Sobald die unerwartete Freiheit der Carriere entstand, glaubte jeder, daß ihm zunächst der blaue Brief bevorstände (Heiterkeit), und dieser Stimmung verdanken wir die Annahme der Handelsverträge (Zustimmung) und die Demütigung, der die Parlamente sich unterzogen haben, daß sie in wenig Wochen Fragen von dieser Tragweite durchpeitschten, kann ich wohl sagen, ohne sie näher prüfen zu können. (Bravo, sehr richtig!) Der erste Schade war zu einer Zeit, wo wir das Geld nötiger wie je zu einer Verstärkung unserer Wehrkraft gebrauchten, daß wir durchschnittlich auf jährlich 40 Millionen Zolleinkünfte verzichten, die ohne irgend eine Belästigung, ja mit Nutzen für das Inland, in unsere Staatskasse flossen. Ich will in der Kritik nicht weiter gehen, denn ich habe in Rückblick auf meine Vergangenheit und meine ganze Stellung zu unseren monarchischen Einrichtungen doch nicht den Beruf der Kritik; hätte ich den, so wäre ich vor ein paar Jahren, als ich Reichstagsabgeordneter war, hingegangen nach Berlin und hätte von der Leber weg geredet. Wenn ich das aber ganz freien Herzens gethan hätte, so fürchte ich, daß vielleicht doch noch der Eindruck gekommen wäre, daß Richter und Bebel doch die besseren Menschen im Vergleich mit mir wären (stürmische Heiterkeit); denn ich habe da, wo ich die Verpflichtung fühlte, zu fechten, nie eine Mördergrube aus meinem Herzen gemacht. (Bravo.) Aber ich thue es jetzt, ich habe keine Verpflichtung zu fechten, ich bin nur noch ein zuschauender Privatmann, der mit herzlichem Danke die Anerkennungen entgegennimmt, die ihm seine Vergangenheit mit Gottes Hilfe geschaffen hat. Unsere Sache — wenn ich sage unsere, so meine ich die der Landwirte, denn ich bin Landwirt von Hause aus, ich bin es gewesen, ehe ich Beamter und Minister wurde, ... und als Minister habe ich natürlich keiner Fraktion angehören können, sondern nur dem Vaterlande und dem König. Jetzt kann ich wieder frei für meine alte landwirtschaftliche konservative Fraktion leben, und da möchte ich meine Fraktionsgenossen bitten, bei den Wahlen — was ja die einzige Waffe ist, die uns zu Gebote steht, die einzige Mitwirkung in Bezug auf unsere Gesetzgebung, aber eine, ich

bedaure, vernachlässigte Mitwirkung in den letzten Jahren — daß wir bei den Wahlen mehr als bisher auf Vertretung unserer Interessen sehen. (Bravo.) Wie die Wahlen bei uns zuerst aufkamen, da waren ja die politischen Meinungsverschiedenheiten. Wer alt genug ist, sich zu erinnern, wie die Programme anno 48, 49 wie die Spargel überall aus der Erde schoßen, und man tüftelte daran, wer etwas politisch noch anders ausdrücken konnte wie ein anderer, — der wird gleich mir das Gefühl haben, daß diese politischen Haarspaltereien sehr in den Hintergrund getreten sind im Vergleich mit den materiellen Interessen, die es gilt im Lande zu vertreten. Um sie zu vertreten oder vertreten zu sehen durch unsere Abgeordneten, da müssen wir doch Mitinteressenten wählen, und nicht solche Abgeordnete, deren Interessen nachher vorzugsweise in Berlin bei den Leuten ohne Halm und ohne Ar liegen (große Heiterkeit), sondern die festhalten zu ihren Wählern. Früher konnte man ja ohne weiteres einen Landrat wählen, der war ein mit dem Kreise ohne Scheidungsmöglichkeit vertrauter Genosse, der mit 70 Jahren als Landrat da, wo er gewählt war, starb und der den Kreis überhaupt vertrat. Heutzutage hat der Ausdruck Landrat für den Wähler noch natürlich, und Gott sei Dank, etwas Bestechendes, aber es sind doch in der Mehrzahl junge Beamte, die sobald wie möglich aus den unteren Stufen des Landrats in höhere gelangen wollen und die ihre Wahl unter Umständen als eine Stufe dazu betrachten. Ich würde ferner bei Abgabe meines Votums als Wähler mir auch den Kandidaten darauf ansehen: Hat der Mann etwa den Wunsch, Minister zu werden in Berlin? (Heiterkeit.) Dann würde ich ihm ganz bestimmt die Stimme nicht geben, denn dann liegt sein ganzes Interesse in der Ebnung und Verfolgung seiner Karriere und er wird seine Wähler vergessen und Berlin im Gedächtnis halten. Ferner auch würde ich mir die Frau ansehen, die mitgeht. Hat die ein Bedürfnis in Berlin zu wohnen und dort eine gesellschaftliche Rolle zu spielen und eine Stellung zu gewinnen, so würde ich den Mann auch nicht wählen. (Heiterkeit.) Nachher wenn er wirklich Minister wird, so wächst er fest vermöge der konservativen Richtung der Frau in der Wohnung, als Minister, die dem Manne immer wie ein zu weiter, ererbter oder vom älteren Bruder überkommener Rock sitzt. (Große Heiterkeit.) Der Frau fehlt aber immer noch ein Zimmer in dieser großen Wohnung, sie hofft es noch zu erlangen und sie kann sich deshalb nicht trennen. Dann entstehen die Kleber als Minister, von denen nicht zu erwarten ist, daß sie irgend welche landwirtschaftlichen Interessen mit Energie bei ihren Kollegen vertreten. (Bravo.) Und deshalb, wenn wir 'mal wieder wählen, wählen wir vor allen Dingen keine Streber, sondern Leute von unserem Fleisch und Blut, die denselben Regen fühlen, unter dem wir naß werden und sich über denselben Sonnenschein freuen, unter dem unser Korn gedeiht. Halten wir fest an der Interessenvertretung. Die Landwirtschaft ist das erstgeborene Gewerbe, und dasjenige, was doch noch heute die relative Majorität unter allen Gewerbebetrieben im Deutschen Reiche hat. Sie ist aber bei weitem nicht das erstberücksichtigte. Das erstberufene mag sie sein, aber es gehen ihr alle anderen vor, weil die Landwirte eben nicht in der Stadt wohnen und nicht den Einfluß auf die Vorbereitung unserer Gesetze haben. Alle die Herren, die ihr Gehalt beziehen, es mag gutes oder schlechtes Wetter sein, und weiter nichts beanspruchen, die sind es, die unsere Gesetze vorbereiten und soweit bringen, daß der Landwirt aus der Provinz, der da hinkommt, nach seiner ganzen Vorbildung nicht in der Lage ist, etwas daran zu ändern. Er ist immer in der Lage, nein zu sagen, ist aber der Fraktionschef ein Mann, der Minister werden will, dann darf er nicht nein sagen, und uns Landwirte drückt der Schuh, den sie in Berlin arbeiten,

nachher. Und deshalb möchte ich empfehlen, daß wir uns des berechtigten Mittels, was wir bei den Wahlen haben, und uns der parlamentarischen Mitwirkung an der Gesetzgebung doch mehr und etwas mutiger bewußt werden, als bisher in der Praxis erkennbar ist und daß wir der Gesetzmacherei ohne Halm und Ar den Kriegsruf entgegensetzen: Für Halm und Ar (stürmischer Beifall), für jeden ehrlichen produktiven Erwerb, für Handwerk und Industrie, für alle, die wir produzieren – wir müssen zusammenhalten gegen die Drohnen, die uns regieren, aber nichts produzieren als Gesetze und das reicht nicht! Nun meine Herren, ich habe leider gehört, daß Sie Ihre Anwesenheit hier auf sehr kurze Zeit beschränkt haben und ich unterdrücke deshalb, was ich sonst noch hätte sagen können und schließe meine Aeußerungen mit der Bitte, mit mir zusammen den ersten Grundbesitzer, den Kaiser, leben zu lassen, der doch auch nicht bloß als Landesfürst aus Fleisch und Blut von unserem Fleisch und Blut fühlen muß, wie diese große Menge seiner treuesten und vielleicht am meisten belasteten Unterthanen, wie die leiden, sondern dem ich auch wünschte, daß die alte vornehme Art, nach der ein regierender Herr bei uns wenigstens keine Geldabfindung vom Staat empfing, sondern seine ihm angestammten Güter behielt und aus ihnen heraus wirtschaftete und auf diese Weise mit der Landwirtschaft und mit dem Lande jede Bewegung fühlte, an seinen eigenen Erlebnissen, nun, das ist ein frommer Wunsch, der sich nicht verwirklichen wird. Ich gebe ihm hier nur Ausdruck, um meinen Gedanken zu beleuchten. Ich würde sonst noch weiter gehen und sagen: Gebt jedem Staatsminister eine Domäne, von deren Ertrag er zu leben hat (Heiterkeit, Bravo!) oder beteiligt ihn an einer Industrie, deren Erträge sein Einkommen bilden. Aber daß dieses Einkommen, es mag gut oder schlecht gehen, unter allen Umständen gesichert bleibt, das paßt nicht zu der menschlichen Schwäche. Wenn er mit herauf- und heruntergeht mit dem Wohlbefinden des Staates und der Regierten, dann ist er doch aufmerksamer und wehrt sich mit. Also das nur zur Beleuchtung. Die mehr theoretische Unzufriedenheit mit den bestehenden heutigen Verhältnissen hindert übrigens nicht, der Verehrung für den Kaiser Ausdruck zu geben, und ich bitte Sie, meine Herren, Sr. Majestät den Kaiser, unsern größten Grundbesitzer, den berechtigten und verpflichteten Schutzherrn der Landwirtschaft und aller produktiven Gewerbe, hochleben zu lassen. Seine Majestät der Kaiser, er lebe hoch, hoch, hoch.

Juni. Die Presse über die Rede des Fürsten Bismarck. Erklärung im Reichs-Anzeiger über Herrn v. Bötticher.

In der agrarischen Presse findet der Fürst großen Beifall, die freisinnige greift ihn heftig an, auch andere tadeln seine Angriffe auf die Regierung, so die „Post", „Reichsbote". Die „Köln. Ztg." schreibt: „Mit tiefem Bedauern haben wir diese Rede des Fürsten Bismarck verzeichnet; aus strengem Gerechtigkeitsgefühl, aus der Empfindung der Pflichten, welche eine ruhmreiche Vergangenheit ihrem Träger auferlegt, ist sie nicht hervorgegangen." Zwischen der „Köln. Ztg." und agrarischen Organen sowie den „Hamburg. Nachr.", den „Berl. N. Nachr." entwickelt sich im Anschluß hieran eine längere Fehde, namentlich über die Stellung des Staatssekretärs v. Bötticher zum Fürsten Bismarck. Mit Bezug hierauf schreibt der „Reichs-Anzeiger" (14. Juni):

In der Ansprache, die Fürst v. Bismarck in Friedrichsruh am 9. ds. an den Zentralausschuß des Bundes der Landwirte gehalten hat, war unter anderm von Ministern die Rede, die am Amte „klebten" und sich von der Ministerwohnung nicht trennen könnten. Dieser Absatz ist mehrfach in der Presse auf den Staatsminister v. Bötticher bezogen worden. Wie irrtümlich

diese Bezugnahme ist, ergibt sich aus der Thatsache, daß Herr v. Bötticher bereits im Februar 1890 nach zehnjähriger Thätigkeit an der Spitze des Reichsamts des Innern dem Fürsten v. Bismarck den Wunsch ausgesprochen hat, aus seinen Aemtern entlassen zu werden, und daß Fürst v. Bismarck selber ihn damals im Dienste zurückgehalten hat. Auch später hat Herr v. Bötticher wiederholt seine Entlassung erbeten, welche ihm jedoch nicht gewährt worden ist, wie unter anderm aus nachfolgendem allerhöchsten Handschreiben hervorgeht:

Mein lieber Staatsminister v. Bötticher! Schon mündlich habe Ich Ihnen zu erkennen gegeben, daß Ich Mich außerstande sehe, Ihrem Gesuch um Entlassung aus Ihren gegenwärtigen Aemtern zu entsprechen. Sie wissen, wie hoch Ich Ihre Verdienste schätze, welche Sie sich in einer längern Reihe von Jahren um das Reich wie um Preußen erworben haben, und ich kann zumal unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht auf die Hülfe einer so bewährten Kraft, wie Ich sie in Ihnen besitze, verzichten. Ich halte Mich auch versichert, daß Ich nicht vergeblich Ihren Patriotismus anrufe, wenn Ich an Sie die Aufforderung richte, auch fernerhin Ihre Dienste in Ihrer jetzigen Stellung Mir und dem weitern wie dem engern Vaterlande zu widmen. Ich verbleibe Ihr wohlgeneigter

Wilhelm R.

Berlin, im Schloß, den 29. März 1892.

An den Vizepräsidenten des Staatsministeriums Staatssekretär des Innern Dr. v. Bötticher.

11. Juni. (Bayern.) Militärische Gedenkfeier des Krieges von 1870.

Der Prinzregent bestimmt, „daß so oft in der Zeit vom 16. Juli d. J. bis 10. Mai kommenden Jahres die Fahnen entfaltet werden, sämtliche Fahnen und Standarten, welchen für die Teilnahme an dem Kriege 1870/71 eine Auszeichnung verliehen wurde, mit Eichenlaub und die ersten Geschütze derjenigen Batterieen, welche in ihm gefochten haben mit Eichenkränzen geschmückt werden."

11. Juni. (Friedrichsruh.) Besuch des Großherzogs und der Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin beim Fürsten Bismarck.

11./12. Juni. (Darmstadt.) Beide Kammern nehmen das Einkommensteuergesetz an.

12. Juni. (Württemberg.) Der Finanzminister v. Riecke erklärt im Abgeordnetenhause, Württemberg werde im Bundesrate gegen die Berufung einer internationalen Währungskonferenz stimmen.

12. Juni. (Friedrichsruh.) Fürst Bismarck empfängt den Ehrenbürgerbrief von 9 badischen Städten und von Ulm.

Auf die Ansprachen der Deputierten entgegnete der Fürst u. a.: Das Großherzogtum Baden hat ja durch seinen Landesherrn und durch die Gesinnuug seiner Bewohner einen wesentlichen Anteil an der nationalen Bewegung genommen, manchmal unbequem, manchmal förderlich, und wir haben in Berlin warten müssen, bis die Verhältnisse in Europa so weit reif waren und namentlich in Deutschland so weit reif waren, daß wir die Maingrenze fallen lassen kounten. Baden allein konnte das nicht, wir mußten den

größeren süddeutschen Block, den Bayern und Württemberg bilden, doch notwendig gleich mit herein haben und so lange abwarten, bis dies der Fall war.

17. Juni. (München.) Der Kaiser eröffnet die umgebaute Schacksche Bildergalerie (vgl. 1894 S. 109).

18. Juni. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Gesetzentwurf zur Errichtung einer Kreditanstalt zur Förderung des genossenschaftlichen Personalkredits.

Finanzminister Dr. Miquel: Diese Bank soll die bestehenden Genossenschaften ergänzen, nicht aber beseitigen. Wenn der Staat hier hilft und eine Zentralanstalt schafft, welche die Ueberschüsse, wo solche vorhanden sind, dorthin führt, wo Bedarf ist, wird das Genossenschaftswesen noch nützlicher wirken, als es bisher schon der Fall ist. Es soll der Personalkredit gefördert werden, denn die wachsende Verschuldung, namentlich also auf landwirtschaftlichem Gebiete rührt wesentlich her von der mangelhaften Organisation des Personalkredits. Auch der gewerbliche Mittelstand wird Vorteil davon haben. Abg. Pleß (Z.), Knebel (nl.), Gamp (fk.), Graf Kanitz (kons.), begrüßen das Gesetz sympathisch, das hierauf an die Budgetkommission verwiesen wird.

19. bis 21. Juni. (Hamburg—Kiel.) Einweihung des Nordostsee-Kanals. Reden des Kaisers.

Im Laufe des 19. waren sämtliche Bundesfürsten, Prinzen der englischen, italienischen, russischen, österreichischen und belgischen Königsfamilien eingetroffen, ebenso die Bundesbevollmächtigten, die höchsten Staatsbeamten, darunter der Reichskanzler und die Minister, die fremden Botschafter und Gesandten und 350 Mitglieder des Parlaments. Kurz nach vier Uhr langte der Kaiser mit den vier ältesten Prinzen an (die Kaiserin konnte wegen Unpäßlichkeit an der Hamburger Feier nicht teilnehmen) und wurde vom Prinzen Heinrich, den Vertretern Hamburgs und anderen hohen Persönlichkeiten empfangen. Am Abend gab die Stadt Hamburg im neuen Rathause dem Kaiser und seinen Gästen ein Diner. Auf eine Ansprache des Bürgermeisters Lehmann erwidert der Kaiser:

Mein verehrter Bürgermeister! Tief ergriffen bin ich von den soeben vernommenen Worten, tief ergriffen vor allem von dem Empfang, den mir Hamburg soeben bereitet hat, wie ich desgleichen selten einmal erlebt. Der Geist, der mir entgegenschlug, war kein gemachter, kein gewöhnlicher. Gleich einer Windsbraut schallte mir der Jubel der Stadt entgegen. Ich weiß wohl, daß ich mir nicht anmaßen darf, daß dieser Jubel meiner Person gegolten. Vielmehr erkenne ich in demselben den Ausfluß des Pulsschlages unseres gesamten deutschen Volkes, welches stolz darauf ist, das neu geeinte Deutsche Reich in seinen Fürsten und hohen Gästen vertreten zu sehen. Empfangen Sie dafür meinen herzlichen Dank und seien Sie der Dolmetsch meines Dankes auch den Hamburgern gegenüber. Solche Momente, wie wir sie heute erleben, rufen in uns die Erinnerung zurück, und vor allem die Erinnerung in dankbarer Form. Wir müssen in Dank und Wehmut gedenken des großen Kaisers, der dahingegangen, und seines herrlichen Sohnes, unter denen das Werk, auf das Sie soeben angespielt haben, erstanden ist. Uns allen ist noch gegenwärtig der Jubel bei dem letzten Besuche meines hochseligen Herrn Großvaters. Wir vereinigen zwei Meere; auf das Meer lenken sich unsere Gedanken, das Meer, das Sinnbild der Ewigkeit. Meere trennen nicht, Meere verbinden; die verbindenden Meere werden durch dieses neue Glied zum Segen und Frieden des Volkes;

die erzgepanzerte Macht, die versammelt auf dem Kieler Hafen ist, soll zu gleicher Zeit ein Sinnbild des Friedens sein, des Zusammenwirkens aller europäischen Kulturvölker zur Hochhaltung und Aufrechterhaltung der europäischen Kulturmission. Haben wir einen Blick geworfen auf das Meer, so werfen wir einen Blick auf das Meer der Völker. Aller Völker Herzen richten sich hieher mit fragendem Blick. Sie erheischen und wünschen den Frieden. Im Frieden nur kann der Welthandel sich entwickeln, im Frieden nur kann er gedeihen, und Frieden werden und wollen wir aufrechterhalten. Möge in diesem Frieden auch Hamburgs Handel blühen und gedeihen! Es soll ihm stets der Schutz des kaiserlichen Aars folgen, wohin er auch seine Bahnen über die Welt ziehen möge. Wir aber alle erheben jetzt unsere Gläser und trinken auf das Wohl unserer werten Hansastadt Hamburg. Sie lebe hoch! und nochmals hoch! und zum dritten Male hoch!

Am 20. fuhr der Kaiser 3½ Uhr morgens auf der „Hohenzollern“ in den Kanal ein und traf um 12¾ Nachmittags im Kieler Hafen bei Holtenau ein. Im Ganzen passieren 22 deutsche und ausländische Schiffe den Kanal, die Durchfahrt ist 12 Uhr Nachts beendet.

Am Abend des 20. fand in der Marineakademie in Kiel ein großer Ball statt, an dem der Kaiser und seine Gemahlin, die Fürstlichkeiten, die übrigen hohen Gäste und die Offizierskorps aller Schiffe, auch der französischen, und der Garnison teilnahmen.

Am 21. fand die Schlußsteinlegung statt, die der Kaiser mit folgenden Worten vollzog: „Zum Andenken an Kaiser Wilhelm den Großen, zum Ruhm des Reiches taufe Ich dich Kaiser-Wilhelm-Kanal. Der Kaiser begleitete darauf die drei Hammerschläge mit den Worten: „Im Namen des dreieinigen Gottes, zur Ehre Kaiser Wilhelms, zum Heile Deutschlands, zum Wohle der Völker!“

Ferner verliest der Kaiser folgende Urkunde: Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen u. s. w., thun kund und fügen hiermit zu wissen: das Werk, zu welchem unser in Gott ruhender Herr Großvater, des Kaiser Wilhelm I. Majestät am 3. Juni des Jahres 1887 im Namen des Reiches den Grundstein gelegt hat, die unmittelbare Verbindung der deutschen Meere, steht vollendet vor unsern Augen. Ein beredtes Zeugnis deutscher Thatkraft und vaterländischen Fleißes, ist es erstanden, begleitet von der hoffnungsfreudigen Teilnahme aller Glieder des Reiches, unter dem sichtbaren Schutze des Himmels, dessen Fügung während des Baues vom Vaterlande jede Störung des Friedens ferngehalten hat, und wenn wir heute mit hoher Befriedigung die Erwartung der Erfüllung näher geführt sehen, welche das Reich auf die Herstellung einer für die Zwecke der Kriegs- und Handelsflotte ausreichenden Wasserstraße zwischen Nord- und Ostsee gesetzt hat, so gereicht es Uns zur besondern Freude, daß Wir, umgeben von dem erlauchten Kreise Unserer hohen Verbündeten in Gegenwart der Vertreter des Volkes und unter dankenswerter Beteiligung der Abgesandten befreundeter Mächte, deren Geschwader wir in unserm ersten, ihnen gastlich geöffneten Kriegshafen willkommen heißen, diese Straße dem Verkehr übergeben können. Wie wir es als die vornehmste, von den Völkern überkommene Pflicht unseres kaiserlichen Amtes betrachten, durch Erhaltung des Friedens die Errungenschaften der deutschen Stämme auf dem Gebiet der nationalen Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung in ihrer weitern Entwicklung sicher zu stellen, so halten wir fest an den Bestreben, der vaterländischen Arbeit im heißen Wettbewerbe freie Bahn zu schaffen und sie zu schützen vor den Gefahren ihres Berufes. Aber nicht nur dem Vaterland und seinem Handel, seiner Schiffahrt und seiner Wehrkraft soll der Kanal förderlich sein. Indem wir ihn in den Dienst

des Weltverkehrs stellen, eröffnen wir neidlos allen seefahrttreibenden Völkern die Teilnahme an den Vorteilen, welche seine Benutzung gewährt. Möge er, ein Friedenswerk alle Zeit nur dem Wettkampf der Nationen nm die Güter des Friedens dienstbar sein. Indem Wir befehlen, daß der Kanal für die Schiffahrt aller Nationen geöffnet werde, wollen Wir zugleich, daß an der Stelle, an welchem er in Unsern Kriegshafen mündet, ein Denkmal errichtet werde, welches der Nachwelt Kunde giebt von der durch Uns in Gegenwart Unserer hohen Verbündeten vollzogenen denkwürdigen Eröffnung der neuen Verkehrsstraße. Mit diesem Denkmal wünschen wir zugleich einen Teil des Dankes abzutragen, den das deutsche Volk dem großen Kaiser schuldet, welcher vor nunmehr 25 Jahren die deutschen Männer zu einem einigen Bunde geeint und in weiser Voraussicht das jetzt vollendete Werk begonnen hat. Der reiche Segen, der das Walten des unvergeßlichen Kaisers begleitet hat, möge auf diesem Werke ruhen. Diese Urkunde haben Wir in zwei Ausfertigungen mit Unserer Allerhöchst eigenhändigen Namensunterschrift vollzogen und mit Unserm großen kaiserlichen Insiegel herstellen lassen. Wir befehlen, die eine Ausfertigung mit den dazu bestimmten Schriften in den Grundstein des Denkmals niederzulegen, die andere in Unserm Archiv aufzubewahren.

Gegeben Holtenau, 21. Juni 1895.

(Gez.) Wilhelm. (Gegengez.) Fürst zu Hohenlohe.

Abends hält der Kaiser bei dem großen Festmahle folgende Ansprache: Mit Freude und Stolz blicke ich auf die glänzende Festversammlung, und zugleich im Namen meiner hohen Verbündeten heiße ich Sie alle, die Gäste des Reichs, herzlich willkommen. Innigen Dank sprechen wir aus für die Teilnahme, die uns bei der Vollendung eines Werkes geworden, welches, in Frieden geplant und in Frieden gebaut, heute dem allgemeinen Verkehr übergeben ist. Nicht erst in unsern Tagen ist der Gedanke, die Nord- und Ostsee durch einen großen Kanal zu verbinden, entstanden; weit zurück bis in das Mittelalter finden wir Vorschläge und Pläne zur Verwirklichung dieses Unternehmens, und im verflossenen Jahrhundert ward der Eiderkanal gebaut, der, ein rühmliches Zeugnis für die Leistungsfähigkeit der damaligen Zeit ablegend, doch nur für den kleinen Schiffsverkehr bestimmt, den gesteigerten Anforderungen der Jetztzeit nicht zu genügen vermochte. Dem neu begründeten Deutschen Reiche blieb es vorbehalten, die große Aufgabe einer befriedigenden Lösung entgegen zu führen. Mein verewigter Herr Großvater, Kaiser Wilhelm des Großen Majestät, war es, der in richtiger Erkenntnis der Bedeutung des Kanals für die Hebung des nationalen Wohlstandes und für die Stärkung unserer Wehrkraft nicht müde wurde, dem Plane des Baues einer leistungsfähigen Wasserstraße zwischen Nord- und Ostsee seine fördernde Teilnahme zuzuwenden und die mannigfachen Schwierigkeiten zu beheben, welche sich seiner Ausführung entgegenstellten. Freudig und vertrauensvoll folgten die verbündeten Regierungen des Reiches nicht minder wie der Reichstag der kaiserlichen Initiative, und rüstig ging es vor nunmehr acht Jahren an das Werk, das mit seiner fortschreitenden Ausführung in immer höherm Grade das öffentliche Interesse erweckte. Was die Technik von dem hervorragenden Standpunkte ihrer Entwicklung heraus hat schaffen können, was an Eifer und Arbeitsfreudigkeit möglich war, was endlich an Fürsorge für die zahlreichen an dem Bau beteiligten Arbeiter nach den Grundsätzen der humanen Sozialpolitik des Reiches gefordert werden konnte, es ist an diesem Werke geleistet worden. Und deshalb darf mit mir und meinen hohen Verbündeten das Vaterland des gelungenen Werkes sich freuen. Aber nicht nur für die heimischen Interessen

haben wir gearbeitet. Der großen Kulturaufgabe des deutschen Volkes entsprechend öffnen wir dem friedlichen Verkehre der Nationen untereinander die Schleußen des Kanals, und zu freudiger Genugthuung wird es uns gereichen, wenn seine fortschreitende Benutzung Zeugnis dafür ablegt, daß die Absichten, von welchen wir geleitet worden sind, nicht allein verstanden, sondern auch furchtbar werden zur Hebung der Wohlfahrt der Völker. Die Teilnahme an unserer Feier seitens der Mächte, deren Vertreter wir unter uns sehen und deren herrliche Schiffe wir heute bewundert haben, begrüße ich umso lebhafter, je mehr ich darin die volle Würdigung unserer auf Aufrechterhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen zu erblicken das Recht habe. Deutschland wird auch das heute inaugurirte Werk in den Dienst des Friedens stellen und sich glücklich schätzen. wenn der „Kaiser-Wilhelm-Kanal" in diesem Sinne allezeit unsere freundschaftlichen Beziehungen zu den übrigen Mächten fördert und befestigt. Ich leere das Glas auf das Wohl der uns befreundeten Souveräne und Mächte. Hurra! Hurra!

20. Juni. (Holtenau.) Auszeichnung des Ministers v. Böttcher.

Der Kaiser richtet an den Staatssekretär v. Böttcher folgendes Handschreiben: Nachdem am heutigen Tage die feierliche Eröffnung des Nordostseekanals stattgefunden hat, ist es Mir Bedürfnis, Ihnen für die hingebende Treue, mit welcher Sie dieses epochemachende Werk deutscher Arbeitsamkeit in allen Phasen seiner Entwickelung geleitet und gefördert haben, Meinen kaiserlichen Dank und Meine volle Anerkennung auszusprechen. Als Zeichen Meines besonderen Wohlwollens lasse Ich Ihnen hierneben Meine Büste in Marmor zugehen. Beim Anblick derselben wollen Sie sich allezeit gegenwärtig halten, daß Ich Mich Ihnen zu warmem Danke verpflichtet fühle für die hervorragenden Dienste, welche Sie Mir wie Meinem in Gott ruhenden Herrn Großvater und Meinem Herrn Vater in patriotischer Hingebung geleistet haben und welche noch lange Mir und dem Vaterlande zu erhalten Mein Wunsch ist.

Holtenau, den 20. Juni, an Bord Meiner Yacht „Hohenzollern".

Wilhelm.

Juni. Die Presse über die Kanalfeier. Die gesamte Presse bringt Festartikel über die Einweihung des Nordostseekanals, in denen besonders auf die kulturelle Bedeutung des Kanals hingewiesen wird. Einige Blätter tadeln, daß der Name des Fürsten Bismarck während der Feier nicht genannt wurde.

25. Juni. (Kiel.) Die Bekanntmachung über die Eröffnung des Kaiser Wilhelms-Kanals lautet:

„Die Schiffahrt durch den Kaiser Wilhelm- (Nord-Ostsee-) Kanal wird mit dem 1. Juli d. Js. eröffnet, mit Rücksicht auf einige noch notwendige Aufräumungsarbeiten im Kanalprofil vorläufig nur für Schiffe bis zu 4 ½ m Tiefgang.

Kiel, den 25. Juni 1895.

Kaiserliche Kanal-Kommission."

25. Juni. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Interpellation über die Irrenpflege im Anschluß an den Prozeß Mellage (vgl. S. 152).

Konservative und nationalliberale Abgeordnete bringen folgende Interpellation ein: „Welche Maßregeln hat die königliche Staatsregierung ergriffen, oder beabsichtigt sie zu ergreifen, um die in dem Prozeß Mellage zu Tage getretenen, der Menschlichkeit, den Erfordernissen der ärztlichen Wissenschaft und den Gesetzen widersprechenden Zustände in privaten oder unter Leitung von Korporationen stehenden Irrenheilanstalten zu beseitigen und für eine durchgreifende staatliche Beaufsichtigung solcher Anstalten Sorge zu tragen?" Nach einer Begründung durch den Abg. Sattler (nl.) erklärt Kultusminister Dr. Bosse: Es sei in Mariaberg viel gefehlt worden, und auch die Staatsregierung lege sich die Frage vor, wie solche Vorkommnisse trotz der Staatsaufsicht möglich gewesen sind. Der Gedanke wäre ihm unerträglich, etwa indirekt an den Dingen, an der dort verübten rohen, empörenden Behandlung schuld zu sein. Die Anstalt in Mariaberg sei jährlich zweimal vom Kreisphysikus revidiert worden und die Berichte lauteten im allgemeinen günstig. Daraufhin hätte man Vertrauen zu der Anstalt gehabt; wenn dieses getäuscht worden ist, solle jede erwiesene Schuld nicht ungesühnt bleiben. Die Regierung beabsichtige, angesichts der Vorgänge eingreifende Maßnahmen zu treffen. Er beabsichtige, eine besondere unmittelbare Kommission zu bilden, die alle Privat-Irrenanstalten unvermuteten Revisionen unterziehen solle. Es sei bereits an sämtliche Medizinal-Aufsichtsbehörden der Befehl ergangen, sofort alle in ihrem Bezirk vorhandenen Privat-Irrenanstalten einer sorgfältigen Revision zu unterziehen. Außerdem würden Bestimmungen ausgearbeitet über die Aufnahme und Festhaltung von Irrsinnigen, die eine wesentliche Verschärfung gegen die jetzt geltenden bedeuteten. Es solle in Zukunft nicht das Zeugnis eines Arztes zur Aufnahme genügen, sondern stets ein zweiter und zwar ein beamteter Arzt hinzugezogen werden müssen. Für die Besuchskommissionen habe ihm der Finanzminister 8000 ℳ zugesagt. Abg. Spahn (Z.) erkennt an, daß in Mariaberg mancherlei Uebelstände herrschten und ist mit einer schärferen Beaufsichtigung der Privatirrenanstalten einverstanden, verteidigt aber die klösterlichen Anstalten gegen die Angriffe, die sie in der letzten Zeit erfahren haben. Die im Prozeß Mellage gegen Mariaberg ausgesprochenen Beschuldigungen beruhten auf unzuverlässigen Zeugenaussagen. Die Schuld an den vorgekommenen Mißhandlungen trage der Staat, da die geistliche Aufsicht hätte lange Jahre nicht ausgeübt werden können, weil der erzbischöfliche Stuhl in Köln, dem die Aufsicht zustand, während des Kulturkampfs nicht besetzt war. Abg. v. Eynern (nl.) findet die Antwort des Ministers und die Bewilligung von 8000 ℳ ungenügend und wünscht eine Trennung des Medizinalwesens vom Kultusministerium, was Minister Dr. Bosse ablehnt.

26. Juni. Das Preuß. Abgeordnetenhaus genehmigt in dritter Beratung das Stempelsteuergesetz (vgl. S. 48 Annahme im Herrenhause 8. Juli).

28. Juni. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Aufhebung der Rückzahlung der Grundsteuerentschädigung.

Der vom Herrenhause an das Abgeordnetenhaus gelangte Gesetzentwurf, betr. die Aufhebung der §§ 18 bis 27 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893, welche die Rückzahlung der Grundsteuerentschädigungskapitalien vorschreiben, wird mit 126 gegen 109 Stimmen angenommen.

Die Abgg. Richter (frs. Vg.), v. Huene (Z.), Sattler (nl.) machen gegen das Gesetz geltend, daß es ein Geschenk der Staatskasse an

die Grundbesitzer namentlich an die Fideikommißgüter, Abg. v. Dobeneck (k.) erklärt, die Entschädigung sei seinerzeit nicht für Auferlegung der Grundsteuer, sondern für Aufhebung des Privilegs der Grundsteuerfreiheit gewährt. Wenn also jetzt die als Entgelt für den Verlust jenes Privilegs geleistete Entschädigung zurückgezahlt werden solle, so müßte folgerichtig das Privileg wieder hergestellt werden. Da dies nicht angängig sei, so müsse es bei der erfolgten Entschädigung verbleiben.

Genehmigung in dritter Beratung, 4. Juli.

28. Juni. (Friedrichsruh.) Fürst Bismarck empfängt eine Anzahl Schüler des Gymnasiums Seehausen.

30. Juni. (Mannheim.) Rede des Großherzogs von Baden.

Der Großherzog hält in einer Versammlung von mehreren Tausenden alten Kriegern aus Baden und der Pfalz eine längere Ansprache, in der es zum Schlusse heißt: „Vermeiden Sie jedwedes Parteiwesen, das nicht auf nationaler Grundlage steht, die heißt: „Erhaltung des Reiches, Unterstützung des Kaisers, Einheitlichkeit des Heeres und damit Erhaltung der Kraft der Nation."

1. Juli. Das Preuß. Abgeordnetenhaus lehnt den Gesetzentwurf über die Verpflegungsstationen ab (vgl. S. 124).

Mitte Juni. Das englische Urteil über den Zusammenstoß der „Crathie" und Elbe (vgl. England).

Das englische Urteil, das allein den Steuermann für die Katastrophe verantwortlich macht und auch das Verhalten des Kapitäns nach dem Zusammenstoße als korrekt bezeichnet, wird in der deutschen Presse heftig angegriffen. So schreiben die „Hamb. Nachr.": „Das Urteil des englischen Gerichts wird in Deutschland der ohnehin in letzter Zeit stark in der Zunahme begriffenen anti-englischen Strömung neue Nahrung zuführen."

3. Juli. Das Preuß. Abgeordnetenhaus genehmigt mit großer Majorität den Gesetzentwurf, betr. die Zentralgenossenschaftskasse (vgl. S. 158).

4. Juli. (Kiel.) Abreise des Kaisers nach Schweden.

5. Juli. Das Herrenhaus lehnt den Gesetzentwurf, betr. die Errichtung einer Generalkommission mit 51 gegen 29 Stimmen ab (vgl. S. 113).

5. Juli. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Jagdscheingesetz. Interpellation Rintelen.

Das Haus genehmigt in dritter Beratung das Jagdscheingesetz, wonach der Preis des Jagdscheines von 3 auf 15 ℳ erhöht wird (Annahme im Herrenhause 9. Juli). — Hierauf interpelliert Abg. Rintelen (Z.) den Kultusminister, ob die Regierung beabsichtige, unter Aufhebung eines Falk'schen Erlasses vom 18. Februar 1876, bezüglich der Erteilung des katholischen Religionsunterrichts in den Volksschulen eine anderweite Regelung unter Berücksichtigung des Dogmas der römisch-katholischen Kirche herbeizuführen. Kultusminister Dr. Bosse verneint die Frage, da Staat und

Kirche unter den gegenwärtigen Verhältnissen am besten für die religiöse Erziehung der Jugend gemeinsam arbeiten könnten. Ein dogmatischer Zwang werde nicht ausgeübt.

Anfang Juli. Deutschland, Marokko und Frankreich (vgl. Niederlande).

Ein deutsches Geschwader bestehend aus den Schiffen „Stosch", „Hagen" und „Kaiserin Augusta" überreicht der marokkanischen Regierung ein Ultimatum, für die Ermordung eines deutschen Unterthanen Rockstroh Entschädigung zu leisten. Das „Journal des Débats" und andere Pariser Blätter sehen dies deutsche Vorgehen mit Unruhe, da hierdurch Algier bedroht werde. Die deutschen Zeitungen der verschiedensten Parteirichtung weisen diese Ausführungen schroff zurück.

Anf. August gewährt der Sultan Genugthuung und zwar bezahlt er zunächst eine Summe von 200 000 Fr., die zur Schadloshaltung der Mutter des Ermordeten und der Leipziger Firma, für die er thätig gewesen ist, sowie zur teilweisen Bestreitung der dem Reich in der Sache erwachsenen Unkosten Verwendung finden soll. Außerdem spricht er die Absetzung der Beamten aus, deren Verhalten in der Rockstrohschen Angelegenheit der deutschen Regierung Anlaß zu berechtigten Klagen gegeben hatte; und endlich wird die Bestrafung der an der Mordthat direkt beteiligten Personen zugesagt.

Juli—September. (Berlin.) Der Fall Hammerstein.

Der Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung" Reichs- und Landtagsabgeordneter Frhr. v. Hammerstein wird von seiner Stellung als Redakteur durch das Komitee der „Kreuz-Zeitung" suspendiert (4. Juli). Frhr. v. Hammerstein war seit einigen Monaten in mehreren Blättern beschuldigt worden, Gelder der „Kreuz-Zeitung" in eigenem Nutzen verwandt zu haben, worauf er mit einer Verleumdungsklage antwortete, aber vor Beginn des Prozesses ins Ausland ging. Im September übergibt das Komite die Angelegenheit Hammerstein dem Staatsanwalt, der einen Steckbrief gegen Hammerstein erläßt. Seine Mandate als Abgeordneter hatte Hammerstein schon vorher niedergelegt. Die Angelegenheit wird in der Presse weitläufig erörtert.

6. Juli. (Berlin.) Das Herrenhaus genehmigt den Gesetzentwurf, betr. Vermeidung der Doppelbesteuerung mit einigen Abänderungen, denen das Abgeordnetenhaus am 8. zustimmt.

10. Juli. (Berlin.) Schluß des Landtags.

Das Abgeordnetenhaus hat seit dem 15. Januar getagt. In dieser Zeit von 115 Tagen, ausschließlich der Sonn- und Festtage, sowie der Zeit der Vertagung wegen des Osterfestes und des Pfingstfestes und aus Anlaß der Teilnahme von Mitgliedern des Hauses an den Feierlichkeiten zur Eröffnung des Kaiser Wilhelms-Kanals, haben stattgefunden: 88 Plenarsitzungen, 111 Sitzungen der Abteilungen, 208 Sitzungen der Kommissionen, 246 Sitzungen der Fraktionen. Dem Hause sind zugegangen: der Staatshaushaltsetat für 1895/96 und demnächst ein Nachtrag zu demselben mit den betreffenden Gesetzentwürfen, die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1891/92, die Uebersicht über die Staatseinnahmen und -Ausgaben für 1893/94, die Jahresrechnung der Kasse der Ober-Rechnungskammer für 1893/94, ein Bericht der Staatsschuldenkommission, 16 Rechenschaftsberichte, Denkschriften, Uebersichten und ähnliche Vorlagen, welche

Gegenstände sämtlich sowohl hier, wie im Herrenhause, soweit sie auch der Beschlußfassung des letzteren unterlagen, erledigt worden sind. An Gesetzentwürfen sind, abgesehen von den erwähnten Etatsgesetzen, dem Hause zugegangen unmittelbar von der Staatsregierung 25, vom Herrenhause 12. Von diesen 37 Gesetzentwürfen sind 34 vom Herrenhause und vom Hause der Abgeordneten übereinstimmend angenommen; zwei Gesetzentwürfe sind abgelehnt, und zwar im Herrenhause der Gesetzentwurf, betr. die Errichtung einer Generalkommission für die Provinz Ostpreußen, und im Abgeordnetenhause unter Annahme einer Resolution der Gesetzentwurf über die Verpflegungsstationen; über einen Gesetzentwurf (betr. die Entschädigung für Verluste durch Schweinekrankheiten) ist hier die Beratung unter Inanspruchnahme der Beibringung weiteren Materials vertagt worden. Die Zahl der Regierungsvorlagen beträgt demnach im Ganzen 59. Es sind davon neben verschiedenen Teilen des Staatshaushaltsetats 40 Vorlagen an Kommissionen zur Vorberatung überwiesen worden, welche darüber 15 schriftliche und eine Anzahl mündlicher Berichte erstattet haben. Selbständige Anträge sind von Mitgliedern des Hauses 22 eingebracht. Auf 9 Anträge sind Resolutionen beschlossen worden. 2 Anträge wurden abgelehnt und zu weiteren 2 Anträgen ist motivierte Tagesordnung angenommen. 7 Anträge sind nicht zur Beratung gelangt und 1 Antrag ist nach der ersten Beratung unerledigt geblieben. Endlich ist ein Antrag zu Gunsten eines aus der Initiative des Herrenhauses hervorgegangenen und auch hier angenommenen Gesetzentwurfs zurückgezogen worden. Die Kommissionen haben über die Anträge fünf schriftliche und einen mündlichen Bericht erstattet. Ein weiterer im Herrenhause auf einen Antrag aus der Mitte desselben beschlossener Gesetzentwurf wurde im Abgeordnetenhause unter Annahme einer Resolution abgelehnt. Interpellationen sind aus der Mitte des Hauses 5 gestellt. Dieselben sind sämtlich von der königlichen Staatsregierung beantwortet und bis auf eine einer Besprechnng unterzogen worden. Petitionen sind 1142 eingegangen. Von den verschiedenen Kommissionen sind darüber 53 schriftliche Berichte erstattet, und 196 mündliche Berichte vorbereitet, von denen 24 schriftliche und 135 mündliche im Plenum erledigt sind. Von den Petitionen sind: 286 zur Erörterung im Plenum nicht für geeignet erachtet, 141 durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, 145 der königlichen Staatsregierung überwiesen, 274 durch Annahme von Gesetzentwürfen oder Resolutionen für erledigt erklärt. Ueber 234 Petitionen haben die Kommissionen sich noch schlüssig gemacht und für die Plenarberatuug Anträge gestellt, wogegen 62 ganz unerledigt geblieben sind, meist wegen verspäteten Eingangs. In den Abteilungen sind die Verhandlungen über 17 nach Schluß der I. Session erfolgte Wahlen geprüft. Es wurden die Wahlen von 16 Abgeordneten für giltig erklärt und 1 Wahl der Wahlprüfungskommission überwiesen. Die letztere Kommission hat, einschließlich der aus der vorigen Session übernommenen Gegenstände, über 11 Wahlverhandlungen 10 schriftliche und 1 mündlichen Bericht erstattet, welche im Plenum sämtlich erledigt worden sind. Ueber eine Wahlverhandlung, betreffend den Wahlbezirk 4 Potsdam, hat noch nicht berichtet werden können. Von der Geschäftsordnungs-Kommission sind sechs mündliche Berichte über Fragen von Mandatserledigungen verschiedener Mitglieder des Hauses erstattet worden, über welche Berichte auch im Plenum des Hauses Beschluß gefaßt ist. Erledigt sind zur Zeit neun Mandate, und zwar je eins für die Wahlbezirke: 9 Potsdam, 2 Magdeburg, 3 Köln, 12 Schleswig-Holstein, 3 Potsdam, 6 Oppeln, 7 Liegnitz, 9 Frankfurt und 8 Liegnitz.

12. Juli. (Württemberg.) Vertagung des Landtags.

Die „Allg. Ztg." schreibt über seine letzten Verhandlungen: „In den letzten Tagen gab es noch sehr heiße Arbeit für beide Kammern; die Kammer der Abgeordneten insbesondere hatte eine mehrtägige Debatte über das Gesetz, durch welches im Falle der Thronbesteigung eines katholischen Königs das evangelische Kirchenregiment geregelt wird. Nicht allein, daß die Materie an sich eine sehr schwierige und nicht leicht zu verstehende ist, ist sie auch bei der heutigen konfessionellen Empfindlichkeit sehr delikater Natur; dazu kommt, daß durch äußere Umstände die Geschäftsbehandlung der Vorlage in der Kommission keine angemessene war. Alle diese Umstände wirkten dahin zusammen, daß man sich schließlich darüber einigte, zwar den Gegenstand zu debattieren, damit innerhalb und außerhalb des Hauses gewisse Mißverständnisse behoben und einer ruhigen Besprechung der Sache der Weg geebnet werde, die Beschlußfassung aber bis zum Wiederzusammentritt des Hauses auszusetzen. In seiner Schlußansprache hob der Präsident Payer hervor, daß man von diesem Landtag, in welchen 40 Mitglieder neu eintraten, anfangs nur Hader und Verwirrung befürchtet habe. Jetzt dürfe man mit Genugthuung konstatieren, daß sowohl zwischen den verschiedenen Seiten des Hauses als auch mit der Regierung sich bald ein fruchtbares Zusammenwirken herausgebildet habe. An Fleiß und Arbeitsleistung stehe dieser Landtag hinter keinem seiner Vorgänger zurück."

16. Juli. (Köln.) Dr. August Reichensperger, lange Zeit hervorragendes Mitglied des Zentrums im Reichstag und Abgeordnetenhause, 87 Jahre alt, †.

16. Juli. Das sozialistische Agrarprogramm.

Der „Vorwärts" publiziert folgendes Agrarprogramm, das dem sozialistischen Parteitage als Grundlage für die Agitation auf dem Lande vorgelegt werden soll: Die sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert zur Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde, für die Hebung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen und für die Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr, im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zunächst: 1) Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden, Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung. 2) Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung. 3) Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. 4) Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken. 5) Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen. 6) Erkärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als

private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen. 7) Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volks- und Fortbildungsschulen. Errichtung ausreichender gewerblicher und landwirtschaftlicher Fachschulen, Musterwirtschaften und Versuchsstationen; Abhaltung regelmäßiger landwirtschaftlicher Unterrichtskurse. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in allen öffentlichen Unterrichtsanstalten, auch in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden. 8) Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtssprechung durch vom Volke gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe. 9) Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung. 10) Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind und dementsprechende Beseitigung aller Ertrags-(Real-)Steuern (Gewerbe-, Haus-, Grundsteuern u. s. w.). Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschafts-politischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern. 11) Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und Privilegien (selbständige Gutsbezirke, Vorrechte in Vertretungskörperschaften, Patronatsrechte, Fideikommisse, Steuervorrechte u. s. w.). Entschädigungslose Aufhebung jeglicher Art noch bestehender Erbunterthänigkeit und der aus derselben herstammenden Lasten und Pflichten. 12) Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundeigentums (Staats- und Gemeindeeigentums jeder Art, Allmend u. s. w.), insbesondere Ueberführung des Besitzes der toten Hand (Korporations-, Stiftungs- und Kirchengüter), der Realgemeinden, der Wälder, der Wasserkräfte u. s. w. in öffentliches Eigentum unter Kontrolle der Volksvertretung. Einführung eines Vorkaufsrechts der Gemeinden bezüglich der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter. 13) Bewirtschaftung der Staats- und Gemeindeländereien auf eigene Rechnung, oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und von Kleinbauern oder, soweit sich beides nicht als rationell erweist, Verpachtung an Selbstbewirtschafter unter Aufsicht des Staates oder der Gemeinde. 14) Staatskredit an Genossenschaften, die alle Beteiligten umfassen, oder an einzelne Gemeinden für Feldbereinigung. Bodenmeliorationen aller Art, Entwässerung und Bewässerung. Uebernahme der Kosten für Bau und Instandhaltung der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahnen, Straßen, Wege, Wasserläufe), sowie für Deiche und Dämme auf den Staat oder das Reich. 15) Verstaatlichung der Hypotheken- und Grundschulden unter Herabsetzung des Zinsfußes auf die Höhe der Selbstkosten. 16) Verstaatlichung der Mobilien- und Immobilien-Versicherung (Feuer-, Hagel-, Wasserschäden-, Vieh-Versicherung u. s. w.) und möglichste Ausdehnung der Versicherung auf alle versicherungsfähigen Betriebszweige. Staatliche Hilfeleistung bei Notständen infolge verheerender Naturereignisse 17) Unbeschränkte Aufrechterhaltung und Erweiterung der bestehenden Waldnutzungs- und Weiderechte unter Gleichberechtigung aller Gemeindeangehörigen. Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Boden. Verhütung, gegebenenfalles volle Entschädigung für Wild- und Jagdschaden. Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst: 1) Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage: a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-

arbeitstages. b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren. c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen. d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter. e) Verbot des Trucksystems. Sachgemäße Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf die Landwirtschaft. 2) Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern, sowie durch ein landwirtschaftliches Reichsamt, Bezirks-Landwirtschaftsämter und Landwirtschaftskammern. Durchgreifende Fürsorge für die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in Stadt und Land. 3) Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen. 4) Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis durch obligatorische Gewerbegerichte sowohl für gewerbliche als für landwirtschaftliche Arbeiter, Dienstboten und Heimarbeiter, sowie für Handlungsgehilfen. 5) Sicherstellung des Koalitionsrechtes. 6) Uebernahme und Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung. Reichsgesetzliche Ausdehnung der Versicherung auf alle im Lohn- oder Dienstverhältnis stehenden Personen.

Berlin, Juli 1895. Der Parteivorstand.

Das Programm findet in der sozialdemokratischen Partei selbst sehr geteilte Aufnahme. Skeptisch äußern sich „Volksbl." für Halle, Volksblatt für Harburg; die „Sächs. Arbeiterzeitung" und die „Elberfelder fr. Presse" behaupten, der Entwurf sei nicht sozialdemokratisch, ablehnende Stimmen werden ferner im „Hamb. Echo", in der „Volksstimme" und im „Vorwärts" veröffentlicht. Im „Sozialist" wendet sich Abg. Schippel gegen das Programm. Die Sozialdemokratie dürfe sich nichts vom Bauernschutz als Agitationsmittel versprechen, da sie hierin mit den bürgerlichen Parteien, insbesondere den konservativ-antisemitischen Agrariern, die viel größere Versprechungen machen könnten, nicht konkurrieren könne. (Vgl. sozial. Parteitag. 6. Okt.)

Die antisozialistische Presse bezeichnet das Programm vielfach als Bauernfang; es seien darin eine Anzahl praktischer von den bürgerlichen Parteien erhobenen Forderungen zusammengestellt, die die Sozialdemokratie bisher bekämpft habe. Hierdurch solle die Landbevölkerung über den wahren Charakter der Sozialdemokratie getäuscht werden. So der „Reichsbote", „Köln. Volksztg.", „Hamb. Nachr." Freisinnige Blätter, wie „Berl. Ztg.", „Frankf. Ztg.", „Voss. Ztg.", glauben aus dem Programm auf eine allmähliche Umwandlung der Sozialdemokratie aus einer Revolutionspartei in eine Reformpartei schließen zu können, wogegen „Kreuz-Ztg.", „Leipz. Tagebl.", „Berl. N. Nachr." protestieren.

Juli. Erinnerungen an 1870.

Anläßlich der 25. Wiederkehr der Kriegserklärung bringt die Presse zahlreiche Festartikel, in denen hauptsächlich die Entstehung des Krieges von 1870 behandelt wird. Die sozialistischen und zum Teil die klerikalen Blätter behaupten, Bismarck habe 1870 durch die Fälschung der Emser Depesche (vgl. 1892 S. 162) die Franzosen gereizt und so den Krieg provoziert; die anderen Blätter sehen die Ursache des Krieges in der französischen Nationaleitelkeit, die aus der Zurückweisung unberechtigter Forderungen einen Kriegsfall machte. Von wissenschaftlichen Untersuchungen sind vor allem zu erwähnen, Heinrich v. Sybel, Neue Mitteilungen zur Begrün-

dung des Deutschen Reichs (München, Oldenbourg, 1895) und Hans Delbrück, Das Geheimnis der Napoleonischen Politik im Jahre 1870. (Preuß. Jahrbücher Bd. 82 S. 1). Nach Sybel bestand 1870 weder bei Bismarck noch bei Napoleon Neigung zum Kriege; der Urheber des Krieges ist der französische Minister des Auswärtigen, Gramont, der bei Gelegenheit der spanischen Thronkandidatur des Prinzen Leopold mit Hilfe einer Anzahl Fanatiker das französische Nationalgefühl erhitzte und dem Kaiser die Kriegserklärung abzwang. Nach Delbrück dagegen hat Napoleon den Krieg von langer Hand vorbereitet; er suchte ein Bündnis mit Oesterreich und Italien abzuschließen, um im Jahre 1871 einen gemeinsamen Angriff auf Preußen zu richten. Als dieses Bündnis seinem Abschlusse nahe war, brachte der Streit über die spanische Thronfrage den Krieg zum Ausbruch, und zwar zu einer Zeit, als die beiden Bundesgenossen Frankreichs noch nicht aktionsfähig waren. Nach Delbrück ist also die spanische Thronkandidatur nur von sekundärer Bedeutung, sie ist nicht die Ursache des Krieges, wie Sybel meint, sondern sie hat ihn vornehmlich infolge der diplomatischen Ungeschicklichkeit Gramonts zum Heile Deutschlands nur beschleunigt; ein Jahr später hätte Deutschland nicht nur mit Frankreich, sondern mit drei Gegnern kämpfen müssen. Eine Fälschung der Emser Depesche verweisen beide in das Gebiet der Legende. (Vgl. hierzu Staatsarchiv, Bd. 58.)

Es finden das ganze Jahr hindurch zahlreiche Siegesfeiern statt; die Reihe eröffnet die Berliner Universität am Datum der Kriegserklärung (19. Juli), wo Heinrich v. Treitschke die Festrede hält. (Erschienen in Leipzig bei S. Hirzel).

20. Juli. Audienz des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe beim Kaiser von Österreich in Ischl.

22. Juli. (Berlin.) Rudolf von Gneist †.

29. Juli. Der Kaiser kehrt von seiner Nordlandsreise nach Potsdam zurück (vgl. Schweden).

29./31. Juli. (Berlin.) Versammlung von Vertretern der beim Zentralausschusse der vereinigten Innungsverbände beteiligten Innungsverbände und Innungsausschüsse, sowie der Hanseatischen Gewerbekammern.

Den Gegenstand der Beratungen bildeten: 1. die im Ministerium für Handel und Gewerbe ausgearbeiteten Grundzüge für eine Zwangsorganisation des Handwerks und eine Regelung des Lehrlingswesens; 2. der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Errichtung von Handwerkskammern.

1. August. (Marburg.) Heinrich v. Sybel † (vgl. Paul Bailleu, Deutsche Rundschau. Jahrg. 1896, 1).

3. August. (Preußen.) Landwirtschaftskammern.

Für Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Posen, Schlesien, Sachsen, Schleswig, die Regierungsbezirke Kassel, Wiesbaden werden Landwirtschaftskammern errichtet.

3. August. Abreise des Kaisers nach England.

Anfang August. Deutschland und England. Preßfehden über den Artikel des „Standard" und eine Kaiserrede.

Der ministerielle „Standard" bringt bei Ankunft des Kaisers in England als Begrüßungsartikel eine längere Ausführung über die Beziehungen zwischen England und Deutschland. Die deutschen und englischen Interessen seien identisch, aber eine Neigung zu diplomatischen Experimenten in der deutschen Politik habe die Beziehungen zwischen beiden Staaten oft getrübt. Insbesondere wird das Verhalten Deutschlands in der ostasiatischen Frage verurteilt, das Deutschland keinen Nutzen gebracht habe. Nach dem „Standard" „ist das Entgegenkommen Englands, welches Deutschland so lange genossen hat, für dasselbe wertvoller als irgend ein momentanes Resultat, welches aus dem Kokettieren mit Rußland oder Frankreich entstehen könnte. Zweifellos würde Deutschland weise handeln, wie wir, vollständig freundliche Beziehungen zu beiden Mächten zu unterhalten. Wenn aber der Kaiser denkt, es könne mehr dabei herausspringen, so irrt er sich. Frankreich hat Sedan und Rußland den Berliner Kongreß nicht vergeben. England hat dagegen nichts zu vergeben, nichts zu verzeihen, nichts umzustürzen." Der Artikel spricht die Hoffnung aus, daß der Kaiser bei der Königin eine Lektion politischer Weisheit nehmen werde und schließt mit der Mahnung, daß Kaiser Wilhelm seine Anwesenheit benutzen werde, um Fühlung mit der nationalen Meinung in England hinsichtlich der macedonisch-bulgarischen Frage zu nehmen.

Dieser Artikel wird in der deutschen Presse viel erörtert und meist mit großer Schärfe zurückgewiesen. So erklären die „Hamb. Nachr." ein Bündnis zwischen Deutschland und England für unmöglich und tadeln den Ton, den der „Standard" gegen den Kaiser anschlägt: „Wir glauben nicht, daß die deutsche Nation diese Sprache des englischen ministeriellen Blattes mit der Würde des deutschen Kaisers und dessen Machtstellung vereinbar erachten wird und wir fänden es begreiflich, wenn auch in Berliner Regierungs-Blättern der Ueberhebung des englischen ministeriellen Organes mit Entschiedenheit entgegengetreten würde." Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt nach der Rückkehr des Kaisers aus England, solange Kaiser Wilhelm der Gast Ihrer britischen Majestät am englischen Gestade bei Cowes war, habe man geschwiegen, aber nun müsse doch gesagt werden: „der Standard habe sich in der Wahl des Mittels für eine vertrauensvollere Stimmung in Deutschland und damit zur Befestigung guter deutsch-englischer Beziehungen ebenso vergriffen, wie in seinen anmaßenden Betrachtungen gegenüber dem höchsten Vertreter der deutschen Nation bei seinem gastlichen Erscheinen am englischen Hofe."

Am 6. August hält der Kaiser in Cowes eine kurze Ansprache an die Besatzung des Panzerschiffes „Wörth", in der er an die Einigung von Süd- und Norddeutschen in der Schlacht bei Wört erinnert. Die „Daily News" erklären hierauf, der Kaiser hätte jede Bezugnahme auf den deutsch-französischen Krieg in englischen Gewässern besser unterlassen. Auch diese Aeußerung wird von der deutschen Presse scharf zurückgewiesen.

10. August. (Bremerhaven.) Urteil über den Untergang der „Elbe" (vgl. S. 38).

Nach dem Spruch des Seeamts trifft die Schuld an dem Zusammenstoß der „Crathie" und „Elbe" den Steuermann Craigh von der „Crathie", welcher in der Zeit vor demselben in frivoler Weise seinen Posten auf der Brücke verließ und sich mit dem Ausguckmann in der Combüse aufhielt. Gegen die Schiffsleitung der „Crathie" ist aus den unterlassenen Rettungsversuchen bei der so schnell versinkenden „Elbe" ein Tadel nicht zu erheben, da sie selbst eine so schwere Beschädigung erhalten hatte, daß die Befürchtung ihres eigenen Unterganges gerechtfertigt war.

17. August. Rückkehr des Kaisers aus England.

18. August. (Berlin.) Zur Erinnerung an die Siege vor 25 Jahren veröffentlicht der „Reichs-Anzeiger" folgende Kabinetsordres des Kaisers und Königs:

Ich will aus Anlaß der fünfundzwanzigsten Wiederkehr der Siegestage des Feldzuges von 1870/71 das in diesem Kriege erworbene Verdienst erneut dadurch anerkennen, daß Ich denjenigen Besitzern der Kriegsdenkmünze, welche an einer der in dem anliegenden Verzeichnis aufgeführten Schlachten ꝛc. teilgenommen haben, die Berechtigung verleihe, auf dem Bande dieser Denkmünze nach beifolgendem Muster für jede der von ihnen mitgemachten Schlachten ꝛc. eine Spange mit dem entsprechenden Schlacht- ꝛc. Namen zu tragen. Sie haben wegen der weiteren Bekanntmachung dieser Ordre das Erforderliche zu veranlassen.

Berlin, den 18. August 1895.

Wilhelm I. R.

Fürst zu Hohenlohe.

An den Reichskanzler.

1. Schlacht bei Spicheren, 2. bei Wörth, 3. bei Colombey-Nouilly, 4. bei Vionville-Mars la Tour, 5. bei Gravelotte-St. Privat, 6. bei Beaumont, 7. bei Noisseville, 8. bei Sedan, 9. bei Amiens, 10. bei Beaune la Rolande, 11. bei Villiers, 12. bei Loigny-Poupry, 13. bei Orleans, 14. bei Beaugency-Cravant, 15. an der Hallue, 16. bei Bapaume, 17. bei Le Mans, 18. an der Lisaine, 19. bei St. Quentin, 20. am Mont-Valérien, 21. Belagerung von Straßburg, 22. Belagerung von Paris, 23. Belagerung von Belfort.

Ich will aus Anlaß der 25. Wiederkehr der Siegestage des Krieges von 1870/71 den Besitzern des Eisernen Kreuzes einen erneuten Beweis Meiner Königlichen Gnade dadurch zu teil werden lassen, daß Ich ihnen die Berechtigung verleihe, nach der beiliegenden Probe auf dem Ordenbande drei Eichenblätter von weißem Metall mit der Zahl 25 darauf zu tragen. Ich beauftrage das Staatsministerium, wegen der Bekanntmachung dieses Meines Erlasses das Erforderliche zu veranlassen.

Berlin, den 18. August 1895. Wilhelm R.

An das Staatsministerium.

„Ich verleihe denjenigen Fahnen und Standarten Meiner Armee, welche während des Feldzuges von 1870/71 in Schlachten oder Gefechten ꝛc. beziehungsweise bei Belagerungen geführt worden sind, das Band der für diesen Krieg gestifteten Denkmünze und bestimme, daß auf diesem Bande die Namen der in Betracht kommenden kriegerischen Vorfälle nach Meinen Ihnen dieserhalb besonders erteilten Befehlen eingezeichnet werden. Sie haben diese Meine Ordre der Armee bekannt zu machen.

Berlin, den 18. August 1895. Wilhelm.

Bronsart v. Schellendorff.

An den Kriegsminister."

18. August. (Berlin.) Grundsteinlegung zum Nationaldenkmal Kaiser Wilhelms.

Die Grundsteinlegung findet statt unter Teilnahme des Kaisers, einer Anzahl Fürsten, Mitglieder des Reichs- und Landtags, Offizieren und Beamten. Die in den Grundstein eingelegte, vom Reichskanzler gegengezeichnete Urkunde lautet: „Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser,

König von Preußen, thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß Wir beschlossen haben, im Namen der Fürsten und Freien Städte des Reiches den Grundstein zu einem Denkmal zu legen, welches nach einmütiger Willenskundgebung der gesetzgebenden Körperschaften dem Andenken Unseres in Gott ruhenden Herrn Großvaters, Kaiser Wilhelms des Großen Majestät, gewidmet werden soll. Wir vollziehen diesen feierlichen Akt an dem Tage, an welchem vor fünfundzwanzig Jahren der unvergeßliche Kaiser Deutschlands Söhne im Kampfe um des Vaterlandes Ehre und Freiheit zu entscheidendem Siege geführt hat. Kaiser Wilhelms Jugend reicht zurück in die Zeit schwerer Heimsuchung. Aber wie es Ihm, dem Jünglinge, vergönnt war, die begeisterte Erhebung des Volkes zu schauen und Selbst mitzukämpfen für die Befreiung von fremdem Joche, so hat Er, auf den ruhmreichen Thron Seiner Väter berufen, den deutschen Stämmen die heiß ersehnte Einheit wiedergegeben und dem neu erstandenen Reiche die gebührende Machtstellung in der Staatenwelt sichern dürfen. Nicht ohne hartes Ringen, nicht ohne blutige Kämpfe ist dieses Ziel erreicht worden. In unerschütterlichem, demütigem Vertrauen auf Gott, in fester Zuversicht auf die sittliche Kraft der Nation, welche sich gegenüber drohender Gefahr zu ungeahnter Höhe entwickelte, hat Kaiser Wilhelm die Bahn zur Sicherung unserer Unabhängigkeit betreten. Die opferbereite Einmütigkeit der deutschen Fürsten, der weise Rat und die thatkräftige Unterstützung Seines Kanzlers, des Fürsten Bismarck, die vollendete Kriegskunst Seines genialen Feldherrn, des Feldmarschalls Grafen Moltke, das unvergleichliche Geschick der kühnen, zur Führung der Heere berufenen Helden, voran des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, und die todesmutige Treue des von dem Feldmarschall Grafen Roon in den Waffen geschulten Volkes, sie verbürgten den Erfolg. Aus der blutigen Saat ging die von Gott gesegnete Ernte deutscher Einigkeit hervor, und unter dem Schutze des mit harten Opfern erkämpften Friedens darf Deutschland unbesorgt der Pflege seiner idealen Güter und seiner wirtschaftlichen Interessen sich hingeben. In dieser Pflege ging Kaiser Wilhelm bahnbrechend voran. Kunst und Wissenschaft, Ackerbau und Gewerbe, Handel und Schiffahrt erfreuten sich gleichmäßig Seiner Fürsorge. Mit dem inneren Ausbau des Reiches hielt gleichen Schritt das auf die Heilung der gesellschaftlichen Schäden gerichtete Streben des Kaisers. Seiner erleuchteten Anregung ist es zu danken, daß Deutschland zuerst den Weg werkthätiger Förderung des Wohles der arbeitenden Klassen betreten hat. Rastlos bis zum letzten Atemzuge auf des Reiches Wohlfahrt bedacht, geliebt und geehrt von Seinen Verbündeten und von einem dankbaren Volke, das Seiner Führung rückhaltlos vertraute, sichtbar gesegnet in Seinem selbstlosen Wollen und Vollbringen, so lebt der große Kaiser in der Erinnerung der Zeitgenossen, das leuchtende Bild eines Vaters des Vaterlandes, und so wird Er, des sind wir gewiß, in dem Gedächtnis der kommenden Geschlechter fortleben. Um Zeugnis abzulegen von der unauslöschlichen Dankbarkeit, welche Deutschlands Fürsten und Völker Ihm zollen, soll sich Sein Standbild in Stein und Erz hier erheben. Es werde ein Wahrzeichen der Liebe zum Vaterlande, die in großer Zeit Gut und Blut einsetzte für des Reiches Herrlichkeit, ein Wahrzeichen der Treue, die in Kaiser Wilhelms Tagen das Band, welches die deutschen Stämme umschlingt, zu einem unauflöslichen gefestigt hat. Möge das Denkmal stets auf ein glückliches und zufriedenes Volk herniederschauen. Das walte Gott!"

18./20. August. Briefwechsel zwischen dem Kaiser und König von Sachsen in Erinnerung an die Schlacht von St. Privat.

Der Kaiser läßt dem König von Sachsen durch den Generaloberst

v. Los folgendes Handschreiben überreichen: „Durchlauchtigster, Großmächtigster Fürst, freundlich lieber Vetter und Bruder! Unter Ew. Majestät ruhmreicher Führung erwarb heute vor 25 Jahren das Königlich sächsische Armeekorps in heißer Schlacht bei St. Privat neue unvergängliche Lorbeeren für seine Fahnen. Schulter an Schulter mit Meinen Garden stürmte das Korps unter schweren Opfern die durch Natur und Kunst fast uneinnehmbar gemachte Stellung des Feindes und entschied damit das Schicksal des Tages. Weitere herrliche Siege der unter Ew. Majestät Befehl gestellten Maasarmee folgten dieser glänzenden Ruhmesthat und knüpften ein inniges Band engster Waffenbrüderschaft zwischen den sächsischen und preußischen Truppen, welche Ew. Majestät, dem Heldenführer, begeistert zujubelten. Ich kann den heutigen bedeutungsvollen Erinnerungstag nicht vorübergehen lassen, ohne Ew. Majestät und des tapferen sächsischen Armeekorps in wärmster Dankbarkeit zu gedenken. Ich darf Ew. Majestät erneut aussprechen, daß Ich und Meine Armee stets voll Verehrung zu Ew. Majestät aufblicken und allezeit dessen eingedenk bleiben werden, was Ew. Majestät in Krieg und Frieden, mit Geist und Schwert für die Einigunng und Erhaltung des Reiches gewirkt und errungen haben. Mögen Ew. Majestät uns noch lange Jahre in voller Kraft und Frische zum Segen und Heile des Vaterlandes erhalten bleiben. Genehmigen Ew. Majestät die Versicherung der vollkommensten Hochachtung und wahren Freundschaft, womit Ich verbleibe Ew. Majestät freundwilliger Vetter und Bruder Wilhelm."

Berlin, den 18. August 1895.

Die Antwort des Königs Albert auf dieses Handschreiben des Kaisers lautet: „Durchlauchtigster, Großmächtigster Fürst, freundlich lieber Vetter und Bruder! Ew. Majestät sage Ich für das am Gedenktage der Schlacht von St. Privat durch den General Frhrn. v. Los Mir überbrachte Schreiben Meinen herzlichst und tiefgefühltesten Dank, zugleich auch im Namen Meiner Truppen, welche Ew. Majestät durch Verleihung von Fahnenbändern an das zweite Grenadier-Regiment Nr. 101 „Kaiser Wilhelm, König von Preußen" noch besonders zu ehren, die Gnade gehabt haben. Wenn es Mir vergönnt war, in der nunmehr fünfundzwanzig Jahre hinter uns liegenden Zeit einen kleinen Teil haben beitragen zu dürfen zu den herrlichen Erfolgen, die wir unter Führung des unvergeßlichen Kaisers Wilhelm erkämpften, so verdanke Ich das nächst dem allmächtigen Gott, den herrlichen Truppen, welche Meinem Kommando unterstellt waren. Ew. Majestät Garde und das IV. Armeekorps unter Meinem Befehle gehabt zu haben, sie zum Siege haben führen zu können, wird stets Meine stolzeste Erinnerung bleiben. Sollten Ew. Majestät gezwungen sein, uns dereinst wieder unter die Waffen zu rufen, dann werden die Söhne Meines Landes ihre Schuldigkeit thun wie bei St. Privat, und auch Ich stehe, so Gott Mir Kraft beläßt, des Rufes Ew. Majestät gewärtig. Genehmigen Ew. Majestät die Versicherung der vollkommensten Hochachtung und wahren Freundschaft, womit Ich verbleibe Ew. Majestät freundwilliger Vetter und Bruder Albert."

Dresden, den 20. August.

18. August. (Potsdam.) **Der Kaiser hält auf einem Festessen der Potsdamer Offiziere folgende Rede:**

„Bewegten Herzens danke Ich Ihnen für die schönen Worte, welche den Ausdruck der Gefühle aller hier versammelten Kameraden zusammengefaßt haben. Der Boden, auf dem wir uns befinden, ist durch die historischen Erinnerungen geheiligt. Von hier aus entließ Mein hochseliger Herr Großvater die Bataillone der 1. Garde-Regiments bei ihrem Ausmarsch ins Feld, nachdem Er ihnen anfeuernde Worte zugerufen hatte. Hier ver-

sammelte er das 1. Garderegiment, um bei der 10jährigen Feier als deutscher Kaiser Seinen Dank und Seine Anerkennung dem Regimente für seine Leistungen im Kriege kund zu geben. Ich will darum Mich nur kurz fassen, denn heute reden Thaten zu uns. Die großen Erfolge, welche unter Kaiser Wilhelms Führung die Armee und insbesondere die preußischen Garden erfochten, wurzeln doch zuletzt in dem, was uns der hochselige Herr eingepflanzt hat. Was machte die große Kraft unserer Armee aus? Es war die unbedingte Hingabe an einen Willen, den ihres obersten Kriegsherrn. Unerschütterlich sollen daher für uns die drei Tugenden dastehen, welche der Verewigte selbst als die drei Hauptsäulen seiner Armee bezeichnete: „die Tapferkeit, das Ehrgefühl und der unbedingte Gehorsam." Lassen Sie uns diese drei Eigenschaften mit unermüdlicher Arbeit aufrecht erhalten und kräftigen, dann wirrd unsere Armee das bleiben, wozu sie Kaiser Wilhelm der Große geschaffen hat. Sie wird dann die Grundlage für den Frieden Europas sein und den Spruch des Generalfeldmarschalls Moltke rechtfertigen: „Wir sind nicht nur stark genug, den Frieden Europas zu erhalten, sondern auch denselben zu erzwingen." Mit herzlichem Glückwunsch an die Brigade zu dem heutigen herrlichen Ehrentage, den sie in Anwesenheit so vieler braver Mitkämpfer des heutigen Tages von St. Privat feiern kann, erhebe ich Mein Glas und trinke auf das Wohl Meines ersten Garderegiments, der gesamten Garden und Meiner Armee."

19. August. (Berlin.) Der Kaiser nimmt eine Parade über 15000 Mitglieder der Kriegervereine von Berlin und Umgebung ab und hält dabei folgende Ansprache:

Dem Beispiele meines glorreichen Großvaters folgend haben wir die Erinnerung an den großen Tag von St. Privat mit dem Dank gegen Gott angefangen, daß er mit unseren Waffen gewesen und der gerechten Sache zum Siege verholfen. Ohne jedes Gefühl der Selbstüberhebung, in voller Anerkennung und Ausdauer, mit der unser Gegner sich schlug, sind wir stolz darauf, daß durch den Sieg unser Vaterland wieder geeinigt worden und es freut mich, so viele altbewährte Kämpfer meines Großvaters hier in Euch zu begrüßen. Möge der heutige Tag für Euch ein neuer Ausgangspunkt sein, um wiederum in freundlicher Weise, Eurem alten Fahneneid getreu, den Ihr Eurem König geschworen, für unser Vaterland zu arbeiten in der Pflege des Respekts vor dem Gesetz, in der Pflege der Religion und in der Pflege der Liebe zum Königlichen Hause, jedweden Tendenzen, die zum Umsturz führen, entgegenzuarbeiten, in echt soldatischer Manier Euch um Euren König zu scharen. In besonderer Anerkennung für die Leistungen der Armee vor 25 Jahren habe ich unter dem gestrigen Tag eine Verordnung erlassen, in der befohlen wird, daß sämtliche Ritter des Eisernen Kreuzes silbernes Eichenlaub mit der Zahl 25 über dem Kreuz zu tragen haben und daß sämtliche Besitzer der Kriegsdenkmünze für Schlachten und Gefechte silberne Riegel auf dem Ordensband erhalten, auf denen die Schlachten und Gefechte, die der einzelne mitgemacht, verzeichnet sind, damit der, der Euch begegnet, erkennen kann, an welchem Ort Ihr Euch hervorgethan. Aus diesem Beweise mögt Ihr entnehmen, wie dankbar Mein Herz für Euch schlägt. Ich glaube hierbei voll im Sinne Meines Großvaters zu handeln. Und nun geht hin und thut Eure Arbeit, wie ich Euch befohlen."

20. August. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe reist auf seine Besitzungen nach Rußland.

August. Beleidigung des deutschen Offizierskorps durch einen französischen General.

Ein franz. inaktiver General Munier veröffentlicht im „Figaro" einen Brief, in dem er u. a. behauptet, ein höherer deutscher Offizier habe 1870 seinem französischen Quartiergeber aus verschlossenen Schränken Juwelen und Wäsche gestohlen Diese Behauptung erregt in der deutschen Presse große Empörung; das „Militär-Wochenbl." stellt fest, daß Munier bereits wegen Verleumdung verurteilt ist und daher keine weitere Beachtung verdient.

25. bis 28. August. (München.) Katholikentag (vgl. 1894 S. 137).

Reichstagsabg. Porsch fordert freiere Wirksamkeit der Orden. In einem Referat über die Weltanschauung des Sozialismus führt Abg. Bachem aus: Da der Protestantismus uneins und zerrissen ist, so ist der weltumspannende Katholizismus der größte Feind der Sozialisten. Unbewußte Selbstironie liegt darin, daß das Leugnen jedweder Autorität ebenso gut den eigenen sozialistischen Staat treffen müßte. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, sogar die Gemeinschaft wirtschaftlicher Güter sind alte Uranfänge des Christentums und auch die in Klöstern bethätigten christlichen Ideale. Die sozialistischen Lehren sind teils Früchte des Liberalismus, teils Utopien, neu ist bloß die Verfolgung der Theorien bis in ihre äußersten Konsequenzen. Die Sozialisten sind ehrlicher, offener, rücksichtsloser als die Liberalen, ehrlich bis zum Fanatismus. Das Christentum müsse den Arbeiterstand neu organisieren. Prof. Frhr. v. Hertling fordert Wiederherstellung des Kirchenstaates, spricht sich aber für den Dreibund aus.

28. August. (Schiffsunglück.) Untergang des Torpedobootes S 41 in der Nordsee mit der 13 Mann starken Besatzung.

28. August. (Adolfseck bei Fulda). Erbgroßherzogin v. Oldenburg, geb. Prinzessin Elisabeth von Preußen, †.

30. August. (Friedrichsruh.) Fürst Bismarck empfängt 40 Familien amerikanischer Veteranen und hält folgende Ansprache:

„Meine Herren, ich fühle mich einmal hochgeehrt durch die Auszeichnung, die mir passiert, und durch Ihren Besuch, die Sie über See so weit hierher finden in den Wald, und dann macht es mir eine sehr große Freude, daß Sie die alten Erinnerungen festhalten und mich damit einbeziehen; es thut mir sehr leid, daß ich nicht alle Ihre Reisegenossen hier empfangen kann, aber ich bin nicht so gesund und so kräftig wie ich war, und wenn ich spreche, habe ich doch immer Schmerzen. Es ist ja bei 80 Jahren überhaupt Gott zu danken, daß man noch Schmerzen auszustehen hat und lebt. Aber man wird doch wrack — angestrichen und getakelt, aber die Planken taugen nichts mehr. Und so gehts auch mir, ich kann wohl noch zusehen, aber nicht mehr mitmachen, sonst wäre ich ja zu der Ausstellung nach Chicago gekommen: ich würde überhaupt gern die Vereinigten Staaten von Amerika gesehen haben, das ist von allen fremden Ländern für uns noch das sympathischste. Nach allen Erfahrungen, die ich mit früheren Dienern, Hausgenossen und Arbeitern gehabt habe, die dorthin gegangen sind und mit denen ich zum Teil korrespondiert habe, geht es Ihnen wohl da und sie fühlen sich behaglich. Das kann ich von den Auswanderern nach den anderen Ländern doch nicht so sagen." Bei der Frühstückstafel bringt der

Fürst folgenden Trinkspruch aus: „Wir können die gemeinsamen Gefühle, die uns beseelen, nicht besser zum Ausdruck bringen, als indem wir dem Andenken unseres alten König Wilhelm ein stilles Glas weihen. Wir haben alle unter ihm gedient.“ Ferner sagt der Fürst: „Ich danke Ihnen nochmals dafür, daß Sie mir die Ehre erzeigt haben, mich hier zu besuchen, und ich freue mich von Herzen, daß Sie so viel Anhänglichkeit an Ihre alten Kameraden bewahrt haben, daß Sie die weite Reise zu uns nicht scheuten und daß Sie unter den alten Kameraden auch mich nicht vergessen haben, so daß für uns Gelegenheit ist, uns noch einmal wieder ins Angesicht zu sehen. Es ist mir eine große Freude, Sie zu begrüßen und in Ihnen das nationale Gefühl wiederzufinden, das Sie mit der Gesamtheit unseres Heeres haben entzünden und beleben helfen, daß Sie sich das so bewahrt haben, daß es Ihnen ein Bedürfnis ist, Ihre alten Landsleute wiederzusehen. Ich danke Ihnen für Ihren Besuch auch aus politischen Gründen, weil er dazu beiträgt, das deutsche Nationalleben, die deutsche Einigkeit, die deutsche Zusammengehörigkeit zu kräftigen. Vor dem Kriege war das nicht so, aber jetzt schließen wir Deutsche uns doch allenthalben zusammen. Die Franzosen haben mit ihren Hammerschlägen das Ihrige dazu geleistet. Ich will nicht sagen, daß wir ihnen dafür danken sollen, denn gern haben sie es nicht gethan. Ohne den Krieg glaube ich nicht, daß es sobald zur Einigung gekommen wäre. Mit Parlamentsreden und durch die Presse wäre es so fix nicht gegangen wie mit dem Kriege.“ Nachdem der Fürst die Reihen entlang gegangen war und sich mit den einzelnen Veteranen unterhalten hatte, sprach er nochmals seinen Dank für den Besuch aus und fügte hinzu: „Ich komme Ihnen ein Wohl auf Ihr neues Vaterland, die Vereinigten Staaten, und bitte es zu kreuzen mit einem Wohle auf Ihr altes Vaterland. Die beiden haben ja nichts zu zanken miteinander. Ich bitte also, stimmen Sie mit mir ein in ein Hoch auf das Wohl der Stadt Chicago, der die meisten von Ihnen angehören, und auf das Wohl der Deutschen in den Vereinigten Staaten überhaupt. Mögen Sie prosperieren! Ich freue mich, zu sehen, daß die Anhänglichkeit an das alte Vaterland durch das atlantische Wasser bei Ihnen nicht abgewaschen ist, sondern sich als echt erweist.

Aug. September. Die sozialistische Presse über die Siegesfeiern.

Die sozialdemokratische Partei nimmt keinen Teil an den Siegesfesten; ihre Presse fordert unter heftigen Angriffen auf Kaiser Wilhelm I. und Bismarck die Parteigenossen auf, allen festlichen Veranstaltungen fern zu bleiben. So schreibt der „Vorwärts“ (4. Aug.): „Patriotische Kapitalisten beabsichtigen, in inniger, aufrichtiger Liebe zu diesem Staate, den heiligen Sedan diesmal ganz besonders umfassend zu begehen. Sie wollen, wie aus ihren Organen herauszulesen, möglichst unter „Kontraktbruch“, wie sie es bei der Maifeier nennen, und unter Einbehaltung des Arbeitslohnes für diesen Tag, ihre Arbeiter in mordspatriotische Feier hineinpeitschen, damit dem erhabenen Gedenktage des großen Schlachtens auf keinen Fall der volkstümliche Charakter fehle. Wo ist der Mann unter dem deutschen Industrie-Proletariat, der solcher frechen Bethätigung des Mordspatriotismus nicht hohnlachend und mit Ekel erfüllt gegenüberstände? Wo ist der Hanswurst unter den Ausgebeuteten, der sich, ohne Ingrimm im Herzen, durch Beteiligung an solcher Feier entehrte? Welcher klassenbewußte Arbeiter in deutschen Landen reichte im Anblick des mordspatriotischen Geheuls nicht mit doppelter Innigkeit seinen französischen Brüdern und Leidensgefährten die Hand, eingedenk der erzenen Losungsworte, vor denen die Bourgeoisie der ganzen Welt erblaßt, als vor einem Menetekel: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Am 2. September schreibt der „Vorwärts“: „Mit der Gefangennahme Napoleons änderte sich das Bild. Napoleon, den die offiziellen und offiziösen Blätter vorher nicht scharf genug brandmarken konnten, erscheint nunmehr als der „gute Bruder“ König Wilhelms und der Krieg wird als ein Kampf gegen das „französische Volk“ hingestellt, gegen welches sich alle Schmähungen richten. Die Eroberung von Elsaß-Lothringen wird als Endziel hingestellt und der Siegesrausch wird dazu benutzt, zunächst jede widerstrebende Meinung in Deutschland niederzuhalten.“ An die französischen Sozialdemokraten wird folgendes Telegramm gesendet: „Am 25. Jahrestag der Schlacht von Sedan senden, als Protest gegen Krieg und Chauvinismus, den französischen Genossen Gruß und Handschlag. Hoch die Völkersolidarität!

Die sozialdemokratischen Vertrauensmänner Berlins.“

Von den antisozialistischen Blättern fordern deshalb viele z. B. „Dresdener Nachr.“, „Berl. N. Nachr.“, „Allg. Ztg.“ ein energisches Vorgehen der Gesetzgebung gegen die Sozialdemokraten, andere wie die „Köln. Volksztg.“, „Voss. Ztg.“ raten von einer Wiedereinbringung einer Umsturzvorlage oder eines Ausnahmegesetzes ab (vgl. S. 178).

1. September. Depeschenwechsel des Kaisers mit dem Prinzregenten Luitpold.

Der Kaiser telegraphiert: „Ich kann mir nicht versagen, Eurer Königlichen Hoheit auszusprechen, daß Ich an dem heutigen 25. Jahrestage der Schlacht von Sedan des heldenmütigen und entscheidungsvollen Eingreifens der bayerischen Armeekorps und der unter schweren Opfern errungenen Siegeslorbeeren in besonders herzlicher Dankbarkeit mich erinnere.

Berlin, 1. September 1895. Wilhelm.“

Hierauf erging aus Hohenschwangau am gleichen Tage folgende Antwort des Prinz-Regenten: „Tief gerührt durch die Anerkennung, welche Ew. Majestät die Gnade hatten, dem tapferen Verhalten der bayerischen Armeekorps bei der Entscheidungsschlacht bei Sedan angedeihen zu lassen, bitte ich Ew. Majestät überzeugt zu sein, daß meine Bayern auch in Zukunft ihrer angestammten Tapferkeit Treue bewahren werden.

Luitpold.“

2. September. Depeschenwechsel des Kaisers mit Fürst Bismarck.

Der Kaiser telegraphiert:

„Fürst Bismarck, Durchlaucht. Friedrichsruh.

Heute, wo ganz Deutschland die 25jährige Wiederkehr des weltgeschichtlichen Kapitulationstages von Sedan feiert, ist es Mir Herzensbedürfnis, Euer Durchlaucht erneut auszusprechen, daß Ich stets mit tiefempfundener Dankbarkeit der unvergänglichen Verdienste gedenken werde, welche Eure Durchlaucht sich auch in jener großen Zeit um Meinen Hochseligen Herrn Großvater, um das Vaterland und die deutsche Sache erworben haben. Wilhelm.“

Fürst Bismarck antwortet: „Seiner Majestät dem Kaiser und Könige. Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät lege ich meinen ehrfurchtsvollen Dank zu Füßen für die gnädige telegraphische Begrüßung am heutigen Tage und für Eurer Majestät huldreiche Anerkennung meiner Mitarbeit an dem nationalen Werke des Hochseligen Kaisers und Königs.“

2. September. (Berlin.) Der Kaiser bringt bei dem

Paradediner im Schlosse, an dem die Könige von Sachsen und Württemberg teilnehmen, folgenden Trinkspruch aus:

„Wenn Ich am heutigen Tage einen Trinkspruch auf Meine Garden ausbringe, so geschieht es froh bewegten Herzens; denn ungewöhnlich feierlich und schön ist der heutige Tag. Den Rahmen für die heutige Parade gab ein in Begeisterung aufflammendes ganzes Volk; und das Motiv für die Begeisterung war die Erinnerung an die Gestalt, an die Persönlichkeit des großen verewigten Kaisers. Wer heute und gestern auf die mit Eichenlaub geschmückten Fahnen blickte, der kann es nicht gethan haben ohne wehmütige Rührung im Herzen; denn der Geist und die Sprache, die aus dem Rauschen dieser zum Teil zerfetzten Feldzeichen zu uns redeten, erzählten von den Dingen, die vor 25 Jahren geschahen, von der großen Stunde, von dem großen Tage, da das Deutsche Reich wiederauferstand. Groß war die Schlacht und heiß war der Drang und gewaltig die Kräfte, die aufeinanderstießen. Tapfer kämpfte der Feind für seine Lorbeeren; für seine Vergangenheit, für seinen Kaiser, kämpfte mit dem Mut der Verzweiflung die tapfere französische Armee. Für ihre Güter, ihren Herd und für ihre zukünftige Einigung kämpften die Deutschen; darum berührt es uns auch so warm, daß ein Jeder, der des Kaisers Rock getragen hat oder ihn noch trägt, in diesen Tagen von der Bevölkerung besonders geehrt wird — ein einziger aufflammender Dank gegen Kaiser Wilhelm I.! Und für uns, besonders für die Jüngeren, die Aufgabe, das, was der Kaiser gegründet, zu erhalten! Doch in die hohe, große Festesfreude schlägt ein Ton hinein, der wahrlich nicht dazu gehört, eine Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen, wagt es, das deutsche Volk zu schmähen, wagt es, die uns geheiligte Person des allverehrten verewigten Kaisers in den Staub zu ziehen. Möge das gesamte Volk in sich die Kraft finden, diese unerhörten Angriffe zurückzuweisen! Geschieht es nicht, nun dann rufe Ich Sie, um der hochverräterischen Schar zu wehren, um einen Kampf zu führen, der uns befreit von solchen Elementen. Doch kann Ich Mein Glas auf das Wohl Meiner Garde nicht leeren, ohne dessen zu gedenken, unter dem Sie heute vor 25 Jahren gefochten haben. Der einstige Führer der Maasarmee steht vor Ihnen! Seit 25 Jahren haben Se. Majestät der König von Sachsen alles Leid und alle Freude, die Unser Haus und Land betroffen, treulich mit Uns geteilt. Desgleichen auch Württembergs König, dessen höchste Freude es ist, in den Reihen des Garde-Husaren-Regiments gestanden und Kaiser Wilhelm gedient zu haben, und der herbeigeeilt ist, um mit Uns in Kameradschaft den Tag zu feiern. Wir können, wie gesagt, nur geloben, das zu erhalten, was die Herren für uns erstritten haben. Und so schließe Ich denn in das Wohl des Gardekorps ein das Wohl der beiden hohen Herren, vor allem des Führers der Maasarmee: Se. Majestät der König von Sachsen, Er lebe hoch! — und nochmals hoch! und zum dritten Male hoch!"

Nach diesem Trinkspruche erwidert der König von Sachsen folgendes: „Indem Ich Eurer Majestät in Meinem Namen und in dem Namen des Königs von Württemberg für die gnädigen Worte danke, erlaube Ich Mir, heute noch einmal die Führung des Gardekorps zu übernehmen und in dessen Namen das Glas zu leeren auf den erhabenen Chef: Seine Majestät der Kaiser, Er lebe hoch! — hoch! hoch!"

September. Die Presse über die Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Infolge der Rede des Kaisers vom 2. Septbr. setzt die Presse die bereits

begonnene Erörterung (vgl. S. 177) über den Kampf gegen die Sozialdemokratie um so lebhafter fort. Die Meinungen sind (vgl. 1894 S. 333) sehr geteilt. Die „Berl. Polit. Nachr." fordern schleuniges gesetzgeberisches Einschreiten gegen die Sozialdemokratie; dahinter müßten alle anderen Aufgaben zurücktreten. Ebenso die „Berl. N. Nachr.", die der Regierung die Aufgabe zuweisen, die organisierte Revolutionstruppen event. durch ein Ausnahmegesetz niederzuwerfen. Die „Kreuz-Ztg." fordert insbesondere ein Einschreiten gegen die gehässige Broschüren- und Zeitungskritik. Eine legislatorische Aktion unter Führung der Regierung verlangen ferner: die „Hamb. Nachr.", „Leipz. Tagebl.", „Reichsbote", „Dresdener Nachr.", „Post", „Nat. Lib. Korr.", „Nat. Ztg." Von ultramontanen Stimmen äußert die „Germania": Im Volke fehlt für ein Sozialistengesetz das Verständnis. Die Bekämpfung des Sozialismus liegt auf anderem Gebiete. „Köln. Volksztg.": „Jedenfalls hat sich der Standpunkt des Zentrums zur Sache nicht geändert. Käme also eine neue Umsturz-Vorlage, so würde es alles daran setzen, sie wieder in seinem Sinne zu verbessern. Ob dann aber nicht wieder die Mittelparteiler auf das Gesetz verzichten würden? . . . Das Beste wäre wohl, die Regierung ließe sich von dem jetzigen Geschrei der Mittelparteiler nicht zum zweiten Male verlocken."

Die „Köln. Ztg." erwartet wenig gutes von einer neuen Umsturzvorlage und glaubt nicht, daß der Kaiser eine solche habe ankündigen wollen. Gegen alle Umsturzvorlagen und Ausnahmegesetze erklären sich die freisinnigen Blätter.

Sozialdemokratische Stimmen nach der Rede des Kaisers.

Reichstagsabg. Auer hält in einer Berliner Versammlung (4. Sept.) eine längere Rede, um zu erklären, warum die Partei die Sedanfeier nicht mitmache. Er versichert, zur Zeit Lassalles sei die Sozialdemokratie stark monarchisch gewesen. So hätten anfangs der sechziger Jahre unter der Wirkung von Lassalles Art der Agitation die Arbeiter von Iserlohn sogar den Geburtstag des Königs gefeiert und sich an diesen mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß er die Besserung ihres Loses als eine seiner Aufgaben erachten werde, gewendet, während die „Bourgeoisie", u. a. durch den Bürgermeister von Iserlohn, ihnen dabei Hindernisse in den Weg gelegt habe. Bebel und Liebknecht hätten noch im Norddeutschen Reichstage der Anerkennung, daß der Krieg 1870 von Frankreich provozirt war, dadurch Ausdruck gegeben, daß sie zwar nicht für, aber doch auch nicht gegen die Kriegsanleihe stimmten. Wer also behaupte: die Sozialdemokratie sei stets antinational und antimonarchisch gewesen, fälsche die Geschichte. Die Sozialdemokratie habe sich erst nach der Schlacht von Sedan und nach der Gefangennahme Napoleons gegen die Weiterführung des Krieges und auch gegen die Annexion erklärt. Dasselbe hätten aber auch die radikalbürgerlichen Parteien gethan. Die Sedanfeier könne die Partei nicht mitmachen, weil sie keineswegs eine nationale, sondern eine Parteifeier sei. Fürst Bismarck habe alle diejenigen, welche nicht wollten, was er wollte, für Reichsfeinde erklärt. In Wahrheit gebe es solche Reichsfeinde in Deutschland nur sehr vereinzelt; jedenfalls zähle die Sozialdemokratie nicht dazu. „Die Sozialdemokraten erkennen an, daß die nationale Einigung Deutschlands eine wirtschaftliche Notwendigkeit war, die sich auch ohne Bismarck vollzogen hätte. Kein Sozialdemokrat wird die Zustände vor 1870 zurückwünschen. Daß die Emser Depesche gefälscht worden ist, hat Fürst Bismarck selbst zugegeben. Allein da der Krieg unvermeidlich war, so kann ich ein Verbrechen in dieser Fälschung nicht finden. Es ist selbstverständlich, daß Fürst Bismarck den ihm am günstigsten scheinenden Moment zum Losschlagen

wählte." Ueber die Annexion Elsaß-Lothringens sagt er: „. . . . Wir waren Gegner der Annexion. Nachdem sie vollzogen, ist gewissermaßen ein neues Recht geschaffen — wie, das ist eine andere Frage —, und es würde Ströme von Blut kosten, wollten wir in die Rückgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich willigen. Unbeschadet unserer Grundsätze kann von einer Rückgabe keine Rede sein, weil der daraus entstehende Krieg so schrecklich würde, daß niemand dafür die Verantwortung übernehmen kann. Ich für meinen Teil — und ich kann hier nur meine persönliche Auffassung aussprechen — würde es auf einen Krieg wegen dieser Angelegenheit nicht ankommen lassen. Wenn die Franzosen hierüber anders denken, so ist das ihre Sache. Die Vernünftigeren unter ihnen werden hierin mit uns einer Meinung sein." Er schließt: „Wir sind in den letzten Tagen von oben und unten angegriffen worden, und es hat den Anschein, daß wir schon in den nächsten Tagen eine Hetze erleben werden, wie sie uns wohl nicht neu, wie wir sie aber in solchem Umfange noch nicht gekannt haben. Es ist kein Zweifel, die Vorgänge von 1878 werden sich wiederholen. Ob mit denselben Folgen, läßt sich noch nicht sagen. Das aber wissen wir: Die deutsche Sozialdemokratie wird trotz aller Verfolgungen nicht um Haaresbreite von ihrem Standpunkt abweichen. Die deutsche Sozialdemokratie, die 12 Jahre Ausnahmegesetze überdauert hat, sieht trotz aller Maßnahmen der Zukunft mit Vertrauen entgegen."

Gegen diese Rede, die vielfach als Entschuldigung aufgefaßt wird, wendet sich der „Sozialist" mit folgendem Passus: „Gegenüber der Feigheit und Nachgiebigkeit, die bis tief in die Reihen der Sozialdemokratie hinein eingerissen ist, bedarf es der inneren Sammlung und Festigung, der Kaltblütigkeit, die entschlossen ist und bereit, allem entgegenblickt, was immer gegen uns unternommen werden mag. . . . Ueberlassen wir es dem Herrn Ignaz Auer, dem Meister der zweideutigen Rede und der Verschleierung, die Kanonenstiefel in die Ecke zu stellen und leisetreterische Filzschuhe anzuziehen; wir haben keinen Grund, unsere Ziele zu verhüllen und die Kritik oder den Angriff zu fürchten. . . ." Abg. Singer führt in einer Berliner Volksversammlung aus: Wir fühlen uns einig mit den Arbeitern Frankreichs und wollen so wie sie den Völkerfrieden und nicht die Leidenschaften aufstacheln. Die Sozialdemokraten, die 1870 und 71 geblutet, haben gar keinen Grund, die 25. Wiederkehr als Reminiszenz einer Kulturerrungenschaft oder Fortschritt der Zivilisation zu feiern. Diese Meinung ändern wir auch nach Schimpfworten nicht. In der gegnerischen Presse werden wir als vaterlandslose Partei charakterisiert. „Eine Rotte, die nicht wert ist, den Namen Deutscher zu tragen!" Wir sind aber so wenig vaterlandslos, daß wir treu im Vaterlande blieben, als uns der gute Rat gegeben wurde: „den Staub von den Füßen zu schütteln."

September. Polizeiliche Maßregeln gegen die Sozialdemokratie.

Zahlreiche sozialistische Blätter werden wegen Majestätsbeleidigungen oder anderer Vergehen beschlagnahmt und ihre Redakteure verhaftet. Ferner werden mehrere Volksversammlungen verboten oder aufgelöst (vgl. S. 192).

5. September. (Berlin.) Der „Vorwärts" veröffentlicht folgenden Brief des Hofpredigers a. D. Stöcker vom 14. August 1888 an Freiherrn v. Hammerstein:

Kropatscheck sagte mir, daß Sie einige Artikel, welche das schnöde Spiel von Bismarck und Genossen mit dem Kaiser aufdecken, für zeitgemäß

hielten. Darf ich Ihnen dagegen meine Anschauungen über das, was ich für richtig halte, darlegen? Ich glaube, daß im Augenblicke Fürst Bismarck den Kaiser vollkommen eingenommen hat, ganz besonders in Bezug auf das Kartell, das nun einmal Bismarck für die Grundlage seiner Politik und für ein ungemein großes Ereignis ansieht. Will man dagegen die Bismarck'schen Intriguen seit der Waldersee-Versammlung ausspielen, und zwar mit mehr oder weniger Gegenüberstellung von Bismarck und dem Kaiser, so verliert man das Spiel und reizt den letztern. Ich hörte noch gestern, daß er ganz für die Kartellpolitik gewonnen ist. Was man nun meines Erachtens thun kann und muß, ist folgendes: Prinzipiell wichtige Fragen, wie Judenfrage Martineum Harnack, Reichstagswahl im 6. Wahlkreise, die gewiß mit einem Fiasko der antisozialdemokratischen Elemente schließt, muß man, ohne Bismarck zu nennen, in der allerschärfsten Weise benutzen, um dem Kaiser den Eindruck zu machen, daß er in dieser Angelegenheit nicht gut beraten ist, und ihm den Schluß auf Bismarck überlassen. Man muß also rings um das politische Zentrum resp. das Kartell Scheiterhaufen anzünden und sie hell auflodern lassen, den herrschenden Opportunismus in die Flammen werfen und dadurch die Lage beleuchten. Merkt der Kaiser, daß man zwischen ihm und Bismarck Zwietracht säen will, so stößt man ihn zurück. Nährt man in Dingen, wo er instinktiv auf unserer Seite steht, seine Unzufriedenheit, so stärkt man ihn prinzipiell, ohne persönlich zu reizen. Er hat kürzlich gesagt: Sechs Monate will ich den alten Bismarck verschnaufen lassen, dann regiere ich selbst. Bismarck hat gemeint, daß er den Kaiser nicht in der Hand behält; wir müssen also, ohne uns etwas zu vergeben, doch behutsam sein. . . . Herzlichste Grüße Ihr getreuer Stöcker.

An diesen Brief knüpft sich in Verbindung mit dem Fall Hammerstein (S. 164) eine heftige Preßfehde zwischen konservativen und nationalliberalen Blättern. Stöcker verteidigt sich in der „Dtsch. Evangel. Kirchenztg.". Die mittelparteilichen Blätter fordern, daß die konservative Partei Stöcker desavouiere, was die „Kons. Korr." ablehnt.

6. September. Der Kaiser reist nach Stettin zu den Manövern, an denen der Kaiser von Österreich teilnimmt.

6. September. (Stettin.) Auf einem Festmahle erwidert der Kaiser auf eine Ansprache des Präsidenten des Abgeordnetenhauses v. Köller:

„Mein lieber von Köller! Sie haben soeben in beredten Worten den Gefühlen der Provinz Pommern Ausdruck gegeben, und Ich beeile Mich, freudig bewegten Herzens im Namen der Kaiserin und in Meinem Namen zu danken. Es ist das erste Mal, daß Ich die pommerschen Korps zusammenrufe, um sie auf ihre Kriegstüchtigkeit zu prüfen, und da werden Sie es wohl natürlich finden, daß Ich zurückgreife auf die pommersche Geschichte, und daß Ich Mich der Jahre und Tage erinnere, wo ein Anderer hier stand und wo der Jubel des Volkes dem greisen Kaiser galt, der nun leider nicht mehr unter uns weilt. Wohl entsinne Ich Mich, und wohl auch Sie Alle, meine Herren, Alle entsinnen wir uns der Stunde, wo seine Fürstengestalt noch unter uns waltete, wo Ihr Vater (zu Herrn v. Köller gewendet) mit Auszeichnung und Gnade von Meinem Großvater behandelt wurde. Neben dem greisen Kaiser hält die Figur Meines seligen Vaters in der herrlichen Pracht seines Kürassierregiments, der einst gewesene Statthalter von Pommern. Sie sehen hieraus, wie eng die Bande sind zwischen Ihnen und Meinem

Hause und Meiner Person und in wie naher Beziehung die Provinz Pommern zu uns steht. Heiß umstritten ist sie worden durch Meine Vorfahren, bis es endlich gelang, dieses herrliche Land, dieses treue Volk mit der Mark zu vereinigen, bis der rote Greif mit dem roten Aar auf demselben Wappenschilde stand. Nun, meine Herren, wir haben soeben das Gelübde gehört, welches Herr v. Köller in Ihrem Namen sprach. Ich nehme Sie beim Wort, Ich danke Ihnen dafür. Schließen Sie sich zusammen, um das Andenken an die Person Sr. Majestät des Königs Wilhelm I. zu schützen und zu wahren, wie Ich schon Mein Volk dazu aufgerufen habe. Mein Wunsch aber soll sein, in der erhebenden Erinnerung an jene große Zeit, die wir soeben gefeiert, in der erhebenden Erinnerung an die Stunde, wo die erlauchte Gestalt des Dahingeschiedenen unter Ihnen weilte, hier vor Allem uns zu vergewissern und uns gegenseitig zu geloben, mit zu bauen und mit zu arbeiten an dem, was er geschaffen. Daß dabei die Provinz Pommern blühen, wachsen und gedeihen möge, daß Stettin zu einer mächtigen Handelsstadt emporblühen möge, das ist Mein innigster Wunsch. Wir erheben die Gläser und trinken auf das Wohl der Provinz Pommern!

7. September. (Stettin.) Der Kaiser bringt bei dem Parademahle folgenden Trinkspruch aus:

„Der Denkstein, an dem das zweite Armeekorps heute vorbeizog, gibt Kenntnis von der Zeit, da es ihm vergönnt war, von Meinem Großvater inspiziert zu werden. Das erste Mal, als Ich das zweite Korps zusammen sah, war im Jahre 1869, die letzte Parade, die dasselbe unter seinem damaligen kommandierenden General, Meinem hochseligen Herrn Vater, vor Seiner Majestät bestand, um zu zeigen, daß es auch in Friedensarbeit kriegsbereit sei, ein Beweis, den es ein Jahr später auf dem Schlachtfelde führen sollte. Der heutige Tag hat Mich mit hoher Freude erfüllt und spreche Ich dem Korps Meine vollste Anerkennung aus für die vorzügliche Parade, die es heute vor Mir geleistet hat. Möge der heutige Tag, der eine Weihe besonderer Art durch die hohe Ehre erhalten hat, welche dem Korps und vor Allem dem Kürassier-Regiment Königin dadurch zu teil geworden ist, daß Ihre Majestät geruht haben, das Regiment selbst vorbeizuführen, dem Korps ein Ansporn sein, nunmehr auch im Manöver zu zeigen, daß es vorbereitet ist, jede Abwehr, welche sie auch sei, auszuführen und für das Vaterland einzustehen, wenn es gerufen werden sollte. Ich fordere Sie auf, Ihre Gläser zu erheben und aus vollem Herzen zu rufen: das zweite Korps hurra und nochmals hurra und zum dritten Male hurra!"

8. September. (Stettin.) Der „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht folgenden kaiserlichen Erlaß:

Die Feier der fünfundzwanzigjährigen Wiederkehr der ruhmreichen Siegestage des Jahres 1870 hat viele Tausende von Festteilnehmern veranlaßt, auch Meiner freundlich zu gedenken und Mir aus allen Gauen des Deutschen Landes und selbst von fernen Weltteilen her treue Grüße zu senden. Alle diese Kundgebungen patriotischen Empfindens vermag Ich zu Meinem Bedauern nicht im Einzelnen zu beantworten. Ich wünsche aber allen Beteiligten, besonders auch den Veteranen der großen Zeit, die freudig Gut und Blut mit in die Wagschale geworfen haben, Meinen Kaiserlichen Dank auszusprechen und ihnen zu erkennen zu geben, wie herzlich Ich durch jene Aufmerksamkeiten erfreut worden bin. Mit Genugthuung hat es Mich erfüllt, mit welcher Begeisterung das deutsche Volk in fast allen seinen Gliedern die Tage der Wiedergeburt des Deutschen Reichs gefeiert hat und wie es dabei von neuem allgemein ins Bewußtsein getreten ist, welche wunder-

baren Errungenschaften wir nächst Gottes sichtlichem Beistande der weisen Führung des greisen Heldenkaisers Wilhelms des Großen, Seinen Erlauchten Bundesgenossen, Seinen ausgezeichneten Ratgebern, erprobten Feldherren und braven Truppen zu verdanken haben. Zahllose Kaiser- und Kriegerdenkmäler zeugen von der Pietät und Dankbarkeit unserer Zeit und mahnen uns und ferne Geschlechter an die blutige Saat, aus der erst unser neu geeintes Vaterland hervorgegangen. Ein Volk, welches so seine Toten ehrt und so seiner Vergangenheit gedenkt, wird — das hoffe Ich mit Zuversicht — allezeit treu zu Kaiser und Reich stehen und sich auch jener vaterlandslosen Feinde der göttlichen Weltordnung zu erwehren wissen, die selbst in diesen Tagen nationaler Begeisterung dreist ihr Haupt erheben und sich nicht gescheut haben, das Andenken des großen Kaisers zu schmähen und dadurch das deutsche Volk in seinen edelsten Erinnerungen und Empfindungen zu verletzen.

Ich ersuche Sie, diesen Erlaß alsbald zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Stettin, den 8. September 1895. Wilhelm I. R.

An den Reichskanzler.

11. September. Der Kaiser von Österreich ernennt den Deutschen Kaiser zum österreichischen General der Kavallerie (siehe Österreich).

14. September. (Stettin.) Der Kaiser ernennt den Grafen Waldersee, kommandierenden General des 9. Armeekorps zum General-Oberst der Kavallerie mit dem Range eines Generalfeldmarschalls.

September. Die Polen und die Siegesfeiern.

Wie die Sozialisten nehmen auch die Polen keinen Teil an den Siegesfesten, ihre Presse gedenkt des hundertsten Jahrestages der letzten Teilung Polens, was in der deutschen Presse getadelt wird. In der sich daranknüpfenden Preßfehde sagt u. a. der „Goniec Wielkopolski": „Wir (die Polen) sind die eingeborenen Kinder dieses Landes. Wenn es nicht genügend Brot für beide Nationalitäten gibt, so mögen sie (die Deutschen) in ihre Heimatgegenden zurückgehen, uns aber in Ruhe lassen. Es hat sie überhaupt niemand bei uns zu Gast geladen, sie brauchen sich bei uns nicht zu ruinieren, da sie so viel Platz im „großen Vaterlande" haben."

Mitte September. (Bayern.) Die katholischen Bauernvereine Bayerns vereinigen sich zu einem Landesverband und bekennen sich zu folgenden Grundsätzen:

„Abänderung des Strafgesetzes, Gründung einer landwirtschaftlichen Kreditbank, Herabsetzung des Hypothekenzinsfußes, Gewähr von Hypothekenkredit aus den Versicherungsanstalten (Alters- und Invaliditätsversicherung) zu 3½ %, Herabsetzung des Zinsfußes für Stiftungskapitalien, Erleichterung der Bodenzinslast, Herabsetzung der Staatsschuld, Errichtung einer staatlich geleiteten Mobiliar-Feuerversicherung, reaktionäre Abänderung des Heimatgesetzes, Maßregeln gegen ausländische Vieheinfuhr, Aufhebung des Lokalbahn-Frachtzuschlages bei einer Bahnrente von mindestens 2 %, Abwälzung eines Teils der Kosten, welche die Interessenten bei Erbauung von Lokalbahnen tragen müssen, auf den Staat, erhöhter staatlicher Zuschuß zu den Distriktraten, Einführung einer allgemeinen progressiven Einkommensteuer,

Abzug einer Hypothekenschuld bei Gutsübernahmen, beziehungsweise Berücksichtigung derselben bei Berechnung der Staats- und Notariatsgebühren."

19. September. Der Kaiser zur Jagd nach Rominten.

20. September. (Berlin.) Der Reichskanzler reist auf seine Besitzungen nach Alt-Aussee (Österreich).

September. Die Presse über die Feier des 20. September in Rom (vgl. Italien).

In der deutschen Presse erscheinen zahlreiche Festartikel über die italienische Feier der Einnahme Roms, nur die klerikale Presse greift die italienische Regierung auf das heftigste an und erblickt in dem Jubelfeste eine Beleidigung aller Katholiken.

28. September. (Bayern.) Zusammentritt des Landtages. Budget.

Finanzminister v. Riedel legt das Budget vor. Das Jahr 1892 habe geschlossen mit einem Ueberschuß von 15 176 080 *M*, das Jahr 1893 mit einem Ueberschuß von 4 931 037 *M*. Da die zweijährige Periode 1894/95 eine Heranziehung der Ueberschüsse nicht erforderte, werden dieselben zur außerordentlichen Schuldentilgung verwendet. Das Budget 1896/97 balanziert mit 342 930 240 *M* ohne daß eine Steuererhöhung oder eine außerordentliche Anleihe nötig wäre. Für die Matrikularbeiträge sind 500 000 *M* vorgesehen. Die gesamte Lage der Finanzen sei befriedigend.

1. Oktober. (Preußen.) Die Zentral-Genossenschaftskasse tritt in Thätigkeit (vgl. S. 158). Präsident ist Frhr. v. Huene.

Anfang Oktober. Der Kaiser und der Zar.

Der Kaiser sendet den Flügeladjutanten Oberst v. Moltke nach Petersburg mit einem Handschreiben und einem vom Kaiser entworfenen für den Zaren bestimmten allegorischen Bilde: Die europäischen Kulturmächte, bedrängt von der gelben Rasse, einigen sich zu gemeinsamer Abwehr. Zar Nikolaus dankt in einem Handschreiben.

2. bis 5. Oktober. (Bayern.) Besprechung der Fuchsmühler Vorgänge im Landtag (S. 121, 188 und Jahrg. 1894).

Abg. Schädler (Z.) interpelliert wegen der Vorgänge in Fuchsmühl. Ministerpräsident v. Crailsheim und Finanzminister v. Riedel führen aus, es seien in dieser Angelegenheit von unteren Behörden mancherlei Fehler gemacht worden, andererseits hätten sich auch die Fuchsmühler unzweifelhafter Gesetzesverletzungen schuldig gemacht. Die ganze Affäre sei ein durch viele ungünstige Zufälle herbeigeführtes Unglück. Die Redner aller Parteien verurteilen die Haltung des Herrn v. Zoller, der durch den Buchstaben des Gesetzes gedeckt die Bauern zur Verzweiflung getrieben habe.

3. Oktober. (Aachen.) Das Schwurgericht spricht die infolge des Prozesses Mellage (S. 152) des Meineids angeklagten Alexianer-Brüder Heinrich und Irenäus frei.

4. Oktober. Deutschland und China. Kronkonzession.

Der deutsche Generalkonsul schließt mit den chinesischen Behörden ein Abkommen wegen Errichtung einer Niederlassung in Hankau als Kronkonzession.

5. Oktober. Der Kaiser reist nach Hubertusstock bei Eberswalde.

6. bis 12. Oktober. (Breslau.) Sozialistischer Parteitag. Frage der Beschränkung der Diäten, der Akkordarbeit; Agrarprogramm.

Abg. Liebknecht eröffnet den Parteitag mit einer längeren Rede, in der er die Sozialdemokratie gegen die in diesem Jahre erfahrenen Angriffe verteidigt. „Unter dem Schutze der höchsten Staatsmacht beleidigt man die Sozialdemokratie. Mit Hilfe der Staatsmacht ist der Partei der Fehdehandschuh hingeworfen worden, der Fehdehandschuh zum Kampf auf Leben und Tod. Wohlan! Was die Beleidigungen unserer Partei betrifft, so stehen wir so hoch, daß die Kotwürfe, kommen sie, woher sie wollen, nicht an uns heranreichen."

Es werden zunächst persönliche Streitigkeiten in den Wahlkreisen erledigt, sodann kommen zwei Anträge auf Abschaffung der Diäten für Parteibeamte mit mehr als 3000 *M.* Einkommen und auf Abschaffung der Akkordarbeit in den Druckereien der Partei zur Beratung. Es kommt darüber zu heftigen Debatten; für den einen wird geltend gemacht, daß die Leistungen vieler armer Parteigenossen nicht bezahlt würden, für den anderen, daß der „Vorwärts" die Akkordarbeit stets als Mordarbeit bezeichnet habe. Gegen die Anträge spricht namentlich scharf Abg. Fischer; er führt aus, jede Arbeit müsse nach ihrem Lohn bezahlt werden, daher seien die Diäten berechtigt; ein Versuch, die Akkordarbeit abzuschaffen, habe sich nicht bewährt. Die Anträge werden abgelehnt (7. Oktober).

Der wichtigste Punkt ist die Beratung des Agrarprogramms, der zu stürmischen Debatten führt. Dr. Quarck spricht für den Entwurf, der mit den bestehenden kapitalistischen Verhältnissen rechnen müsse. Es sei notwendig, positive Agrarpolitik zu treiben und den leidenden Bauern zu Hilfe zu kommen; mit radikalen Worten allein sei es nicht gethan. Abg. Schippel gegen den Entwurf, der eine Charlatanerie und aus den Programmen anderer Parteien zusammengestellt sei. Abg. Bebel greift Schippel heftig an und wirft der Versammlung vor, kritiklos Gegnern und Freunden des Entwurfs in gleicher Weise zuzustimmen. Frau Zetkin gegen den Entwurf, mit Versprechungen werde man die Bauern nicht gewinnen, weil die bürgerlichen demagog. Parteien mehr versprechen könnten. Abg. Liebknecht für den Entwurf und tadelt namentlich den gehässigen Ton der Debatten. Es sei Aberwitz, das Elend sich steigern zu lassen, in der Hoffnung, daß daraus die Revolution hervorgehen werde. Mit 158 gegen 63 Stimmen wird das Agrarprogramm durch folgende Resolution abgelehnt (11. Oktober): „Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf des Agrarprogramms ist zu verwerfen; denn das Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also eine Stärkung des Privateigentums in Aussicht; es erklärt das Interesse der Landeskultur in der heutigen Gesellschaftsordnung für das Interesse des Proletariats, und doch ist unter der Herrschaft des Privateigentums das Interesse der Landeskultur ebenso wie der Industrie an den Produktionsmitteln ein Interesse der Besitzer dieser Produktionsmittel, der Ausbeuter des Proletariats. Ferner weist der Entwurf dem Ausbeuterstaate neue Machtmittel zu und erschwert dadurch den Klassenkampf des Proletariats; endlich stellt der Entwurf dem kapitalistischen Staate Aufgaben, die nur ein Staatswesen, in welchem das Proletariat die politische Macht erobert hat, ersprießlich durchführen kann. Der Parteitag erkennt an, daß die Landwirtschaft eigentümliche, von denen der In-

dustrie abweichende Gesetze hat, welche zu studieren und zu beachten sind, wenn die Sozialdemokratie auf dem flachen Lande eine gedeihliche Wirksamkeit entfalten soll. Der Parteitag beauftragt daher den Parteivorstand, derselbe möge unter Berücksichtigung der von der Kommission gegebenen Anregungen eine Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse des Studiums in einer Reihe von Abhandlungen als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands" zu veröffentlichen. Der Parteivorstand wird ermächtigt, die nötigen Geldaufwendungen zu machen, um den mit den erwähnten Arbeiten betrauten Genossen die Erfüllung ihrer Arbeit zu ermöglichen."

Hierauf werden noch mehrere Differenzen in Wahlkreisen erledigt und einige Anträge zur Parteiorganisation beraten, wobei es zu heftigem Streite zwischen den Berliner Vertretern und den übrigen Delegierten kommt.

Oktober. Beurteilung des sozialistischen Parteitages.

Die bürgerliche Presse weist darauf hin, daß die Sozialdemokratie durch Ablehnung des Bauernschutzes lediglich eine Partei der Besitzlosen geworden sei und hebt hervor, daß sie ihre antikapitalistischen Grundsätze wie Abschaffung der Akkordarbeit und Beseitigung der großen Einkommen nicht einmal innerhalb ihrer Partei durchführen könne. Die Ablehnung des Agrarprogramms findet auch in der sozialistischen Partei weiteren Widerspruch. Die bayerischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, die am Parteitag nicht teilgenommen hatten, erklären, sich an den Breslauer Beschluß nicht kehren zu wollen und in ähnlichem Sinne spricht sich eine Volksversammlung in Nürnberg aus. Es kommt darüber zu heftigen Diskussionen in der Presse und in Versammlungen (vgl. 1894 S. 176). Auch sonst finden die Beschlüsse des Parteitags nicht überall Gehorsam, so erklären sich die Anhänger des ausgeschlossenen Dr. Rüdt in Baden mit ihm solidarisch und treten aus der Partei aus.

9. Oktober. (Berlin.) Mannigfachen Angriffen in der Presse auf den Minister v. Bötticher tritt der „Reichs-Anzeiger" mit folgender Kundgebung entgegen (vgl. S. 156):

„Unter Bezugnahme auf einen Ende Juni d. Js. in der Zeitschrift „Die Zukunft" enthaltenen Angriff auf den Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatsminister v. Bötticher, hat neuerdings die „Deutsche Tageszeitung" wiederholt Klage darüber geführt, daß leitende Kreise der Korruption verdächtigt würden, und daß der Boden für Gerüchte schlimmer Art dadurch vorbereitet sei, daß sich höchste Staatsbeamte öffentliche Vorwürfe gegen ihre Lauterkeit und Rechtlichkeit ruhig hätten gefallen lassen. Auf Veranlassung des Staatsministers v. Bötticher sind die thatsächlichen Vorgänge, welche zu den gegen ihn gerichteten Angriffen Anlaß gegeben haben können, schon früher amtlich festgestellt worden. Diese Thatsachen sind seinerzeit ihrem vollen Umfange nach durch den Staatsminister v. Bötticher selbst zur Allerhöchsten Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers und Königs gebracht. Auch sind die Schritte, welche gegen diese verleumderischen Gerüchte etwa zu thun seien, wiederholt im Schoße des Staatsministeriums erwogen worden. Das Ergebnis dieser Erwägungen war, daß es im vorliegenden Falle der Würde eines Staatsministers nicht entspreche,

gegen solche versteckten Verdächtigungen im Wege der gerichtlichen Klage vorzugehen. Mit ganz vereinzelten Ausnahmen hat auch die gesamte Presse aller Parteien jene Angriffe teils mit Stillschweigen übergangen, teils mit Verachtung zurückgewiesen. Nachdem gleichwohl jetzt der Versuch gemacht ist, auf dieselben zurückzukommen, erscheint es an der Zeit, diesem Treiben dadurch ein Ende zu machen, daß die amtlich festgestellte Grundlosigkeit der erhobenen Vorwürfe öffentlich vom Staatsministerium bezeugt wird.

In der „Zukunft" vom 29. Juni d. Js. war gesagt worden: „Wenn es wahr ist, wie sehr glaubwürdige Zeugen versichern, daß der Staatssekretär in einer Zeit, wo über den Bankverkehr bedeutsame Entscheidungen zu treffen waren, von Großbankiers Summen entliehen hat, die er nach menschlicher Voraussicht niemals zurückzahlen konnte, dann müßte sein Verbleiben im Amt von allen bedauert werden, die zwischen Politik und Sittlichkeit nicht eine trennende Schranke errichten möchten."

Im Jahre 1886 kam es zur amtlichen Kenntnis des damaligen Präsidenten der Reichsbank, daß ein dem Staatssekretär des Innern durch Familienbande nahestehender Bankdirektor an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs gelangt war. Auf die Mitteilung davon lehnte der Staatssekretär unverzüglich jede Intervention zu Gunsten des Bankdirektors ab. Indessen gelang es anderen Verwandten des letzteren mit Hilfe einiger Freunde, seine Schuldenlast zu decken. Zu diesem Zwecke hat auch der Staatsminister v. Bötticher sein gesamtes eigenes Vermögen hergegeben. Von dem Sachverhalt hat damals der Staatssekretär des Innern dem ihm vorgesetzten Reichskanzler Mitteilung gemacht, welcher demnächst die Erstattung der von jenen Freunden hergegebenen Summen herbeigeführt hat.

Es ist amtlich festgestellt, 1. daß die geschilderten Verhandlungen zu einer Zeit stattfanden, in welcher von beabsichtigten Reformen des Bankwesens überhaupt noch nicht die Rede war; 2. daß der Staatsminister v. Bötticher niemals von Bankiers Geld entliehen hat; 3. daß der Staatsminister v. Bötticher keinerlei Zuwendungen, auch nicht den Ersatz des von ihm hergegebenen eigenen Vermögens empfangen hat.

Das königliche Staatsministerium.

Fürst zu Hohenlohe. Frhr. v. Berlepsch. Miquel. Thielen. Bosse. v. Köller. Frhr. v. Marschall. Frhr. v. Hammerstein. Schönstedt."

Oktober. Schriftenwechsel zwischen den deutschen Bischöfen und dem Papst (s. Röm. Kurie).

13. Oktober. (Hubertusstock.) Anläßlich der Ermordung eines Fabrikanten Schwartz in Mühlhausen i. E. durch einen entlassenen Arbeiter sendet der Kaiser folgendes Telegramm an den Statthalter von Elsaß-Lothringen:

„Ich erfahre soeben aus den Zeitungen die Kunde des abscheulichen Mordes des Fabrikherrn Schwartz in Mühlhausen. Ich bitte daher Euer Durchlaucht, in Meinem und der Kaiserin Namen Unser innigstes Beileid der unglücklichen Witwe auszudrücken. Wieder ein Opfer mehr der von den Sozialisten angefachten Revolutionsbewegung. Wenn Unser Volk sich doch ermannte! Wilhelm I. R."

13. Oktober. (Baden.) Ergänzungswahlen zum Landtag.

Von 32 zu besetzenden Mandaten der zweiten Kammer gewinnen die Nationalliberalen 15, das Zentrum 9, die Freisinnigen 4, die Sozialdemokraten 2, Konservative und Antisemiten je 1. Die badische Kammer der

Abgeordneten besteht aus 31 Nationalliberalen (bisher 30), 21 Zentrumsleuten (23), 5 Freisinnigen (5), 2 Konservativen (2), 3 Sozialisten (3), 1 Antisemiten (bisher keiner).

14. Oktober. (Hubertusstock.) Audienz des russischen Ministers des Auswärtigen, Fürsten Lobanow, beim Kaiser.

15. Oktober. Das Kaiserpaar reist zum Besuch der Reichslande nach Urville.

16. Oktober. (Dresden.) Graf Vitzthum v. Eckstädt, bis 1866 sächs. Diplomat, dann in österreichischen Diensten, †.

17. Oktober. (Sachsen.) Ergänzungswahlen zum Landtag.

27 Mandate sind neu zu besetzen. Es werden gewählt 16 Konservative, 4 Nationalliberale, 2 Fortschrittler, 5 Sozialisten. (Bisher 14 Konservative, 3 Nationalliberale, 5 Fortschrittler, 5 Sozialisten.) Die Kandidaten der deutsch-sozialen Reformpartei unterliegen überall.

17. Oktober. (Bayern.) Abgeordnetenkammer. Antrag auf ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung.

Die Kammer erklärt nach langer geschäftlicher Debatte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Bauernbündler und Demokraten die Beratung des Antrages Grillenberger, bezüglich Erteilung eines Mißtrauensvotums an die Regierung hinsichtlich der Fuchsmühler Vorgänge, für unzulässig (vgl. S. 184).

Oktober. Zentrum und Bund der Landwirte.

Der Vorstand des Bundes der Landwirte hält am Niederrhein mehrere Versammlungen ab. Klerikale Blätter lehnen eine Unterstützung des Bundes ab und führen aus, daß die wirtschaftlichen Differenzen zwischen Ost und West eine Ausbreitung des Bundes im Westen nicht zulassen.

18. Oktober. (Metz.) Reichstagsabg. Dr. Haas legt sein Mandat nieder (vgl. 1894 S. 130, 163).

18. Oktober. (Wörth.) Der Kaiser enthüllt ein Denkmal Kaiser Friedrichs und hält nach der Einweihungsrede des Generals v. Mischke folgende Ansprache:

„Meine hochverehrten Kriegskameraden Meines Herrn Vaters und sonst versammelte Herren! Im Auftrage Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich habe Ich Ihnen Ihrer Majestät und zugleich Meines Hauses Dank dafür auszusprechen, daß Sie es sich nicht haben nehmen lassen wollen, Uns dieses herrliche Denkmal errichten zu helfen und am heutigen Tage zu erscheinen. Tief bewegten Herzens verweilt hier heute Meine hohe Frau Mutter, daran gedenkend, daß es ihr am Arme ihres Herrn Gemahls vergönnt gewesen, an dieser Stelle aus seinem eigenen Munde die Kunde über den ersten von ihm erfochtenen großen Sieg zu vernehmen. Ich spreche Ihrer Majestät daher ganz besonderen Dank dafür aus, daß sie die Gnade gehabt hat, sich hier einzufinden, wo nunmehr dieses herrliche Bild Meines Herrn Vaters aufgerichtet worden ist. Was wir über ihn vernommen haben, konnte nicht schöner und nicht bewegter geschildert werden. Was wir aber fühlen, angesichts dieses Standbildes und in Anbetracht der 25jährigen Wiederkehr der großen Zeit der Wiedergeburt unseres Vaterlandes, wo

hier zumal zuerst süddeutsches und norddeutsches Blut zu dem Kitte sich vereinigten, das unser Deutsches Reich wieder hat bauen helfen, — das bewegt tief unser aller Herz. Und wir Jüngeren vor allem, wir geloben im Anblick des hohen Siegers, unseres verewigten Kaisers, das zu halten, was er uns erfochten hat und die Krone zu wahren, die er schmiedete und dieses Reichsland gegen wen es auch sei, zu schirmen und deutsch zu erhalten, so wahr uns Gott helfe und unser deutsches Schwert! Nun aber wollen wir alle einstimmen in den Ruf: Meine hohe Frau Mutter, durch deren Erscheinen der heutige Tag gekrönt ist: Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich Hurra! Hurra! Hurra!"

19. bis 21. Oktober. (Kaiserslautern.) Tagung des bayerischen Handwerkertags.

Die Versammlung behandelt vornehmlich die Lage des Bauhandwerks und fordert Wiederherstellung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe.

20./21. Oktober. (Erfurt.) Parteitag der deutsch-sozialen Reformpartei.

Die Versammlung konstatiert, daß die Trennung der Partei von Ahlwardt und Böckel (vgl. S. 33) zur inneren Kräftigung beigetragen habe und spricht sich sodann in mehreren Resolutionen für Erhaltung des allgemeinen Wahlrechts, für Aufhebung der Gleichberechtigung der Juden und energische Sozialpolitik zu Gunsten der produktiven Stände aus.

20. Oktober. Rückkehr des Kaiserpaares nach Potsdam.

23. Oktober. (Preußen.) Königlicher Erlaß an den Justizminister über Aussetzung der Strafvollstreckung.

Auf Ihren Bericht vom 15. Oktober d. Js. ermächtige Ich Sie, solchen zu Freiheitsstrafen verurteilten Personen, hinsichtlich deren bei längerer guter Führung eine Begnadigung in Aussicht genommen werden kann, nach Ihrem Ermessen Aussetzung der Strafvollstreckung zu bewilligen, indem Ich in den dazu geeigneten Fällen demnächst Ihrem Bericht wegen Erlasses oder Milderung der Strafe entgegensehen will. Von dieser Ermächtigung soll jedoch vornehmlich nur zu Gunsten solcher erstmalig verurteilter Personen Gebrauch gemacht werden, welche zur Zeit der That das achtzehnte Lebensjahr nicht vollendet hatten und gegen welche nicht auf eine längere als sechsmonatige Strafe erkannt ist.

Neues Palais, den 23. Oktober 1895.

Wilhelm.
ggez. Schönstedt.

An den Justizminister.

24. Oktober. Trennung der Konservativen von den jüngeren Christlich-Sozialen (vgl. S. 123).

Die „Konserv. Korr." bringt einen scharfen Artikel gegen die christlich-soziale Richtung der Pastoren Naumann, Göhre, Kötzschke u. a. und wirft ihnen Schürung des Klassenhasses und Untergrabung der staatlichen Autorität vor. Der Artikel schließt: „Wir erklären demgemäß, daß alle Politiker sowohl wie Zeitungen, welche diesen Kampf nicht aufnehmen oder gar — offen oder verschleiert — ihm entgegenwirken, zur konservativen Partei nicht gerechnet werden können."

Diese Erklärung findet in der mittelparteilichen Presse viel Beifall, stößt aber innerhalb der konservativen Partei selbst auf Widerspruch. Das „Volk" weist die Angriffe auf die Pastoren zurück und bezweifelt, daß die Parteileitung mit der Erklärung einverstanden ist. Der „Reichsbote" betont die Pflicht der Pastoren an der Besserung der sittlichen und sozialen Verhältnisse mitzuarbeiten. Pastor Naumann antwortet auf die Erklärung in der „Hilfe" und die Mitglieder des Pfarrvereins Stettin erlassen eine Erklärung, in der sie dem Artikel der „Kons. Korr." scharf entgegentreten. Auch der Vorstand des evangelisch-sozialen Kongresses, zu dem mehrere Konservative wie Prof. Wagner und Hofprediger a. D. Stöcker gehören, lehnt eine Trennung von der jüngeren christlich-sozialen Richtung ab (vgl. Preuß. Jahrb. Bd. 82 S. 566). Hofprediger Stöcker wendet sich in der „Dtsch. evangel. Kirchenztg." gegen die „Kons. Korr."

26. Oktober. (Leipzig.) Der Kaiser und der König von Sachsen legen den Schlußstein zum neuen Reichsgerichtsgebäude.

Die in den Schlußstein eingefügte Urkunde lautet:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen &c. thun kund und fügen hiermit zu wissen: „Das Haus, zu welchem Wir am 31. Oktober des Jahres 1888 in Gegenwart Unseres erhabenen Verbündeten, des Königs von Sachsen, den Grundstein gelegt haben, ist mit Gottes Hilfe vollendet. Dem obersten Gerichtshofe des Reiches ist damit für seine Thätigkeit eine bleibende und würdige Stätte bereitet. An dieser Stätte wird, wie Wir erwarten, das Reichsgericht, als gewissenhafter Hüter der deutschen Rechtseinheit, auch ferner für die Wohlfahrt und für den Ruhm des Reiches zu wirken bemüht sein. Die von Uns bei der Feier der Grundsteinlegung kundgegebene Hoffnung, daß dem Verlangen des Deutschen Volkes nach größerer Einheit seines Rechts durch ein gemeinsames bürgerliches Gesetzbuch in nicht zu ferner Zeit entsprochen werde, geht ihrer Erfüllung entgegen. Es gereicht Uns zur Genugthuung, daß zugleich mit dem Einzuge in dieses Haus dem obersten Gerichte die bestimmte Aussicht erwächst auf eine weitere Entfaltung seines Wirkens im Sinne der großen, ihm bei seiner Begründung durch die verbündeten Regierungen und den Reichstag gestellten Aufgabe. Durchdrungen von der Bedeutung, welche der energischen und gerechten Handhabung der Gesetze für die Erhaltung des inneren Friedens und für die Hebung des Wohlstandes der Nation zukommt, haben Wir beschlossen, im Namen der verbündeten Fürsten und freien Städte in dem neu errichteten Bau gemeinsam mit Sr. Majestät dem Könige von Sachsen, als dem Gebietsherrn, und unter Mitwirkung von Vertretern des Reichstags den Schlußstein zu legen. Gottes Segen ruhe auf diesem Hause! Möge die Rechtsprechung, die sich hier vollziehen wird, dazu helfen, daß Recht und Gerechtigkeit überall zur Geltung gelange, und daß die Treue in allen deutschen Landen wachse! Gegenwärtige Urkunde haben Wir in zwei Ausfertigungen mit Unserer Allerhöchsteigenhändigen Namensunterschrift vollzogen und mit Unserem größeren Kaiserlichen Insiegel versehen lassen. Wir befehlen, die eine Ausfertigung in den Schlußstein des Gebäudes niederzulegen, die andere in Unserem Archive aufzubewahren.

Gegeben Leipzig, den 26. Oktober 1895.

(L. S.) Wilhelm I. R.
Fürst zu Hohenlohe."

28. Oktober. (Berlin.) Auf einem Festessen in Erinnerung an die Kapitulation von Metz hält der Kaiser folgende Rede:

„Mit ganz besonders erhobenen Herzen finden wir uns heute hier zusammen, um das Andenken des seligen Prinzen Feldmarschall zu feiern. Leider vermissen wir heute eines unserer wertesten Mitglieder, das Jahre lang für diese Feste so regsam gesorgt hat. Ich lese in Ihrer aller Blicke und aus aller Augen schlägt mir entgegen das, was Ihre Gefühle am heutigen Tage beseelt. Und wer sollte es uns verdenken, wenn am heutigen Abend an uns die Versuchung herantritt, über den Rahmen des Festes hinaus und über die Richtung, der die Gründung dieser Vereinigung zu Grunde gelegen hat, hinauszugehen. Ich werde aber doch dieser Versuchung widerstehen; wir wissen ja alle ganz genau, wessen wir am heutigen Tage zu gedenken haben und ich zumal, der ich soeben von dem Boden herkomme, wo die Thaten des großen Feldmarschalls sich vollzogen. Wir blicken zurück auf die Zeit vor 25 Jahren und wir danken der Vorsehung dafür, daß es uns vergönnt war, diesen großen Mann auch noch später unter uns zu sehen. Wie selten ist es doch Einem gegeben, im Leben zurückzublicken auf Großes, was man geleistet, und so auch fernerhin mit bauen zu helfen und zu sehen, was aus dem emporwächst, was man gesäet. Und so richtet sich auch heute wieder der Blick auf Dreilinden und wir empfinden, wie aus jener stillen Stätte, wo Freundschaft und Kameradschaft gepflegt wurde, der nimmer ruhende, alles umfassende Geist dieses Herrn in reger Verbindung mit dem von ihm so viel geliebten Heere stand, und wie selbst aus jenen stillen Räumen, über welche er mit Stolz geschrieben, „Klein, aber mein“, anregende Gedanken hervorgingen, die weiter entwickelt, geweckt und gepflegt wurden und Frucht bringen sollten und in Thaten umgesetzt worden sind, und wie das, was unsere Reiterei jetzt zu leisten im stande ist, auch seinem stillen Einfluß zu danken. Und mithin fordere ich Sie nunmehr auf, auch an dem heutigen Tage in stillem Dank das Andenken des hohen Herrn zu feiern, indem wir uns daran erinnern, wie huld- und gnadenreich er war und wie viel wir ihm sowohl auf dem persönlichen wie auch auf anderen Gebieten, zumal den militärischen, an Anregungen zu danken haben.“

28. Oktober. Reichstagsersatzwahl. Zentrum und Polen.

Im 7. Oppelner Wahlkreise (Pleß-Rybnik) wird gewählt Radwanski (Pole) gegen Frhrn. v. Huene (Z.). Da der Wahlkreis bisher dem Zentrum angehörte, so kommt es zu heftigen Erörterungen zwischen klerikalen und polnischen Blättern.

28. Oktober. (Bayern.) Landtag. Verhältnis zu Preußen, zur Umsturzvorlage; Antrag auf Abänderung des Wahlrechts.

Abg. Grillenberger (Soz.) greift die Regierung wegen ihrer Stellung zur Umsturzvorlage lebhaft an und kritisiert unter heftigen Ausfällen die Haltung der Bundesstaaten im Bundesrate gegenüber der Präsidialmacht. Minister Freiherr v. Crailsheim erwidert, der Haß der Sozialdemokraten gegen die monarchischen Grundlagen des Reiches sei begreiflich. Er könne aber nur mit höchstem Danke konstatieren, daß es zum Teil nur durch das Eingreifen der höchsten Spitze des Reiches gelungen sei, Fragen von einschneidendem Interesse für Bayern in einem den bayerischen Wünschen günstigen Sinne zu lösen. Die Stellung der Regierung zu der Frage einer Verschärfung der Strafgesetzgebung sei unter anderem dadurch bedingt gewesen, daß auch in Bayern die anarchistische Bewegung hervorgetreten wäre. Die anarchistische Bewegung sei in Bayern allerdings nicht selbständig; aber das anarchistische Element sei in sozialdemokratischen Versammlungen in sehr bemerkbarer Weise zu Tage getreten. Im übrigen habe das bayerische Strafgesetzbuch von 1861 viel schärfere Bestimmungen

als die sogenannte Umsturzvorlage enthalten. Die Frage, ob die Umsturzvorlage eine vollständige Abhilfe gewesen wäre, glaube er allerdings verneinen zu müssen, da erst die bürgerlichen Parteien aus ihrer Indolenz aufwachen müßten und ihre Kräfte nicht in gegenseitigem Kampfe aufreiben dürften, sondern sich zusammenschließen müßten zum gemeinsamen Kampfe gegen den gemeinsamen Feind.

Ein Antrag Ratzinger (Bayer. Bauernbund), das allgemeine direkte Wahlrecht für die Landtagswahlen einzuführen, wird auf Antrag des Zentrums durch Uebergang zur Tagesordnung (mit 69 gegen 53 Stimmen) erledigt.

1. bis 4. November. Besuch des Königs von Portugal am Kaiserlichen Hofe. Der Kaiser ernennt den König zum Chef des Infanterie-Regiments Nr. 20.

5. November. (Dortmund.) Reichstagsersatzwahl.

Der Kandidat der Nationalliberalen Möller erhält in der Stichwahl 21 305, Dr. Lütgenau (Soz.) 24 033 Stimmen. In der Hauptwahl (25. Okt.) fielen auf Lütgenau 17 182, auf Möller 17 117, auf Lensing (Z.) 14 636. Der Sieg Lütgenaus wird auf die Hilfe des Zentrums, das Wahlenthaltung proklamiert hatte, zurückgeführt.

8. November. (Bayern.) Das Abgeordnetenhaus genehmigt die Errichtung einer staatlichen Mobiliarversicherungsanstalt und lehnt den Antrag der Sozialdemokraten auf Ausschluß der Privatversicherung ab.

12. November. (Baden.) Zusammentritt des Landtags.

14. November. (Sachsen.) Eröffnung des Landtags durch den König.

21. November. (Breslau.) Parteitag der Konservativen Schlesiens.

Die Versammlung fordert Aenderung der Wirtschaftspolitik zu Gunsten der Landwirtschaft und des Handwerks, Fortführung der Sozialpolitik unter Abweisung der jüngeren christlich-sozialen Richtung und Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Gesetzgebung und Verwaltung.

22. November. (Mecklenburg-Schwerin.) Der Landtag lehnt eine Gehaltsaufbesserung der Volksschullehrer durch Landesmittel prinzipiell ab.

29. November. (Berlin.) Maßregeln gegen die Sozialdemokratie (vgl. S. 180).

Das kgl. Polizeipräsidium löst 11 Berliner sozialdemokratische Vereine auf, darunter den Parteivorstand auf Grund des § 8 der Verordnung über die Verhütung der Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbräuche des Versammlungs- und Vereinsrechts vom 11. März 1850, welcher die besonderen Beschränkungen aufzählt, welchen Vereine unterworfen sind, die bezwecken, politische Angelegenheiten in Versammlungen zu erörtern.

2. Dezember. (Berlin.) Feier des 100jährigen Stiftungs-

festes der militärärztlichen Bildungsanstalten. Neuorganisation. Kaiserliche Ordres.

Der der Feier beiwohnende Kriegsminister verliest folgende Allerhöchste Ordre: „Aus Anlaß der 100jährigen Stiftungsfeier des medizinisch-chirurgischen Friedrich Wilhelms-Instituts bestimme Ich, daß die jetzt bestehenden militär-ärztlichen Bildungsanstalten und zwar das medizinisch-chirurgische Friedrich Wilhelms-Institut und die chirurgisch-medizinische Akademie für das Militär zu einer Anstalt vereinigt werden, welcher Ich den Namen „Kaiser Wilhelm-Akademie für das militär-ärztliche Bildungswesen“ gebe. Indem Ich mir die Genehmigung der weiteren Organisation dieser Akademie vorbehalte, erkenne Ich gern an, in wie hohem Maße die Anstalt in ihrem 100jährigen Bestehen um die militär-ärztliche Ausbildung und somit um die Interessen der Armee und der Marine sich verdient gemacht hat.“

Ferner richtet der Kaiser folgende Ordre an Generalarzt v. Coler: „Frankfurt a. O., 2. Dezember. An dem heutigen Tage, an welchem das medizinisch-chirurgische Friedrich Wilhelms-Institut die hundertjährige Wiederkehr seines Stiftungstages begeht, gedenke Ich besonders dankbar der opferwilligen und segensreichen Thätigkeit aller Mitglieder des Sanitätskorps, namentlich aber derjenigen, die in großer Zeit vor dem Feinde in den Feldlazarethen und in der Heimat das unabwendbare schwere Leid des Krieges zu lindern und zu heilen wußten; das Militärsanitätswesen ist seiner ernsten, dem Kampfe Mann gegen Mann gleich zu achtenden Aufgabe damals in allen seinen Gliedern und Teilen voll gerecht geworden. Ich füge gern hinzu, daß es seitdem mit der fortschreitenden Wissenschaft stets gleichen Schritt gehalten, ja der ärztlichen Kunst zum Segen der Menschheit neue Wege gewiesen hat. Dies ist nicht zum mindesten Ihr Verdienst, und Ich bin der Ueberzeugung, daß unter Ihrer bewährten Leitung das Sanitätskorps sich auch ferner den höchsten Anforderungen gewachsen zeigen wird. Sie wollen dies der Festversammlung mit Meinem gnädigsten Gruß und dem Ausdruck Meines Bedauerns, nicht selbst anwesend zu sein, zur Kenntnis bringen. Wilhelm.“

2. Dezember. (Breslau.) Der Kaiser hält auf einem Diner des Schlesischen Kürassier-Regiments folgende Rede:

„Die Einladung Meines Leib-Kürassier-Regiments zur Anteilnahme an seinem Regimentsfeste habe Ich mit Dank und freudigen Herzens angenommen. Sind doch die Stunden, die Ich im Kreise Meiner Kameraden zubringen darf, die Erholungsstunden, die wenigen, die mir gegönnt sind in einem mühevollen und arbeitsamen Leben. Mit besonderer Freude habe Ich die vielfachen Regimentsfeste, die in diesem Jahre die Erinnerung an die große Zeit vor 25 Jahren wieder wachriefen, feiern sehen und zum Teil selbst mitfeiern können, vor allem deswegen freudig, weil der Zusammenhang der Kameradschaft, auf der doch schließlich unsere ganze Armee beruht, nicht nur in dem Kreise der Offiziere, sondern auch im Kreise der Mannschaften in rührender Weise zu Tage getreten ist. Die vielen Tausende treuer Soldaten, die sich, zum Teil mittellos, zum Teil in hohem Alter, auf den Weg machten, sei es, die Felder zu besuchen, auf denen sie stritten und bluteten, sei es, um den Anschluß an das alte geliebte Regiment wieder aufzusuchen und mit ihm zu feiern, haben den Festen erst den rechten Stempel aufgedrückt. Wir wollen auch am heutigen Tage dankbar Derer gedenken, die an der Spitze der Schwadronen und im Regiment führend und fechtend dabei gewesen sind; wir wollen uns aber auch vergegenwärtigen, daß auch

dieser Tag nur ein Glied in der langen Kette der Ehrentage unserer Armee gewesen ist, die den Zweck hatten, unser großes deutsches Vaterland wieder zu einigen. Mithin glaube Ich, daß wir den heutigen Tag nicht besser feiern können, als indem wir von Neuem unter einander geloben und versprechen, das, was der große Kaiser und seine Führer damals zu stande gebracht haben, nun auch zu erhalten und zu verteidigen. Und je mehr man sich hinter Schlagworte und Parteirücksichten zurückzieht, desto fester und sicherer rechne Ich auf Meine Armee und desto bestimmter hoffe Ich, daß Meine Armee, sei es nach außen oder nach innen, Meiner Wünsche und Meiner Winke gewärtig sein wird. Daß dem so sei, dafür vertraue Ich dem Geiste, der auch in diesem Regiment lebt, und Ich greife dabei auf ein Wort zurück, das Mein hochseliger Herr Großvater einst sprach, als er in Koblenz nach der schweren Zeit ans Land stieg und bei dem großen feierlichen Empfange die Offizierskorps stehen sah, indem er auf sie hinweisend sagte: „Das sind die Herren, auf die ich mich verlasse.“ In dieser Empfindung erhebe Ich Mein Glas und trinke auf das Wohl des Leib-Kürassierregiments, von dem Ich hoffe, daß es stets seinem Namen, den es trägt, dem des Großen Kurfürsten, Ehre machen wird. Das Leib-Kürassierregiment hurra, hurra, hurra!“

3. Dezember. (Berlin.) **Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst eröffnet den Reichstag mit folgender Thronrede:**

Geehrte Herren!

Se. Majestät der Kaiser haben mir den Auftrag zu erteilen geruht, Sie in Seinem und der verbündeten Regierungen Namen willkommen zu heißen. Ihre Arbeiten fallen in die Tage der Erinnerung an die große Zeit, in welcher vor einem Vierteljahrhundert die Frucht der ruhmreichen Kämpfe erwuchs, deren Andenken wir unlängst gefeiert haben. Die Begründung des Reichs, die Einheit und Machtfülle des Vaterlandes war der Siegespreis, der unter des großen Kaisers Führung durch das treue Zusammenstehen der deutschen Fürsten und Völker, den Heldenmut unserer Heere, die Weisheit unserer Staatsmänner errungen wurde. Im dankbaren Rückblick auf jene Tage sich des Besitzes der schwer erworbenen nationalen Güter neu bewußt zu werden, getragen von diesem Bewußtsein, den Sinn auf das Ganze, das Einende in allem Streit der Meinungen und Interessen gerichtet zu halten -- solches ziemt dem deutschen Volk und dem deutschen Reichstag, der selbst eine Errungenschaft jener Kämpfe ist. Ihm liegt es ob, gemeinsam mit den verbündeten Regierungen auf dem vor 25 Jahren gelegten Grunde weiterzubauen in der von der Verfassung vorgezeichneten Richtung: zum Schutz und zur Entwicklung des nationalen Rechts und zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes. In dieser Richtung, geehrte Herren, liegen auch die Beratungsgegenstände, die Ihre Thätigkeit in Anspruch nehmen werden. Als bei dem Schlusse der Session, in welcher die großen Prozeßgesetze zur Verabschiedung gelangten, der Hochselige Kaiser Wilhelm am 22. Dezember 1876 den Reichstag um sich versammelte, gab Er der Hoffnung Ausdruck, daß der damals erreichten Einheit auf dem Gebiete der Rechtspflege die Rechtseinheit auf dem Gebiete des gesamten bürgerlichen Rechts folgen werde. Diese Hoffnung soll jetzt ihre Erfüllung finden. Im Laufe der Session wird Ihnen der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs vorgelegt werden. Durchdrungen von der Bedeutung, welche der endlichen Beseitigung der großen Verschiedenheiten auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts für das Ansehen des Reichs und für die wirtschaftliche Entwicklung des Volkes beiwohnt, haben die verbündeten Regierungen bei Prüfung des nach mühevoller Arbeit vollendeten Entwurfs bereitwillig Opfer

ihrer Wünsche und ihrer Ansichten gebracht. Sie geben sich der Hoffnung hin, daß der Reichstag in gleichem Geiste an die Beratung herantreten, und daß es so gelingen werde, zum Segen des Vaterlandes das große Werk zum Abschluß zu bringen. Der Versuch, in das gerichtliche Strafverfahren neue Bestimmungen einzuführen, welche die Schnelligkeit und die Gerechtigkeit der Strafverfolgung erhöhen, hat in der vorigen Session nicht zum Ziele geführt. Es wird Ihnen von Neuem ein Gesetzentwurf zugehen, durch welchen die erforderlichen Aenderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung in Vorschlag gebracht werden. Neben diesen Aufgaben im Bereich nationaler Rechtsentwicklung wird Ihre Mitwirkung für eine Reihe von Vorlagen in Anspruch genommen werden, die der Wohlfahrt der Erwerbsstände zu gute kommen sollen. Das Handwerk, dessen Gedeihen zu fördern die verbündeten Regierungen als eine ihrer vornehmsten Aufgaben ansehen, entbehrt zum weitaus größten Teile einer geordneten Vertretung, während den Regierungen für die der Lösung harrenden schwierigen Organisationsfragen der mitwirkende Beirat zahlreicher Kreise des Handwerksstandes fehlt. Zur Beseitigung dieses Mangels und zugleich als erster Schritt zur Lösung der Organisationsfrage ist eine Gesetzesvorlage über die Errichtung von Handwerkskammern bestimmt. Mit dem Börsenhandel, dessen entwickelte Formen bei der heutigen Ausdehnung des Umsatzes von Waren und Werten nicht entbehrt werden können, sind Gefahren verbunden, die sich zum Schaden des Volkswohlstandes oft genug fühlbar gemacht haben. Auch Volkskreise, die sich an Börsengeschäften nicht zu beteiligen pflegen, namentlich die Produzenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse, können durch den preisbildenden Einfluß der Börse in ihren wirtschaftlichen Interessen betroffen werden. Solchen Mißständen nach Möglichkeit zu begegnen, bezweckt der an die Vorschläge der Börsenenquetekommission anknüpfende Entwurf eines Börsengesetzes, der Ihnen nebst einer ergänzenden Vorlage über das kaufmännische Depotwesen unverweilt zugehen wird. Gegen eine Gruppe von Auswüchsen im Handel und Wandel richtet sich ein — einem Beschluß des Reichstags entgegenkommender — Gesetzesvorschlag zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes. In ähnlicher Richtung bewegt sich eine Vorlage, welche die gesetzlichen Vorschriften über den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter im Interesse der Molkereiproduktion zu erweitern unternimmt. Da sich die an das geltende Zuckersteuergesetz geknüpfte Erwartung einer internationalen Aufhebung der Ausfuhrzuschüsse bisher leider nicht erfüllt hat, und im Hinblick auf die ungünstige Rückwirkung, welche die allgemeine Lage des Zuckermarktes auf die landwirtschaftlichen Erwerbsverhältnisse ausübt, hat sich der lebhafte Wunsch nach einer umfangreichen Reform der einschläglichen Gesetzgebung geltend gemacht. Die schwierige Aufgabe ist zur Zeit Gegenstand der Erwägung seitens der verbündeten Regierungen. Schon in der letzten Tagung ist Ihnen ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der die Gewerbeordnung unter anderem in den auf das Wandergewerbe bezüglichen Vorschriften abzuändern bezweckte. Dieser Entwurf ist einer wiederholten Prüfung unterzogen worden und wird Ihrer Beschlußfassung von Neuem unterbreitet werden. In den am 1. April d. Js. in Kraft getretenen Vorschriften über die Sonntagsruhe der gewerblichen Arbeiter erblicken die verbündeten Regierungen einen bedeutsamen Schritt auf dem Gebiete der Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen. Mit Genugthuung darf hervorgehoben werden, daß diese Vorschriften im allgemeinen ohne Benachteiligung berechtigter Interessen durchgeführt sind. Bei sorgfältig vorbereitetem, schrittweisem Vorgehen wird auch die noch ausstehende Ausführung der auf den Schutz der Arbeiter gegen gesundheitsschädliche Ueberanstrengung abzielenden Bestimmungen der Gewerbeordnung sich,

soweit dafür ein Bedürfnis anzuerkennen ist, ermöglichen lassen. Die Entwürfe der Haushaltspläne des Reichs und der Schutzgebiete für das nächste Etatsjahr werden Ihnen ungesäumt zugehen. Trotz sparsamer Bemessung der Ausgaben waren die allen Bundesstaaten gemeinsamen Matrikularbeiträge nicht unerheblich höher einzustellen, als die nach vorsichtiger Schätzung zu erwartenden Ueberweisungen. Immerhin hält sich aber die noch verbleibende Belastung innerhalb der Mehreinnahmen, welche in dem jüngst abgelaufenen Rechnungsjahre über die etatsmäßige Annahme hinaus den Einzelstaaten aus Zöllen und Verbrauchsabgaben zugeflossen sind. Auch die laufende Etatsperiode verheißt nach den bisherigen Ergebnissen einen günstigen Abschluß. Treten demgemäß die Unzuträglichkeiten, welche für die Finanzwirtschaft der einzelnen Bundesstaaten aus ihrer Beziehung zum Reichshaushalt entspringen, gegenwärtig weniger in die Erscheinung, so bleibt es doch eine ernste Aufgabe der Gesetzgebung, dem Reiche und seinen Gliedern auf dem Gebiete ihres Finanzwesens ein höheres Maß gegenseitiger Unabhängigkeit zu sichern. Die guten und freundlichen Beziehungen des Reichs zu allen auswärtigen Mächten dauern unverändert fort. Im Verein mit den Regierungen Rußlands und Frankreichs ist Deutschland bemüht gewesen, den aus dem Kriege der beiden großen ostasiatischen Reiche drohenden weiteren Verwicklungen vorzubeugen. Unsere Bestrebungen sind, Dank der verständnisvollen Mäßigung der japanischen Regierung, von Erfolg gewesen und werden mit dazu beitragen, Deutschlands Gewerbefleiß und Handel ein Feld friedlichen Schaffens zu erhalten und zu erweitern. Den beklagenswerten Vorgängen im türkischen Reiche und der dadurch geschaffenen Situation ist unsere ernste Aufmerksamkeit zugewandt. Getreu seinen Bündnissen und den bewährten Grundsätzen deutscher Politik ist das Reich allzeit bereit, mit den durch ihre Interessen in erster Reihe berufenen Mächten zusammen zu wirken, um der Sache des Friedens zu dienen. Die Einmütigkeit des Entschlusses aller Mächte, die bestehenden Verträge zu achten und die Regierung Seiner Majestät des Sultans bei Herstellung geordneter Zustände zu unterstützen, begründet die Hoffnung, daß den vereinten Anstrengungen der Erfolg nicht fehlen werde. Auf Allerhöchsten Befehl erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen den Reichstag für eröffnet.

4. Dezember. Der Reichstag wählt das vorige Präsidium wieder (vgl. S. 85).

Dezember. Der Kaiser kehrt am 4. von Schlesien nach Berlin zurück und reist am 5. nach Hannover, von wo er am 7. nach Potsdam zurückkehrt.

5. Dezember. (Berlin.) Infolge der Auflösung des sozialdemokratischen Parteivorstandes (S. 192) übernimmt die sozialistische Reichstagsfraktion die vorläufige Leitung der Partei.

8. Dezember. Der preußische Minister des Innern v. Köller nimmt seine Entlassung und an seine Stelle tritt der bisherige Regierungspräsident in Düsseldorf Frhr. v. d. Recke v. d. Horst.

Dezember. Veranlassung zum Ministerwechsel. Differenzen im Staatsministerium; Köllers Konflikt mit Prof. Delbrück; Meldung der „Deutschen Tageszeitung“.

In der Presse wird der Rücktritt Köllers aus den verschiedensten Ursachen abgeleitet. Schon seit längerer Zeit waren Gerüchte über Krisen im Staatsministerium verbreitet, die mit Differenzen zwischen Herrn v. Köller und den Ministern von Bötticher, v. Marschall und v. Bronsart motiviert wurden. Die Meinungsverschiedenheiten sollten sich teils auf das Vorgehen gegen die Sozialdemokratie, teils auf die Reform der Militärgerichtsbarkeit beziehen. Namentlich der Krigsminister sollte mit Herrn v. Köller in Konflikt geraten sein und sich über ihn beim Kaiser beschwert haben. Dieser Behauptung widerspricht indessen der „Reichs-Anzeiger“, der ferner feststellt, „daß die an sich belanglose Thatsache einer Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Herren die Ursache des Rücktritts des Herrn v. Köller nicht ist.“

Ferner wird behauptet, daß eine Anklage Köllers gegen Prof. Hans Delbrück, den Redakteur der „Preußischen Jahrbücher“ seine Demission mitveranlaßt habe. Delbrück hatte in einer Politischen Korrespondenz der Preuß. Jahrb. (Bd. 82 S. 183) das Verhalten der Polizei gegen die Sozialdemokratie lebhaft getadelt und deshalb hatte der Minister des Innern, als Chef der Polizei, gegen ihn eine Anklage wegen Beleidigung der Polizei erhoben. (Anf. November.) Diese Anklage, die in der deutschen und einem großen Teil der ausländischen Presse entschiedne Mißbilligung erfuhr, nahm der Minister zurück (30. November), nachdem er mit Prof. Delbrück eine Aussprache gehabt hatte, ohne daß jedoch dieser eingelenkt oder sich zu irgend einer Erklärung herbeigelassen hatte. (Vergl. Preuß. Jahrb. Bd. 82 S. 558 und Bd. 83 S. 208.) Die Zurücknahme der Klage soll nun auf Allerhöchsten Befehl erfolgt sein und Herrn v. Köller zum Rücktritt bewogen haben.

Wieder eine andere Begründung gibt die „Deutsche Tageszeitung“, die Herr v. Köller selbst als am besten orientiert bezeichnet (in einer Zuschrift an die „Saale Ztg.“): „Anfangs November erschienen in der Presse, vor allem in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ Mitteilungen über die bevorstehende Reform des Militärstrafprozeßverfahrens, — Mitteilungen, die aus kundigen Kreisen stammen mußten, da sie von den im Staatsministerium thatsächlich vorhandenen Meinungsverschiedenheiten unterrichtet waren. Sofort wurde die Vermutung ausgesprochen, daß Herr v. Köller diese Mitteilungen in der Presse veranlaßt habe, oder daß er mindestens dahinter stecke. Diese Vermutung war durchaus falsch; Schleichwege zu wählen, entspricht Herrn v. Köllers Art nicht. Inzwischen ist ja auch festgestellt worden und, wie wir vermuten, dem Reichskanzler bekannt, daß die Mitteilungen in den „Münch. Neuesten Nachr.“ von ganz anderer Seite, aus ganz anderer Umgebung stammten. Ohne daß Herr v. Köller irgend etwas ahnte oder verständigt worden war, erschien dann der Ministerpräsident bei ihm, um ihm im Auftrage der übrigen Staatsminister mitzuteilen, man sei zwar überzeugt, daß Herr v. Köller jenen Veröffentlichungen fernstehe, aber man nehme es ihm übel, daß er bei der Hofjagd in Letzlingen am 15. November (10 Tage nach dem Erscheinenen jener Veröffentlichungen!) mit Herren der Umgebung des Kaisers über die Angelegenheit gesprochen habe. Der Umstand, daß er sich dabei in Abwehr ungerechtfertigter Angriffe befunden habe, könne ihn nicht entschuldigen, das Staatsministerium habe kein Vertrauen mehr zu ihm und so sei die Vorbedingung für ein gedeihliches Zusammenwirken genommen. Andere Gründe, Meinungsverschiedenheiten anderer Art oder Mißhelligkeiten, wie sich der Reichskanzler auszudrücken beliebte, sind uns nicht bekannt geworden. So glauben wir beispielsweise zu wissen, daß die lediglich sachlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Herrn v. Köller und dem Herrn Kriegsminister längst gehoben waren, und daß zwischen Herrn

v. Köller und Herrn v. Bronsart heute wie immer ein Verhältnis gegenseitiger Hochschätzung besteht. Nach dieser Eröffnung des Reichskanzlers hat nun Herr v. Köller selbstverständlich sein Abschiedsgesuch eingereicht und ist fest bei der Absicht zu gehen geblieben, weil er begreiflicherweise einem Ministerium nicht angehören wollte, das so gegen ihn vorgegangen war. Ob an der Besprechung des Ministeriums sämtliche Staatsminister oder nur ein Teil derselben sich beteiligte, ist uns nicht bekannt. Das aber ist bekannt, daß Herr v. Bötticher und Herr v. Marschall darüber mit dem Kanzler verhandelt haben. Wenn wir annehmen dürfen, daß diese Mitteilungen den Thatsachen entsprechen, so ist der Rücktritt aus einem solchen Grunde um so bedauerlicher, und er bestätigt unsere gestrige Ansicht, daß dieser Rücktritt des Herrn v. Köller keine Niederlage nach keiner Richtung hin bedeute. Noch einmal möge hervorgehoben werden, daß alle anderen Gerüchte über die Ursachen von kundiger Seite als durchaus unrichtig, aus den Fingern gesogen oder tendenziös erfunden bezeichnet werden."

Die Erklärung Hohenlohes über den Ministerwechsel siehe S. 200.

9. Dezember. (Reichstag.) Etatsberatung. Rede Posadowskys; Marschall über das Verhältnis zu Nordamerika.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky legt den Etat vor. Dieser schließt mit einem Betrage von 1 259 221 983 ℳ gegen 1 239 250 441 ℳ des Vorjahres ab. Die fortdauernden Ausgaben betragen 1 136 389 424 ℳ, die einmaligen ordentlichen Ausgaben 93 489 438 ℳ, die einmaligen außerordentlichen Ausgaben 29 350 921 ℳ. Der Schatzsekretär wendet sich gegen die Behauptung, daß die Veranschlagung der Einnahmen in früheren Etatsjahren zu niedrig erfolgt wäre, um eine Stütze für die Begründung neuer Steuern zu gewinnen. Die Finanzverwaltung dürfe die Einnahmen nicht höher schätzen, ohne gegen die Grundsätze rationeller Etatsaufstellung zu verstoßen. Aus unerwarteten Ueberschüssen und Mehrüberweisungen an die Bundesstaaten dürfe man jenen Schluß auch nicht ziehen; in früheren Rechnungsjahren hätten wir viel größere Schwankungen in den Ueberweisungen gehabt, als im Jahre 1894/95. In diesem betrug der Ueberschuß allerdings 27½ Millionen, wovon aber gerechterweise der Ertrag der Börsensteuer mit 14⅔ Millionen abzuziehen sei. Dann bleibe nur eine Mehrüberweisung von 12⅔ Millionen, welche einerseits unerwartet sei, andererseits eine minimale Summe bedeute gegenüber den Mehrüberweisungen anderer Jahre. Die Regierungen hielten an dem Gedanken der Finanzreform fest und seien bemüht, weder den Einzelstaaten, noch den Steuerzahlern wesentlich höhere Opfer aufzuerlegen.

Abg. Fritzen (Z.) bittet das Auswärtige Amt um Aufklärung wegen der Drohungen des Präsidenten Cleveland gegen Deutschland in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten. Staatssekretär des Auswärtigen Amts Freiherr Marschall v. Bieberstein: Meine Herren, der geehrte Herr Vorredner hat den Wunsch ausgesprochen, unter Hinweis auf die jüngste Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Aufklärung über die dort berührten Verhältnisse zu erhalten. Ich erachte diesen Wunsch für durchaus gerechtfertigt und komme ihm sofort um so lieber nach, als ja weite Interessenkreise in Deutschland durch die angeregte Frage berührt werden. Wenn ich über die handelspolitischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland in diesem Augenblicke spreche, so muß ich die Thatsache voranstellen, daß bezüglich einer für Deutschland außerordentlich wichtigen Angelegenheit, nämlich bezüglich der Behandlung des

deutschen Zuckers die Sachlage heute noch fortdauert wie vor einem Jahre. (Hört, hört!) Sie wissen, daß im vorigen Jahre der amerikanische Kongreß eine Gesetzesabstimmung angenommen hat des Inhalts, daß der Zucker aus Prämien zahlenden Ländern einen Zollzuschlag von 1/10 Cent pro amerikanisches Pfund zu zahlen habe. Von dieser Bestimmung ist neben anderen europäischen Ländern auch Deutschland betroffen worden. Wir haben sofort entschiedenen Einspruch gegen diese Bestimmung erhoben, von der Ansicht ausgehend, daß sie im Widerspruch stehe mit unserem vertragsmäßigem Meistbegünstigungsrecht. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat — das erkenne ich gern an — mit voller Loyalität alles gethan, was in ihren Kräften stand, um unserer Beschwerde Geltung zu verschaffen. In seiner vorjährigen Botschaft hat der Präsident der Vereinigten Staaten ausdrücklich den Kongreß gebeten, diesen Zuschlag wieder aufzuheben; der Versuch ist gescheitert an dem Widerstande des Senats, und so besteht bis zur heutigen Stunde die mit unserm Vertrage in Widerspruch stehende differentielle Behandlung des deutschen Zuckers in Amerika fort. Unter diesen Umständen mußte es allerdings überraschen, daß der Herr Präsident der Vereinigten Staaten in seiner jüngsten Botschaft gegen Deutschland den Vorwurf erhebt, daß hier amerikanische Nahrungsmittel einer differentiellen Behandlung unterzogen würden und eine vexatorische Behandlung amerikanischer Versicherungsgesellschaften stattfinde. Ich nehme keinen Anstand, diese Behauptung als der Begründung entbehrend zu bezeichnen. (Bravo!) Wir haben vor einiger Zeit die Einfuhr amerikanischen Rindviehes und Rindfleisches in Deutschland verboten, nachdem in einem Transport sich die Symptome einer der gefährlichsten Viehkrankheiten gezeigt haben, nämlich des Texasfiebers, und nachdem die Sachverständigen zu dem Schlusse gelangten, daß diese gefährliche Krankheit nicht nur durch das lebende Vieh, sondern auch durch das geschlachtete Fleisch übertragen werden könne. Wir haben gleiche Maßregeln gegenüber allen Staaten eintreten lassen, von denen die Einschleppung von Seuchen zu befürchten war. Es trifft also nicht zu, daß diese Maßregel einen differentiellen Charakter gegenüber den Vereinigten Staaten habe. Wir haben diese Maßregel ergriffen in Ausübung dieser Pflicht, soweit möglich für die Erhaltung des deutschen Viehbestandes zu sorgen (Bravo!), und wir sind nicht im stande, diese Pflicht irgend welchen handelspolitischen Interessen anderer Länder unterzuordnen. (Lebhafter Beifall.) Was dann die Frage der Versicherungsgesellschaften betrifft, so ist die Sachlage folgende: in Preußen sind von dem Ministerium des Innern eine Reihe von Vorschriften erlassen, welche für die Versicherungsgesellschaften Normen aufstellen bezüglich ihrer Rechnungslegung, bezüglich der Veröffentlichungen der Bilanz u. s. w. Diese Normen sind genau dieselben für die inländischen Gesellschaften, wie für die ausländischen; jede Gesellschaft muß sich denselben fügen. Nun haben amerikanische Versicherungsgesellschaften, nachdem längere Zeit mit ihnen verhandelt wurde, die Erklärung abgegeben, daß sie nach ihrer ganzen Geschäftsgebahrung nicht in der Lage wären, sich allen diesen Bestimmungen zu fügen, und darauf sind einzelne derselben geschlossen, bezw. ist ihnen die Konzession zum Abschluß weiterer Versicherungsverträge entzogen worden. Wenn diese amerikanischen Versicherungsgesellschaften einen so großen Wert darauf legen, wiederum in Preußen zugelassen zu werden, so bleibt es ihnen anheimgestellt, die Erklärung abzugeben, daß sie sich diesen Bestimmungen fügen wollen, die — ich wiederhole es — für die inländischen Gesellschaften genau so gelten, wie für die ausländischen. (Bravo!) Also auch hier kann von einer differentiellen Behandlung der amerikanischen Gesellschaften nicht die Rede sein. Ob diese Bestimmungen zweckentsprechend sind, darüber hat lediglich die königlich preu-

ßische Regierung zu befinden; ich bin der Ansicht, daß einem fremden Staate darüber das Recht einer Kritik nicht zusteht. (Lebhafter Beifall.) Das ist die Sachlage. Wir haben alle Zeit unsere vertragsmäßigen Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten getreu und loyal erfüllt. Wir haben — das ist Ihnen bekannt — uns dadurch recht lebhafte Angriffe von landwirtschaftlicher Seite zugezogen. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben diesen Angriffen stand gehalten und werden es auch in Zukunft thun. Wir werden aber andererseits auch uns durch Drohung mit Repressalien nicht einschüchtern und zum Zurückweichen bewegen lassen. (Bravo!) Die deutsche Regierung, das kann ich hier erklären — ist alle Zeit bereit, die Fragen, die aus den handelspolitischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten entstehen, auf dem Boden unseres Vertrages in dem Geiste zu behandeln, wie es den weitverzweigten Verkehrsbeziehungen zweier großen befreundeten Nationen entspricht. Wir erwarten dabei allerdings von anderer Seite eine volle Gegenseitigkeit. (Bravo!) Und darum, meine Herren, möchte ich Sie bitten, zu dem Auswärtigen Amt das Vertrauen zu haben, daß es bei weiterer Behandlung dieser Angelegenheit mit der Festigkeit, welche unserem Rechte und unserer Pflicht entspricht, die Ruhe und die Mäßigung verbinden wird, auf welche unsere beteiligten Interessen einen wohlbegründeten Anspruch haben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Kardorff (DRP.) ist von dieser Erklärung befriedigt, tadelt aber im übrigen die Politik der Regierung. Die Handelsbilanzen seien seit 1889 ungünstiger geworden, die Landwirtschaft verarme, und die Sozialdemokratie sei gefährlicher als je. Die Lage ist eine sehr ernste, ich warne davor, mit dem Feuer zu spielen; Pastoren, Aerzte, Juristen und Professoren sind für die sozialistischen Ideen heute ebenso begeistert wie die Gebildeten vor der Revolution für die Ideen Rousseaus. Ich habe das Gefühl, daß man in diesen Kreisen die Gefahr der Sozialdemokratie gar nicht erkennt. Allen diesen Gefahren stehe eine in sich zerrissene Regierung gegenüber.

10./12. Dezember. (Reichstag.) Etat. Hohenlohe über Köllers Entlassung. Debatte über die Prozesse gegen die Sozialdemokratie.

Abg. Richter (frs. Vp.) greift die Schätzungen des Grafen Posadowsky heftig an. Die geplante Finanzreform würde eine Steuererhöhung sein. Die Forderungen der Militärverwaltung seien zu hoch, insbesondere müsse die Pensionierungen vermindert werden. Redner tadelt, daß noch keine Reform der Militärgerichtsbarkeit vorbereitet werde und weist die Angriffe der Presse auf die angeblich ungenügenden Leistungen der vierten Bataillone zurück. Die Bestrebungen Deutschland eine große Schlachtflotte zu verschaffen gingen über die Mittel des Reiches. Das Blühen des Handels sei unabhängig von der Größe der Flotte. Die Kolonialpolitik werde viel zu militärisch betrieben. Durch das geplante Zuckersteuergesetz werde der reiche Westen begünstigt, der Osten geschädigt.

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Meine Herren, ich bin genötigt, auf eine Aeußerung des Herrn v. Kardorff, die er am Schlusse seiner gestrigen Rede gethan hat, mit einigen Worten zu erwidern. Herr v. Kardorff hat der Regiernng den Vorwurf des Mangels an Einheitlichkeit des Thuns und Wollens gemacht. Er bezog sich dabei auf zwischen Zeitungen bestehende Fehden und Kämpfe und meinte, daß hieran Mitglieder der Regierung beteiligt seien. Ich wundere mich, daß ein so erfahrener Politiker wie Herr v. Kardorff solchem Gerede in den

öffentlichen Blättern Glauben geschenkt hat, und darf nicht zögern, seiner Annahme von mangelnder Einheit in der Regierung entgegenzutreten. Wenn Zeitungen, die für offiziös gelten, sich bekriegen, so kann hieraus doch nicht gleich gefolgert werden, daß die Minister sich bekämpfen. Bei der Beurteilung über die Einheitlichkeit der Regierung kommt es hauptsächlich auf das Ziel und die Richtung ihrer Politik an. Ziel und Richtung der Politik sind in meinem Programm, das ich im vorigen Jahre beim Eintritt in die Session gegeben habe, festgelegt. Daran hat sich nichts geändert, und die Minister sind nach wie vor damit einverstanden. In keinem Punkte ist eine Abweichung des Programmes erfolgt, und der Mangel an Einheitlichkeit ist also in das Gebiet der Legende zu verweisen. (Bravo!) Meinungsverschiedenheiten finden überall da statt, wo Menschen sich zu gemeinsamer Arbeit vereinigen. Wir, die Minister, suchen die Meinungsverschiedenheiten in friedlicher Weise zu lösen und auszugleichen. Der Rücktritt des Herrn Ministers v. Köller ist nicht ausschließlich auf Meinungsverschiedenheiten zurückzuführen; er ist veranlaßt worden durch Mißhelligkeiten, die sich an Meinungsverschiedenheiten geknüpft haben. (Hört! hört! links.) Ich war zu meinem Bedauern nicht in der Lage, diese Mißhelligkeiten auszugleichen. Weder Zeitungsartikel, noch auch die Frage der Zweckmäßigkeit der Maßregel gegen die sozialdemokratischen Vereine in Berlin sind dabei in Frage gekommen. Wenn der Regierung Mangel an kräftiger Initiative vorgeworfen wird, so möchte ich doch dabei bemerken, daß eine kräftige Initiative nur mit einem Reichstage zu machen ist, der eine geschlossene Majorität aufweist. Das ist bei uns nicht der Fall. Dazu kommt, daß zahlreiche Interessen sich im Reichstage geltend machen, die den Gang der Regierung erschweren. Wir werden aber dessenungeachtet fortfahren, so, wie es Herr v. Kardorff wünscht, Ruhe, Ordnung und Wohlhabenheit zu fördern und den drohenden Gefahren entgegenzutreten; wir werden fortfahren, die gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung, gegen Monarchie und Religion gerichteten Bestrebungen zu bekämpfen. Der Versuch, diese Bestrebungen auf dem Wege der Reform des allgemeinen Rechts zu bekämpfen, ist mißlungen; ich komme heute darauf nicht zurück, auch ist es nicht unsere Absicht, dem Reichstag ein neues Gesetz in diesem Sinne vorzulegen. Allein der ruhige Bürger bedarf des Schutzes, und es ist notwendig, daß die Gesetze zur Anwendung kommen, welche bestehen und die Mittel gewähren, um Staat und Gesellschaft zu schützen. (Zuruf links. Glocke des Präsidenten.) Selbstverständlich können hierdurch die weiteren Erwägungen, ob die vorhandenen gesetzlichen Mittel zur Erhaltung des gewollten Zweckes ausreichen, nicht ausgeschlossen werden. (Hört, hört! links.) Wenn sich die sozialdemokratische Partei in ihrer Presse über die jetzige Anwendung der Gesetze beklagt, so möchte ich sie doch darauf aufmerksam machen, daß die Partei selbst daran schuld ist. Die Partei und die sozialdemokratische Presse waren es, die in diesem Sommer, als die deutsche Nation sich der Erinnerung an die großen Errungenschaften und die Siege des Jahres 1870/71 freute und mit Dank und Stolz des ehrwürdigen Kaisers dachte, dessen Mut und Weisheit wir die Gründung des Deutschen Reichs verdanken, (lebhaftes Bravo!) — diese Partei war es, die jene nationale Bewegung mit Hohn und Spott überschüttete, (hört, hört!) getreu dem Grundsatz ihres Führers, daß Vaterland in unserem Sinne ein kulturwidriger, reaktionärer Begriff sei. (Bewegung.) Ich beschränke mich auf dieses Zitat, es genügt, um zu zeigen, welcher Geist jenen Angriffen zu Grunde liegt. Das alles hat tief verletzt, und sehr oft ist an mich die Frage gerichtet worden: wie lange soll das noch geduldet werden? Die Herren Sozialdemokraten dürfen nicht vergessen, daß Grundsätze, wie sie in dem System des Kollektivismus, Kommunismus

und anderen ähnlichen Systemen zu tage treten, bei dem ruhigen Bürger nicht den Eindruck der wissenschaftlichen Erörterung machen. Der friedliche Bürger sieht darin kulturfeindliche, vaterlandswidrige, vaterlandslose Bestrebungen; es sind nicht Wenige, die in dem Zukunftsstaat der Sozialdemokraten nicht einen Rechtsstaat, sondern einen Raubstaat erblicken. Daß hiebei das Fefühl der Sicherheit vermindert wird, ist natürlich, und daß man infolge dessen sich bei der Staatsgewalt nach Schutz umsieht, ebenfalls. Wenn wir seit diesem Sommer die Zügel etwas straffer angezogen haben, so sind wir den Gefühlen aller Wohlgesinnten im Deutschen Reiche gerecht geworden. (Bravo! rechts.)

Am folgenden Tage kritisiert Abg. Bebel (Soz.) scharf das Vorgehen gegen die Sozialdemokratie, insbesondere die Rede des Kaisers vom 2. September, weshalb ihm vom Präsidenten wiederholt untersagt wird, die Person Sr. Majestät in die Debatte zu ziehen. Die Sozialdemokraten hätten früher für die Einheit Deutschlands gewirkt als die Fürsten und Junker; sie dächten nicht an einen gewaltsamen Umsturz, der natürliche Entwickelungsgang sei ihnen günstiger; die wahren Umstürzler seien Herr v. Stumm, Graf Kanitz und die nationalliberalen Großkapitalisten. Die Ursache der Sozialdemokratie sei der Kapitalismus. Die Rechtsprechung werde parteiisch gegen die Sozialdemokraten angewendet, die neuen Steuergesetze verteuerten die notwendigsten Lebensmittel. Für kulturwidrige Zwecke, wie Militär und Marine, werde Geld ausgegeben, für Kulturaufgaben sei nichts vorhanden. Der Reichstag müsse die massenhaften Pensionierungen verhindern. Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff weist die Angriffe auf die Armee zurück. In der nächsten Zeit werde dem Bundesrate ein Gesetz über die Militärstrafprozeßordnung zugehen. Die vierten Bataillone hätten ihre Aufgabe nicht erfüllt, sie müßten in den Rahmen der Heeresorganisation besser eingefügt werden, aber ohne Erhöhung der Präsenzziffer. Ueber die zweijährige Dienstzeit sei ein definitives Urteil noch nicht möglich. Abg. Barth (frs. Vg.) tadelt das Entgegenkommen der Regierung gegen die Agrarier und ihr Kokettieren mit der Währungskonferenz. Am 12. greift Abg. Zimmermann (Antis.) die Regierung an, weil sie nichts für den Mittelstand thue. Die Politik gegen die Sozialdemokratie sei nervös und allein der Umsturzpartei nützlich; die Angriffe auf die Professoren und Pastoren, die sich mit der sozialen Frage beschäftigten, seien ungerechtfertigt. Abg. Hausmann (südd. Vp.) tadelt die Kolonialpolitik und die Mehrforderung für die Marine. Die Auswärtige Politik sei gegen Japan nicht glücklich gewesen, hoffentlich verfahre sie in der türkischen Frage geschickter. Abg. Bebel (Soz.): Die Zunahme der Majestätsbeleidigungsprozesse sei durch die Provokationen, denen die Sozialdemokratie ausgesetzt gewesen sei, veranlaßt. Diese Prozesse würden in Anklage und Urteil tendenziös geführt. Justizminister Schönstedt weist die Vorwürfe wegen tendenziöser Prozeßführung zurück und führt aus, von einer Provozierung der Sozialdemokratie könne keine Rede sein, da sich die kaiserlichen Worte gegen vorhergegangene Ausschreitungen der Sozialdemokratie richteten. Abg. v. Stumm (RP.): Die Sozialdemokraten seien nicht berechtigt, im Reichstage zu sitzen, da sie Diäten bezögen, was die Verfassung verböte. Da bei der Zusammensetzung des Reichstags eine legislatorische Initiative nicht möglich sei, müsse die Sozialdemokratie auf dem Wege der Verwaltung und Justiz bekämpft werden. Herrn v. Köller seien alle Gutgesinnten für sein scharfes Vorgehen dankbar. — Zahlreiche Etatspositionen werden der Budgetkommission überwiesen (12. Dez.).

11. Dezember. (Bayern.) Reichsräte. Militäretat.

Die Kammer der Reichsräte genehmigt den von den Abgeordneten am 6. angenommenen Militäretat und lehnt einen Antrag, der von der Abgeordnetenkammer beschlossenen Resolution, die thunlichste Verminderung der Pensionierung von Offizieren verlangt, beizutreten, mit 38 gegen 17 Stimmen ab.

13./14. Dezember. (Reichstag.) Erste Beratung des Gesetzentwurfs über den unlauteren Wettbewerb.

Staatssekr. v. Bötticher: Die Veröffentlichung des ersten Entwurfs habe viele Vorteile gehabt, sowohl durch Klärung der Materie durch sachverständige Gutachten aller Art, als dadurch, daß er neue Freunde einer gesetzlichen Regelung schuf. Gegenwärtig sei man wohl auf allen Seiten einig, daß etwas gegen den unlauteren Wettbewerb geschehen müsse, namentlich gegen überhandnehmende, unberechtigte Reklame. Es müsse dem Richter eine feste Norm gegeben werden, nach der er die Auswüchse der geschäftlichen Konkurrenz beurteilen solle. Am meisten umstritten wären die über den Verrat von Geschäfts- und Fabrikgeheimnissen. Es sei gesagt worden, dem Angestellten werde unmöglich gemacht, seine erworbenen Kenntnisse genügend auszunutzen. Nichts sei unbegründeter, als dieser Vorwurf, denn die Tendenz des Gesetzes sei gerade, die Schwachen gegen die Starken zu schützen. Eine solche Anwendung zu Ungunsten der Lehrlinge und Gehilfen sei völlig ausgeschlossen, es sollte nur die Ehrbarkeit im Geschäftsleben erhalten werden, der reelle Geschäftsmann gegen offenbare Schädigung seiner Konkurrenten geschützt werden. Die Existenz des Gesetzes werde schon genügen, um die Fülle des Verrats von Geschäftsgeheimnissen zu vermindern. Er hoffe, daß das Gesetz einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Förderung unserer Erwerbsverhältnisse bilden wird. Abg. Bassermann (nl.): Das Gesetz verdiene in vielen Punkten Zustimmung, in anderen genaue Nachprüfung, so die über den Verrat von Geschäftsgeheimnissen. Abg. Roeren (Z.) und Abg. v. Czarlinski (Pole) für das Gesetz. Abg. Singer (Soz.) gegen den Entwurf, der viele unerfüllbare Hoffnungen wecke. Abg. Vielhaben (Antis.) für die Vorlage im Interesse des Mittelstandes. Die Vorlage geht an eine Kommission (14. Dezember). (Vgl. Damme, der Schutz der Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, „Preuß. Jahrb." Bd. 80).

14. Dezember. Kardinal Melchers, 1866—75 Erzbischof von Köln, ein Hauptführer der Ultramontanen im Kulturkampfe, in Rom †.

14. Dezember. Der „Reichs-Anzeiger" publiziert den Schriftwechsel zwischen Deutschland und dem Kongostaate, betreffend die Hinrichtung des Elfenbeinhändlers Stokes (vgl. Afrika).

15./16. Dezember. Der Kaiser vereidigt die Marinerekruten in Kiel (15. Dezember) und besucht auf der Rückreise den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh.

16./17. Dezember. (Reichstag.) Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Errichtung von Handwerkerkammern.

Staatssekr. v. Bötticher: Dieser Entwurf solle eine praktische und wirksame Handhabe bei der Lösung der Handwerkerfrage bilden. Die

Lösung selbst solle er nicht sein. Es sei von Konflikten in der Presse die Rede gewesen zwischen ihm und dem Handelsminister Frhrn. v. Berlepsch, diese Behauptungen seien hinfällig, gerade in der Handwerkerfrage ziehe er mit dem Handelsminister an einem Strange. Die Einrichtung von Handwerkskammern sei der einmütige Vorschlag der verbündeten Regierungen. Diese Handwerkskammern sollen den preußischen Landwirtschaftskammern entsprechen, welche ohne einen sogenannten Unterbau geschaffen wurden. Auch folge man damit dem Vorgang auswärtiger Staaten. Er hätte geglaubt, daß nach der Aufnahme, welche die Errichtung der Handwerkskammer in der vorigen Session des Reichstags gefunden, er auf die Zustimmung derselben Herren rechnen dürfte, welche damals ihren Beifall ausdrückten. Gegen den Entwurf wäre einzuwenden, man könnte an Stelle der Handwerkskammern freie Konferenzen von Handwerkern einberufen. Mache man aber nicht der Regierung so oft den Vorwurf, sie berufe die Konferenzen nach Belieben ein? Wenn auf die bestehenden Organisationen und Korporationen hingewiesen worden, so müsse er doch als unbestrittene Thatsache hinstellen, daß nur die Minderzahl der Handwerker ihnen angehöre. Die Handwerkskammern sollten eben alle Handwerker zusammenfassen. Die Art der Zusammensetzung der Kammern könne vielleicht Bedenken erregen, welche aber in der Kommission widerlegt oder ausgeglichen werden könnten, auch dürfe man nicht vergessen, daß das im Entwurf Vorgeschlagene nur einen provisorischen Charakter trage. Der Herr Handelsminister sei an der Arbeit für einen definitiven Entwurf der Organisation des Handwerks. Frühestens könne derselbe aber dem nächsten Reichstage zugehen, inzwischen könnten die Handwerkskammern wertvolle Gutachten zu dieser Frage liefern. Der Entwurf, gegen den sich die Redner fast aller Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Freisinnigen aussprechen, wird an eine Kommission verwiesen.

Dezember. (Preußen.) Geistlichkeit und Sozialpolitik.

Der Oberkirchenrat erläßt eine Verordnung über die sozialpolitische Thätigkeit der Geistlichen, worin er sich namentlich gegen die eifrige Beteiligung jüngerer Geistlicher an politischen Versammlungen und öffentlichen Angelegenheiten wendet. Hinter diesen weltlichen Aufgaben werde nicht selten die pfarramtliche Thätigkeit hintenangesetzt, die Vertrauensstellung der Geistlichen in den Gemeinden gefährdet und die Würde des geistlichen Amtes kompromittiert. Dem gegenüber werden die Geistlichen nachdrücklich auf die Pflege der Seelsorge innerhalb ihrer Gemeinde hingewiesen („Kirchl. Ges.- u. Verordn.Bl." 10). Der Erlaß findet in mittelparteilichen und konservativen Blättern als eine Absage an die jüngeren Christlich-Sozialen (vgl. S. 189) vielen Beifall, in den diesen nahestehenden wie dem „Volk", der „Hilfe" ebenso viel Widerspruch.

Dezember. Konservative und Christlich-Soziale.

In einer Versammlung zu Liegnitz (16. Dezember) wird die Begründung einer „Christlich-sozialen Vereinigung für Schlesien" beschlossen. In dieser der jüngeren Richtung nahestehenden Versammlung hält Hofprediger a. D. Stöcker eine Rede, in der er als Ziel der christlich-sozialen Bewegung bezeichnet, „dem vierten Stande zur Gleichberechtigung zu verhelfen auf dem Wege des Christentums, entgegen den Bestrebungen der Sozialdemokratie". Die „Konserv. Korresp." greift diese Versammlung aufs heftigste an und warnt alle Konservativen dringend vor einer Beteiligung an diesem Vereine. Die „Nordd. Allg. Ztg." bezeichnet die Erklärung Stöckers als revolutionär und kommunistisch.

Ende Dezember. Deutschland, England und Transvaal.

In dem Konflikt zwischen England und Transvaal (siehe Afrika) steht die öffentliche Meinung durchaus auf Seite der Buren; die Regierung soll nach der „Köln. Ztg." Aufklärung über das Vorgehen gegen Transvaal gefordert haben.

30. Dezember. Der flüchtige Frhr. v. Hammerstein (vgl. S. 164) wird in Brindisi verhaftet.

II.

Die Oesterreichisch-Ungarische Monarchie.

3. Januar. Eröffnung der Landtage von Kärnthen, Salzburg, Bukowina, Tirol.

5. Januar. Der Kaiser reist nach Pest.

6. Januar. (Ungarn.) In Pest und größeren Provinzialstädten finden zahlreiche Volksversammlungen zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts, sowie der Vereins- und Versammlungsfreiheit statt.

9./11. Jan. (Pest.) Ministerkrisis (vgl. 1894 S. 244).

Der mit der Kabinetsbildung betraute Banus von Kroatien Graf Khuen-Hedervary findet in der liberalen Partei keine Unterstützung, so daß der König dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Baron Banffy die Kabinetsbildung überträgt (11. Januar).

10. Januar. Eröffnung der Landtage von Istrien, Triest und Dalmatien.

11. Januar. (Istrien.) Nationalitätenstreit.

Die slovenischen Abgeordneten erklären, dem Landtage fernbleiben zu wollen, weil die italienische Majorität auf ihre Interessen keine Rücksicht nehme und sie den Angriffen der Galerie schutzlos ausgesetzt sei.

Januar. Wahlrechtsfrage in den Landtagen.

Auf den Landtagen wird mehrfach die Wahlreform behandelt. Die radikalen Parteien, insbesondere die Jungtschechen, fordern das allgemeine direkte Wahlrecht; auch in den deutschen Provinzen sind die Städte für direkte Wahl, die Polen sind entschieden dagegen.

Januar. Vorbereitung zur Bismarckfeier.

In Steiermarck und Wien wird lebhaft für die Begrüßung des Fürsten Bismarck am 1. April agitiert. Klerikale Zeitungen protestieren gegen diese „antiösterreichische“ Feier.

14. Januar. (Pest.) Neubildung des Ministeriums. Aufnahme bei den Parteien.

Das neue Kabinet wird folgendermaßen zusammengesetzt: v. Banffy Vorsitz, Ladislaus Lukacs Finanzen, Desiderius Perzel Inneres, Alexander

Erdelyi Justiz, Graf Festetitsch Ackerbau, Wlassics Unterricht und Kultus, Ernst Daniel Handel, Fejervary Landesverteidigung und vorläufig Minister am Hoflager, Josipowitsch Minister für Kroatien. Später wird Josika Minister a latere.

Das Ministerium wird sehr lau aufgenommen, und es wird ihm nur kurze Amtsdauer prophezeit, da Banffy als der unbedeutendste liberale Politiker gilt. „Magyar Hirlap" meint, Banffy werde ein ergebener Diener der Krone werden. Franz Kossuth bezeichnet zwar im „Egyetertes" den Ausgang der Krise als einen Sieg über die Krone, ist aber mit dem Kabinet Banffy höchst unzufrieden. Die Siebenbürger Sachsen begegnen dem Ministerpräsidenten mit unverhohlenem Mißtrauen, da er in seiner Verwaltung des Komitats Bistritz eine gesetzlose Willkürherrschaft im Dienste des Magyarentums geführt habe.

13./21. Januar. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Programm des neuen Ministeriums.

Ministerpräsident v. Banffy erklärt, die Regierung werde sich vor allem bemühen, das Vertrauen und die Einigkeit zwischen beiden Häusern des Reichstages zu pflegen und zu festigen, und alles zur Beruhigung der Gemüter thun. Die Regierung werde stets objektiv verfahren. Das Kabinett werde die Geschäfte auf liberaler Grundlage in ungarisch nationaler Richtung führen und alle gegen den Staat als solchen und gegen die Einheit desselben gerichteten Angriffe auf das Entschiedenste bekämpfen. Das Kabinett werde die verfassungsmäßigen Rechte der fremdsprachigen Staatsbürger wahren und sichern und ein gutes Verhältnis zu Kroatien und Slavonien pflegen. Die Regierung stehe entschieden auf dem Standpunkte des Ausgleichs von 1867 und erblicke in demselben den Grundstein für die Sicherheit und Großmachtstellung der Monarchie, welche auch die Ungarn nach Kräften anstreben müßten. Die Regierung werde die Prinzipien des vorigen Kabinetts verfolgen und die kirchenpolitischen Gesetze innerhalb des festgesetzten gesetzlichen Zeitraumes durchführen, womöglich mit Schonung der Gefühle der einzelnen Konfessionen. Die noch übrigen Kirchengesetze werde die Regierung unter Aufrechterhaltung der für dieselben maßgebend gewesenen Prinzipien durchführen. Endlich werde die Regierung trachten, die Frage der katholischen Autonomie zu lösen, die Verstaatlichung der Verwaltung in Angriff nehmen, das Eisenbahnnetz, besonders gegen den Orient hin, vergrößern und den Ueberschuß im Staatshaushalte des nächsten Jahres dem Ackerbau zuwenden. (Lebhafte Eljenrufe rechts.)

Auf eine Anfrage des sächsischen Abg. Meltzl über die Stellung des Ministeriums zur sächsischen Volkspartei erwidert Baron Banffy (21. Jan.): „Um Mißverstände zu vermeiden, halte ich es für notwendig, das Haus über die Frage, welche der Abg. Oskar Meltzl zur Sprache brachte, in aller Kürze aufzuklären. Der Abg. Meltzl ist soweit im Rechte, daß, als meine Kandidatur zur Ministerpräsidentschaft zur Frage kam, einzelne der zur sächsischen Nation gehörenden Abgeordneten sich an mich wandten mit der Frage, ob ich das Programm der sächsischen Volkspartei kenne. Ich erwiderte ihnen, daß ich dasselbe sehr wohl kenne und daß ich, obwohl ich es nicht für richtig und zweckmäßig halte und es vielleicht auch mit unsern Gesetzen nicht ganz vereinbar ist, daß Nationalitäten als solche Parteien und gesonderte Gruppierungen bilden, gleichwohl anerkenne, daß das Programm der sächsischen Volkspartei nichts enthält, was mit Rücksicht auf die Nationalitäten oder auf den Nationalcharakter des Staates nicht gestattet werden könnte. Dies habe ich bereits damals erklärt und halte es auch heute aufrecht. Ich habe mein Programm in bezug auf die Nationalitäten-

frage dargelegt; dasselbe steht nicht im Widerspruch mit dem, worüber der Abgeordnete Meltzl und noch drei andere Abgeordnete Fragen an mich richteten. Der Inhalt des Programms der sächsischen Volkspartei ist der Richtung, welche wir einhalten wollen und einhalten werden, nicht zuwider; es widerspricht auch den gesetzlich gewährleisteten Rechten der Nationalitäten nicht. Ich erkläre jedoch, daß ich die Form, in welcher jenes Programm zu stande kam, nicht für richtig und auch nicht für statthaft halte, daß dasselbe als Nationalitätsprogramm in Erscheinung trete. Ich hatte auf das Zustandekommen jenes Programms keinerlei Einfluß und konnte daher meine Anschauung in der Richtung, daß solche nach Nationalitäten gesonderte Gruppierungen nicht statthaft sind, nicht zur Geltung bringen. Ich erkenne aber trotzdem an, daß der Inhalt jenes Programms ausschließlich solcher Art ist, welche sich auf Autonomie in Schule und Kirche und Dinge ähnlicher Natur erstreckt, gegen welche kein Anstand erhoben werden kann, da sie sich im Rahmen des Nationalitätengesetzes bewegen und dem einheitlichen Staatscharakter nicht widersprechen."

21. Januar. (Pest.) Das Abgeordnetenhaus wählt den früheren Justizminister Szilagyi (vgl. Jahrg. 1894) zum Präsidenten.

28. Januar. (Istrien.) Auflösung des Landtags.

Eine kaiserliche Ordre löst den Landtag auf und ordnet Neuwahlen an. Offiziös wird die Vergewaltigung der slovenischen Minorität durch die Italiener als Grund angegeben.

29./31. Januar. (Böhmen.) Landtag. Ablehnung jungtschechischer Anträge.

Im Landtage wird der Antrag des Jungtschechen Bachaty auf Errichtung eines obersten Gerichtshofes für die Länder der böhmischen Krone mit den Stimmen der Großgrundbesitzer und der Deutschen gegen die der Jungtschechen und Altschechen, ebenso der weitere Antrag auf Einführung des russischen Sprachunterrichts mit allen Stimmen gegen die der Jungtschechen abgelehnt. Ebenso wird gegen die Stimmen der Jungtschechen abgelehnt der Antrag Kramarz, das Ministerverantwortlichkeitsgesetz auf den Statthalter auszudehnen und diesen dem Landtag verantwortlich zu machen. (31. Jan.) Als der Statthalter Graf Thun den Antrag als gegen die Staatsgrundgesetze gerichtet erklärt, unterbrechen ihn die Jungtschechen mit der lärmenden Aufforderung böhmisch und nicht deutsch zu sprechen, was zu stürmischen Szenen führt. (Zu einer stürmischen Szene kommt es aus demselben Anlasse am 13. Febr.)

5. Februar. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Verhältnisse der Einjährig-Freiwilligen.

In der Beratung des Militäretats führt der Landesverteidigungsminister Fejervary aus, die Bestimmung wegen des zweiten freiwilligen Jahres habe sich so erfolgreich erwiesen, daß im Gegensatz zu früher Ungarn jetzt bessere Ergebnisse bei den Offiziersprüfungen aufweise. Für den Fall der Mobilmachung sei der Bedarf an Offizieren noch nicht vollständig gedeckt. Es bedürfe eines Plus für den Ausfall im Kriege und für die Einreihung in den Landsturm. Die Bestimmung sei daher nicht zu entbehren, doch könnten und würden jene Freiwilligen, die trotz ehrlichen Strebens und tadelloser Führung den Offiziersrang nicht erreichten, im Verwaltungswege beurlaubt werden.

6. Februar. (Tirol.) Der Landtag nimmt die Wehrvorlage an.

6. Februar. (Siebenbürgen.) Stellung der Sachsen zum Kabinet Banffy.

Die dreizehn siebenbürgisch-sächsischen Reichstagsabgeordneten veröffentlichen in den siebenbürgisch-sächsischen Zeitungen eine vom 30. Januar datierte Erklärung, worin sie ihr weiteres Verbleiben in der liberalen Partei auch unter der Ministerpräsidentschaft des Barons Banffy eingehend begründen. Die Abgeordneten berufen sich auf die beruhigenden Erklärungen des Baron Banffy bezüglich der Respektierung des 1868er Nationalitätengesetzes und der Billigung des Programmes der sächsischen Volkspartei. Eine Wählerversammlung in Kronstadt billigt die Erklärung mit 454 gegen 448 Stimmen (18. Febr.), in Hermannstadt und Bistritz macht sich lebhafter Widerspruch geltend.

8. Februar. (Steiermark.) Austritt der Slovenen aus dem Landtage. Cillifrage.

Die Deutschen bringen im Landtage eine entschiedene Erklärung gegen die Errichtung des slovenischen Gymnasiums in Cilli (vgl. Jahrg. 1894 S. 235) ein. Die Slovenen (8 unter 63 Mitgliedern) bezeichnen das als Vergewaltigung und verlassen den Landtag. Unter Vermittlung des Handelsministers Grafen Wurmbrand einigen sich die Deutschen zu einem gemäßigteren Antrage, worin die Regierung ersucht wird, allgemein vor Verfügungen für die untersteierischen Staatsmittelschulen die Landesschulbehörde wegen des kulturellen und pädagogischen Bedürfnisses zu befragen, und den nationalen Frieden des Landes nicht zu erschüttern. Ferner beantragen die Klerikalen, die slovenische Sprache in Cilli als Lehrgegenstand einzuführen. Beide Anträge werden einstimmig angenommen, nachdem die Deutschnationalen erklärt haben, daß sie darin einen Protest gegen die Errichtung eines slov. Gymnasiums erblicken. (15. Febr.)

10. Februar. Der Kaiser reist nach der Riveria (vergl. Frankreich).

12. Februar. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Währungsfrage.

In seiner Programmrede erklärte der Finanzminister Lukacs über die Regelung der Währung: „Bekanntlich wurden die betreffenden grundlegenden Gesetze vor 2½ Jahren geschaffen, das letzte Gesetz ist im vorigen Jahre zu stande gekommen. Es trifft Verfügungen über die Einziehung von 200 Millionen Gulden Staatsnoten. Auf Grund dieses Gesetzes sind zwischen den beiden Staaten Vereinbarungen zu stande gekommen und ist die Einziehung der Staatsnoten in Angriff genommen worden. In Anbetracht dessen, daß das Gesetz über die Einziehung mit einer gewissen Verzögerung geschaffen wurde, über sechs Monate später, als beabsichtigt war, ist es natürlich, daß auch der Standpunkt der Einlösungsfristen hinausgeschoben werden mußte, so daß im Gesetze als Endpunkt für die Einlösung der Schluß des Jahres 1897 festgesetzt ist. Thatsächlich nimmt jedoch die Einlösung der Staatsnoten einen so günstigen Verlauf, daß die Einer-Noten fast schon gänzlich eingezogen sind; eine gewisse Menge ist auch von den Fünfer- und den Fünfziger-Noten eingezogen und wird im Sinne einer Vereinbarung, die zwischen beiden Regierungen zu stande gekommen ist, der Abschluß dieser Maßnahmen nicht Ende des Jahres 1897, sondern schon Mitte 1896 geschehen, also 1½ Jahr früher, als ursprünglich beabsichtigt

war. Was die Goldbeschaffung betrifft, so glaube ich, daß diese bekannt ist. Aus dem Berichte der Kommission zur Aufsicht über die Währungsregelung geht hervor, daß ihr außer dem zur Einziehung aller Staatsnoten erforderlichen Goldbetrag noch größere Goldmengen zur Verfügung stehen, und ich kann auch von seiten Oesterreichs feststellen, daß, obgleich noch nicht die ganze Menge beschafft ist, ich grade aus den heutigen Berichten entnommen habe, daß der Vertrag einer weiteren Goldbeschaffung mit einem Konsortium abgeschlossen wurde."

13. Februar. (Vorarlberg.) Der Landtag nimmt die Wehrvorlage an.

18. Februar. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Finanzgesetz.

Der Finanzminister legt das Finanzgesetz vor. Es betragen: Die ordentlichen Ausgaben 422 072 698 fl., transitorische Ausgaben 20 762 566 fl., Investitionen 20 095 195 fl., außerordentl. gemeinsame Ausgaben 6 597 602 fl., zusammen 468 528 061 fl. Die Gesamt-Einnahmen betragen 468 550 257 fl., mithin ergibt sich ein Ueberschuß von 22 196 fl.

18. Februar. (Arco.) Erzherzog Albrecht, der Sieger von Custozza, Inspekteur des österreichischen Heeres, †.

19. Februar. (Wien.) 12 von Sozialdemokraten einberufene Volksversammlungen fordern das allgemeine Wahlrecht.

Ende Februar. (Ungarn.) Abwandlungen in den Oppositions-Parteien.

Die von Ugron geführte, in ihrer Mehrheit der liberalen Kirchenpolitik feindliche, Unabhängigkeitspartei spaltet sich; Abg. Justh tritt mit einer Anzahl Abgeordneten, die die Kirchenpolitik der Regierung unterstützen wollen, aus und vereinigt sich mit der Eötvös-Gruppe, die bereits früher aus der Unabhängigkeitspartei ausgeschieden war. Diese neugebildete ungefähr 50 Mann starke Partei, der u. a. Franz Kossuth und Karolyi angehören, nimmt den Namen Kossuthpartei an.

Februar. März. Die Bischöfe, die Kurie und die Christlich-Sozialen.

Im Namen des österreichisch-ungarischen Episkopats fordern Kardinal Schönborn, Bischof Bauer und Bischof Steiner die Hilfe des Papstes gegen den unbotmäßigen niederen Klerus, der sich den radikalen Parteien, insbesondere den christlich-sozialen Antisemiten mehr und mehr genähert hat. Der Papst richtet einen Brief an den Prinzen Liechtenstein, in dem er einige Ausschreitungen der Christlich-Sozialen rügt, ihr Programm jedoch ausdrücklich lobt.

6. März. (Wien.) Erklärung Pleners über die Zuckerkrisis. Enquete. Ausfuhrprämien.

Im Landwirtschaftsausschuß erklärt der Finanzmin. Dr. Plener, die vorgeschlagene Enquête über die Zuckerkrisis werde von der Regierung veranstaltet werden. Die sofortige Rückzahlung der über die gesetzliche Kontingentssumme hinaus geleisteten Zuckervergütung zu erlassen, würde ein sehr großes und ungerechtfertigtes Geschenk des Staates an die Zuckerindustrie bedeuten. Der Gedanke, die Regierung solle zur Schaffung eines Fonds zur Bestreitung einer derartigen Erhöhung der Bonifikationen die

innere Zuckerverbrauchssteuer erhöhen, dürfte kaum die Zustimmung des Abgeordnetenhauses finden, weil doch die Verbraucher eine solche aus der Erhöhung der Prämie sich ergebende erhöhte Konsumsteuer tragen müßten. Weder die Regierung noch das Parlament würde die Verantwortung für eine so bedeutende Preiserhöhung des Zuckers für den Verbrauch übernehmen. Der Minister besprach darauf den Antrag des deutschen Reichstagsabgeordneten Paasche betreffend die Ausfuhrprämien (vgl. 1894 S. 194) und erklärte, im Interesse des Wohlbefindens der Bevölkerung, im finanziellen Interesse und auch im Interesse der Zuckerindustrie sei es wünschenswert, daß es gelänge, im gegenseitigen Einvernehmen der beteiligten Staaten einen Zustand herbeizuführen, bei dem der Wettlauf bei den Zuckerausfuhrprämien aufhöre. Damit seien auch die angesehensten Vertreter der Zuckerindustrie einverstanden. Nur durch eine Einschränkung der Rüben- und Zuckererzeugung sei es möglich, größeres Unglück der Zuckerindustrie zu verhindern, während sonst ein Zusammenbruch der Zuckerindustrien nicht nur in Oesterreich, sondern auch in anderen Staaten nicht ausgeschlossen wäre.

7. März. (Triest.) Die Unruhen in Pirano vor Gericht (vgl. 1894 S. 238).

13 Angeklagte werden zu Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu 2½ Jahren verurteilt. Der Staatsanwalt hob in seiner Rede hervor, daß die meisten der Angeklagten bereits vorbestraft seien, sie seien lediglich gedungen gewesen, die eigentlichen Veranlasser aber unbekannt geblieben. Er beantragte, die Angeklagten nicht wegen politischen, sondern wegen gemeinen Verbrechens zu verurteilen.

8. März. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Banffy über die Stellung Ungarns in der Monarchie. Votierung des Budgets.

Auf die Angriffe einiger Oppositioneller, die eine größere Berücksichtigung der ungar. Nationalität in der Auswärtigen Politik und der Armeeverwaltung fordern, erwidert der Vizepräsident v. Banffy (häufig durch stürmische Zwischenrufe der Opposition unterbrochen): Ausgleichgesetzen gegenüber handle es sich nicht darum, ob ihre Abänderung möglich, sondern ob sie erforderlich sei, und die letzten 27 Jahre hätten gelehrt, daß diese letzte Frage verneint werden könne. Die liberale Partei lasse aber auch die Forderungen der Nationalpartei nicht in den Ausgleich hineininterpretieren, die nationalen Bestrebungen hinsichtlich der Armee seien durch die Errichtung der Honved-Truppen seinerzeit befriedigt worden. Was darüber hinausgehe, wie die Forderung des ungarischen Militärunterrichts, verstoße gegen die Einheitlichkeit des Heeres, die Ungarn in allererster Linie aufrechtzuerhalten Interesse habe. Der Ministerpräsident widerlegte sodann die von dem Grafen Apponyi vorgebrachten Beschwerden betreffend die angebliche Ignorierung Ungarns in den Abzeichen der auswärtigen Vertretungen Oesterreich-Ungarns. Er teilte mit, daß demnächst auf Entschließung des Königs der innere Hofhalt eine der staatlichen Sonderstellung Ungarns entsprechende Regelung erfahren werde, wobei freilich nicht an eine Zweiteilung des Hofes zu denken sei. (Große Unruhe links). Die Regierung halte es für ihre Pflicht, das Vertrauen zwischen der Krone und dem Volke zu pflegen und das Verhältnis mit Oesterreich loyal aufrechtzuerhalten. Im Bewußtsein ihrer Aufgaben und von dem Vertrauen der liberalen Wähler getragen, werde sie auch weiterhin ihre Pflicht thun, ebenso wie die liberale Partei, an der es nicht gelegen habe, wenn keine Vereinbarung mit den auf gleicher Grundlage stehenden Elementen zustande gekommen sei.

14*

Unter großer Unruhe wird das Budgetgesetz (s. S. 210) mit 222 gegen 162 Stimmen angenommen. (Annahme im Oberhause 20. März).

8. März. (Wien.) Der Agrartag spricht sich für Bildung landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften mit Beitrittszwang aus.

15. März. (Wien.) Ernennung von Truppeninspektoren.

Der Kaiser ernennt den Feldzeugmeister v. Schönfeld und den General der Kavallerie Prinzen zu Windischgrätz zu General-Truppen-Inspektoren. Sie sollen dem Kaiser unmittelbar unterstellt sein.

15. März. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Steuerreform. Erwerbsteuer.

Das Abgeordnetenhaus nimmt die Grundparagraphen der Erwerbsteuer gegen die Stimmen der Jungtschechen und Antisemiten an. Die Erwerbsteuer ist für die ersten zwei Jahre auf die Gesamtsumme von 17 732 000 fl. festgestellt und diese Summe steigt jährlich um ein „natürliches Zuwachsprozent", das auf 1,2 Prozent festgesetzt wurde. Die Gesamtsumme wird durch besondere Kommissionen unter Mitwirkung der Steuerträger auf vier Erwerbsteuerklassen und auf die einzelnen Betriebe verteilt.

19. März. (Pest.) Eine Bischofsversammlung beschließt einstimmig, an der ablehnenden Stellung gegen die Kirchenvorlagen festzuhalten.

23. März. (Pest.) Das Magnatenhaus lehnt den Gesetzentwurf über die Rezeption der Juden mit 117 gegen 111 Stimmen ab, das Gesetz über freie Religionsübung wird mit 126 gegen 112 Stimmen angenommen.

26. März. (Pest.) Beratung über die agrarsozialistische Bewegung (vgl. 1894 S. 209).

In der Konferenz, an der hervorragende Verwaltungsbeamte und Fachmänner teilnehmen, fragt der Vorsitzende Ministerpräsident v. Banffy zunächst nach den Ursachen der Bewegung. Die große Mehrheit der Anwesenden antwortet, daß der Agrarsozialismus infolge der außerordentlichen Agitation um sich greife; nur zu sehr geringem Teile seien die schlechte Ernte und die niedrigen Getreidepreise daran schuld. Als Beweis führten mehrere Redner an, daß Gutsbesitzer aus entlegenen Gegenden Erntearbeiter kommen lassen müssen, da die einheimischen aufgewiegelten Arbeiter überhaupt nicht arbeiten wollen. Die Bewegung müsse genau verfolgt werden, wenn nicht gefährliche kommunistische Ausschreitungen stattfinden sollten. Hierauf teilte Banffy über die Maßregeln der Regierung folgendes mit: Zur Linderung des Notstandes sind Mittel flüssig gemacht worden, damit zinsenfreie Dahrlehn gewährt werden können. Die Regierung hat sich ferner mit dem Kriegsministerium ins Einvernehmen gesetzt, damit ein Teil des Bedarfs an Hausleinwand für Armeezwecke unmittelbar von den Erzeugern ohne Vermittlung der Zwischenhändler gedeckt werde. Auch sonst werde die Regierung auf die Pflege und Unterstützung der Hausindustrie bedacht sein, jedoch wünscht die Regierung auch ein umfassendes Vorgehen zur dauernden Eindämmung der sozialistischen Bewegung einzuleiten. Zu diesem Behufe wende sie sich an die gesellschaftliche Unterstützung der grundbesitzenden Klasse, deren hervorragendste Vertreter eben zur Teilnahme an

dieser Beratung und zur Meinungsäußerung eingeladen worden sind. Unzweifelhaft seien gewisse Uebelstände vorhanden und namentlich der Forderung von gewissen außerordentlichen Lasten, die den kleinen Pächtern und Arbeitern auferlegt werden, haben zu der Erbitterung beigetragen.

28. März. 1. April. (Wien.) Gemeinderatswahlen.

Bei der teilweisen Erneuerung des Gemeinderats verlieren die Liberalen zahlreiche Sitze an die Antisemiten, die von 138 Sitzen nunmehr 64 zählen, die Liberalen erhalten 62, die Wilden 12.

Ende März. Die österreichisch-ungarische Presse über den deutschen Reichstagsbeschluß vom 23. März und das kaiserliche Telegramm.

Der Reichstagsbeschluß findet Beifall bei den klerikalen Blättern, so dem Wiener „Vaterland", das aber in der Desavouirung des Reichstags durch den Kaiser einen Wendepunkt zu neuen Verhältnissen erblickt. Das demokratische „Neue Wiener Tageblatt" schreibt: Zweifellos hat der Reichstag dem Willen und den Gefühlen der Nation in ihrer Gesamterscheinung nicht Rechnung getragen. Kaiser Wilhelms Telegramm wird den mächtigsten Widerhall wecken. — „Neue Freie Presse": Die Welt wird staunen über dieses Beispiel eines Undankes, der ebenso die nationalen Empfindungen, wie die historische Erinnerung verleugnet. Das „Fremdenblatt" sagt, bei den Sozialdemokraten, Elsässern und Polen sei Mangel an Einsicht oder Nationalsinn zu verstehen, nicht aber bei dem Freisinn und Zentrum.

Ende März. Bismarckfeier. Haltung der Regierung. Interpellation.

Die deutsche Bevölkerung namentlich in Steiermark, trifft Vorbereitungen zur Feier des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck. Mehrfach schreiten die Behörden dagegen ein; so werden die Festvorstellungen im Grazer Theater verboten, und der Grazer Gemeinderat nimmt auf höhere Anweisung einen schon gefaßten Beschluß, am Festkommers am 1. April teilzunehmen zurück. Ferner treten einer Anregung des Kultusministers folgend mehrere Innsbrucker Universitätsprofessoren aus dem Komité, das eine Kundgebung für Bismarck vorbereiten soll, aus.

Auf eine Interpellation im Abgeordnetenhause wegen dieser Angelegenheit (30. März) entgegnet der Minister des Innern v. Bacquehem, daß die politischen Behörden eine besondere Weisung nicht erhalten haben. Die bisherigen Kundgebungen bei derlei Anlässen gingen mitunter über die ursprünglichen Intentionen der Veranstalter hinaus. In Oesterreich müssen derartige Kundgebungen eine Schranke darin finden, daß der österreichische Staatsgedanke auch nicht vorübergehend in den Schatten gestellt werde.

6. April. (Wien.) Schluß der Beratungen der Zuckerenquetekommission.

Die meisten Sachverständigen bezeichnen die Uebererzeugung als Ursache der Krisis und sprechen sich für eine genossenschaftliche Organisation des Bauernstandes sowie gegen die Kartelle aus. Einzelne empfehlen Ausnahmetarife auf den Staatsbahnen für Zucker und Kohle sowie die Einsetzung von Schiedsgerichten zur Austragung der Rübenlieferungsprozesse und das Verbot des Termingeschäftes in Getreide, die Einführung des Zuckermonopols wird abgelehnt.

10. April. (Ungarn.) Franz Kossuth (vgl. 1894 S. 237)

wird mit 1103 Stimmen gegen 963, die der Staatssekr. des Handels, Vörös, erhält, zum Abgeordneten gewählt.

April. Sozialpolitik und Kirche.

Zahlreiche Bischöfe in Galizien, Istrien, Oesterreich, Ungarn erlassen Hirtenbriefe an ihre Diözesen, in denen sie den Klerus warnen, sich zu intensiv mit der Tagespolitik zu beschäftigen. Der Grund ist die Verbrüderung des niederen Klerus mit den sozialistischen Tendenzen zuneigenden Christlich-Sozialen und Antisemiten. (Vgl. S. 210).

15. April. (Wien.) Bergarbeiterkongreß.

Der Kongreß fordert die Unterstellung der Bergarbeiter unter das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, die Einführung der Achtstundenschicht, Abschaffung der Akkordarbeit in Gruben mit lebensgefährlicher Arbeit und Einführung des allgemeinen, direkten Wahlrechts. Ferner wird gegen die Stimmen der tschechischen Delegierten die Einrichtung von Reichsbruderladen gefordert, weshalb die Tschechen die Versammlung verlassen.

April. Die Presse über Bismarcks Rede an die Steirer (S. 105).

Fürst Bismarcks Ansprache findet bei den deutsch-österreichischen Blättern vollen Beifall; das „Fremdenblatt“ sagt, er habe wie ein altösterreichischer Patriot gesprochen. Die magyarischen Zeitungen nehmen sie wegen des Lobes der Deutschen kühler auf.

22. April. (Pest.) Der Unterrichtsausschuß des Abgeordnetenhauses nimmt den vom Magnatenhause abgelehnten Gesetzentwurf über die freie Religionsübung wieder an.

25. April. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Rezeption der Israeliten. Freie Religionsübung.

Der Kultusminister Wlassios beantragt die Annahme des Gesetzentwurfs betr. die Rezeption der Israeliten in der ursprünglichen von dem Abgeordnetenhaus angenommenen Form und die Rückleitung desselben an das Magnatenhaus. Graf Szapary beantragt behufs Einvernehmens zwischen den beiden Häusern der Gesetzgebung die Zurückweisung des in Beratung stehenden Gesetzentwurfes, um eine Vereinigung desselben mit dem Gesetz über die freie Religionsausübung durchzuführen. Der Kultusminister erklärt, er sehe die Notwendigkeit einer Vereinigung der beiden Vorlagen nicht ein, da er glaube, daß das Magnatenhaus, wenn es die Grundsätze gutheiße, in welcher Form auch immer, die Vorlage prüfen werde. Der Antrag Szaparys wird abgelehnt und der Antrag des Kultusministers nahezu einstimmig angenommen.

1. Mai. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Interpellation über den Nuntius Agliardi.

Abg. Terenyi fragt die Regierung, welche Stellung sie zur der vor kurzem beendeten Reise des Nuntius Agliardi in Ungarn genommen habe, da diese Reise allgemein als eine Einmischung einer auswärtigen Macht in die inneren Angelegenheiten Ungarns angesehen werde. Ministerpräsident v. Banffy: Der Nuntius habe durch seine in Ungarn gemachten Aeußerungen den Eindruck hervorgerufen, als habe er seine Befugnisse als auswärtiger Vertreter überschritten. Der Nuntius sei nichts weiter als der Vertreter einer fremden Macht. Der Einfluß der Kurie auf das geistliche

Gebiet dürfe nach dem Staatsrechte nicht durch den Nuntius, sondern nur durch den Fürstprimas ausgeübt werden. Diese Ansicht der ungarischen Regierung habe sich auch die gemeinsame Regierung zu eigen gemacht. Letztere sei bei dem heiligen Stuhle vorstellig geworden und habe wegen des Auftretens des Nuntius Agliardi in Ungarn Aufklärung verlangt.

3. Mai. (Wien.) Die „Politische Korrespondenz" veröffentlicht folgendes offiziöse Kommuniqué über die Erklärung Banffys:

„Die Form und der Inhalt der vom ungarischen Ministerpräsidenten Baron Banffy dem Abgeordneten Terenyi auf seine Interpellation über die jüngste Reise des apostolischen Nuntius Agliardi nach Ungarn erteilten Antwort haben, wie überall, auch im Kreise des königlichen Ministeriums des Aeußern überrascht. Es hat nicht wenig Befremden erregt, daß in mehreren wesentlichen Punkten die Erklärungen des Baron Banffy unrichtig sind und sich daher mit den Ansichten des Ministers des Aeußern nicht decken. Dies gilt sowohl von der Motivierung wie von den Konklusionen der ministeriellen Erklärungen und es ist auch hier nicht bekannt, wieso Baron Banffy berechtigt war, ausdrücklich zu erklären, daß der Minister des Aeußern den dargelegten Standpunkt der königlich ungarischen Regierung zu dem seinigen gemacht hat. Hierüber waren die Akten nicht geschlossen, ebensowenig wie über die eventuelle Frage, inwieweit und in welcher Form in Rom vertrauliche Bemerkungen über das Auftreten Agliardis gemacht werden sollen. Dies müßte von den dem Minister des Aeußern noch nicht vorliegenden Daten abhängen, welche eine Einmischung des apostolischen Nuntius in innere Angelegenheiten nachzuweisen vermögen. Wenn also Baron Banffy im ungarischen Parlamente die Erklärung abgab, daß die Démarche erfolgt sei, so kann dies seiner Unvertrautheit mit diplomatischen Geschäften zugeschrieben werden, welche wohl auch die Schuld daran trägt, daß der Ministerpräsident auf eigene Verantwortung und ohne Rücksicht auf unsere freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhle eine wie ein Schlachtruf tönende Erklärung im Parlament abgab, was für die Sache selbst nur schädliche Folgen haben kann. Es dürfte also diese Interpellationsbeantwortung des Baron Banffy noch zu weiteren Erklärungen und Konsequenzen führen."

5. Mai. (Wien.) Der Kaiser empfängt den Grafen Kalnoky, den ungarischen Hofminister Josika, den Minister Kallay und den ungarischen Ministerpräsidenten v. Banffy.

Mai. Die Presse über die Erklärung der „Politischen Korrespondenz".

Die liberalen ungarischen Blätter stellen sich durchweg auf Banffys Seite und greifen Kalnoky, den Verfasser des Kommuniqués heftig an; die liberale Partei beschließt, Banffy ihren Dank auszusprechen und sich mit ihm solidarisch zu erklären. Die klerikale Presse in Oesterreich und Ungarn tadelt dagegen Banffys Erklärung vom 1. Mai und stimmt Kalnoky zu.

6. Mai. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Interpellation Apponyi über das Kommuniqué der „Polit. Korresp.". Banffys Antwort, Notenwechsel mit Kalnoky.

Abg. Graf Apponyi fragt, welche Grundlage das Kommuniqué

habe und auf welcher Grundlage Banffy am 1. Mai erklärt habe, es bestehe ein Einverständnis zwischen der ungarischen Regierung und dem Minister des Auswärtigen hinsichtlich Agliardis. Ministerpräsident v. Banffy: Er habe den Minister des Auswärtigen um seine Ansicht über das Verhalten des Nuntius ersucht. Kalnoky habe am 25. April in einer Note erklärt, die Reise des Nuntius sei inopportun und er sei bereit, auf den Wunsch der ungarischen Regierung bei dem Heiligen Stuhle in dieser Beziehung Klage zu führen. Infolge dieser Note, die bereits am 27. April beantwortet worden sei, hätte die ungarische Regierung am 1. Mai der Ansicht sein müssen, daß die am 25. April in Aussicht gestellte Intervention bereits erfolgt sei. Der Ministerpräsident erteilt dem Hause die Versicherung, daß er stets die konstitutionellen Rechte des ungarischen Ministerpräsidenten verteidigen und das Prestige dieser Stellung wahren werde. Die Regierung halte ihren am 1. Mai eingenommenen Standpunkt aufrecht, daß Niemandem, also auch nicht dem Heiligen Stuhle, eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des ungarischen Staates gestattet sei. Die Antwort wird mit großer Mehrheit zur Kenntnis genommen.

Die oben erwähnte Note Kalnokys vom 25. April lautet: „Den Brief, mit welchem Ew. Exzellenz meine Ansichten zu kennen wünschen über eine eventuell zu erteilende Antwort auf eine die Reise des apostolischen Nuntius Agliardi in Ungarn betreffende Interpellation, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt, zugleich aber Frhrn. v. Josika auf die Schwierigkeit hingewiesen, sich ein Urteil über das Ausmaß der Einmischung des Nuntius Agliardi in die inneren Angelegenheiten Ungarns zu bilden, so lange man bloß auf Zeitungsnachrichten beschränkt ist. Ich erbat mir daher durch Frhrn. v. Josika, der eben nach Budapest abgereist ist, gefälligen Aufschluß über diese Punkte und auch die längeren Unterredungen, welche Ew. Exzellenz und der königliche Unterrichtsminister mit Agliardi in Budapest gepflogen haben, und in welchen ohne Zweifel die Bedenken der königlichen Regierung gegen das Auftreten Agliardis in Ungarn präziser formuliert worden sind. Das soeben erhaltene Telegramm enthält aber keine dieser von mir erbetenen Informationen, die mich in die Lage versetzt hätten, die Situation auf Grund verläßlicher Daten zu beurteilen; doch wiederholen Ew. Exzellenz darin den Wunsch, thunlichst meine Ansicht über die eventuelle Beantwortung einer noch nicht vorliegenden Interpellation über die in Betracht kommenden Gesichtspunkte zu erhalten. In einer so heiklen Angelegenheit, wie die vorliegende, muß die Beantwortung einer Interpellation sich nach der Fragestellung richten. Ich bin also nicht in der Lage, mich auf diese Antwort näher einzulassen, bevor die Frage nicht formuliert zu sein scheint. Was nun die beiden noch maßgebenden, bereits genannten Gesichtspunkte betrifft, die Ew. Exzellenz dahin formuliert haben, daß die Rücksichten, die hier gegenüber dem Heiligen Stuhle zu beobachten seien, ebenso in Betracht kommen sollen, wie die speziellen Verhältnisse und die Wahrung des Rechtes, daß wir keiner Macht die Einmischung in innere Angelegenheiten zugestehen, also auch dem Heiligen Stuhle nicht, so halte ich die Aufstellung dieser beiden Gesichtspunkte für ganz richtig. Zum ersten dieser Gesichtspunkte kann ich nur hervorheben, daß nebst dieser Rücksicht für den greisen Papst es auch nicht im Interesse Ungarns sein kann, die Beziehungen zum Heiligen Stuhle, mit dem es gelungen war, trotz der langwierigen kirchenpolitischen Aktion Freundschaft zu erhalten, ernstlich zu stören. Wenn es auch hoffnungslos ist, vom Heiligen Stuhle ein Aufgeben seines dogmatischen Standpunktes über die Lösbarkeit der Ehe zu erhoffen, so ist es doch nicht gleichgültig, ob bei Durchführung der in Rede stehenden Gesetze der Vatikan eine schroffere oder tolerante Haltung annehme. Da ich vom gemeinsamen Stand-

punkte auch über die Beziehungen des österreichischen Teiles der Monarchie zum Heiligen Stuhle zu wachen habe, so halte ich es für meine Pflicht, diese Seite der Frage ganz besonders zu betonen. Ob dem apostolischen Nuntius einfach die Stellung des Vertreters einer fremden Macht zustehe und alles, was darüber geht, inkorrekt sei, dies wird zwar nach moderner Auffassung theoretisch behauptet, — so namentlich in Frankreich, wo die Gesetzgebung die Beziehungen des Episkopats zum Papste und dessen Vertreter geregelt hat — läßt sich aber in der Praxis selbst in Frankreich nicht wohl durchführen, weil den apostolischen Nuntien als Vertreter nicht einer weltlichen Macht, sondern der katholischen Kirche im katholischen Staate immer eine von der der anderen Botschafter wesentlich verschiedene Stellung eingeräumt wird. Das liegt in der anerkannten Suprematie des Papstes über die katholische Kirche und über alle Katholiken, allerdings nur in Glaubensfragen. Aber nichts dürfte schwieriger sein, als die Grenze zu ziehen, bis wohin der katholischen Kirche das Recht der Verteidigung zusteht und wo dieses aufhört. Einen augenscheinlichen Beweis für die außergewöhnliche Stellung, die ein Nuntius in einem katholischen Staate genießt, können wir sehen in der solennen Art, wie Monsignore Agliardi in Ungarn nicht nur vom Episkopate, sondern auch von anderen Schichten der Bevölkerung empfangen wurde. Würde je einem fremden Botschafter Aehnliches begegnen? Was endlich die Einmischung in innere Angelegenheiten, die nicht Glaubenssachen betreffen, anlangt, stehen gewiß so genaue Informationen zur Verfügung, daß Ew. Exzellenz besser in der Lage sind, hierüber ein Urteil zu bilden, als ich, da ich auch betreffs der speziellen Verhältnisse in Ungarn keinen Anspruch auf volle Sachkenntnis erheben könnte. Doch scheint mir eine tadelnswerte Taktlosigkeit seitens des Nuntius dadurch begangen worden zu sein, daß er sich nicht begnügte, nur Besuche bei den Kirchenfürsten zu machen, die ihn eingeladen hatten, sondern im Gegensatze zu seinen Vorgängern, die bei solchen Anlässen nie öffentlich hervortraten, Ansprachen hielt, die, wie schon der Standpunkt des Heiligen Stuhles ist, nicht anders als oppositionell gegen die Regierungspolitik ausfallen konnten. Vielleicht trägt hieran auch der demonstrative Empfang Schuld, welcher dem apostolischen Nuntius von Seiten des ungarischen Klerus und der katholischen Partei zu teil wurde. Jedenfalls hätte er entweder die Reise als inopportun verschieben oder sich versichern sollen, daß seine Anwesenheit keine politischen Unannehmlichkeiten nachziehen und nicht zu Parteizwecken ausgebeutet werden wird. Auch bin ich, falls die königlich ungarische Regierung dies für angezeigt erachtet, bereit, durch die kaiserlich-königliche Botschaft bei dem Heiligen Stuhle gegen dieses in der gegenwärtigen Situation entschieden taktlose Auftreten und Eingreifen des Nuntius, welches die Agitation in Ungarn noch mehr anzufachen geeignet ist, Einspruch und Klage zu erheben und auch den Standpunkt zu vertreten, welcher jedes Einmischen des apostolischen Nuntius in die kirchenpolitischen Verhältnisse und Kämpfe ausschließt. gez. Kalnoky. Wien, den 25. April 1895."

6. Mai. (Wien.) Der Kaiser lehnt das Entlassungsgesuch Kalnokys ab.

9. Mai. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Interpellation über die Note Kalnokys.

Die Abgg. Prinz Liechtenstein und Dipauli interpellieren die Regierung wegen der Note Kalnokys und fragen, wie die Regierungen Beleidigungen des päpstlichen Stuhles zu verhindern gedenke. Ministerpräsident Fürst Windischgrätz erklärt: „Die kaiserliche Regierung billigt voll-

kommen die von dem Minister des Aeußeren in seiner Note an den ungarischen Ministerpräsidenten ausgesprochene grundsätzliche Anschauung, wonach weder das Oberhaupt der katholischen Kirche in der Leitung der kirchlichen Angelegenheiten in dem legitimen Verkehr mit den Gläubigen von Staatswegen behindert werde, noch der Staat in Ausübung seiner Rechte irgend eine Einschränkung von außen erfahren solle. Die Regierung glaubt jedoch auf eine meritorische Beantwortung der in der zweiten Interpellation gestellten Frage nicht eingehen zu können, weil für sie innerhalb ihres Wirkungskreises ein konkreter Fall nicht vorliegt. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß die in der ersten Interpellation gestellten Fragen ausschließlich den Amtsbereich des Ministers des Aeußern berühren, und mit Rücksicht auf die Thatsache, daß eine weitere Besprechung der fraglichen, noch in der Schwebe befindlichen Angelegenheit sowie überhaupt das Aufwerfen kirchenpolitischer Fragen ohne einen das diesseitige Staatsgebiet berührenden Anlaß vom Standpunkte des Staatsinteresses nicht erwünscht sein kann, erlaube ich mir, von dem durch die Geschäftsordnung eingeräumten Rechte Gebrauch zu machen und die Beantwortung dieser Interpellation abzulehnen.

9. Mai. Österreich-Ungarn uud Bulgarien schließen ein provisorisches Zollabkommen, wonach die bulgarischen Wertzölle bis Ende 1896 10½ % betragen sollen.

12. Mai. (Wien.) Der Kaiser empfängt den Minister des Auswärtigen Kalnoky, den ungarischen Hofminister Josika und den ungarischen Ministerpräsidenten v. Banffy.

14. Mai. (Wien.) Bürgermeisterkrisis.

Bei der Wahl eines ersten Vizebürgermeisters wird der bisherige liberale Vizebürgermeister Richter mit 70 gegen 66 Stimmen, die der Antisemit Lueger erhält, wiedergewählt, nimmt aber die Wahl wegen der geringen Majorität nicht an. Hierauf wird Lueger gewählt. Der liberale Oberbürgermeister Dr. Grübl legt sein Amt nieder, da er mit einer Majorität von 4 Stimmen nicht regieren könne.

15. Mai. (Prag.) Eröffnung der tschechisch-slavischen Ausstellung.

15. Mai. (Wien.) Der Kaiser genehmigt das Entlassungsgesuch des Grafen Kalnoky und ernennt den Grafen Goluchowski zum Minister des Auswärtigen.

15./16. Mai. (Pest.) Magnatenhaus. Kirchenpolitische Vorlagen.

Das Haus verwirft mit 116 gegen 109 Stimmen alle auf die Konfessionslosigkeit bezüglichen Bestimmungen des Gesetzes über die freie Religionsübung. Das Gesetz muß daher abermals verstümmelt an das Abgeordnetenhaus zurückgehen. Am folgenden Tage wird das Gesetz über die Rezeption der Juden angenommen, abgelehnt wird nur die Bestimmung, die den Uebertritt zum Judentum gestattet.

Mai. Die Presse über Kalnokys Rücktritt.

Die Urteile der ungarischen Presse lauten verschieden. Der „Pester Lloyd" würdigt in sehr warmen Worten die Verdienste des Grafen Kalnoky und bedauert lebhaft, daß derselbe bei einem untergeordneten Teile

seiner Thätigkeit gestrauchelt ist. Der „Egyetertes“, der „Magyar Hirlap“, der „Pesti Naplo“ und der „Budapesti Hirlap“ äußern ihre mehr oder minder lebhafte Befriedigung über den Rücktritt des Grafen Kalnoky. Das „Neue politische Volksblatt“ meint, die Parole sei gewesen, besser den Grafen Kalnoky opfern, als den Ausgleich. Die „Neuzeit“ erkennt die glänzenden Eigenschaften und Verdienste Kalnokys zwar an, bemerkt aber, daß Kalnokys Einfluß auf die inneren Angelegenheiten des Reiches das Gegengewicht dieser Vorzüge gewesen sei. Der „Magyar Ujsay“ und das „Budap. Tgb.“ lassen den Erfolgen und Verdiensten Kalnokys volle Gerechtigkeit widerfahren. Das „Neue Pester Journ.“ schreibt: Während des Konfliktes mußte jeder Ungar zur ungarischen Sache stehen, jetzt kann man aber eingestehen, daß der Rücktritt Kalnokys ein großes, vielleicht folgenschweres Ereignis ist.

Die Wiener Blätter sehen Kalnoky mit Bedauern scheiden. Das „Fremdenblatt“ sagt, Ungarn habe keinen Grund, sich des Erfolges zu freuen; Graf Kalnoky scheide, aber die Quelle, aus welcher die schwere Krisis entsprungen, sei nicht geschlossen und könne jeder Zeit wieder aufbrechen. Die „Neue Freie Presse“ hebt hervor, mit welcher Sicherheit und Weisheit die Krone den richtigen Ausweg gefunden, sei ein frohes und glückliches Ereignis, aber der Verlust des hochverdienten erfolgreichen Staatsmannes beeinträchtige die Befriedigung. Die „Presse“: Das mit der Demission des Grafen Kalnoky gebrachte Opfer sei groß; es sei zu wünschen, daß die Frage, welche den Grund für den Rücktritt bildete, nicht ungelöst auch von dem Nachfolger Kalnokys übernommen werden müsse. Das „Vaterland“: Gerade in dem Konflikte, der seinen Rücktritt herbeiführte, that Kalnoky seine volle Pflicht, indem er ein einseitiges Eingreifen in die auswärtigen Angelegenheiten, für welche er die Verantwortung zu tragen hatte, entschieden zurückwies. Das „Neue Wiener Tageblatt“: Die europäische Friedenspolitik büßte einen löblichen Mitarbeiter ein; man muß wünschen, daß sein Nachfolger an Europas Höfen und bei den Kabinetten ebenso accrediert sei, wie Kalnoky.

18. Mai. (Wien.) Das Abgeordnetenhaus genehmigt nach dem Antrage des Ausschusses die Steuerskala der Personaleinkommensteuer.

20. Mai. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Debatte über die Entlassung Kalnokys.

Abg. Graf Apponyi tadelt, daß die Entlassung Kalnokys ohne Gegenzeichnung erfolgt sei und daß die Ursache der Demission nicht offiziell bekannt gegeben sei. Ferner fragt er, ob es wahr sei, daß der Vorgänger Banffys das Recht Ungarns auf diese Einflußnahme nicht geübt, und wer das gewesen, Tisza, Szapary oder Wekerle? Ministerpräsident Baron Banffy: Die Enthebung des Ministers des Auswärtigen sei bisher stets ohne Gegenzeichnung erfolgt. Die Ursachen des Scheidens des Grafen Kalnoky seien viel zu subjektiver Natur, als daß eine öffentliche Besprechung derselben am Platze sei. Die Einflußnahme Ungarns auf die auswärtigen Angelegenheiten sei seit 28 Jahren stets ohne Versäumnis geübt worden; ein neue Auslegung des Ausgleichsgesetzes sei nicht am Platze. Eine abfällige Kritik des Grafen Goluchowski durch Ugron weist der Minister scharf zurück.

20. Mai. (Wien.) Kundgebung für Agliardi.

Eine große katholische Volksversammlung spricht ihre Entrüstung

über die Angriffe auf den Nuntius Agliardi aus und fordert, daß das Recht der Kurie durch den Nuntius in unmittelbaren Beziehungen zum Episkopat und zu den Gläubigen zu bleiben, nicht beschränkt werde.

24. Mai. (Wien.) Der neue russische Gesandte Graf Kapnist überreicht sein Beglaubigungsschreiben.

29./30. Mai. (Wien.) Bürgermeisterkrisis. Auflösung des Gemeinderats (vgl. S. 218).

Bei der Wahl des ersten Bürgermeisters an Stelle Dr. Grübls erhält nach einigen ergebnislosen Wahlgängen der Kandidat der Antisemiten Vizebürgermeister Dr. Lueger 70 Stimmen, die gesetzliche Minimalziffer für die Gültigkeit der Wahl. Er lehnt die Annahme infolgedessen ab und erhält im nächsten Wahlgange nur 65 Stimmen, worauf die Wahlhandlung vertagt wird (29. Mai). Am folgenden Tage löst der niederösterreichische Statthalter den Gemeinderat auf, womit zugleich das Amt des Vizebürgermeisters erlischt. Die Verwaltung übernimmt ein Regierungskommissar mit einem Beirat von 15 ehemaligen Gemeinderatsmitgliedern, unter denen sich Dr. Lueger nicht befindet.

3. Juni. (Wien.) Entwurf der Wahlreform.

Das von der Kommission beschlossene Wahlgesetz will die Zahl der Abgeordneten von 353 auf 400 erhöhen. Die 47 neuen Abgeordneten sollen von solchen, die bisher kein Wahlrecht besaßen, in 2 Kurien gewählt werden und zwar 34 von der Gruppe der kleinsten Steuerträger (d. h. solche, die unter 5 Gulden Steuern zahlen) und 13 von der in Kassen eingetragenen Arbeiterschaft. Die erste Klasse zählt ca. 1 200 000, die zweite 600 000 Wähler.

Von größeren Blättern treten nur das „Fremdenbl." und die „Presse" dafür ein, alle anderen bekämpfen ihn heftig.

6. Juni. (Wien.) Zusammentritt der Delegationen. Budget.

Der gemeinsame Voranschlag für die Gesamtmonarchie pro 1896 zeigt ein gesamtes Bruttoerfordernis von 156 291 463 fl. Nach Abzug der vorhandenen Bedeckung in Höhe von 2 692 175 fl. bleibt ein gesamtes Nettoerfordernis von 153 599 288 fl. Hiervon gehen ab die mit 49 047 140 fl. präliminierten Zollgefällsüberschüsse; es verbleibt ein Erfordernis von 104 552 148 fl. Hiervon sind die zu Lasten des ungarischen Staatsschatzes zunächst abzuziehenden 2 Prozent mit 2 091 043 fl. in Abrechnung zu bringen, so daß das durch Quotenbeiträge zu deckende Erfordernis 102 461 105 fl. beträgt. Davon entfallen auf die Reichsratsländer 71 722 774 fl., auf Ungarn mit den dazu gehörigen Ländern 30 738 332 fl. Im Vergleich mit dem Budget von 1895 ist der Quotenbeitrag der Reichsratsländer für 1896 um 1 860 401 fl. größer, jener Ungarns um 797 315 fl. Der Heeresvoranschlag weist ein ordentliches Erfordernis von 122 215 042 fl. auf; nach Abzug der vorhandenen Bedeckung in Höhe von 2 469 873 fl. verbleibt ein ungedecktes Erfordernis von 119 745 169 fl. Das außerordentliche Erfordernis beträgt 14 389 659 fl. Ein Vergleich der ordentlichen Heereserfordernisse für 1896 mit der Bewilligung für 1895 ergibt für 1896 eine Steigerung des Bruttoerfordernisses um 3 713 576 fl., eine Erhöhung des Nettoerfordernisses um 3 699 213 fl. Der Voranschlag für die Kriegsmarine beziffert das ordentliche Erfordernis auf 10 364 060 fl., das außerordentliche Erfordernis auf 3 117 200 fl., insgesamt sonach auf 13 481 260 fl., d. h. auf 500 000 fl. mehr als für 1895. Der Voranschlag für die Truppen und die Militäranstalten in Bosnien und der Herzogewina weist ein außerordentliches

Heereserfordernis von 3 559 000 fl. auf; bei einer Bedeckung von 40 000 fl. stellt sich das Nettoerfordernis auf 3 519 000 fl., also gegen 1895 um 63 000 fl. geringer. Hiervon entfallen, nach Abzug von 2 Proz. zu Lasten des ungarischen Schatzes, auf die Reichsratsländer 2 414 034 fl., auf die ungarischen Länder 1 034 586 fl. Aus dem außerordentlichen Heeresbudget ist die 6. Rate im Betrage von 1 800 000 fl. zur Fortsetzung der Beschaffung von Repetier-Gewehren und Karabinern hervorzuheben. Da mit dem pro 1891 eingestellten Gesamterfordernis von 9 772 000 fl. nur die Neubewaffnung der Infanterie, der Jägertruppe und der Kavallerie beendet ist, so spricht sich das Kriegsministerium für die successive Neubewaffnung der übrigen Truppen aus, sowie für die Nachschaffung des Kredites von 20 027 000 fl., wodurch sich der gesamte Kredit auf 29 800 000 fl. erhöht. Hiervon wird der bereits erwähnte Teilbetrag von 1 800 000 fl. pro 1896 verlangt. Die übrigen Hauptposten des außerordentlichen Heeresbudgets betreffen teils weitere Raten oder die Fortsetzung der Kredite für bereits früher bewilligte Erfordernisse, so für die Verstärkung der Armierung einiger fester Plätze und für die Einführung rauchlosen Pulvers je 1 000 000 fl. 2c., teils einmalige Erfordernisse zur Durchführung organisatorischer Aenderungen sowie für Militär-Erziehungs- und Bildungsanstalten.

8. Juni. (Wien.) Der Kaiser empfängt die Delegationen und hält folgende Ansprache:

„Die Versicherung treuer Ergebenheit, die Sie mir wieder ausgesprochen haben, erfüllt mich mit aufrichtiger Genugthuung. Mit lebhafter Befriedigung kann ich hervorheben, daß seit der letzten Delegationssession die auswärtigen Verhältnisse der Monarchie sehr erfreuliche geblieben sind. Die erfolgreiche Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu allen europäischen Mächten haben zur Beruhigung und zur Konsolidierung des allgemeinen Friedens wesentlich beigetragen. Festhaltend an den bisherigen bewährten Grundlagen unserer Politik, werden die Bestrebungen meiner Regierung auch weiterhin auf die Stärkung dieses für unsere und für die gemeinsamen Interessen Europas befriedigenden Zustandes gerichtet werden. Die Mehrforderungen meiner Kriegsverwaltung bewegen sich in den gleichen Grenzen wie im Vorjahre. Sie entsprechen der Notwendigkeit, die dank der Opferwilligkeit meines Volkes geschaffene Organisation und Ausrüstung des Heeres und der Kriegsmarine weiter auszugestalten und diese beiden Teile der bewaffneten Macht auf der Höhe ihrer Aufgabe zu erhalten. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Monarchie wird hierbei möglichst berücksichtigt werden. Die Verhältnisse Bosniens und der Herzegowina weisen sowohl in wirtschaftlicher, als in jeder anderen Beziehung eine unverändert befriedigende Entwickelung auf; diese Länder werden auch im Jahre 1896 in der Lage sein, für ihre Bedürfnisse aus eigenen Mitteln aufzukommen. Indem ich die Ihnen zugehenden Vorlagen Ihrem patriotischen Eifer und Ihrer bewährten Einsicht empfehle, wünsche ich Ihren Arbeiten besten Erfolg und heiße Sie herzlich willkommen."

11. Juni. (Wien.) Im auswärtigen Ausschuß der ungarischen Delegation hält der Minister des Auswärtigen Graf Goluchowski folgende Rede über die politische Lage:

„Es gereicht mir zur besonderen Ehre, zum Nachfolger des hochverdienten Staatsmannes ausersehen worden zu sein, der beinahe 14 Jahre mit ebensoviel Glück als Geschick die auswärtigen Angelegenheiten der Monarchie geleitet hat, und unter dem die Politik, die wir als die richtigste

und entsprechendste für unsere Interessen wohl erkennen müssen, so tief Wurzel gefaßt hat. Diese Politik, deren treuer und überzeugter Anhänger ich stets gewesen bin, läßt sich in den folgenden kurzen Worten zusammenfassen: Unverbrüchliches Festhalten an der durch den Friedensbund der drei europäischen Zentralmächte geschaffenen Grundlage, welche die Pflege der besten und freundschaftlichsten Beziehungen zu allen übrigen Mächten ohne Unterschied nicht nur nicht ausschließt, sondern geradezu bedingt. Die freundschaftlichen Beziehungen, wie wir sie heute durchgehends unterhalten, entsprechen demnach so unbedingt den Zwecken und Zielen unseres Bundesverhältnisses zu Deutschland und Italien, daß deren Erhaltung und Förderung sich geradezu als ein Gebot der Pflicht aufzwingt, und seien Sie, meine Herren, überzeugt, daß ich nichts unterlassen werde, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Aus den vorstehenden Ausführungen können Sie nunmehr ersehen, daß trotzdem ein Personenwechsel im Ministerium des Aeußern stattgefunden hat, von einer Aenderung in der Orientierung unserer auswärtigen Politik oder gar von einem Systemwechsel alsolut nicht die Rede sein kann. Die Resultate, die wir auf dem bisher erfolgten Weg erzielt haben, sind so befriedigender Natur, daß wir nichts Besseres zu wünschen vermögen, und zwar um so weniger, als der dadurch geschaffene Zustand am getreuesten den Traditionen und Aspirationen der Monarchie entspricht, welche, weit entfernt, aggressive Tendenzen zu verfolgen, stets bestrebt war, in der friedlichen Entwickelung der internationalen Beziehungen, in der Stärkung ihres Ansehens und ihrer Machtstellung nach außen, sowie in der Förderung des Fortschritts und der Wohlfahrt der Völker Genugthuung und Befriedigung zu suchen. Seit dem Zusammentritt der letzten Delegationen hat die erfreuliche politische Lage, die ich soeben zu konstatieren die Ehre hatte, keinerlei Aenderung erfahren, und ich sehe am Horizont keine ernste Wolke, die in mir die Befürchtung wachrufen könnte, daß die Lage in absehbarer Zeit eine Trübung erleide. Angesichts so ruhiger Konstellationen erblicke ich zunächst ein besonderes Feld der Thätigkeit für mich in der allmählichen Entwickelung unserer Handelspolitik und in der damit eng verknüpften rationellen Organisation gewisser Zweige unseres Vertretungs- respektive Konsularwesens. Zu diesem Behufe nehme ich mir vor, bei der nächstjährigen Delegation mit Vorschlägen an Sie heranzutreten, die allerdings neue Opfer in Anspruch nehmen werden, deren Durchführung aber im Hinblicke auf die durch die jüngsten Ereignisse im äußersten Osten geänderten Verhältnisse notwendig erscheinen wird. Nun gestatten Sie, meine Herren, daß ich für diesmal von weiteren Erörterungen Umgang nehme. Ich bin noch zu kurz im Amte, zu wenig mit den einzelnen Detailfragen meines Ressorts vertraut, um mich in eine eingehendere Darstellung einzulassen. Es erübrigt mir nur mehr, mich Ihrem Wohlwollen zu empfehlen und Sie zu bitten, überzeugt zu sein, daß ich nichts unterlassen werde, um in Zukunft auch Ihr Vertrauen zu gewinnen, denn ich brauche nicht erst die Versicherung zu geben, daß ebenso wie die Interessen der Gesamtmonarchie mir auch die Interessen jedes Teiles derselben und mithin die Interessen Ungarns sehr eng ans Herz gewachsen sind, und daß ich immer bemüht und bestrebt sein werde, dieselben nach bestem Wissen und Gewissen zu vertreten. (Zustimmung und lebhafte Eljenrufe.)

12. Juni. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Steuerreform.

Das Haus genehmigt die Bestimmungen über die Oeffentlichkeit der Einkommenregister und die Strafbestimmungen über Mißbrauch der Oeffentlichkeit. Die Sitzung dauert infolge von Obstruktion der Jungtschechen und Antisemiten von 10 Uhr morgens bis 2 Uhr nachts und verläuft teilweise sehr stürmisch.

12. Juni. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Cillifrage (vgl. S. 209).

In der Beratung des Budgetausschusses über den Posten Cilli erklärt der Unterrichtsminister v. Madeyski, die Regierung müsse an dem Grundsatze, den kulturellen Bedürfnissen aller Nationalitäten Rechnung zu tragen, festhalten. Die Errichtung utraquistischer Anstalten in gemischtsprachigen Bezirken sei ein Bedürfnis, die zuerst in Marburg versuchte Utraquisierung habe sich dort bewährt. Der Beschluß des steirischen Landtags habe nicht die ihm zugeschriebene Bedeutung, weil er in Abwesenheit der slovenischen Abgeordneten gefaßt wurde. Die Regierung achte gern alle nationalen Empfindungen, die in Rede stehende Maßnahme sei jedoch bereits als wichtig erkannt und ihre Durchführung beschlossen. Der Posten wird, nachdem sich ein deutsch-klerikales Mitglied des Hohenwartklubs scharf gegen die Deutschen ausgesprochen hat, gegen die Stimmen der Deutsch-Liberalen, der Deutsch-Nationalen, Christlich-Sozialen und Italiener angenommen.

13./17. Juni. (Wien.) Haltung der deutschen Linken in der Cillifrage (vgl. oben). Austritt aus der Koalition.

Die vereinigte deutsche Linke macht folgendes bekannt: „Die vereinigte deutsche Linke hielt eine zahlreich besuchte Versammlung ab. Unter Zustimmung aller anwesenden Parteimitglieder sprach sich die Partei dahin aus, daß das Festhalten der anderen koalierten Parteien an ihrem Standpunkt betreffend das slovenische Gymnasium in Cilli es der vereinigten deutschen Linken zur Unmöglichkeit machen muß, der Koalition weiter anzugehören. In besonders lebhafter Weise wurden die feindseligen Ausführungen einzelner Mitglieder der Koalitionsparteien aufgenommen. Die vereinigte deutsche Linke betont die scharf ablehnende Haltung, die der Unterrichtsminister in der Cillier Frage der vereinigten deutschen Linken gegenüber in der letzten Sitzung des Budgetausschusses eingenommen. Der Vorstand wurde beauftragt, ohne Verzug eine Klubversammlung einzuberufen, in welcher im Sinne der Klubstatuten die Klubmitglieder einen verpflichtenden politischen Beschluß über die Cillier Frage zu erfassen berechtigt sein würden."

Am 17. publiziert sie folgenden Klubbeschluß: „Die vereinigte Linke spricht sich dahin aus, daß das Festhalten der anderen koalierten Parteien an ihrem Standpunkte betreffend das slovenische Gymnasium in Cilli es der vereinigten Linken unmöglich mache, der Koalition weiter anzugehören."

18./19. Juni. (Wien.) Rücktritt der Koalitionsregierung.

Infolge des Beschlusses der deutschen Linken aus der Koalition auszutreten, nimmt das Ministerium Windischgrätz seine Entlassung. An seine Stelle tritt ein Geschäftsministerium. Präsident und Minister des Innern wird der Statthalter von Nieder-Oesterreich Graf Kielmannnsegg, von den alten Ministern bleiben nur Graf Welsersheimb (Landesverteidigung) und v. Jaworski (poln. Landsmannminister) im Amte. Die übrigen Ressorts werden vorläufig den Sektionschefs übertragen: Böhm v. Bawerk (Finanzen), v. Blumfeld (Ackerbau), v. Witteck (Handel), Rittner (Unterricht), v. Kralenberg (Justiz). Von diesen wird allein Böhm v. Bawerk zum Minister ernannt.

15./20. Juni. (Wien.) Delegationen.

Genehmigung des Budgets der Kriegs und der Marine in der ungarischen Delegation (15. Juni), in der österreichischen am 20. Juni.

20. Juni. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Ministerpräsident Graf Kielmannsegg gibt folgende Erklärung ab:

„Das neuernannte Ministerium hat die Aufgabe, die laufenden Geschäfte bis zur Bildung eines endgültigen Kabinets zu führen und ist hiernach vor allem der geregelte Gang des Staatshaushalts sicher zu stellen. Das Ministerium, dessen neue Mitglieder Beamte sind, erkennt natürlich in stärkstem Maße die Notwendigkeit an, behufs ordnungsmäßiger Gebarung des Staatshaushalts die Budgetberatung zum Abschluß zu bringen. Um hiefür die nötige Zeit zu gewähren, wird der Finanzminister noch heute die Gesetzentwürfe betreffend Forterhebung der Steuern, Abgaben und Bestreitung des Staatsaufwandes während des Monats Juli überreichen. Der Ministerpräsident bittet daher, die Regierung bei Erfüllung ihrer schwierigen Aufgaben im allgemeinen Staatsinteresse wohlwollend unterstützen zu wollen."

22. Juni. (Wien.) Plenarsitzung der österreichischen Delegation.

Sämtliche Redner mit Ausnahme der Jungtschechen sprechen ihr Vertrauen in die Leitung der Auswärtigen Politik aus. Abg. Süß widmet dem Grafen Kalnoky Worte der Anerkennung. Abg. Herold (Jungtsch.): Seine Partei erblicke im Dreibund eine Gefahr für die Interessen der ganzen Monarchie. Das Budget der Auswärtigen wird gegen die Stimmen der Jungtschechen angenommen. (Annahme in der ungarischen 20. Juni).

26. Juni. (Wien.) Schluß der Delegationen.

28. Juni. (Pest.) Pairsschub.

Der König ernennt fünf Großgrundbesitzer zu erblichen Mitgliedern des Magnatenhauses. Damit ist eine liberale Majorität hergestellt und die Durchführung der Kirchengesetze gesichert.

1. Juli. (Pest.) Genehmigung der Kirchengesetze.

Der König genehmigt das Inkrafttreten der Kirchengesetze zum 1. Oktober und die darauf bezüglichen Ausführungsverordnungen. Hierin werden die Standesbeamten angewiesen, die Parteien darauf aufmerksam zu machen, daß mit der Eheschließung vor dem Standesamt und mit der Eintragung der Geburten in die Staatsmatrikel die Pflichten gegen die Kirche noch nicht erfüllt sind.

1. Juli. (Wien.) Schluß der Beratungen über die internationale Regelung der Zuckerprämien.

Die „Polit. Korr." berichtet darüber: „Die Beratungen über die internationale Regelung der Zuckerpämien, die Ende voriger Woche im Auswärtigen Amte begonnen hatten, haben gestern ihren Abschluß gefunden. Vorläufig handelte es sich nur um einen informativen Ideenaustausch über den ganzen Komplex der Fragen, die mit den Zuckerprämien zusammenhängen. Es wurden alle Eventualitäten, darunter auch jene der Kontingentierung der Zuckerproduktion, in eingehende Erwägung gezogen, wobei sich über einzelne Punkte volle Uebereinstimmung zwischen den österreichischen, ungarischen und deutschen Teilnehmern an der Konferenz ergab, während bezüglich anderer Meinungsverschiedenheiten auftauchlen. Das Ergebnis der Verhandlungen wird nunmehr den Regierungen vorgelegt und von deren Beschlüssen wird es abhängen, ob und welche Schritte in der angeregten Angelegenheit zunächst unternommen werden.

3. Juli. (Wien.) Der Führer der Deutsch-Liberalen, Plener, in der Koalitionsregierung Finanzminister, legt sein Abgeordnetenmandat nieder und wird (30. Juli) zum Präsidenten des gemeinsamen Rechnungshofs ernannt.

5. Juli. (Prag.) Omladina und Jungtschechen.

Die Vertreter der omladinistischen Fraktion beschließen für den Fall, daß die jungtschechischen Abgeordneten die Opposition nicht entschieden weiterführen wollen, bei den nächsten Landtagswahlen mit einem selbständigen Kandidaten hervorzutreten.

10. Juli. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Annahme der Position Cilli.

Abg. Kaltenegger (deutsch-klerikal) für die Annahme der Position, die eine Forderung der Gerechtigkeit sei. Von der Linken wird er stürmisch unterbrochen und Verräter genannt, er antwortet seine Meinung sei dieselbe wie der früheren deutsch-liberalen Minister v. Plener und Graf Wurmbrand. Dr. Rittner (Leiter des Unterrichtsministeriums): Zu dieser Frage vom politischen Standpunkte aus Stellung zu nehmen, liege der gegenwärtigen Regierung nach der Natur ihrer Aufgabe durchaus fern, sie müsse vielmehr diese Frage der Beurteilung und Entscheidung des Hauses anheimstellen. Abgeordneter Graf Wurmbrand (früher Handelsminister) erklärt Kalteneggers Behauptung, Plener und er hätten im Ministerrat für den Posten Cilli gestimmt, für falsch. „Wir waren uns bewußt, daß gerade die Errichtung der slovenischen Mittelschule in Cilli zur Verhetzung im Lande beitragen werde. Wenn Kaltenegger behauptete, er sei in Uebereinstimmung mit den beiden Ministern der Linken gewesen, so muß ich gegen eine solche Gesellschaft im eigenen und im Namen Pleners protestieren."

Die Forderung wird mit 173 gegen 143 Stimmen angenommen. Dagegen stimmt die Linke, die Deutschnationalen, alle Antisemiten und Italiener, ferner Kronawetter und Pernerstorfer, dafür die Rechte, alle slavischen Abgeordneten und Klerikaleren. Von den frühen Ministern stimmen Falkenhayn und Madeyski mit der Rechten, Wurmbrand mit der Linken.

Juli. Die Presse über den Beschluß in der Cillifrage.

Das „Fremdenblatt" meint, bei sachlicher Behandlung der Frage hätte sich eine Einigung erzielen lassen. Die ungeschickte Taktik der deutschen Linken habe eine ihr wohlwollende Regierung gestürzt, ohne die Bewilligung des Cillier Gymnasiums verhindern zu können."

„Neue Freie Presse": Der Beschluß sei ein Verrat am Vaterlande, an dem Graf Hohenwart die Schuld trage. Das „Neue Wiener Tageblatt" greift die Klerikalen heftig an, die keine deutsche Gesinnung besäßen. „Vaterland" (klerikal): durch die Entscheidung der Cillier Frage sei wieder gezeigt worden, daß selbst unter den zerfahrensten parlamentarischen Verhältnissen eine slavenfeindliche Politik in Oesterreich nicht möglich sei. Welche Partei immer Anspruch auf ernste Beachtung erheben wolle, müsse mit dieser Thatsache rechnen.

14. Juli. (Steiermark.) Protest gegen die Bewilligung der Cilliforderung.

In einer zahlreich besuchten Wählerversammlung des städtischen und Landgemeinde-Wahlbezirks zu Graz wird eine Resolution angenommen, in welcher gegen die geplante Errichtung eines slovenischen Gymnasiums in

Cilli Verwahrung eingelegt und die bestimmte Erwartung ausgesprochen wird, daß die vereinigte deutsche Linke in der dritten Lesung gegen das Budget stimmen werde.

18. Juli. (Wien.) Das Abgeordnetenhaus genehmigt mit großer Mehrheit definitiv den gesamten Civilprozeßentwurf.

19. Juli. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Annahme des Budgets und des Finanzgesetzes.

Bei der Schlußberatung über das Finanzgesetz erklärt Lueger im Namen der Antisemiten, wegen Cilli und wegen des bevorstehenden Ausgleichs mit Ungarn gegen das Budget zu stimmen; wegen Cilli erklärte auch Bareuther namens der Deutschnationalen und Kraus namens der keinem Klub angehörenden steirischen Abgeordneten, gegen das Budget zu stimmen. Graf Khuenburg: Die vereinigte deutsche Linke wahre stets gewissenhaft die nationalen Interessen und werde der Folgen unbeschadet auch weiterhin ihre nationale Pflicht erfüllen; aber die Ablehnung des Budgetgesetzes in dritter Lesung sei der gegenwärtigen provisorischen Regierung gegenüber etwas Untergeordnetes und würde die Errichtung slovenischer Parallelklassen in Cilli nicht verhindern, deshalb werde er und die Mehrzahl seiner Parteigenossen für das Budget stimmen. Budget und Finanzgesetz werden mit großer Mehrheit angenommen; von der deutschen Linken stimmen 17 dagegen, 28 fehlen.

25. Juli. (Wien.) Das Herrenhaus genehmigt das Budget, und hierauf wird der Reichsrat vertagt.

5. August. (Ischl.) Zusammenkunft des Kaiserpaares mit dem König und der Königin von Rumänien. Anwesend ist ferner der Minister des Auswärtigen Graf Goluchowski.

10. August. (Pest.) Nationalitätenkongreß.

Vertreter der Rumänen, Slovaken und Serben vereinbaren einen Programmentwurf mit folgenden Hauptforderungen: Wahrung der Unversehrtheit des Landes, dem jedoch ein Volk nicht das Gepräge geben dürfe; einen Bund zwischen Slovaken, Rumänen und Serben unter Aufrechterhaltung des bisherigen Programmes; nationale Selbstverwaltung im Rahmen der Komitatseinteilung; Reform des Nationalitäten- und des Wahlgesetzes; Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze; Aufklärung der europäischen Presse. (Vgl. Mille: La question des nationalités en Hongrie. Rev. polit. et parlam. II, 12.)

1. September. Der Kaiser reist zu den Manövern nach Böhmen, am 8. nach Pommern (vgl. S. 181), Rückkehr nach Wien am 14. September.

11. September. Der Kaiser ernennt den deutschen Kaiser zum General der Kavallerie durch folgendes Handschreiben:

„Euer Kaiserliche und Königliche Majestät haben mir durch die Einladung zu den Manövern Ihrer Armee eine große Freude bereitet. Sie war mir vor allem willkommen als ein wiederholter Beweis der mir und meinem Heere so wertvollen freundschaftlichen Gesinnung Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät. Als besondere Auszeichnung habe ich es empfunden, neuerdings in der Mitte Euerer Kaiserlichen und Königlichen

Majestät ruhmreicher Armee weilen zu können. Mit aufrichtiger Genugthuung erfüllte es mich hierbei durch die hohe Würde, welche Euere Kaiserliche und Königliche Majestät mir zu verleihen geruht haben, Euer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Heere nur noch näher getreten zu sein. Beseelt von dem Wunsche, die herzlichsten Beziehungen unserer Armeen noch enger zu gestalten, gereicht es mir nun zur besonderen Freude, Euere Kaiserliche und Königliche Majestät zu bitten, als oberster Inhaber zweier Regimenter auch die Uniform eines Generals der Kavallerie meiner Armee tragen zu wollen. Diese würde hierin eine besonders hohe Auszeichnung und ein neues Band der Waffenbrüderschaft erblicken."

16. September. Der Kaiser begnadigt die im Memorandum-Prozeß zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilten rumänischen Agitatoren (vgl. 1894 S. 210).

17. bis 26. September. (Wien.) Gemeinderatswahlen (vgl. 30. Mai).

Im dritten Wahlkörper gewinnen die Antisemiten sämtliche 46 Mandate (17. Sept.), im zweiten (23. Sept.) werden 13 Liberale und 33 Antiliberale, im ersten 33 Liberale und 3 Antiliberale gewählt (26. Sept.), so daß die Antiliberalen die Zweidrittelmehrheit besitzen.

26. September. (Pest.) Zusammentritt des Reichstags.

29. September. (Prag.) Versammlung jungtschechischer Vertrauensmänner.

Die Versammlung genehmigt den von Dr. Herold begründeten Wahlaufruf, der das Hauptgewicht auf das allgemeine Stimmrecht legt. Bezüglich der Stellungnahme gegenüber dem künftigen Ministerium wird beschlossen, dessen Programm abzuwarten und für den Fall, daß die Regierung den Jungtschechen in ihren wesentlichen programmatischen Punkten entgegenkäme, den jungtschechischen Reichsrats-Abgeordneten freie Hand zu etwaigen Verhandlungen mit der Regierung zu gewähren.

30. September. (Pest.) Abgeordnetenhaus Budget pro 1896.

Die ordentlichen Ausgaben betragen 437 366 347 Gulden gegen 421 072 698 fl. im vorigen Jahre, die transitorischen Ausgaben 9 372 219 fl. gegen 20 762 566 fl., Investitionen 19 620 371 fl., die außerordentlichen gemeinsamen Ausgaben 6 628 307 fl., zusammen 472 987 244 fl. Die ordentlichen Einnahmen betragen 462 644 100 fl., die transitorischen Einnahmen 10 420 298, zusammen 473 064 398 fl. Es verbleibt somit ein Ueberschuß von 77 154 fl. In der ordentlichen Gebahrung allein beträgt der Ueberschuß 25 277 757 fl. In der Erläuterung zu dem Budget wird die Erhöhung der ordentlichen Ausgabe um 16 Millionen Gulden durch den steigenden Bedarf der Staatsbetriebe begründet, wie Staatsbahnen, Maschinenfabriken, Eisenwerke, Post, Telegraph, Telephon und das Tabakmonopol, welche Betriebe auch steigende Erträgnisse aufweisen.

2. Oktober. (Wien.) Ministerwechsel.

Der Kaiser entläßt das provisorischen Ministerium Kielmannsegg und ernennt den bisherigen Statthalter von Galizien Graf Badeni zum Ministerpräsidenten und Minister des Innern. Die übrigen Minister sind Graf Welsersheimb (Landesverteidigung), v. Gautsch (Unterricht), von Bilinsky (Finanzen), Graf Ledebur (Ackerbau), Graf Gleisbach (Justiz), Glanz v. Eicha (Handel).

4. Oktober. (Wien.) Der Kaiser bestimmt, daß der Minister des Kaiserlichen Hauses fortan den Titel „Minister des Kaiserlichen und Königlichen Hauses“ zu führen habe.

14./15. Oktober. (Agram.) Antiungarische Demonstrationen während der Anwesenheit des Kaisers.

Der Kaiser wohnt der Einweihung eines Theaters in Agram bei und wird begeistert empfangen. Während der Feier kommt es zu Krawallen zwischen Kroaten und Ungarn; eine ungarische Fahne wird von kroatischen Studenten verbrannt, die Fahnen der ungarfreundlichen Serben werden gewaltsam entfernt und beschimpft.

Oktober. (Ungarn.) Folgen der Agramer Ausschreitungen. Presse. Reichstag. Strafen.

Die magyarischen Zeitungen sind empört über die Demonstrationen gegen Ungarn und greifen den Banus von Kroatien, den Grafen Khuen Hedervary heftig an, weil er sie nicht zu verhindern gewußt habe. Im Abgeordnetenhause wird die Regierung wegen dieser Vorgänge interpelliert, Ministerpräsident v. Banffy erklärt, die Beleidigung der ungarischen Fahne werde durch die Bestrafung der Schuldigen gesühnt werden, eine andere Genugthuung sei überflüssig (25. Oktober).

In Agram beschließt der Gemeinderat, dem Ministerpräsidenten sein Bedauern über die Skandale auszusprechen (21. Oktober). Die an den Exzessen beteiligten Studenten werden disziplinarisch bestraft, ein Teil wird relegiert.

20. Oktober. (Böhmen.) Graf Badeni hebt den Ausnahmezustand für Prag und Umgebung auf (vgl. 1893).

22. Oktober. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Programmrede Badenis. Haltung der Parteien.

Ministerpräsident Graf Badeni erklärt, die Regierung wünsche ein friedliches Zusammenleben der zu einem Ganzen vereinigten Nationen Oesterreichs und werde allen Erscheinungen entgegenwirken, welche diesen Frieden zu beeinträchtigen geeignet seien, und durch ebenso entschiedenes wie wohlwollendes Vorgehen diesen Frieden herbeizuführen suchen. Zwei leitende Grundsätze seien hierbei für das Parlament ebenso wie für die Regierung maßgebend; aktuell berechtigte, dem jeweiligen Zustande der Entwickelung entsprechende Ansprüche, soweit sie sich in den Grenzen der staatsrechtlichen, finanziellen und wirtschaftlichen Zulässigkeit bewegen, sollen stets gerechte und wohlwollende Würdigung finden, wenn sie auf gesetzlichem Wege geltend gemacht werden; dies könne und solle aber nur in der Art geschehen, daß die auf dem historischem Momente beruhende traditionelle Stellung und langjährige allen anderen Völkern voranleuchtende Kultur des deutschen Volkes gebührende Beachtung finden müsse. In der sogenannten böhmischen Frage bringe die Regierung der tschechischen Nation volles Vertrauen entgegen, verzichte auf jede Rekrimination und habe auf den glänzend erprobten Patriotismus des böhmischen Volkes bauend den ersten Vertrauensbeweis geliefert, durch die Aufhebung des Ausnahmezustandes. Gegenüber den Parteien des Hauses stehe die Regierung vollkommen frei da und gedenke es auch weiter zu bleiben. Dies sei jedoch nicht so zu verstehen, als ob die Regierung bald der einen, bald der anderen Parteirichtung sich akkommodieren wolle, sondern diese Worte bedeuten, „daß wir zu führen und nicht uns führen zu lassen ge-

denken". Unter Voraussetzung unbedingter Aufrechterhaltung dieses Prinzips habe er und seine Kollegen die Mission übernommen. Die Regierung trage die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Gesetze und der Ordnung, deshalb habe sie das Recht und die Pflicht zu führen. Die Regierung appelliere hauptsächlich an die Parteien, die auf ethischer Grundlage gebildet ideale Ziele, wenn auch mit praktischer Unterlage, anzustreben befähigt seien. Die Regierung sei sich der Pflicht bewußt, die Umwälzung oder Vernichtung der Gesellschafts-Ordnung zu verhindern; sie werde die religiösen Gefühle pflegen und eine sittlich-religiöse Erziehung der Jugend anstreben. Auch die wirtschaftliche Frage werde sie im Auge behalten, insbesondere die schwächeren Länder berücksichtigen. Was das Arbeitsprogramm betreffe, so sei eine Hauptaufgabe die Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn; ferner werde ein Wahlreformentwurf vorgelegt werden, die Steuerreform solle fortgeführt und die soziale Lage der unteren Volksschichten thunlichst verbessert werden.

Die Deutsch-Liberalen, Polen, der Hohenwartklub und die Klerikalen sind im allgemeinen von dem Programm befriedigt, die Antisemiten, Deutschnationalen und Slovenen nehmen eine abwartende Haltung ein, die Jungtschechen sind unzufrieden wegen der dem Deutschtum gezollten Anerkennung.

Oktober. Konflikt mit der Kurie.

Durch die Zeitungen geht die Behauptung, Oesterreich habe die Abberufung Agliardis (vgl. S. 214) verlangt, was abgelehnt worden sei. Infolge dessen habe der österreichische Botschafter Graf Revertera den Vatikan verlassen.

21. Oktober. (Böhmen.) Eine Versammlung deutsch-nationaler Vertrauensmänner in Prag beschließt die Bildung einer deutschen Volkspartei für Böhmen.

21. Oktober. (Pest.) Magnatenhaus. Schluß der Beratung über die Kirchengesetze.

Das Magnatenhaus verhandelt zum vierten Mal über die Gesetzesvorlage für die freie Religionsübung und nimmt mit 118 gegen 112 Stimmen den freien Ein- und Austritt an, wonach die Konfessionslosigkeit gestattet ist. Im weitern Verlauf nimmt das Haus die Bestimmungen der Vorlage, die den Uebertritt zum Judentum gestatten, mit 121 gegen 113 Stimmen an, womit die liberale kirchenpolitische Gesetzgebung das letzte Hindernis überwunden hat.

Oktober. Der Papst und die österreichischen Bischöfe über den 20. September. S. Römische Kurie.

24. Oktober. (Wien.) Das dem Abgeordnetenhause vorgelegte Budget für 1896 weist ein Gesamterfordernis von 662691582 Gulden und eine Gesamtbedeckung von 662902808 Gulden auf; es verbleibt daher ein Überschuß von 211226 Gulden.

29. Oktober. (Wien.) Bürgermeisterkrisis (vgl. S. 227).

Der Gemeinderat wählt Dr. Lueger zum Bürgermeister mit 93 Stimmen. Es werden 44 leere Stimmzettel abgegeben. Der Kaiser verweigert die Bestätigung Luegers (6. Nov.).

4. November. (Prag.) Die Vertrauensmänner der Alttschechen beschließen, keine eigenen Kandidaten mehr aufzustellen.

4. November. (Tirol.) Wahlen.

Bei den Landtagswahlen in 34 Landgemeinde-Wahlbezirken werden 31 Konservative und 3 Liberale gewählt; von denselben gehören 9 Konservative und die 3 Liberalen der nationalen Abstinenz-Partei an.

5. November. (Böhmen.) Der Kaiser begnadigt elf im Omladinaprozeß Verurteilte (vgl. 1894 S. 202).

8. November. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Verhandlung über die Nichtbestätigung Luegers.

Auf eine Interpellation der Antisemiten und Deutschnationalen, weshalb die Bestätigung Luegers (vgl. 29. Oktober) verweigert sei, erwidert Ministerpräsident Graf Badeni: Die Bestätigung sei versagt, nicht, wie vielfach behauptet sei, weil die Regierung die Niederlegung des Reichsratsmandats verlangt und Lueger dies verweigert habe, sondern weil die erforderliche Bürgschaft für eine streng objektive, sachliche, von agitatorischer Tendenz freie, allen Bevölkerungsklassen gleichmäßig gerecht werdende, den Anforderungen der Autorität volle Rechnung tragende Führung der Verwaltung nicht außer Zweifel stehe. Abg. Prinz Liechtenstein wirft der Regierung vor, sie habe aus Rücksicht auf Ungarn den ausgleichfeindlichen Lueger nicht bestätigt.

13. November. (Wien.) Der Gemeinderat wählt Lueger zum zweiten Male mit 92 Stimmen zum Bürgermeister und wird deshalb aufgelöst.

Mitte November. (Wien.) Spaltung des Hohenwartklubs.

Die Christlich-Sozialen des Hohenwartklubs wollen eine Interpellation über die abermalige Auflösung des Wiener Gemeinderats einbringen, wozu der Klub seine Erlaubnis verweigert. Infolge dessen treten eine Anzahl Abgeordneter aus und begründen eine „deutsch-katholische Volkspartei", die die Antisemiten unterstützen wird, aber ein freundliches Verhältnis zu den Konservativen wahren will.

28. November. (Böhmen.) Abschluß der Landtagswahlen.

Der Landtag ist folgendermaßen zusammengesetzt: 97 Tschechen, davon 90 Jungtschechen; 70 Großgrundbesitzer; 69 Deutsche, davon 54 Liberale, 12 Nationale, 2 Klerikale, 1 Wilder; 6 Virilstimmen, davon 4 Bischöfe und 2 Universitätsrektoren.

29. November. (Ellischau.) Graf Taaffe, 1879—93 österreichischer Ministerpräsident, 62 Jahre alt, †.

2. Dezember. (Wien.) Große Straßendemonstration antisemitischer Frauen für Lueger.

9. Dezember. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Agramer Unruhen (vgl. S. 228).

Der Antrag der Nationalpartei, die von der Regierung infolge der Agramer Zwischenfälle getroffenen Maßnahmen für unkorrekt und unzulänglich zu erklären, wird nach fünftägiger erregter Erörterung mit überwiegender Mehrheit abgelehnt.

10. Dezember. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Erklärungen Badenis über Ungarn und die Wahlreform.

Ministerpräsident Graf Badeni erklärt in der Budgetberatung, bei der Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn müßten die diesseitigen wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund gestellt werden. Die Regierung werde dieselben entschieden wahrnehmen, könne jedoch andererseits niemals prinzipiell einen ablehnenden oder gar feindseligen Standpunkt in dieser die eminente Staatsnotwendigkeit bedeutenden Angelegenheit aufkommen lassen. „Die äußersten Flügel hüben und drüben vereinigen sich in einem an dem gesetzlichen Staatsgefüge rüttelnden Gedanken, welchem die Regierung energisch entgegentreten muß.“ Der Gesetzentwurf über die Wahlreform sei fertiggestellt und habe die Allerhöchste Zustimmung erhalten, er werde im Februar eingebracht werden.

20. Dezember. (Wien.) Das Abgeordnetenhaus genehmigt das Finanzgesetz für 1896, nach welchem die Staatsausgaben auf 662 817 082 fl., die Einnahmen auf 663 752 808 fl., somit der Ueberschuß auf 935 726 fl. veranschlagt ist.

28. Dezember. (Cisleithanien.) Eröffnung der Landtage von Nieder-Österreich, Böhmen, Galizien, Ober-Österreich, Steiermark, Krain, Mähren, Schlesien, Görz und Gradisca.

III.

Portugal.

12. Januar. (Lissabon.) Portugal und Brasilien.

Das Kriegsgericht spricht einstimmig die Kapitäne der portugiesischen Kriegsschiffe frei, an deren Bord brasilische politische Flüchtlinge nach dem La Plata entkommen waren.

14. Februar. Den Lehrern an Staatsanstalten werden antimonarchische Kundgebungen untersagt.

12. März. Absendung von Verstärkungen nach Lourenço Marques.

16. März. Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Brasilien.

23. März. Die Azoren erhalten Selbstverwaltung.

Anfang April. Wahlreform.

Die Abgeordnetenzahl wird von 180 auf 120 vermindert. Die Anzahl der Advokaten und Aerzte darf 20, die der Beamten 40 nicht übersteigen, Rechtsanwälte und Direktoren von Gesellschaften, die zur Staatsverwaltung in Beziehungen stehen, ebenso aktive Militärs, ausgenommen Generäle, sind nicht wählbar. Die Prüfung der Wahlmandate liegt einem besonderen Gerichtshof ob.

Die Progressisten lehnen die Reform ab und proklamieren Wahlenthaltung.

9. Juli. (Lissabon.) Unterzeichnung eines Handelsvertrags zwischen Portugal und Rußland.

Oktober. November. Reise des Königs nach Frankreich, Deutschland und England. (Ankunft in Paris am 5. Oktober, Rückkehr am 16. November.) Vgl. Italien.

17. November. In den Corteswahlen erringt die Regierungspartei 90 Mandate.

29. November. Reform der Pairskammer, deren Mitgliederzahl vermindert wird.

IV.

Spanien.

3. Januar. (Madrid.) Marschall Pavia †.

Er führte i. J. 1874 den Staatsstreich gegen den Präsidenten der Republik Castelar aus und bereitete die Monarchie vor.

28. Januar. Spanien und Marokko.

Eine marokkan. Gesandschaft fordert Aufschub für die Ausführung des Friedens von Marrakesch (vgl. 1894 S. 249). Der Gesandte wird in Madrid von General Fuentes thätlich angegriffen (3. Febr.). Hierüber herrscht große Erregung, die Regierung entschuldigt sich beim Sultan von Marokko.

Januar. Das Budget schließt in den Ausgaben mit 765 409 882, in den Einnahmen mit 758 430 122 Pesetas ab. Der Fehlbetrag ist also 6 978 760 Pesetas.

6.—9. Februar. (Madrid.) Zollerhöhungen.

Die Deputiertenkammer genehmigt die Regierungsvorlage wonach auswärtiges Getreide bei der Einfuhr nach Spanien mit einem Zoll von 2,50 Pesetas für das Hektoliter belegt werden soll. Der Senat stimmt am 9. Februar zu.

Die Vertreter der Generalräte von Castilien fordern eine Erhöhung um mindestens 3 Pesetas.

14. Februar. Die Kammer beschließt in Cuba die Selbstverwaltung einzuführen.

24. Februar. (Madrid.) Vertrag zwischen Spanien und Marokko.

Der Vertrag gewährt Marokko Erleichterung in der Entschädigungszahlung und regelt die Streitfragen über die neutrale Zone bei Melilla.

Februar. Auf Cuba brechen Unruhen aus, so daß der Belagerungszustand verhängt werden muß (25. Februar). Vgl. auch Süd-Amerika.

März. (Madrid.) Militärische Unruhen. Ministerwechsel.

Am 14. und 15. März stürmen einige Hundert Offiziere die Redaktionen oppositioneller Zeitungen wegen beleidigender Artikel gegen das Offizierkorps. Der Kriegsminister tadelt die Ausschreitungen, entschuldigt sie aber im Parlament mit der verletzenden Sprache der Blätter, weshalb es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Ministern und Vertretern der Presse kommt. Es kommt aus diesem Anlaß zu weiteren Differenzen und

zum Rücktritt des Ministeriums 17. März, das am 24. März folgendermaßen neu gebildet wird: Vorsitz, Canovas del Castillo; Aeußeres, Herzog von Tetuan; Justiz, Romero Robledo; Krieg, Azcarraga; Marine, Berenger; Finanzen, Navorro Reverter; Inneres, Cosgayon; öffentliche Arbeiten und Unterricht, Bosch; Kolonien Castellanos.

März. Untergang des Kriegsschiffes „Reina Regente" bei Kap Trafalgar mit ungefähr 250 Mann Besatzung.

März. April. Rüstungen zum cubanischen Feldzug.

Im Laufe des März werden 16000 Mann spanische Truppen nach Cuba gesandt; an ihrer Stelle werden 20000 einberufen und außerdem werden 15000 für den Transport bereit gehalten.

3. April. (Madrid.) Marschall Martinez Campos reist nach Cuba ab, um dort den Oberbefehl zu übernehmen.

12. Juni. (Madrid.) Kammer und Senat genehmigen eine Vorlage, wonach die Regierung zu einer Kreditaufnahme durch Ausgabe von Hypothekenbriefen auf Cuba ermächtigt wird.

13. Juni. (Burgos.) Ruiz Zorrilla, der Führer der spanischen Republikaner, †.

9. August. Grenzregulierung zwischen Spanien und Japan.

August. Unruhen in Valencia.

64 spanische Prälaten protestieren in einem Schreiben an den Papst gegen die Feier des 20. September in Italien.

22. September. (Madrid.) Die Königin genehmigt den Ankauf von 60000 Mausergewehren in Deutschland.

30. September. Untergang des Kreuzers „Christoph Columbus".

Oktober. Ruhestörungen Arbeitsloser in Cadiz.

Anfang Dezember. Von Cuba treffen schlimme Nachrichten ein.

Dezember. Ministerkrisis. Konflikt mit der Madrider Gemeindeverwaltung.

Es werden in der Presse Vorwürfe gegen die Madrider Stadtverwaltung erhoben wegen Veruntreuungen, an denen auch die Justiz- und Bautenminister beteiligt gewesen sein sollen. Da die Regierung diese nicht zurücktreten lassen will, kommt es zu einer großen Straßendemonstration gegen das Kabinet (9. Dezember). Am 13. Dezember legen beide Minister ihr Amt nieder; Justizminister wird Tejada Valdosera, Bautenminister Linares Rivas. Gegen eine Anzahl Madrider Gemeindebeamte wird Anklage erhoben (31. Dez.).

V.

Großbritannien.

18. Januar. (Cardiff.) Rede Roseberys über das Programm der Regierung.

In einer Versammlung verspricht der Premierminister die Entstaatlichung der Kirche in Wales, die Einbringung eines Ausschankgesetzentwurfs, die Zahlung von Parlamentsdiäten und die Abschaffung des Mehrstimmrechts. Definitive Beschlüsse über das Oberhaus werde die Regierung nicht vorlegen, weil das die sofortige Auflösung herbeiführen werde.

23. Januar. (Derby.) Rede Harcourts über das Oberhaus.

Der Schatzsekretär Sir W. Harcourt weist die Angriffe der Opposition scharf zurück und erklärt eine Auflösung des Unterhauses für unnötig, da die Majorität zur Durchführung des liberalen Programms genüge. Er betont die Notwendigkeit der Verstärkung der Flotte und fordert, daß das Unterhaus „auf streng verfassungsmäßigem Wege" künftig gegen die Gefahr durch das Veto des Oberhauses in seinen Beschlüssen gelähmt zu werden geschützt werde.

24. Januar. Lord Randolph Churchill, 46 Jahre alt, †. Er war 1886 Sekretär des Schatzamts im Kabinet Salisbury.

5. Februar. (London.) Eröffnung des Parlaments.

In der Thronrede heißt es, England bemühe sich um eine Verständigung zwischen China und Japan, dann fährt sie fort: „Infolge von Berichten, welche an Meine Regierung gelangt sind über Ausschreitungen der Truppen, regulärer und irregulärer, gegen Armenier in einem Distrikt Kleinasiens, hielt Ich es für recht, in Verbindung mit anderen Mächten der Pforte Vorstellungen zu machen. Der Sultan hat seine Absicht erklärt, jeden seiner Beamten oder Soldaten strenge zu bestrafen, welcher sich solcher Handlungen schuldig gemacht habe. Er hat eine Kommission ausgesandt, um eine Untersuchung an Ort und Stelle zu führen. Delegierte der Mächte, welche Konsuln in Erzerum haben, werden diese Kommission begleiten." Für die innere Politik werden u. a. Vorlagen zur Entstaatlichung der Kirche in Wales und zur Kontrole des Spirituosenhandels angekündigt.

7. Februar. (Unterhaus.) England und die madagassische Frage.

Ueber das Verhältnis Englands zu dem Kriege zwischen Frankreich

und Madagaskar erklärt der Parlamentssekretär des Auswärtigen Grey: Durch das Abkommen vom Jahre 1890 habe England die französische Schutzherrschaft auf Madagaskar unter der Bedingung anerkannt, daß diese Schutzherrschaft keine Rechte oder Immunitäten berühre, welche britische Unterthanen auf Madagaskar genießen. Im Juli 1894 wurde angezeigt, jedwedes Zugeständnis, das nicht von dem Residenten gebilligt und nicht bei der Generalresidenz eingetragen, sei null und nichtig. Darüber wurde an die französische Regierung eine Anfrage gerichtet, aber angesichts der jetzigen Zustände wurde für den Augenblick jede Erörterung dieser Frage vertagt. England werde neutral bleiben.

13. Februar. Das Unterhaus nimmt einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Lage der Arbeitslosen an.

15. Februar. (Unterhaus.) England, Frankreich und der Kongostaat.

Der Parlamentssekretär des Auswärtigen Grey erklärt, so weit ihm bekannt, sei eine Zustimmung der Großmächte zum Uebergang des Kongostaates an Belgien und zu dem soeben veröffentlichten belgisch-französischen Abkommen nicht erfolgt. Die britische Regierung habe noch keine amtliche Mitteilung von den Abmachungen zwischen Belgien und Frankreich und zwischen Belgien und dem Kongostaat erhalten. Das Vorkaufsrecht Frankreichs sei von England nicht anerkannt worden. Hinsichtlich des Westbeckens des obern Nils habe England kein Abkommen mit Frankreich getroffen; das einzige Abkommen betreffe die Grenze Sierra Leones. (Vgl. Afrika.)

18. Februar. (Unterhaus.) Adreßdebatte. Auflösungsantrag.

Der Führer der liberalen Unionisten Chamberlain beantragt, der Adresse einen Zusatz zu geben, der die Auflösung fordert. In der Begründung durch die Opposition wird insbesondere Lord Rosebery heftig angegriffen, ohne daß ihn die anwesenden Minister Harcourt und Asquith verteidigen. Der Antrag wird mit 297 gegen 283 Stimmen abgelehnt.

22. Februar. (Unterhaus.) Baumwollzoll in Indien.

Ein Antrag, der die Einführung von Baumwollzöllen in Indien anregt, wird mit 304 gegen 109 Stimmen abgelehnt. Ueber diese Angelegenheit schreibt die „Köln. Ztg.: „Die Frage der indischen Baumwollzölle stellt sich folgendermaßen dar. In den letzten zehn bis fünfzehn Jahren hat Indien bedeutende Fortschritte in der Jute- und Baumwollspinnerei gemacht. Die Baumwollspinnerei und -Weberei allein wird mit 3½ Millionen Spindeln und 25 000 Webstühlen betrieben, hauptsächlich in Bombay. Die Folge dieses Aufschwunges ist eine Verdrängung der Manchesterware von den ostasiatischen Märkten, wo Indien allerdings auf den Mitbewerb Japans stoßen wird. Bei der bedrängten Lage der indischen Finanzen wurde im vorigen Jahre ein allgemeiner Eingangszoll von fünf Prozent auf alle Waren eingeführt, die Baumwollstoffe jedoch ausgenommen. Gegen diese Ausnahme wurden in Indien Beschwerden laut, worauf die Regierung sie fallen ließ, zum Ausgleich jedoch in Indien selbst eine Fabrikationssteuer auf Baumwolle legte. Während nun in Indien die Abschaffung der Steuer gefordert wird, verlangen die Fabrikanten von Manchester deren Beibehaltung."

26. Februar. (Unterhaus.) Währungsdebatte (vgl. Deutschland und Frankreich).

Everett beantragt, das Haus möge erklären, es verfolge mit steigender Besorgnis die fortwährenden Schwankungen im relativen Werte von Gold und Silber und stimme gern in die jüngst zum Ausdruck gebrachten Ansichten der Regierung Frankreichs der deutschen Reichsregierung und Reichsvertretung hinsichtlich der daraus entstehenden Uebel ein; er stelle es daher der Regierung als wünschenswert hin, mit andern Mächten auf einer internationalen Konferenz zu erwägen, welche Maßregeln zur Beseitigung oder Verminderung des Uebels getroffen werden könnten. Schatzsekretär Sir W. Harcourt: Es sei irrig, anzunehmen, daß Deutschland seine auf der Brüsseler Konferenz vertretene Ansicht zu Gunsten der Goldwährung in letzter Zeit verändert habe. Die jüngste Erklärung des Reichskanzlers Fürsten zu Hohenlohe sei durchaus nicht dahin zu deuten; dieselbe involviere unzweifelhaft den Wunsch der deutschen Reichsregierung, mit den anderen Mächten die Mittel zur Milderung der aus der Entwertung des Silbers entstandenen Uebelstände zu erörtern. Falls die deutsche Regierung Vorschläge zu diesem Zwecke mache, sei die englische Regierung bereit, in freundlichem Geiste in die Erörterung einzutreten, obschon sie gleichzeitig an Englands Geldumlaufssystem festhalte, da England großes Interesse an der Kontinuität auf dem Gebiete der Umlaufsmittel habe. Auf einer Konferenz würde man, falls die Frage des Prägungsverhältnisses aufgeworfen würde, bald finden, daß die davon berührten Interessen sehr verschiedenartige seien. Die Silber produzierenden Länder haben ein klares Interesse, die Silberprägung zu vermehren; diejenigen, welche große Silbervorräte besitzen, deren sie sich nicht entledigen können, werden froh sein, sie den größten Gläubigern der Welt zu übermitteln. Würde man auf eine internationale Vereinbarung eingehen, so habe man keine Sicherheit, daß die Vereinbarung aufrecht erhalten werde. Er sei dagegen, daß man die Währung Englands der Gnade irgend einer auswärtigen Macht preisgebe, oder sie unter die Kontrolle eines Komitees fremder Staaten stelle. Falls Frankreich, Deutschland und die Vereinigten Staaten für gut finden, sich zu vereinigen, um den Silberwert aufrecht zu erhalten, so werde England nichts dagegen einwenden, obschon es möglich sei, daß es sich diesen Staaten nicht anschlösse. Redner weist den Gedanken zurück, daß hohe Warenpreise hohe Löhne herbeiführten; bei hohen Preisen seien vielmehr die Löhne am niedrigsten. Die in Beratung stehende Resolution enthalte zwei Propositionen, von welchen er nicht abweichen wolle. Hätte die Resolution eine Verpflichtung Englands zur Doppelwährung umfaßt, so würde er sich ihr auf das äußerste widersetzt haben. (Lauter Beifall.) Die Resolution empfehle sich indessen gleichmäßig den Monometallisten und den Bimetallisten, und er hoffe, nichts was er gesagt habe, werde irgend ein Land zu dem Glauben veranlassen, daß irgend eine Aenderung in den Grundlagen der englischen Währung wahrscheinlich sei. Der Antrag wird ohne Abstimmung angenommen.

1. März. (Unterhaus.) Vorlegung der Novelle zum Fabrikgesetz.

Der Zweck der Vorlage ist, billige Bedingungen der Sicherheit für Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schaffen. Die Bill behandelt unter anderem Ueberfüllung der Fabriken und Werkstätten, verbietet, daß Kinder und junge Personen in Bewegung befindliche Maschinen reinigen, sie enthält ferner Bestimmungen über das sogenannte „Schwitzsystem“, verbietet die Ueberstunden für Personen unter 18 Jahren und schränkt die Ueberzeit

für Arbeiterinnen ein. In Fabriken beschäftigte Kinder dürfen keine Arbeit nach Hause nehmen. Junge männliche Personen und Arbeiterinnen, die ihre volle Zeit in Fabriken arbeiten, dürfen keine Arbeit nach Hause mitnehmen oder nach der Tagesarbeit im Laden beschäftigt werden. Die Bill dehnt das Fabrikgesetz auf Wäschereien, Docks, Werften, Quays, Gebäude, in welchen Maschinen verwandt werden, und auf Backhäuser aus. Die meisten Redner sprechen sich günstig über den Entwurf aus.

12. März. (Unterhaus.) Vorlegung des Marinebudgets.

Die Marinevoranschläge von 1895—1896 beziffern sich auf 18 701 000 L., übersteigen also das laufende Budget um 1 334 000 L. und das vorhergehende um 4 460 900 L.

15. März. (Unterhaus.) Debatte über Schutzzoll und Freihandel.

Eine Resolution Howard Vincents auf Einführung von Schutzzöllen bekämpft der Präsident des Handelsamtes Bryce entschieden. Er betont, daß in den 50 Jahren der Herrschaft des Freihandels die Löhne in England sich fast verdoppelt hätten, während die Preise für alles, ausgenommen die Hausmiete, beständig heruntergegangen seien. Die Zahl der Arbeitslosen sei gegenwärtig geringer als früher und die Not auf dem schutzzöllnerischen Kontinent sei größer als in England. — Die Resolution wird abgelehnt.

22. März. (Unterhaus.) Diätenzahlung an die Mitglieder.

Das Haus genehmigt einen Antrag den Mitgliedern Diäten zu zahlen mit 176 gegen 159 Stimmen.

28. März. 1. April. (Unterhaus.) England und der Kongostaat (vgl. 1894 S. 318, 319). Besitzverhältnisse am obern Nil.

Der Parlamentssekretär des Auswärtigen E. Grey erklärt, durch die Verpachtung gewisser Gebietsteile von der britischen Regierung an den Kongostaat habe letzterer anerkannt, daß die betreffenden Gebiete innerhalb der britischen Einflußsphäre lägen. Durch die Verträge mit Deutschland und Italien von 1890 und 1891 sei anerkannt worden, daß das obere Nilthal in der britischen Einflußsphäre liege. Diese Verträge seien seit fünf Jahren aller Welt bekannt, und obgleich die englischen Ansprüche durch andere als die an den Verträgen beteiligten Mächte nicht anerkannt worden seien, seien sie doch den andern Mächten wohl bekannt gewesen und von denselben nicht angefochten worden. Uebrigens habe Egypten auf das fragliche Gebiet Ansprüche, die von England vertreten und von Frankreich nicht bestritten würden, und es sei zweifellos, daß die Ansprüche Egyptens und Englands zusammen sich über das ganze Nilthal erstreckten. Ein Vordringen Frankreichs ins Nilthal würde England nicht dulden. Am 1. April erklärt der Sekretär: Die Fragen, betreffend die Zugehörigkeit des Nilthals zwischen den Seen und der Südgrenze Egyptens sowie die Stellung Englands zu denselben seien im vergangenen Jahre Gegenstand von Verhandlungen mit der französischen Regierung gewesen. Die Verhandlungen hatten zu keinem definitiven Abschluß geführt, seien aber nicht abgebrochen worden. Die westliche Grenze der britischen Einflußsphäre sei in dem Uebereinkommen mit Deutschland vom 1. Juli 1890 festgesetzt worden. Die britische Regierung könne nicht anerkennen, daß die Regierung des Mahdi oder seines Nachfolgers die Rechte Egyptens in diesen Territorien aufhebe oder beeinträchtige.

Der britischen Regierung seien die Ansprüche der Türkei und Egyptens im Becken des Oberen Nil sehr wohl bekannt.

29. März. Das **Unterhaus** genehmigt mit 128 gegen 102 Stimmen eine Resolution **Dalziel**, betr. die Errichtung lokaler gesetzgebender Körperschaften in Irland, Schottland, Wales und England.

Ende März. Die britische ostafrikanische Gesellschaft tritt ihre Rechte der Regierung ab.

3. April. (**London.**) Der Führer der Konservativen im Unterhause, **Balfour**, spricht sich für die internationale Doppelwährung aus.

8. April. (**Unterhaus.**) Sprecherwahl.

Der Sprecher des Unterhauses, **Peel**, tritt aus Gesundheitsrücksichten zurück, an seiner Stelle wird gewählt der ministerielle Kandidat **Court Gully** mit 285 gegen 274 Stimmen.

17. April. (**London.**) Arbeiterbewegung.

Die unabhängige Arbeiterpartei Englands beschließt, jedes Mitglied solle sich verpflichten, alle Verbindung mit irgend einer anderen politischen Partei zu lösen, bei städtischen Wahlen so zu stimmen, wie es der Zweigverein der betreffenden Stadt festsetzt, bei Parlamentswahlen so, wie es von der eigens einzuberufenden Parteikonferenz beschlossen wird. Ferner faßt sie folgende Resolution: „Während die Konferenz überzeugt ist, daß es keine wirkliche Beseitigung der Arbeitslosigkeit gibt, bis nicht die gesamte Industrie auf kollektivistische Grundlagen gestellt wird, empfiehlt sie dennoch, damit das furchtbare Elend der Arbeitslosen etwas gemildert wird, daß das Parlament den Grundsatz aufstellt, daß es Pflicht des Staates, resp. der Gemeinde ist, für alle seine Bürger Arbeit zu finden. In Zeiten außerordentlichen Notstandes soll das Schatzamt unter bestimmten Bedingungen denjenigen Distrikten, wo für alle keine Arbeit vorhanden ist, zur Unterstützung der Arbeitslosen ausreichenden Zuschuß gewähren."

Mitte April. Differenzen in den Oppositionsparteien.

Zwischen den Tories und ihren Bundesgenossen, den liberalen Unionisten, kommt es zu erheblichen Differenzen; **Chamberlain**, der Führer der liberalen Unionisten wird von konservativen Blättern heftig angegriffen. Um eine Spaltung der Opposition zu vermeiden desavouiert **Balfour**, der Führer der Konservativen, öffentlich jene Angriffe und stellt Chamberlain eine Ehrenerklärung aus (26. April).

22. April. Das **Unterhaus** genehmigt das Gesetz über die Fabrikarbeiter (S. 237).

27. April. Besuch der Königin von Holland in London.

Ende April. Anfang Mai. Die englische Presse über die Lage in Ostasien (vgl. Asien).

Die englische Presse, voran der „**Standard**" und „**Times**" verurteilen die Intervention von Rußland, Frankreich und Deutschland in Ostasien scharf, es stehe in Widerspruch mit dem europäischen Staatsrechte.

Gegen die japanfreundliche Haltung Englands wendet sich dagegen die „Westminster Gazette".

Den Verzicht Japans auf Liaotang begrüßt die Presse sympathisch; nach der „Times" hat England ihn den Japanern empfohlen.

20. April. England und die Kurie.

Die „Times" veröffentlicht ein Schreiben des Papstes, in dem die Engländer zur Rückkehr zum Katholizismus eingeladen werden. Das Schreiben wird in der Oeffentlichkeit wenig beachtet; der Erzbischof von Canterbury erläßt eine Antwort darauf. (Vgl. Fortnightly Review 1895, Oktober.)

1. Mai. (London.) Urteil über den Zusammenstoß der „Elbe" und der „Crathie".

Das Leichenschaugericht erklärt, daß der Steuermann der „Crathie" sich großer Nachlässigkeit schuldig gemacht habe, es sei aber kein Beweis erbracht, daß die „Crathie" allein Tadel treffe. In der Frage der Hilfeleistung nach dem Zusammenstoße wird die „Crathie" von jedem Vorwurf freigesprochen.

2. Mai. (Unterhaus.) Schatzkanzler Sir W. Harcourt legt das Budget vor.

In demselben wird der Ueberschuß des vorigen Jahres mit 766 000 Pfund, die Ausgabe des laufenden Jahres mit 95 982 000 Pfund, die Einnahme mit 95 662 000 Pfund aufgeführt; das Defizit beträgt etwa 320 000 Pfund. Die im vorigen Jahre auf Spirituosen gelegte Zuschlagssteuer von 6 Pence per Gallon soll bei ihrem Ablaufe im Juli d. J. aufgegeben werden; dagegen soll die im vergangenen Jahre für ein Jahr eingeführte Zuschlagssteuer von 6 Pence per Barrel Bier auch in diesem Jahre wieder erhoben werden. Der dadurch sich ergebende Ueberschuß wird auf 181 000 Pfund geschätzt.

7. Mai. (London.) Große Kundgebung gegen die „armenischen Greuel" unter Teilnahme des gesamten Episkopats.

14. Mai. Das Unterhaus genehmigt den § 1 des Gesetzentwurfs über die Entstaatlichung der Kirche in Wales mit 192 gegen 173 Stimmen.

Mai. Statistisches über die Landwirtschaft.

Aus dem amtlichen Berichte des britischen Landwirtschaftsamts für das Jahr 1894 erhellt, daß im Vereinigten Königreich, einschließlich der Insel Man und der Kanalinsel, 47919830 Acres bestellt waren. Davon waren 9365877 Acres mit Korn besäet und 4486092 Acres dienten dem Gemüsebau. Auf 2776226 Acres wurde Heu und auf 3086528 Acres wurden Klee und andere Gräser gebaut. In der englischen Landwirtschaft gab es 2092290 Pferde, 10780796 Stück Rindvieh, 30087818 Schafe und 3794043 Schweine. Der britische Weizen ist auch im vorigen Jahre im Preise gefallen, und zwar um 3 s 6 d der Quarter. Auch die anderen Getreidearten hielten sich nicht im Preise. Gerste fiel um 1 s 1 d der Quarter und Hafer um 1 s 8 d.

16. Mai. England und Nicaragua.

Nicaragua bezahlt die verlangte Entschädigung in London. (Vgl. Südamerika.)

17. Mai. Neufundland und Kanada.

Der Plan der Vereinigung Neufundlands mit Kanada, worüber Verhandlungen in Ottawa geführt wurden, scheitert an den finanziellen Bedingungen Kanadas. Das finanziell arg bedrängte Neufundland verlangt, daß Kanada die gesamte Schuldenlast Neufundlands übernehme, was Kanada verweigert; einen Teil, 5 Mill. Dollars, sollte Neufundland durch direkte Steuern decken.

27. Mai. (London.) Die Königin empfängt den Sohn des Emirs von Afghanistan.

1. Juni. (London.) Imperialistische Politik.

Unter dem Vorsitz des Herzogs v. Devonshire wird ein Verein gegründet, der sich die Stärkung der Beziehungen zwischen England und den Kolonien, insbesondere der gemeinsamen Interessen des Handels und der Verteidigung zur Aufgabe macht.

Anfang Juni. Ein englisches Geschwader erscheint vor Beirut wegen Bedrohung der syrischen Christen.

21. Juni. (Unterhaus.) Veränderung im Oberkommando der englischen Armee. Niederlage der Regierung.

Kriegsminister Campbell-Bannermann teilt mit, daß der Herzog v. Cambridge am 1. Oktober den Oberbefehl über die Armee niederlegen werde und daß bei dieser Gelegenheit die Befugnisse des Höchstkommandierenden geändert werden sollten. Er würde fortan den gewöhnlichen Normen unterstellt sein, welche sich auf die Dienstordnung der anderen Staatsbehörden beziehen, und das Amt würde für die übliche Reihe von Jahren verliehen, vorbehaltlich einer fakultativen Verlängerung. Der Inhaber desselben würde der hauptsächlichste Ratgeber des Kriegsministers sein neben dem General-Adjutanten, dem General-Quartiermeister, dem leitenden Chef der Artillerie und dem Inspektor der Befestigungswerke; jeder von ihnen würde dem Kriegsminister persönlich verantwortlich sein; zusammen würden sie eine beratende Versammlung zur Informierung des Kriegsministers bilden.

Hierauf tadelt Brodrick die Unzulänglichkeit der Vorräte an Munition und besonders an Corbit-Pulver. Kriegsminister Campbell Bannermann erklärt, die Munitionsvorräte wären genügend. Drei Armeekorps in der Stärke von zusammen 100000 Mann könnten ins Feld gestellt werden; für den Fall eines feindlichen Einfalls wäre eine weitere Streitmacht von derselben Stärke vorhanden, und außerdem ständen 171000 Mann für Garnisonzwecke zur Verfügung. Für alle diese Truppen wären genügende Munitionsvorräte da. Ein hierauf von Brodrick eingebrachter Antrag, von dem Gehalte des Kriegsministers 100 Pfund zu streichen, wird mit 132 gegen 125 Stimmen angenommen.

23. Juni. (London.) Infolge der Niederlage Campbell-Bannermanns reicht das Kabinet Rosebery seine Entlassung ein; die Königin nimmt sie an und betraut Lord Salisbury mit der Neubildung.

26. Juni. (London.) Neubildung des Ministeriums.

Lord Salisbury übernimmt die Premierschaft und das Auswärtige Amt; der Herzog von Devonshire wird Präsident des Geheimen Rates,

Balfour übernimmt das Schatzamt, Chamberlain die Kolonieen, Hicks Beach das Amt des Kanzlers der Schatzkammer, Goschen die Leitung der Admiralität, Marquis v. Lansdowne das Staatssekretariat für Krieg, Lord Georg Hamilton das für Indien.

Anfang Juli. Arbeiterbewegung. Manifest.

Für die bevorstehenden Parlamentswahlen erläßt Tom Mann, der Generalsekretär der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ (vgl. S. 239), ein Manifest, das folgende Forderungen enthält: Arbeit für die Arbeitslosen; Ermächtigung der Ortsbehörden zum zwangsweisen Landankauf; stetige Pachten; gesetzlicher achtstündiger Arbeitstag; Erhöhung des Alters, wo Knaben und Mädchen halbe Zeit in Fabriken arbeiten dürfen; völlige Verstädtlichung des Handels mit geistigen Getränken; Staatspensionen für alle über 50 Jahre; Gesetz über die Haftpflicht der Arbeitgeber; Abschaffung des Oberhauses; dreijährige Legislaturperioden; Diäten für die Abgeordneten.

8. Juli. Auflösung des Unterhauses.

9. Juli. (Portsmouth.) Glänzender Empfang der aus Kiel heimkehrenden italienischen Flotte.

12. Juli bis 29. Neuwahlen.

Die Regierung erficht einen glänzenden Sieg und erringt eine Mehrheit von mehr als 150 Stimmen. Es werden gewählt 338 Konservative, 73 Unionisten, 177 Liberale, 12 Parnelliten, 70 Antiparnelliten, 2 Arbeiterkandidaten.

Juli. England und Brasilien (vgl. Süd-Amerika).

5. August. (London.) Der Sozialist Friedrich Engels †. (Vgl. über ihn Nerrlich „Preuß. Jahrb.“ Bd. 82 S. 385.)

3. bis 16. August. Der deutsche Kaiser in England. Preßfehde zwischen englischen und deutschen Blättern, vgl. S. 169.

13. August. Eröffnung des Parlaments.

In der Thronrede heißt es u. a.: Die Mitteilungen, welche ich von den fremden Mächten erhalte, versichern mich des fortgesetzten Wohlwollens der Mächte. Ich bin glücklich, sagen zu können, daß keine internationalen Komplikationen irgendwo entstanden sind, welche dazu angethan sind, den europäischen Frieden zu gefährden. Der Krieg, welcher bei Eröffnung der letzten Session zwischen China und Japan bestand, ist durch einen Frieden, welcher, wie ich hoffe, dauernd sein wird, zum Abschluß gebracht. Ich habe strikte Neutralität während des Krieges beobachtet und bezüglich desselben keine Aktion ergriffen, außer solcher, welche mir der Beendigung der Feindseligkeiten günstig erschien. Die Königin bedauert tief die höchst abscheulichen Gewaltthätigkeiten gegen die englischen Missionare in der Provinz Fukien. Infolge der auf Anordnung der Königin an die chinesische Regierung gerichteten ernsten Vorstellungen werden thatkräftige Maßregeln, welche sich hoffentlich wirksam erweisen, zur Bestrafung der Mörder und aller für die Verbrechen irgendwie verantwortlichen Personen getroffen. In den armenischen Distrikten der asiatischen Türkei sind neue Unruhen ausgebrochen und von Greuelthaten begleitet gewesen, welche die Entrüstung der christlichen Völker Europas und insbesondere diejenige meines Volkes erregt haben. Mein Botschafter und die Botschafter des Kaisers von Rußland und der französischen Republik haben gemeinschaftlich

der Regierung des Sultans Reformen vorgeschlagen, welche nach ihrer Meinung notwendig die Wiederholung beständiger Unruhe verhindern. Diese Vorschläge werden jetzt von dem Sultan erwogen, und ich erwarte sehnlich den Beschluß des Letzteren. Die Königin erklärt schließlich, angesichts der vorgerückten Jahreszeit würde es wahrscheinlich für angemessener befunden werden, die Beratung irgend welcher wichtiger Gesetzentwürfe, ausgenommen derjenigen, betreffend die Verwaltungskosten des Jahres, auf eine andere Session zu verschieben.

15. August. (Oberhaus.) Lord Salisbury über die armenische Frage und die Türkei.

Der Premierminister führt aus, die Regierung setze die Politik ihrer Vorgänger gegen die Türkei fort. Eine Garantie für die Durchführung der geforderten Reformen sei aber noch nicht erlangt. Bisher haben wir von den Regierungen Frankreichs und Rußlands die loyalste und gründlichste Unterstützung erfahren. (Hört! hört!) Dieselben haben auch den ernsten Wunsch ausgesprochen, dieses Zusammenwirken mit uns im ganzen Verlaufe aufrecht zu erhalten. (Beifall.) Wenn der Sultan mit Verschleppung, Hinausschiebung und Entschuldigungen, welche uns weder haltbar noch weise erscheinen, die Sache hintan hält, so geschieht das unglücklicherweise unter dem Einfluß einer Täuschung, von der sich türkische Regierungen nur zu lange haben leiten lassen. Seine einzige Furcht scheint zu sein, er könne etwas thun, was die scheinbare Unabhängigkeit seines Landes gefährden könnte. Es ist das eine edle Empfindung, der wir alle Teilnahme schenken möchten, allein die Unabhängigkeit der Türkei ist zwar in das europäische Staatsrecht eingeschrieben und durch die Verträge von Paris und Berlin gewährleistet, ist aber doch eine ganz besondere Unabhängigkeit: Sie ist eine Unabhängigkeit, die auf Grund der Uebereinkunft anderer Mächte besteht, sie nicht anzutasten und sie aufrechtzuerhalten. Wie lange der heutige Zustand der Dinge andauern wird, das erscheint mir, ich gestehe es, heute mehr zweifelhaft als vor zwanzig Jahren. Wenn von Geschlecht zu Geschlecht Jammergeschrei aus verschiedenen Teilen des türkischen Reiches erschallt, so kann nach meiner Ueberzeugung der Sultan sich nicht über die Wahrscheinlichkeit täuschen, daß Europa früher oder später die Hilferufe, die von seiten der Pforte zu ihm dringen, überdrüssig werde, und daß die dem türkischen Reiche verliehene künstliche Stärke versagen werde. Ich habe mich ganz ernstlich bemüht, der türkischen Regierung die Bedenklichkeit ihres Verhaltens dringend ans Herz zu legen, aber anderseits auch ihr klar zu machen, daß keine Regierung angelegentlicher die Aufrechterhaltung des türkischen Reiches wünscht als gerade die englische.

22. August. (Unterhaus.) Erklärung Balfours über die Doppelwährung (vgl. S. 236).

Der erste Lord des Schatzes Balfour gibt folgende Erklärung ab: Ich bin und war stets für ein internationales Uebereinkommen betreffend die stetigste Grundlage der internationalen Umlaufsmittel, habe aber kein Recht, meine Kollegen in dieser Beziehung zu verpflichten, ich habe keinen Grund zu glauben, daß gegenwärtig eine internationale Konferenz zu einem internationalen Einvernehmen führen würde.

26. August. (Oberhaus.) Geplante Reform des Kriegsministeriums (vgl. S. 241).

Der Staatssekretär für den Krieg, Marquis of Lansdowne, gibt einen Ueberblick über die beabsichtigte Reform des Kriegsministeriums.

Danach werden die verschiedenen militärischen Abteilungen unter den Oberbefehlshaber und vier andere Offiziere gestellt, welche, ein jeder für seine Abteilung, dem Kriegsminister unmittelbar verantwortlich sind. Sie bilden unter Vorsitz des Oberbefehlshabers eine Körperschaft zur Begutachtung gewisser Fragen. Diese Körperschaft kann durch Hinzuziehung des Unterstaatssekretärs und des Finanzsekretärs des Kriegsamtes sowie etwaiger speziell berufener Offiziere zu einem Rat erweitert werden unter dem Vorsitz des Kriegsministers, dessen Entscheidungen endgültig sind und der allein dem Parlament verantwortlich ist. (Vgl. hierzu Englische Ansichten über Kriegführung und Landesverteidigung: „Preuß. Jahrb." Bd. 82 S. 343).

2.—5. September. (Cardiff.) Kongreß der Gewerkvereine.

344 Vertreter von ungefähr 1 Mill. Arbeitern beschließen die Ausschließung der Nichtarbeiter und stoßen die Norwicher kollektivistische Prinzipienerklärung (vgl. 1894 S. 257) wieder um. Die radikal-sozialistische Richtung bleibt in den Beratungen in entschiedener Minderheit.

5. September. Vertagung des Parlaments.

29. September. England richtet ein Ultimatum an China wegen Ermordung englischer Missionare (vgl. Asien).

19. Oktober. England richtet ein Ultimatum an Venezuela und fordert Entschädigung für die Mißhandlung der englischen Beamten im Januar (vgl. Süd-Amerika).

Oktober. England und Rußland in Ostasien.

Die „Times" bringt folgende Meldung aus Hongkong: „Durch den jüngst zwischen Rußland und China geschlossenen Vertrag erlangt Rußland das Recht für seine Flotte, in Port Arthur zu ankern, ferner die Berechtigung unter russischer Verwaltung eine von Nertschinsk direkt nach Wladiwostock über chinesisches Gebiet gehende Eisenbahn mit einer Zweigbahn von Tsitsihar nach Port Arthur zu bauen und zu betreiben, nebst anderen Handelsvorteilen, auf welche die Meistbegünstigungsklausel nicht anwendbar ist. China behält sich das Recht vor, die Eisenbahn nach zwanzig Jahren zu einem später festzusetzenden Preise anzukaufen."

Diese Nachricht ruft in England die größte Erregung hervor. Die „Times", „Pall Mall Gazette", „Standard", „St. James Gazette" u. s. w. fordern, daß die Regierung im Bunde mit Japan sich der Ausführung dieses Vertrages sich mit Gewalt widersetze und rechnen dabei auf den Beistand Deutschlands. Allmählich, da Rußland den Vertrag ableugnet, läßt die kriegerische Stimmung nach; vielfach wird angenommen, daß die Meldung der Times ein Fühler war, um Europa zu sondieren.

Ende Oktober. Anf. November. Heftige Preßfehde zwischen Rußland und England über die türkische Frage (vgl. Rußland).

30. Oktober. (Watford.) Lord Salisbury über die innere Lage.

Der Lord führt aus, die hauptsächlichste innere Frage, vor die die Regierung gestellt sei, sei die Besserung der sozialen Zustände und die Lage der Landwirtschaft das erste Interesse, dem die Aufmerksamkeit gebühre. Das Sinken der Preise sei die Folge des Freihandels: es habe die Landwirtschaft in mehreren Grafschaften nahezu vernichtet.

1. November. Lord Wolseley wird Oberbefehlshaber des englischen Heeres.

1. November. England beschließt den Krieg gegen die Aschantis (vgl. Übersicht).

6. November. Besuch des Königs von Portugal in London.

6. November. (London.) Chamberlain über die Kolonialpolitik (vgl. S. 241).

Der Kolonialminister Chamberlain erklärt auf einem Festmahle, die britische Kolonialpolitik befinde sich in einer Krisis. Das Schicksal der Kolonien werde vielleicht das Schicksal des britischen Weltreiches entscheiden. Die Kinder Großbritanniens seien nachgerade aufgewachsen. Aber dennoch wolle sich keine Kolonie vom Mutterlande trennen. In den Kolonien wisse man, was es bedeute, ein britischer Bürger zu sein und an allem Guten und Großen, was Briten vereinige, teilzunehmen. Der Traum der Reichsföderation, wie ihn Viele nannten, würde wohl zur Wahrheit werden. Der Erzreichtum von Süd-Afrika scheine alle Erwartungen zu übertreffen. Die Minen des Maschonalandes und des Matabelelandes würden am Ende reicher sein als die vielgerühmten von Kimberley. Jetzt sei Eines erforderlich: die staatliche Verbindung der südafrikanischen Kolonien.

9. November. (London.) Lord Salisbury über die auswärtige Politik.

Auf dem Lordmayors-Bankett in der Guildhall führt Lord Salisbury folgendes aus: Eine Besorgnis über die Lage in Ostasien sei unnötig, ebenso sei die Aufregung über die falsche Timesnachricht überflüssig gewesen. Nicht so friedlich seien die Dinge in Armenien; der Sultan gefährde trotz allem Wohlwollen der Mächte seine Existenz, wenn er sich nicht zu Reformen verstehe. Die Mächte seien einig in dem Entschlusse, die Klagen der Unterdrückten abzustellen.

19. November. (Brighton.) Rede Salisburys über die armenische Frage. Schreiben des Sultans.

Lord Salisbury teilt mit, er habe ein Schreiben des Sultans mit Bezug auf die von ihm jüngst in der Guildhall gehaltene Rede empfangen, in welcher er geringes Vertrauen darauf ausgesprochen hatte, daß die zugesagten Reformen in der Türkei würden durchgeführt werden. Das Schreiben des Sultans besagt, jene Aeußerung habe ihn sehr geschmerzt, da die Durchführung der Reformen bei ihm beschlossene Sache sei und er auch von dem Wunsche beseelt sei, dieselben sobald als möglich zur Ausführung zu bringen.

„Ich habe Meinen Ministern," fährt das Schreiben fort, „dies bereits erklärt. Die einzige Veranlassung, daß Lord Salisbury in dieser Weise in Meine guten Absichten Zweifel setzen konnte, muß in Intriguen gewisser Personen hier oder anderswo liegen. Es sind unwahre Behauptungen aufgestellt worden, um diese Meinung hervorzurufen. Ich wiederhole, Ich werde die Reformen durchführen und werde selbst darüber wachen, daß jeder einzelne Artikel zur Wirksamkeit gebracht wird. Das ist Mein ernster Entschluß und hierfür verpfände Ich mein Ehrenwort. Ich wünsche, daß Lord Salisbury hievon Kenntnis nehme, und bitte, daß er im Vertrauen auf diese Erklärungen eine andere Rede halte, entsprechend der

freundlichen Gesinnung, die er für Mich und Mein Land hegt. Dem Erfolg dieses Schreibens sehe Ich mit größter Spannung entgegen."

Der Lord erklärt, er wolle dies Schreiben nicht kommentieren und führt hierauf aus, das armenische Problem hinge ebenso vom Erlaß guter Gesetze wie von der Wahl der geeigneten Gouverneure ab.

22. November. (London.) Lord Salisbury über die Not der Landwirtschaft und den Schutzzoll.

Eine Abordnung des Nationalverbandes englischer Hopfenbauer bittet den Premierminister angesichts des Notstandes der landwirtschaftlichen Produktion um Schutzmaßregeln. Der Premier betont seine innige Teilnahme für die Beschwerden der Petenten, und erklärt, es sei sein und der Regierung fester Entschluß, auf eine wirksame Hilfe bedacht zu sein. Mit den Schutzzoll sei es aber so leicht nicht gethan. Das Experiment sei immer fragwürdig, in Frankreich habe man es ja versucht und die Landwirtschaft leide trotzdem dort noch mehr Not, als in England.

Dezember. Die englische Presse und die Botschaft Clevelands (vgl. Nordamerika).

Die englische Presse ist äußerst erregt über die Nachrichten aus Amerika; alle erklären ein Nachgeben Englands für unmöglich. Die „Times" führt aus: Die England zugemuteten Konzessionen seien solcher Art, daß keine sich selbst achtende Nation sich ihnen unterwerfen könnte. Es sei schwer zu glauben, daß die amerikanische Regierung den von Cleveland angedrohten Weg beschreiten werde, wenn es aber doch geschehen sollte, so liege England die Pflicht ob, die Reichs-Interessen und Rechte zu schützen. Die Monroe-Doktrin sei niemals als internationales Gesetz anerkannt worden. Der Vorschlag Clevelands sei das Erstaunlichste, was seit Napoleons Tagen jemals in Friedenszeiten geleistet worden sei. Vieles sei angesichts der herannahenden Präsidentenwahl verzeihlich; viel Zeit könne vergehen, ehe die von Cleveland empfohlene Kommission eingesetzt werde und der Bericht der Kommission werde vielleicht nicht vor dem Uebergange der Exekutive in andere Hände vorgelegt werden; was aber auch immer geschehen möge, England müsse fest und ruhig auf seinen Rechten als unabhängiger Staat bestehen und, wenn nötig, die geeigneten Maßregeln zur Sicherung dieser Rechte treffen. — Auch die Presse Kanadas billigt durchaus die Haltung Salisburys. (Vgl. Nineteenth Century Nov. 1895.)

Ende Dezember. Englands Konflikt mit Transvaal (siehe Übersicht).

VI.

Frankreich.

12. Januar. Südbahnfrage. Differenzen im Kabinet. Austritt Barthous.

Die seit kurzem erfolgte Verhaftung der Direktoren der Südbahn wegen Fälschung von Geschäftspapieren erregt großes Aufsehen. Die Südbahngesellschaft, eine aus dem Jahre 1885 stammende Gründung der Société Marseillaise de crédit industrial et commercial, hatte von dieser in ihrem Gründungsjahr einen Vertrag mit dem Staate übernommen, der vom Parlament fast unbesehen in aller Hast erledigt wurde, und in den letzten Sessionstagen von 1889 einen zweiten Vertrag mit dem Staate erlangt, der gleichfalls so gut wie ungeprüft blieb. Diese Verträge gewähren der Gesellschaft eine Zinsbürgschaft von 5 und von 4.65 vom Hundert, wodurch sie allein an der Ausgabe ihrer Schuldverschreibungen einen Vorteil von 9 Millionen erzielte; sie ermächtigten überdies die Gesellschaft, in die Baukostenrechnungen für allgemeine Unkosten 15 Prozent einzustellen, was ein Geschenk von 12 Millionen darstellte. Der Bau wurde von der Gesellschaft in der Art vergeben, daß die Unternehmer 20 Prozent Rabatt vom Kostenanschlage bewilligen mußten. Die Staatsgarantie beträgt 4500 Francs für den Kilometer, insolange die Einnahmen nicht 6500 Francs für den Kilometer erreichen. Die Gesellschaft sorgte durch Einschränkung des Betriebes dafür, daß die Einnahmen nicht über 2515 Francs stiegen. In der letzten Zeit handelte es sich um die Abänderung dieser Verträge; die Vorlage kam am Weihnachtsabend in der Kammer zur Verhandlung und führte zu einem scharfen Wortwechsel zwischen dem Minister Barthou und dem Sozialisten Jaurès, in dessen Gefolge es zu einem unblutigen Pistolenduell kam. Der Staatsrat beschließt (12. Januar) im Gegensatze zu Barthou, der für den Staat bessere Bedingungen erlangen wollte, im Sinne der Gesellschaft, daß die Staatsgarantie bis zum Ablauf der Konzession zu dauern habe. Daraufhin reicht Barthou dem Ministerpräsidenten Dupuy seine Demission ein, da er den Beschluß des Staatsrats, den er bekämpft habe, nicht ausführen könne.

13. Januar. (Paris.) Bombenexplosion in der Rue Monceau ohne Schaden anzurichten.

14. Januar. (Deputiertenkammer.) Demission des Kabinets Dupuy.

Abg. Millerand (Soz.) interpelliert wegen der Demission Barthous und tadelt die Regierung, weil sie die Frage der Zinsgarantie dem Staatsrate unterbreitet habe und beantragt schließlich, daß eine Untersuchung er-

öffnet werde, um zu prüfen, ob Raynal, der Urheber der Uebereinkunft mit der Südbahn, in Anklagezustand zu versetzen sei. Abg. Raynal (ehemaliger Minister): Im Laufe der Unterhandlungen, zum Abschlusse der betreffenden Konventionen sei niemals von einer immerwährenden Zinsgarantie die Rede gewesen. Mit einer Untersuchung sei er einverstanden. Ministerpräsident Dupuy hat hiernach nichts gegen die Untersuchung. Er rechtfertigt die Inanspruchnahme des Staatsrates, dessen Kompetenz für die Frage der Zinsgarantie in einer Tagesordnung der Kammer vom Juni 1894 anerkannt worden sei. Die Regierung könne daher heute die getroffene Entscheidung nicht unberücksichtigt lassen. Wenn Barthou seine Entlassung genommen habe, so habe er das gethan, weil er die Entscheidung als eine persönliche Enttäuschung aufgefaßt habe. Die Regierung habe geglaubt, sich der übernommenen Verantwortlichkeit nicht entziehen zu sollen.

Nachdem die Einsetzung einer Untersuchungskommission mit 253 gegen 225 Stimmen angenommen worden ist, werden mehrere Tagesordnungen beantragt, die die Regierung auffordern, den Rechten des Staates Achtung zu verschaffen, aber auf Dupuys Verlangen werden sie abgelehnt. Ebenso wird die von Dupuy gebilligte Tagesordnung Trelat, die die Achtung der Kammer vor der Teilung der Gewalten ausdrückt mit 263 gegen 241 Stimmen abgelehnt. Die Minister begeben sich sofort nach dem Elysee, um ihre Demission einzureichen.

Die gemäßigte Presse ist der Meinung, Dupuy habe zurücktreten wollen, da er den Sturz unschwer vermeiden konnte.

15. Januar. Casimir Périer, der Präsident der Republik, legt seine Würde nieder.

Das Schreiben mit dem er dem Senat und der Kammer seinen Rücktritt anzeigt, hat folgenden Wortlaut: „Ich habe mir niemals die Schwierigkeiten der mir von der Nationalversammlung übertragenen Aufgabe verhehlt, ich hatte sie vorausgesehen. Wenn man im Augenblicke der Gefahr einen Posten nicht ausschlägt, so bewahrt man seine Würde nur bei der Ueberzeugung, seinem Vaterlande zu dienen. Die von Mitteln der Aktion und Kontrolle entblößte Präsidentschaft der Republick kann allein aus dem Vertrauen der Nation die moralische Kraft schöpfen, ohne welche sie nichts ist. Ich zweifle weder an dem gesunden Sinne, noch an der Gerechtigkeit Frankreichs; man hat es jedoch erreicht, die öffentliche Meinung mehr als zwanzig Jahre hindurch irrezuführen. Meine zwanzigjährigen Kämpfe in dieser Beziehung, meine Anhänglichkeit an die Republik und meine Hingebung an die Demokratie haben nicht genügt, alle Republikaner von der Aufrichtigkeit und Wärme meines politischen Glaubens zu überzeugen und die Gegner eines Besseren zu belehren, welche glauben oder zu glauben vorgeben, daß ich mich zum Werkzeug ihrer Leidenschaften und ihrer Hoffnungen machen werde. Seit einem halben Jahre tobte ein Kampf mit Verleumdung und Beleidigungen gegen die Armee und die Behörden, gegen das Parlament und den unverantwortlichen Chef des Staates, und diese Freiheit, den sozialen Haß zu schüren, wird fortgesetzt Freiheit des Denkens genannt. Die Achtung und der Ehrgeiz, die ich für mein Land hege, gestatten mir nicht zuzugeben, daß jeden Tag die besten Diener des Vaterlandes und diejenigen, welche es in den Augen des Auslandes vertreten, beleidigt werden. Ich kann nicht darauf verzichten, das Gewicht der auf mir lastenden moralischen Verantwortlichkeit mit der Machtlosigkeit, zu der ich verdammt bin, zu vergleichen. Vielleicht versteht man mich, wenn ich versichere, daß die konstitutionellen Fiktionen die Forderungen des politischen Gewissens nicht zum Schweigen bringen können. Vielleicht werde ich, in-

dem ich mein Amt niederlege, denjenigen ihre Pflicht vorgezeichnet haben, denen die Sorge obliegt für die Würde, die Macht und den guten Ruf Frankreichs in der Welt. Unabänderlich treu mir selber bleibe ich überzeugt, daß Reformen nur unter der thätigen Mitwirkung einer Regierung möglich sind, welche entschlossen ist, die Achtung vor dem Gesetze zu sichern, sich bei ihren Untergebenen Gehorsam zu verschaffen und sie alle in gemeinsamer Arbeit zu gemeinsamem Werke zu vereinigen. Ich habe trotz der gegenwärtigen traurigen Stunde den Glauben an die Zukunft des Fortschrittes und der sozialen Gerechtigkeit. Ich lege auf den Tisch des Senats und der Kammer meine Demission als Präsident der Republik nieder."

17. Januar. (Versailles.) Neuwahl des Präsidenten der Republik, Felix Faure.

Im ersten Wahlgange erhält Brisson 344, Felix Faure 216, Waldeck-Rousseau 195 Stimmen. Im zweiten wird der bisherige Marineminister Felix Faure mit 435 Stimmen gegen 363, die auf Brisson fallen, gewählt.

Faure geboren 1842 in Paris ist Seemann von Hause aus, in Havre als Kaufmann und Rheder ansässig. Seit 1881 Abgeordneter für Havre war er unter Gambetta Unterstaatssekretär im Handelsministerium, wurde unter Ferry Marineminister.

Die gemäßigte Presse begrüßt den neuen Präsidenten wohlwollend, die radikale und sozialistische mit Mißachtung.

Januar. Urteile über C. Périers Rücktritt.

Das Ereignis verursacht große Aufregung, die meisten gemäßigten republikanischen Blätter tadeln Casimir Périer scharf, die sozialistischen und radikalen triumphieren.

„Gaulois": Der Rücktritt sei eine Desertion. „Figaro": Europa und Frankreich würde ihn verurteilen. „Journal": Die Desertion Casimir Périers habe seinen Grund in dem anarchischen Zustande der Parteien. „Autorité": Der Rücktritt verurteile mehr das System als den Mann. „Lanterne": Casimir Périer plane mit seinem Rücktritt ein Attentat gegen das allgemeine Stimmrecht, da er seine Wiederwahl verlange. „Soleil": Casimir Périer habe verständig gehandelt, daß er der Kammer seine Resignation mit souveräner Verachtung entgegengeschleudert habe. „Intransigeant": Die Demission sei das Eingeständnis der Ohnmacht.

18./21. Januar. Léon Bourgeois versucht ein Kabinet zu bilden.

Abg. Beourgeois sucht aus allen republikanischen Gruppen ein sog. Konzentrationskabinet zu bilden. Seine Bemühungen scheitern (21. Jan.) an der Frage der Einkommensteuer, die der zum Finanzminister in Aussicht genommene Poincarré (vgl. 1894 S. 266) allmählich, die radikalen Kandidaten mit einem Male gelöst sehen wollen.

22. Januar. Abkommen mit England über die Besitzungen im Norden und Osten von Sierra Leone (vgl. Afrika).

27. Januar. Neubildung des Ministeriums.

Nachdem Loubet vergeblich ein Kabinet zu bilden versucht hatte, bringt Ribot folgende Ministerliste zu stande: Ribot Präsidium und Finanzen, Trarieux Justiz, Hanotaux Auswärtiges, Leygues Inneres, Poincaré Unterricht, Dupuy du Temps Arbeiten, André Lebon

Handel, Gadeau Ackerbau, Chautemps Kolonien, General Jamont Krieg, Admiral Besnard Marine. General Jamont lehnt ab, an seiner Stelle wird General Zurlinden Kriegsminister.

28. Januar. (Paris.) Präsident Faure empfängt den König Alexander von Serbien.

28. Januar. (Deputiertenkammer.) Amnestievorlage.

Die Kammer genehmigt eine Amnestie, die folgende Verurteilungen betrifft: 1. Verbrechen oder Verschwörungen gegen die innere Sicherheit des Staates; 2. Vergehen und Zuwiderhandlungen in Preß-, Vereins- und Versammlungsangelegenheiten, mit Ausnahme der Verleumdung und Beleidigung von Privatpersonen; 3. Wahlvergehen; 4. Ausstandsvergehen. (Genehmigung im Senat 31. Januar.)

28. Januar. (Paris.) Marschall Canrobert †.

Geboren 1809 war er im Krimkriege kurze Zeit Oberbefehlshaber der französischen Truppen, kommandierte 1870 das 6. Korps in Bazaines Armee und wurde mit diesem in Metz gefangen.

29. Januar. Der deutsche Kaiser sendet Beileidstelegramme an den Sohn und Schwiegersohn Canroberts.

31. Januar. (Deputiertenkammer.) Beschluß über Canroberts Bestattung.

Die Kammer beschließt mit 288 gegen 159 Stimmen, Canrobert auf Staatskosten zu beerdigen. Die Sozialisten und Radikalen bekämpften den Antrag, weil Canrobert am Staatsstreiche Napoleons teilgenommen habe. (Genehmigung im Senat am 1. Febr. mit 145 gegen 49 Stimmen.)

2. Februar. (Deputiertenkammer.) Madagassische Expedition.

Auf eine Anfrage mehrerer Deputierten erklärt Kriegsminister Zurlinden, die Regierung habe mit einer englischen Firma einen Vertrag wegen des Transportes von Kriegsmaterial nach Madagaskar abgeschlossen. In stürmischer Sitzung verlangen viele Deputierte die Zurücknahme dieses Vertrages und die Maßregel der Regierung wird erst nach der Darlegung, daß in Frankreich die notwendigen Transportschiffe nicht vorhanden seien und eine Verzögerung des Transportes das Schicksal der Expedition aufs Spiel setzen würde, gebilligt.

2. Februar. (Deputiertenkammer.) Währungsdebatte (vgl. England und Deutschland).

Auf eine Interpellation antwortet Ministerpräsident Ribot, die Goldwährung trage an der landwirtschaftlichen Krisis ohne Frage schwere Schuld. Daher nehme die bimetallistische Strömung immer mehr zu, eine Lösung der Frage sei freilich nicht so bald zu erwarten. „Ich glaube nicht, daß Frankreich für sich allein die Frage lösen kann, aber es kann auch nicht sich auf eine indifferente und abwartende Haltung beschränken. Es muß klarstellen (elle doit marquer), daß es die Lösung beschleunigen will (presser la solution), es muß eine Haltung annehmen, welche die Bewegung der öffentlichen Meinung in den Nachbarländern ermutigt. Das ist die Haltung, die der Minister der auswärtigen Angelegenheiten einnehmen wird und das ist die, welche ich selbst ergriffen habe. Ich hoffe, daß ich damit die Frage, die an mich gerichtet ist, genügend beantwortet habe.“

3. Februar. (Paris.) Henry Rochefort, der Redakteur des Intransigeant, kehrt infolge des Amnestiegesetzes zurück und wird begeistert empfangen.

5. Februar. Frankreich schließt einen Vertrag mit dem Kongostaate (vgl. Afrika).

9. Februar. Die Regierung beschließt, eine allgemeine Enquete über die Lage der Arbeiter in der Montanindustrie zu veranstalten.

12. Februar. Präsident Faure sendet dem in Cap Martin weilenden Kaiser Franz Josef ein Begrüßungstelegramm, worauf dieser ebenso antwortet.

Februar. Verwaltungsreform.

Einem Beschlusse der Kammer entsprechend, setzt die Regierung einen Ausschuß von 60 Mitgliedern, Parlamentariern und Verwaltungsmännern, ein, um die Reform der Verwaltung zu prüfen und Vorschläge zu machen. In dem Bericht an den Präsidenten der Republik wird die Aufgabe des Ausschusses in der Hauptsache, und ohne Begrenzung, in folgende Fragen zusammengefaßt: 1. Ist es zweckmäßig, die Zuständigkeit der Lokalverwaltungsorgane, Präfekten, Unterpräfekten, Bürgermeister, dahin zu ergänzen, daß das Verfahren in der Verwaltung beschleunigt und vereinfacht werde? 2. Sollen die Lokalversammlungen, Generalräte und Gemeinderäte in einem erweiterten Maße zur aktiven Verwaltung herangezogen werden? 3. Ist die Einschiebung neuer Verwaltungsorgane zu empfehlen, die als Vermittler zwischen denen des Departements und denen der Gemeinde thätig wären, und könnte der Kanton nicht zur Grundlage einer Reform dieser Art dienen? (Vgl. über diese Frage Revue pol. et parl. Jahrg. II.)

Februar. (Paris.) Enthüllungen über den Boulangismus.

Der „Figaro" teilt mit, daß die boulangistische Bewegung vom Grafen v. Paris unterhalten sei, der 4 Millionen dafür ausgegeben habe. Der „Temps" fügt hinzu, die Herzogin von Uzès habe dem Grafen dazu 3 Millionen vorgestreckt, die er zurückzahlen solle, falls er oder seine Nachkommen den Thron bestiegen. Dieser vor einem englischen Notar abgeschlossene Vertrag trage die Unterschrift des Grafen v. Paris und des Herzogs v. Chartres.

18. Februar. Abreise des Kaisers Franz Josef und Depeschenwechsel mit Faure.

Der Kaiser telegraphiert: „Die traurigen Nachrichten, welche ich über den Zustand des Erzherzogs Albrecht erhalten habe, zwingen mich, meinen Aufenthalt im Süden abzukürzen. Im Augenblick, da ich Kap Martin verlasse, beeile ich mich, Ihnen zu sagen, daß ich, wie früher, an meinen Aufenthalt in Frankreich eine recht angenehme Erinnerung bewahren werde. Der herzliche und gastfreundliche Empfang, den ich gefunden habe, hat mich tief gerührt; ich bin dankbar für die Bemühungen, die gemacht worden sind, um mir den Aufenthalt angenehm zu machen."

Präsident Felix Faure antwortet: „Gleichzeitig mit dem Telegramme Ew. Majestät erhalte ich die Nachricht von dem Tode Erzherzogs Albrecht. Ich nehme lebhaften Anteil an dem schmerzlichen Verlust, den Ew. Majestät

in der Person Ihres erlauchten Verwandten erlitten haben. Indem ich das schmerzliche Ereignis, welches Ihren Aufenthalt in Frankreich auf so traurige Weise unterbricht, beklage, bleibt mir nur übrig, Ihnen mein herzliches und tiefes Mitgefühl auszudrücken."

Ende Februar. Deutschland und Frankreich. — Einladung der französischen Künstler zur Kunstausstellung in Berlin und Einladung zur Teilnahme an der Einweihung des Nordostseekanals.

Der Ausschuß der nationalen Gesellschaft der schönen Künste beschließt einer Einladung der deutschen Künstler nachzukommen und die Berliner Kunstausstellung am 1. Mai zu beschicken. Der „Figaro" stimmt dem Beschlusse zu, „Autorité, „Patrie", „Intransigeant" greifen die Gesellschaft heftig deshalb an.

Auch die Aufforderung des deutschen Kaisers an die französische Regierung zur Einweihung des Nord-Ostseekanals einige Kriegsschiffe zu entsenden, wird in der Oeffentlichkeit lebhaft diskutiert. Der „Figaro", „Gaulois", „Journal des Débats" führen aus, der Einladung, die an alle zivilisierte Nationen ergangen sei, müsse Frankreich unbedingt Folge leisten, wenn es nicht die Pflichten der Höflichkeit gröblich verletzen wolle. Die chauvinistischen Blätter behaupten, die Annahme würde eine Demütigung und Anerkennung des 1870 geschaffenen Zustandes sein.

4. März. (Paris.) Der Minister des Auswärtigen Hanotaux teilt dem deutschen Botschafter Graf Münster mit, daß Frankreich die Einladung zur Teilnahme an der Einweihung des Nord-Ostseekanals annehme.

4.—7. März. (Deputiertenkammer.) Militärdebatte. Vergleichung der deutschen und französischen Streitkräfte.

In der Beratung des Heeresbudgets wird das gesamte Militärwesen einer eingehenden Besprechung unterzogen. Der Berichterstatter Roches (vgl. 1894 S. 270) tadelt, daß die effektiven Stärken der Kadres weit hinter der Sollstärke zurückblieben und so die Ausbildung der Truppen erschwerten. Die deutsche Armee sei der französischen in Quantität, Qualität und Schnelligkeit der Mobilmachung weit überlegen. Den gegenwärtigen Zustand verurteilen auch Raiberti und Delafosse, die eine Rückkehr zum Berufsheer empfehlen. Berteaux verlangt nach deutschem Muster Einführung der zweijährigen Dienstzeit und fordert Beseitigung der Verwendung von Soldaten zu Nebendiensten. Cavaignac erklärt die Erreichung der deutschen Heeresstärke für unmöglich und fordert eine ganz neue Organisation, die die kriegsmäßige Ausbildung der Soldaten besser als die jetzige gestatte. Fast sämtliche Redner stimmen darin überein, daß eine Erhöhung der Friedensstärke oder des Budgets unmöglich sei. (Näheres über diese Debatten bei A. v. Winning, das französische Heer von 1895 vor dem Parlament. „Preuß. Jahrb." Bd. 81.)

12. März. (Deputiertenkammer.) Der Marineminister über die französische und deutsche Flotte.

Auf eine Bemerkung, daß Frankreich die Bemühungen des deutschen Kaisers die deutsche Flotte zu vergrößern (vgl. S. 59) beobachten müsse, erwidert Marineministers Besnard: Ich mache hier keine detaillierte Angabe unseres Programmes; ich erwähne lediglich, daß es auf den Besitz von

24 diensttauglichen Panzerschiffen basiert ist, welche vier Eskadres zu je sechs Schiffen bilden. Diese Zahl ist offenbar ein Minimum, wenn man daran denkt, daß sich soeben eine neue sehr ernste und sehr wichtige Thatsache betreffs der Marine, sowie der ihr obliegenden Küstenverteidigung vollzogen hat: die Vereinigung der Nordseeflotte und der Ostseeflotte kann in wenigen Stunden vor sich gehen. Wenn man erwägt, daß alle deutschen Schiffe in einigen Stunden in die Nordsee einfahren können, so ergibt sich, daß wir unserem Nordgeschwader eine Kraft und eine Kohäsion geben müssen, welche uns vollkommene Sicherheit gewährt.

28. März. (Sathonay.) Präsident Faure übergibt unter großer Teilnahme der Bevölkerung den nach Madagaskar bestimmten Truppenteilen die Fahnen.

März. Brasilien erklärt sich zur Zahlung von 900 000 Francs an die Familien der im brasilianischen Bürgerkriege getöteten Franzosen bereit.

März. Frankreich und Paraguay.

Die französische Regierung entzieht sämtlichen Konsuln Paraguays das Exequatur, weil die Regierung von Paraguay dem französischen Vertreter in Assuncion die Pässe zugestellt hat unter dem Vorwande, daß er französische Einwanderer, trotzdem sie von Paraguay Vorschüsse erhalten hätten, zur Rückkehr in die Heimat veranlaßt habe, ohne diese Vorschüsse zurückzuerstatten.

Ende März. Preßstimmen über den Beschluß des deutschen Reichstags vom 23. März und über die Reise des Kaisers nach Friedrichsruh.

„Figaro“: „Die Dienste, die Herr von Bismarck fürwahr seinem Vaterlande geleistet hat, vermochten also nicht den grimmigen Haß zu entwaffnen, den er sich erworben. Der deutsche Reichstag, der 20 Jahre vor der Stimme seines Zucht-Meisters gezittert hat, wollte sich rächen für erlittene Demütigungen . . . Das Votum ist um so bemerkenswerter, als der Kaiser durch seine glänzende Depesche für den Fürsten persönlich eintritt und demselben an der Spitze seiner Minister und Würdenträger die Huldigung seiner königlichen Anerkennung darbringt. — „Journal des Débats“: „Die große Allgemeinheit wird gewiß finden, daß der Reichstag seinen Groll von früher zu tief und zu lange bewahrte und daß es von seiten seiner alten Widersacher würdiger gewesen wäre, bei dieser Gelegenheit alles andere zu vergessen und der glorreichen Zeiten zu gedenken.“

Ueber die Rede des Kaisers schreibt der „Soleil“: „In seiner Friedrichsruher Rede zeigt sich uns Kaiser Wilhelm nicht als der liberale, friedliebende, philanthropische, nur auf das Glück der Menschheit bedachte Monarch, als den Herr Jules Simon ihn uns unlängst in seiner salbungsvollen Sprache schilderte. Er tritt auf als der gespornte, gepanzerte, behelmte Cäsar, der nur von Eroberungen und Kriegsruhm träumt. . . . .“ — „Autorité“: „Der Kaiser scheint es darauf abgesehen zu haben, uns zu unterdrücken. Nach einer Verherrlichung der Gewalt, die allerdings bei dem Manne, dessen Wahlspruch ist „Gewalt geht vor Recht,“ gut angebracht war, nach einem Dithyrambus auf Eisen und Blut als das beste Regierungsmittel, überreicht der deutsche Kaiser dem Fürsten Bismarck ein Schwert auf dem die Wappen von Elsaß-Lothringen eingraviert sind. Nichts fehlte

also bei dieser Feier, was Frankreich verletzen, unsere herbsten Erinnerungen auffrischen mußte . . . Das ist die Antwort auf die Kieler Demütigung."

Die radikalen Blätter wie „Lanterne" und „Intransigeant" äußern sich noch weit schärfer.

5. April. (Senat.) Hanotaux über das Verhältnis zwischen Frankreich und England in Afrika.

Auf eine Anfrage erklärt der Minister des Auswärtigen Hanotaux über die englisch-französischen Beziehungen in Afrika: zwischen beiden Regierungen würden seit längerer Zeit mehrere Fragen von allgemeiner Bedeutung verhandelt. Gerade diese Gruppe von Fragen habe in den letzten Tagen im englischen Unterhause zu einer sehr lebhaften Erörterung Anlaß gegeben. Er wolle erklären, daß der Charakter, den diese Verhandlung durch gewisse Redner erhielt, sowie die Erörterung selbst ihn wirklich überraschte. Wenn ein neues, entscheidendes oder auch nur wichtiges Ereignis politischen oder diplomatischen Charakters eingetreten wäre, so hätte er die plötzliche Erregung, die sich im englischen Unterhause kundzugeben schien, verstanden; aber er könne versichern, kein Ereignis solchen Charakters liege vor. Die seit mehreren Jahren über die afrikanischen Angelegenheiten zwischen England und Frankreich eingeleiteten Verhandlungen befänden sich noch in der Schwebe; die Diplomatie setze ihre Arbeit fort. Er sei nur darüber erstaunt, daß man bei den am Freitag im englischen Unterhause abgegebenen Erklärungen dieser wichtigen Thatsache nicht Rechnung getragen zu haben scheine. Er frage sich, weshalb man an Frankreich gleichsam öffentlich Beschwerde über seine Absichten gerichtet habe, da man doch über ihren Charakter nicht in Unkenntnis sein könnte. Der Minister unterzog sodann die drei Fragen des Nigers, des Mekong und des oberen Nils einer Besprechung und erklärte, hinsichtlich des obern Mekong befände sich die englisch-französische Kommission im vollständigem Einverständnis; in dieser Hinsicht sei keinerlei Schwierigkeit vorauszusehen. Was den Niger angehe, so sei die Frage der Rechte der Niger-Kompagnie, die entgegen der internationalen Berliner Akte beansprucht, den ganzen Handel in ihre Hände zu bringen und jeder Durchgangsausfuhr in dem von ihr mehr oder weniger thatsächlich besetzten Gebiete zu unterbinden, von erheblicher Tragweite. Die Frage sei zwischen Frankreich und der englischen Regierung zu erörtern. Aber gestützt auf die Akte vom Jahre 1885 bestreite die französische Regierung, bis die Frage auf diplomatischem Wege erörtert sei, den Anspruch der Niger-Kompagnie. Sodann besprach Hanotaux die Frage des obern Nils. Nachdem er hervorgehoben hatte, wie unbekannt das weite Gebiet zwischen den Seen und Wadi Halfa noch ist, und nachdem er an das englisch-deutsche Abkommen von 1890, das englisch-französische Uebereinkommen über Zanzibar sowie an das Abkommen zwischen dem Kongostaat und England vom Mai 1849 und das kongostaatliche Abkommen mit Frankreich vom August 1894 erinnert hatte, sagte der Minister: „Die von Frankreich eingenommene Haltung ist folgende: die Gebiete, um die es sich handelt, stehen unter der Oberherrschaft des Sultans; wenn sie einen rechtmäßigen Herrn haben, so ist es der Khediv. Dies vorausgesetzt, sagen wir zur englischen Regierung: Ihr erklärt, daß England kraft des Abkommens von 1890 einen Teil dieses Gebiets zu seiner Einflußsphäre rechnet; laßt uns nun wenigstens wissen, auf welche Gebiete sich eure Ansprüche beziehen; sagt uns, bis wohin sich diese Einflußsphäre erstreckt, die nach eurer Ansicht am linken Ufer des Nils beginnt und sich nach Norden hin, man weiß nicht wohin, ausdehnt; kurz, ihr richtet an uns eine sehr unbestimmte Forderung, die in Wendungen formuliert ist,

die zu verschiedenen Deutungen Anlaß geben können. Ihr bringt in einen einzigen Satz die ägyptische und die englische Einflußsphäre zusammen; sagt uns doch wo Aegypten aufhört und wo die Einflußsphäre beginnt und wie nach eurer Ansicht die fernere Gestaltung dieser Gebiete geschaffen werden soll. Bis jetzt habt ihr uns nicht auseinandergesetzt, wozu wir unsere Zustimmung geben sollen. Unter solchen Bedingungen seid nicht erstaunt, daß wir unsere Einwilligung verweigern und unsere Freiheit bewahren." Auf so klare und berechtigte Fragen, fuhr der Minister fort, habe nun die französische Regierung eine bestimmte Antwort nicht erhalten können. Wenn er die englische Regierung drängte, zu antworten, so seien die Unterhandlungen abgebrochen worden, und zwar nicht von der französischen Regierung. Aber wenn man sich über einen anderen Punkt, Sierra Leone, habe verständigen können, so beweise dies, daß diese Fragen, so verwickelt sie auch wären, sich bei gegenseitigem guten Willen ihre Lösung herbeizuführen, lösen ließen. Zwischen Frankreich und England gebe es keine Frage des Angriffs oder heftigen Drängens, da es sich um so verwickelte Fragen handle, in denen so viele verschiedene Wege der Lösung ins Auge gefaßt werden könnten. Kein Mensch könne daran denken, diesen ersten, auf unzuverlässigen Karten flüchtig skizzierten Abgrenzungen einen so unabänderlichen Charakter zu geben, wie ihn durch den Gang der Geschichte die Grenzen der europäischen Staaten besitzen. Ebenso könne niemand das Vorgehen mutiger Männer, die zur Erforschung der neuen Ländergebiete auszögen, verhindern wollen. Wenn aber die Zeit gekommen sein werde, die Gestaltung jener fernen Gegenden endgültig zu bestimmen, dann werde er unter denen sich befinden, die unter Achtung der Rechte des Sultans und des Khedivs und unter Sicherstellung dessen, was jedem einzelnen von beiden nach seinen Leistungen zukomme, der Ansicht seien, daß die beiden großen Nationen die geeignete Form finden würden, um ihren Interessen und ihren gemeinsamen Wünschen für Civilisation und Fortschritt zu genügen.

27. April. (Epinal.) Dammbruch.

Der Damm, welcher das bedeutende Wasserreservoir des Ostkanals in Bousey bei Epinal schützte, bricht in einer Länge von 100 Metern. Zahlreiche Gebäude werden fortgerissen, die Eisenbahnlinien überschwemmt, vier Ortschaften zum Teil zerstört.

Ende April. (Paris.) Ende eines großen Ausstandes der Omnibuskutscher. Die Ausständigen unterliegen.

14. Mai. (Deputiertenkammer.) Budget für 1896.

Die Gesamteinnahmen sind auf 3392 Millionen Francs, 32 Millionen weniger als im Budget von 1895, veranschlagt. Unter den neuen Mehrausgaben befinden sich 10 Millionen für das Kriegsbudget und 2 1/2 Millionen für das Nordgeschwader. Das 55 Millionen betragende Defizit soll aus neuen, bzw. aus den reformierten Steuern gedeckt werden, und zwar sind veranschlagt: 1. aus der reformierten Erbschaftssteuer 25 Millionen; 2. aus der Dienstbotensteuer 10 Millionen (für jeden Dienstboten sollen, je nach ihrer Anzahl und nach der Bedeutung der Gemeinde, 8 bis 90 Fr., für weibliche Dienstboten soll die Hälfte der Taxe bezahlt werden); 3. aus der Erhöhung auf 1 1/4 bis 2 pCt. der Steuer auf ausländische, besonders auf an der Börse nicht notierte Werte 14 Millionen; und 4. aus der Erhöhung der Steuer auf Spielkarten 1200000 Francs. Von den für die Expedition nach Madagaskar bewilligten 60 Millionen sind bisher 37 1/2 Millionen verausgabt.

31. Mai. (Senat.) Rede Hanotaux über die Beteiligung an der Nordostseekanalfeier, das Verhältnis zu Rußland und die armenische Frage.

Beaumanoir (Royalist) tadelt die Regierung, daß sie sich an der Kieler Feier beteiligen will und fordert Aufklärung über die ostasiatische Politik der Regierung und die Stellung zu Rußland. Minister des Auswärtigen Hanotaux: In der auswärtigen Politik Frankreichs sei keine Veränderung eingetreten. Man fragt uns, welche Gründe uns geleitet haben, bei der Regelung des chinesisch-japanischen Konfliktes jenen Weg zu gehen, den wir eingeschlagen haben, und knüpft selbst hieran ziemlich lebhafte Kritiken. Der Senat wird mich sicher entschuldigen, wenn ich mich auf eine Debatte über die Einzelheiten nicht einlasse und wenn ich nicht Punkt für Punkt auf diese Kritiken erwidere, unter denen ich mehr als eine als unvollständige oder irrige Angabe bezeichnen könnte, aber ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß die Regierung, als sie bei Japan einen freundschaftlichen Schritt unternahm, bei dem sie sich mit anderen europäischen Mächten zusammenthun konnte, sich in erster Linie von den Interessen unseres Landes leiten ließ. Die Stellung, welche wir im äußersten Osten sowohl in Folge der Entwicklung unserer Besitzungen in Indo-China als auch in Folge unseres Protektorats über die katholischen Missionen ausüben, macht uns eine besondere Wachtsamkeit über Alles, was die Existenz des großen chinesischen Reiches bedroht, zur Pflicht. Wenn dieses Reich zerstückelt würde oder wenn es starke Wirren zu bestehen hätte, so würden wir sicherlich zuerst die Wirkungen der Unordnung und Anarchie spüren, welche solche Ereignisse in jenem Weltteil hervorrufen würden. Es lag demnach in unserem Interesse, als Nachbarn Chinas und als Freunde eines dauernden Friedens, daß bei Beendigung des Krieges ein Zustand geschaffen würde, der den Bestand und die Unabhängigkeit des himmlischen Reiches nicht bedroht. Nun konnte man doch fürchten, daß eine dauernde Okkupation, welche gerade das Herz Chinas bedroht, eine Verschiebung seiner Zersetzung herbeiführen würde, deren Wirkungen wir hätten empfinden müssen. Dieser Gedanke war nicht nur der unserige, sondern wurde geteilt von anderen Mächten, welche in gleicher Weise eine wichtige Stellung im äußersten Osten zu wahren haben. Rußland ist, wie wir, Chinas Nachbar und hat, wie wir, die ernstesten Interessen daran, daß an dem status quo des Kontinentalbesitzes Chinas nichts geändert wird. In diesem Punkt, wie in den übrigen sind die Interessen Rußlands und Frankreichs dieselben, und sie sind ebensowohl durch die Natur der Dinge, wie durch die zwischen beiden Ländern hergestellten Beziehungen und durch den übereinstimmenden Willen ihrer Regierungen fest verbunden. Die Interessen Deutschlands, obgleich ohne territorialen Charakter, schienen der deutschen Regierung analoger Art zu sein, und so ging die deutsche Regierung vereint mit den anderen Mächten vor. Aus nicht weniger ernsten Gründen schloß sich Spanien an. Das gemeinsame Vorgehen, zu welchem diese Mächte sich entschlossen, ist in der That auf einen Meinungsaustausch mit Japan beschränkt gewesen, und diese Nation, die mit Recht auf ihre Siege stolz war, hat sich mit einer Weisheit, der ich besondere Achtung zu zollen mich gedrungen fühle, den freundschaftlichen, ihr erteilten Ratschlägen gefügt. Das Ergebnis dieses gemeinsamen Vorgehens ist die Aufrechterhaltung der Existenz und Unabhängigkeit Chinas gewesen, und die erste so gewonnene Uebereinstimmung berechtigt uns, einen günstigen Ausgang für die weiteren noch schwebenden Verhandlungen zu erhoffen.

Ueber die armenische Frage sagt der Minister: Hier trat eine

neue Gruppierung der Mächte ein. Rußland, Frankreich und England sind bestrebt, im Einvernehmen mit der hohen Pforte diese gleichfalls schwierige Frage zu lösen. Wie ich gesagt habe, ist hier die Gruppierung der Mächte eine andere, und dennoch, wer würde sich wohl beklagen, daß sie sich so vollzogen hat, wer wundere sich darüber, daß Frankreich und Rußland, die auch hier geschlossen handeln, ihre Bemühungen mit denen Englands zum Wohle des Friedens verbinden. So können in speziellen Fällen die Mächte gemeinsam friedliche Resultate anstreben, ohne die allgemeinen Interessen ihrer nationalen Politik aus den Augen zu verlieren. Ich füge hinzu, daß dies für uns die Bedingungen einer jeden Politik sind, die nicht will, daß Frankreich auf seine ihm gebührende Rolle bei der Regelung der Weltangelegenheiten verzichtet. Delangle-Beaumanoir hat im Laufe seiner Rede einen anderen Punkt berührt, über den die Regierung sich vor dem Parlament und vor dem Lande zu erklären wünscht. Es handelt sich um die Teilnahme Frankreichs an der Einweihungsfeier des Nord-Ostsee-Kanals. Stehen wir hier vor einer Thatsache, welche einen Wendepunkt in unserer Politik bezeichnet? Haben die Gründe, welche unsere Entscheidung bestimmten, eine politische Tragweite, die im Widerspruch steht mit dem, was bis zum heutigen Tage geschehen ist? Nein, meine Herren, das ist nicht der Charakter der Einladung, die an uns ergangen ist, das ist nicht der Charakter unserer Zusage. Wir legen Wert darauf, hierüber keinen Zweifel bestehen zu lassen. Im übrigen haben wir auch von Anfang an unsere Empfindungen in dieser Hinsicht zu deutlich zu erkennen gegeben, als daß ich schwanken könnte, öffentlich diese Erklärung für einen Akt der internationalen Höflichkeit, der sich an alle Mächte richtete und der durch einen Akt der internationalen Höflichkeit erwidert wurde, zu wiederholen. Auf diese bestimmten Grenzen haben wir eine Beteiligung beschränkt, die keinen anderen Charakter hat oder haben kann. Im vollen Frieden müssen die Beziehungen der Völker zu einander geleitet sein durch ein würdiges und einfaches Gefühl für das international Angemessene. Augenscheinlich analoge Erwägungen haben auch die früheren Regierungen geleitet, als sie beschlossen, an dem Berliner Kongreß 1878 und an den Kongo-Konferenzen 1885 teilzunehmen, eine militärische Deputation zu der Beisetzung Kaiser Wilhelms I. im Jahre 1888 und eine politische und eine Arbeiterdeputation zu dem Kongreß von 1890 zu entsenden, und obgleich sich gewisse Beweggründe auch damals zeigten, als jene Entschlüsse gefaßt wurden, hat doch später niemand behaupten können, und wird auch morgen niemand behaupten können, daß irgend etwas in den Empfindungen oder in dem moralischen Ansehen einer Nation verändert worden ist, die unbezwinglich treu an ihren Erinnerungen hält und auf ihre Zukunft vertraut. Ich glaube, meine Herren, daß diese aufrichtige Darlegung als Antwort auf jene Befürchtungen genügt, zu deren Echo sich Delangle-Beaumanoir in diesen Räumen gemacht hat, und ich hoffe, daß der Senat sich mit diesen kurzen Erklärungen begnügen wird.

10. Juni. (Deputiertenkammer.) Debatte über die Auswärtige Politik und die Allianz mit Rußland.

Auf eine Interpellation Millerand über Frankreichs Rolle in Ostasien und Beteiligung an der Kieler Feier erwidert der Minister des Auswärtigen Hanotaux: Frankreichs Politik sei keine Politik der Verzichtleistung. Frankreichs nach Kiel entsandte Seemacht werde dort ein freies und starkes Frankreich repräsentieren, das keine Vergleiche fürchte und keine Erinnerungen verleuge. Frankreich habe in der chinesisch-japanischen Frage nicht Rußland die Schwierigkeiten überlassen wollen, welche auf dessen allgemeiner Politik gelastet haben würden. Frankreich habe sich nicht durch eine un-

erklärliche Zurückhaltung der Unterstützung entziehen wollen, die man von ihm forderte. Ueber das Verhältnis zu Rußland sagt er: „Zwei große Mächte, die sich eine zu andern hingezogen gefühlt haben durch ihre Empfindungen und wechselseitigen Interessen, haben sich die Hand gereicht. Sie haben ein Einvernehmen geschlossen (elles ont noué une entente), die sie auf natürliche Weise annähert in der unablässigen Arbeit der laufenden Politik, die stets friedlich ist und ihnen ihre wechselseitige Sicherheit gewährleistet." Ministerpräsident Ribot fügt hinzu: „Frankreich hat seine Interessen mit denen einer anderen Nation verbunden zu Gunsten des europäischen Friedens. Es hat sich in Europa etwas verändert seit 1891. Diese Allianz macht heut unsere Stärke aus."

Juni. Die Presse über die Reden Hanotaux und Ribots.

Die republikanischen Blätter betonen, daß zum ersten Mal die Regierung von dem russisch-französischen Bündnis gesprochen habe, die Entsendung des Geschwaders nach Kiel sei also nützlich gewesen, da sie die so lange erwartete Erklärung herbeigeführt habe. Die sozialistischen und monarchischen Blätter greifen die Regierung heftig an.

Auch deutsche Blätter beschäftigen sich viel mit den Erklärungen über die Allianz. So schreibt die „Frankf. Ztg.": „Ein Faktum, das klein, aber charakteristisch ist. Der Minister des Auswärtigen, Herr Hanotaux, hatte sich äußerst vorsichtig über die Bündnisfrage ausgedrückt. Herr Ribot hingegen hatte laut ins Allianz-Horn gestoßen, daß es wie eine Siegesfanfare klang. Er hatte gesagt — und wir alle auf den Tribünen haben es gehört —: „Cette alliance fait aujourd'hui notre force." Diese bedeutsamen Worte fehlen heute im „Journal Officiel"; Herr Ribot hat sie nach der Sitzung im stenographischen Bericht gestrichen. Es bleiben also nur die äußerst diplomatischen Wendungen des Minister des Aeußeren übrig, der von einer Entente zu defensiven Zwecken sprach. Worin diese Entente besteht, an welche Bedingungen sie geknüpft ist — das alles bleibt nach wie vor im Dunkeln."

13. Juni. (Paris.) Änderung in der Kolonialverwaltung.

Die Regierung beschließt, die vier Kolonieen am Senegal, im Sudan, in Guinea und an der Elfenbeinküste unter den Befehl eines Generalgouverneurs zu stellen, der seinen Wohnsitz am Senegal hat.

17. Juni. (Paris.) Der russische Botschafter Mohrenheim überreicht dem Präsidenten der Republik den Andreasorden.

6. Juli. Die Kammer genehmigt ein neues Gesetz zur Verhinderung der Spionage und des Landesverrats.

8. Juli. Die Deputiertenkammer genehmigt mit 523 gegen 11 Stimmen ein Zollabkommen mit der Schweiz, das die Tarife herabsetzt und den Zollkrieg beendigt.

8. Juli. Die Deputiertenkammer fordert die Regierung auf, so bald wie möglich über einen Vertrag wegen eines ständigen Schiedsgerichts zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten in Verhandlung zu treten.

Juli. Frankreich, Deutschland und Marokko. Siehe S. 164.

16. Juli. (Paris.) Ehrenlegion.

Der Ordensrat der Ehrenlegion legt sein Amt nieder. Die Kammer hatte am 16. ihr Bedauern ausgesprochen, daß die Dekorierung Eiffels aufrecht erhalten sei, und die Regierung aufgefordert, ein Gesetz zur Umgestaltung dieses Rats einzubringen.

28. Juli. In den Generalratswahlen erringen die Republikaner einen entschiedenen Sieg über die Royalisten und Sozialisten.

Juli. August. Frankreich und Deutschland. Erinnerung an 1870.

Die französische Presse polemisiert heftig gegen die Siegesfeiern in Deutschland, nur wenige Blätter wie der „Matin“ bringen versöhnliche Artikel. Der „Matin“ veröffentlicht eine Enquete über die Stimmung in den Reichslanden, worin ausgeführt wird, daß Elsaß-Lothringen keine Aenderung des bestehenden Zustandes wünsche. Das Blatt wird deshalb vom „Soir“, „Libre Parole“, „France“ scharf angegriffen.

Juli. August. Nachrichten aus Madagaskar.

Aus Madagaskar kommen ungünstige Nachrichten über den Gesundheitszustand der Truppen, die viel an Dysenterie leiden. In der Presse werden schwere Vorwürfe laut gegen die Regierung, die den Feldzug mangelhaft vorbereitet, insbesondere das Transportwesen vernachlässigt habe. Der „Temps“ tritt diesen Angriffen, die namentlich dem früheren Kriegsminister Mercier gelten, entgegen.

23. August. Der König von Serbien besucht Paris.

18. September. Ankunft des Königs der Belgier in Paris.

19. September. (Mirecourt.) Präsident Faure nimmt eine große Parade ab, der das Ministerium sowie der russische Minister des Auswärtigen Fürst Lobanow und der russische General Dragomirow beiwohnen.

28. September. Prof. Pasteur in Garches (Arrondiss. Versailles) †.

30. September. General Duchesne erobert Tananarivo.

Die Nachricht wird mit Jubel aufgenommen.

1. Oktober. General Duchesne schließt mit der Königin von Madagaskar einen Vertrag, der Frankreich die Schutzherrschaft über Madagaskar einräumt.

2. Oktober. Staat und Kirche.

Das Diözesan-Blatt publiziert ein Schreiben des Erzbischofs von Paris an den Präsidenten der Republik, worin er den dringenden Wunsch ausspricht, die Anfallsteuer (d. h. eine Zusatzsteuer für Erbschaften der „toten Hand“) möge entsprechend den Forderungen der Gesetzlichkeit und Gleichheit abgeändert werden. Angesichts des Kampfes gegen die Kirche und das Christentum hielten die Bischöfe es für ihre Pflicht, auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche das Land durch den Atheismus der Landesgesetze bedrohen, und auf die umstürzlerischen Leidenschaften, welche in der Menge gähren und keinen moralischen Damm mehr vorfinden. Das Schreiben wird in der Presse scharf kritisiert.

5. Oktober. Der König von Portugal nach Paris.

14. Oktober. Plan einer Kolonialarmee.

Cavaignac bringt einen Gesetzentwurf über die Formierung einer Kolonialarmee ein. Danach soll der Effektivstand der Kolonialarmee ungefähr 98 000 Mann betragen, darunter 27 0000 Farbige. 44 000 Mann würden auf Algier und Tunis, 50 000 Mann auf die übrigen Kolonieen entfallen, 4000 Mann sollen in Frankreich verbleiben. Das hierdurch gewonnene neue Armeekorps würde einen Effektivbestand von 19 460 Mann haben; dasselbe soll möglichst nahe der Ostgrenze garnisonieren.

24./26. Oktober. (Deputiertenkammer.) Interpellation über den Ausstand der Glasbläser in Carmaux.

Der Sozialist Jaurès beantragt, der Kammerpräsident solle zum Schiedsrichter in der Ausstandfrage von Carmaux ernannt und es solle eine parlamentarische Untersuchung über das Vorgehen der Regierung in dieser Angelegenheit veranstaltet werden. Nach stürmischer Debatte wird der Antrag mit 280 gegen 183 Stimmen abgelehnt.

In Carmaux war ein Ausstand der Arbeiter der Glashütte ausgebrochen, in dem die sozialistischen Abgeordneten, voran Jaurès die Streikenden angespornt hatten. Die Gelder, die für die Weiber und Kinder der ausständischen Arbeiter gesammelt und beigesteuert waren, hatte der Ausschuß der Arbeiter ihrem unmittelbaren Zwecke entfremdet und zur Abfindung und Heimsendung der von andern Orten angeworbenen neuen Arbeiter benutzt. Da war die Regierung eingeschritten, hatte die Ausstandskasse mit Beschlag belegt und den Kassierer verhaftet. Bei dieser Gelegenheit war auch Jaurès nach Schriftstücken abgesucht worden. (Köln. Ztg.)

28. Oktober. (Deputiertenkammer.) Sturz des Ministeriums.

In einer Debatte über die Südbahnangelegenheit beantragt Rouanet (Soz.), die Regierung solle alle Schuldigen verfolgen und den Bericht des mit der Untersuchung der Geschäftsführung bei der Südbahn betrauten Sachverständigen vorlegen. Ministerpräsident Ribot erklärt die Veröffentlichung des Berichts für schädlich, trotzdem wird der Antrag mit 275 gegen 196 Stimmen angenommen. Die Minister reichen sogleich ihre Demission ein. Faure beauftragt den Radikalen Bourgeois mit der Kabinettsbildung.

1. November. Neubildung des Ministeriums.

Nach mehrtägigen Unterhandlungen, in denen sich Bourgeois vergeblich bemüht, Hanotaux für das Ministerium des Auswärtigen zu gewinnen, kommt folgende Liste zu stande: Bourgeois, Inneres und Ministerpräsident, Ricard, Justiz und Kultus, Cavaignac, Krieg, Lockroy, Marine, Berthelot, Auswärtiges, Doumer, Finanzen, Guyot-Dessaigne, Arbeiten, Mesureur, Handel, Combes, Unterricht, Viger, Ackerbau, Guyiesse, Kolonien.

4. November. Programm der neuen Regierung.

Die Regierung gibt in der Kammer und im Senat die Erklärung ab, sie werde den Antrag Rouanet ausführen und einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen den Mitgliedern des Parlaments untersagt wird, Verwaltungsratsstellen anzunehmen bei Gesellschaften, welche zu dem Staate in einem Vertragsverhältnisse stehen, und bei Emissionssyndikaten, bei Strafe des Mandatsverlustes. . . . Das während des Friedens wieder aufgerichtete

republikanische Frankreich hat Bündnisse erworben, welche das allgemeine Gleichgewicht Europas wieder herstellen. Wir werden dem einstimmigen Wunsche des französischen Volkes entsprechen, indem wir diesen Bündnissen treu bleiben. . . . Zum Schluß folgt eine Absage an Monarchisten und Sozialisten.

November. (Carmaux.) Ausstand der Glasarbeiter und die Regierung.

Der Minister des Innern Bourgeois schlägt dem Leiter der Glaswerke in Carmaux, Ressegnier, ein Schiedsgericht vor zur Beilegung des Ausstandes, was dieser ablehnt. Bourgeois beauftragt daher den Direktor der allgemeinen Sicherheit, sich nach Carmaux zur Prüfung der Lage zu begeben. Der Ausstand endigt mit einer Niederlage der Ausständigen.

16. November. (London.) Artons Verhaftung.

Arton, der die Liste der an der Panamaaffäre beteiligten Deputierten besitzen soll, wird auf Antrag der französischen Regierung in London verhaftet. Das Ereignis wird in der Presse lebhaft besprochen und man erwartet die weitgehendsten Enthüllungen.

24. November. (Paris.) Barthélemy-St.-Hilaire †.

27. November. (Marly.) Alexandre Dumas †.

27. November. (Deputiertenkammer.) Beratung über Madagaskar. Erklärung Berthelots. Verluste im Feldzuge.

Der Minister des Auswärtigen Berthelot verliest folgende Erklärung: „Meine Herren! Die Expedition gegen Madagaskar ist glorreich beendet und die Erhebung der Howas gegen die Schutzherrschaft Frankreichs ist mit der Einnahme der Hauptstadt und der Unterwerfung der Königin Ranavalo glorreich beendet. Dank dem Heldenmut, der Mannszucht und Ausdauer unserer Soldaten, der Umsicht und Energie unserer Offiziere und der unerschütterlichen Festigkeit des Oberbefehlshabers haben unsere Truppen in der Bodenbeschaffenheit und dem Klima begründete Schwierigkeiten überwunden, die ausnahmsweise groß waren. Die Insel Madagaskar ist heute eine französische Besitzung. Die Expedition hat schmerzliche und über die Erwartung große Opfer gefordert, und das gibt uns das Recht, weitgehende Entschädigung und dauernde Bürgschaften zu fordern. Die Regierung wird dem Lande und der Kammer die Entscheidungen mitteilen, die bei dieser Lage der Dinge notwendig erscheinen. Eine auswärtige Schwierigkeit kann daraus nicht erwachsen. Wir brauchen nicht zu betonen, daß wir die Verpflichtungen, die gewissen fremden Mächten gegenüber eingegangen sind, achten werden; Frankreich ist stets seinem Worte treu geblieben. Was die Verpflichtungen angeht, welche die Howas mit Ausländern abgeschlossen haben, so können wir sie zwar nicht wie für eigene Rechnung verbürgen, aber wir werden getreulich die Regeln beobachten, die das Völkerrecht für den Fall, daß ein Gebiet durch Waffenthat in neue Hände übergeht, aufstellt. Unter diesem doppelten Vorbehalt sind wir entschlossen, besonders auch vom wirtschaftlichen Standpunkte aus, alle Rechte auszuüben, die sich uns aus der endgültigen Besitzergreifung von Madagaskar ergeben. Wir sind der Ansicht, daß die innere Verwaltung und Regierung der Insel unter unserer Oberhoheit in dem Maße, wie die Sicherung unserer Interessen es erlaubt, aufrecht erhalten werden. So soll an die Würden und Ehren der Königin und an die Bande, die sie mit den unterworfenen Völkerschaften verbinden, nicht gerührt werden. Wir glauben, daß es nicht notwendig oder wünschens-

wert ist, an Stelle der einheimischen eine französische Verwaltung zu setzen, wenn wir auch in jener die Besserungen einführen werden, die erforderlich sind, um den Wohlthaten der Civilisation in der Insel Eingang zu verschaffen. Noch am Tage der Einnahme von Tananarivo ist die Unterwerfung der Howas durch den Vertrag und durch das Zusatzabkommen, zu denen die Königin ihre Zustimmung gegeben, festgestellt worden. Wir beabsichtigen nicht, diese Abkommen wieder zu lösen; bevor jedoch der endgültige Wortlaut der Genehmigung der Kammern und des Präsidenten der Republik unterbreitet wird, gedenkt die Regierung die Grundsätze, die sie soeben dargelegt hat und die in gewissen Bestimmungen der Abmachungen vom 1. Oktober enthalten sind, noch etwas klarer zu fassen. Auch war es nötig, in diesen Texten einige Aenderungen vorzunehmen um jedes Mißverständnis über ihre wahre Bedeutung auszuschließen und neuen Zwistigkeiten vorzubeugen. Wir haben daher Maßregeln getroffen, damit der endgültige Vertrag diesen unsern Erklärungen entsprechend demnächst der Kammer vorgelegt werden kann."

Abg. Pierre Alyp erhebt Vorwürfe gegen die Marineverwaltung in der Vorbereitung und Durchführung des Feldzuges. Kriegsminister Cavaignac lobt den Heldenmut der Soldaten und Offiziere; die Frist zur Vorbereitung der Expedition sei ungenügend gewesen; der Feldzug habe bewiesen, daß die Kolonialarmee aus fertigen Leuten zusammengesetzt sein müsse. Die Verwendung der Lefèbre-Wagen sei ein Irrtum gewesen. „Die Wahrheit ist, daß wir einer Organisation für die Kolonien ermangeln, ein Sühnopfer braucht aber deshalb nicht herausgesucht zu werden." Die Kammer billigt mit großer Majorität die Erklärungen und lehnt mehrere sozialistische Anträge, die vorige Regierung in Anklagezustand zu versetzen, ab.

Nach Mitteilungen der Presse beträgt seit dem Beginn des Feldzugs auf Madagaskar bis zum 14. November einschließlich der Verlust 3000 Mann, und zwar hatte das 200. Infanterie-Regiment 600, das 40. Jäger-Bataillon 380, die Marine-Infanterie 450 Tote. Auf die nichtfranzösischen Mannschaften entfallen 560 Tote.

10. Dezember. (Paris.) Internationaler bimetallistischer Kongreß, an dem auch die deutschen Abgg. Graf Mirbach und v. Kardorff teilnehmen.

11. Dezember. Ein Dekret des Präsidenten Faure unterstellt Madagaskar dem Ressort der Kolonien.

VII.

Italien.

Januar. Vorbereitungen zur Kammerwahl.

Die Parteien bereiten sich auf die Wahlen vor; die Hauptführer der Opposition Rudini, Brin, Cavallotti, Zanardelli erlassen Kundgebungen gegen die Regierung und greifen namentlich Crispi schonungslos an. Die offiziösen Blätter fordern die Klerikalen zur Beteiligung an den Wahlen auf.

12. Januar. (Neapel.) Mehrere Tausend Arbeiter bringen Crispi eine große Ovation.

13. Januar. General Baratieri schlägt Ras Mangascha (vgl. Afrika).

17. Januar. (Mailand.) Ermordung des Oberstaatsanwalts Celli durch einen Anarchisten.

21. Januar. Das Amtsblatt veröffentlicht einen königlichen Erlaß, wodurch die Tagung des Parlaments geschlossen wird (vgl. 1894 S. 282).

30. Januar. (Neapel.) 2 Bataillone gehen als Verstärkung nach Massauah.

4. Februar. Neubesetzung diplomatischer Posten.

Der Botschafter in Paris Reßmann wird abberufen und an seine Stelle tritt Graf Tornielli, bisher Botschafter in London, der durch General Ferrero ersetzt wird. Der bisherige Gesandte in Bukarest, Curtopassi wird zum Botschafter in Petersburg und der bisherige Gesandte in Belgrad, Baron Avanara de Gualterie, zum Gesandten in Bukarest ernannt.

Anfang Februar. Agrarisches Reformprogramm.

Regierungsfreundliche Blätter teilen einen Gesetzentwurf über agrarische Reformen mit, der im Ackerbauministerium vorbereitet werde. Hiernach soll die Erbpacht durch den neuen Gesetzentwurf nur auf diejenigen Güter ausgedehnt werden, die sich nicht im Privatbesitz befinden, insgesamt etwa 70000 Hektar. Die im Privatbesitz befindlichen Güter dagegen sollen zunächst nur der Verpflichtung der landwirtschaftlichen Melioration unterliegen, und zwar unter genauer Berücksichtigung der Anbaufähigkeit der einzelnen Gebiete. Diese Verbesserung des Anbaues muß binnen 20 Jahren

durchgeführt sein; ein Gut welches nach 10 Jahren noch nicht zum dritten Teil melioriert ist, verfällt der Enteignung durch den Staat für den ganzen nicht meliorierten Teil. Zur Erleichterung der landwirtschaftlichen Verbesserungen durch den Bau von Häusern, Anlage von Straßen, Wasserversorgung soll eine Darlehnskasse beitragen, die während der ersten 10 Jahre über 1 1/2 Millionen und im zweiten Jahrzehnt über 1/2 Million jährlich wird verfügen können. Das neue Gesetz soll auch die ländlichen Arbeitsverträge in billiger Weise regeln und soll schließlich nicht auf Sizilien allein, sondern auf alle Teile Italiens anwendbar sein, in denen sich Großgrundbesitz mit dürftigem Anbau und unbillige Pachtverträge finden. (Köln. Ztg.).

14. Februar. (Rom.) Giolitti wird vom Untersuchungsrichter vorgeladen, um sich auf eine Klage Crispis wegen Fälschung und Verleumdung zu verantworten.

27./28. Februar. (Mailand.) Die italienisch-schweizerische Kommission beschließt den Simplondurchstich.

14. März. Amnestieerlaß.

Hierdurch werden die von den Militärgerichten in Sizilien und Massa-Cararra verhängten Strafen, die nicht drei Jahre Gefängnis überschreiten, erlassen und die sonstigen von den erwähnten Gerichten verhängten Strafen um ein Dritteil vermindert, vorausgesetzt, daß die Schuldigen nicht Mord oder Verletzung mit tödlichem Ausgang begangen haben. Der Erlaß begnadigt ferner alle, die wegen Preßvergehens, Vergehens gegen die Wahlvorschriften, oder wegen Zweikampfes verurteilt sind; ebenso werden alle Uebertretungen der Gesetze über den Zivilstand, alle sonstigen Uebertretungen, die mit Geldstrafen geahndet sind, sowie die Vergehen der Beschimpfung und des Widerstandes gegen die Staatsbeamten der Amnestie teilhaftig. Ausgenommen sind Vergehen gegen Personen, bezüglich deren eine gerichtliche Verfolgung von Amts wegen platzgreift. Endlich umfaßt die Amnestie die Vergehen gegen die Sicherheit des Staates sowie der Anstiftung und Aufreizung zu solchen, vorausgesetzt, daß dieselben nicht einer höheren als dreijährigen Strafe unterliegen und nicht mit Personal- oder Eigentumsdelikten zusammenhangen.

14. März. Italien und die Vereinigten Staaten.

Infolge der Niedermetzelung von Italienern in Walsenburgh (vgl. Nord-Amerika) richtet der italien. Botschafter eine Note an die amerikanische Regierung und erhält das Versprechen, daß die Regierung für militärischen Schutz der Italiener sorgen werde.

März. Handelsstatistik für 1894.

Die Spezialhandelsstatistik über Ein- und Ausfuhr von 1894 weist gegenüber derjenigen von 1893 eine Verminderung der Einfuhr um 96606111 und eine Erhöhung der Ausfuhr um 61476204 Lire auf. Die Rechnung des Staatsschatzes am 28. v. M., welche heute Abend veröffentlicht werden wird, weist gegenüber derjenigen vom 30. Juni 1894 auf: 1) eine Vermehrung um 44 Millionen in dem Umlauf der Schatzbonds. In dem ersten Halbjahr von 1894 war der Umlauf dieser Bonds bedeutend vermindert infolge der verlangten Einlösung wegen der Krise und der Verteuerung des Geldes. Die spätere Erhöhung wird ausschließlich der Nachfrage im Inlande zugeschrieben; denn der Umlauf der Bons im Auslande hat abgenommen und wird vor Juli vollständig verschwinden; 2) eine Ver-

minderung um 106 Millionen Franken in der Schatzschuld für die statutenmäßigen Vorschüsse der Emmissionsbanken; diese Vorschüsse sind nunmehr vollständig zurückgezahlt; 3) eine Abnahme in dem Gesamtstande des Kassakonto und der Kreditkonti des Schatzamts um 873000 Lire; 4) eine Verminderung des gesamten Schuldenstandes des Schatzamts um 98600000 Lire. Die totale Besserung der Rechnung des Schatzamts beläuft sich auf 97800000 Lire.

21. April. (Rom.) Versammlung zu Gunsten der Wiederherstellung der Handelsbeziehungen zu Frankreich.

Vertreter von 40 Handelskammern, 14 anderen Kammern und 10 Vereinen sprechen einstimmig die Hoffnung aus, daß dem gleichzeitigen Vorgehen der italienischen und französischen Handelskammern die allmähliche Herstellung der französisch-italienischen Handelsbeziehungen gelingen möge.

24. April. (Rom.) Giolitti vor Gericht (vgl. S. 264 u. 1894).

Der Kassationshof hebt den Beschluß der Anklagekammer auf, sowohl bezüglich der Unterschlagung von Dokumenten wie auch bezüglich der Verleumdungsklagen. Für ein weiteres Vorgehen gegen Giolitti bedarf es daher nun der Intervention der Deputiertenkammer.

8. Mai. (Rom.) Auflösung der Kammer.

Dem Auflösungsdekret ist ein Bericht der Minister an den König beigefügt, worin ausgeführt wird, daß die Kammer nicht die Garantien für eine fruchtbare Behandlung der ernsten politischen Fragen biete. Der Termin der Auflösung sei so lange verschoben, um die Wahllisten inzwischen einer Durchsicht zu unterziehen.

Mai. Agitationsreden der Finanzminister.

Schatzminister Sonnino erklärt in einer Rede zu San Casciano (16. Mai), sein im Dezember 1894 aufgestelltes Programm habe sich bewahrheitet, namentlich seien in der Verwaltung Ersparnisse erzielt worden. Finanzminister Boselli (Savona, 21. Mai) widerlegt die Behauptung der Opposition, daß die Steuern mangelhaft eingingen, die Voranschläge der Regierung nicht realisiert würden und daß die Steuerkraft des Landes erschöpft sei. Er legt dar, daß die Einnahmen die Voranschläge um 14 Millionen überschreiten und der Kassenbestand in den ersten zehn Monaten des Etatsjahres 1894/95 24 Millionen mehr als in der gleichen Periode des Jahres 1893/94 betragen hat.

23. Mai. (Rom.) Ministerpräsident Crispi hält auf einem ihm zu Ehren veranstalteten Bankett, an dem viele Senatoren und Politiker teilnehmen, eine große Wahlrede.

Er führt aus, er habe 1893 auf den Ruf des Königs und Landes die Regierung übernommen, trotzdem keine Majorität vorhanden gewesen sei. Die früheren Regierungen hätten Italien mehr geschadet als eine verlorene Schlacht. Er habe die Kammer vergeblich um einen Gottesfrieden gebeten; unfähig zu sachlicher Arbeit habe sie ihn durch Verläumdungen bekämpft. Darum sei sie vertagt worden, und das Land billige die Haltung der Regierung. Niemals sei Italien im Auslande geachteter gewesen als jetzt. Der sozialen Frage habe die Regierung ernste Studien gewidmet, trotzdem werde sie von den verbündeten Sozialisten und Anarchisten bekämpft. Ueber die Finanzlage sagt er: Wir haben eine Grundlage für das Budget; wir haben die Ausgaben um 80 Millionen verringert und die Einnahmen

um 100 Millionen erhöht, welche das Land geleistet hat, ohne darunter zu leiden. Zum Beweise hiefür dient, daß der Ueberschuß der Einfuhr um 86½ Millionen abgenommen hat, während die Ausfuhr um 61 Millonen gestiegen ist; das Eine, wie das Andere begünstigt die nationale Arbeit. Die fortdauernde Auswanderung verringerte sich im Jahre 1894 um mehr als 23000 Personen im Vergleich zum Jahre 1893. Die Situation des Schatzes ist eine gesicherte; unser Kredit ist derart wiederhergestellt, daß, während im Jahr 1893 die italienischen Werte von den ausländischen Märkten zurückgewiesen wurden und dieselben auf den inländischen Märkten namhafte Kursrückgänge aufzuweisen hatten, unsere Rente heute, obgleich die Steuer auf 20 pCt. gebracht wurde, eine bedeutende Steigerung erfuhr. Während das Geld sich früher zaghaft zurückzog, strömt uns dasselbe jetzt von überall zu. Die kleinen Sparer allein weisen in den Sparkassen eine Erhöhung der Gesamteinlagen um 60 Millionen auf. Hierauf weist er die Beschuldigung nach einer Diktatur zu streben zurück und schließt: Das Dilemma, vor welches die Wähler gestellt sind, ist ein einfaches und ernstes, es ist das Dilemma zwischen der nationalen Monarchie und der sozialen, moralischen und politischen Anarchie. Diese Anarchisten jeder Gattung zu bekämpfen, und dieselben vom Parlament auszuschließen, ist die Aufgabe, welche heute allen guten Bürgern obliegt. Ich habe das Vertrauen, daß meine Stimme gehört werden wird, denn alle guten Bürger haben ein gemeinsames Interesse daran. In der Folge werden sich die Parteien auf logischen und ehrlichen Grundlagen reformieren. Man wird sodann die Wahl haben, sich für Männer oder Ideen zu entschließen. Ich werde auf die Regierung gern verzichten an dem Tage, an dem es mir vergönnt sein wird, dies ohne Feigheit und ohne Beunruhigung für die Sicherheit der Situation und für das Wohl des Landes thun zu können. Scharen wir uns um den König und lenken wir unsere Blicke auf das Kreuz von Savoyen, das uns von der nationalen Fahne entgegenstrahlt, und stimmen wir in den Ruf ein: „In hoc signo vinces!““

26. Mai. Kammerwahlen.

Die Wahlen ergeben einen großen Sieg der Regierung. Es werden in der Hauptwahl gewählt 326 Ministerielle und 147 Oppositionelle, davon 14 Sozialisten und 31 Radikale. In der Stichwahl (3. Juni) werden noch gewählt 29 Ministerielle, 13 gemäßigte Oppositionelle, 9 Radikale, 3 Sozialisten.

4. Juni. (Magenta.) In Gegenwart des Kriegsministers wird ein Denkmal des französischen Marschalls Mac-Mahon enthüllt.

10. Juni. (Rom.) Eröffnung des Parlaments durch den König.

In der Thronrede heißt es, das Volk fordere vom Parlament schnelle Ordnung der Finanzen. Nachdem auf die Notwendigkeit des sozialen Friedens hingewiesen ist, heißt es über die Auswärtige und Kolonialpolitik: Europa atmet Frieden auch durch unsern Willen, und kein Mißtrauen, kein Verdacht ruht mehr auf unsern Absichten. Mit berechtigter Freude entsenden wir daher unsere Schiffe, um an der friedlichen Begegnung aller Flotten teilzunehmen, die im Begriffe sind, das unter dem Schutze meines Freundes und Verbündeten, des deutschen Kaisers, vollendete bewunderungswürdige Werk einzuweihen. Von dort werden sie sich nach England begeben, um der britischen Flotte und dem britischen Volk unsern herzlichsten

Freundesgruß darzubringen. Es liegt mir am Herzen, Ihnen einen neuen Beweis der praktischen Wirksamkeit dieser Vertrautheit in jenen Erdteilen anzukündigen, wo Italien und England sich berühren und im Einverständnisse handelnd die Flagge der Zivilisation hochhalten. Dort, wo die vorgeschrittensten Völker um die Ehre wetteifern, das Gebiet ihrer fruchtbringenden Thätigkeit auszudehnen, hat unser Heer, dem Feinde die Stirne bietend, von Kassala bis Adua den Ruhm der italienischen Tapferkeit erneuert; dort hat die englische Regierung Italien einen neuen Beweis ihrer Sympathie gegeben, indem sie es hinderte, daß aus den unter ihrer Schutzherrschaft stehenden Häfen des Golfs von Aden den im Aufstande gegen uns begriffenen Völkerschaften Waffen zugingen. Immerhin wird die Organisation der italienischen Besitzungen in Afrika, die wir im Zusammenhange mit der Lage und den allgemeinen Interessen des Volkes betrachten, so wie bisher auch weiterhin den Gegenstand der unermüdlichen Sorge meiner Regierung bilden. Weit entfernt, eine Politik der Abenteuer zu wollen, streben wir in Wirklichkeit darnach, unsern Stellungen dauernde Sicherheit zu verschaffen. Insbesondere werden unsere Bemühungen darauf gerichtet sein, allmählich die finanzielle Unabhängigkeit der Kolonie vom Mutterlande vorzubereiten

11. Juni. (Deputiertenkammer.) Präsidentenwahl.

Der Kandidat der Regierung Villa erhält 268, der der Opposition Cantani 156 Stimmen. Auch die Regierungskandidaten für die Posten der Vizepräsidenten, Sekretäre und Quästoren werden mit großer Majorität gewählt. Ein Vizepräsident und zwei Sekretäre werden der Opposition überlassen.

13./14. Juni. (Deputiertenkammer.) Zwist innerhalb der Majorität.

Kammerpräsident Villa beruft in den von ihm zu ernennenden Wahlprüfungs-Ausschuß nur 12 Ministerielle, dagegen 7 Oppositionelle, unter letztern gerade die Häupter Rudini, Brin, Zanardelli und Cavallotti. Dies erregt große Entrüstung unter den Ministeriellen, doch wird die Krisis, die zum Rücktritt des Präsidenten zu führen schien, beigelegt (14. Juni).

19. Juni. (Deputiertenkammer.) Amnestieforderung.

Die äußerste Linke verlangt, die Kammer soll vom König eine allgemeine Amnestie fordern. Crispi weist das als einen Eingriff in die Rechte der Krone zurück. Infolge heftiger Zwischenrufe kommt es zu einem Handgemenge zwischen Ministeriellen und Radikalen.

Juni. Schmähschrift Cavallotis gegen Crispi. Verhandlungen in der Kammer darüber.

Der radikale Abg. Cavallotti veröffentlicht eine 8 Seiten starke Schrift voll der schärfsten persönlichen Angriffe gegen Crispi. Er wirft ihm Fälschung, Verleumdung, Bestechlichkeit, falsches Zeugnis, Unsittlichkeit, Mißhandlung des Parlaments, Simonie u. dgl. vor; Crispi habe nicht nur für sich selbst und seine Freunde seinen politischen Einfluß bei den Banken mißbraucht, sondern auch von dem verstorbenen Baron Reinach ein Trinkgeld von 50 000 Lire angenommen, wogegen er dem berüchtigten Cornelius Herz den Mauritius-Orden habe verschaffen sollen.

Am 23. kommt diese Angelegenheit in der Kammer zur Sprache, wo Crispi eine Anfrage, was er zu thun gedenke in dieser Frage, abweist. In einer Versammlung der Kammermajorität erklärt Crispi unter großem Beifall, diese Vorwürfe berührten ihn nicht, sie seien nur bestimmt, die Beratungen über die Finanzvorlagen zu verhindern (23. Juni).

Am 25. Juni beantragt die äußerste Linke und die Rechte, eine parlamentarische Untersuchung der Sache Cavallotti-Crispi einzuleiten, Torrigiani beantragt die Verhandlung dieser Anträge auf 6 Monate zu vertagen. Crispi stimmt zu, da er sich in seinem Gewissen rein fühle. Hierauf wird der Antrag Torrigiani mit 283 gegen 115 Stimmen angenommen.

10. Juli. (Deputiertenkammer.) Genehmigung der Finanzdekrete.

Nach mehrtägiger Beratung der Finanz- und Schatz-Maßregeln, in der namentlich Crispi und Sonnino die Maßregeln der Regierung begründen, genehmigt die Kammer die von der Regierung erlassenen Finanzdekrete (vgl. 1894) durch folgenden Beschluß: „Die Kammer erkennt die außergewöhnliche Zwangslage an, in der sich die Regierung bezüglich der Fürsorge für die Staatsverwaltung befand, erklärt es für notwendig, den Erlassen die gesetzliche Gutheißung zu gewähren, und geht zur Beratung der einzelnen Artikel über."

Unter diesen Dekreten befinden sich Zollerhöhungen auf Zucker, Glucosé, Palmöl, Parafin und Petroleum, sowie die Einführung eines Zolles von 3 Lire pro Doppelzentner auf die bisher, gleich allen übrigen Rohstoffen, zollfreie Rohbaumwolle; Erhöhungen der Steuer auf Cichorie und Kaffeesurrogate, raffiniertes Petroleum, Spiritus, sowie eine Steuer auf die bisher steuerfreien Streichhölzer, Leuchtgas und elektrisches Licht; höhere Belastung der Hypotheken, Versicherungen, Civilprozesse und Erbschaften; Maßregeln bezüglich der Vereinheitlichung der Staatsschulden, des Staatspapiergeldumlaufs, der Depositen- und Leihkassen, der Ueberwachung der Emissionsbanken, der Konvention mit der Banca d'Italia, der Neuordnung des Banco di Sicilia und des Banco di Napoli, die Abänderung der Liquidationsmethoden der Staatspensionen.

11. Juli. (Deputiertenkammer.) Erhebung des 20. September zum nationalen Festtag.

Die Kammer beschließt in geheimer Abstimmung, den Jahrestag der Einnahme Roms als bürgerlichen Feiertag zu begehen mit 204 gegen 62 Stimmen. Dagegen sprachen Colajanni, weil der Augenblick zu einem solchen Fest nach den zahlreichen Siegen des Klerikalismus nicht opportun sei, und Imbriani, weil das Vaterland noch nicht völlig einheitlich sei. Wegen dieser Aeußerung wird der Redner zur Ordnung gerufen. (Annahme im Senat mit 87 gegen 28 Stimmen 17. Juli.)

13./25. Juli. (Deputiertenkammer.) Blanc über Abessynien (vgl. Rußland).

In der Beantwortung einer Interpellation über die abessynische Angelegenheit erklärt der Minister des Auswärtigen Blanc, König Menelik sei Kraft der europäischen und italienischen Abmachungen thatsächlich ein Schützling Italiens. Italien habe in Abessynien seine Fahne aufgeflanzt und sie nicht zurückgezogen. Am 25. teilt der Minister mit, Rußland habe Italien erklärt, es verfolge nur religiöse Interessen in Abessynien. Ferner teilt er mit, 1. daß Italien mit den englisch-egyptischen Behörden ein Protokoll über zweckentsprechende Regelung der Nordgrenze abgeschlossen habe; 2. daß von England und Deutschland Maßregeln zur Verhinderung der Durchfuhr von Waffen nach Aethiopien getroffen seien; 3. daß eine Reihe von Mächten von der Mitteilung Italiens über die Wiederaufnahme des

Sklavenhandels seitens Meneliks Akt genommen und 4. daß Frankreich Maßregeln zugesichert habe, daß keine Waffen oder Munition aus Obok nach Aethiopien gelangen.

Juli. Glänzender Empfang des aus Erythräa heimkehrenden Baratieri.

21. Juli. (Genua.) Infolge eines Zusammenstoßes zweier Dampfer sinkt der italienische Dampfer „Marie" mit 144 Personen.

August. Kündigung des tunesisch-italienischen Handelsvertrages durch Frankreich.

Crispis „Riforma" bezeichnet die Kündigung als einen unfreundlichen Akt und der „Marzio" in Neapel führt aus, die italienische Regierung, sicher ihres Rechtes, bewahre die größte Ruhe. Für den Fall der Nicht-Erneuerung des Vertrages von 1868, würde Italien auf den Verträgen von 1822, 1832, 1833 beharren, die der Großherzog von Toskana, der König von Sardinien, der König von Neapel mit Tunesien auf ewig geschlossen haben, und daher keine Kündigung fürchten. Dank diesen Verträgen wird Italien nicht alle gegenwärtigen Vorrechte behalten können; jedoch muß seine Stellung in Tunis mindestens der Frankreichs gleich sein. Italien, welches nie das Protektorat Frankreichs anerkannte, wird der französischen Regierung keine Antwort geben, sondern wird durch seinen Konsul direkt mit dem Bey verhandeln.

Anfang September. Bäuerliche Unruhen in Sizilien.

20. September. Große Feier des italienischen Nationalfestes (vgl. S. 268). Garibaldi-Denkmal, Amnestie, Turnkongreß.

Die Feier wird eröffnet durch Enthüllung eines Garibaldidenkmals in Rom, wobei der König anwesend ist und Crispi eine längere Rede hält. Der Papst, sagt er, welcher vor 1870 als weltlicher Fürst mit geringer weltlicher Macht den Souveränen der Staaten der ganzen Erde nachstehen mußte, sei jetzt nur Gott unterthan, und ein unabhängiger über allen anderen stehender Souverän. Die katholische Welt sollte Italien dankbar sein für die dem römischen Pontifikat geleisteten Dienste. Die Geistlichen bleiben unverletzt, vorausgesetzt, daß sie in dem Kreise des Rechts bleiben; wenn sie aber das Vaterland verunglimpfen, indem sie dessen Institutionen bekämpfen, so würden sie den Anarchisten nützen, die Gott und den König verleugnen und diese Thätigkeit würde nicht ungestraft bleiben können.

Der König erläßt eine Amnestie. Es werden alle diejenigen unter den von den Kriegsgerichten in Sizilien und Massa Verurteilten völlig begnadigt, welche Gefängnisstrafen nicht über zehn Jahre zu verbüßen hatten, vorausgesetzt, daß sie nicht zugleich wegen irgend welchen Verbrechens gegen das Leben verurteilt waren. Den mit längerer Gefängnishaft Bestraften wird ein weiteres Drittel der ursprünglichen Gesamtstrafe nachgelassen, nachdem sie bereits am 14. März ds. Js. einen Strafnachlaß von einem Drittel erhalten hatten.

Unter den zahlreichen festlichen Veranstaltungen findet auch ein Turnkongreß statt, an dem eine Abordnung deutscher Turner mit großer Auszeichnung teilnimmt.

23. September. (Rom.) Der König nimmt eine große Parade über Veteranen ab.

Anfang Oktober. Neuer Krieg mit Abessynien (vgl. Übersicht).

22. Oktober. (Torre del Greco.) Rugghero Bonghi †. (Vgl. 1894 S. 229 und Mühling, „Nation" 1896, 6.)

Oktober. Vereitelter Besuch des Königs von Portugal in Rom.

Anfangs Oktober kündigt die „Riforma" den bevorstehenden Besuch des Königs von Portugal in Rom an. Bald darauf wird jedoch behauptet, der Vatikan suche den Besuch zu hintertreiben und Don Carlos wolle den König Humbert in Monza begrüßen, worauf jedoch dieser nicht eingehen wolle. In der That unterbleibt der Besuch. Die „Riforma" berichtet darüber: erstens, der portugiesische Gesandte beim Quirinal habe sich am 1. Oktober ins Ministerium begeben, um anzuzeigen, daß der König von Portugal zwischen dem 15. und 25. Oktober nach Rom kommen würde, um in offizieller Weise den König von Italien im Quirinal zu besuchen; zweitens, daß das italienische Kabinett niemals irgend welchen Schritt gethan habe, um den Wunsch auszudrücken, daß der König von Portugal hierher komme, weder privatim noch officiell nach Rom oder nach Monza; drittens, daß man festhalten müsse, die portugiesischen Minister würden die feierliche Ankündigung sicher nicht gemacht haben, ohne vorher sorgfältig alle Schwierigkeiten zu erwägen, die man der Verwirklichung der Reise des Königs entgegensetzen könnte.

28. November. (Deputiertenkammer.) Crispi über die innere und äußere Politik. Blanc über Kolonialpolitik und Armenien.

Ministerpräsident Crispi führt aus, die Verhältnisse der öffentlichen Sicherheit seien zwar nicht solche, wie man sie wünschen würde; aber seit dem Jahre 1894 mache sich eine fortschreitende Besserung wahrnehmbar. Das Räuber-Unwesen sei in Sardinien nahezu ausgerottet. Die Polizei und die Karabinieri hätten wahre Wunder an Geduld und Mut verrichtet. Die Ausnahmegesetze, welche die Kammer im vorigen Jahre beschlossen habe, seien durch die Thatsachen gerechtfertigt. Der Sozialismus sei, wie man denselben gewöhnlich verstehe, die Verneinung jeder Freiheit, sowie die Anarchie der permanente Krieg sei. Sozialismus und Anarchie unterschieden sich in der Praxis nicht. Ueber die äußere Politik sagt er: „Wir entsenden unsere Flotte in den Orient, aber nicht mit der Bestimmung, jemandem zu dienen. Die sechs Mächte sind gegenwärtig einig, an dem Werke des Friedens und der Zivilisation mitzuwirken, und man kann volles Vertrauen haben, daß der Friede nicht gestört werden wird. Sollte dies aber bedauerlicherweise geschehen, werden wir nicht in den alten Fehler verfallen, sondern unser Recht zu wahren wissen."

Minister des Auswärtigen Baron Blanc: Die Thätigkeit Italiens in Afrika sei jetzt eine systematische und praktisch geregelte, ohne daß man sich kostspieligen und unfruchtbaren Unternehmungen aussetze. Ueber die Verhandlungen mit der Pforte sagt er: Die erste Phase der Unterhandlungen in den armenischen Angelegenheiten, diejenige, in welcher sich Rußland und Frankreich England in den offiziellen Unterhandlungen mit der Türkei angeschlossen hatten, fand ihren Abschluß durch die offiziellen Mitteilungen, welche die Pforte successive den sechs Mächten bezüglich der Reform-Vorschläge gemacht. In der folgenden und gegenwärtigen Phase bemühten sich die sechs Großmächte, die zur Wiederherstellung der Ruhe geeigneten Maßnahmen mit der Pforte zu vereinbaren. Dieses Einvernehmen hat die Bestimmung, den europäischen Frieden zu sichern. An unser

Vertrauen, daß sich dieser glückliche Erfolg erhalte, knüpfen sich unsere Hoffnungen, daß das Einvernehmen der Mächte sich nicht als unwirksam für die Verbesserung der Lage im Orient erweise. „Wenn die Lage in Europa dank dem mehr als jemals bekräftigten Einvernehmen der sechs Mächte eine gute ist, so ist sie zwischen der ottomanischen Regierung und den Völkern der Türkei eine gedrückte. Die Pforte würde einen Irrtum begehen, wenn sie glaubt, die Lage könne durch diplomatische Diskussion über die Vorgänge gelöst werden."

2. Dezember. (Deputiertenkammer.) Di Rudini gegen Crispi.

In einer ausführlichen Kritik der Regierungspolitik erklärt Di Rudini, er billige die auswärtige Politik und die Haltung Italiens in der orientalischen Frage. Er könne aber der gegenwärtigen Regierung die Ausnahmegesetze nicht mehr bewilligen, mißbillige es, daß Crispi keinen Unterschied zwischen Sozialisten und Anarchisten mache, und beklage, daß das Versprechen der Amnestie für sizilianische Verurteilte nicht eingehalten worden sei. Die Haltung des Kabinetts gegenüber den Sozialisten habe die Sympathie der Bevölkerung für letztere nur erhöht. Man müsse das Verbrechen unterdrücken, aber nicht die Gedankenfreiheit verfolgen. Zur Kirchenpolitik erklärt er, daß die Frage in Italien mit seiner völlig katholischen Bevölkerung nie eine religiöse sein könne, noch gewesen sei. Der Laienstaat müsse der Kirche die größte Freiheit lassen, das Ueberhandnehmen der klerikalen Partei als politische Partei könne nur verhindert werden dadurch, daß die Regierung eine gesunde Wirtschaftspolitik treibe und sich hiermit die Zustimmung des Volkes erwerbe. An der Finanzpolitik der gegenwärtigen Regierung tadelt er gerade den Mangel an Rücksicht auf das wirtschaftliche Gedeihen, während er im übrigen Sonninos Verdienste anerkennt. Die militärischen Ersparungsmaßregeln der jetzigen Regierung tadelt er als zerstörend für die Heeresorganisation: man müsse den Mut haben, entweder gleich den übrigen Mächten die Friedensstärke zu erhöhen oder das Heer endgültig einzuschränken, aber der gegenwärtige große Unterschied zwischen Friedens- und Kriegsstärke sei von Uebel. Bezüglich der Kolonialpolitik befürchtet er, daß man zu bedeutend höhern Opfern gedrängt werde, als vorgesehen sei. Nachdem sich Crispi verteidigt hat, spricht ihm die Kammer ihr Vertrauen aus.

13. Dezember. Die Deputiertenkammer geht über alle Anträge, Giolitti vor Gericht zu stellen, gegen dessen Widerspruch zur Tagesordnung über (vgl. Übersicht).

14./16. Dezember. (Deputiertenkammer.) Interpellationen über Afrika.

Infolge der Niederlage Tosellis (s. Afrika) bringt die Opposition mehrere Interpellationen ein. Auf ihre Angriffe erwidert Crispi, daß die Unternehmung in Afrika nicht sein Werk sei, erinnert ferner an die Besetzung von Assab und Massauah, um darzuthun, daß man damals kein bestimmtes Ziel hatte; er hätte gewünscht, daß die Hoffnungen Italiens sich anderswohin lenkten, er habe dies entschieden im Jahre 1882 erklärt gelegentlich der Aufforderung Englands, mit ihm gemeinschaftlich zu handeln, um den Aufstand Arabi Paschas zu ersticken. Indessen seit 1885 mußte man anerkennen, daß, da die Fahne nun einmal in Assab und Massauah aufgepflanzt war, man dableiben und die Position verbessern mußte.

Für den Augenblick fordere er nur Mittel, um für das unerläßlich Notwendige sorgen zu können unter Ablehnung des Gedankens irgendwelcher Gebietserweiterung, und um das Erforderliche für die Sicherung der Ehre der italienischen Fahne leisten zu können, kurz, — weder Feigheit noch Unklugheit. Dem General Baratieri schenke die Regierung volles Vertrauen.

19. Dezember. Die Deputiertenkammer genehmigt nach langer Erörterung mit großer Majorität den von der Regierung geforderten Kredit für Afrika von 20 Millionen Lire (Annahme im Senat 21. Dezember).

19. Dezember. (Deputiertenkammer.) Militärgesetz.

Die Kammer genehmigt die Umwandlung der vier königlichen Verordnungen vom 6. November 1894 zum Gesetz. Die Verordnungen betreffen Abänderungen der Gesetze über die Organisation der Armee, die territoriale Abgrenzung der Aushebung, die Besoldungen und dauernden Löhnungen.

21./23. Dezember. Absendung von 12 Bataillonen nach Erythräa.

VIII.

Die Römische Kurie.

Anfang Januar. Konferenzen des Papstes mit Fürst Lobanow.

27. Januar. Der Papst erläßt eine Encyklika an die amerikanischen Bischöfe.

31. Januar. (Rom.) Der Papst und die griechische Kirche.

Auf Antrag der Kardinals-Kommission für die orientalischen Kirchen beschließt der Papst, eine höhere Studienanstalt in Konstantinopel zur Ausbildung des griechisch-katholischen Klerus zu gründen und eine Kirche erbauen zu lassen, in der Gottesdienst nach griechischem Ritus abgehalten werden soll.

März. Der Papst und die österreichischen Christlich-Sozialen (s. Österreich).

18. März. Der Papst über die ungarischen Kirchengesetze.

Der Papst erklärt im Konsistorium, die ungarischen Kirchengesetze entsprächen dem katholischen Prinzip nicht. Die Anerkennung der italienischen Bischöfe durch die weltlichen Behörden sei zwar eine Genugthuung für den Hl. Stuhl, dessen unwürdige Lage sei aber dadurch nicht verbessert.

20. April. Der Papst erläßt eine Encyklika an die Engländer (vgl. Großbritannien).

Es heißt darin: Die Päpste hätten seit Gregors des Großen Zeiten für England stets besondere Fürsorge getragen. Auch sei England bis zum 16. Jahrhundert den römischen Bischöfen treu ergeben gewesen. Heilige Männer wie Karl Borromäus und Philippus hätten seitdem die Wieder-

vereinigung angestrebt, und er selbst habe als Nuntius in Belgien den Plan des Engländers Ignatius Spencer, für die Rückkehr der Engländer zur römischen Kirche Gebete einzurichten, gebilligt. Die Engländer hätten sich große Verdienste erworben um die Besserung der sozialen Lage des Volkes, die er selbst in Encykliken wiederholt empfohlen habe. Der Papst fordert daher die englischen Katholiken auf, mit ihm für die Wiedervereinigung zu arbeiten.

8. Mai. Der „Osservatore Romano" schreibt über den Notenwechsel zwischen Kalnoky und Banffy (vgl. Österreich):

Er wisse, daß die Reise Agliardis nach Ungarn nach vorausgegangener Kenntnis Graf Kalnokys erfolgte, und daß sowohl der Minister a latere als auch Baron v. Banffy den Nuntius ermahnten, die Einladung des Kardinalprimas Vaszary, ihn zu besuchen, anzunehmen.

15. Mai. Der „Osservatore Romano" proklamiert Wahlenthaltung der Katholiken von den italienischen politischen Wahlen.

9. Juni. Errichtung einer ständigen russischen Gesandtschaft beim Vatikan.

17. Juni. Encyklika an die Kopten in Egypten.

10. Juli. Encyklika an die belgischen Bischöfe über die soziale Frage.

Der Papst ermahnt darin alle Katholiken zur Einigkeit; die Bischöfe sollten zu einem Kongreß zusammentreten und nach den Grundsätzen der Freiheit und des Einvernehmens der katholischen Religion und der bürgerlichen Institutionen über die Erreichung dieses Zieles beraten. Dann ermahnt er die Bischöfe, die Katholiken von der öffentlichen Polemik und der Schmälerung des Prinzips der gesetzlichen Autorität abzuhalten, und schließt mit der Aufforderung an alle Katholiken, sich den Umsturztheorien des Sozialismus lebhaft zu widersetzen, welcher alles gegen die Religion und den Staat versuche und das göttliche Recht mit dem menschlichen Recht zu verschmelzen trachte.

Oktober. Der Papst und die Feier des 20. September.

Der Papst verurteilt in einem Briefe an Kardinal Rampolla die Feier des 20. September und betont, daß durch das der Kurie geschehene Unrecht das Band zwischen den Katholiken und dem Hl. Stuhle noch fester geknüpft sei. Unter den Protesten, die dem Papste zugegangen sind, befinden sich auch Adressen deutscher und österreichischer Prälaten, die der Papst dankend beantwortet (12. Oktober).

30. Dezember. Die Kurie und die orientalischen Kirchen.

Der Papst verleiht der Kardinal-Kommission für die orientalischen Kirchen ständigen autonomen Charakter. Zu Mitgliedern der Kommission sind ernannt: die Kardinäle Ledochowski, Langénieux, Rampolla, Vannutelli, Galimberti, Vaughan, Granniello und Mazzella.

IX.

Schweiz.

3. Februar. Volksabstimmung über das Gesandtschaftsgesetz.

Das Gesetz über die diplomatische Vertretung, welches die Berufskonsuln und Diplomaten vermehren und die Errichtung neuer diplomatischer Posten der Bundesversammlung zuweisen will, wird mit 170 000 gegen 120 000 Stimmen abgelehnt.

23. Februar. (Bern.) Handel mit Frankreich.

Der Bundesrat bestimmt, daß vom 1. März ab aus den zollfreien Zonen von Hochsavoyen und Gex außer den bereits als zollfrei erklärten oder nach Uebereinkunft begünstigten Artikeln eine größere Anzahl Erzeugnisse der Zonen teils vollständig frei, teils zu ermäßigten Ansätzen zugelassen werden sollen. Mit Ausnahme der Gegenstände des Marktverkehrs wird an die erleichterte oder ganz freie Einfuhr die Bedingung der Vorlage von Ursprungszeugnissen geknüpft. Die Zulassung von Wein, Vieh und Hartkäse ist nur gegen Vorweisung von Gutscheinen der zuständigen französischen Amtsstellen gestattet.

26. März. (Bern.) Der Nationalrat beschließt mit 68 gegen 56 Stimmen die Einführung des Zündhölzchen-Monopols.

März. Der Nationalrat berät den Gesetzentwurf über die Einführung einer Bundesbank.

Das Grundkapital der Bank soll 25 Mill. Frcs. betragen; sie soll das Banknotenmonopol erhalten, den Geldumlauf regeln und den Kassenverkehr des Bundes besorgen.

30. April. (Bern.) Neue Militär-Artikel.

Der Bundesrat genehmigt eine Reihe neuer Bestimmungen über das Heerwesen. Ihr Hauptinhalt ist: Weder der Bund noch die Kantone sind berechtigt, stehende Truppen zu halten, vorbehalten sind die für die Befestigungswerke erforderlichen Mannschaften. Das Heerwesen ist Sache des Bundes. Wehrmänner, welche im Militärdienst das Leben verlieren oder Schaden an der Gesundheit erleiden, haben für sich und ihre Familien Anspruch auf die Unterstützung des Bundes. Verwaltung, Unterricht, Bewaffnung, Bekleidung und Ausrüstung des Heeres sind Sache des Bundes. Der Bund übernimmt die kantonalen Waffenplätze gegen Entschädigung. Den Kantonen verbleibt die Auswahl der zu Offizieren auszubildenden Unteroffiziere und Ernennung und Beförderung der Offiziere der ausschließlich aus Mannschaften eines und desselben Kantons gebildeten Truppeneinheiten sowie die Wahl der untern Beamten der Divisionskreise.

19. Mai. (Zürich.) Ablehnung der Erbschaftssteuer.

In der kantonalen Abstimmung wird das Gesetz über die Erbschaftssteuer mit obligatorischer Inventarisation in jedem Todesfall und Besteuerung auch des elterlichen Erbteiles mit 34 190 gegen 21 378 Stimmen verworfen.

Juni. (Bern.) Das Militärgesetz wird vom Nationalrat (10. Juni) und vom Ständerat (21. Juni) genehmigt.

14. Juni. (Bern.) Der Nationalrat nimmt das Eisenbahngesetz an mit 94 gegen 22 Stimmen.

26. Juni. (Bern.) Der Nationalrat genehmigt die Vorlage über die Errichtung einer rein staatlichen Bundesbank mit 89 gegen 27 Stimmen.

15./16. August. (Bern.) Der Nationalrat genehmigt das Handelsabkommen mit Frankreich mit 108 gegen 18 Stimmen (15. Aug.), der Ständerat mit 26 gegen 10 Stimmen (16. August).

29. September. Eine Volksabstimmung verwirft den Gesetzentwurf, wonach Herstellung und Verkauf der Streichhölzer dem Bunde übertragen werden sollte.

3. November. Ablehnung des Militärgesetzes.

In der Volksabstimmung werden die neuen Militärartikel mit 252 000 gegen 185 000 Stimmen verworfen, ebenso von den einzelnen Kantonen mit 17½ gegen 14½ Stimmen. Angenommen haben nur Zürich, Bern, Basel Stadt, Aargau und Thurgau.

November. Das Budget für 1896 weist auf an Einnahmen 78 885 000, an Ausgaben 79 590 000 Franken.

25. November. In der Simplonkonferenz erklärt sich Italien bereit 1½ Millionen Lire 99 Jahre lang zur Jura-Simplonbahn beizusteuern.

13. Dezember. (Bern.) Der Ständerat genehmigt die Bundesbankvorlage mit 24 gegen 17 Stimmen.

Der ganze Reingewinn der Bank wird den Kantonen überlassen. Der Bankrat soll ausschließlich vom Bundesrat gewählt werden.

19. Dezember. (Bern.) Der Ständerat genehmigt mit 35 gegen 3 Stimmen das Eisenbahnrechnungsgesetz.

22. Dezember. (Zürich.) Volksabstimmung über Tierschutz.

In der Volksabstimmung wird der Antrag auf gänzliches Verbot der Vivisektion mit 39 476 gegen 17 297 Stimmen abgelehnt; hingegen der Gegenvorschlag des Kantonrates für Tierschutz, der den Forderungen und Wünschen der Wissenschaft in weitschützendem Maße Rechnung trägt, mit 35 191 gegen 19 554 Stimmen angenommen.

X.

Belgien.

11. Januar. Belgien und der Kongostaat.

In einem Vertrage zwischen Belgien und dem Kongostaate tritt König Leopold II. als Souverän des afrikanischen Reiches den Kongostaat an Belgien als Kolonie ab.

29. Januar. (Brüssel.) Der Kammerpräsident de Lantsheere tritt wegen eines Konfliktes mit der Rechten zurück; sein Nachfolger wird der frühere Minister Beernaert.

5. Februar. Frankreich, Belgien und der Kongostaat.

Frankreich, das das Vorverkaufsrecht auf den Kongostaat besitzt, gestattet die Uebertragung des Kongostaates an Belgien; Belgien verpflichtet sich, den Kongostaat niemals für umsonst abzutreten und sichert Frankreich das Vorkaufsrecht zu, falls es die Kolonie gegen Entgelt einmal abtreten sollte. (Der Notenwechsel hierüber Staats-Archiv Bd. 57. Vgl. ferner Léclerc „Nation" 21, 22.)

7. Februar. (Lüttich.) Schluß eines großen Anarchistenprozesses, in dem mehrere Anarchisten zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt werden.

12. Februar. Ministerpräsident de Burlet legt der Kammer den Vertrag mit dem Kongostaate vom 11. Januar zur Ratifikation vor. Er wird an eine Kommission verwiesen.

13. Februar. (Deputiertenkammer.) Konversion.

Die Kammer genehmigt mit allen gegen eine Stimme den Gesetzentwurf betreffend die Umwandlung der 3½prozentigen Staatsanleihe in 2½prozentige und verwirft den Zusatzantrag der Sozialisten, den Ertrag der Umwandlung zur Errichtung einer staatlichen Pensionskasse für alle Arbeiter zu verwenden. (Genehmigung im Senat am 15. Febr.)

Februar. (Brüssel.) Entwurf eines Gemeindewahlgesetzes.

Der Entwurf bezeichnet als Wähler die Senatswähler, die eine dreijährige Ansässigkeit in der Gemeinde nachweisen können und verleiht eine Mehrstimme jedem 35 Jahre alten verheirateten Bürger oder Witwer mit Kindern, wenn er an staatlicher Wohnungssteuer mindestens 5 Fr. in Gemeinden bis 1000 Einwohner, 10 Frk. in Gemeinden bis 10 000, 15 Frk. in solchen bis 25 000, 20 Frk. in Gemeinden über 25 000 Einwohner entrichtet. Eine zweite Mehrstimme erhält der Eigentümer liegenden Gutes von mindestens 150 Frk. Katastral-Einkommen. Unter Vorbehalt dieser Bestimmungen regeln sich die übrigen Mehrstimmen nach dem Gesetz für die Senatswahlen bis zur Höchstzahl von 4 Stimmen. Die jetzigen Gemeinderäte werden durch königlichen Erlaß bis spätestens 15. November d. J. aufgelöst.

21. Februar. (Deputiertenkammer.) Budget.

Der Finanzminister legt das Budget vor, das 358 969 000 Frcs. Ausgaben und 357 727 000 Frcs. Einnahmen aufweist. Der Minister ist

aber der Meinung, daß die mäßig veranschlagten Einnahmen die Anschläge in Wirklichkeit um mehrere Millionen überschreiten werden.

24. Februar. (Brüssel.) Belgischer Sozialistenkongreß.

Es werden beraten das Gemeindewahlgesetz und die Kongovorlage. Unter scharfen Ausfällen gegen die Regierung wird die Ablehnung der Kongovorlage beschlossen und über das Gemeindegesetz folgende Resolution gefaßt: Der Kongreß, einig für den allgemeinen Ausstand, beschließt die schleunige Berufung aller Parteigruppen behufs Beschlußfassung hierüber. Im Falle der Ablehnung des allgemeinen Stimmrechts durch die Kammer, gibt er den Parteivertretern die Vollmacht, den Zeitpunkt des Ausbruches des Ausstandes zu bestimmen.

März. Kongofrage.

Sozialisten und Radikale agitieren gegen die Kongovorlage z. B. der Kongreß der Fortschrittspartei in Brüssel (10. März); die Handelskammern erklären sich für sofortige Uebernahme des Kongostaates.

März. Die Sozialisten und das Gemeindewahlgesetz.

Der Generalrat der Arbeiterpartei beschließt den allgemeinen Ausstand um die Verwerfung des Gemeindewahlgesetzes zu erzwingen. Ende März brechen mehrere Ausstände aus, so der der Steinkohlenarbeiter in Lüttich. Da die Unruhen sich verbreiten und es zu Zusammenstößen zwischen Strikenden und Gendarmen kommt, ruft die Regierung Reserven ein zur Aufrechterhaltung der Ordnung.

25. März. (Gent.) Große Kundgebung der Sozialisten und Fortschrittler gegen das Gemeindewahlgesetz.

2. April. (Brüssel.) Beendigung des Ausstandes gegen das Gemeindewahlgesetz.

Die sozialistischen Abgeordneten verlesen in der Kammer eine Erklärung des soz. Generalrats, angesichts der Gewißheit, den Ausstand nicht friedlich beenden zu können, versage die Arbeiterpartei es sich, Menschenleben zu opfern, um die Annahme eines Gesetzes zu verhindern, das doch nur von vorübergehender Dauer sein werde, da es von Anfang an durch das allgemeine Stimmrecht verurteilt sei, dessen Vertrauen man getäuscht und dessen Willen man verkannt habe. Statt zum Ausstande fordert der Generalrat deshalb alle Gruppen der Partei zur unablässigen Propaganda für die Abschaffung des Gemeindewahlgesetzes auf.

5. April. (Brüssel.) Annahme des Gemeindewahlgesetzes.

Die Deputiertenkammer genehmigt die Gesamtvorlage des Gemeinde-Wahlgesetzes in zweiter Lesung mit 90 gegen 52 Stimmen unter Genehmigung der Uebergangsbestimmung, wonach die augenblicklichen Kapazitätswähler unter 30 Jahren eine Stimme fernerhin behalten. Annahme im Senat am 10. April mit 56 gegen 18 Stimmen.

14. April. (Antwerpen.) Der Jahreskongreß der Arbeiterpartei billigt den Beschluß des Generalrats über den Ausstand (vgl. 2. April).

24. Mai. Rücktritt Merodes.

Der König und das Ministerium lehnen Merodes Wunsch, noch vor dem 1. Juni eine Entscheidung in der Kammer über die Kongovorlage

herbeizuführen ab. Der Minister des Auswärtigen tritt daher zurück, sein Portefeuille übernimmt De Burlet, der das Ministerium des Innern an Liebaert abtritt.

25. Juni. Die Kammer genehmigt die Zollvorlage mit 78 gegen 64 Stimmen.

Hierdurch werden Zölle eingeführt resp. erhöht auf Hafer, Mehl, Malz, Konserven, Chokolade, Thonfliesen, Fayence und Porzellan. (Annahme im Senat 12. Juli.)

27. Juni. (Kammer.) Kongovorlage.

Die Kammer genehmigt den Antrag der Regierung betreffend Uebernahme der Schuld Browne de Tiège und den laufenden Fehlbetrag des Kongostaats im Betrage von gesamt 6 850 000 Franken mit 71 gegen 16 Stimmen, desgleichen den Antrag betreffend Bewilligung eines Kredits von 5 000 000 Franken für die Kongobahn mit 66 gegen 15 Stimmen. Die Sozialisten nehmen nicht teil an der Abstimmung. (Annahme im Senat 28. Juni.)

Juli. Die Regierung legt ein Schulgesetz vor.

Der Religions- und Moral-Unterricht — 1 Stunde täglich — soll von den Geistlichen oder unter ihrer Aufsicht erteilt werden. Die staatlichen, provinziellen und kommunalen Hilfsgelder sollen unter die kommunalen und Privatschulen verteilt werden.

28. Juli. (Brüssel.) Große Landeskundgebung von mehr als 50 000 Personen aller nichtklerikalen Parteien gegen das Schulgesetz.

16. August. Die Kammer nimmt das Schulgesetz an mit 81 gegen 52 Stimmen (Annahme im Senat 30. August mit 56 gegen 31 Stimmen.)

17. August bis 30. September. Reise des Königs nach der Schweiz und Frankreich.

10. September. (Brüssel.) Hirtenbrief über die soziale Frage.

Im Anschluß an die päpstliche Encyklika (vgl. Röm. Kurie) will der Episkopat eine aus Priestern und Laien zusammengesetzte Vereinigung in jeder Diözese ins Leben rufen, die unter Leitung des Erzbischofs v. Mecheln eine einheitliche soziale Thätigkeit beginnen sollen.

17. November. Gemeindewahlen. Die Sozialisten und Klerikalen verstärken sich auf Kosten der Liberalen.

19. Dezember. Die Kammer verschiebt die allgemeine Heeresreform auf die nächste Tagung.

XI.

Niederlande.

Anfang März. Die zweite Kammer beschließt eine strengere Erhebung der Eingangszölle, wodurch eine Mehreinnahme von 1 800 000 Gulden erzielt werden soll.

14. März. (Haag.) Die zweite Kammer beschließt die Anschaffung von 52 000 Gewehren, Kal. 6,5 mm.

4. April. (Haag.) Handelspolitik.

Die zweite Kammer genehmigt einstimmig die mit Portugal ausgetauschte Erklärung, wodurch die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern vorläufig geregelt werden; ebenso wird mit 69 gegen 5 Stimmen der Gesetzentwurf genehmigt, wonach vom 1. Juni ab der Ausfuhrzoll für ostindischen Zucker auf ein Jahr aufgehoben wird.

21. April. (Haag.) Bildung einer neuen Arbeiterpartei.

Abgeordnete verschiedener Arbeitervereine beschließen die Bildung einer neuen Volkspartei, in die die zahlreichen kleinen Vereine aufgenommen werden sollen. Die Partei bezweckt „Zuerkennung des allgemeinen Wahlrechts, sowohl für Männer wie für Frauen, geschlossenes Auftreten bei den Wahlen für die Zweite Kammer, die Provinzialvertretung und die Gemeinderäte und Beförderung alles dessen, was die Lage des Arbeiters dem Kapitalismus gegenüber zu bessern im stande ist;“ sie will ferner, „ohne sozialdemokratisch zu sein, aber auch ohne gegen die Grundsätze der Sozialdemokratie aufzutreten,“ für die Interessen der Arbeiter wirken.

24. Juni. General Vetter, der Sieger von Tjakra Negara (1894 S. 322), wird zum Oberbefehlshaber des niederländisch-indischen Heeres ernannt.

Juli. Niederlande und Marokko (vgl. S. 164).

Marokkaner berauben die holländische Barke „Anna“, wofür die holländische Regierung durch den deutschen Gesandten Graf Tattenbach folgende Genugthuung verlangt: 1. Schriftliche Entschuldigung für die der niederländischen Flagge zugefügte Beleidigung; 2. energische Fortsetzung der Verfolgung und eventuelle Bestrafung der bei dem Ueberfall der Anna Beteiligten; 3. Bezahlung einer von der niederländischen Regierung festzusetzenden Entschädigungssumme, aus welcher der Unterhalt der Witwe des ermordeten Kapitäns und der Frau des schwerverwundeten Steuermanns bestritten werden kann. Der Sultan bewilligt die Forderungen am 12. Juli.

19. September. Das Budget für 1896 schätzt die Staatsausgaben auf 138½ Millionen Gulden und berechnet einen Fehlbetrag der Einnahmen von 7½ Millionen.

XII.

Dänemark.

1. Januar. (Kopenhagen.) Schluß der Zeichnungen für freiwillige Gaben zur Landesverteidigung. Es sind 1 700 000 Kronen eingegangen.

9. April. Wahlen zum Folkething.

Sieg der Opposition. Resultat: Linke 54 (bisher 43), Rechte 24 (31), Bojseniten (Vergleichsfreundliche) 27 (26), Sozialdemokraten 8 (2).

18. Juni. Handelsvertrag mit Belgien auf Grund der Meistbegünstigung.

Juli. (Jütland.) Große Ausstandsbewegung.

In Aarhus und Aalborg legen die Maurer- und Zimmerhandwerks-Arbeiter die Arbeit nieder weil sie sich die Form der von den Meistern eingeführten Entlassungszeugnisse nicht gefallen lassen wollen, die darin besteht, daß die Gesellen, wenn sie Arbeit suchen, einen Zettel vorzeigen müssen, worin angeführt wird, bei wem und wie lange sie gearbeitet, und wie sie sich aufgeführt haben. Die Meister antworten mit allgemeiner Arbeitssperre und der Ausstand breitet sich über ganz Jütland aus. Unter Vermittlung des Kopenhagener Maurergesellenvereins kommt es zur Verständigung. Mitgliedskarten der Fachvereine treten an die Stelle der Arbeitszeugnisse als Legitimation der Arbeitsuchenden, und als Grundlage eines künftigen friedlichen Zusammenwirkens zwischen den beiderseitigen Organisationen ist ein gemeinsamer Ausschuß von 8 Personen niedergesetzt worden. Dieser hat zugleich den Auftrag, Vorschläge zum Zusammenarbeiten der Organisationen auszuarbeiten und Streitigkeiten zum Verhüten weiterer Strikes und Aussperrungen zu entscheiden.

XIII.

Schweden und Norwegen.

7. Januar. (Schweden.) Zollerhöhung.

Die Regierung erhöht den Zoll für je 100 kg ungemahlenes Korn, Roggen, Weizen, Gerste, Mais, Erbsen, Bohnen u. s. w. von 1,25 auf 3,15 Kronen und für gemahlenes Korn, Mehl und Grütze aller Art von 2,50 auf 6,50 Kronen.

17. Januar. (Stockholm.) Eröffnung des Reichstags durch den König.

In der Thronrede, heißt es über die Union: „Der Staatsverband, der vor 80 Jahren zwischen den beiden Nationen der skandinavischen Halbinsel geknüpft wurde, hat mit Gottes Gnade die lange Dauer eines glücklichen Zustandes derselben mächtig gefördert. Jede Vereinigung von Reichen legt sicherlich gegenseitige Verpflichtungen auf; diese beschränken in gewisser

Beziehung die Selbständigkeit der einzelnen Länder, sie geben ihnen aber als Ersatz gegenseitige Stütze und vermehrte Stärke. Möchten meine beiden Völker immer das Glück und die Vorteile richtig schätzen, die sie durch die Union erworben haben, dann werden sie auch alle Kräfte aufbieten, um dieselbe beizubehalten und zu stärken. Die Union von 1814 ist wie alles Menschliche der Verbesserung bedürftig. Ihr Grundgedanke aber ist ein großer."

Januar. (Stockholm.) Die erste Kammer über die Union.

Von allen Seiten wird eine Revision des Unionsverhältnisses verlangt, teils fordert man Aufhebung der Handelsbeziehungen zu Norwegen, teils Kündigung der Union oder völlige Unterwerfung Norwegens. Die Kammer verlangt, daß die Frage der Auflösung des bisherigen gemeinsamen Konsulatswesens nicht zum Gegenstande der Verhandlung gemacht werden könne, wenn nicht auch gleichzeitig die Regelung der diplomatischen Angelegenheiten in Erwägung gezogen werde.

31. Januar. (Christiania.) Das Ministerium Stang reicht seine Entlassung ein.

12. Februar. Briefwechsel zwischen dem König und dem norwegischen Storthingspräsidenten über die Union.

Der König sendet an den Präsidenten des Storthings Sivert Nielsen ein Handschreiben, worin es heißt: „Die Voraussetzungen für die Bildung des neuen Kabinetts, welche ich Ihnen mündlich hervorgehoben, gebe ich hiermit, um jedem Mißverständnis vorzubeugen, schriftlich zum Ausdruck. Ich habe gesagt: Ohne ein beiderseitiges Entgegenkommen ist die Sicherung einer dauernden Vereinigung der beiden selbständigen Reiche unmöglich. Die Verschiedenheit in den Auffassungen müssen durch eine Uebereinkunft beseitigt werden. Die Mehrzahl des Storthings darf mithin nicht den Weg der Verhandlungen abweisen, wenn es Veränderungen in den gemeinsamen Verhältnissen, die seit 1814 bestanden, gilt, wenn meine Absicht, konstitutionelle Ratgeber unter den Gesinnungsgenossen der Mehrheit zu wählen, ausgeführt werden soll. Es ist mein aufrichtiger Wunsch, daß jede Veranlassung zu Streitigkeiten zwischen den beiden Brudervölkern beseitigt wird. Falls, mit diesem Endzweck vor Augen, Reformen der obengenannten Art vorgeschlagen werden sollen, muß ich die Versicherung haben, daß in Uebereinstimmung mit der Reichsakte eingeleitete Unionsverhandlungen jeder Entscheidung vorausgehen müssen, die sich auf Veränderungen in der Ordnung des Konsulatswesen und der äußern Verwaltung bezieht. Ich bitte Sie um schriftliche Beantwortung dieses Schreibens, sobald Sie Gelegenheit gehabt haben, mit Ihren Meinungsgenossen zu konferieren."

Die Vereinigung der Linken des Storthings beschließt dieses königliche Handschreiben folgendermaßen zu beantworten: „Indem die Linke des Storthings auf die in der Reichsakte gegebene, von Storthing wiederholt betonte Grundlage für das Verhältnis zwischen den beiden vereinigten Ländern, nämlich: Souveränität jedes Reiches in allen nicht von der Reichsakte als unionell bezeichneten Angelegenheiten hinweist, spricht sie aus, daß sie solche Verhandlungen zwischen den beiden Ländern, die mit diesem Grundsatz vereinbar sind, nicht abweisen wird. Bezüglich der Ausführung der im königlichen Handschreiben erwähnten Absicht wird nach allgemeinen Konstitutionen und parlamentarischen Grundsätzen angenommen, daß die Verhandlungen mit dem Manne, dem der König die Bildung einer mit der Storthing-Mehrheit zusammenwirkenden Regierung anvertaue, eröffnet werden

müssen." (Vgl. zur Unionsfrage Nils Edén. Die schwedisch-norwegische Union. Duncker und Humblot in Leipzig. Ferner Dietrich Schäfer, Hist. Ztschft. Bd. 75).

19. Februar. (Christiania.) Der König eröffnet das Storthing und kündigt in der Thronrede Vorlagen über die Wehrpflicht und neue Steuern an.

26. Februar. (Christiania.) Das Storthing lehnt den Gesetzentwurf, betreffend Erhöhung des Tabakzolles von 175 Oere auf 2 Kronen für das Kilo einstimmig ab.

27. Februar. (Christiania.) Ministerkrisis.

Der König fordert das Ministerium um Zurücknahme des Entlassungsgesuchs auf, was das Ministerium jedoch ablehnt. Hierauf beruft der König den Führer der gemäßigten Linken Swerdrup; auch dieser nimmt den Auftrag zur Bildung des Kabinetts nicht an.

8. März. (Schweden.) Agrarische Bewegung.

In Stockholm bildet sich ein Agrar-Verein, der genügenden Zollschutz, Erleichterung der Ausfuhr, Regelung des Kreditwesens u. s. w. erstrebt. Der König sichert dem Vorstande wohlwollende Beachtung zu, fordert aber Mäßigung in Ansprüchen (9. März).

16. März. (Schweden.) Zollerhöhungen.

Der Reichstag beschließt durch gemeinsame Abstimmung beider Kammern mit 194 gegen 171 Stimmen, den Zoll auf unvermahlenes Getreide von 315 auf 370 Oere für 100 kg zu erhöhen, und ferner mit 205 gegen 160 Stimmen, den Zoll von 650 Oere für 100 kg auf vermahlenes Getreide festzuhalten.

20. März. (Stockholm.) Beide Kammern des Reichstags wählen zwölf besondere Vertreter des Reichstags, welche mit dem König über die norwegische Frage beraten sollen.

3. April. (Christiania.) Der König lehnt das Abschiedsgesuch des Ministeriums ab.

April. (Schweden.) Verteidigungsanstalten.

Der Reichstag bewilligt einen außerordentlichen Kredit von 895 300 Kronen pro 1893 für die Anschaffung von neuen Gewehren. Für die Beschaffung der Munition im Falle der Mobilisierung werden 450 000 Kronen bewilligt. Ferner bewilligt der Reichstag 1 500 000 Kronen für die Anschaffung von neuem Schiffsbaumaterial.

26. April. (Norwegen.) Zollerhöhung.

Der Storthing nimmt mit 82 gegen 28 Stimmen die Erhöhung des Einfuhrzolles auf Malz von 28 auf 50½, die Abgabe auf Getreide von 21,1 auf 37,1 Oere an.

Mai. (Stockholm.) Handelsvertrag mit Norwegen.

Die Erste Kammer beschließt Kündigung des Handelsvertrages, die Zweite lehnt diesen Antrag ab und fordert Revision des Vertrages. (1. Mai). Am 11. Mai kommt ein Kompromiß zustande, wonach der Vertrag vor dem 1. August gekündigt werden soll. Die Regierung soll in Unterhandlung mit Norwegen treten behufs Abschluß eines neuen Vertrags.

1. Juni. (Stockholm.) Der Minister des Auswärtigen Lewenhaupt tritt zurück. Sein Nachfolger wird Graf Douglas.

7. Juni. (Christiania.) Das Storthing fordert Verhandlungen mit Schweden über das Konsulatswesen und die Leitung der Auswärtigen Politik.

Juni. (Christiania.) Vergebliche Versuche ein gemäßigtes Kabinett zu bilden.

5. Juli. (Christiania.) Diplomatie und Konsulatswesen.

Das Storthing bewilligt mit großer Mehrheit die Voranschläge für die gemeinsame Diplomatie und das Konsulatswesen und beschließt, Schweden die Ausgaben zu ersetzen, die es für Norwegen bei diesen Posten aufgewendet hat. (Vgl. 1894 S. 293, 353).

6. Juli. (Stockholm.) Ankunft des deutschen Kaisers.

12. Juli. (Stockholm.) Handelsvertrag.

Die Regierung beschließt im gemeinsamen schwedisch-norwegischen Staatsrate, daß der schwedisch-norwegische Handelsvertag am 12. Juli 1897 außer Kraft treten solle und daß Verhandlungen zwischen den beiden Reichen über neue Bestimmungen eingeleitet werden sollen.

15. Juli. (Christiania.) Das Storthing beschließt, daß die Besetzung erledigter Professuren dem Storthing vorgelegt werden soll.

17. Juli. (Christiania.) Die Apanagen im Storthing.

Das Storthing beschließt die Apanagen des Königs und des Kronprinzen unverändert beizubehalten, mit 58 gegen 56 Stimmen. Die Rechte hatte beantragt, die Apanagen zu der ursprünglichen Größe zu erhöhen, wie sie vor der Herabsetzung im Jahre 1893 bestand.

24. Juli. (Christiania.) Verteidigungsanstalten.

Das Storthing bewilligt an außerordentlichen Verteidigungsanstalten 15294700 Kronen. Die Regierung hatte verlangt: für die Armee 3388000 und für die Flotte 3704000. Das Storthing bewilligt: für die Armee 3369300 und für die Flotte 11925400 Kronen.

September. (Norwegen.) Probeweise Mobilmachung.

14. Oktober. (Christiania.) Neubildung des Kabinetts unter dem Präsidium von Jagerup, bisher Mitglied des Staatsrats in Stockholm.

Oktober. Budget.

Die Staatshaushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1894/95 weist 67342857 Kronen Einnahmen und 61395336 Kronen Ausgaben auf, mithin liegt ein Ueberschuß von 5947251 Kronen vor. Die bereiten Staatsmittel beliefen sich am 31. März 1895 auf 22083931 Kronen.

XIV.

Rußland.

3. Januar. (Petersburg.) Ein kaiserliches Schreiben dankt dem Grafen Schuwalow (vgl. 1894 S. 301), daß er durch seine Thätigkeit in Berlin die kaiserliche Friedenspolitik unterstützt habe.

3. Januar. Einführung von Nüchternheitskuratorien.

Der Kaiser bestätigt das Gutachten des Reichsrats über die Satzungen der Nüchternheitskuratorien in den Gouvernements Samara, Ufa, Orenburg und Perm, wo am 1. Januar a. St. der Regierungs-Branntweinverkauf in Kraft tritt. Die Kuratorien bestehen aus geistlichen und weltlichen Mitgliedern und aus den hervorragendsten Vertretern aller Volksklassen. Ihr Zweck ist, im Einklange mit den neuen Bestimmungen über den Branntweinverkauf der Trunksucht zu steuern.

Januar. Budget pro 1895.

Die Gesammteinnahmen beziffern sich auf 1 144 957 006 Rubel, davon 2 000 000 außerordentliche Einnahmen, die Gesamtausgaben auf 1 214 378 030 Rbl., darunter 94 283 092 Rubel außerordentliche Ausgaben. Das ergiebt ein Defizit von ca. 70 000 000 Rbl., das jedoch aus dem freien Barbestande der Reichsrentei gedeckt werden kann.

11. Januar. (Petersburg.) Der Zar wohnt dem Festakte der Akademie der Wissenschaften bei.

Mitte Januar. Die russische Presse verurteilt Casimir Périers Abdankung sehr scharf und bezeichnet ihn als politisch toten Mann.

14. Januar. (Petersburg.) Der Kaiser genehmigt, daß die staatlichen Einkäufe von Roggen und Weizen direkt bei den Produzenten geschehen sollen.

19. Januar. Fürst Lobanow, Botschafter in Wien, wird zum Botschafter in Berlin ernannt.

26. Januar. (Petersburg.) Der Minister des Auswärtigen Giers †. Vorläufiger Nachfolger wird sein Adlatus Schischkin.

29. Januar. (Petersburg.) Audienzen und autokratische Ansprachen des Zaren.

Das Kaiserpaar empfängt im Winterpalais 182 Abordnungen des Adels, der Städte, der Semstwos der Kosaken, sowie Vertreter des Kaukasus. Hiebei hält der Kaiser folgende Ansprache an die Versammelten: „Ich freue mich sehr, Sie alle hier vereinigt zu sehen, um die Glückwünsche zu unserer Vermählung zu überbringen. Ich bin vollkommen von der Aufrichtigkeit Ihrer Gefühle überzeugt; es sind Gefühle, die seit langem in jedem echten Russen wohnen; aber ich weiß, daß in einigen Vereinigungen von Semstwos Stimmen laut geworden sind, welche auf den Wunsch nach Verwirklichung absurder Träume hindeuten, indem man glaubt, daß die Semstwos an den Staatsangelegenheiten teilnehmen würden. Möge jedermann wissen, daß Ich alle meine Kräfte der Wohlfahrt des teuren Rußland weihe, daß ich aber auch ebenso fest und beständig wie mein unvergeßlicher Vater die Autokratie aufrecht erhalten werde.

Februar. Urteile über die kaiserliche Ansprache.

Nach der „Köln. Ztg." werden die Aeußerungen des Zaren in Privatkreisen sehr kritisiert. Der Anlaß zu den Aeußerungen soll gewesen sein, daß mehrere Adressen an den Zaren vorbereitet wurden, in denen verlangt wurde, daß man mit Umgehung der Gouverneure gewisse Vorschläge zu Verwaltungsreformen direkt an den Kaiser richten könne. Die „Now. Wremja" behandelt die Aeußerungen kühl, der „Grashdanin" und „Swet" stimmen jubelnd zu; der dem Botschafter Mohrenheim nahestehende Brüsseler „Nord" wendet sich scharf gegen die von ausländischen Blättern verbreiteten Gerüchte über bevorstehende Aenderungen im politischen Systeme Rußlands.

Februar. (Petersburg.) Mehrere ministerielle Erlasse verbieten den Studenten die Zugehörigkeit zu geheimen Gesellschaften und Landsmannschaften sowie die Unterschriftensammlung für eine Adresse an den Kaiser.

15. Februar. Rußland und Japan.

Durch die europäische Presse geht die Nachricht, daß sich Rußland allzuweit gehenden Forderungen Japans, besonders aber der Annektion Koreas oder eines Teils der Mandschurei, kategorisch widersetzen werde. Es werde höchstens der Besitzergreifung der Insel Formosa und einer hohen Kriegsentschädigung zustimmen, bis zu deren Entrichtung Japan einige chinesische Häfen besetzt halten könne.

11. März. Fürst Lobanow, Botschafter in Berlin, wird zum Minister des Auswärtigen ernannt.

15. März. (Petersburg.) Ukas über die Finanzen.

Ein kaiserlicher Ukas erhöht den Deckungsfonds der Kreditrubel um 98 061 276 Rubel Gold aus dem Reichsschatzamt. Da der Fonds bisher 276 939 000 betrug, erreicht derselbe nunmehr 375 Millionen, abgerechnet 75 Millionen, welche die Kreditbilletts temporärer Emission Rubel für Rubel decken. Außerdem verfügt der Ukas, alles im Deckungsfonds figurierende Silber, in Summa 1 125 682 Rubel, durch Gold aus dem Reichsschatzamt zu ersetzen; demgemäß beträgt jetzt der Nominalbetrag des Goldes des Deckungsfonds mehr als ein Drittel des Nominalwertes der Kreditbilletts beständiger Emission, welche 1 046 282 000 betragen. Der Deckungsfonds war noch nie so groß.

20. März. Der deutsche Botschafter General v. Werder wird abberufen, was in der russischen Presse außerordentlich bedauert wird.

März. April. Geheimes Sendschreiben an den Zaren.

In Rußland wird ein geheimes Sendschreiben an den Zaren verbreitet, in dem seine Worte über die Aufrechterhaltung der Autokratie lebhaft kritisiert werden. Der Zar sei durch die Bureaukratie über die öffentlichen Zustände und die Wünsche des Volkes getäuscht worden, da die Beamten mit dem Aufhören der Autokratie ihre Autorität zu verlieren fürchteten. Die intelligenten Kreise würden den Kampf gegen diese Staatsform nie aufgeben.

1. April. Alkoholmonopol.

Der Staatsrat genehmigt die Inkraftsetzung des Monopols für den Verkauf von Alkohol in 25 Gouvernements zu zwei verschiedenen Zeitpunkten. Der erste Termin ist der 1./13. Januar 1896.

6. April. (Petersburg.) Wyschnegradski, bis 1892 Finanzminister, † (vgl. 1892 S. 298).

Anfang April. Ostseeprovinzen.

Die livländische Ritterschaft richtet an den Kaiser eine unterthänigste Denkschrift über die Schul-, Kirchen- und Sprachverhältnisse der Ostseeprovinzen. Der Zar verspricht dem Ueberbringer General v. Richter wohlwollende Prüfung.

Anfang April. Der Zar schenkt dem Fürsten von Montenegro 30000 Gewehre und anderes Kriegsmaterial.

19. April. (Petersburg.) Petition um Abänderung des Preßgesetzes.

Auf eine von 70 Vertretern der Presse und Litteratur unterzeichnete Eingabe wegen Abänderung der Preßgesetze ist die kaiserliche Entscheidung ergangen, daß der Eingabe keine Folge zu geben sei, nachdem die zu ihrer Prüfung aus den Ministern für Justiz und Inneres, sowie dem Oberprokureur des Synods zusammengesetzte Kommission sich gegen die Eingabe ausgesprochen hatte.

April. Rußland und der japanisch-chinesische Krieg. Friedensbedingungen, Intervention.

Die russische Presse spricht einstimmig ihre Beunruhigung wegen der Erwerbungen Japans in Länderbesitz aus. Die „Nowoje Wremja" sagt, Rußland dürfe keine Gebietsabtretung im Norden des Golfes Petschili dulden; Japan könne sich Wei-Hai-Wei und was es sonst im Süden wünsche, nehmen, aber nicht im Norden des Golfes. Die „Nowosti" würden die Berufung einer Konferenz der Großmächte verlangen, aber sie zweifeln an der Solidarität derselben und glauben, daß das Ultimatum einer einzigen Macht genügen würde, Japan zu Zugeständnissen zu bewegen. Der „Swet" verlangt einen Ausgleich durch russische Besitzergreifung eines Teiles der Mandschurei bis an die natürliche Gebirgsgrenze und eines Stückes von Korea mit dem Fort Lazaren.

Ueber das Einverständis zwischen Deutschland Frankreich und Rußland bezüglich des Friedensvertrags von Shimonoseki erklärt die „Nowoje

Wremja", Rußland werde als Entgelt dafür, daß Deutschland und Frankreich den Widerspruch Rußlands gegen die Abtretung der Halbinsel Lian-Tong, sowie die Erstrebung des russischen Uebergewichtes auf Korea unterstützten, alle Reklamationen Deutschlands, welche den Schutz seiner Handelsinteressen zum Zwecke haben, unterstützen, ebenso wie eine auf die Festigung seiner Lage in Indo-China hinauslaufende Aktion Frankreichs. Die „Nowosti" meinen, eine diplomatische Intervention genüge nicht, es bedürfe einer militärischen Demonstration, sei es einer gemeinsamen oder von einer der Großmächte ausgeführten. „Grashdanin" bespricht die für Rußland vorliegende Notwendigkeit, einen eisfreien Hafen im Stillen Ozean zu besitzen, und drückt die Besorgnis aus, Rußland könne sich in eine Abenteuerpolitik einlassen, ohne genügend vorbereitet zu sein; das Blatt empfiehlt die systematische Vermehrung der Land- und Seestreitkräfte im äußersten Osten.

27. April. (Petersburg.) Das Finanzministerium spricht sich gegen eine Vereinbarung zwischen den russischen und den amerikanischen Petroleumproduzenten aus.

April. Mai. Die Presse über Egypten und Ostasien.

Petersburger und Moskauer Zeitungen erörtern im Hinblick auf die ostasiatische Frage die Möglichkeit, daß England einmal den Suezkanal schließe und hoffen, daß Deutschland, Rußland und Frankreich sich auch zur Lösung der egyptischen Frage verständigen werden.

6. Juni. (Petersburg.) Abschluß eines Handelsvertrags mit Japan.

9. Juni. Rußland und die Kurie.

Es wird eine dauernde Gesandtschaft bei dem päpstlichen Stuhle eingerichtet. Die Gesandtschaft besteht aus einem Ministerresidenten und einem Legationssekretär.

12. Juni. (Petersburg.) Das Kaiserpaar empfängt den Katholikos aller Armenier.

2. Juli. (Petersburg.) Ukas über Zuckerproduktion.

Danach kann jede Fabrik, welche jährlich über 60 000 Pud produziert 25 Prozent dieses Mehrquantums unter Accisekontrolle auf Lager behalten; das allgemeine Lagerquantum für alle Fabriken zusammen darf aber 5 Millionen Pud nicht übersteigen. Das Quantum, welches die mittlere Verbrauchsnorm für das letzte Triennium übersteigt, wird mit doppelter Accise besteuert. Bei der Ausfuhr wird die Accise zurückerstattet; im Falle einer besonders starken Ausfuhr kann das Ministerkomitee die Vergütung herabsetzen.

3. Juli. Ankunft einer bulgarischen Abordnung in Petersburg unter Führung des Metropoliten Klement (vgl. Bulgarien).

6. Juli. (Petersburg.) Anleihevertrag mit China.

Rußland garantiert eine chinesische 4prozentige Goldanleihe von 400 Millionen Francs. Die Tilgungsfrist beträgt 36 Jahre, bis dahin darf weder eine Konversion noch vollständige Tilgung stattfinden. China verpflichtet sich bis zum 15. Januar 1896 keinerlei von der Regierung garantierte Goldanleihen zu emittieren. Die Anleihe wird durch Seezölle und Hinterlegung von Zollwerten garantiert. Sechs französische und vier russische Bankhäuser sind mit der Emission beauftragt.

Juli. Rußland und Abessynien.

Das Kaiserpaar empfängt (12. Juli) den außerordentlichen Gesandten des Negus von Abessinien und die Mitglieder der abessinischen Gesandtschaft. Die Gesandtschaft überbrachte dem Kaiser Briefe des Negus Menelik und des abessinischen Metropoliten, ferner die Abzeichen des Salomons-Ordens erster Klasse. Der Negus beschließt eine ständige Gesandtschaft in Rußland zu unterhalten. Aus Anlaß der sympathischen Aufnahme der religionsverwandten Abessynier in Rußland kommt es zu Erörterungen zwischen der russischen und italienischen Presse (vgl. S. 268 und Afrika).

13. Juli. Sozial- und Finanzpolitik.

Es werden Gesetze veröffentlicht, nach welchen bei der Beitreibung von Abgaben und Steuern aus den Arbeitslöhnen der Fabrikarbeiter bei jeder Lohnzahlung nicht mehr als ein Drittel des Lohnes von den unverheirateten Arbeitern und nicht mehr als ein Viertel des Lohnes von den verheirateten Arbeitern oder Witwern mit Kindern abgezogen werden darf.

15./17. Juli. (Petersburg.) Audienzen der bulgarischen Deputation.

Am 15. Juli wird die Deputation vom Minister des Innern empfangen, am 16. von Pobedonoszew, dem Oberprokurator des Hl. Synod, der in seiner Ansprache sagt: Nur durch den orthodoxen Glauben kann jeder slavische Stamm gefestigt sein, in dem allein Schutz vor seinen Feinden und vor seinen falschen Freunden finden, welche noch gefährlicher als Feinde sind. Und nun, wenn man Sie nach Ihrer Rückkehr in die Heimat fragen sollte, was das glaubensgenössische Rußland Bulgarien wünscht, so sagen Sie: es wünscht dem bulgarischen Volke Festigkeit im orthodoxen Glauben, Wahrung der guten väterlichen Sitten und eine solche Regierung, deren Seele sich mit dem Volke gemeinsam in dem orthodoxen Glauben vereint. Am 17. empfängt der Kaiser die Abordnung.

26. Juli. (Petersburg.) Ein kaiserlicher Ukas regelt die Verwaltung Sibiriens nach dem europäischen Verwaltungssystem Rußlands.

9. bis 12. September. Besuch des deutschen Reichskanzlers in Petersburg.

13. September. (Petersburg.) Ein Ukas ordnet die Errichtung eines Arbeitskuratoriums zur Unterstützung der Arbeitslosen an.

3. Oktober. Fürst Lobanow empfängt das Großkreuz der Ehrenlegion.

28. Oktober. Dementi der Timesmeldung aus Hongkong (vgl. S. 244).

Die russische Botschaft in London teilt der englischen Presse mit: „Die russische Botschaft schenkt der außerordentlichen Ankündigung von Hongkong bezüglich des russisch-chinesischen Vertrages, wonach Rußland inter aba das Recht haben soll, seine Flotte in Port Arthur ankern zu lassen und Eisenbahnen unter eigener Leitung zu bauen und zu betreiben, nicht den geringsten Wert. Man darf wohl annehmen, daß die Idee von irgend einer englischen Seite inspiriert wurde. Jedenfalls war aber die Depesche

der „Times“ die erste Andeutung, welche die Botschaft in der Angelegenheit erfuhr.

28. Oktober. (Petersburg.) Durnowo, der Minister des Innern wird durch Geheimrat Goremykin ersetzt.

Ende Oktober. Anfang November. Rußland und England. Preßfehde über die orientalische Politik.

Das Wolffsche Telegraphenbureau in Berlin gibt folgende Depesche aus: „Petersburg, 29. Oktober. Eine Auslassung des „Regierungsboten“ in der allgemeinen politischen Uebersicht des nichtamtlichen Teiles nennt die Anschauungen derjenigen ausländischen Preßorgane vernünftig, welche finden, daß Europa die Lösung der armenischen Frage eigentlich nicht England, sondern dem mit der englischen Regierung gemeinsamen Einwirken Frankreichs und Rußlands auf die Pforte verdanke. Das Blatt schreibt: „Für Frankreich und Rußland gipfelte die Frage vornehmlich in der Sicherung der Rechte und Interessen der christlichen Unterthanen des Sultans angesichts des systematischen Ausweichens der türkischen Regierung, die ihr durch den Berliner Vertrag auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. In der Basis des Uebereinkommens der drei Mächte, durch welches die Pforte gezwungen wurde, die ihr gestellten Forderungen zu beachten, fehlt dieses Mal das Vertrauen in die Aufrichtigkeit der britischen Intervention; denn nach der Meinung politischer Kreise gibt es keine mit dem Orient durch wesentliche Interessen verknüpfte Macht, welche sich nicht empörte über die Manieren einer zweideutigen Politik der britischen Diplomatie, welche beinahe die Frage einer Teilung der Türkei berührte. Niemals äußerte sich in Europa das Gefühl des Mißtrauens gegen die Richtung der englischen Politik und ihrer Ziele in so handgreiflicher Gestalt wie gegenwärtig. Und dies bildet bei weitem keinen Fortschritt, dessen sich die Toryregierung und mit ihr die englische Presse rühmen könnte.“

Am 1. November veröffentlicht das Wolffsche Bureau folgende Depesche: „Petersburg, 1. November. Die „Russische Telegraphen-Agentur“ meldet: Es hat kein Artikel im „Regierungsboten“ über die Beziehungen Rußlands zu England gestanden. Die telegraphisch mitgeteilten Aeußerungen in der Nummer des „Regierungsboten“ vom 29. Oktober sind Auszüge aus der Rubrik „Nachrichten aus dem Auslande“ dieser Zeitung; sie sind nur eine Beurteilung der in der ausländischen Presse erschienenen Artikel. Die gegenwärtige Lage der Dinge wird hier als eine solche betrachtet, die vollständig friedlich sei und in keiner Weise Beunruhigungen einflößen könne.

Notiz. Wir bemerken, daß wir das Telegramm vom 29. d. aus dem „Regierungsboten“ so veröffentlicht haben, wie es uns von der „Russischen Telegraphen-Agentur“ zugegangen ist.“

Die englische Presse antwortete zunächst auf das erste Telegramm nicht, nach der russischen Ableugnung vom 1. November führt sie heftige Angriffe gegen Rußland. Der Salisbury nahestehende „Observer“ legt dem Dementi keinerlei Bedeutung bei, da die von den Zensoren kontrollierte russische Presse schon seit Wochen so spreche, wie dies der „Regierungsbote“ gethan. England müsse auf einen Krieg mit Rußland gefaßt sein.

15. November. (Petersburg.) Die Kaiserin wird von einer Prinzessin entbunden.

November. (Petersburg.) Die „Nowoje Wremja“ über Rußland, England und die Pforte.

Die „Novoje Wremja“ wendet sich scharf gegen die Rede Salisburys in Brighton und die Verlesung des vom Sultan an ihn gerichteten Briefes und fährt fort: „Rußland und Frankreich, welche in voller Uebereinstimmung mit Deutschland stehen, haben die vom österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen projektierte Flottendemonstration mit einem „Durchreißen“ der Dardanellen kategorisch abgelehnt; aber dessen ungeachtet, bleibt die prinzipielle Einmütigkeit aller Mächte unverletzt. Weder Oesterreich noch Italien haben die Möglichkeit, sich von Rußland, Frankreich und Deutschland abzusondern infolge der Ablehnung des vom Grafen Goluchowski gemachten Vorschlags“ (vgl. S. 294).

XV.

Die Türkei und ihre Vasallenstaaten.

1. Türkei.

2. Februar. (Konstantinopel.) Metropolit Anthimos wird zum ökumenischen Patriarchen ernannt.

Februar. März. (Armenien.) In den englischen Zeitungen werden die türkischen Soldaten für die armenischen Greuel verantwortlich gemacht.

April. Blutige Zusammenstöße zwischen Albanesen und montenegrinischen Soldaten.

April. Mai. Die englischen, französischen und russischen Konsuln bereisen den Bezirk Sassun.

11. Mai. (Konstantinopel.) Die Botschafter Englands, Frankreichs, Rußlands fordern Reformen für Armenien.

Die Hauptforderungen sind: Die Beamtenschaft der von Armeniern bewohnten Provinzen wird zur Hälfte aus Christen, zur Hälfte aus Mohamedanern bestehen, und zwar vom Generalgouverneur (Vali) angefangen bis zum Bürgermeister (Mudir). Wenn der Generalgouverneur einer Provinz ein Armenier, muß der Generaldirektor Mohamedaner sein; wenn der Gouverneur (Mutessarif) Mohamedaner, soll er einen Armenier zum Generalsekretär haben u. s. w. Eine eigene gemischte Kommission — zur Hälfte aus Christen, zur Hälfte aus Mohamedanern bestehend — in Konstantinopel wird mit der Wahl der Beamten betraut sein. Die von der Kommission gewählten Beamten müssen von den Botschaftern der Großmächte bestätigt werden, und diese haben ein Vetorecht, wie bei der Ernennung des Generalgouverneurs des Libanon, nur mit dem Unterschiede, daß dieser Generalgouverneur von der Pforte selbst gewählt wird. Die Gendarmerie wird nach dem Muster jener des Libanon zur Hälfte aus Türken, zur Hälfte aus Christen bestehen. Ein ambulanter Schwurgerichtshof, gleichfalls paritätischer Zusammensetzung, wird die Untersuchung und die Aburteilung aller Verbrechen besorgen, welche in Armenien begangen werden. Die Kurdenregimenter in Kleinasien sollen aufgelassen werden.

Die Pforte lehnt die Vorschläge ab und erklärt, es seien keine Veränderungen für irgend einen Teil der Unterthanen, des Sultans erforderlich. Die einzigen als notwendig erachteten Abänderungen der gegenwärtigen Gesetze seien solche, die auf die ganze Bevölkerung anwendbar sein würden (Anf. Juni).

30. Mai. (Djeddah.) Beduinen töten den britischen Vizekonsul, verwunden den russischen und britischen Konsul und den französischen Konsulatssekretär.

6. Juni. Ein englisches Geschwader ankert in Beirut.

7. Juni. (Konstantinopel.) Said Pascha, von 1882—85 Großvezir, wird zum Großvezir ernannt. Er gilt als reformfreundlich.

14. Juni. (Konstantinopel.) Die Pforte nimmt die Reformvorschläge an.

Eine Verbalnote der Pforte an die Botschafter Englands, Frankreichs und Rußlands erklärt, sie müsse die Verpflichtung zur Ausführung der Bestimmungen des Berliner Vertrages anerkennen, aber wünschen, daß gewisse Punkte der vorgeschlagenen Reformen noch einer Beratung unterzogen werden. Die Botschafter nehmen die vorgeschlagene Beratung an (19. Juni).

Juni. Juli. Die Pforte und Bulgarien über Maccedonien. S. Bulgarien.

8. Juli. (Konstantinopel.) Die Botschafter Englands, Frankreichs und Rußlands fordern Aufklärung über die verheißenen armenischen Reformen.

4. August. (Konstantinopel.) Ausführliche Antwort der Pforte über ihre Reformpläne.

Die Pforte schlägt vor, christliche Beiräte zur Seite der Generalgouverneure und der Provinzgouverneure zu ernennen und die Vice-Gouverneure und Ortshäupter in unparteiischer Weise aus Mohamedanern und Christen zu wählen. Die Gendarmerie und die Polizei soll aus den Provinzen, in denen sie verwandt wird, rekrutiert werden und aus Mohamedanern und Christen im Verhältnis zur Zusammensetzung der Bevölkerung bestehen. Die Gefängnisse sollen verbessert werden, auch sollen Maßregeln zur Verhinderung von Ungerechtigkeiten und Gewaltthätigkeiten ergriffen und soll dafür gesorgt werden, daß die Kurden auf ihren Wanderungen keine Ausschreitungen begehen. Die Pforte verspricht, ihr möglichstes zu thun, um die Kurden zu festen Ansiedlungen in bestimmten Gegenden zu veranlassen, und will ihnen Ländereien und Weiden überlassen. Jede Art der Ueberwachung einzuführender Reformen durch die Mächte wird als die Hoheitsrechte des Sultans verletzend zurückgewiesen.

30. September. (Konstantinopel.) Armenierputsch.

Straßenkampf zwischen Armeniern und dem türkischen Militär infolge armenischer Tumulte. Einige Hundert Menschen sollen gefallen sein. In der europäischen Presse wird das Ereignis auf die Agitation des armenischen Komités in London zurückgeführt.

6. Oktober. (Konstantinopel.) Die Großmächte fordern gemeinsam von der Pforte Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutz der Fremden.

Anfang Oktober. Kiamil Pascha wird zum Großvezir er-

nannt. Der bisherige, Said Pascha, wird Minister des Auswärtigen.

Oktober. Neue Metzeleien in Kleinasien, z. B. in Trapezunt (8. Oktober). Die Türkei trifft umfassende militärische Vorbereitungen in Europa und Asien.

17. Oktober. (Konstantinopel.) Verständigung über ein Reformprojekt.

Die Pforte verspricht: 1) Die Kaiserliche Regierung wird einen in jeder Beziehung würdigen Beamten zum Oberkommissär (Mufettich) ernennen und behufs Ueberwachung der Durchführung der Reformen an Ort und Stelle entsenden. Im Behinderungsfalle wird dieser Oberkommissär provisorisch durch einen von Sr. Majestät hiezu bestimmten mohamedanischen höheren Funktionär ersetzt werden. Dem Oberkommissär wird ein nichtmohamedanischer Gehilfe (Mwarin) beigegeben. 2) Der von Sr. Majestät dem Sultan unter dem 23. Juli 1895 erlassene Amnestieakt für jene Armenier, welche wegen politischer Vergehen verurteilt wurden, wird auch auf alle vor diesem Datum verhafteten Armenier ausgedehnt mit Ausnahme der wegen gemeiner Verbrechen Abgestraften. 3) Die aus der Türkei ausgewiesenen oder ausgewanderten Armenier können, wenn ihre ottomanische Unterthanenschaft und ihr gutes Verhalten festgestellt ist, unbehindert in ihr Vaterland zurückkehren. 4) Aehnliche Reformen, wie die den Armeniern gewährten, sollen in allen Kazas, welche eine beachtenswerte Zahl nicht mohamedanischer Einwohner besitzen, eingeführt werden.

30. Oktober. November. Neue Kämpfe in Trapezunt und Erzerum.

Oktober. November. (Konstantinopel.) Gerüchte über Verschwörungen gegen den Sultan.

5. November. (Konstantinopel.) Vorstellungen der Großmächte über die Lage in Anatolien. Geschwader aller Großmächte werden in die türkischen Gewässer berufen.

6. November. (Konstantinopel.) Kiamil Pascha wird entsetzt, sein Nachfolger wird Halil-Rifaat Pascha.

15. November. (Konstantinopel.) 128 Redif-Bataillone werden zur Unterdrückung des Aufstandes in Anatolien einberufen.

26. November. Ausführung der Reformen.

Die Pforte vollzieht die Ernennung der in dem Reformreglement vorgeschriebenen sechs Justizinspektoren, worunter zwei Christen, für die kleinasiatischen Vilajets, ferner der durch Beschluß des Ministerrats erfolgten Ernennung dreier Inspektoren für die europäischen Provinzen, nämlich des Verwaltungsbeamten Haki-Effendi, des Gerichtsbeamten Halid-Bei und des Finanzbeamten Enver-Effendi.

November. Dezember. (Konstantinopel.) Vermehrung der Stationsschiffe. Haltung der Mächte.

Die Botschafter beschließen vorsichtshalber noch ein zweites Stations-

Schiff in einem noch zu bestimmenden Zeitpunkte nach Konstantinopel kommen zu lassen (23. Nov.).

Die Pforte erkennt die Berechtigung dieser Forderung an, bittet jedoch wiederholt nicht darauf zu bestehen (3. Dezember). Da alle Großmächte fest bleiben, gibt die Pforte nach (10. Dezember).

Ueber die Haltung der Mächte in diesen Fragen schreibt der „Reichsbote“: In der Aktion der Mächte heben sich nunmehr drei verschiedene Phasen ab in Konstantinopel. Zuerst war es England, daß die Initiative ergriffen und an der Tête marschierte. In einem besonders gespannten Augenblick, da dumpfe Gerüchte von anglo-italienischen Sonderabmachungen in der Luft schwebten und als Europa allmählich in Schwingungen kam, nahm Oesterreich-Ungarn den ersten Platz ein. Die Ungeduld Englands wurde gezügelt, wobei Deutschlands entschiedene Haltung den Ausschlag gab, und Graf Goluchowski überließ dann die Endeinmischung an Rußland, das den Platz behauptete und den Firman durchsetzte. Die Mächte konnten zu gewissen Bedingungen, die sie gern beobachten, nun ihre Stationsschiffe verdoppeln. Dieser Maßregel wird nur eine moralische Wirkung zuzusprechen sein. Die Energie des europäischen Konzerts wird sie keineswegs erschöpfen“ (vgl. S. 290).

5. Dezember. (Konstantinopel.) Der frühere Großvezir Said Pascha flüchtet auf die englische Botschaft und verläßt sie erst, nachdem ihm der Sultan unbedingte Sicherheit garantiert hat.

20. Dezember. (Zeitun.) Die aufständischen Armenier töten türkische Gefangene.

Dezember. (Kreta.) Kämpfe zwischen Türken und Griechen.

2. Bulgarien.

1. Januar. (Sofia.) Handelspolitik.

Die Sobranje ermächtigt die Regierung, im gegebenen Augenblick mit Deutschland, England, Frankreich und Oesterreich-Ungarn Handelsübereinkommen auf der Grundlage eines 10½prozentigen Eingangszolles abzuschließen.

Anfang Januar. (Sofia.) Anklagen gegen Stambulow.

In dem Prozesse gegen Georgiew sollen sich Beweise für die Mitschuld Stambulows an der Ermordung Beltschews (vgl. 1891 S. 281) gefunden haben. Ein Haftbefehl wird gegen ihn erlassen aber nicht ausgeführt. Das Gerücht erregt in Bulgarien und dem Auslande großes Interesse; mehrere Vertreter auswärtiger Mächte erheben freundschaftliche Vorstellungen gegen die Verhaftung.

5. Januar. (Sofia.) Das Budget für das Jahr 1895 ist endgiltig auf 89 849 000 Lei festgesetzt und weist einen Überschuß von 227 000 Lei auf.

10. Januar. (Sofia.) Fürst Ferdinand empfängt Zankow, der seine dynastische Gesinnung beteuert.

4. Februar. In 20 Nachwahlen zur Sobranje werden 18 Kandidaten der Regierung gewählt.

15. März. Bulgarien und Rumänien schließen ein Zoll-

übereinkommen auf der Grundlage der Meistbegünstigung. Es soll bis 31. Dezember 1897 gelten.

22. April. (Sofia) Der Fürst mahnt eine macedonische Abordnung zu friedlichem Verhalten.

26. Mai. (Sofia.) Auf Vorstellung der parlamentarischen Untersuchungskommission verweigert der Minister des Innern Stambulow den Paß zu einer Reise ins Ausland.

Mai. Reise des Fürsten ins Ausland.

Juni. Juli. Der macedonische Aufstand. Die Pforte, Bulgarien und die Großmächte.

Der macedonische Aufstand breitet sich an der bulgarischen Grenze aus, es kommt zu Zusammenstößen zwischen türkischen und bulgarischen Soldaten. Die Porte verlangt Auflösung der macedonischen Vereine in Bulgarien, da diese den Aufstand schürten. Die bulgarische Regierung lehnt das ab, da sie jede Grenzverletzung verhindere, und beansprucht Entschädigung für die von den Türken verwundeten bulgarischen Soldaten. Die Vertreter der Großmächte machen der bulgarischen Regierung Vorstellungen über die revolutionäre Agitation der macedonischen Emigranten in Bulgarien, worauf die bulgarische Regierung bestreitet (8. Juli), daß bewaffnete bulgarische Banden die macedonische Grenze überschritten. Die Schuld an den Unruhen trage nicht Bulgarien sondern die Pforte; die Ursachen der Unruhen seien dieselben wie in Armenien. Die Konsuln wiederholen nachdrücklich die Forderung der Bewegung ein Ende zu machen.

Juli. Eine bulgarische Abordnung reist nach Rußland, um einen goldnen Kranz auf das Grab Alexanders III. zu legen. S. Rußland.

15. Juli. (Sofia.) Attentat auf Stambulow, der schwer verwundet wird.

Das Verbrechen wird in der Presse ganz Europas lebhaft besprochen. Da die Verfolgung der entkommenen Verbrecher lässig betrieben wird, wird der Regierung vielfach Mitschuld oder Geschehenlassen vorgeworfen. Die Regierung giebt das Attentat für einen Akt der Privatrache aus. Der deutsche Konsul spricht im Namen des diplomatischen Korps seinen schärfsten Tadel aus über das Verbrechen (17. Juli).

Das Beileidstelegramm, das der in Karlsbad weilende Fürst Ferdinand der Frau Stambulow sendet, nimmt diese nicht an.

18. Juli. (Sofia.) Stambulow †.

12. August. Rückkehr des Fürsten nach Sofia.

31. Oktober. (Sofia.) Eröffnung der Sobranje.

Die Thronrede sagt über das Verhältnis zu Rußland: „Das Wohlwollen, das der Kaiser Nikolaus der Abordnung angedeihen ließ, der treffliche Empfang, den die Abgeordneten in den Kreisen der russischen Regierung und bei allen Schichten der russischen Gesellschaft gefunden hat, enthält für uns die Bürgschaft, daß bei einem Aufwand von Beharrlichkeit und Geduld die Beziehungen zu der Schwesternation, die uns befreit hat, und unserm Vaterlande sich derart gestalten werden, wie sie sein sollen."

11. November. (Sofia.) Religionswechsel des Thronfolgers versprochen.

Eine Deputation von Abgeordneten überreicht dem Fürsten die die Thronrede beantwortende Adresse, in der der Wunsch ausgesprochen wird, den Thronfolger Boris orthodox taufen zu lassen. Ferdinand verspricht den Wunsch zu erfüllen.

4. Dezember. (Sofia.) Urteil über Stambulows Regierung.

Der Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über Stambulows Regierung wirft ihm fortgesetzte Verletzung der Verfassung, Vergewaltigung der Bürger, unredliche und unordentliche Verwaltung der Finanzen u. dgl. vor. Gegen mehrere ehemalige Minister, Kollegen Stambulows wird Erhebung der Anklage wegen dieser Verbrechen verlangt.

3. Egypten.

Februar. England und Egypten.

Englische Blätter, voran die „Times", bringen heftige Angriffe gegen den Chedive, der der englischen Regierung entgegen arbeite (vgl. 1894 S. 306) und Unordnungen provoziere. Eine offiziöse englische Mitteilung widerlegt diese Angriffe (21. Februar). Der Khedive genehmigt die Errichtung eines Gerichtshofes, der die Vergehen Eingeborner gegen englische Soldaten und Seeleute aburteilen soll. Der Gerichtshof ist fast ausschließlich von Engländern besetzt (22. Februar).

24. Februar. Erlasse über die Grundsteuer und den Heerdienst.

Der Khedive unterzeichnet einen Erlaß über die gleichmäßigere Veranlagung der Grundsteuer: Der Mietwert soll als Grundlage dienen; es wird keine Erhöhung des Steuertrags beabsichtigt und der Höchstbetrag der Steuer soll wie gegenwärtig 33 *M.* für den Acker (40 Ar) nicht übersteigen. Durch einen andern Erlaß wird die Heeresaushebung auf Kairo, Alexandrien und andere Städte ausgedehnt, die bisher durch Gewohnheit befreit waren. Wer vom Heeresdienst befreit werden will, hat an das Kriegsministerium 400 *M.* zu zahlen.

2. März. Ismail Pascha (1863—79 Khediv) in Konstantinopel †.

14. März. (Kairo.) Verstärkung der Ortspolizei.

Der Ministerrat genehmigt die vom englischen Berater des Ministers des Innern entworfene Reform der Ortspolizei. Die Scheiks erhalten hierdurch größere Befugnisse und werden der Zentralgewalt verantwortlich.

11. November. Der Premierminister Nubar Pascha tritt zurück; sein Nachfolger wird der bisherige Kriegsminister Mustafa Fehmi Pascha.

20. November. England und Egypten schließen einen Vertrag zur Verhinderung des Sklavenhandels. England erhält das Recht jedes egyptische des Sklavenhandels verdächtige Schiff von weniger als 500 Tonnen zu durchsuchen.

November. (Kairo.) Das egyptische Budget weist auf: an Einnahmen 10260000 Pf., an Ausgaben 9630000 Pf. Überschuß 630000 Pf.

XVI.

Rumänien.

24. Februar. Der Senat nimmt mit 65 gegen 22 Stimmen das Berggesetz an.

15. März. Handelsvertrag mit Bulgarien.

27. April. (Senat.) Die nationalliberalen Mitglieder des Parlaments legen mit der Begründung, daß das Berggesetz verfassungswidrig sei, ihr Mandat nieder.

August. (Constanza.) Es wird ein bulgarisch-irredentistischer Geheimbund entdeckt.

26. September. Der König eröffnet feierlich die Donaubrücke zwischen Cernavoda und Fetesci.

Der König sagt in der Einweihungsrede: Ich kann stolz sein darauf, daß unter meiner Regierung dieses Werk durch unsere Ingenieure begonnen und vollendet wurde, diese großartige Brücke, die einen beträchtlichen Teil des europäischen Handels auf unsere Schienenwege ziehen wird, weil wir heute die kürzeste Linie zwischen den nördlichen Meeren und den Ländern des Orients besitzen und jetzt einen weitern Blick auf das Meer werfen können, wo sich die unzähligen Linien des Getriebes der ganzen Welt kreuzen, welche die Reichtümer auf alle Nationen verteilen. Durch den Hafen von Constanza öffnet uns die Donaubrücke diese weite Straße, die ungeahnterweise unsere Handelsbeziehungen vervielfältigen und unsere maritime Entwicklung sichern wird.

3. Oktober. Rumänien schließt einen Vertrag mit Rußland und Österreich über die Schiffahrt auf dem Pruth.

15. Oktober. Ministerwechsel.

Es wird ein liberales Kabinet gebildet. Demeter Sturdza Präsident und Aeußeres, Statesco Justiz, Fleva Inneres, General Budisteano Krieg, Palladi Domänen.

6.—12. Dezember. Neuwahlen.

Die Regierung erficht einen glänzenden Sieg. Im Senat werden 109 Liberale und 3 Konservative gewählt, in der Kammer 169 Anhänger und 13 Gegner der Regierung.

11. Dezember. (Bukarest.) Der König eröffnet die Sitzungen der Deputiertenkammer.

Die Thronrede kündigt Justizreformen an und führt aus, daß die schlechte Ernte und die übergroßen Ausgaben während der letzten 2 Jahre

Fehlbeträge in den Voranschlägen veranlaßt; diese Fehlbeträge würden durch Ersparungen gedeckt werden. Die Personalsteuer und die von den Bauern für den Klerus gezahlte Steuer von 4 fr würden aufgehoben werden. Schließlich kündigt die Thronrede Gesetzentwürfe über Fischerei, über den Bau eines Hafens in Constanza und über die Weiterentwicklung des Eisenbahn- und Verkehrswesens an und spricht das Vertrauen aus, daß das Land die notwendigen Opfer bringen werde, um seine Rüstung zu vollenden, das Gehalt der Offiziere aufzubessern und den Grenzdienst zu organisieren.

XVII.

Serbien.

12. Januar. (Belgrad.) Politische Prozesse.

Im Prozesse Tschebinatz (vgl. 1894 S. 309) werden Tschebinatz und einige Angeklagte zu mehrjährigem Gefängnis verurteilt. In einem gleichzeitigen Prozesse wegen versuchter Vergiftung des Königs werden die Angeklagten freigesprochen. (Der König begnadigt sie 7. Juli.)

12. Januar. Ukas über das Budget.

Ein von sämtlichen Ministern gegengezeichneter Königlicher Ukas verfügt, daß bis zur Votierung des neuen Budgets durch die Skupschtina das Budget des vorigen Jahres auch für das laufende Jahr zu gelten hat.

22. Januar. Serbien tritt den Beschlüssen der Dresdener Sanitätskommission bei.

27. Januar bis 26. März. Der König reist nach Frankreich zum Besuche seiner Mutter.

Anfang April. Gewaltthaten der Regierung. Ministerkrisis.

Der Ministerpräsident Christitsch läßt viele radikale und liberale Gemeinderäte, Wähler u. s. w. verhaften oder absetzen. Es kommt zu blutigen Kämpfen zwischen Gendarmerie und Bevölkerung. Im Ministerium bricht darüber ein Zwiespalt aus, der Justizminister Georgewitsch tritt zurück, mehrere andere drohen mit ihrer Demission bei Fortsetzung der Gewaltpolitik.

19. April. Wahlen zur Skupschtina.

Es werden gewählt 150 Ministerielle, 18 Liberale, 1 Radikaler. Die Liberalen und Radikalen hatten Stimmenenthaltung proklamiert, die Regierung ernennt thatsächlich die Kandidaten.

24. April. (Nisch.) Eröffnung der Skupschtina.

Der König betont in der Thronrede die Notwendigkeit, die politischen Leidenschaften zu besänftigen und Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, habe im vorigen Jahre in dem König den Entschluß gereift, die Verfassung zu ändern, und fordert aufmerksame Behandlung der finanziellen Verhältnisse. Die Skupschtina votiert eine Vertrauensadresse (29. April).

3. Mai. Finanzminister Petrovic tritt zurück und wird durch Popovic ersetzt.

7. Mai. (Nisch.) Beschlüsse über die königliche Familie.

Die Skupschtina nimmt einstimmig die Jahresapanage von 360000 fr für Milan an und ebenso das Gesetz, wonach die königlichen Eltern und Verwandten direkter Linie unter gleichen Schutz wie der König gestellt werden.

10. Mai. (Belgrad.) Rückkehr der Königin Natalie.

13. Mai. Verstaatlichung der ganzen Polizei.

20. Juni. Finanzabkommen.

In Karlsbad schließt Finanzminister Popovic ein Abkommen mit Delegierten deutscher und französischer Banken. Die 5 proz. Anleihe soll in eine 4 proz. konvertiert werden.

4. Juli. (Belgrad.) Der Finanzrat lehnt das Finanzabkommen ab. Das Ministerium demissioniert.

7. Juli. Neubildung des Kabinetts.

Das Präsidium und das Aeußere übernimmt der bisherige Präsident des Staatsrats Stojan Nowakowitsch, das Ministerium des Innern der bisherige Staatsrat Marinkowitsch; Finanzminister bleibt Stephan Popowitsch, Kriegsminister ist der bisherige General der Reserve und Staatsrat Franassowitsch; das Bautenministerium und Handelsministerium übernimmt der pensionierte Staatsbahndirektor Michael Petkowitsch. Der bisherige Ministerpräsident Nikola Christitsch wird Präsident des Staatsrats.

19. Juli. Die Skupschtina genehmigt mit 164 gegen 54 Stimmen das Finanzarrangement.

23. August bis 2. Oktober. König Alexander nach Frankreich.

16. September. (Belgrad.) Der liberale Parteitag proklamiert Ristitsch zum Führer der Partei.

27. November. (Belgrad.) Eröffnung der Skupschtina.

Die Thronrede betont vor allem die Notwendigkeit, die Finanzen zu kräftigen. Das Budget weist 66605200 Francs Einnahmen, 66079612 Fr. Ausgaben auf.

XVIII.

Griechenland.

22. Januar. (Athen.) Das Kabinett Trikupis reicht seine Entlassung ein.

Aeußere Veranlassung: Anläßlich einer großen Volksversammlung in Athen (am 20.) hatte die Regierung die athenische Garnison ohne den Stadtkommandanten, den Kronprinzen zu befragen, dem Polizeipräfekten zur Verfügung gestellt. Der Kronprinz ritt deshalb nach dem Versammlungsplatze und schickte die Truppen in ihre Quartiere. Da Trikupis mit einer Beschwerde über diesen Eingriff in die Regierungsmaßrel nicht die Zustimmung des Königs fand, trat er zurück. Der wahre Grund ist die ungünstige parlamentarische Lage des Ministeriums.

24. Januar. Neubildung des Kabinetts.

Präsidium, Auswärtiges und interimistisch Inneres Nikolas Delyannis; Krieg Oberst Papadiamantopulo, Adjutant des Königs; Marine Schiffskapitän Kriesis, Adjutant des Königs; Finanzen Ketzeas, Vizepräsident des Rechnungshofes; Justiz Aravatinos, Mitglied des Kassationshofes; Kultus Vlachos, ehemaliger Botschafter.

10. Februar. (Athen.) Die Regierung fordert neue Vorschläge von den Besitzern griechischer Werte.

März. Der griechische Handel 1893 und 1894.

Nach offiziellen Angaben betrug der Import nach Griechenland im Jahre 1894 109 958 826 Frcs. gegen 91 484 936 Frcs. im Jahre 1893, wies somit gegen das Vorjahr eine Zunahme von 18 573 890 Frcs. auf. Die mit dem Import zusammenhängenden Zolleinnahmen bezifferten sich im Jahre 1894 mit 26 730 400 Frcs. gegen 22 287 722 Frcs. im Jahre 1893, stiegen also um 4 442 678 Frcs. Der Export erreichte im Jahre 1894 die Ziffer 74 290 906 Frcs. gegen 88 033 862 Frcs. im Jahre 1893, sank somit um 13 742 956 Frcs. Die betreffenden Ziffern für die Zolleinnahmen sind 1 470 528 Frcs. für 1894 und 1 507 975 Frcs. für 1893.

28. April. Wahlen.

Es werden gewählt 142 Delyannisten, 23 Unabhängige 19 Rallisten, 15 Trikupisten, 4 Fortschrittler, 4 Deleorchisten.

27. Mai. Griechenland schließt einen Handelsvertrag mit Belgien.

16. Juni. Das Budget weist an Einnahmen auf 91 331 118, an Ausgaben 89 342 724 Drachmen.

10. Juli. Die Kammer verwirft die Vorlage, nach der die Zahlung der Korinthensteuer zur Hälfte in Geld, zur Hälfte in natura erfolgen soll.

23. Juli. (Kammer.) Korinthenvorlage.

Es wird beschlossen, daß 20 Prozent der Korinthenernte zurückbehalten werden sollen und während eines Jahres im Innern nicht verwendet werden dürfen. Das Gesetz gestattet, die bei der Ausfuhr in natura zu leistende 15prozentige Steuer auch in bar zu erlegen, und zwar zu dem bestimmten Satze von 90 Dr. die Tonne (= 1000 venetianische Pfund), mit der Verpflichtung seitens der Regierung, für das Geld wieder Korinthen einzukaufen wenn der Preis derselben 90 Dr. für die Tonne nicht übersteigt.

XIX.

Vereinigte Staaten von Nord-Amerika.

Anfang Januar. (Zuckerfrage.) Die Vereinigten Staaten und Oesterreich.

Der österreichische Gesandte benachrichtigt den Staatssekretär Gresham, er sei beauftragt, sich den Schritten der Vertreter jener Mächte anzuschließen, welche in derselben Lage wie Oesterreich-Ungarn sind und gegen die Bestimmung, daß der Zucker von Staaten, welche Ausfuhrprämien gewähren, mit einem Zollzuschlag von 1/10 Cent das Pfund belegt wird, als den Vereinbarungen von 1892 widersprechend, Verwahrung einzulegen. Zugleich wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Union-Staaten Abstand davon nehmen werden, dem österreichisch-ungarischen Zucker eine paritätische Behandlung mit den Erzeugnissen der meistbegünstigten Länder zu versagen, da bei fortdauernder differenzieller Behandlung sich auch Oesterreich-Ungarn betreffs der nordamerikanischen Erzeugnisse freie Hand wahren müßte. („Polit. Korresp.")

26.—29. Januar. (Repräsentantenhaus.) Zuckerzoll. Zuckerstatistik.

Zur Vorlage betr. die Aufhebung des Differentialzolles von 1/10 Cent für das Pfund Zucker aus Ländern mit Ausfuhrprämien bringt Hopkins (Republikaner) einen Abänderungsantrag ein, der Zoll solle in Kraft bleiben gegen jedes Land, das Maßregeln gegen amerikanisches Vieh und Fleisch ergreift. Meyer (Demokrat) beantragt, den Wertzoll um zehn Prozent zu erhöhen. Wilson erklärt, der Differentialzoll sei eine Verletzung des Meistbegünstigungsvertrages, und verliest das deutsche und das österreichische Einspruchsschreiben sowie ein Schreiben des deutschen Botschafters, in dem bestritten wird, daß die von der deutschen Regierung gegen die Vieh-Einfuhr ergriffenen Maßnahmen Gegenschritte seien. Wilson behauptet, daß der Zuckerzoll die Ursache der Maßnahmen sei. Er sollte aber abgeschafft werden, weil er mehrern Ländern Veranlassung zu Gegenmaßregeln gegeben habe. Am 29. genehmigt das Haus die Vorlage mit 239 gegen 30 Stimmen, der Senat lehnt sie ab.

Nach einer amtlichen Statistik führen folgende europäische Länder Zucker aus nach der Union; Deutschland für 11 Millionen Mark; Belgien für 9,4 Mill.; Oesterreich für 4,6 Mill.; Frankreich für 1,7 Mill. und die Niederlande für 1,3 Millionen.

Ende Januar. Februar. (Brooklyn.) Ausstand. Unruhen.

Anläßlich eines Ausstandes der Straßenbahnbeamten kommt es zu wiederholten blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Miliz mit den Ausständigen, die das Betriebsmaterial zu zerstören suchen.

28. Januar. (Washington.) Botschaft Clevelands an den Kongreß über die Finanzlage.

Der Präsident schildert die Gefahren der Währungsverhältnisse und schlägt folgende Mittel zur Abhilfe vor: Es sollen dreiprozentige, in fünfzig Jahren rückzahlbare, ausdrücklich auf Gold lautende Schuldscheine von 25 L. und aufwärts ausgegeben werden, um eine hinreichende Goldrücklage aufrecht zu erhalten und die sogenannten legal tender-Noten sowie die nach dem Gesetz von 1890 für den Ankauf von Silber ausgegebenen Noten einzulösen. Diese Schuldscheine sollen als Unterlage für die Notenausgabe der National-Banken bis zum Nennwerte dienen (dasselbe würde von andern Bundesschuldscheinen mit Ausnahme der zweiprozentigen gelten). Die National-Banken sollen künftig keine Noten unter 10 L. mehr ausgeben. Die Silberbescheinigungen von 10 L. und aufwärts sollen eingezogen und durch solche von unter 10 L. ersetzt werden. Die Einfuhrzölle sollen künftig in Gold zahlbar sein. Würden diese Vorschläge angenommen, so ließe sich mit Bestimmtheit eine Herstellung gesunder Währungsverhältnisse in den Vereinigten Staaten erwarten. („Köln. Ztg.")

8. Februar. Der Senat bewilligt 500 000 Dollars als erste Rate zur Herstellung eines Kabels zwischen den Vereinigten Staaten und den Sandwichs-Inseln. Das Repräsentantenhaus lehnt die Vorlage ab (21. Februar).

7./8. Februar. (Washington.) Goldbeschaffung.

Das Repräsentantenhaus verwirft mit 161 gegen 134 Stimmen den von Springer eingebrachten Gesetzentwurf, der auf der Finanzpolitik Clevelands basiert war. Infolgedessen vereinbart der Präsident sofort mit hervorragenden Banken in New-York und London die Lieferung von 3½ Millionen Unzen Gold, wogegen vierprozentige Wertpapiere gegeben werden.

14. Februar. Das Repräsentantenhaus lehnt den Antrag, die 4prozentigen in Gold zahlbaren Schuldverschreibungen durch ebensolche 3prozentige zu ersetzen ab.

24. Februar. (Washington.) Tarifpolitik.

Der Senat lehnt mit 42 gegen 24 Stimmen ab, in die Beratung der vom Abgeordnetenhause bereits angenommenen Polling-Bill einzugehen, wodurch den Eisenbahnen gestattet werden sollte, unter sich Vereinbarungen zu treffen, um die Beständigkeit der Tarife zu sichern und einen verderblichen Wettbewerb zu verhindern.

25. Februar. Robbenfang im Behringsmeere.

Das Repräsentantenhaus verwirft die Vorlage, dem Schiedsgericht zu Paris entsprechend 425 000 Dollars als Entschädigung an englische Robbenfänger im Beeringsmeere zu zahlen. (Vgl. darüber Staats-Archiv Bd. 56.)

26. Februar. Sozialpolitik.

Das Repräsentantenhaus genehmigt die Einsetzung eines Bundesschiedsgerichts zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. (Vgl. dazu: v. d. Leyen, der Ausstand der Eisenbahnarbeiter in Chicago, „Preuß. Jahrb." Bd. 81.)

Anfang März. Der Kongreß bewilligt den Bau von 2 Panzerschiffen, 6 Kanonenbooten und 3 Torpedobooten.

4. März. Schluß des Kongresses.

Anfang März. (Walsenburg.) Mißhandlung von Italienern durch den Pöbel. (Vgl. S. 264.)

12. März. (New-Orleans.) Blutiger Kampf zwischen weißen Dockarbeitern und Negern, die aus dem Hafen vertrieben werden.

Anfang April. (Washington.) Aufhebung der Einkommensteuer.

Das oberste Bundesgericht erklärt das 1894 erlassene Einkommensteuergesetz für verfassungswidrig und ungiltig. Hierin war die Einführung einer zweiprozentigen Einkommensteuer auf alle Einkommen von 4000 Dollar und darüber ausgesprochen, gleichviel ob es sich um das Einkommen amerikanischer Bürger aus dem Inlande und aus dem Auslande, oder um dasjenige handelte, das Ausländer in den Vereinigten Staaten beziehen. Nach der gerichtlichen Entscheidung ist es der Bundesregierung nur freigestellt, die Einkommen aus Gehältern, aus industriellen und kaufmännischen Unternehmungen, aus Sparanlagen und Erbschaften zu besteuern, eine direkte Steuer auf liegende Güter und den Zinsertrag kommunaler und staatlicher Anleihen sei verfassungswidrig. (Bestätigung des Erkenntnisses durch den obersten Gerichtshof 20. Mai.)

Anfang April. (Wahlen.) Die in fast sämtlichen westlichen Staaten vollzogenen Gemeindewahlen fallen zu Gunsten der Republikaner aus.

März. April. Spanien erhebt Vorstellungen wegen Unterstützung der Cubanischen Rebellion durch Amerikaner.

April. Mai. Die Republikaner greifen Cleveland wegen seiner Unthätigkeit in der cubanischen und nicaraguanischen Frage heftig an.

23. Mai. (Memphis in Tennessen.) Zusammenkunft der Anhänger der Goldwährung.

12. Juni. (Memphis.) Kongreß der Anhänger der Silberwährung.

13. Juni. Cleveland verbietet streng jede Verletzung der Neutralität gegenüber Cuba.

4. November. In Südkarolina werden den Negern die öffentlichen Rechte entzogen.

5. November. Die Staatswahlen fallen zu Gunsten der Republikaner aus.

3. Dezember. (Washington.) Eröffnung des Kongresses.

Die Botschaft des Präsidenten verweist auf die schwierige Finanzlage und die große Goldentnahme aus dem Schatz seit dem 14. Juli 1890,

wodurch die Goldreserve praktisch bedeutungslos geworden sei. Von Fragen der auswärtigen Politik bespricht Cleveland das schroffe Auftreten Englands in Venezuela, wogegen Amerika Vorstellungen erhoben habe, die cubanische und armenische Frage. In eingehender Besprechung der Handelsbeziehungen zu Deutschland bezeichnet er die deutschen Schutzmaßnahmen gegen die Einfuhr von Vieh und Nahrungsmittel als umsomehr Aergernis erregend, da kein europäischer Staat so vorsichtig die Nahrungsmittel-Ausfuhr überwache wie Amerika. Die geschäftliche Ausschließung amerikanischer Versicherungs-Gesellschaften in Preußen wird engherzigen, lästigen und unvorhersehbaren Einschränkungen zugeschrieben. Es sollten Gegenmaßregeln in Betracht gezogen werden.

16. Dezember. (Washington.) Schatzbericht.

Die Einnahmen betrugen im letzten Etatsjahre (1. Juli 1894 bis 30. Juni 1895) 390 373 203, die Ausgaben 433 178 426 Dollar. Die Einnahmen des Jahres 1895 überstiegen die des Jahres 1894 um 17 570 705 Dollar. Die Einnahmen bis Ende des laufenden Etatsjahres werden auf 431 907 407, die Ausgaben auf 448 907 407 Dollar geschätzt. Die Einnahmen des nächsten, am 30. Juni 1897 endigenden Etatsjahres werden auf 464 793 120, die Ausgaben auf 457 884 193 Dollar geschätzt.

17. Dezember. (Washington.) Botschaft Clevelands an den Kongreß über die Venezuelafrage. Englands Haltung. Monroedoktrin.

Cleveland berichtet über die Verhandlungen mit England. Lord Salisbury erhebe dagegen Einspruch, daß die amerikanische Regierung in der vorliegenden Frage der Monroe-Lehre eine neue und befremdende Auslegung gebe, einer Lehre, welche im allgemeinen auf den Stand der Dinge im ganzen heutigen Tagesleben, und im besondern auf die gegenwärtige Streitfrage unanwendbar sei. In der in seiner Botschaft hieran geknüpften Erörterung bezeichnet Präsident Cleveland die Auslegung der Monroe-Lehre durch Amerika als stichhaltig und als wichtig für die Sicherheit der Nation, als wesentlich für die Erhaltung ihrer freien Einrichtungen und dazu bestimmt, in jeder Entwicklungsstufe des nationalen Lebens Anwendung zu finden. Die Doktrin könne nicht veralten. Sodann stellt Präsident Cleveland die Behauptung auf, daß die Doktrin vollkommen auf den Fall anwendbar sei, wo eine europäische Macht durch eine Grenzausdehnung von einem Gebiete Besitz zu ergreifen suche, das einer Republik auf dem amerikanischen Festlande gehöre. Nach dem Ausdrucke des Bedauerns darüber, daß England die Schlichtung der Angelegenheit durch Schiedsspruch ablehne, bemerkt Cleveland, es bleibe nichts übrig, als die gegebene Lage anzunehmen und entsprechend zu handeln. Der Streit habe ein Stadium erreicht, das es den Vereinigten Staaten zur Pflicht mache, Schritte zu ergreifen, um festzustellen, was die wirkliche Grenze zwischen Venezuela und Britisch-Guiana ist. Der Präsident schlägt daher vor, daß der Kongreß eine entsprechende Summe für die Kosten einer Kommission bewillige, welche die erforderliche Unternehmung vornehmen und mit möglichst geringem Verzug über die Angelegenheit Bericht erstatten solle. „Wenn dieser Bericht erfolgt sein wird," fährt die Botschaft fort, „würde es die Pflicht der Vereinigten Staaten sein mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln sich einem vorsätzlichen Angriff auf ihre Rechte und Interessen, der Aneignung irgend welcher Landstrecken durch Großbritannien zu widersetzen, welche wir nach vorgenommener Unterredung als von Rechts wegen Venezuela gehörig erkennen mögen. Ich bin mir wohl der vollen Verantwortlichkeit bewußt, die ich

übernehme, indem ich diese Vorschläge mache, und stelle mir klar alle etwaigen Folgen vor Augen, obwohl anzuerkennen ist, daß es ein schmerzlicher Gedanke ist, die zwei großen englisch sprechenden Völker sich als andere denn als freundschaftliche Rivalen auf dem Wege des Fortschritts und des Friedens vorzustellen. Es ist doch kein Unglück demjenigen gleich, das aus unthätiger Unterwerfung unter Unbill und Ungerechtigkeit folgt, nämlich dem Verluste der nationalen Ehre."

Die Botschaft wird im Kongreß mit großem Beifall aufgenommen und auch in der Presse aufs lebhafteste begrüßt. Sie wird in allen Ländern Europas eifrig diskutiert.

Dezember. (Washington.) Einsetzung der Venezuelakommission.

Das Repräsentantenhaus genehmigt einstimmig einen Gesetzentwurf, welcher den Präsidenten ermächtigt, eine Kommission zur Grenzregulierung in Venezuela zu ernennen (18. Dez.). Der Senat nimmt ihn ebenfalls an und Cleveland unterzeichnet das Gesetz am 21. Dezember.

26. Dezember. (Repräsentantenhaus.) Erhöhung der Zölle.

Der Bericht der Kommission für Mittel und Wege über Clevelands Finanzbotschaft bezeichnet die unzulänglichen Staatseinkünfte als die Hauptursache der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Während der ersten Hälfte des laufenden Finanzjahres würde das Defizit ungefähr 20 Millionen Dollars betragen. Infolge dessen beantragt sie Abänderung des Zolltarifes. Die Zollerhöhung wird darnach 8 Millionen Dollars und die Wollzölle 25 Millionen Dollars ergeben. Die Kommission empfiehlt einen Zoll von 6,6 Cents pro Pfund ungewaschener Wolle, von 32 Prozent auf Teppichwolle und von 15 Prozent auf Bauholz. Das Haus nimmt die Tarifbill mit 205 gegen 81 Stimmen an. (Vgl. über die amerikanische Zollgesetzgebung Revue politique et parlam. Bd. 6.)

XX.

Mittel- und Süd-Amerika.

Januar. (Cuba.) Regelung der Verwaltung.

Die spanische Regierung und ein Teil der Cortes beschließen, daß ein Rat gebildet werden soll, der in Havannah seinen Sitz haben und alle Angelegenheiten der Insel nach eigenem Ermessen erledigen wird. Dieser Rat soll aus dem Generalgouverneur von Cuba, dem Präsidenten des höchsten Gerichtshofes, dem höchsten Würdenträger der Kirche, 12 von der Regierung ernannten und 15 vom Volk erwählten Mitgliedern bestehen.

Januar. (Argentinien.) Regierungswechsel.

Infolge der Weigerung des Präsidenten, eine Amnestie für politische Gefangene zu erlassen, reicht das gesamte Kabinett seine Entlassung ein (16. Jan.). Am 22. demissioniert der Präsident Saenz Peña, sein Nachfolger wird der Vizepräsident Uriburu.

Januar—April. Grenzstreit zwischen Guatemala und Mexiko.

Im Januar scheint es zum Kriege kommen zu sollen, beide Staaten rüsten. Präsident Cleveland schlägt vergeblich ein Schiedsgericht vor. Anfangs April nimmt Guatemala die mexikanischen Bedingungen an: Es erklärt sich bereit, den von seinen Beamten westlich vom Launtanflusse angerichteten Schaden nach einer schiedsrichterlichen Festsetzung der Beträge zu vergüten. Mexiko verzichtet auf eine Vergütung zur Deckung seiner Kosten für Kriegsrüstungen. Guatemala räumt Mexiko das Recht ein, die Gebiete westlich vom Chixoy- und vom Usumacintaflusse sofort zu besetzen, ebenso das im Vertrage von 1882 Mexiko zugesprochene, von Guatemala aber bisher nur unter der Bedingung einer vorherigen genauen Abgrenzung zur Verfügung Mexikos gestellte Gebiet; dafür erkennt Mexiko die von Guatemala vorgenommene Abgrenzung an.

Januar. Aufstand in Columbien und Honduras.

Januar. Februar. Aufstand auf Cuba. (Vgl. Spanien).

Februar. Grenzberichtigung zwischen Brasilien und Argentinien.

Ein streitiges Gebiet an der Südwestgrenze Brasiliens wird von dem Schiedsrichter Präsident Cleveland Brasilien zugesprochen.

10. Februar. (Chile.) Währungsregulierung.

Vom 1. Juni ab soll das Papiergeld derartig umgewandelt werden, daß die ursprünglich zum Satze von 48 Pence englisch ausgegebene Pesonote (4 ℳ) auf 18 Pence umgewandelt wird, ein immer noch höherer Satz als der gegenwärtige Kurs. Chile führt Goldwährung ein und setzt ein Verhältnis für Gold und Silber von ungefähr 1 : 30 fest.

Mitte März. (Brasilien.) Meuterei der Zöglinge der Militärschule in Rio de Janeiro.

März. Aufstand in Peru. Straßenkampf in Lima.

März—April. (Brasilien.) Bürgerkrieg in den südlichen Provinzen.

Februar—Mai. Nicaragua und England.

England fordert in einem Ultimatum Entschädigung für Mißhandlung britischer Unterthanen an der Mosquitoküste und die Vertreibung des Vizekonsuls in Bluefields (25. Febr.). Da Nicaragua die Forderung nicht annimmt und eine Vermittlung der Vereinigten Staaten erfolglos bleibt, besetzt England Corinto, den Hafen von Managua (26. April bis 6. Mai). Am 8. Mai gibt Nicaragua nach. (Vgl. Polakowsky, der Streit um Nicaragua. Zeitschr. der Gesellschaft f. Erdkunde 1895.)

April. Allianz-Verhandlungen der mittelamerikanischen Staaten.

Vertreter der mittelamerikanischen Staaten beraten in Guatemala und in Costa Rica vergeblich über ein Bündnis aller mittelamerikanischen Republiken. Der Wunsch nach einem solchen Bündnis ist seit dem Streite Guatemalas mit Mexiko und Nicaraguas mit England aufgetaucht,

April. Revolution in Ecuador.

April. Ausdehnung des Aufstandes auf Cuba.

4. April. England weist die Vermittlung der Vereinigten Staaten in dem Streite mit Venezuela zurück.

14. April. (Paraguay.) Dem französischen Konsul wird das Exequatur entzogen.

10. Mai. Chile tritt gegen Handelsvorteile an Bolivia einen Landstrich mit einem Hafen ab.

Mai. Nicaragua annektiert die Mosquitoküste.

26. Juni. (Brasilien.) Admiral de Gama, Führer der Aufständischen, †.

29. Juni. (Brasilien.) Peixoto, der frühere Präsident, †.

Juni. Aufstand in Guatemala.

5. Juli. (Paraguay.) Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Frankreich.

11. Juli. Bolivia fordert vergeblich Genugthuung für die im letzten Bürgerkriege in Peru geschädigten Bolivier.

Juli. (Brasilien.) England besetzt die Insel Trinidad (20 ° südl. Br. im atlantischen Ozean). Brasilien protestiert dagegen.

26. August. (Brasilien.) Ende des Bürgerkrieges.

Die dem Staate durch den Bürgerkrieg in Rio Grande do Sul entstandenen Kosten werden auf 80000 Contos (ungefähr 64 Millionen Mark) berechnet, zum Opfer gefallen sind der Revolution etwa 20000 Menschenleben. Am 18. Oktober beschließt der Kongreß eine Amnestie.

September. (Chile.) Eine Anzahl deutscher Subalternoffiziere treten für einige Jahre in chilenische Dienste.

Oktober. Grenzfrage zwischen Chile und Argentinien.

Die Streitfrage dreht sich wesentlich darum, daß bei den Grenzregulierungen Chile die Wasserscheiden, Argentinien nur die Kordilleren als Grenze ansehen will. Der Austrag des Streites ist vorläufig vertagt. In der Grenzuntersuchung soll zwar fortgefahren werden; wenn sich Differenzen ergeben, wird die Regulierung ausgesetzt und an einem anderen Punkte, wo die Wasserscheide und der Rücken der Hauptkette der Kordilleren zusammenfallen, wieder aufgenommen.

Oktober. England und Venezuela.

England und Venezuela vereinbaren, eine Kommission zur Schlichtung ihrer Grenzstreitigkeiten einzusetzen (16. Okt.) Am 19. Oktober überreicht England ein Ultimatum wegen Entschädigung für Mißhandlungen englischer Unterthanen, das zugleich die Bedingungen zur Regelung des Grenzstreites in Guyana enthält. Es verlautet, Venezuela wolle die Entschädigung verweigern, da die mißhandelten Engländer gewaltsam in venezuelanisches Gebiet eingedrungen seien. (Vgl. Großbritannien und Nordamerika.)

XXI.

Australien und Südsee.

Januar. Februar. Die Frage der Verbindung der australischen Kolonien.

Ueber diese Angelegenheit schreibt die „Köln. Ztg.": Die Verbindungsfrage scheint jetzt endlich, nachdem sie 10 Jahre auf der Tagesordnung gestanden, sich einer praktischen Lösung zu nähern; doch handeln die Kolonieen nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe. Das Wasser reicht den meisten bereits bis zum Munde — in Viktoria beträgt der Fehlbetrag 37, in Neusüdwales 27 Millionen Mark trotz aller Zoll- und Frachterhöhungen, der Entlassung von Lehrern und Schließung von Schulen, der Herabsetzung der Beamtengehälter u. s. w,; an Staatsschulden kommen auf den Kopf der Bevölkerung bereits in Neusüdwales 960, in Südaustralien 1300, in Queensland fast 1500 *M*, so daß ein Viertel bis ein Drittel aller Staatseinkünfte an Zinsen gezahlt werden muß. Die Bevölkerung geht an Zahl zurück (z. B. in Melbourne), die Heiraten vermindern sich (z. Viktoria von 8,48 in 1888 auf 5,98‰ in 1893), die Einwanderung ist kaum nennenswert. Durch Vereinfachung der Verwaltung nun können mindestens 30 Millionen Mark jährlich gespart werden, und so sehr sich einzelne Regierungen und die zahllosen Aemterjäger auch sträuben — das Volk von Australien fordert jetzt nachdrücklich eine Aenderung des gegenwärtigen Zustandes. In Sydney ist dieser Tage eine „australische Bundesliga" ins Leben getreten, die bereits ein eigenes Organ besitzt; das Parlament hat die Notwendigkeit der Verbündung mit 50 gegen 10 Stimmen bejaht und für Januar ist eine Zusammenkunft der Premierminister sämtlicher Kolonieen in Hobart (Tasmanien), wo soeben die „internationale Ausstellung" eröffnet worden ist, geplant; Neuseeland allein schließt sich aus, und Queenslands Premier, Nelson, zögert noch, wird aber durch das Parlament zur Zustimmung gezwungen werden. Außer den staatswirtschaftlichen Rücksichten wirkt auch die Ueberzeugung bestimmend, daß Australien im Kriegsfalle völlig wehrlos sei; General Tulloch, der während der letzten fünf Jahre die viktorianischen Milizen befehligte, führte letzthin aus, daß von den 14 Schiffen, die das australische Geschwader zählte, im Ernstfalle höchstens 6 wirklich kriegsfähig seien; die Artilleriekorps der einzelnen Kolonien sind ohne Zusammenhang und stehen keineswegs auf der Höhe moderner Technik. Wie die Verhältnisse gegenwärtig liegen, ist an der endlichen Lösung der Verbündungsfrage jetzt kaum mehr zu zweifeln, und mit ihr wird für den fünften Erdteil eine neue Aera beginnen.

Der Kongreß der Premierminister beschließt, daß jede Kolonie einen Ausschuß zur Vorberatung der Bundesverfassung wählen soll, die dann der englischen Regierung vorgelegt werden soll (6. Febr.).

Januar. (Neusüdwales.) Niederlage der Schutzzöllner bei den Wahlen.

Januar. (Hawaii.) Royalistischer Aufstand.

Der Aufstand wird rasch niedergeschlagen, die Rädelsführer verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt. Die Exkönigin Liliuoakalani wird der Mitschuld angeklagt und zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt (24. Febr.), aber später begnadigt.

Mai. Aufstand in Samoa.

November. (Viktoria.) Bedeutende Ermäßigung der Tarife.

November. Dezember. Neusüdwales, Südaustralien und Viktoria beschließen dem zu begründenden Bunde der Kolonien Australiens beizutreten.

XXII.

Afrika.

Januar. (Lourenço Marquez.) Neuer Aufstand gegen Portugal.

13. Januar. (Erythräa.) General Baratieri schlägt Ras Mangascha bei Coatit.

17. Januar. (Erythräa.) Die britische Regierung lehnt ein Schutzgesuch Mangaschas ab.

Januar. Februar. Marokko und Spanien. S. Spanien.

22. Januar. (Sierra Leone.) Vertrag zwischen England und Frankreich.

Frankreich erhält das Ober-Niger-Becken und behält den Posten Erimankono sowie die Straße von Uelia, welche die französischen Küstenposten mit dem Innern und mit Futa-Djallon verbindet. (Vgl. Staats-Arch. Bd. 57).

27. Januar. (Pretoria.) Transvaal, Deutschland und England.

Der Präsident der südafrikanischen Republik Krüger betont in einer Rede zur Feier des Geburtstags des Deutschen Kaisers die Notwendigkeit engerer Beziehungen zwischen Transvaal und Deutschland. Die Rede wird in der Kapkolonie und in England vielfach kommentiert und erfährt von englischer Seite heftige Angriffe.

29. Januar. (Britisch-Westafrika.) Eingeborne plündern Akassa an der Nigermündung. Strafexpedition am 22. und 23. Februar.

5. Februar. Vertrag zwischen Frankreich und Belgien über den Kongostaat. S. Belgien.

28. Februar. (Madagaskar.) Die Franzosen landen unter General Metzinger in Majunga (vgl. hiezu Internationale Revue über die gesamten Armeen und Flotten Bd. 14).

25. März. (Erythräa.) Baratieri besetzt Adigrat.

12. April. (Marokko.) Ermordung des Deutschen Rockstroh in Saffi (s. S. 164).

1. Mai. (Deutsch-Ostafrika.) Wißmann wird zum Gouverneur ernannt.

April. (Südafrika.) England annektiert das Land zwischen Amatongaland und Swaziland. In Transvaal wird das als Vertragsverletzung angesehen.

Mai. (Südafrika.) Transvaal und Oranje-Freistaat.

Zwischen beiden Republiken finden Verhandlungen über die Möglichkeit einer Verschmelzung statt. Auf beiden Seiten herrscht die Ansicht vor, daß eine engere Verständigung notwendig sei angesichts des Ausgreifens Englands.

6. Mai. (Madagaskar.) General Duchesne übernimmt den Oberbefehl.

13. Mai. (Erythräa.) General Baratieri proklamiert die Souveränetät Italiens über Tigre.

Mai. (Kamerun.) Rittmeister v. Stetten schlägt die Bakokos.

11. Juni. (Südafrika.) Das Parlament der Kapkolonie beschließt, das Betschuanaland in britische Verwaltung zu nehmen.

Juni. (Transvaal.) Kaffernaufstand, der bald niedergeschlagen wird.

29. Juni. (Madagaskar.) Niederlage der Hovas bei Andriba.

8. Juli. Eröffnung der Eisenbahn von Laurenço Marques nach Prätoria unter Teilnahme deutscher Kriegsschiffe.

14. Juli. (Südafrika.) Präsident Krüger besucht die deutschen Kriegsschiffe in der Delagoabai und wechselt Begrüßungstelegramme mit dem Deutschen Kaiser.

Anfang September. (Abessinien.) Der Chef des abessinischen Klerus protestiert in Tigres feierlich gegen die religiöse Propaganda der Russen und thut sie in den Bann (vgl. Rußland).

30. September. (Madagaskar.) Einnahme von Tananarivo (vgl. Frankreich).

9. Oktober. (Erythräa.) Niederlage Ras Mangaschas bei Autalo (vgl. S. 336).

November. (Marokko.) Aufstand in Saffi.

November. Dezember. (Kongostaat.) Notenwechsel mit Deutschland und England wegen der Hinrichtung Stokes.

Kapitän Lothaire läßt den englischen Elfenbeinhändler Stokes hinrichten, weil er den arabischen Sklavenhändlern Waffen geliefert haben soll. Die englische Regierung behauptet, er sei ungesetzlich hingerichtet worden und erlangt von der Kongoregierung, daß Lothaires Handlungsweise vor einem europäischen Gerichtshof untersucht und der Familie Stokes 150000

Frcs. gezahlt werden sollen. Die deutsche Regierung fordert Entschädigung der Begleiter Stokes aus deutschen Schutzgebieten und erhält 100 000 Frcs. ausgezahlt (6. Dezember).

November. (Südafrika.) Streit zwischen Transvaal und der Kapkolonie.

Die Regierung der Kapkolonie erklärt die Schließung der Furten des Vaal für vertragswidrig und fordert Oeffnung vom 15. November an (5. November). Durch Vermittlung Chamberlains wird der Konflikt beigelegt (9. November).

26. November. (Brit. Ostafrika.) Die Massai metzeln eine große Karawane nieder.

November. Dezember. (Brit. Westafrika.) Expedition gegen die Aschantis.

30. November. (Madagaskar.) Eingeborene zerstören eine Missionsstation in Ramainaudro.

20. Dezember. Kapland und Oranje-Freistaat.

Die Regierung des Kaps erhält das Recht, Eisenbahnen im Freistaat nach vorheriger Genehmigung des Kap-Parlaments und des Volksraads zu bauen.

30. Dezember. (Südafrika.) Eine mehrere 100 Mann starke Bande der Chartered Company fällt unter Dr. Jameson in Transvaal ein (s. Übersicht).

XXIII.

Asien.

10. Januar. (Engl. Indien.) Der Regent von Tschitral wird von seinem Bruder ermordert.

Januar. Englische Zeitungen berichten von Grausamkeiten, die die Japaner nach der Erstürmung Port Arthurs begangen haben sollen.

10. Januar. Die Japaner nehmen Kaising.

17. und 22. Januar. Siege der Japaner bei Haitschang.

20./21. Januar. Eine japanische Armee landet in der Bai von Yung-Tschang.

30. Januar. Die Japaner nehmen die Landforts von Wei Hai Wai.

1. bis 3. Februar. (Hiroschima.) Friedensunterhandlungen zwischen China und Japan.

Die Chinesen fordern sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, was die Japaner ablehnen. Die Japaner heben die Konferenzen auf, da die chinesischen Gesandten keine genügende Vollmacht haben und veranlassen ihre sofortige Abreise.

2. Februar. Seesieg der Japaner bei Wei Hai Wai.

3. Februar. (Japan.) Das Parlament stellt der Regierung unbegrenzte Mittel zur Kriegführung zur Verfügung.

13. Februar. Vollständige Einnahme von Wei Hai Wai durch die Japaner.

15. Februar. (China.) Li Hung Tschang wird in seine Ehren und Würden wieder eingesetzt und mit der Führung der Friedensunterhandlungen beauftragt.

24./27. Februar. (Peking.) Der große Rat beschließt unter Vorsitz des Kaisers energische Friedensverhandlungen anzubahnen.

24. Februar. Sieg der Japaner bei Tapingschan.

4. März. Sieg der Japaner bei Niu-tschwang.

März. Die europäischen Mächte und der ostasiatische Krieg. Geschwader in Ostasien.

Englische und amerikanische Blätter behaupten, das russische und britische Mittelmeergeschwader ginge nach dem Osten, um gemeinsam gegen die Japaner zu demonstrieren.

Zu Anfang dieses Jahres sind nach der „N. Freien Presse" auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatze von fremden Nationen 76 Schiffe von zusammen 220 000 Tonnen vereinigt. Hiervon entfallen auf Großbritannien 28 Schiffe mit 71 943 Tonnen, 212 Kanonen und 108 550 Pferdekräften, auf Rußland 22 Schiffe mit 71 590 Tonnen, 346 Kanonen und 87 296 Pferdekräften, auf Frankreich 13 Schiffe mit 29 548 Tonnen, 155 Kanonen und 42 089 Pferdekräften, auf Deutschland 7 Schiffe mit 13 587 Tonnen, 93 Kanonen und 18 180 Pferdekräften und auf die Vereinigten Staaten von Amerika 7 Schiffe mit 14 679 Tonnen, 52 Kanonen und 17 770 Pferdekräften. Einige andere Staaten sind mit geringen Streitkräften vertreten.

März. Japanische Verluste.

Die amtlichen Berichte beziffern die Verluste des japanischen Heeres in der Zeit vom 21. September vorigen Jahres bis zum 8. März dieses Jahres auf 541 Offiziere und Mannschaften, die im Kampfe gefallen, 131 ihren Wunden erlegene, 981 an Krankheit verstorbene, insgesamt auf 1653.

10. März. Sieg der Japaner bei Thien-Chuang-Thai.

19. März. (Simonoseki.) Beginn der Friedensverhandlungen zwischen China und Japan.

23. März. (Simonoseki.) Attentat auf Li Hung Tschang.

Der chinesische Unterhändler Li Hung Tschang wird durch einen fanatischen Japaner verwundet. Die Unterhandlungen werden dadurch einige

Tage unterbrochen. In Japan herrscht große Erregung über den Vorfall; das Parlament spricht in einem Beschlusse sein Bedauern aus.

24. März. Die Japaner erobern die Pescadores-Inseln.

28. März. Korea und Japan. Darlehen.

Das von Japan Korea angebotene Darlehen von 3 Millionen Yen ist auf der von Japan vorgeschlagenen Grundlage, Rückzahlung in 5 Jahren, zu stande gekommen.

31. März. (Simonoseki.) Waffenstillstand zwischen China und Japan.

Die Unterhändler schließen einen Waffenstillstand bis zum 20. April. Während dessen dürfen die im Felde stehenden Truppen nicht vermehrt werden. Ursprünglich hatten die Japaner harte Bedingungen, wie Zahlung von Kriegskosten, Kontrolle über chinesische Eisenbahnen u. s. w. gestellt, aber nach dem Attentat auf Li Hung Tschang aufgegeben.

April. (Indien.) Eine englische Expedition vertreibt den Usurpator von Tschitral (vgl. Deutsche Heereszeitung 1895).

17. April. (Simonoseki.) Unterzeichnung des Friedens zwischen Japan und China.

1. China erkennt die Unabhängigkeit Koreas an. 2. Von der Halbinsel Liautung wird das Gebiet abgetreten, das südlich einer vom Yaluflusse über Fenghuanglscheng nach Haitscheng und von dort nach Ying-Kau gezogenen Linie liegt. 3. Abgetreten an Japan werden ferner die Fischerinseln und Formosa. 4. Die Kriegskostenentschädigung wird auf 200 Millionen Taels festgesetzt, die spätestens in sieben Jahren gezahlt werden muß. Erfolgt die Zahlung in drei Jahren, so unterbleibt eine Zinsberechnung: erfolgt sie später, so sind 5 Prozent Zinsen zu vergüten. 5. Wei-Hai-Wai bleibt bis zur Bezahlung der Kriegsschuld in japanischem Besitz; die Kosten der Okkupation trägt China. 6. Zugestanden wird die volle Eröffnung von Tschung-King, Schischi und Sutschau und das Recht, Rohmaterialien mit fremden Maschinen in den geöffneten Häfen zu verarbeiten. 7. Wird der Abschluß eines Handels- und Freundschaftsvertrages bedungen nach Austausch der Ratifikationen dieses Friedensvertrages. Der Austausch ist auf den 8. Mai festgesetzt (den Notenwechsel der Unterhandlungen S. „Staats-Archiv" Bd. 57).

April. (China.) Deutsche Häuser übernehmen eine 6prozentige chinesische Anleihe von 50 Millionen Mark, die bis 1900 unkündbar und durch die chinesischen Seezölle garantiert sein soll.

22. April. (Yokohama.) Der Kaiser von Japan dankt in einer Proklamation den Truppen für ihre bewiesene Tapferkeit und hofft, daß die Freundschaft mit China wiederhergestellt werde.

23. April. (Tokio.) Intervention von Deutschland, Frankreich und Rußland.

Die Vertreter der drei Mächte protestieren gegen die Friedensbedingungen; die Abtretung der Halbinsel Liautung wäre eine fortwährende Bedrohung Pekings, bedrohe die Unabhängigkeit Koreas und die Aufrechterhaltung des Friedens im äußersten Osten. Der Einspruch sei als ein freundlicher Rat und nicht als eine Drohung eingereicht.

5. Mai. Japans Antwort auf den Protest.

Die japanische Regierung erklärt in Berlin, Petersburg und Paris, daß sie, dem freundschaftlichen Rat der drei Mächte nachfolgend, sich entschlossen habe, auf die endgültige Besitznahme der Halbinsel Liautung mit Port Arthur zu verzichten.

8. Mai. (Tschifu.) Ratifikation des japanisch-chinesischen Friedensvertrages.

Mai. (Ostasien.) Formosa erklärt sich zur unabhängigen Republik und leistet der Besitznahme durch Japan Widerstand.

Juni. (China.) Angriff auf Missionsstationen in Kiating und Yotschau.

6. Juli. Chinesisch-russische Anleihe. S. Rußland.

Juli. Vertrag zwischen Frankreich und China.

Frankreich behält einen Konsularagenten in Tiengheng und einen Konsul in Hokkow, das ein offener Hafen sein soll. Dunchow, Kwangsi, die Provinz Nengtse sowie Schenao, zwischen den Flüssen Mekong und Namtse gelegen, sind dem französisch-anamitischen Handel zu eröffnen. In Schaeno dürfen sich französische Staatsangehörige niederlassen und Einrichtungen für Warentransport auf den Flüssen Losoban und Mekong sowie auf der Mandarinenstraße herstellen. Die französischen Ingenieure haben das Vorrecht zur Ausbeutung der Bergwerke in den drei chinesischen Südprovinzen Kwantung, Kwangsi und Yünnan. Frankreich darf die Eisenbahnen über Anam hinaus weiterbauen und Schenao telegraphisch mit Nuanghahin am Namaflusse verbinden. (Vgl. über die ostasiatische Politik Frankreichs Annales de l'ecole libre des sciencet pol. 1895).

August. (China.) Ermordung englischer und amerikanischer Missionare durch den Vegetarierbund in Futschau.

August. (Korea.) Das Reformministerium wird gestürzt.

29. August. (China.) Li Hung Tschang wird zum Kanzler ernannt.

30. August. China verspricht den durch die Aufständischen in Futschau geschädigten Amerikanern Genugthuung.

September. (Japan.) Das Parlament bewilligt einen Kredit von 200 Millionen Yen zum sofortigen Bau neuer Kriegsschiffe.

September. (China.) Zerstörung von deutschen Missionen in Swatu. China verspricht Genugthuung.

Oktober. (China.) Aufstand der Dunganer (muhamedanischer Chinesen) in Kan-su.

Oktober. China sichert auf ein englisches Ultimatum Entschädigungszahlung an die englischen Missionare und Bestrafung der Schuldigen zu.

Oktober. (Portugiesisch-Indien.) Meuterei in Goa.

Oktober. (Korea.) Unruhen in Söul; Ermordung der reformfeindlichen Königin.

19. Oktober. (Tokio.) Japan und die drei Interventionsmächte.

Japan tritt vollständig den Gesichtspunkten bei, welche die Intervention Deutschlands, Frankreichs und Rußlands in dem chinesischen Konflikte zwischen China und Japan aufgestellt hatte. Japan ermäßigt danach die Entschädigung, welche es von China als Ausgleich für die Räumung der Halbinsel Liautung verlangt hatte, auf 30 000 000 Taels; ferner erklärt sich Japan damit einverstanden, aus dem Abschlusse eines Handelsvertrages mit China keine Bedingung für die Räumung der Halbinsel Liautung machen zu wollen; diese Räumung hat zu Ende des Monats Januar stattzufinden. Endlich verpflichtet Japan sich, auf jede Kontrolle über den Kanal von Formosa zu verzichten und Formosa und die Pescadores-Inseln an keine andere Macht abzutreten.

Übersicht
der politischen Entwickelung des Jahres 1895.

Allgemeine auswärtige Politik.

Seit Jahren konnte die Betrachtung des Geschichtskalenders mit der Bemerkung eingeleitet werden, daß keine internationalen Verwickelungen von tieferer Bedeutung zu verzeichnen seien. Das Jahr 1895 hat hierin gründlich Wandel geschaffen; es hat eine Reihe von Krisen erlebt, die auf die politische Stellung der europäischen und außereuropäischen Mächte von nachhaltigem Einfluß sein werden. Die erste Hälfte des Jahres stand unter dem Zeichen des ostasiatischen Krieges und der sich daranschließenden Intervention der Europäer. Wie im vorigen Jahre so waren auch in diesem die Japaner siegreich. Zwar kam ihr Vormarsch in der Mantschurei infolge des harten Winters ins Stocken, aber durch eine Landung auf der Halbinsel Kunlun-schan schufen sie sich ein neues Operationsgebiet (Mitte Januar) und nach wenig Wochen war Wei-hai-wai, der zweite große Kriegshafen Chinas, in ihren Händen, die chinesische Flotte vernichtet oder erobert. Einen Monat später war auch die chinesische Armee in der Mantschurei kampfunfähig gemacht, und China mußte sich zu ernstlichen Friedensanerbietungen verstehen. Die Chinesen hatten schon mehrfach Verhandlungsversuche gemacht, aber ohne die Unterhändler mit genügenden Vollmachten auszurüsten, so daß die Japaner, bei denen überdies eine einflußreiche Partei auf rücksichtslose Fortsetzung des Krieges drängte, nicht an den Ernst der Anerbietungen glaubten und die Friedensboten heimschickten (Februar). Jetzt aber ging der bedeutendste Staatsmann Chinas, der Vizekönig Li Hung Tschang, mit unbeschränkter Vollmacht nach Japan, und in der That kam erst

Japanisch-chinesischer Krieg.

eine Waffenruhe zu stande (31. März), der dann der Friede folgte (S. 313). Mit der Abtretung der Halbinsel Liautung, die Japan sich ausbedang, wäre Korea eine Enklave in japanischen Besitzungen geworden, von einer wirklichen Unabhängigkeit der Halbinsel hätte keine Rede sein können, und ebenso wäre ein großer Teil Chinas politisch und wirtschaftlich unter Japans Einfluß geraten. Deshalb protestierten Rußland, Frankreich, Deutschland und Spanien gegen diese Bestimmung des Traktats, und Japan, das von keiner Seite Unterstützung zu erwarten hatte, wagte keinen Widerstand, sondern erklärte sich sofort zum Verzicht auf Liautung gegen eine Entschädigung von 150 Millionen Mark bereit.

Intervention.

Daß das benachbarte Rußland großes Interesse daran hatte, Japan nicht übermächtig werden zu lassen, liegt auf der Hand, und ebenso ist es erklärlich, daß Frankreich mit seinem Bundesgenossen zusammenging (S. 256). Überraschend war allein die Haltung der deutschen Regierung, die plötzlich an der Seite ihrer europäischen Gegner erschien, um eine siegreiche Macht, für die die öffentliche Meinung in Deutschland aufs entschiedenste Partei genommen hatte, um die Früchte ihrer Siege zu bringen, nachdem vor einem halben Jahre ein ähnliches Bestreben Englands (Okt. 1894) grade an dem Widerspruche Deutschlands gescheitert war. Begründet wurde die deutsche Politik mit der Notwendigkeit, nicht den Franzosen und Russen allein die Schlichtung des ostasiatischen Konflikts zu überlassen. Die Mächte würden, da ein bewaffneter Widerstand Englands nicht anzunehmen war, auch allein Japan zum Nachgeben gezwungen und sich für ihre Mühe an chinesischem Gebiete schadlos gehalten haben. Dadurch daß Deutschland an der diplomatischen Aktion teilnahm, wurde Japan ohne Schwertstreich zum Einlenken bewogen und ferner konnte Deutschland die Ansprüche seiner Bundesgenossen mäßigen und bei einer eventuellen Verteilung chinesischen Gebietes gebührende Berücksichtigung seiner Interessen verlangen. Der Wunsch also, Japan vor einem verderblichen Kriege zu schützen und die einseitige Steigerung des russisch-französischen Einflußes in China zu verhindern, war bestimmend für Deutschlands Haltung, die im Inlande keineswegs ungeteilten Beifall fand (S. 112).

Motive.

England und Ostasien.

In umgekehrter Lage als Deutschland befand sich England. Es wäre nach den ersten chinesischen Niederlagen den Japanern gern in den Arm gefallen, und seine Presse zeigte ihnen während des ganzen Kriegs wenig Sympathie: mit dem Friedensschlusse dagegen stand es plötzlich an der Seite der so heftig angefeindeten, und die Presse richtete die heftigsten Angriffe auf die Interventionsmächte. Der Grund scheint zu sein, daß England die Unmöglichkeit, die Integrität Chinas zu erhalten, erkannt hatte, und sich nun in Japan einen Bundesgenossen gegen die China umdrängenden Russen und Franzosen zu sichern suchte. Die britische Regierung war also hier wieder zu dem alten Gegensatze zu Rußland und Frankreich, den Rosebery zu mildern gesucht hatte, zurückgekehrt. Vieles mag an allen diesen Ereignissen noch dunkel sein: deutlich erkennbar ist das historisch wichtigste Faktum: zum ersten Male sind die europäischen Großmächte einer asiatischen Macht gegenübergetreten, die Interesse und Mittel hat, in einem künftigen großen europäischen Konflikte Partei zu ergreifen.

Armenische Frage.

Das zweite große Ereignis der auswärtigen Politik war der armenische Aufstand. Wir haben im vorigen Jahrgange gesehen, daß England die Untersuchung der von den Armeniern gegen die Pforte erhobenen Beschuldigungen in Angriff genommen und daß sich ihm Rußland und Frankreich angeschlossen hatten. In England herrschte in weiten Kreisen ein ehrlicher Abscheu gegen die Mißhandlung der Armenier; unter Gladstones Führung wurde unermüdlich für die Befreiung der Glaubensbrüder in Vereinen wie in der Presse Stimmung gemacht, und ein geheimes armenisches Komité in London verbreitete mit allen Mitteln skrupelloser Agitation in ganz Europa Berichte von den Greuelthaten der türkischen Barbaren. Daß auch die britische Regierung im Gegensatz zu ihrer traditionellen türkenfreundlichen Politik eine offensive Haltung gegen die Pforte annahm, erklärt sich daraus, daß sie — wie in Ostasien — den unhaltbaren Zustand der Dinge erkannt hatte und keiner andern Macht, insbesondere nicht Rußland, die Neuordnung überlassen wollte. Rußland wiederum konnte aus demselben Grunde dem englischen Vorgehen nicht fern bleiben und schloß sich ihm an, wie es scheint, mehr um den britischen Reformeifer zu zügeln als zu

unterstützen. Frankreich, das die englische Herrschaft in Egypten mit Widerwillen sieht und daher an der Lösung der türkischen Frage lebhaft interessiert ist, war auch hier Rußlands treuer Helfer. Die Pforte suchte dem drohenden Sturme durch Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung und Abstellung der armenischen Mißstände zu entgehen, aber da die Mächte der Redlichkeit ihrer Absichten mißtrauten, so legten sie ihr ein Projekt vor (11. Mai), das für die armenischen Vilajets Bitlis, Siwas, Wan, Erzerum, Mamureb ul Aziz, Diarbekir eine Reihe von Verwaltungsreformen forderte. Außerdem sollte eine aus Christen und Muhamedanern gemischte Kommission die Ausführung der Reformen überwachen und den Mächten sollte gestattet sein, mit dieser Kommission direkt zu verkehren. Der Sultan wollte anfangs von diesen Vorschlägen nichts hören; Reformen für einzelne Provinzen, erwiderte er, seien unmöglich und für das ganze Reich bereits in Vorbereitung. Nach monatelangen Verhandlungen endlich gab er in einigen Punkten nach und versprach eine Überwachungskommission von osmanischen Staatsbürgern einzusetzen, die mit den Botschaftern der Mächte direkt verkehren sollte (7. Sept.). Ehe diese Angelegenheit abgeschlossen war, kam es in Konstantinopel zu einem furchtbaren Gemetzel, hervorgerufen durch eine tumultuarische Massenpetition der Armenier und ihren Widerstand gegen die türkische Polizei, die die Ansammlung nicht dulden wollte (30. Sept.). Der Fanatismus der Moslemen erwachte, die Armenier wurden blutig verfolgt, mußten sich in die Kirchen flüchten und wagten diese erst nach einigen Tagen unter dem Schutz der fremden Botschafter zu verlassen. Wie behauptet wird, soll dieser Putsch vom armenischen Geheimkomitee in London angezettelt sein, um durch Vorführung von Schreckensszenen das Mitleid Europas für die Armenier zu beleben und einen Druck auf die Mächte auszuüben.

Reformprojekt.

Armenierputsch.

Die nächste Folge dieses Vorganges war die dringende Forderung der Mächte an die Pforte, Leben und Eigentum der Christen in der Hauptstadt zu schützen, der die Pforte auch durch starke Polizei- und Militäraufgebote nachkam. In den Provinzen aber beantworteten die Muhamedaner die Kundgebung der verhaßten Armenier mit neuen blutigen Verfolgungen; im November kam es

Blutbad in Armenien.

in Trapezunt, Erzerum, Siwas in Stadt und Land zu wiederholten Metzeleien, 100 000 Armenier sollen erschlagen, viele im Gebirge und in den Wäldern dem Tode durch Frost und Hunger preisgegeben worden sein. Die türkischen Behörden waren entweder ohnmächtig oder nicht willens, diesen Greueln zu steuern. In Zeitun hatten die Armenier die Oberhand: sie nahmen die türkische Garnison gefangen und töteten sie, als eine türkische Armee herannahte. Mögen nun auch die Berichte von den Greuelthaten und die Zahlen der Umgekommenen weit übertrieben sein, sie wurden doch der Ausgangspunkt erneuter Vorstellungen der Mächte an die Pforte. Und zwar schloß sich jenen drei Mächten jetzt der mitteleuropäische Dreibund an: auf Grund des Berliner Vertrages forderte er amtliche Mitteilung der geplanten Reformen in Armenien (9. Nov.). Die Großmächte einigten sich auf Österreichs Vorschlag nur gemeinsam vorzugehen und gaben ihren Forderungen durch Ansammlung von Geschwadern in den türkischen Gewässern Nachdruck. Trotzdem setzte die Pforte allen Vorschlägen zähen Widerstand entgegen; dem Begehren der Mächte auf Grund des Pariser Vertrages von 1856 die Durchfahrt eines zweiten Stationsschiffes nach Konstantinopel zu gestatten, suchte sie wochenlang auszuweichen; erst als jede Hoffnung auf einen Zwist in den Reihen ihrer Gegner schwand, fügte sie sich (S. 293). Bei Schluß des Jahres war die Ruhe in Armenien durch die Versammlung großer Streitkräfte notdürftig wiederhergestellt, das eigentliche Problem jedoch, die Herstellung solcher Beziehungen zwischen den verschiedenen Nationen und Bekenntnissen, die ein friedliches Nebeneinanderleben in einem gemeinsamen Staatswesen verbürgen, noch bei weitem nicht gelöst.

Vorstellungen aller Großmächte.

Die schärfste Sprache gegen die Pforte hatte von allen Mächten stets England geführt, ja Lord Salisbury hatte öffentlich den Gedanken einer Vernichtung der Türkei erörtert und auf einen demütigen Brief des Sultans seine Worte sachlich nicht gemildert (S. 243). Rußland dagegen zeigte sich weit maßvoller und wies insbesondere die Idee einer Teilung der Türkei zurück. Die russische Presse war voller Mißtrauen gegen England, sie argwöhnte sogar, daß die britische Regierung eine Aktion gegen die Pforte nur deshalb so

Rußland und England.

lebhaft betrieb, um die Aufmerksamkeit von den Dingen in Ostasien abzulenken (S. 289).

Transvaal.

Die Möglichkeit einer dritten internationalen Verwicklung tauchte am Schluß des Jahres auf infolge eines Konfliktes der Südafrikanischen Republik mit den Engländern. Schon lange haben die Engländer, die in Transvaal in großer Zahl als Arbeiter und Unternehmer thätig sind, gestrebt, den Buren politisch gleichgestellt zu werden und Anteil an der Regierung des Landes zu erhalten, bisher aber immer vergeblich. Im letzten Jahre nun war diese Agitation besonders lebhaft betrieben und für Anfang 1896 eine große Kundgebung angesetzt worden, um den um diese Zeit zusammentretenden Volksrat der Buren zu beeinflussen. Um diese Demonstration zu unterstützen und die burische Regierung einzuschüchtern, brach in den letzten Tagen des Jahres Dr. Jameson, ein Beamter englischer Handelsgesellschaften an der Spitze mehrerer Hundert Bewaffneter aus der Kapkolonie in die Südafrikanische Republik ein, wurde aber nach einigen Tagen mit seiner ganzen Gefolgschaft von dem burischen Aufgebot gefangen genommen. Da der Präsident der Burenrepublik, Krüger, die Konsuln von Deutschland und Frankreich sogleich von dem Friedensbruch in Kenntnis gesetzt hatte, und England ein Suzeränetätsrecht über Transvaal beansprucht, so wurde diese Anrufung fremder Mächte in England als vertragswidrig bezeichnet, und die ganze englische Presse überschüttete den Präsidenten Krüger mit den größten Schmähungen. In der deutschen Presse wurde dagegen aus den Aktenstücken (Staats-Archiv Bd. 40, 44, 57) die Unabhängigkeit Transvaals nachgewiesen und man nahm um so eifriger für die Buren Partei, als der Argwohn weit verbreitet war, daß England eine Annexion der Südafrikanischen Republik beabsichtige, wodurch die deutschen Kolonien aufs äußerste bedroht sein würden. Dem Tadel, den der Kolonialminister Chamberlain und die Kapregierung über Jameson aussprachen, wurde kein Wert beigelegt. Die Einverleibung des Amatongalandes und Betschuanagebietes, die Ausführungen der englischen Presse, das intime Verhältnis des Premierministers der Kapkolonie, Cecil Rhodes, zu Dr. Jameson bestätigten jenen Verdacht und veranlaßten die Behauptung, daß die Regierung der Kapkolonie dem Vorhaben

Jamesons nicht fern stehe und ihn nur verleugne, weil sein Anschlag mißlungen sei. Da zugleich die deutsche Regierung (31. Dez.) in einer Note an das englische Kabinett unter Hinweis auf den von einer englischen Kolonie aus erfolgten Friedensbruch Aufrechterhaltung des internationalen Rechts-Zustandes in Südafrika forderte und die Antwort erhielt, daß die britische Regierung Jamesons Expedition mißbillige und den beteiligten englischen Offizieren den Rückzug befohlen habe, so erblickten die englischen Blätter hierin eine Einmischung in die Beziehungen zwischen England und dem unter englischer Oberhoheit stehenden Transvaal. Diese Differenzen hatten eine überaus heftige Fehde zwischen englischen und deutschen Organen zur Folge, die noch gesteigert wurde, als der deutsche Kaiser den Präsidenten Krüger zu seinem Siege beglückwünschte. In der Hitze des Gefechts drohten die englischen Blätter mit einer Annäherung Englands an Rußland und Frankreich, das Vorgehen gegen die Buren wurde jedoch hier ebenso verurteilt wie in Deutschland. Das Ende des Streites ist noch nicht absehbar, insbesondere ist noch dunkel, wie in Transvaal das Verhältnis zwischen Buren und Eingewanderten, die Quelle aller Reibungen geregelt werden wird.

Deutschland. Umsturzvorlage.

In Deutschland beherrschte der Kampf um die Umsturzvorlage das öffentliche Leben in der ersten Hälfte des Jahres. Ihre Verteidiger, die Konservativen und Nationalliberalen, argumentierten, die Sozialdemokratie strebe nach der Revolution, sie predige den Klassenhaß, tyrannisiere Arbeiter und Unternehmer, verspotte das Nationalgefühl und untergrabe jede Autorität; der Staat müsse sie daher auch als den Bahnbrecher der Anarchie rücksichtslos bekämpfen und den ruhigen Bürger vor ihr schützen. Nein, erwiderten ihre Gegner, außer den Freisinnigen und Antisemiten eine Anzahl Politiker und Publizisten ohne bestimmte Parteirichtung, nicht der Staat sondern die bürgerliche Bevölkerung selbst soll in erster Linie den Kampf führen; wenn ihn der Staat unternimmt, wird der Bürger die Hände in den Schoß legen in der Hoffnung durch die Polizei von dem Feinde befreit zu werden; die Sozialdemokratie aber wird gegen solche Angriffe der Obrigkeit, die ihr billige Märtyrer verschaffen, sich nur fester zusammenschließen, während sie sich selbst

überlassen bald durch innere Zwistigkeiten in ihrer Aktionsfähigkeit gehemmt sein wird. Der Staat hat nur die Aufgabe, durch soziale Reformen die allgemeine Unzufriedenheit zu mindern. Das Schicksal des Gesetzes sollte indessen nicht von diesen beiden Richtungen, sondern von einer dritten, dem Zentrum, bestimmt werden. Die Zentrumsredner führten aus, daß nicht die verführten Massen die gefährlichsten Feinde der Gesellschaft seien, sondern diejenigen, die den Sozialdemokraten die Waffen zu ihrer verderblichen Agitation lieferten: die Professoren, die die Unsterblichkeit der Seele, das Dasein Gottes leugneten und damit alle hergebrachten sittlichen Anschauungen erschütterten (S. 4). In der Kommission gelang es dem Zentrum einige Strafbestimmungen durchzusetzen, die Religion und Sitte schützen sollten (S. 115), aber wiewohl die weitgehendsten Zentrumsanträge abgelehnt waren (S. 59), so war doch hierdurch die Tendenz der Vorlage durchaus verändert; nicht mehr gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie, erklärten die Mittelparteien, seien ihre Bestimmungen gerichtet, sondern gegen die freie wissenschaftliche Forschung. Unter diesen Umständen war keine Mehrheit für das Gesetz zu finden und es fiel nach mehrtägiger Verhandlung (S. 136).

Reichstag.

Dieser resultatlose Streit absorbierte zum großen Teil die Thätigkeit des Reichstags und positives wurde wenig geschaffen. Wie im vorigen Jahre wurde viel über die Not der Landwirtschaft debattiert; einige „kleine Mittel“, die Branntweinsteuer und die Erhöhung der Zuckerprämie wurden angenommen, der Antrag Kanitz jedoch, der einer langen Beratung im Preußischen Staatsrate unterzogen wurde, nicht zum Gesetz erhoben. Vornehmlich von dem Gesichtspunkte aus, eine Steigerung der Getreidepreise zu erzielen, wurde die Währungsfrage ausgiebig behandelt und ein Antrag auf internationale Regelung der Währung angenommen, worüber die Erörterungen des Bundesrats noch fortdauern. Nicht zur Erledigung kamen einige Justizvorlagen und die Reichsfinanzreform infolge der Ablehnung der Tabaksteuer, in der Verstärkung der Marine dagegen kam der Reichstag den Wünschen der Regierung entgegen. Daneben fanden zahlreiche sozialpolitische Debatten statt über Organisation des Handwerks, Arbeitervertretungen und ähnliche Probleme,

die aber ohne positives Resultat blieben und nur die Einleitung und Anregung zu einer neuen sozialen Gesetzgebung bilden sollten.

Preußischer Landtag.

Im preußischen Landtage wurde die agrarische Frage ebenfalls lebhaft behandelt. Es wurde die Errichtung einer Zentralgenossenschaftskasse und die Aufhebung der Rückzahlung der Grundsteuerentschädigung beschlossen, außerdem wurde die Regierung ersucht den Bedarf an inländischen Produkten für Staatsbetriebe durch Ankauf bei den Produzenten zu decken und durch einen Notstandstarif die Beschaffung künstlichen Düngers zu erleichtern. Beiden Wünschen kam die Regierung nach. Angenommen wurden ferner einige Novellen zur Gerichtsverfassung und zur Steuerordnung. Häufig wurden — teils im Kultusetat, teils gelegentlich einer Vorlage über die Ansiedlungsfrage — polnische und katholische Beschwerden erörtert, die aber sämtlich nur von geringer, meist lokaler Bedeutung waren. Größeres Interesse wurde der Interpellation über den Prozeß Mellage entgegengebracht.

Konservative Partei.

Von den einzelnen Parteien hat die konservative die größten Erschütterungen durchlebt. Schon lange war ihre Zusammensetzung nicht mehr einheitlich. Neben den Altkonservativen, die mehr und mehr eine ausschließlich agrarische Partei geworden sind, standen die Christlich-Sozialen, die mit jenen in vielen Punkten übereinstimmten, in einigen aber, namentlich in der Beurteilung der Umsturzvorlage eine andere Haltung einnahmen. Das Verhältnis zwischen beiden Richtungen wurde schwieriger durch eine Abwandlung unter den Christlich-Sozialen. Wenn diese lange Zeit unter Führung des Hofpredigers a. D. Stöcker und des Professors Adolf Wagner im großen und ganzen auf dem Boden der konservativen Partei gestanden hatten, so machte sich seit einigen Jahren eine radikalere Richtung geltend, die, ohne sich einer der bestehenden politischen Parteien anzuschließen, zur Lösung der sozialen Frage bereit war, den Sozialdemokraten mehr entgegenzukommen als das ursprüngliche christlich-soziale Programm gestattete. Ihr Führer, Pastor Naumann in Frankfurt a./M., ein tief religiöser und monarchisch gesinnter Mann von großer agitatorischer Begabung entwickelte als ihr Programm die Organisation des vierten Standes auf christlicher Grundlage, unbeschränkte Sonntagsruhe, Schaffung

Streit mit den Christlich-Sozialen.

Naumann.

eines neuen Hypothekenrechts, Besserung der Lage der Landarbeiter, Einführung einer kräftigen progressiven Einkommensteuer u. dergl. In evangelischen Arbeitervereinen und in seiner Wochenschrift, der „Hilfe“, die bald zahlreiche Abonnenten fand, war er unermüdlich für die Verbreitung seiner Ideen thätig. Wiewohl Naumann seine nationale und monarchische Gesinnung wiederholt betonte und auch für die Verstärkung der Wehrkraft durch Bewilligung der Marineforderungen lebhaft eintrat, so wurde seine Richtung dennoch bald als Abart der Sozialdemokratie bezeichnet, wozu vor allem sein Eintreten für Berufsorganisationen den Anlaß gab (S. 3, 37). Die Forderung des Koalitionsrechts für die Landarbeiter insbesondere entfremdete ihn den Konservativen, und die „Kreuz-Zeitung“ unternahm es, jeden Zusammenhang zwischen der konservativen Partei — also auch den ihr angehörenden Christlich-Sozialen — mit den jüngeren Christlich-Sozialen zu zerreißen (S. 123). Der Versuch gelang nicht völlig, Stöcker und Wagner blieben nach wie vor in Verbindung mit den Anhängern Naumanns in gemeinsamer Arbeit auf dem evangelisch-sozialen Krongreß (S. 153), wenn sie auch keineswegs die zwischen ihnen bestehenden Differenzen verhehlten, insbesondere Naumanns einseitige Tendenz, die Arbeiter im Gegensatz zu den besitzenden Klassen zu organisieren, verurteilten. Nicht mehr fruchtete eine partei-offiziöse Kundgebung der „Konf. Korr.“, die die soziale Thätigkeit des evangelisch sozialen Kongresses und der Pastoren scharf kritisierte und jedem Konservativen rücksichtslose Bekämpfung der Naumannschen Richtung anbefahl (S. 189). Stöcker und seine Gesinnungsgenossen bleiben trotzdem in dem früheren Verhältnis zu Naumann, und dieser fand neue Bundesgenossen in einer Anzahl pommerscher Geistlicher, die der konservativen Partei das Recht absprachen, die Thätigkeit der Pastoren zu bestimmen (S. 190). Auch durch einen Erlaß des Oberkirchenrats, der die Pastoren dringend auf ihre seelsorgerischen Pflichten in Haus und Gemeinde verwies, wurde diese christlich-soziale Strömung nicht eingedämmt, wie die ihr nahestehende Presse zeigt (S. 204). Welche Entwicklung die jüngere christlich-soziale Richtung dereinst nehmen und ob sie überhaupt größere als ephemere Bedeutung erlangen wird, steht noch dahin: für die Beurteilung des

augenblicklichen Parteikampfes ist es aber wichtig zu betonen, daß es der konservativen Partei nicht gelungen ist, diese Strömung, die ihr ohne Zweifel manchen Anhänger entzogen hat, zu überwinden.

Hammerstein. Ein anderes Ereignis, das die konservative Partei berührte, war der Zusammenbruch des Freiherrn v. Hammerstein (S. 169) und die Veröffentlichung eines vertraulichen Briefes von Stöcker an Hammerstein, in dem er Zwietracht zwischen dem Kaiser und Bismarck zu säen empfahl. Dieser Brief veranlaßte viele Angriffe auf Stöcker in der mittelparteilichen Presse, und auch in konservativen Kreisen wurden Stimmen, die eine Trennung der Partei von Stöcker befürworteten, laut. Eine positive Antwort hierauf hat die Partei noch nicht erteilt.

Stöckerbrief.

Sozialdemokratie. Von den übrigen Parteien nehmen die Sozialdemokraten das meiste Interesse in Anspruch. Ihre Thätigkeit war in den ersten Monaten durch die Bekämpfung der Umsturzvorlage bestimmt, wobei sie nach außen vollkommen geschlossen auftraten. Erst als sie im Sommer an den weiteren Ausbau ihres Programms herantraten, zeigten sich klaffende innere Spaltungen. Es war ein Agrarprogramm ausgearbeitet worden, um die bäuerliche Bevölkerung zu gewinnen, aber um bei den Bauern Gehör zu finden, war es so wenig sozialistisch ausgefallen, daß sich sogleich ein großer Teil der Presse dagegen erklärte und der Parteitag es rundweg ablehnte (S. 166, 185). Die Kluft zwischen den süd- und norddeutschen Sozialisten offenbarte sich aufs neue: gerade die eifrigsten Verteidiger des Programms, die bayerischen Abgeordneten v. Vollmar und Grillenberger fehlten auf dem Parteitage und erklärten sich an seinen Beschluß nicht binden zu wollen. Die Heftigkeit der Debatten auf dem Parteitage und die Schmähungen, mit denen sich die Führer überhäuften, fällt neben diesem Gegensatze wenig ins Gewicht. Die Siegesfeiern des Jubiläumsjahres gaben der Partei Gelegenheit, ihre republikanische und internationale Gesinnung in rücksichtslosester Form zu bekennen, was zahlreiche Konfiskationen von Zeitungen und Prozesse zur Folge hatte. Die übrigen Parteien haben keine Veränderung von nennenswerter Bedeutung erlitten.

Kolonialpolitik.

Von der auswärtigen Politik ist bereits oben die Rede gewesen, und von der Kolonialpolitik ist wenig mitzuteilen. Die Ruhe ist nirgends gestört worden und das Vertrauen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonien ist durch Goldfunde in Ostafrika belebt worden. Die bedeutendsten Ereignisse sind eine Togoexpedition, welche durch den Abschluß von Verträgen mit den Eingeborenen die endgültige Grenzregulierung im Nigergebiete mit England und Frankreich vorbereitete, und die Gründung einer Gesellschaft für Südwestafrika (Dez. 1895).

Nationalfeste.

Zum Schluß wollen wir noch auf die Nationalfeste verweisen, die Deutschland in diesem Jahre feiern durfte: Bismarcks 80. Geburtstag, die Eröffnung des Nordostseekanals und die Erinnerung an die Siege von 1870. Die Feier von Bismarcks Geburtstag wurde zwar durch die Weigerung des Reichstags, den Begründer des Deutschen Reichs zu beglückwünschen getrübt, doch verlöschten die Wallfahrten aus allen Teilen Deutschlands nach Friedrichsruh diesen Eindruck bald wieder. Die Kanaleröffnung, an der sämtliche seefahrende Nationen teilnahmen, gestaltete sich zu einer großen Friedenskundgebung, ein Gedanke, der auch in den Siegesfeiern wiederholt zum Ausdruck kam.

Oesterreich-Ungarn. Sturz Kalnokys.

Im Habsburgischen Doppelreiche fällt zuerst der Wechsel im Ministerium des Auswärtigen ins Auge. Graf Kalnoky fiel, weil seine Person den Ungarn verhaßt war, wiewohl seine Politik von allen Parteien, ausgenommen die Jungtschechen, gutgeheißen wurde. Als im April d. J. der päpstliche Nuntius Agliardi eine Rundreise durch Ungarn unternahm und dabei den Klerus zum Widerstand gegen die konfessionellen Gesetze ermunterte, forderte der ungarische Ministerpräsident Baron Banffy den Minister des Auswärtigen auf, bei der Kurie Vorstellungen gegen dieses Treiben des Nuntius zu erheben. Kalnoky erklärte sich vertraulich geneigt Banffys Begehren zu willfahren, und auf Grund dieser Zusage erklärte der ungarische Minister im Parlament, der Minister des Auswärtigen habe auf seine Vorstellung Schritte bei der Kurie zur Abberufung des Nuntius gethan (S. 214). Kalnoky erblickte hierin einen Vertrauensbruch oder die Absicht, den gemeinsamen Minister des Äußeren als unter ungarischem Einflusse stehend hinzustellen und wies Banffys

Ausführungen in einem scharfen Artikel der „Polit. Korr." zurück (S. 215). In Ungarn erhob sich ein Sturm der Entrüstung, allgemein wurde der Abschied des seit vorigem Jahre unbeliebten Ministers (vergl. 1894 S. 214, 241) gefordert, weil er in dem Ministerpräsidenten die ungarische Nation beleidigt habe. Beide Minister boten ihre Entlassung an, und nach fruchtlosen Versöhnungsversuchen blieb dem Kaiser nichts übrig als die Demission Kalnokys anzunehmen, um einen Konflikt in den bald darauf zusammentretenden Delegationen zu vermeiden. Die Auswärtige Politik blieb aber vom Personenwechsel unberührt; der Nachfolger Kalnokys, Graf Goluchowski, bekannte sich als Anhänger des Dreibundes und wandelte auch in der Orientpolitik in den Spuren seines Vorgängers (vgl. oben).

Oesterreich. In Österreich konnte die Koalitionsregierung — bestehend aus Polen, Deutsch-Liberalen, den deutschen und slavischen Konservativ-Klerikalen des Hohenwartklubs — ihr Versprechen, mit dem sie ins Amt getreten war, den nationalen Besitzstand zu respektieren nicht halten: die Errichtung slovenischer Gymnasialklassen im deutschen Teile Steiermarks, die vom Grafen Taaffe versprochen war und von den Slovenen des Hohenwartklubs unerbittlich gefordert wurde, sprengte sie auseinander (S. 223). Regierungswechsel. Ihr folgte zunächst ein provisorisches Ministerium, dann ein Kabinett unter dem Polen Graf Badeni, das keiner bestimmten parlamentarischen Gruppe angehören, sondern ein reines Geschäftsministerium sein wollte. Für die Parteien war dieser Wechsel von großen Folgen. Die Polen, denen nunmehr der Ministerpräsident und der Minister des Auswärtigen angehören, spielten seitdem die erste Rolle im österreichischen Staate, und die Parteien. Jungtschechen, bisher die grimmigsten Feinde jeder Regierung, wiesen die Hand, die ihnen Badeni mit der Aufhebung des Prager Ausnahmezustandes entgegenstreckte, nicht zurück, um nicht für alle Zeit die Regierungsfähigkeit zu verlieren. Schwere Erschütterungen bracht das Jahr den Deutschen. Ihre größte Fraktion, die Linke, spaltete sich in der Cillifrage, indem der größere Teil für das Budget votierte, trotzdem dieses den so heftig befehdeten Posten über Cilli enthielt. Die Minorität enthielt sich oder stimmte mit den Deutschnationalen und Antisemiten dagegen. Infolge dieser Haltung

erlitten die Liberalen manche Verluste; mehrere Führer legten ihre Mandate nieder, und bei den Nachwahlen und Landtagswahlen verloren sie mehrere Sitze an die Nationalen. Ebenso ging die Wiener Gemeindeverwaltung in antisemitische Hände über, ohne daß diese freilich die Früchte ihres Sieges geerntet hätten, da die Krone die Bestätigung des antisemitischen Bürgermeisters Lueger verweigerte und den Gemeinderat zweimal auflöste (S. 230). Was sich aus diesem Chaos der deutschen Parteien entwickeln wird, ist ganz unübersehbar; eine Einigung zwischen den verschiedenen Gruppen der Liberalen, Nationalen und Antisemiten ist um so weniger wahrscheinlich, da die Liberalen eine zwar reservierte aber keineswegs feindliche Stellung gegen die Regierung beobachten, die andern ihr aber unter Luegers Führung in der schärfsten Opposition gegenüberstehen.

Die parlamentarischen Resultate der Koalitionsregierung sind gering. Die Zivilprozeßordnung wurde zwar durchgebracht und die Steuerreform in den Hauptzügen fertiggestellt, aber ihre Ausführung war noch nicht gesichert, als das Kabinett zusammenbrach. Die Wahlreform ist ebenfalls nicht vollendet worden; der Entwurf, den das Ministerium kurz vor seinem Sturz veröffentlichte, fand nirgends Beifall. Vielleicht hat auch diese Frage zur Sprengung der Koalition beigetragen: es scheint nicht ausgeschlossen, daß Graf Hohenwart, der Hauptschöpfer des Entwurfs, in der Cillifrage deshalb kein Nachgeben gegen die Deutschen kannte, weil er von ihnen nicht auf Billigung seines Wahlgesetzes zu rechnen hatte.

Ungarn. Ungarn, das das Jahr 1894 mit einer Ministerkrise schloß, gab sich im Januar eine neue Regierung, die sich prinzipiell von der früheren nicht unterschied. Ihre Hauptaufgabe war die Erledigung der noch übrigen kirchenpolitischen Vorlagen, und in der That gelang es ihr mit Hilfe der Krone den Widerstand des Magnatenhauses zu brechen und die kirchenpolitische Gesetzgebung abzuschließen (S. 229). Welche Rolle der ungarische Ministerpräsident beim Abschied Kalnokys spielte, haben wir bereits gesehen; es ist kein Zweifel, daß nach der Niederlage Kalnokys Baron Banffy, der nur als Verlegenheitsminister von geringer persönlicher Bedeutung gegolten hatte, in Ungarn weit höheres Ansehen genoß, als

vorher. Eine weitere Genugthuung wurde dem ungarischen Nationalstolze dadurch zu teil, daß der Kaiser den bisherigen Titel des Ministers des Auswärtigen „kaiserlicher und königlicher Minister des Äußeren und kaiserlichen Hauses“ in die Bezeichnung „Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses“ umwandelte und in dem Grafen Apponyi einen besondern Hofmarschall für Ungarn ernannte. Die innere Geschichte Ungarns war nicht so bewegt als im vorigen Jahre. Zwar kamen einige kroatische Straßendemonstrationen gegen die Magyaren vor (S. 228), die aber ohne tiefere Folgen blieben. Das Verhältnis zu den anderen Nationalitäten wurde durch solche Konflikte nicht getrübt, so daß die im Memorandumprozeß verurteilten Rumänen (vgl. 1894) begnadigt werden konnten. Im Jahre 1896 wird die bedeutendste politische Aufgabe die Erneuerung des Ausgleichs mit Österreich sein, eine Angelegenheit, die bereits in Parlament und Presse beider Länder behandelt worden ist und manche Schwierigkeiten bieten wird, da hier wie dort rührige Politiker die Quoten ihrer Länder in den gemeinsamen Ausgaben herabzusetzen bemüht sind.

Spanien.

Ein sorgenvolles Jahr hat Spanien durchlebt. Die inneren Unruhen, die bereits im vorigen Jahre zu verzeichnen waren, wiederholten sich, und es ist keine Aussicht vorhanden, daß dem Notstande, der ihnen zu Grunde liegt, abgeholfen werden kann. Ein schlimmes Zeichen waren ferner die Ausschreitungen jüngerer Offiziere, die in den höheren Stellen Entschuldigung fanden, Differenzen im Ministerium hervorriefen und Sagasta zum Rücktritt zwangen. Zu diesen inneren Schwierigkeiten gesellte sich eine äußere: der Aufstand auf Cuba. Der Grund war die alte Unzufriedenheit der Cubaner mit der schlechten Wirtschaft der Spanier und die Nichterfüllung des im Jahre 1881 gegebenen Versprechens, den Cubanern dieselben verfassungsmäßigen Rechte wie dem Mutterlande zu gewähren. Eine Verwaltungsreform, die einen beschränkten Anteil an der Regierung der Insel gewährte, kam zu spät und konnte den Aufstand nicht mehr hindern. Die Spanier mußten ihren besten General über den Ozean schicken, aber obwohl Martinez Campos gegen Schluß des Jahres über 100 000 Mann unter seinen Befehlen hatte, war der Aufstand noch nicht gebändigt, ja es war aus den unsicheren

Nachrichten nicht einmal zu ersehen, ob die Insurgenten überhaupt schon empfindliche Verluste erlitten hatten.

England.

In England hat das liberale Ministerium Rosebery einem konservativ-unionistischen mit Lord Salisbury an der Spitze Platz machen müssen. Die letzten Monate des Kabinetts Rosebery waren infolge der Differenz der Unterhausmehrheit mit dem Oberhause (vgl. 1894) nicht fruchtbarer als die früheren Jahre; es wurde eine Reform der Fabrikgesetzgebung angenommen, aber die Gesetzentwürfe über die Entstaatlichung der Kirche in Wales, zur Entschädigung der vertriebenen irischen Pächter, die Lokalvetobill, die den Gemeinden das Recht den Ausschank berauschender Getränke zu verbieten gewähren sollte, waren vom Oberhause abgelehnt oder noch nicht genehmigt, als die Regierung zurücktrat. Zu dieser parlamentarischen Leistungsunfähigkeit kamen Schlappen in der auswärtigen Politik: in den Vorjahren das Zurückweichen vor Frankreich in der Siamfrage, der Kongovertrag von 1894, der vergebliche Versuch in Ostasien einzuschreiten, die immer deutlicher werdende Isolierung Englands, endlich die von der Regierung ausgesprochene Absicht, das eben unterworfene Tschitral wieder zu räumen. Fügt man hinzu, daß im Schoße des Kabinetts selbst keine volle Einigkeit herrschte, sonder mancherlei Gegensätze zwischen Lord Rosebery und Sir W. Harcourt bestanden (S. 236), so ist es erklärlich, daß die ursprüngliche Majorität von 40 Stimmen allmählich durch Nachwahl und Desertionen auf kaum ein Dutzend Stimmen herabsank, und nirgends mehr Hoffnung auf eine lange Lebensdauer des Kabinetts bestand. Ein geringfügiger Anlaß, die Streichung eines kleinen Teiles vom Gehalte des Kriegsministers, um die Unzufriedenheit mit der angeblich ungenügenden Kriegsbereitschaft des britischen Reiches auszudrücken, brachte das Ministerium zur Demission. In den Neuwahlen gaben die Liberalen den Kampf gegen das Oberhaus als Parole aus; die Konservativen versprachen im allgemeinen einige Sozialreformen, insbesondere Sorge für die Landwirtschaft durch Erleichterung der Grundsteuer und Verbesserung der Verkehrsmittel. Der Sieg der Konservativen war glänzend, mit einer Mehrheit von 152 Stimmen konnte Lord Salisbury das neue Parlament eröffnen. Bedeutende gesetzgeberische

Aktionen sind bei der kurzen Dauer dieser Session noch nicht zu verzeichnen; die Regierung nahm zunächst einige administrative Reformen in Angriff, vor allem im Heerwesen, wo das Kriegsministerium eine neue Organisation erhielt (S. 243).

Arbeiterbewegung.

Für die Neuwahlen ist außer der Niederlage der Liberalen das Fiasko der Sozialisten charakteristisch. Infolge des Überhandnehmens kommunistischer Tendenzen im Vorjahre (vgl. 1894 S. 343) waren sie mit großen Hoffnungen in den Wahlkampf eingetreten, aber die Enttäuschung war grausam, von den Arbeiterkandidaten, die sich den radikalen Parteien anschlossen, wurden nur zwei gewählt; die unabhängigen Sozialisten gar konnten trotz aller Mühe nicht ganz 45 000 Stimmen auf sich vereinigen und ein Mandat erhielten sie überhaupt nicht. Nicht glücklicher waren sie auf dem Kongreß der Gewerkvereine (S. 244); dessen Beschlüsse, wie Abschaffung des Oberhauses, Einführung des Achtstundentages, Verstaatlichung des Grund und Bodens, der Eisenbahnen, der Bergwerke, lauten zwar noch radikal genug, bedeuten aber immerhin im Gegensatze zum letzten Kongresse eine Abwendung vom Kommunismus. (Vgl. Stein, Nation 1895, 50.)

Streit mit Venezuela.

Über die auswärtige Politik Englands in Ostasien, Armenien und Südafrika ist bereits oben berichtet worden, aber außer diesen hatte England noch eine ganze Reihe von Verwicklungen mit dem Auslande zu überstehen. Da ist zunächst der Konflikt mit Venezuela. „England", so schreibt die „Köln. Ztg.", beansprucht seit Anfang dieses Jahrhunderts für seine guyanische Kolonie ein Gebiet das zwischen dieser und Venezuela liegt, und stützt sich dabei auf ziemlich bestimmte Rechtsansprüche, die es von den frühern Besitzern, den Niederländern, ererbt hat, die ihren Machtbereich abgegrenzt, während die Spanier, die Vorgänger Venezuelas, dies unterlassen hatten. Von je her war England bereit, seine Ansprüche über eine von Sir Richard Schomburgk im Jahre 1840 abgesteckte Grenzlinie einer schiedsgerichtlichen Entscheidung zu unterwerfen, nicht aber auch das östlich von dieser Linie gelegene Gebiet. Venezuela war den häufigen Vorschlägen Englands, eine Grenzregelung herbeizuführen, ausgewichen. Da überfielen im Januar vorigen Jahres (1895) venezuelische Mannschaften einige Posten, welche

die Engländer an der Schomburgk-Linie und über sie hinaus angelegt hatten, und schleppten britische Beamte, die auf diesen Posten Dienst hatten, nach Venezuela hinein, gaben sie aber bald darauf frei. Nunmehr drängte England nicht nur auf eine sofortige Lösung der Grenzfrage, sondern auch auf Genugthuung für die Vergewaltigung britischer Beamten und die Beschimpfung der britischen Flagge. Keines von beiden wurde gewährt, weil Venezuela bereits die Vereinigten Staaten hinter sich fühlte. Deren Staatssekretär Olney richtete im Juli an das britische Auswärtige Amt eine Note, worin er die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zur Beurteilung der ganzen Gebietsfrage mitsamt der Frage der zu leistenden Genugthuung befürwortete, und als Lord Salisbury im November eine Antwort erteilt hatte, die ein Schiedsgericht bloß für das Gebiet jenseit der Schomburgklinie für annehmbar erklärt, da erließ Präsident Cleveland Mitte Dezember seine Botschaft, worin er sich ganz zu Unrecht auf die willkürliche, nirgendwo außerhalb der Vereinigten Staaten anerkannte Monroelehre beruft und dem Kongreß die Einsetzung einer nordamerikanischen Kommission zur Prüfung der Angelegenheit vorschlug." Die nächste Folge dieser amerikanischen Botschaft war eine Börsenpanik und ein Kurssturz der amerikanischen Papiere, der Streit selbst harrt noch seiner Lösung. Ein ähnliches Zerwürfnis hatte England mit Nikaragua, doch kam man hier zum Ausgleich (S. 306), und auch der Notenwechsel mit Brasilien war ohne nachhaltige Folgen. In Asien wurde ein Vortrag mit Rußland über das Pamirgebiet geschlossen. Beide Teile verpflichteten sich, eine östlich durch den Sorkul mitten auf dem Pamirhochlande unter 73° 45′ östl. L. von Greenwich und 37° 25′ nördl. Br. zur chinesischen Grenze gezogene Linie als Scheidewand ihrer Einflußsphären anzuerkennen. Eine Vermessungskommission setzte vom Juni bis September die Grenze des nähern fest. Wie dieser Vortrag so sollte die Unterwerfung Tschitrals der Sicherung Indiens dienen, und es war eine der ersten Maßregeln Salisburys die von seinem Vorgänger geplante Räumung dieser Landschaft zu verhindern. In Afrika wurden Grenzstreitigkeiten mit Frankreich erledigt, sodann hatte England einen kurzen Notenwechsel mit dem Kongostaate zu führen (S. 310) und gegen Schluß

Pamir-vertrag.

Tschitral.

Aschantiland. des Jahres schickte es sich an, das Aschantiland zu erobern, dessen König Prempeh seinen Versprechungen zuwider Menschenopfer veranstaltet und angeblich nicht genügend Genugthuung geleistet hatte. Charakteristisch für die englische Kolonialpolitik unter der Leitung Chamberlains ist das Bestreben, die einzelnen Kolonien in möglichst enge Verbindung untereinander zu bringen und das Gefühl ihrer Zusammengehörigkeit mit dem Mutterlande zu stärken (S. 241, 45). Als die ersten Früchte dieser Politik kann man die antiamerikanische Haltung Kanadas im venezuelanischen Konflikt, und den engeren Zusammenschluß der australischen Kolonien betrachten.

Egypten. Über Egypten wurden im Vorjahre gereizte Verhandlungen zwischen England und Frankreich geführt (S. 238, 254), ohne daß indessen der bestehende Zustand geändert worden wäre. Auch die Ungnade, die der Khedive infolge französischer Einflüsterungen gelegentlich seinen englisch gesinnten Ministern empfinden ließ, erschütterte die britische Herrschaft nicht, ja im Parlament wurde öffentlich gegen jedes Vordringen französischen Einflusses ins Nilthal Protest eingelegt. Durch den Vertrag über die Verhinderung des Sklavenhandels gewann England eine neue Stütze seiner Machtstellung.

Frankreich. Die auswärtige Politik Frankreichs trug 1895 denselben Charakter wie 1894: Freundschaft mit Rußland — wurde doch zum ersten Male offiziell von einer „Allianz" gesprochen (S. 257) —, Gegensatz zu England. Die offiziellen Beziehungen zu Deutschland waren enger als im Vorjahre; wie stark aber die Feindschaft eines großen Teiles des französischen Volkes gegen Deutschland noch ist, zeigten die Proteste gegen die Beteiligung an den Kieler Festen, die Haltung der Presse in dem deutsch-marokkanischen Zwischenfall und ihre Verurteilung der deutschen Siegesfeiern. Hieran änderten auch nichts einige wohlwollende Zeitungsartikel über die Friedensrede des Kaisers in Hamburg und Jules Simons anziehende Schilderung des freundlichen Empfangs, der den französischen Mitgliedern der Arbeiterschutzkonferenz im Jahre 1890 am Berliner Hofe zuteil wurde („Figaro".) Ein großer Erfolg nach außen ist die Eroberung Madagaskars, das der französischen Kolonisation ein weites Feld fruchtbarer Thätigkeit eröffnet.

Im Innern fehlen diesmal die anarchistischen Attentate, von Regierungswechseln und Skandalen ist Frankreich jedoch nicht verschont geblieben. Das Jahr begann mit Enthüllungen über die unredliche Verwaltung der Südbahngesellschaft (S. 247) und es schloß mit der Verhaftung Artons, eines durch die Panamaangelegenheit kompromittierten Agenten, woraus sich ein Nachspiel zu dieser Affaire und weitere Enthüllungen über Bestechung von Palamentariern entwickeln können. Außerdem wechselte Frankreich einmal den Präsidenten der Republik und zweimal die Ministerien. Die Ursachen zur Demission der Minister waren stets ohne prinzipielle Bedeutung, aber trotzdem hatten sie einen Systemwechsel zur Folge: während in den letzten Jahren stets ein Kabinet der Opportunisten das andere abgelöst hatte, wurde beim letzten Ministerwechsel ein radikales Kabinet gebildet, das namentlich die Steuerreform betreiben will. Bemerkenswert ist, daß Frankreich zum ersten Male in Cavaignac einen Kriegs-Minister besitzt, der erklärt hat, daß Frankreich an der Grenze seiner militärischen Leistungsfähigkeit steht (S. 252). Ferner ist hervorzuheben, daß die Arbeiterbewegung recht lebhaft war und zu verschiedenen großen Ausständen führte. Der bedeutendste war der Streik der Glasarbeiter in Carmaux, dessen Ende wohl einen Sieg der Unternehmer aber keinen Versuch einer Begleichung der Gegensätze zwischen Arbeitern und Arbeitgebern brachte.

Italien.

Italien darf auf ein weit ruhigeres Jahr zurückblicken als im Jahre zuvor. Von ernstlichen Unruhen war nirgends etwas zu bemerken, selbst die Wahlen sind trotz der vorhergegangenen erregten parlamentarischen Tagung ruhig verlaufen. Wie das Land das Verdienst Crispis, durch seine Energie jeden neuen Aufstandsversuch unmöglich gemacht zu haben, anerkannte, zeigen die Wahlen: wiewohl Crispi kein Programm aufgestellt, sondern nur Vertrauen auf seine Person beansprucht hatte, erhielt er eine große Majorität; die Nation erklärte ihn allein für fähig, die wirtschaftliche und politische Kalamität zu beseitigen. Positive reformatorische Leistungen hat die Regierung freilich noch nicht viel aufzuweisen, die gerechtere Verteilung der Steuern, die Vereinfachung der Verwaltung und die Agrarreform für Sizilien sind

erst in Angriff genommen. Die Herstellung des Gleichgewichts im Budget ist dagegen, wie Schatzminister Sonnino am 25. Nov. verkündete, nahezu erreicht, ein bedeutender Erfolg, der allerdings durch die Mehrforderungen für Erythräa wieder in Frage gestellt wird. Die parlamentarische Tagung war wenig fruchtbar; im Sommer wurden einige königliche Dekrete zum Gesetz erhoben, im Winter Ersparnisse im Militärwesen genehmigt und die Giolittiangelegenheit, die den gesetzgebenden Körperschaften so viel Zeit geraubt hatte, aus der Welt geschafft.

Giolittifrage. Im Februar 1895 wurde Giolitti angeklagt, einerseits Dokumente im Prozesse der Banca Romana beseitigt zu haben (vgl. 1894) andererseits Crispi beleidigt zu haben. Das Gericht erklärte sich für inkompetent, da für solche von Giolitti als Minister und Abgeordneter begangenen Verbrechen die Kammer oder der als politischer Gerichtshof konstituierte Senat kompetent sei. Infolge dessen wurde diese Frage nach den Neuwahlen wieder erörtert; die von Giolitti gegen Crispi erhobenen Vorwürfe wurden von Cavallotti noch vermehrt (S. 267), endlich aber wurde die Entscheidung vertagt, nachdem die Regierung versprochen hatte, die Akten der Giolittiprozesse der Kammer vorzulegen. Dies erfolgte in der That und nach langen stürmischen Verhandlungen beschloß die Kammer — freilich mit geringer Majorität — die ganze Angelegenheit der Vergessenheit anheimzugeben. Hiermit scheint die Klippe, an der, wie viele fürchteten, das Crispische Regiment zu scheitern drohte, endgültig beseitigt; eine Untersuchung gegen Giolitti, wobei auch seine Anklagen gegen Crispi geprüft werden mußten, ist unmöglich geworden.

Kolonialpolitik. Viel Sorgen machte der italienischen Regierung die Kolonialpolitik. Im Januar griff plötzlich Ras Mangascha von Tigre, der bis dahin für einen Freund der Italiener gegolten hatte, die Italiener in Erythräa an, erlitt aber mehrere empfindliche Niederlagen, so daß die Ruhe bald wieder hergestellt wurde. Doch im Herbst griff König Menelik von Abessynien zu den Waffen, um das ihm im Vertrage von Utschalli auferlegte Schutzverhältnis zu Italien abzuschütteln, und sein Vasall Ras Mangascha erschien im Oktober wiederum im Felde. Nach mehreren Niederlagen gelang es ihm am 8. Dezember ein vorgeschobenes italienisches Bataillon unter

Toselli mit großer Uebermacht zu überfallen und zu vernichten. In Italien waren Regierung, Parlament und öffentliche Meinung einig, diese Scharte sogleich wieder auszuwetzen, und so wurde am Schluß des Jahres mit großer Mehrheit ein Kriegskredit genehmigt und Verstärkungen abgesendet.

Auswärtige Politik.

Die auswärtige Politik war bestimmt durch die Zugehörigkeit zum Dreibunde und die Freundschaft mit England. Das eine wurde dokumentiert durch die Sendung eines stattlichen Geschwaders nach Kiel und durch das gemeinsame Vorgehen mit Oesterreich und Deutschland in der armenischen Frage, das andere durch den Besuch jenes Geschwaders in Portsmouth und die Vereinigung englischer und italienischer Schiffe an der syrischen Küste. Dem entspricht auch der Gegensatz zu Rußland: Italiens Hauptfeind in Afrika, Menelik, wurde vom Zaren ausgezeichnet durch den Empfang einer abessynischen Abordnung, und die Nachricht von der Niederlage Tosellis wurde in der russischen Presse mit unverhohlener Freude begrüßt.

Kurie und Italien.

Die Beziehungen zwischen Vatikan und Quirinal waren in den ersten Monaten nicht unfreundlich, da Crispi eine Beteiligung der Klerikalen an den Kammerwahlen wünschte. Erst als die Kurie die Erlaubnis dazu verweigerte, und die Kammer den 20. September, das Datum der Einnahme Roms zum nationalen Festtag erhob, trübte sich das Verhältnis wieder, und als gar der König von Portugal seinen beabsichtigten Besuch in Rom auf den Wunsch des Papstes unterließ, wurde auch Crispis Sprache schärfer. Feindliche Maßregeln, wie den Bischöfen das königliche Exequatur zu entziehen, wovon der Minister gelegentlich sprach, wurden aber nicht angewendet. Die Politik der Kurie selbst zeigte denselben universalen Charakter wie im Vorjahre, wofür besonders die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zu Rußland, die Ernennung eines griechisch-ruthenischen Bischofs zum Kardinal und die Wiederherstellung des koptischen Patriarchats in Alexandrien bezeichnend sind (28. Nov.). Daneben hatte der Papst mehrere aus der sozialen Bewegung hervorgegangene Streitigkeiten zwischen Episkopat und Klerus zu schlichten (S. 210 und unten).

Belgien.

In Belgien stellte das Jahr 1895 der inneren wie der

äußeren Politik die wichtigsten Aufgaben. Zunächst wurde das Gemeindewahlsystem nach analogen Grundsätzen wie im Vorjahre das politische Wahlsystem geregelt: man führte das Mehrstimmrecht und die verhältnismäßige Vertretung ein. Das Resultat in den Wahlen war ähnlich wie 1894 in den Kammerwahlen: die Klerikalen nahmen mit Hülfe der verhältnismäßigen Vertretung den Liberalen viele Sitze in bisher ausschließlich liberalen Gemeinderäten ab, und auch die Sozialisten, die man durch das Mehrstimmrecht zu unterdrücken gehofft hatte, errangen in den kleinen Industriestädten große Erfolge. Mehrere liberale Bürgermeister legten infolge dessen ihre Stellen nieder und die administrativen Schwierigkeiten, die sich aus dieser plötzlichen Umwälzung ergaben, sind noch keineswegs gehoben. Eine weitere Stärkung brachte dem Klerikalismus das neue Schulgesetz. Hierdurch wurde in allen öffentlichen Schulen der Religionsunterricht unter geistlicher Aufsicht eingeführt und den klerikalen Privatschulen derselbe Staatszuschuß wie den staatlichen zugesichert. Eine Maßregel von hoher wirtschaftlicher Bedeutung ist die Einführung von Schutzzöllen für Industrie und Landwirtschaft, ein Bruch mit der bisherigen Handelspolitik.

Die einzige Partei, die den Ultramontanen die Herrschaft im Lande streitig machen kann, ist die Sozialdemokratie. Sie hatte ihre Kräfte in den Wahlen des Vorjahres erkannt und hoffte zu Beginn d. J. durch rücksichtslose Opposition das wegen des Mehrstimmrechts ihnen ungünstige Kommunalwahlengesetz zu Fall zu bringen. Ein allgemeiner Ausstand wurde angekündigt, aber da die Regierung auf diese Drohung mit der Einziehung zweier Milizklassen antwortete, gab die Partei die Gewaltpolitik bald auf. Mehrere andere Ausstände wie der der Weber in Renaix und der Eisenarbeiter in Gent, hatten diese prinzipielle Bedeutung nicht, bewiesen aber die Unermüdlichkeit der Partei. Wie in Österreich nahm auch hier der niedere Klerus an der sozialen Bewegung lebhaften Anteil und stand mit seinem Verlangen nach sozialen Reformen nicht selten in direkter Opposition zu den Bischöfen, so daß eine Enzyklika des Papstes ihm nachdrücklich den Gehorsam gegen die kirchlichen Oberen einschärfen mußte.

Kongostaat.

Eine Angelegenheit, die Regierung und öffentliche Meinung außerordentlich beschäftigte, war die Frage der Übernahme des Kongostaates. Schon seit langem hatte der Kongostaat die für seine Verwaltung und den Bau der Kongoeisenbahn erforderlichen Summen nicht aufbringen können. Noch im Jahre 1890 hatte ihm Belgien einen unverzinslichen Vorschuß von 25 Mill. Frcs. geleistet mit dem Vorbehalt, im Jahre 1900 entweder sein Darlehn zurückzufordern oder im Falle der Zahlungsunfähigkeit den Kongostaat, der keine andere Anleihe ohne belgische Einwilligung aufnehmen durfte, zu annektieren. Der Souverän des Kongostaates, König Leopold, leistete einen Zuschuß von jährlich 1 Mill. Frcs., und mit diesen Subsidien gelang es das Budget bis 1893 im Gleichgewicht zu halten. Neue Kriege mit den Arabern erzeugten aber für 1894 ein Defizit von mehr als 2 Millionen und für 1895 von über 4 Millionen. Der König, der Belgien bereits testamentarisch zum Erben des Kongostaates bestimmt hatte, wünschte nun, daß Belgien ihn sogleich annektiere, um den Geldverlegenheiten ein Ende zu machen. Zwar waren die Minister nicht ohne Bedenken, aber da ein englisches Konsortium sich erbot, die schwebende Schuld zu tilgen, falls ihm die Ausbeutung der Provinz Manyema überlassen werde, und die Erteilung eines solchen Monopols große Schwierigkeiten für die Übernahme im Jahre 1900 befürchten ließ, so brachten sie eine Annexionsvorlage in der Kammer ein. Hier aber erhob sich solcher Widerspruch, daß die Annexionsfrage nicht erledigt werden konnte, sondern auf 1900 verschoben werden mußte. Den finanziellen Nöten des afrikanischen Unternehmens kam Belgien einstweilen durch ein neues Darlehen zu Hilfe. Die Freunde der Annexion machten geltend, daß der Handel zwischen Belgien und dem Kongostaate beständig wachse und daß Belgien sich für seine Industrie ein neues Absatzgebiet schaffen müsse; die Gegner erwiderten, das Unternehmen sei unrentabel, weil die Ansiedlung für Weiße in einem großen Teile des Staates unmöglich sei, überdies seien internationale Schwierigkeiten mit Frankreich und England zu befürchten. Die Abneigung gegen die Annexion verstärkte sich, als eine Meuterei unter den Truppen des Kongostaates ausbrach und die Kämpfe mit den Mahdisten sich erneuerten. Es gelang zwar

dem Hauptmann Lothaire dieser Schwierigkeiten bald Herr zu werden, aber sein Verfahren gegen Stokes und die daraus hervorgehenden Verwicklungen mit England und Deutschland waren nicht geeignet, der Annexionsidee Freunde zu erwerben.

Schweden und Norwegen.

Auf der skandinavischen Halbinsel hat das abgelaufene Jahr eine Milderung des Unionskonfliktes gebracht. In den ersten Monaten bemühte sich der König, entsprechend der radikalen Storthingsmehrheit ein radikales Ministerium zu bilden, aber seine Bedingung, zunächst alle unionellen Streitfragen aufzuschieben, fand bei den Radikalen keine Billigung und so blieb das konservative Kabinett Stang im Amte. Erst nach monatelangen Verhandlungen, nachdem der schwedische Reichstag durch den Beschluß den Handels- und Unionsvertrag zu revidieren einen Druck auf die Norweger ausgeübt hatte, gaben diese in einigen Punkten nach. Sie stimmten für eine Verhandlung mit Schweden und genehmigten die Ausgaben für den gemeinsamen diplomatischen Dienst; im November kam dann ein aus Moderaten und Radikalen zusammengesetztes Ministerium zu stande, und endlich wurde eine schwedisch-norwegische Kommission zur Revision der Unionsverfassung eingesetzt.

Rußland.

Von der großartigen Stellung Rußlands in der auswärtigen Politik ist bereits mehrfach die Rede gewesen. In Ostasien und Armenien spielte es eine führende Rolle, mit Abessynien knüpfte es an, und auf der Balkanhalbinsel machte sein Einfluß weitere Fortschritte, wie die Freude der Bulgaren über den Empfang ihrer Deputation in Petersburg beweist. Die Absicht, den Fürsten Ferdinand anzuerkennen, hat jedoch Rußland nirgends kundgegeben, und nach der Ermordung Stambulows, die in Rußland sehr schlechten Eindruck machte, mußte sich der Fürst mit seiner Regierung manch bitteres Wort von der russischen Presse sagen lassen.

Im Innern bereitete der Zar denen, die auf einen Umschwung des Regierungssystems gehofft hatten, durch seine Erklärung, den Spuren seines Vaters folgen zu wollen, eine herbe Enttäuschung, doch tauchten solche Hoffnungen nach der Entlassung des Ministers des Innern Durnowo (am 28. Oktober) abermals auf. Im übrigen verlief die innere Geschichte Rußlands ruhig; die Besserung der Finanzlage unter der energischen Leitung des Finanzministers Witte

nahm ihren Fortgang, und von der großen sibirischen Eisenbahn konnte bereits mehr als ein Drittel vollendet werden.

Türkei.

Die Pforte wurde außer den armenischen Unruhen durch Bewegungen in Macedonien heimgesucht und gegen Ende des Jahres kündigten sich auch in Kreta Ruhestörungen an. In allen diesen Schwierigkeiten zeigten sich die militärischen, administrativen und finanziellen Mittel der Pforte so unzureichend, daß in der europäischen Presse hin und wieder der Gedanke einer Verteilung des türkischen Gebietes erörtert wurde (vgl. vir pacificus, Politische Träumereien Preuß. Jahrb. Bd. 83). Der macedonischer Aufstand fand heimliche Unterstützung bei dem Vasallenlande der Pforte, bei Bulgarien, und wiewohl für den Augenblick das Feuer gelöscht scheint, so kann es doch plötzlich wieder in hellen Flammen ausbrechen, da es an Zündstoff bei den nationalen und religiösen Gegensätzen — in Macedonien stehen sich außer Christen und Muhamedanern auch Griechen, Bulgaren und Serben feindlich gegenüber — niemals mangelt.

Bulgarien.

Bulgarien, das lange Jahre für ein gut verwaltetes Land gegolten hat, zeigte im Jahre 1895 recht abstoßende Züge. Die Ermordung Stambulows fast unter den Augen der Polizei, die Haltung der Regierung, die die Mörder noch nicht entdeckt oder festgenommen hat, die nachträgliche Untersuchung der Stambulowschen Regierung entzog den Bulgaren einen großen Teil der Sympathien, die ihnen Stambulows eisernes Regiment in Europa erworben hatte. Weit verbreitet ist jetzt die Anschauung, daß die Ruhe und Ordnung in Bulgarien nicht mehr aufrecht erhalten werden könne, daß die Autorität der Regierung untergraben sei; nicht der Fürst herrsche, sondern Metropolit Clement. Um seine Dynastie populärer zu machen und die Annäherung an Rußland zu erleichtern, versprach der Fürst, den Thronfolger zur orthodoxen Kirche übertreten zu lassen, doch sollen hiergegen der Papst und die fürstliche Familie Widerspruch erhoben haben.

Griechenland.

Von den übrigen Balkanstaaten sind Serbien und Griechenland nach wie vor in finanziellen Nöten; Griechenland hat sich noch nicht bereit erklärt, seinen Gläubigern mehr als ein Drittel ihrer Forderungen zu befriedigen, und Serbien hat eine Konversion vor-

Serbien.

genommen, die einem Staatsbankrott verzweifelt ähnlich sieht. Im Innern waren die serbischen Zustände noch unverändert, die größte Partei, die Radikalen, stand noch in schroffster Opposition zur Regierung.

Vereinigte Staaten. In den Vereinigten Staaten Nordamerikas hat der höchste Gerichtshof ein wichtiges Stück der legislatorischen Resultate des Jahres 1894 annulliert: das mit dem Zollgesetze (1894 S. 312) verbundene Einkommensteuergesetz wurde für verfassungswidrig erklärt. Diese Einkommensteuer sollte erhoben werden von Einkommen über 4000 Dollars, traf also nur eine Minderheit der Bevölkerung und war vorzugsweise auf den kapitalkräftigen Osten des Landes berechnet. Wegen dieser beiden Eigenschaften hatte das Gesetz auch bei vielen grundsätzlichen Freunden einer Einkommensteuer Anstoß erregt. Die Zollfrage, die 1894 das Parlament so viel beschäftigte, ist noch nicht definitiv geregelt, insbesondere ist die Besteuerung des aus Ländern mit Ausfuhrprämien stammenden Zuckers nicht geändert, unentschieden ist noch die Finanzfrage trotz aller Bemühungen des Präsidenten. Sehr lebhaft war die öffentliche Diskussion der Währungsfrage; das ganze Jahr hindurch beschäftigten sich Republikaner und Demokraten mit diesem Problem und nahmen bald für bald wider die internationale Doppelwährung Resolutionen an.

In der auswärtigen Politik wird das Jahr charakterisiert durch die schroffe Betonung der Monroedoktrin durch Volk und Präsidenten. Die öffentliche Meinung sah Clevelands Unthätigkeit in der kubanischen Angelegenheit mit Widerwillen, und manche Unterstützung floß heimlich den Insurgenten aus Nordamerika zu, ebenso forderte sie dringend ein Einschreiten der Union in dem Streite Englands mit Nikaragua und Venezuela. Wie Cleveland hierin der allgemeinen Empfindung Rechnung trug, ist bereits erzählt.

Mittel- u. Südamerika. In Süd- und Mittel-Amerika haben wir wie alljährlich eine Anzahl Aufstände in den einzelnen kleinen Staaten zu verzeichnen, in dem größten, Brasilien, wurde der Bürgerkrieg beendigt. Ein alter Grenzstreit zwischen Chile und Argentinien verursachte im Sommer ernsthafte Kriegsbefürchtungen, aber im Herbst wurde die definitive Regelung der Angelegenheit noch einmal vertagt und die Ruhe blieb erhalten. Chile, der bestver-

waltete Staat Südamerikas, schickt sich einstweilen an, seine Armee nach preußischem Muster zu organisieren und hat zu dem Zwecke eine Anzahl jüngerer preußischer Offiziere in Dienst genommen. Ein anderer Grenzstreit Argentiniens mit Brasilien um einen Teil des Gebietes der Misiones wurde durch Clevelands Schiedsspruch zu Gunsten Brasiliens beendigt.

Asien.

Von Asien ist bereits oben mehrfach die Rede gewesen; hier wollen wir nur noch anführen, daß Japan im November die Räumung Liautungs vollzog, nachdem ihm China 30 Millionen Taels Entschädigungen zugesichert hatte, und daß es im Herbst den Aufstand auf Formosa erstickte. Während in dem geschlagenen China nichts von ernstlichen Reformen zu bemerken ist, hat das siegreiche Japan eine kolossale Verstärkung seiner Armee in Aussicht genommen, die am 1. April 1896 ins Leben treten soll.

Alphabetisches Register.

(Die Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

Die Presse.

Griechenland 299, 300.

Großbritannien 235—246.

C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung Oskar Beck in München.

Vollständig ist soeben erschienen:



und

seine Zeit.

Eine Biographie für das deutsche Volk

von

Dr. Hans Blum.

Band I: 1815—1853. — Band II: 1853—1863. — Band III: 1863—1867.
Band IV: 1867—1871. — Band V: 1871—1879. — Band VI: 1880—1895.

Preis pro Band geheftet 5 M., elegant gebunden 6 M.

In dieser nun vollendet vorliegenden umfassenden Biographie des großen deutschen Staatsmannes ist erstmalig der Versuch unternommen, unter Berücksichtigung alles dessen, was die letzten Dezennien an urkundlichen Aufschlüssen über das private und öffentliche Leben des Fürsten Bismarck an den Tag gebracht haben, sowie der prägnantesten Stellen aus Bismarcks Staatsreden, Briefen, Privatgesprächen ꝛc. ein erschöpfendes Gesamtbild der Persönlichkeit und des Lebensganges des Begründers der deutschen Einheit zu entwerfen. Bei der außerordentlichen Fülle des Materials mußte der Umfang des Werkes selbstverständlich ein größerer werden: die 6 Bände, in denen nun diese Biographie abgeschlossen vorliegt, sind anerkanntermaßen aber eines der inhaltreichsten und fesselndsten Werke der zeitgenössischen Litteratur überhaupt geworden. In monumentaler Größe wie noch niemals, so tritt uns aus den Blättern dieser ersten erschöpfend angelegten Biographie der Bismarck'sche Genius entgegen! Blum's Bismarckbiographie sollte gewiß vor allem auch in keiner öffentlichen Bibliothek fehlen.

